Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Berkeley
LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Google

Berkeley
LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Google

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

DER HEILBRONNER BUND

1632—1635

VON

JOHANNES KRETZSCHMAR

ERSTER BAND

LÜBECK 1922
DRUCK UND VERLAG VON H. G. RAHTGENS

Digitized by Google
Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

DER HEILBRONNER BUND

1632—1635

VON

JOHANNES KRETZSCHMAR

ERSTER BAND

Jag sijr att en hundh, som grinar emot, slipper snarare medh heelt skin ähn den, som tager rumpan emellan benen och till föters.

Axel Oxenstierna

LÜBECK 1922
DRUCK UND VERLAG VON H. G. RAHTGENS

Digitized by Google
Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

D 267
H3 K7
v. 1

Vorwort.

Die Zeit des Heilbronner Bundes und seine Schicksale haben bisher keine eingehende Untersuchung gefunden. So sehr die glänzende Gestalt König Gustav Adolfs und sein epochemachendes Lebenswerk die Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, hat sich die Forschung doch mit den folgenden Jahren, die den Sturz der Schwedenherrschaft in Deutschland bedeuten, verhältnismäßig wenig beschäftigt. Zwar sind die nächsten Monate nach dem Tode des Königs — bis etwa zum Heilbronner Konvente — noch der Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, dann aber haben andere Persönlichkeiten und Probleme die Forschung mehr angezogen als der Versuch des Kanzlers Axel Oxenstierna, das Werk seines verstorbenen Herrn fortzuführen. Vor allem steht die Wallensteinfrage durchaus im Vordergrunde, daneben hat die Figur Herzog Bernhards das Interesse auf sich gelenkt, in dem man mehr noch als in Oxenstierna den Nachfolger des Königs erblickte. Zahlreiche Untersuchungen über einzelne Fragen, Ereignisse und Personen sind angestellt worden, eine zusammenhängende Darstellung der Geschichte des Bundes fehlt aber. Und doch mußte allein schon die Frage nach den Ursachen reizen, die zu einem so raschen Zusammenbruche der glänzenden Machtstellung Schwedens führten.

Die nachfolgende Darstellung beabsichtigt, in diese Lücke einzutreten, und versucht, nachzuweisen, daß die Ursachen dieses Zusammenbruches keineswegs auf dem Gebiete der Kriegsereignisse allein liegen, daß sie ihren Ursprung vielmehr in den Mängeln und Schwächen haben, die dem Bunde sowohl wie der ganzen Stellung Schwedens in Deutschland anhafteten.

665

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sie ist in erster Linie eine Darstellung der inneren Verhältnisse des Bundes, nicht eine solche der militärischen Ereignisse. Wie bekannt, stellt der Heilbronner Bund den Versuch Schwedens dar, sämtliche protestantischen Stände Deutschlands unter seiner Führung zu vereinigen. Damit ist auch die Schwierigkeit gekennzeichnet, mit der die Darstellung zu kämpfen hatte. Nach dem Tode des Königs erhob die „Libertät" der deutschen Stände, die unter den früheren Ereignissen fast zusammengebrochen, vom Könige mit harter Faust darnieder gehalten worden war, von neuem ihr Haupt, und alle die verschiedenen Interessen der zahllosen Stände wurden wieder lebendig, ohne daß eine Persönlichkeit von gleicher Größe und Autorität wie der König vorhanden gewesen wäre, die sie zu bändigen vermocht hätte. Während zu Zeiten des Königs die allgemeinen evangelischen Fragen durchaus im Vordergrunde standen und die Situation beherrschten, traten ihnen nach seinem Tode die partikularen Interessen der einzelnen Stände, der großen wie der kleinen, in steigendem Maße zur Seite, so daß der Leiter des Bundes in ebensolchem Maße auf sie Rücksicht zu nehmen gezwungen war. Das divergierende und auseinander strebende Element in der Entwicklung mußte infolgedessen bei der Darstellung stark in den Vordergrund treten und die besonderen Interessen der einzelnen Stände — der Bundesstände in Oberdeutschland sowohl wie der in Niederdeutschland, um deren Anschluß an den Bund gerungen wurde — untersucht werden.

Dementsprechend war auch der Umfang des Quellenmaterials, das durchforscht werden mußte, außerordentlich groß; es genügte nicht, diejenigen Akten der einzelnen Stände heranzuziehen, die sich mit dem Bunde allein beschäftigen, es war vielmehr unerläßlich, um die Haltung wenigstens der bedeutendsten und einflußreichsten Stände richtig beurteilen zu können, sich bis zu einem gewissen Grade in ihre Partikulargeschichte zu vertiefen, da die gedruckte Literatur in den meisten Fällen versagte. Eine genaue Angabe der Literatur und der gebrauchten Akten ist jederzeit an Ort und Stelle

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

angegeben; es genügt deshalb, hier nur eine Übersicht der Archive anzugeben, deren Bestände benutzt worden sind. Für

Schweden: Reichsarchiv in Stockholm, hier vornehmlich die Axel-Oxenstierna-Sammlung.

Obersächsischer Kreis:

Kursachsen: Hauptstaatsarchiv in Dresden. — Das gräflich von Werthernsche Familienarchiv in Beichlingen (Papiere des Geheimen Rates Georg von Werthern).

Kurbrandenburg: Geh. Staatsarchiv in Berlin. — Kgl. Hausarchiv in Charlottenburg.

Sachsen-Altenburg: Regierungsarchiv in Altenburg.

Sachsen-Weimar (auch Eisenach): Haupt- und Staatsarchiv und Hausarchiv in Weimar, und Haus- und Staatsarchiv in Gotha.

Pommern: Staatsarchiv in Stettin.

Anhalt: Haus- und Staatsarchiv in Zerbst.

Niedersächsischer Kreis:

Erzstift Magdeburg: Staatsarchiv in Magdeburg.

Erzstift Bremen: Staatsarchiv in Hannover.

Braunschweig und Lüneburg: Staatsarchiv in Hannover und Landes-Hauptarchiv in Wolfenbüttel.

Mecklenburg-Schwerin und -Güstrow: Geh. und Hauptarchiv in Schwerin.

Lübeck (und Hanse): Staatsarchiv in Lübeck.

Hildesheim: Stadtarchiv.

Kur- und Oberrheinischer Kreis:

Kurpfalz, Pfalz-Simmern und -Zweibrücken: Geh. Staatsarchiv und Allgemeines Reichsarchiv in München.

Hessen-Kassel: Staatsarchiv in Marburg. — Die Papiere Peter Melanders gen. Holzappel im fürstl. waldeckischen Archiv auf der Schaumburg a. d. Lahn.

Hessen-Darmstadt: Haus- und Staatsarchiv in Darmstadt.

Wetterauer Grafen: ebd.

Grafen Hanau: Staatsarchiv in Marburg.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Grafen Solms: Gräfliches Archiv in Lich.
Frankfurt: Stadtarchiv.
Straßburg: Stadtarchiv.

Fränkischer Kreis:

Brandenburg-Ansbach: Kreisarchiv in Nürnberg und Bamberg.
Brandenburg-Kulmbach: Kreisarchiv in Bamberg.
Grafen Hohenlohe: Gemeinschaftliches Hausarchiv in Öhringen. — Hohenlohe-Neuenstein: Öhringensches Partikulararchiv ebd. — Fürstliches Archiv in Langenburg.
Nürnberg: Kreisarchiv in Nürnberg.
Schweinfurt: Kreisarchiv in Würzburg.
Ritterschaft in Franken: Kreisarchiv in Bamberg.

Schwäbischer Kreis:

Württemberg: Geheimes Haus- und Staatsarchiv in Stuttgart (hier auch die Reste des Archivs des Bundesrates).
Baden: General-Landesarchiv in Karlsruhe.
Grafen Öttingen: Fürstl. Archiv in Wallerstein.
Ulm, Heilbronn, Eßlingen, Hall: Stadtarchive, Teile im geh. Haus- und Staatsarchiv in Stuttgart.
Augsburg: Stadtarchiv.

Dazu kommen noch einige andere Archive und Bibliotheken, die vereinzeltes Material enthalten, sie sind an ihrer Stelle genannt. Besonders anzuführen ist das Staatsarchiv in Zürich, das den Briefwechsel des Bundesratsmitgliedes Obersten Peblis mit seinen Züricher Freunden, in erster Linie mit dem Antistes Breitinger enthält; ferner die Hof- und Staatsbibliothek in München, deren collectio Camerariana ganz außerordentlich wichtige Beiträge geliefert hat; ebenso die Bände der Korrespondenz Rusdorfs in der Landesbibliothek in Kassel und vereinzelte Manuskripte in der Kgl. und Provinzialbibliothek in Hannover.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sehr bedauert habe ich, daß ich die Archive in Paris und Kopen hagen nicht habe besuchen können; beides hat der Krieg verhindert. In Kopenhagen würde sich gewiß noch manche Ergänzung für die Bemühungen der Friedenspartei ergeben haben. Wichtiger noch wäre die Einsicht in die französischen Akten gewesen, da das bis jetzt vorliegende gedruckte Material namentlich für die letzten Monate des Bundes nicht ausreicht, ein völlig klares Bild zu gewinnen. Auch lassen die Proben, die Röse aus den Berichten der französischen Gesandten bringt, darauf schließen, daß auch ihre weiteren Berichte eine sehr ergiebige Quelle für die Vorgänge unter den protestantischen Ständen sein müssen.

Die Karte der Umgebung von Nördlingen ist mit Genehmigung der Verlagsbuchhandlung Max Niemeyer in Halle dem Buche von Erich Leo, Die Schlacht bei Nördlingen im Jahre 1634, Halle 1900, entnommen; einige Änderungen sind dabei eingetragen worden.

Ferner ist zu bemerken, daß für alle Zeitangaben, wenn es nicht besonders bemerkt ist, der neue Stil gilt.

Eine so weitschichtige Arbeit durchzuführen, wäre mir nicht möglich gewesen ohne die außerordentliche Bereitwilligkeit und Freundlichkeit, mit der alle amtlichen Stellen und Kollegen an Archiven, Bibliotheken und sonst meine Studien unterstützt haben. Ihnen allen spreche ich hier nochmals meinen aufrichtigen und wärmsten Dank aus.

Lübeck, den 23. August 1918.

Seit dem Abschlusse der Darstellung sind vier Jahre vergangen, ehe es möglich gewesen ist, die Arbeit in Druck zu geben. Die sächsische Kommission für Geschichte in Leipzig, in deren Auftrag die Arbeit unternommen worden ist, war bei der allgemeinen Geldentwertung und den immer höher steigenden Preisen für Druck und Papier nicht in der Lage, die ins Uferlose sich verlierenden Kosten aufzubringen; der Druck

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hätte auch jetzt unterbleiben müssen, wenn nicht interessierte Kreise in Schweden die Mittel aufgebracht hätten. Dem Reichsarchivar Dr. Clason in Stockholm habe ich in erster Linie das Zustandekommen zu danken: auf seine Anregung hin hat die Kgl. Vitterhets, Historie och Antiquitets Akademie in Stockholm einen Teil der erforderlichen Mittel bewilligt; ihr haben sich eine Reihe privater Interessenten, Freunde vaterländischer Geschichte, angeschlossen. Die anderen Kosten hat der Karl X. Gustavsfonds in Lund durch freundliche Vermittlung der Herren Professoren Dr. Stille † und Dr. Lauritz Weibull in Lund beigesteuert, die die letzten, nicht unerheblichen Schwierigkeiten mit immer gleicher Bereitwilligkeit aus dem Wege zu räumen geholfen haben. Von deutscher Seite sind mir von der historischen Kommission für Niedersachsen in Hannover und von der Wedekindstiftung in Göttingen Beiträge bewilligt worden.

Ihnen allen, die mir geholfen haben, das Buch der Öffentlichkeit zu übergeben, wiederhole ich auch an dieser Stelle meinen herzlichsten und wärmsten Dank, insbesondere den Freunden in Schweden, ohne deren tatkräftige Hilfe die Drucklegung nicht möglich gewesen wäre.

Der sächsischen Kommission bin ich zu Danke verpflichtet für die Bereitwilligkeit, mit der sie meine Studien unterstützt, vor allem mir den Besuch aller der zahlreichen Archive ermöglicht hat, deren Durchforschung für eine Erkenntnis der Tatsachen unerläßlich war. Sie hat gestattet, daß das Buch unter den obwaltenden Umständen außerhalb des Rahmens ihrer Veröffentlichungen erscheint.

Lübeck, den 31. Oktober 1922.

Joh. Kretzschmar.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Inhaltsübersicht.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

1. Band.

Einleitung. Gustav Adolf und die deutschen Stände.

Gustav Adolf 1. — Satisfactio 4. — Assecuratio 5. — Corpus Evangelicorum 6. — Stellung der deutschen Stände zu GAdolf und seinen Plänen 8. — Libertät 9. — Bedrohung durch GAdolf 10. — Veränderte Stellung der Stände zu Schweden nach dem Tode des Königs 11. — Stellung der einzelnen Stände: Pommern 12. — Kurbrandenburg 14. — Mecklenburg 24. — Hansestädte 24. — Erzbistum Bremen 25. — Braunschweig-Lüneburg 25. — Hessen-Kassel 32. — Weimar 37: H. Wilhelm 37. H. Bernhard 40. — Anhalt 42. — Magdeburg-Halberstadt 42. — Süddeutschland 44. — Kurpfalz 45. — Baden 46. — Württemberg 47. — Kulmbach 49. — Städte: Frankfurt a. M. 50. Ulm 51. Nürnberg 51. Straßburg 53. Augsburg 54. — Ausschreiben des Ulmer Konvents 56. — Kursachsen 57: Arnim 61. Schlesien 64. Sachsen und GAdolfs corpus Evangelicorum 67. Friedensfrage 68. Dänemark 69. — Hessen-Darmstadt 69. — Armee 72. — Kosten des Krieges für Schweden 74. — Plünderungen 75. — Werbungen 77. — Lage des Königs am Ende seines Lebens: veränderte Stellung der deutschen Stände 81.

I. Kapitel. Vom Tode des Königs bis zum Heilbronner Konvent.

Einfluß des Todes GAdolfs. Unterschied zwischen GAdolf und Axel Oxenstierna 83. — Denkschrift AOs. vom 15. Dez. 1632, 88: Schweden 88, Deutschland 92. — Verzicht Oxenstiernas auf die universalen Pläne GAdolfs 94; seine Ziele 94. — Mißtrauen gegen die Deutschen 95. — Erste Maßregeln 97. Reise nach Altenburg zur Armee 97. — Stellung Sachsens nach dem Tode GAdolfs 98, November-Gutachten Arnims 98. — H. Bernhard in Dresden: Zug nach Böhmen, abhängig von der Verlängerung der sächsisch-schwedischen Allianz 101. — Ankunft Oxenstiernas in Dresden (25. Dez. 1632) 102. — Frage der Allianz 102, des Direktoriums (3 media) 103. — Mißerfolg 106.

Oxenstierna in Altenburg 109. — Berufung des Ulmer Konvents (18. Jan. 33), Verteilung der Armeen 109. — Grundsätzlicher Unterschied zwischen GAdolf und AO. 110. — Rivalen AOs.: die Herzöge Wilhelm und Bernhard von Weimar 113. — H. Wilhelm besetzt das Eichsfeld 115. — H. Bernhard 117. — Beratungen der weimarschen Herzöge 119. — Oxenstierna und H. Wilhelm in Erfurt (Ende Febr. 33) 124. — Verhandlungen Oxenstiernas mit den Kurpfälzern in Halle (Anf. Febr. 1633) 126. — Länderverkäufe an den Grafen Branden-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

stein 130. — Oxenstierna in Berlin (Febr.) 134; dänische Interposition 137; Eheprojekt 139. — Ernennung des Grafen Thurn in Schlesien 143.

Pommern 144. — Mecklenburg: Sendung zu Kursachsen und Oxenstierna 144. — Erzbischof von Bremen desgl. 146. — Hansestädte 148. — Braunschweig und seine Revolte 148: Umschwung der Ansichten: Kreistag 150. Beratung mit Celle 151. Ausschreiben des Kreistages 153. Stellung Oxenstiernas dazu 157. Absage des Kreistages 159. Haltung der Generäle 160. Steinberg 161. Knyphausen 162. Engelbrecht in Dresden 163.

Friedenspartei in Dresden 166. — Dänische Interposition 167. — L. Georg von Darmstadt 167. — Allgemeiner evangelischer Konvent 169.

Kurbrandenburg in Dresden 171. — Ergebnis der Konferenzen: Niederlage der Sachsen 179. Brandenburgs Stellung 180. — Unterstellung des brandenburgischen Kontingents unter sächsisches Kommando; Ernennung des Grafen Thurn zum schwedischen Kommandanten in Schlesien 181. — Persönliche Stellung des Kurfürsten von Brandenburg 183. — Leitmeritzer Verhandlungen 184. — Sachsen bleibt bei der dänischen Interposition, ladet aber zu einer Vorversammlung ein 189. — Darmstädter Sonderwünsche 190.

II. Kapitel. Der Heilbronner Konvent.

Stimmung in Süddeutschland nach dem Tode GAdolfs 191. — Kulmbach 192. — Württemberg: Zwist mit dem Administrator H. Julius Friedrich; die Regierung neigt zu Sachsen; Instruktion nach Heilbronn 192. — Baden 197. — Pfalz 198. — Hessen-Kassel 198. — Reichsstädte 198: Städtetag zu Eßlingen (22. Jan. 1633) 199. — Stellung Augsburgs 200. — Erklärung für Schweden 202. — Andere Punkte bleiben unentschieden 203. — Nürnberg tritt den Beschlüssen bei 203. — Beschwerden über die Soldateska und die Statthalter 204.

Versammlung der fränk. Stände in Rotenburg (28. Jan. 1633) 205. — Kreistag zu Würzburg (15. Febr. 1633) 207: Differenzen mit dem Statthalter, Ergebnislosigkeit 210. — Beschwerden der Stände bei Oxenstierna 211.

Oxenstierna in Würzburg (1. Mz. 1633) 212. — Verlegung des Konvents nach Heilbronn 212. — Oxenstierna in Heilbronn (10. Mz. 1633); Gesandte der Stände 212. — Vorverhandlungen: Markgrafen von Brandenburg 213, Württemberg 214. — Direktorium 214. — Präzedenzstreit zwischen Städten und Ritterschaft 214. — Statthalter 215. — Beratung nach Kreisen 216. — Oxenstierna gegen Sachsen 216.

Proposition (18. Mz. 1633) 216. — Beratungen der Kreise 221. — Bedenken des schwäbischen Kreises (Württemberg): Forderung eines allgemeinen Konventes 222. — Gemeinsames Votum der vier Kreise 224. — Erregung AOs. darüber (27./28. Mz.) 225. — Umschwung bei den Ständen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

227. — Feuquières' Ermahnung 230. — Beschluß, mit Schweden abzuschließen (8. Apr.) 230. — Beratungen über die Stärke der Armeen und Mittel zu ihrem Unterhalt: Forderungen AOs. 230. — Beschlüsse der Stände hierüber (1. Apr.) 232. — Neue Forderungen AOs. 234. — Bündnisentwurf AOs. (1. Apr.) 234. — Beratungen der Stände hierüber 238. — Ständischer Entwurf der Abschiede (11./12. Apr.) 239. — Abermalige Erregung AOs. darüber (13. Apr.) 243. — Neuer Entwurf AOs. (14. Apr.) 246. — Kritik der Stände 249. — Beratungen mit AO. (15. Apr.) 250. — Beschluß der Stände (16. Apr.), von AO. angenommen 252. — Unterzeichnung des Bundesinstrumentes (27. Apr.) 256. — Bundesrat und Kreisrat 257. — Entwurf einer Instruktion für die Bundesräte 258; für die Kreisräte 259.

Ritterschaft 260. — Donationen: Restitution der Kurpfalz 262. Engl. Gesandter Anstruther 263. Vertrag mit der Pfalz (24. Apr.) 264. — Württemberg 268. — Donationen für Baden, Hohenlohe, Rheingraf Otto Ludwig, Straßburg 270. — Verehrung an AO.: Kurmainz 271.

Frankreich 272. — Stellung beim Tode GAdolfs 274. — Sendung Feuquières' und la Granges 277. — la Grange bei AO. in Halle (Febr.) 278, in Dresden Zusammenkunft mit Kursachsen und Kurbrandenburg 278. — Feuquières' Reise nach Deutschland 280, Zusammenkunft mit AO. in Würzburg (5. Mz.) 280. — In Heilbronn (19. Mz.) 283. — Erneuerung des Bärwalder Vertrags: franz. Entwurf 285. AOs. Gegenentwurf 286, von Feuquières angenommen 288, unterzeichnet (19. Apr.) 290. Stellung der Pariser Regierung 290. — Feuquières und die Stände: Audienz (1. Apr.) 291. — AO. proponiert den Beitritt zur schwedisch-französischen Allianz (15. Apr.) 292. — Bedenken der Stände: Religionspunkt (§ 6), Bayern (§ 7). Subsidien 292. — Erklärung Feuquières' 295. — Stände verlangen Schutz auch vor Schweden 296. — Abreise Feuquières' und la Granges (27. Apr.) 296. — Weitere Verhandlungen mit Frankreich vorbehalten 297. — Frage besonderer Subsidienzahlung an die Stände 298. — Französische Pensionen 298.

Resultate des Konvents 300. Sieg AOs. 300. — Veränderte Stellung Schwedens und der Stände 302. — Verhältnis der Stände zu Kursachsen 305. — Leitmeritzer Verhandlungen 306. — Friedensbedingungen 306. — Kriegspartei und Friedenspartei: Einigung Schwedens mit Frankreich über die Friedensverhandlungen 308. — Stellung der Stände 309. — Schwäche von AOs. Defensivsystem 310 und seine Stellung den Ständen gegenüber 311. — Finanzielle Bedenken 312.

Die Armee 314. — Meuterei 315. — Horn in Heilbronn (4. Mai) 316. — Sendung der Stände an die Armee 316. — Nationale Motive und Verhalten Herzog Bernhards 317.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

III. Kapitel. Vom Heilbronner Konvent bis zum ersten Frankfurter Bundestage.

1. Innere Angelegenheiten des Bundes. Sorge für die Armee 323. — Geldbeschaffung 324. — Heidelberger Versammlung (17. Juni) 325: Antizipation und Dezimation. — Herzog Bernhard von Weimar 327: Herzogtum Franken 328. — Befriedigung der Donau-Armee 330, die Schweden und dem Bunde schwört 332. — Rheinarmee 332.

2. Bundesrat. Kreisräte. Kreiskonvente. Bundesrat 334. Löffler 334. Mitglieder des Bundesrates: Schweden 335. Peblis 335. Übrige Mitglieder 336. Geschäftsgang und Kompetenz 338. — Kreisräte 338. Im oberrheinischen Kreise 339. — Kreistag zu Worms (31. Mai) 339. — Im schwäbischen Kreise 341. — Im fränkischen Kreise 343. — Brandenburg-Kulmbach 343. Kreistag zu Würzburg (25. Mai) 347. — Ablehnende Haltung Kulmbachs 351; drohende Haltung AOs. 352; der Markgraf lenkt ein 353. — Eingreifen Herzog Bernhards 354. — Machtlosigkeit des Kreisrates 355. — Streit mit Kulmbach 356.*

3. Hessen-Kassel und Niedersachsen. Selbständige Haltung L. Wilhelms nach dem Tode GAdolfs 358. Fordert seine Truppen zurück 359. — Verbindung mit Holland 359, den Pfälzern 360 und Frankreich 361. — Zug nach Westfalen 361 und Paderborn 362. — Anmarsch der niedersächsischen Armee 362. — Differenzen zwischen Niedersachsen und Hessen 364. — Nachgeben des L. Wilhelm 368. — Belagerung von Hameln 369. — Differenzen zwischen Braunschweig und Herzog Georg 370, zwischen Hessen und Niedersachsen 372. — Sieg bei Oldendorf (8. Juli), Hameln erobert 373. — L. Wilhelm nähert sich wieder dem Reichskanzler: Quartierfrage 374. — L. Wilhelm in Frankfurt 375. — Neuer Quartiervergleich und Donation (27. Mai) 376. — Secretissimum 377. — Selbständigkeit Hessens im Bunde 380. — Differenzen Hessens mit H. Georg nach dem Siege bei Oldendorf 381. — Konferenzen zu Kassel mit AO. 383. — Operationen in Westfalen im Herbst 389. — Umschwung in Braunschweig 392. — Sendung nach Frankfurt 393. — AOs. Entgegenkommen 393. — Sendung Ziegenmeyers nach Frankfurt 395. — Berufung eines niedersächsischen Kreistages durch Herzog Friedrich Ulrich 396.

4. Hessen-Darmstadt. Rückreise des L. Georg von Dresden 397. — Zusammentreffen mit Feuquières 398. — Kritik des Bundes 400. — Sendung zu AO. nach Frankfurt (20. Mai) 402. — Besuch Anstruthers in Marburg 404. — La Grange 406. — Neue Gesandtschaft an AO. (30. Mai) 408. — Konferenz mit AO. in Rheinfelden (13. Juni) 409.

5. Kursachsen und die dänische Interposition. Eindruck des Heilbronner Bundes in Dresden 416. — Kursachsen verbleibt bei der dänischen Interposition 417. — Feuquières in Dresden 419. Desgl. Anstruther 422.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

— Dänische Interposition 423. — Ausschreiben des Breslauer Friedenskongresses 423. — Stellung des Kaisers 424. — Geleitbriefe 424. — Stellung der eingeladenen Stände zum Breslauer Kongresse 426. — Stellung AOs. 428: in Heilbronn 429, in Heidelberg 431, in Frankfurt 432. — Eintreffen der kaiserlichen Geleitbriefe und deren Zurückweisung 432.

IV. Kapitel. Der erste Bundestag zu Frankfurt a. M. (1633).

Eröffnung und Proposition 435. — Präzedenzstreitigkeiten 438. — Kriegsmittel 439. — Friedenspunkte 444. — Hessen-Darmstadt 452. — Pfalz-Neuburg 460. — Kreisräte 463. — Abschied 465.

Frankreich: Verhandlungen mit Weimar und Hessen-Kassel 466. — Lothringen 470. — Trier (Philippsburg) 473. — Allianz mit Frankreich 475. — Gesandtschaft nach Frankreich 484. — Resultate 485.

2. Band.

V. Kapitel. Der Bund nach dem ersten Frankfurter Bundestage (1633) bis zum zweiten Frankfurter Konvent (1634).

1. Sendung nach Frankreich 1.

2. Kriegsereignisse 10. Zwiespalt zwischen Horn und H. Bernhard 11. — Zug Ferias 12. — Trennung der protestantischen Armeen 14. — Horn geht an den Bodensee 14. — Mißlingen der Belagerung von Konstanz 15. — H. Bernhard an der Donau 16. — Vereinigung der Armeen 16. — Die katholische Armee entsetzt Breisach 18. — Horn folgt nach dem Elsaß 19. — Rückmarsch beider Parteien über den Schwarzwald 20. — Zug H. Bernhards gegen Regensburg 22. — Vorstoß nach dem Inn 24. — Zwiespalt zwischen H. Bernhard und Horn, AO. und Bundesrat treten Horn bei 25. — Zusammenkunft H. Bernhards und Horns in Berchingen 26.

3. Innere Verhältnisse des Bundes. Finanzielles. Finanzielle Sorgen AOs., Unmöglichkeit der Bundesstände, die Mittel aufzubringen 28. — Kulmbach 28. — Ansbach 29. — Öttingen 30. — Württemberg 30. — Rheinische Stände 33. — Grafen 34. — Städte 36. — Nürnberg 37. — Ulm 38. — Augsburg 39. — Frankfurt 42. — Straßburg 43. — Verstimmung der Städte 45. — Warnung Nürnbergs an Ulm 45. — Neue Konvoyordnungen 47. — Werbungen H. Bernhards 48. — Ablehnung der Geldforderungen AOs. an Stelle des Zehnten 49. — Vorschlag AOs. von Lizenten 51. — Salzhandel 51. — Kleine Reichsstädte 52. — Rückstände bei den ordentlichen Kontributionen der Stände 54. — Assignationen der Armee auf die einzelnen Stände 55. — Wirkung auf die Stände 57. — Württemberg dringt auf den Frieden 58. — Französische Subsidien 61. — Notwendigkeit des Anschlusses der beiden sächsischen Kreise an den Bund 62. — Erneute

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dänische Friedensinterposition 62. — Ausschreiben eines neuen Bundestags nach Frankfurt, Einladung der beiden sächsischen Kreise 63. — AO. beschließt, selbst nach Norddeutschland zu reisen 63.

VI. Kapitel. Norddeutschland.

1. Herzog Wilhelm von Weimar 65. — AO. wünscht, daß H. Wilhelm am Main Posten faßt 65. — H. Wilhelms Plan einer gemeinsamen Offensive mit Kursachsen gegen Böhmen und Österreich 66. — Verhandlungen mit Kursachsen 67. — Unklare Stellung des Herzogs 68. — Forderungen Kursachsens 71. — Zug des Herzogs gegen Eger 72 und Kronach 73. — Verhandlungen mit den thüringischen Ständen im April 73 und Juni 1633 75. — Streitigkeiten mit Erskein 75. — Differenzen mit Lüneburg über das Eichsfeld 76. — Sendung Erskeins zu AO. (23. Juni) 77. — H. Bernhard zieht die Truppen H. Wilhelms an sich 78. — H. Wilhelm in Frankfurt bei AO. 79, ohne Erfolg 81.

2. Kurbrandenburg. Nach den Dresdner Verhandlungen schwedenfreundliche Stimmung im geheimen Rate 83. — Der Kurfürst für Selbständigkeit, zieht Schwartzenberg wieder zu sich 83. — Pommersche Frage, Schlaganfall des Herzogs Bogislaw (April) 84. — Reise des Kurfürsten nach Wolgast 86. — Eheprojekte 86. — Pommern 88. — Polen 88. — In Stettin 89. — Freundliches Verhältnis zu AO. 91. — Verhandlungen mit Feuquières (Juli) 91. — Entschluß, dem allgemeinen Bunde beizutreten 94. — Hauptgrund ist, Sicherheit wegen Pommern zu erlangen 96. — Anstruther in Berlin (Juli) 98. — Feuquières und Leuchtmar in Dresden 99. — Sachsen lehnt den Eintritt in den Bund ab 100. — Neue Reise des Kurfürsten nach Wolgast (Ende Juli) 102. — Verhandlungen mit den schwedischen Reichsräten 103. — Sendung Götzens zu AO. nach Frankfurt a. M. (August—September) 104. — Donation für Götzen 106. — Pommersche Frage 107. — Heiratsprojekt 108. — Kritik in Berlin 110. — Eintritt in den Bund bleibt das Mittel, Pommern zu sichern 111.

Schlesien 113. — Wallenstein 114. — Verhandlungen mit Schweden 115. — Verhandlungen mit Arnim (Juni) 117. — Erster Waffenstillstand 117. — Sachsen lehnt Wallensteins Anerbieten ab 119, ebenso Brandenburg 120. — Erregung AOs. über diese Verhandlungen 122. — Arnim knüpft von neuem mit Wallenstein an 124. — Zweiter Waffenstillstand (August) 124. — Große Aufregung in Frankfurt 127. — Arnim und AO. in Gelnhausen 128. — Zusammenkunft mit dem Kurfürsten von Sachsen auf der Moritzburg 131, mit dem Kurfürsten von Brandenburg in Beeskow 131. — Bruch mit Wallenstein 132. — Arnims trübe Aussichten in die Zukunft 135. — Rückzug der sächsischen Armee aus Schlesien 136. — Niederlage der Schweden bei Steinau und deren Folgen (11. Okt. 1635) 137. — Neue Verhandlungen Wallensteins von Sachsen und Brandenburg abge-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

lehnt 138. — Nachricht von dem Abbruch der Verhandlungen mit Wallenstein in Frankfurt 139, desgl. von der Niederlage bei Steinau 140. — Gegenmaßregeln AOs. 140.

Baner in Magdeburg 141. — Kampf mit Kursachsen um die brandenburgischen Truppen 142. — Kurbrandenburg und Baner: Verhandlungen über das Kommando 142. — Folgen der Niederlage bei Steinau in Pommern und Brandenburg 144. — Die Eroberung Regensburgs zwingt Wallenstein zum Abmarsche 146. — Neue Verhandlungen Brandenburgs mit Baner 146. — Kurbrandenburg fordert von Arnim Sukkurs 147, die Schweden halten sich zurück 147.

Oxenstiernas Plan der Errichtung einer Elbarmee unter Baner 148. — H. Wilhelm von Weimar wünscht das Kommando 149. — Seine Reise zu Kurbrandenburg 150. — Rezeß zu Brandenburg (30. Nov. 1633) 151. — Baner lehnt jede Teilnahme ab 152. — Gereizte Stimmung in Berlin 155. — Kampf in Berlin zwischen der schwedischen und sächsischen Partei 157. — Graf Solms in Berlin 159. — Bescheid des Kurfürsten 162. — Rusdorf in Berlin 165. — Zwiespalt zwischen dem Kurfürsten und seinen Räten 166.

Sendung Striepes nach Pommern, Mecklenburg, Braunschweig und Lüneburg 169. — Verhandlungen mit Anhalt 173.

AO. in großer Sorge nach der Niederlage bei Steinau 174, weist H. Wilhelm von Weimar zurück 174. — Grenzenloses Mißtrauen gegen Arnim 175, verweigert Brandenburg die Hilfe 175. — Unruhe über pommersche Werbungen 177 und über die Sendung Striepes 178 — Bedrohliche Lage in Norddeutschland 179. — Gründe, die AO. bisher abgehalten hatten, den Anschluß der beiden sächsischen Kreise an den Bund zu betreiben 180. — Neue dänische Interposition 182. — Ausschreiben des Frankfurter Konvents 183. — Beschließt, selbst nach Norddeutschland zu reisen 184.

Brandenburgisch-pommersche Gesandtschaft nach Schweden 185.

VII. Kapitel. Oxenstierna im ober- und niedersächsischen Kreise.

1. Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar. AO. in Erfurt 195, vertröstet den Herzog auf den Frankfurter Konvent 196. — Schwankende Haltung des Herzogs 197, schließlich wieder in schwedischem Fahrwasser 197. — AO. reist nach Magdeburg 198 und Halberstadt 199.

2. Der niedersächsische Kreistag zu Halberstadt. Ausschreiben 199. — Braunschweigischer Landtag 200. — Denkschriften über Frieden und Konjunktion 200. — Kreisverfassung 202. — Günstige Haltung der Kreisstände 203. — AO. in Halberstadt (13. Febr. 1634) 204. — Kursächsisches Abmahnungsschreiben 205. — Eröffnung (14. Febr.) und Proposition 205. — Konjunktion 205. — Gesandtschaften an Kursachsen, die abwesenden Kreisstände und die westfälischen evangelischen Stände 207. — Kreisverfassung 207. — Stände bewilligen AOs. Forderungen 212. — AO.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kommt den Mecklenburgern entgegen 213. — Abschied 214. — Friedensfrage und Satisfaktion auf den Frankfurter Konvent verschoben 214. — Schluß des Kreistags (1. Mz. 1634) 214. — AOs. Zufriedenheit 216. — Haltung gegenüber Braunschweig 216. — Abdankung Knyphausens 217. — H. Georg Kreisgeneral 219. — Legationen 220. — Errichtung des Kreisrates 221.

3. Magdeburg-Halberstadt. Anhalt. Anhalt für Schweden, nicht für Sachsen 222. — F. August bei AO. in Halle (Jan. 1633) 222. — Furcht vor Kursachsen 223. — Unerfreuliche Zustände in Magdeburg-Halberstadt 223. — Schwierige Stellung des Statthalters, F. Ludwig 223: religiöse Schwierigkeiten 224. — Kirchenordnung GAdolfs 225. — Zwiespalt mit Baner 225. — F. Ludwig schlägt eigene Werbungen in Anhalt vor 226. — Reise nach Hamburg (Nov. 1633) 228. — Anlehnung an H. Wilhelm von Weimar 228. — AO. wünscht F. Ludwig als Statthalter zu beseitigen 229. — Beschwerde-Gesandtschaft der magdeburgischen Landstände bei AO. in Frankfurt (Nov.) 230. — Rechtfertigungsschrift des F. Ludwig 230. — AO. in Magdeburg, geht gegen den Statthalter vor 231. — Einführung der Kirchenordnung 231. — Mithoff, schwedischer Kommissar 232.

4. Verhandlungen in Stendal. AOs. Erfolg in Halberstadt, auch ein Erfolg über Kursachsen, Arnim und Wallenstein 234. — Letzte Anknüpfung Wallensteins mit den Schweden 235. — Haltung Brandenburgs 236. — Arnims Gegenversuche 236. — AO. in Stendal (2. Mz. 1634) 237. — Gegensätze wegen Sicherung der brandenburgischen Anwartungen (Pommern) 238. — Armatur 240. — Brandenburg unterstellt seine Truppen in Schlesien Baner 241. — AOs. Maßregeln zur Sicherung Pommerns 242. — Verhandlungen AOs. mit dem schwedischen Reichsrate über die Satisfactio 243. — Bedeutung der Stendaler Beschlüsse für Sachsen 244, und Brandenburg 246. — Baners Instruktion 246.

5. Kursachsen. Anhalt und die thüringischen Herzogtümer. Differenz zwischen Kursachsen und Schweden über die thüringischen Quartiere 247. — Kursächsische Einquartierung in Anhalt und Thüringen 248. — AOs. Verhalten 249. — Anhalts Gegenmaßregeln 249. — Aufforderung an Kursachsen, den Frankfurter Konvent zu besuchen 250. — Schreiben H. Wilhelms an Kursachsen 251. — Stellung Anhalts zu Kursachsen 252. — Sendungen an Kursachsen 253: thüringische Herzöge 254.

Versuche einer Zusammenkunft AOs. mit dem Kurfürsten von Sachsen 256. — Verhandlungen AOs. mit dem Obersten Vitztum 257. — Ermordung Wallensteins: Einfluß in Dresden 259. — Zusammenkunft mit Sachsen scheint zustande zu kommen 259. — Arnims Bemühungen in Dresden 261. — Kursachsen zur Abwehr gegen Schweden entschlossen 262. — Gesandtschaften in Dresden 263: des niedersächsischen Kreistags 264; der thüringischen Herzöge 266.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

VIII. Kapitel. Der Frankfurter Konvent von 1634.

I. Vorverhandlungen. Der allgemeine evangelische Konvent.

1. Die Kreiskonvente in Ober-Deutschland. Wormser Kreistag 269. — Schwäbischer Kreistag zu Eßlingen 271. — Fränkischer Kreistag zu Würzburg 274: Ausschreiben 274. Landsässerei 275. Proposition (2. Mz. 1634) 276. Kreisdefension 278. Kreisrat 279. Abschied 281. — Ritterschaftstag in Mergentheim 283. — Städte 284. Gutachten Dr. Schmidts von Straßburg 285. — Resultat: Sehnsucht nach dem Frieden und Unzufriedenheit mit AOs. Direktorium 288. — Frankreich 290: Spannung zwischen Frankreich und Schweden 290. — Philippsburg erobert (13. Jan.) 291. — Tätigkeit Feuquières': Hessen-Kassel 292. — Löffler 295. — Französische Pensionäre 296.

2. Die vorbereitenden Verhandlungen in Frankfurt. Ankunft der Gesandten 297. — Sessionsstreitigkeiten 298. — Proposition 303. — Vergebliche Bemühungen, mit den beiden sächsischen Kreisen in Verhandlungen zu treten 305. — Niedersachsen 307. — Einfluß Kursachsens 310. — Obersachsen, gespalten 312. — Vereinigung der beiden sächsischen Kreise 315. — Ankunft der kursächsischen Gesandten (2. Mai 1634) 317, und ihre erste Proposition (13. Mai 1634) 320.

3. Die Hauptverhandlungen. Art der Verhandlungen 323. — Gegenstände der Beratung 324. — Disposition der Darstellung 325. — Die allgemeinen Verhandlungen aller sechs Kreise 327. — Dänische Interposition 328. — Media pacis 336. — Konjunktion, schwedische Satisfaktion und kursächsische Forderungen 345. — Niedersächsischer Entwurf der conditiones conjunctionis 346. — Beratungen des obersächsischen Kreises hierüber 349. — Einigung der beiden sächsischen Kreise über die conditiones conjunctionis 356. — Beratung der Obersachsen über das Direktorium (9. Juni) 358. — Antwort auf die erste kursächsische Proposition (11. Juni) 360. — Zweite kursächsische Proposition (12. Juni) 362. — Beratungen der zwei sächsischen Kreise darüber 364. — Beschluß der sächsischen Kreise, an Plenarverhandlungen teilzunehmen (23. Juni) 366. — Direktorium (Fortsetzung und Schluß) 368. — Schwedische Satisfaktion (Anfänge) 374. — Plenarversammlungen scheitern infolge der Sessionsstreitigkeiten zwischen Mecklenburg und Württemberg; schwedische Satisfaktion 379. — Eingreifen Oxenstiernas (11. Juli): Deputationsberatungen aller sechs Kreise (20. Juli) 381. — Erneute heftige Sessionsstreitigkeiten zwischen Städten und Ritterschaft 385. — Besprechung der sächsischen conditiones conjunctionis in den sechs Kreisen durch AO. (22. Juli) 388. — Besprechung der schwedischen Satisfaktion mit Deputierten Oxenstiernas: Hinweis auf Pommern (25. Juli) 395. — Stellung der einzelnen Kreise dazu (26. Juli—5. Aug.) 397. — Oxenstierna drängt auf Beratung der Konjunktion, Fall von Regensburg (2. Aug.) 400. — Antwort der sächsischen Kreise auf AOs. Erinnerungen zu den conditiones conjunctionis (3. Aug.) 402. —

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Antwort AOs. darauf (4. Aug.) 404. — Die sächsischen Kreise bestehen auf Sonderkassen (7. Aug.) 406. — Proposition Löfflers, in den Heilbronner Bund pure einzutreten (7. Aug.) 408. — Umschwung bei AO.: Versuch, die Niedersachsen allein zu gewinnen (8. Aug.) 409. — Besprechung Brandenburgs und Pommerns mit AO. über die Satisfaktion am 10. August: AO. schlägt Pommern vor 412. — Brandenburg und Pommern erklären, nicht mehr an den Beratungen teilnehmen zu können; ihre Erklärungen im Plenum am 14. August 414. — Trennung der vier oberen Kreise von den zwei sächsischen Kreisen in der schwedischen Satisfaktionsfrage 416.

Kursächsische Satisfaktion 417. — Antwort auf die zweite kursächsische Proposition (29. Juli) 420. — Erneuerung der kursächsischen Forderungen (28. Juli) 420. — Stellung der sächsischen Herzöge und Anhalts dazu 421. — Erklärung AOs., daß er bereit sei, Thüringen und Anhalt Kursachsen zu überlassen (8. Aug.) 423. — Sprengung des obersächsischen Kreises 425.

Verhandlungen über die Abschiede 427. — Erster Entwurf der Oberdeutschen (19. und 23. Aug.) 428. — (Zweiter) Gegenentwurf der sächsischen Kreise (27. Aug.) 429. — Schlimme Nachrichten vom Kriegsschauplatze 432. — Nachgeben der Oberdeutschen (30. Aug.) 434. — Tod Herzog Friedrich Ulrichs von Braunschweig (21. Aug.) 436. — Kategorischer Befehl an die Brandenburger, nicht abzuschließen vor Erledigung der schwedischen Satisfaktion 437. — Letzte Verhandlungen über die Satisfaktion mit Deputierten Oxenstiernas (6. Juli) 438. — (Dritter) Entwurf der Abschiede 443. — Nachricht von der Niederlage bei Nördlingen (9. Sept.) und Abberufung der Lüneburger (10. Sept.) 447. — Erinnerungen Oxenstiernas beim Rezeß 448. — Die Obersachsen lehnen die Unterschrift ab, die Niedersachsen erklären sich dazu bereit (12. Sept.) 450. — Schluß des Konvents (13. Sept.) 451. — Unterzeichnung des Abschiedes (17. Sept.) 452. — Abreise der Gesandten 453.

Neuburgische Neutralität 454.

VIII. Kapitel. Der Frankfurter Konvent von 1634.

II. Verhandlungen des Bundes der vier oberen Kreise (zweiter Bundestag).

Kriegsereignisse.

1. Kriegsmittel 467. — Verhandlungen der vier oberen Kreise kommen nicht in Fluß: Sessionsstreitigkeiten; Beschäftigung mit Nebendingen 468. — Verstimmung der Stände, besonders der Städte 471. — Rechnungslegung endlich begonnen (17. und 18. Mai) 473. — Beginn der Verhandlungen über Kriegsmittel (31. Mai) 474. — Streit über die Fruchtbewilligung: Zehnten oder Lieferung nach der Matrikel 475. — Revision der Matrikel 477. — Vorschläge für die Kontribution (14facher, 13facher Römermonat) 479. — Außerordentliche Mittel für die Armee 481. — Rehlingen 483.

Eingreifen AOs. (1./11. Juli) 485. — Deputationsverhandlungen, Sessionsstreitigkeiten 485. — Teilnahme der beiden sächsischen Kreise an den

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Deputationsverhandlungen 488. — Neue heftige Sessionsstreitigkeiten 489. — Deputation für Armatur (24. Juli), deren Projekte 489. — Die beiden sächsischen Kreise lehnen ein Universalwerk ab 491. — Fall Regensburgs, AO. bei den Ständen (2. Aug.), die vier oberen Kreise auf sich selbst angewiesen 491. — AO. treibt 494. — Neue Verhandlungen mit den beiden sächsischen Kreisen (4.—7. Aug.) 494. — Munitionsforderung (14. Aug.) 495. — Letzter Zusammenstoß AOs. mit den Städten 496. — Bewilligung der Stände: eilige Hilfe (28. Aug.) 497. — Geldkontribution; Rehlingen; Brandenstein 497. — Verhandlungen mit dem englischen Gesandten 500. — Unmut der Stände, besonders der Städte über Schweden (Nürnberg, Ulm) 501.

Schlechte Nachrichten vom Kriegsschauplatze 503. — Neue Munitionsbewilligung (24. Aug.) 505. — Löschhorn 505. — Abschiede 505. — Nördlingen 506. — Letzte Bewilligung der Stände 507. — Ende des Konvents 508.

2. Rechnungsprüfung 509. — Regeln (18. Mai) 509. — Erteilung von Vollmachten an die Rechnungsdeputierten 511. — Prüfung der Kassenrechnungen 511. — Prüfung der Proviantrechnungen 515. — Bericht der Deputierten über die Kassenrechnungen (17. Juli) 519. — Bericht über die Proviantrechnungen (28. Aug.) 520. — Höhe der Geldkontribution 521. — Neue Regeln für die Partikularrechnungen (24. Aug.) 524. — Zusammenstellung der von den Ständen über ihre Quote erlegten Kontributionen 525.

3. Kammerwesen 528.

4. Frankreich 532. — Verhältnis der Stände zu Frankreich 532. — AOs. desgl. 533. — Ratifikation der Allianz 535. — Forderung der Einräumung von Philippsburg 536. — Nachgeben AOs. und Feuquières' 537. — AO. schlägt einen Vertrag wegen des Veltlin vor 538. — Französische Proposition 540. — Beratungen der Stände über Philippsburg (28. Juni) 540. — Desgl der sächsischen Kreise 542. — Rückkehr AOs. aus Mainz (7. Juli) 544. — Ablehnung der Stände 545. — Nachgeben der Stände und AOs. 546. — Vertrag vom 26. Aug. 1634 548. — Verhandlungen über die Hilfeleistung Frankreichs 548. — AOs. Anerbieten, Frankreich Süd- und Westdeutschland zu überlassen 549. — Nördlingen und neue Verhandlungen über Hilfeleistung 551. — Absendung einer Gesandtschaft 553.

5. Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen.

1. In Westfalen: Gegensatz zwischen Hessen und Niedersachsen 555. — Schlechter Stand in Westfalen 555. — Zerwürfnis mit H. Georg 556. — L. Wilhelm in Frankfurt a. M. 557. — Vereinigung der hessischen und niedersächsischen Truppen 558. — Differenzen zwischen H. Georg und Melander 558. — Unwille des L. Wilhelm 561. — Verlegenheit AOs. 562. — Beratungen in Frankfurt über eine Konjunktion der Niedersachsen und Hessen 563. — L. Wilhelm wünscht eine Allianz mit Holland 563. — Holländischer Sukkurs 564. — Abmarsch des H. Georg nach der Weser 565. — Verhandlungen mit Oranien und Holland 566. — AO. ruft den L. Wilhelm an den Main 567.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

2. In Schlesien 568. — Kampf zwischen Sachsen und Schweden um Schlesien 569. — Zug der beiden Gegner nach Schlesien 570. — Sieg bei Liegnitz 571. — Glogau 571. — Haltung Brandenburgs 573. — Stellung Oxenstiernas und des Konvents in Frankfurt 574. — AO. beordert Baner nach Böhmen 576. — Neue Verhandlungen Baners mit Arnim 577. — Anmarsch nach Böhmen 578. — Baner marschiert nach Thüringen 580. — Stellung Brandenburgs zwischen Sachsen und Schweden 581. — Sendung Burgdorffs zu Sachsen 581. — Brandenburg nähert sich Sachsen 582. — Einfluß der Frankfurter Verhandlungen 583. — Bruch des Kurfürsten von Sachsen mit Schweden 584.

3. In Süddeutschland 586. — Gegensatz zwischen H. Bernhard und Horn 586. — Wallenstein 587. — Verhandlungen mit Sachsen, Kronach 588. — Rückzug nach Schwaben 588. — Auseinandersetzungen mit Horn 589. — H. Bernhard in Frankfurt 590. — Entsatz von Regensburg 592. — Horn in Oberschwaben (Überlingen) 593, und Frankfurt 593: Frage des Oberkommandos 594. — Geplante Diversionen zum Entsatze von Regensburg 595. — H. Bernhard lehnt Konjunktion mit Horn ab 596; sucht sie nach dem Falle von Kehlheim 597. — Regensburg fällt 597. — Anmarsch der Feinde 598. — Zug nach Nördlingen 599. — Entsatz von Nördlingen 601. — Kriegsrat (3. Sept. 1634) 602. — Gelände 604. — Anmarsch und erster Schlachttag (5. Sept.) 605. — Zweiter Schlachttag (6. Sept.) 609. — Eindruck der Niederlage in Frankfurt 614. — Schuldfrage 615.

Schlußbetrachtungen 623.

---

3. Band.

IX. Kapitel. Das Ende des Bundes.

Zustand nach der Niederlage bei Nördlingen 1. — H. Bernhard 1. — AO. 2. — Wiederaufrichtung der Armee 2. — H. Bernhard Oberkommandant 3. — Truppen am Rhein, Hessen usw. 4. — Feind bleibt in Württemberg, erobert Franken und Rheinlande 5. — Mutlosigkeit der Stände 5. — Bruch mit Kurpfalz 5. — Übergabe des Oberelsaß an Frankreich 9. — Oxenstierna nach Mainz 10, entläßt den Bundesrat, isoliert 11. — Differenzen mit H. Bernhard 11. — Pläne Oxenstiernas 12. — Differenzen mit Löffler 17. — Norddeutschland 19.

Frankreich. Sendung Löfflers und Streiffs nach Paris 21. — Instruktion 21. — Verhandlungen 23. — Pariser Vertrag (1. Nov. 1634) 26. — Oxenstiernas Urteil 29. — Löffler 31.

(Erster) Wormser Konvent (22. Nov. 1634) 34. — Einberufung 34. — Proposition (1. Dez. 1634) 35. — Unterhalt der Armee 36. — Rezeß (12. Dez. 1634) 37. — Militärische Lage 38. — Pariser Vertrag 40. — Konflikt zwischen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Ständen und Oxenstierna 42. — Schreiben der Stände an den Erzbischof von Bremen 43. — Oxenstierna verweigert die Ratifikation des Pariser Vertrages 44. — Abreise nach Mainz, Verlegenheit der Stände und Feuquières' 44. — Haltung Herzog Bernhards 45. — Sendung der Stände an ihn 46. — Frage des Generalats 47. — H. Bernhard bleibt in Oberdeutschland 49. — Entsatz von Heidelberg 50. — Bedingungen H. Bernhards 50. — Ratifikation des Pariser Vertrages 52. — Auszahlung der 500 000 livres 53. — Neuburger Neutralität 53. — Friedensverhandlungen. Sächsich-kaiserliche Verhandlungen 58. — Dänische Interposition 59. — Gesandtschaft an Kursachsen 60. — Mitteilungen über den Pirnaer Frieden 61. — Schluß des Konventes 62. — Stellung der Stände zum Frieden: Lutheraner 63. — Reformierte 65.

1635. Stellung Oxenstiernas und seine Pläne 66. — Verhandlungen mit Götzen 68. — Stellung Frankreichs 72. — Zweiter Wormser Konvent 73. — AO. in Worms (25. Jan.) 73. — Verlust von Philippsburg (24. Jan.) und Speyer (2. Febr.) 74. — Stände bleiben aus 75. — Eröffnung der Beratungen: AOs. Proposition (16. Febr.) 76. — La Granges Proposition (16. Febr.) 77. — Schweden verweigert Hilfe (18. Febr.) 78. — Proposition Feuquières' (19. Febr.) 79. — Unterhalt der Armee: Dezimation 80. — Generalat Herzog Bernhards 81. — Pirnaer Frieden 87. — Schwankende Haltung der Stände. Die Kalvinisten gegen die Annahme, die Lutheraner dafür 88. — Pfälzische Frage 90. — Reise AOs. nach Frankreich und Norddeutschland 92. — Ernennung des Rheingrafen Otto zum Vizedirektor 95. — Bundesrat 96. — Schluß des Konventes (30. Mz.) 97. — Rezeß über den Unterhalt der Armee 98.

Abreise AOs. nach Straßburg (1. Apr. 1635) 98, seine Verhandlungen dort 99. — Abreise nach Paris (22. Apr. 1635) 100. — Bundesrat in Speyer bei H. Bernhard 102. — Vertrag H. Bernhards mit Frankreich 103. — Bundesrat in Mainz 105. — Mitglieder des Bundesrates 106. — Bundesrat in Frankfurt (Juni 1635) 107. — Prager Friede 108. — Gefährliche Lage des Bundesrates 109. — Sendung Varnbühlers an König Ferdinand 109. — Schicksal der übriggebliebenen Bundesräte, insbesondere Löfflers 110. — Keine Aussöhnung 111. — Löffler in Hamburg 113. Sein Tod in Basel 115.

Anlagen . . . . . Seite 117
Abkürzungen in den Anmerkungen . . . . . „ 129
Anmerkungen zu Band I . . . . . „ 131
Anmerkungen zu Band II . . . . . „ 249
Anmerkungen zu Band III . . . . . „ 417
Register . . . . . „ 455

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Einleitung.

Gustav Adolf und die deutschen Stände.

Als König Gustav Adolf von Schweden in den deutschen Krieg eingriff, schien das Schicksal des Protestantismus in Deutschland besiegelt zu sein. Kaiser und Liga hatten ihr Ziel erreicht, und mit wenigen Ausnahmen waren die protestantischen Stände zu Boden geworfen; das verhängnisvolle Restitutionsedikt wurde mit rücksichtsloser Gewalt durchgeführt. Aber nicht nur diese eine Seite des brudermörderischen Kampfes schien zugunsten der katholischen Partei entschieden zu sein, auch in der anderen Frage, in dem Kampfe um die vom Kaiser bedrohte Libertät der Reichsstände, schien sich der Sieg auf die Seite des Reichsoberhauptes zu neigen.

In dieser gefahrvollen Lage trat der große König von Schweden als Retter des Protestantismus auf den Plan, und die Libertät der Reichsfürsten fand im katholischen Lager selbst ihre Beschützer: der Kaiser mußte Wallenstein, den eifrigsten Verfechter seiner Vorrechte, entlassen, ein Schimpf, den der beleidigte General seinem Herrn und seinem erbittertsten Gegner, dem Kurfürsten Maximilian von Bayern, nie vergeben hat. Wie stellte sich nun der Schwedenkönig zu diesen deutschen Verhältnissen.

Will man Gustav Adolf gerecht werden, so muß man vor allem beständig vor Augen haben, daß alle seine Handlungen ihre Wurzeln in Schweden haben und darauf hinausgingen, seiner Heimat Sicherheit und Freiheit vor ihren natürlichen Feinden zu verschaffen. Und hier waren es vor allem zwei Aufgaben, die seiner harrten: der Kampf gegen den Katholizismus und der Kampf um die Ostsee.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gustav Adolf war in religiöser Beziehung ein Kind seiner Zeit, und auch bei ihm waren konfessionelle und politische Beweggründe auf das engste verbunden. Dahin führte ihn vor allem die Geschichte seines eigenen Hauses. Die beständige Bedrohung von seinem Vetter, dem katholischen Könige Sigismund von Polen, lehrte ihn tagtäglich, daß der Kampf gegen den Katholizismus für ihn und Schweden nicht nur eine Gewissenssache, sondern auch eine politische Lebensfrage war. Er wußte, daß hinter dem Polenkönige der gesamte Katholizismus stand, und frühzeitig ist er sich darüber im klaren gewesen, daß es nicht nur galt, die Wasas in Polen zum Verzichte auf ihre schwedischen Ansprüche zu zwingen, wenn er sich und seiner Heimat Ruhe und Sicherheit verschaffen wollte, sondern daß es dazu auch nötig war, das Haus Habsburg-Spanien, die Hauptmacht des Katholizismus, niederzuwerfen. Wir wissen, wie oft er auf dem Sprunge war, diesen unvermeidlichen Waffengang zu wagen, ehe seine Zeit wirklich gekommen war.

Die zweite Aufgabe führte ihn in den Kampf mit Dänemark, das die Herrschaft über die Ostsee beanspruchte. Wollte Schweden aus seiner nordischen Vereinzelung heraustreten und an dem Leben der übrigen europäischen Kulturvölker teilnehmen, so mußte es sich den ihm gebührenden Anteil an der Herrschaft zur See von Dänemark erkämpfen, das damals noch die fruchtbarsten Landstriche Südschwedens und Gotland im Besitz hatte. Polen und Dänemark: das waren die geborenen Feinde Schwedens.

Gustav Adolf hat beide Aufgaben nie aus dem Auge verloren, beide waren aber auch aufs engste miteinander verquickt infolge der territorialen Lage Schwedens. Während Dänemark es unternahm, dem siegreichen Katholizismus in Norddeutschland Halt zu gebieten, hat Gustav Adolf sich die Herrschaft der Ostsee im Osten erobert, Russen und Polen von der See zurückgedrängt und in den neu erworbenen Ländern, vor allem in den Seezöllen sich neue ergiebige Ein-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nahmequellen geschaffen, die ihm die Mittel zur Ausführung seiner weiteren Pläne gewährten. Als dann auch Dänemark von Kaiser und Liga niedergeworfen war, und das Haus Habsburg selbst daranging, sich die Ostseeherrschaft zu erringen, hat Gustav Adolf nicht mehr gezögert, den langersehnten Kampf aufzunehmen. Der sechsjährige Stillstand mit Polen (1629) gab ihm freie Hand, ebenso wie die zerrütteten Zustände in Dänemark ihm vor dem anderen Feinde Ruhe verschafften: er hat sich auch während seiner ganzen deutschen Expedition sorgsam gehütet, beide Gegner zu reizen, hat sogar manches von ihnen eingesteckt, was er unter andern Umständen nicht übersehen hätte. Wie immer hat er sich jetzt der Hauptsache, dem Kampfe mit der katholischen Vormacht, mit ganzer Kraft hingegeben; war dieser Kampf siegreich durchgefochten, so war er zufolge der ins Auge gefaßten Landerwerbungen in Deutschland — vor allem der Seeküste und der Häfen — nicht nur dem dominium maris einen großen Schritt nähergekommen, er war dann auch vor Dänemark und Polen sicher.

Es ist im höchsten Maße bewunderungswürdig, mit welcher Kühnheit und doch Vorsicht zugleich er an die Lösung dieser Aufgaben ging. Selbstverständlich mußte die Eroberung einer sicheren Operationsbasis an der Küste das erste Ziel bilden. Mit der Säuberung Pommerns und der Neumark von den Kaiserlichen war es erreicht, und die Oder war in seinen Händen. Vor dieser notwendigsten Aufgabe hat er alles andere zurückgestellt, ihr hat er Magdeburg geopfert, und bis dahin hat er es vermieden, sich mit dem Gegner in offener Feldschlacht zu messen. Zugleich hat er sich eifrig bemüht, Mecklenburg zu befreien: denn hatte er noch Warnemünde und Wismar in den Händen, so war der Feind von der See abgeschnitten — der einzige Hafen von Bedeutung an der Ostsee war dann noch Lübeck[1] — und sein Vaterland vor einem feindlichen Einfalle in Sicherheit. Aber mehr noch, er hatte sich damit ein Faustpfand erworben für seine Forderungen, das ihm so leicht nicht wieder abgenommen werden

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

konnte. Erst als er Pommern erobert und Brandenburgs sich versichert hatte und als seine Generäle in Mecklenburg siegreich vordrangen, hat er einen entscheidenden Waffengang gewagt; bei Breitenfeld vernichtete er, wie bekannt, die sieggewohnte Armee Tillys vollständig. Ein Sieg von unermeßlicher Bedeutung: er brachte dem Protestantismus in Wahrheit die ersehnte Rettung, und die niedergeschlagenen protestantischen Stände konnten wieder aufatmen. Er hat dem Könige aber auch gezeigt, daß er es nicht mit einem ebenbürtigen Gegner zu tun hatte, und als der Kurfürst von Bayern Tilly zur Sicherung seiner Länder nach Süddeutschland rief, hat der König diesen Fehler sofort aufs ausgiebigste benutzt. War bisher seine Flanke und Rückzugslinie noch immer durch Tilly bedroht gewesen, so war er jetzt dieser Sorge ledig; ohne Zögern überstieg er den Thüringer Wald und eroberte sich im raschen Zuge noch die gesegneten Gefilde der Main- und Rheinfürstentümer: Würzburg und Mainz mußten ihm ihre Tore öffnen, und statt in Thüringen, in Freundesland, konnte er seine siegreichen Scharen in der reichen Pfaffengasse sich von den Strapazen der bisherigen Feldzüge erholen lassen.

Gustav Adolf war auf dem Gipfel seiner Macht, aber keineswegs nach seiner eigenen Meinung. Die eine Aufgabe hatte er gelöst: seine protestantischen Glaubensgenossen waren gerettet, und er hatte sich den Anspruch auf ihren unauslöschlichen Dank erworben; er hatte auch die Gebiete in seinen Händen, die er für Schweden zu erwerben im Sinne hatte: Pommern und Preußen und die mecklenburgischen Häfen, Er hatte ferner eine Reihe von Stiftern in Besitz, die er, als aus Feindes Händen erobert, zu behalten gedachte: Magdeburg-Halberstadt, Würzburg, Bamberg und Mainz. Das alles sollte für ihn den Ersatz für seine Mühen, Kosten und Gefahren bilden, die er im Interesse der deutschen Stände auf sich genommen hatte: die Satisfactio, wie der technische Ausdruck damals lautete.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Aber damit begnügte er sich keineswegs, er trug sich mit viel umfassenderen und großartigeren Plänen. Wollte er wirklich den Protestantismus retten, so galt es, ihn auch für die Zukunft sicherzustellen, und zwar nicht nur in seiner Heimat, sondern auch in Deutschland. Hier war die Zersplitterung der protestantischen Stände die Hauptursache ihrer Schwäche; hatte doch die Reformation selbst nicht zum wenigsten dazu beigetragen, die zentrifugale Selbständigkeit der einzelnen Territorialherren zu fördern, und so die Stärke des Ganzen untergraben. Sollte hier eine Besserung eintreten, so mußte das Übermaß dieser Selbständigkeit beschnitten und die zersplitterten Kräfte wieder zusammengefaßt werden. Auch diesen kühnen Plan hat er ins Auge gefaßt und daran mit harter Konsequenz und Energie gearbeitet: er selbst wollte der Führer und Herr des gesamten Protestantismus in Deutschland und Schweden werden. Und so aussichtslos war das Unternehmen nicht, wie es auf den ersten Blick erscheinen mochte. Denn das war sicher, daß er, wenn er Kaiser und Liga besiegt hatte, zugleich auch Herr der von jenen fast völlig niedergeworfenen protestantischen Stände geworden wäre. Der König hat diesen Gedanken so präzise wie möglich bereits vor dem Beginn seiner deutschen Expedition ausgesprochen: wenn ich Sieger in Deutschland sein werde, werden die protestantischen Stände meine Beute sein.

Er selbst bezeichnete diesen Teil seiner Aufgabe als Assecuratio[1], im Gegensatz zu der erwähnten Satisfactio, wie er denn auch der Vater dieses genialen Gedankens war. Bereits 1630, also noch vor der deutschen Expedition, hat er die Abtretung von Wismar und Stralsund, der beiden wichtigsten Ostseehäfen, als Assecuratio ins Auge gefaßt: sie sollten dem Feinde verschlossen sein, um ihm die Möglichkeit eines Einfalls in Schweden zu nehmen, dagegen sollten sie den Schweden als Stützpunkte dienen, um jedem gefährlichen Anschlage zuvorzukommen. Was ihm damals eine Assecuratio schien, das war im Laufe seiner siegreichen Expedition ein Teil der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Satisfactio geworden: nachdem er sich aber eine so überragende Machtstellung unter seinen Glaubensgenossen, zusammen mit dem Anspruch auf ihre Dankbarkeit erworben hatte, reiften in Mainz seine viel kühneren Pläne, die protestantischen Kräfte unter seiner Leitung zusammenzufassen. Und diese neue Assecuratio sollte sein Werk krönen. Es waren Gedanken, mit denen er sich seit langer Zeit getragen und die er im Laufe der Jahre in sich ausgestaltet hatte, jetzt schien die Zeit gekommen, sie zu verwirklichen.

Sein Plan war, wie bekannt, die Bildung eines corpus Evangelicorum unter seiner und seiner Nachfolger auf dem schwedischen Throne Führung. Schon frühzeitig hat er den Gedanken ausgesprochen, man solle ihn zum „tutor" der deutschen Fürsten machen, jetzt wollte er ihr „capo" werden, wie er sagte, aber nicht ein Haupt wie der Kaiser, dem durch eine Wahlkapitulation die Hände gebunden waren, sondern ein Haupt, das in politischen und militärischen Dingen ein absolutes Direktorium führte. Wir wissen nicht, wie er sich die Ausgestaltung dieses corpus Evangelicorum im einzelnen dachte, vor allem in seinem Verhältnisse zur Reichsverfassung. Einmal sagte er, es solle ein corpus in corpore per se subsistens sein; ein andermal dagegen sagte er, er wolle den Ständen noch größere Freiheit verschaffen als bisher, wie sie die holländischen Staaten und die italienischen Fürstentümer hätten, soweit sie dem heiligen römischen Reiche dem Namen nach überhaupt noch angehörten. Er hat, wie wir wissen, von den Herzögen von Mecklenburg verlangt, sich von Kaiser und Reich loszusagen und souveräne Fürsten zu sein; ein gleiches hatte er bei den süddeutschen Ständen vor, die er kurz vor seinem Tode nach Ulm geladen hatte. Durch freie Verträge mit Schweden wollte er dann sich das absolute Direktorium sichern, wie er es schon bisher in den Allianzen getan hatte, soweit er deren mit den deutschen Fürsten und Ständen abgeschlossen hatte. Doch sind wir darüber des näheren nicht unterrichtet: ehe er zur weiteren Verwirklichung

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

seiner Pläne schreiten konnte, hat ihn der Tod hinweggerafft.

Seine sämtlichen Allianzen — mit Ausnahme der allerersten mit Pommern — fordern von den Bundesgenossen die Anerkennung des schwedischen Schutzes, Schirmes und Protektorates: Begriffe, mit denen der König sehr reale Forderungen verband; kraft ihrer forderte er das absolute Kriegsdirektorium, d. h. die Verfügung über die gesamten Kräfte des betreffenden Alliierten: Einräumung der Festungen, freien Durchzug, Werbung im Lande, Verfügung über die geworbenen Truppen sowie über das Landesaufgebot und vor allem die Kontributionen an Geld und Naturalien. Hatte er das bewilligt erhalten, so waren die Bundesgenossen so völlig in seinen Händen, daß sie keine Bundesgenossen, sondern wehrlose Vasallen waren. Wir wissen es aus seinen Verhandlungen mit Brandenburg und Mecklenburg, daß das auch durchaus seine Absicht und sein Ziel war.

In den eroberten Ländern, protestantischen wie katholischen, forderte er einen Erbhuldigungseid, ebenso wie er sich bei seinen Donationen, mit denen er nicht kargte, grundsätzlich die Rechte der Superiorität vorbehielt.

Ja, er gedachte gegen alle seine Glaubensgenossen — die eroberten katholischen Gebiete beabsichtigte er, wie gesagt, zu behalten — sein wohlerworbenes jus belli geltend zu machen, wie es ihn sein Lieblingsschriftsteller Hugo Grotius lehrte: d. h. er nahm an, daß — mit Ausnahme von Kursachsen und Hessen-Kassel — alle protestantischen Stände ihn mehr oder weniger feindlich empfangen hätten, sei es mit oder ohne Absicht; Mecklenburg oder Pommern z. B. seien völlig in der Hand der Feinde gewesen, er habe sie also erobert, und jure belli seien sie sein; Kurbrandenburg sei ihm sogar feindlich begegnet, wie denn die meisten deutschen Stände dem Feinde gegen ihn behilflich gewesen wären, bis er sie daran gehindert habe: er könne sie als Feindeshelfer behandeln. Kraft dieses mit den Waffen erworbenen jus belli

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gedachte er seine Pläne bei den evangelischen Ständen durchzudrücken, und wenn er auch — wie er sagte — nicht so sehr auf diesem jus belli selbst bestehen wolle, so könne er doch auf die Rechte, die sein Feind, der Kaiser, an den Ständen gehabt habe, nicht verzichten. Er wollte seinen Glaubensgenossen gegenüber an die Stelle des Kaisers treten, wie er denn von verschiedenen Ständen verlangte, aus dem Reichsverbande auszuscheiden und ihre Länder von ihm zu Lehen zu nehmen. Dieses jus supremum, das der Kaiser bisher gehabt hatte, sollte die Grundlage seiner Rechte als Haupt des evangelischen Bundes bilden — soweit wir es bisher zu erkennen vermögen.

Nur noch einen Sommer hoffte er damals in Mainz, Krieg führen zu müssen, dann glaubte er, seinen Gegner so weit zu Boden geworfen zu haben, daß er ihm seine Bedingungen vorschreiben konnte. War das Ziel erreicht, so war er auch Herr seiner Glaubensgenossen geworden. Mit gewohnter Kühnheit drang er mitten in das Land seines Feindes ein: bis München gelangte er, dann aber trat ihm in Wallenstein ein ebenbürtiger Gegner gegenüber, der ihm die Freiheit der Initiative raubte, Zweimal hat er in gewaltigem Ringen versucht, den Gegner zu Boden zu werfen: das erstemal vor Nürnberg gelang es ihm nicht, das zweitemal bei Lützen büßte er selbst sein Leben ein, und damit zerrannen von selbst seine hochfliegenden Pläne.

Es ist gleichgültig, wem man den Sieg bei Lützen zuschreiben will: wäre es eine Niederlage für den König geworden, so war die Scharte wieder auszuwetzen; der Tod des Königs aber war ein Unglück, das nicht wieder gutzumachen war; er wog schwerer als die schwerste Niederlage; denn seine Person war in der Tat unersetzlich.

Den deutschen Ständen kam er als Freund und als Feind: als Freund insofern er sie vor der katholischen Reaktion rettete und sie, die so gut wie gänzlich zu Boden geschlagen waren, wieder aufrichtete; als Feind aber, indem er — um

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mit seinen eigenen Worten zu reden — die jura superioritatis, die sein Feind, der Kaiser, an den Ständen gehabt hatte, selbst behalten wollte, d. h. indem er selbst an die Stelle des Kaisers treten wollte als capo des corpus Evangelicorum und ausgerüstet mit einem absoluten Direktorium.

Der große Krieg ist, wie bekannt, nicht allein um der Religion willen geführt worden, die Stände verteidigten auch ihre Libertät gegen den Kaiser. Man mag über die vielgeschmähte Libertät denken, wie man will, das eine ist doch sicher, daß sie das Resultat einer Entwicklung gewesen ist, die ihre legalen Wurzeln im Mittelalter hatte, und daß sie den Fürsten und Ständen des 17. Jahrhunderts als kostbares Erbe ihrer Väter überkommen war, das sie doch auch verpflichtet waren, ihren Kindern ungeschmälert zu hinterlassen. Ihr Weg war ihnen dadurch so fest vorgeschrieben, daß sie davon gar nicht abweichen konnten, selbst wenn sie wollten.

Nationale Interessen kannte man in der Politik nicht mehr, da das Reich seit Jahrhunderten von auswärtigen Bedrohungen verschont geblieben war; an ihre Stelle waren dynastische Interessen getreten, und erst die bitteren Erfahrungen späterer Zeiten haben das nationale Gewissen wieder erweckt und gezeigt, daß die dynastischen Interessen die der Nation nicht mehr zu verteidigen imstande waren. Das war aber im 17. Jahrhundert noch nicht der Fall: noch einmal hatte das Kaisertum den Versuch gemacht, die Rechte der Territorialfürsten einzuschränken und die Fesseln der Wahlkapitulationen zu sprengen. Die Folge war der einmütige Kampf der evangelischen wie der katholischen Stände gegen das Kaisertum gewesen, und das Bestreben, sich nunmehr auch das letzte der Rechte, das jus superioritatis, gesetzlich anerkennen zu lassen. Höchst charakteristisch ist in dieser Hinsicht das Verhalten des Kurfürsten Maximilian von Bayern; ohne Zögern hat er gegen den Kaiser Front gemacht, sobald er seine dynastischen Interessen gefährdet sah, trotzdem ihn die engsten religiösen und verwandtschaftlichen Interessen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mit dem Hause Habsburg verknüpften. Niemand hat die Übertragung der mecklenburgischen Herzogtümer auf den kaiserlichen General sowie das schroffe Vorgehen der kaiserlichen und ligistischen Generalität gegen den schwachen Herzog von Braunschweig härter getadelt und gemißbilligt als gerade der katholische Kurfürst von Bayern: in diesem Punkte waren seine Interessen mit denen der evangelischen Fürsten eins. Die Libertät der Stände war ihr Lebenselement, und sie hätten sich selbst aufgeben müssen, wenn sie darauf verzichtet hätten.

Gustav Adolf hat nun nicht nur die Vorrechte, die der Kaiser noch an den Ständen hatte, beansprucht, sondern forderte als capo des evangelischen Bundes ein absolutes Direktorium, wie er es verstand: d. h. freie Verfügung über alle militärischen Kräfte und Vertretung nach außen. Das war etwas ganz anderes, als die Stände dem Kaiser bisher zugestanden hatten, und mit der Libertät unvereinbar. Damals ist dann auch das harte Wort gefallen, daß man den spanischen Dominat mit einer schwedischen Servitut vertauschen werde. Oxenstierna selbst hat es bezeugt[1], daß die deutschen Stände diese drohende Gefahr sehr wohl erkannt hatten, wenn auch nicht alle sie in ihrem ganzen Umfange ahnen mochten, und daß sich ihrer bei Lebzeiten des Königs bereits schwere Bedenken bemächtigt hätten. Denn das war sicher, daß sie ihrer eigenen Libertät das Grab graben halfen, je länger sie dem Könige beistanden. Sein Tod befreite sie von dieser Gefahr.

Auch darf man nicht vergessen, daß die so oft getadelte Zurückhaltung, mit der die protestantischen Stände den König — der doch kam, sie zu retten — empfingen, in demselben Mißtrauen wurzelte, das man gegen die Absichten des Königs hegte und hegen mußte. Denn abgesehen davon, daß die meisten Stände noch so völlig in den Händen der Kaiserlichen und Ligisten waren, daß sie an eine Erhebung zugunsten Gustav Adolfs gar nicht denken konnten, mußten sie sich doch auch selbst sagen, daß der König allein aus christlicher Nächstenliebe Krone und Leben nicht aufs Spiel setzen würde.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Welches aber seine wirklichen Absichten waren, darüber war man zunächst in Zweifel. Daß man im allgemeinen ihm Pommern oder einige Häfen sowie seine eroberten katholischen Fürstentümer gern einräumen wollte, ist gewiß; auch wünschte man seinen Eintritt in den Verband des Reiches, um seines mächtigen Schutzes auch für die Zukunft sicher zu sein. Aber ließen nicht seine Forderungen, die er gelegentlich seiner Bündnisverhandlungen stellte, ganz andere Gedanken aufkommen? Protektorat, Einräumung der Festungen, Erbhuldigungen, ja Austritt aus dem Reichsverband und eine Rekognition der alten fürstlichen Stammlande von der Krone Schweden — oder gar sein beständiges Betonen seines wohlerworbenen jus belli an den glaubensverwandten Ständen, das waren doch Forderungen, die die Stände stutzig machen mußten, und sie sind es auch gewesen, die die Verhandlungen so schwer gemacht haben.

Mit dem Tode des Königs traten freilich diese Bedenken für den Augenblick zurück vor der größeren Sorge, das bis in seine Grundfesten erschütterte Werk aufrechtzuerhalten. Aber das Mißtrauen war geweckt und hatte seine Berechtigung gefunden in dem, was man vernommen hatte: kein Wunder, daß die Tendenz der Stände jetzt dahin ging, derartigem für die Zukunft vorzubeugen und das Verhältnis zu Schweden so unabhängig wie möglich zu gestalten. Man hatte gelernt, auch vor Schweden auf der Hut zu sein. Zudem war der König selbst nicht mehr, dem persönlich man alles zu verdanken hatte: Rettung vom Untergange und Wiederaufrichtung aus völliger Niedergeschlagenheit. Ihm, dem alles überragenden Manne, dessen Zauber seiner Persönlichkeit sich niemand entziehen konnte, der je mit ihm zusammengekommen war, konnte man wohl auch außerordentliches zugestehen, nicht aber seinen Nachfolgern und Erben, die sich nicht dieselben Verdienste um sie erworben hatten. Denn das sagte sich jeder, daß alles, was geschehen, ein ganz persönliches Verdienst des Königs gewesen war, daß allein sein Genie die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ans Wunderbare grenzenden Erfolge erzielt hatte: wie wenig wurde doch geleistet, wo er fehlte, und überall wurde seine Hilfe begehrt, um die von andern verfahrenen Sachen wieder ins Geleis zu bringen. Ihm persönlich jubelte man zu, in ihm, dem Könige, sah das evangelische Volk seinen Schutz und Hort — das alles sank mit ihm ins Grab, und die nach ihm kamen, mußten erst beweisen, ob sie würdig waren, die schwere Aufgabe, die der König unfertig zurückgelassen hatte, wirklich zu Ende zu führen.

Aber nicht nur, daß der Glanz königlicher Macht und der Zauber seiner Person erloschen war — Imponderabilien von unersetzlichem Werte —, sein Tod mußte auch die ganze eigentümliche Stellung, die sich der König zu den einzelnen Ständen erworben hatte, aufrollen.

Der erste deutsche Reichsstand, mit dem der König in Berührung gekommen war, Pommern[1], hatte für ihn besonderes Interesse; Pommern hatte er in erster Linie als Lohn für seine Mühen ausersehen; zusammen mit Preußen und den mecklenburgischen Häfen sollte es die Ostsee zu einem schwedischen Meere machen. Obwohl er die Hauptfestung Stettin sehr bald in seine Hände bekam, hat es doch große Mühe gekostet, die hartnäckigen Pommern zum Abschluß eines Bündnisses zu bewegen. Vor allem machte die vielbesprochene Klausel (§ 14) Schwierigkeiten, wonach der König das Herzogtum in Sequester und Protektion behalten durfte, falls Kurbrandenburg vor dem Tode Herzog Bogislafs XIV., des letzten aus dem Greifenstamme, die Allianz nicht ratifiziert haben, oder falls die Sukzession Brandenburgs überhaupt von anderer Seite angefochten werden würde. Das Sequester sollte so lange dauern, bis der Sukzessor an Schweden die Kriegskosten erstattet haben würde. Da die pommerschen Stände im Jahre 1529 die Erbfolge der Kurfürsten von Brandenburg in Pommern anerkannt und seitdem dem jeweiligen Kurfürsten von Brandenburg die Eventualhuldigung geleistet hatten, waren sie gar nicht in der Lage, solchem Ansinnen des Königs

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

stattzugeben, das seine wahren Absichten durchsichtig genug erkennen ließ. Sie haben es auch schließlich mit ihrer Hartnäckigkeit durchgesetzt, daß der König auf diese Forderung verzichtete; sie wurde als lediglich einseitiges Reservat des Königs dem Vertrage zugefügt, das die Pommern nicht band. Auch die schwedische „Protektion", von der der königliche Entwurf sprach, war von den Pommern ausgemerzt worden. Das waren höchst wichtige Errungenschaften, die die Pommern erreicht hatten; denn wenn der König sich sonst auf sein jus belli berufen konnte — und er hätte das noch am ehesten bei den Pommern tun können, da er wider ihren Willen als Retter erschienen war und Stettin ohne irgendwelchen Vertrag in die Hände bekommen hatte —, so hatte er sich doch dessen mit dieser Allianz stillschweigend begeben; Pommern wurde durch den Vertrag aus einem Eroberten ein gleichberechtigter Bundesgenosse. „Unser Recht auf Pommern", hat Oxenstierna selbst geurteilt[1], „das in jure belli bestand, war durch die Alliance aufgehoben und so schlecht gefaßt, daß man anders wenig davon reden kann, als was man mit dem Degen erhalten kann." Er hat auch selbst anerkannt, daß „der ganze § 14 auf Schrauben gestellt sei"[2]. Die pommersche Allianz vom 20. Juli 1630 war noch ein foedus inter pares — ein Fehler, den der König bei allen folgenden Allianzen sorgfältig vermieden hat. Hier hieß es in Wahrheit: „Wer das Schwert am besten gefaßt hat, hat das beste Recht[3]." Der König hat dann nachgeholt, was er vorher versäumt hatte. Denn in der Defensionsverfassung vom 9. September 1630, die die Hauptallianz ergänzte, überließ der Herzog dem Könige das absolute Kriegsdirektorium und die völlige Verfügung über alle Festungen und sein Land in militärischer Hinsicht. Damit war Pommern ihm ausgeliefert, und damit hatte er das „beste Recht". So ist es geblieben bis zu des Königs Tode, und Pommern fuhr nicht schlecht dabei; denn nach der Säuberung des Landes vom Feinde und dem Abmarsche des Königs trat für das Land ziemliche Ruhe ein,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und nur die schweren Kontributionen und vor allem die hohen Seezölle, die von den Schweden erhoben wurden, gaben Anlaß zu bitteren Klagen. Der Herr im Lande war aber nicht mehr der Herzog, sondern der Schwede. Wenn es also dem Könige nicht gelungen war, seine Ansprüche auf Pommern vertragsmäßig durchzusetzen, so war doch das Land bei seinem Tode nicht nur tatsächlich in seinen Händen, sondern auch durch eine vollgültige Allianz an Schweden gefesselt.

Größere Schwierigkeiten bereitete Kurbrandenburg Der Kurfürst war nicht nur durch das gewaltsame Vorgehen Gustav Adolfs in Preußen aufs schwerste gereizt, es galt auch, ihn zur Abtretung von Preußen und Pommern zu bewegen, ihm also den Zugang zur See zu nehmen. Wie bekannt, ist es darüber zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Schwägern gekommen, da sich der Kurfürst standhaft weigerte, die Ansprüche des Königs auf die Seeküste in irgendwelcher Form anzuerkennen, ebensowenig wie er sich entschließen konnte, das Protektorat oder auch nur das absolute Kriegsdirektorium Schwedens anzunehmen. Es ist weder damals noch später zu einer festen Allianz zwischen beiden gekommen; der Kurfürst räumte dem Könige zwar die Festung Spandau auf die Dauer des Krieges ein, mußte sich auch zu einer sehr hohen monatlichen Kontribution verstehen: dagegen hatte er das vielumstrittene Küstrin schließlich doch behalten und eigene Werbungen unter Anerkennung des Leipziger Schlusses durchgesetzt. Das Land war zwar militärisch ebenfalls in den Händen der Schweden, die — außer Küstrin und Berlin — die Hauptfestungen in den Händen hatten, aber zur Preisgabe irgendwelcher Rechte war der Kurfürst nicht zu zwingen gewesen. Der Kurfürst wollte seine Verbindungen mit den übrigen evangelischen Ständen, insbesondere mit Kursachsen, nicht aufgeben; denn wie alle die kleinen deutschen Reichsstände, bedeutete auch ein Kurfürst von Brandenburg in dem damaligen Wirrwarr für sich allein nichts, zumal der Träger des Kurhutes bei allem ehrlichen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und redlichen Willen zu den wenig bedeutenden seines Geschlechtes gehörte: nur im Zusammenhange mit den übrigen konnten sie die Rolle spielen, die sie beanspruchten. Der König hat denn auch alle Bewegungen seines Schwagers, insbesondere jede Verhandlungen mit Kursachsen, mit dem lebhaftesten Mißtrauen verfolgt, beständig argwöhnte er einen Zusammenschluß beider, d. h. ein Wiedereingehen Brandenburgs auf die sächsischen consilia, und eine Verbindung mit Dänemark und Polen, seinen geborenen Feinden. Ein kühnerer Kurfürst, etwa vom Schlage des Großen Kurfürsten, hätte sich auch diese bedenkliche Seite der schwedischen Stellung nie entgehen lassen, um sein gutes Recht auf die Seeküste auch dem Schwager gegenüber zu verteidigen; daran dachte man aber damals in Berlin nicht.

Der König setzte vielmehr jetzt alles daran, Brandenburg dauernd von Sachsen zu trennen und es dauernd mit den schwedischen Interessen zu verbinden. Einmal eröffnete er dem Schwager verlockende Aussichten auf Landerwerb, vor allem auf die Stifter Magdeburg-Halberstadt und dann in Schlesien: in beiden Fällen mußte Brandenburg mit Sachsen in Konflikt geraten. Magdeburg war von alters her ein Gegenstand der Rivalität beider benachbarten Kurfürsten. Der große Krieg hatte die brandenburgischen Aussichten, das seit über hundert Jahren besessene Stift weiter an sich zu ketten, zugunsten Sachsens verändert, da das Kapitel nach Vertreibung des Administrators Christian Wilhelm den sächsischen Prinzen August postuliert hatte. Es ist bekannt, wie stark sich Sachsen durch die Wiedereinsetzung Christian Wilhelms unter schwedischem Schutze in seinen Rechten beeinträchtigt fühlte: ein Grund, der es mit abhielt, der schwerbedrängten Stadt Magdeburg Hilfe zu bringen. Wieviel mehr hätte eine dauernde Vereinigung der Stifter mit Brandenburg die Interessen Sachsens verletzt. Ein gleiches wäre in Schlesien der Fall gewesen, das Sachsen nach dem Pfanderwerbe der Lausitzen ebenfalls zu seiner Interessensphäre rechnete. Hier war es

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

vor allem das Fürstentum Glogau, auf das Brandenburg sein Augenmerk gerichtet hatte.

Aber nicht genug damit, der König kam jetzt mit einem Projekte heraus, das lange eine verhängnisvolle Rolle in der brandenburgischen Geschichte gespielt hat, das vor allem bis zum Tode des Königs und während des ersten Jahres des Heilbronner Bundes von entscheidender Bedeutung gewesen ist: dem bekannten Eheprojekt seiner Tochter Christine mit dem Kurprinzen Friedrich Wilhelm, dem einzigen Sohne des Kurfürsten von Brandenburg. Der König wußte selbst, welche Gewalt er dem Schwager durch die Abtretung von Preußen und Pommern antat, er hat deshalb schon sehr früh an diese Ehe gedacht, durch die er die beiderseitigen Ansprüche auszugleichen gedachte. Schon im Januar 1631 hat er zu Bärwalde dem brandenburgischen Kanzler von Götzen gegenüber davon gesprochen, und weiter hat er während seiner Anwesenheit in Berlin, im Mai oder Juni 1631, darüber verhandelt. Damals verhielten sich aber der Kurfürst und sein geheimer Rat ablehnend, da der Kurfürst die Ansprüche des Königs auf die Seeküste gar nicht anerkannte, auch das ganze Projekt bei der großen Jugend der beiden fürstlichen Kinder auf sehr unsicheren Füßen stand. Da ferner ihnen beiden das Recht eingeräumt war, wenn sie zu Jahren gekommen wären, selbst noch ihre Einwilligung zu geben, so hatte der Kurfürst doch gar zu wenig Sicherheit, ob die großen Opfer, die man ihm zumutete, nicht vergeblich sein würden: denn hätte er jetzt seine Zustimmung zur Abtretung von Pommern gegeben, so war es ihm so gut wie verloren, wenn aus der Ehe künftig nichts werden sollte. Auch die weiteren Opfer, daß der Kurprinz zur lutherischen Konfession übertreten und in Schweden erzogen werden sollte, wären umsonst gewesen. Auch sonst war das Projekt nicht ohne Bedenken, vor allem wegen Polens, des Lehensherren von Preußen: Brandenburg hätte dadurch Feind des polnischen Königs werden müssen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Das wurde aber anders, als der König dann im März 1632 durch seinen Kanzler Oxenstierna das Projekt dahin erweitern ließ, daß der Kurprinz nicht nur alle schwedischen praetensiones in Deutschland erben, sondern daß er, falls der König keine Söhne mehr erhalten würde, auch König von Schweden werden sollte. Wir sind über die wahren Absichten des Königs nicht völlig unterrichtet, namentlich nicht, ob der Kurprinz wirklich König oder nur Prinzgemahl in Schweden werden sollte: als solchen hatte er sich ihn in den Verhandlungen im Mai und Juni 1631 gedacht, und es liegt keine Äußerung des Königs selbst vor, daß er davon abgegangen wäre; dagegen wissen wir, daß er die schwedischen Eroberungen in Deutschland (Pommern, Magdeburg, Bamberg, Würzburg, Mainz usw.), soweit er sie dem Kurprinzen zukommen lassen wollte, ihm nur als schwedische Besitzungen zu überlassen gedachte, über die seine Tochter schwedische Statthalterin sein sollte, nach dem Vorbilde — wie er sagte — der spanischen Königstöchter, die in Brüssel regierten. Oxenstierna hat zwar damals zu dem brandenburgischen Kanzler Götzen gesagt, daß der Kurprinz schwedischer König werden sollte, falls Gustav Adolf keine Söhne mehr erhalten würde, er hat das auch nach dem Tode des Königs dem Reichsrate in Stockholm als die Absicht des verstorbenen Königs wiederholt[1], ja er hat sogar zu Götzen geäußert, falls Christina vor der Ehe sterben sollte, würde der Prinz doch König werden, denn Gustav Adolf nähme ihn pro adoptivo an: wieweit das aber den wirklichen Absichten des Königs entsprach, läßt sich nicht entscheiden; es ist nicht ausgeschlossen, daß hier Oxenstierna den Mund voll nahm, um dem an sich Schweden ergebenen Kanzler Götzen eine um so herrlichere Zukunft des Kurhauses vorzuzaubern. Oxenstierna war wenigstens nicht zu bewegen, die Absichten des Königs schriftlich aufzusetzen, trotzdem er es versprochen hatte. Auch hat er das Schreiben des Kurfürsten vom 6. Juni 1632, womit dieser die Verhandlungen eröffnen wollte, überhaupt nicht beantwortet. Und schließlich hat der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

König damit, daß Christina und ihr Gemahl über die schwedischen Eroberungen in Deutschland nur als schwedische Statthalter regieren sollten, den schwedischen Prätensionen so wenig etwas vergeben, daß man sich des Gedankens nicht erwehren kann, daß der König auch in der schwedischen Thronfrage um nichts zurückgewichen ist: wir wissen ja auch, daß in späteren Jahren Oxenstierna selbst die Forderung gestellt hat, der Große Kurfürst solle nur Prinzgemahl werden.

Wenn Oxenstierna dann nach dem Tode des Königs dem Reichsrat davon keine Mitteilung gemacht hat, so hätte er ihm die volle Absicht des Königs verschwiegen: das braucht an sich nicht allzusehr aufzufallen, denn auch von der anderen Absicht des Königs — daß Christina und der Kurprinz nur schwedische Statthalter in den deutschen Besitzungen werden sollten — meldete er nichts. Wir könnten das vielleicht so erklären, daß Oxenstierna — der nach dem Tode des Königs von Anfang an ein Gegner dieser Heirat gewesen ist — auch dem Reichsrate in der Heimat das Projekt dadurch unannehmbarer machen wollte, daß er den Kurprinzen nicht als Prinzgemahl, sondern als wirklichen König anmeldete: doch wir wissen nicht, wieviel er dem Reichsrate Peter Brahe daneben noch mündlich zur Erläuterung mitgeteilt hat, den er damals in die Heimat zurücksandte.

Entscheidend ist dabei nur, daß man in Berlin das Projekt so hinnahm, wie es Oxenstierna dem Kanzler Götzen mitgeteilt hatte, und daß es diese Aussicht gewesen ist, die von nun an den engen Anschluß Brandenburgs an Schweden zur Folge gehabt hat. „Diesen Effekt hat die Proposition gehabt — schreibt Oxenstierna[1] —, daß der Kurfürst seitdem unserer Partei mehr affektioniert gewesen ist, und daß er sich mächtig accomodiert, so viel es nur hat geschehen können.“ Im Berliner geheimen Rat überwog jetzt die schwedenfreundliche Partei vollständig, vertreten insbesondere durch den Kanzler Götzen und Levin v. d. Knesebeck. Auch der Markgraf Sigismund, der wie der Kurfürst selbst sich energisch gegen die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Unterordnung unter Schweden gesträubt hatte, war durch die verlockende Aussicht, den Neffen auf dem Throne der Wasas, und damit die ausschlaggebende Rolle im Norden und unter den Protestanten in Deutschland spielen zu sehen, für Schweden gewonnen. Anders der Kurfürst: die politischen Vorteile würdigte auch er voll und ganz, und er ist weit entfernt gewesen, das Projekt von sich zu weisen; er stand ihm aber merklich kühler gegenüber als die anderen. Auf ihn machten besonders die beiden harten Bedingungen Eindruck, daß der Kurprinz zum Luthertum übertreten und seiner weiteren Erziehung wegen nach Schweden übersiedeln sollte. In ihm hatte das gewaltsame Vorgehen des Schwagers in Preußen wie in der Mark den bittersten Stachel zurückgelassen, der verschärft wurde durch das Gefühl der eigenen Ohnmacht. Schwerfällig in seinen Entschlüssen, empfindlich in seinen Begriffen von Ehre und Treue, konnte er sich zu beiden Bedingungen nicht verstehen. Er verfiel auf den naheliegenden Ausweg, den von den Reformierten immer erstrebten Ausgleich der beiden protestantischen Konfessionen, die kirchliche Union, herbeizuführen, die die erste der Schwierigkeiten alsbald gehoben hätte. Und schienen nicht die Verhältnisse so günstig wie möglich zu liegen, jetzt wo der siegreiche König auch Herr der protestantischen Stände — reformierter wie lutherischer — war? Doch fand sein Vorschlag weder bei dem Könige noch bei Oxenstierna rechten Anklang, beide waren auch hierin Kinder ihrer Zeit und gute Lutheraner; sie verkannten aber auch die einer solchen Vereinigung tatsächlich entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht. Der Tod des Königs hat dann alle weiteren Schritte verhindert.

Indessen schon die Tatsache, daß der Kurfürst diesem neuen Projekte nicht abgeneigt war, fesselte ihn an Schweden und mußte das Band, das ihn bisher mit Kursachsen vereinigt hatte, lockern: und das war für Schweden die Hauptsache. Der Keil zwischen beide protestantische Kurfürsten war damit eingetrieben. Und Sachsen hat durch sein Verhalten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hierin den König tatkräftig unterstützt. Sachsen hatte Brandenburg in der schwierigen Lage, als Gustav Adolf von dem Schwager den unbedingten Anschluß forderte, völlig im Stich gelassen, nicht einmal ein guter Rat war aus Dresden zu bekommen; lediglich die eigenen Interessen verfolgend, hatte Sachsen die Zeit und Gelegenheit versäumt, den Nachbar dauernd an sich zu fesseln, der sich Hilfe suchend an ihn gewendet hatte. Brandenburgs bemächtigte sich immer mehr das bittere Gefühl, von dem Mitkurfürsten im Stich gelassen zu sein, ja die Beschwerden häuften sich, daß Sachsen jeden Vorteil und Gewinn Brandenburgs verhindern wolle. Und dieses Gefühl nahm um so mehr überhand, je mehr die überraschend großartigen Erfolge des Königs das völlige Versagen Sachsens, das mit Vorliebe seine Stellung eines Hauptes der Evangelischen in Deutschland betonte, in grelles Licht stellten. Im geheimen Rate zu Berlin fielen harte Worte über Kursachsen, und besonders des Kanzlers Götzen hatte sich eine heftige Animosität gegen Sachsen bemächtigt[1]: für ihn gab es eben nur ein Heil, der enge Anschluß an Schweden und das Eheprojekt.

Nicht so der Kurfürst Georg Wilhelm: vorsichtiger als sein Kanzler, hat er nie die Beziehungen zu Sachsen aufgegeben, dessen Hilfe ihm bei einer unglücklichen Wendung der Dinge unentbehrlich war. Auch scheint ihn bei seinem lebhaft ausgeprägten Gefühl für seine kurfürstliche Würde und Selbständigkeit nie ganz das Mißtrauen gegen Gustav Adolfs Pläne verlassen zu haben. Sehr charakteristisch ist es, daß er den Männern, denen sein Herz gehörte — Schwarzenberg, Arnim und Burgsdorff —, sein Vertrauen nicht entzog, mochten sie von Schweden auch noch so sehr angefeindet werden. Und sie alle einte das Streben, die landesfürstliche Hoheit, die Rechte und die selbständige Stellung des Kurfürsten, wie sie mit der Reichsverfassung sich bisher entwickelt hatten, mit einem Worte die Libertät der Stände, insbesondere Brandenburgs, zu wahren. Der Haß, mit dem die Schweden diese drei

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Männer verfolgten, zeigt, daß sie ihren Einfluß wohl zu würdigen wußten — und sie hatten von ihrem Standpunkt aus recht. Schwarzenberg freilich hatte weichen müssen, und obwohl er beständig mit dem Kurfürsten auch von Emmerich aus in Briefwechsel stand, hat er sich — wie es scheint — doch weiteren Einredens enthalten, nachdem die Richtung der brandenburgischen Politik in das schwedische Fahrwasser eingelenkt war. Dagegen war Arnim noch zur Stelle, und ihm vertraute der Kurfürst vor allem, mehr als seinen Räten, er hätte ihn gern in seine Dienste gezogen. Seinem und Burgsdorffs Rate zufolge entschloß sich der Kurfürst zu den eigenen Werbungen, die ja die Konvention mit Schweden gestattet hatte, so sauer es ihm auch bei der jämmerlichen Lage des Landes ankam. Natürlich war die Absicht dabei, sich auch dem Könige gegenüber so gut es ging selbständig zu halten, sehr zum Verdrusse des Königs, der von der Selbständigkeit seiner Bundesgenossen nichts wissen wollte[1]. Oxenstierna hat später beständig über das Schwanken Brandenburgs geklagt, und nicht mit Unrecht: zu einem endgültigen Bruche mit Sachsen konnte sich der Kurfürst ebensowenig entschließen wie zu einem vollen Anschluss an Schweden: er wollte es mit Sachsen nicht völlig verderben, dagegen auch Schweden gegenüber seine Selbständigkeit wahren. Das Eheprojekt hat nun freilich auch dem Kurfürsten gewaltig in die Augen gestochen, und das Zünglein der Wage neigte sich mehr und mehr auf die schwedische Seite.

Die Frage wurde brennend, als im Oktober 1632 das Brandenburger Kabinett von verschiedenen Seiten volle Aufklärung über Gustav Adolfs umfassende Pläne erhielt. Zunächst teilte Kursachsen die Proposition des Pfalzgrafen August mit[2] und bat um Absendung eines vertrauten Rates, um durch ihn die höchst nachdenklichen Mitteilungen der schwedischen Gesandten, vor allem die direkte Forderung Pommerns, sicher übermitteln zu können[3]. Als solcher erschien Curt Bertram von Pfuel in Dresden[4], der am 19. Oktober in Berlin Bericht

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

erstattete. Inzwischen war auch der Oberst v. Burgsdorff von seiner Mission bei Gustav Adolf zurückgekehrt, dem der König mit verblüffender Offenheit erklärt hatte, daß er nie und nimmermehr Pommern wieder herausgeben würde. Burgsdorff hatte im königlichen Lager Löffler getroffen und war von diesem in alle Pläne des Königs eingeweiht worden, über die dieser besser als irgend jemand unterrichtet war[1]. Er erstattete am 2. Oktober in Berlin Bericht. Zu derselben Zeit kamen auch pommersche Gesandte dorthin, die ebenfalls vom Könige zurückkehrten und das gleiche berichteten[2].

Da bekannt war, daß der König damals stark mit Friedensgedanken umging, war man in Berlin vor die Entscheidung gestellt. Am 19. Oktober beriet der geheime Rat in Abwesenheit des Kurfürsten, der wegen der polnischen Königswahl nach Preußen gereist war, über diese Angelegenheit[3], und noch einmal sprach der Kanzler Götzen die ganze Sachlage durch. Von Sachsen wollte er garnichts wissen, er machte vielmehr seiner Mißstimmung ohne Scheu Luft: sein Kurfürst sei ebensogut ein Kurfürst des Reiches wie der von Sachsen, und es wäre besser gewesen, wenn man nicht allewege auf Kursachsen gesehen hätte. Daß Gustav Adolf auf Pommern und Preußen verzichte, glaube er nicht[4] — so bleibe als alleiniger Ausweg die Heirat, dann würde der König seine praetensiones in dotem mitgeben. Komme sie zustande, so müßte alles, was Gustav Adolf in Deutschland erreichte, dereinst dem Hause Hohenzollern als reiches Erbe in den Schoß fallen[5]. Markgraf Sigismund stimmte ihm in allem bei, und es wurde beschlossen, den Kanzler selbst nach Preußen zu senden, um des Kurfürsten Resolution einzuholen.

Das geschah auch. Welchen Eindruck die Nachrichten auf den Kurfürsten hervorgebracht haben, darüber fehlen leider direkte Nachrichten. Man kann aber von vornherein annehmen, daß Götzen nicht umsonst persönlich nach Preußen gereist ist, und aus der Haltung, die der Kurfürst nach dem Tode des Königs einnahm, darf man schließen, daß er die Rat-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schläge seines Kanzlers gutgeheißen hat. Ein sehr merkwürdiges Schreiben an Oxenstierna scheint das zu bestätigen[1]. Wie erwähnt hatte Oxenstierna das Schreiben des Kurfürsten vom 6. Juni, mit dem die Verhandlungen über dieses Eheprojekt, namentlich über den geforderten Glaubenswechsel, eingeleitet werden sollten, nicht beantwortet; der Kurfürst hatte infolgedessen nichts weiter tun können[2]. Als aber jetzt die unerwartete Nachricht von dem Tode oder der doch schweren Verwundung des Königs nach Königsberg gelangte, erinnerte er sogleich den Reichskanzler an das Eheprojekt, nachdem er der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß das Gerücht von der Verwundung des Königs nicht wahr sei[3]. In dieser kritischen Zeit also, als der Tod des Königs die ganzen prächtigen Zukunftsträume Götzens in Frage zu stellen schien, war sein erster Gedanke: das Eheprojekt. Daß es sich von da ab in Wahrheit nur noch um ein Luftschloß handelte, das Oxenstierna vor den Blicken des Kanzlers erstehen ließ, werden wir sehen. Vorläufig war aber Brandenburg ganz im Schlepptau Schwedens.

Der niedersächsische Kreis[4] hatte für Gustav Adolf eine doppelte Bedeutung: einmal grenzte auch er an die Ostsee, und hier lagen die Häfen Rostock, Wismar und Lübeck, auch mündeten in ihm die wichtigen Verkehrsadern Elbe und Weser mit den großen Handelsemporien Hamburg und Bremen ins Meer; dann aber war er die Vormauer und der Schutz für seine so kunstvoll aufgebaute Rückzugslinie an der Oder: solange sich der Kreis in den Händen der Kaiserlichen befand, war sie beständig von ihnen bedroht, und erst als Tilly sich nach Süddeutschland zurückgezogen hatte, ist auch der König an den Main gegangen. Der schwedische Legat Dr. Steinberg drückt das einmal sehr drastisch so aus: solange der König die Weser und den niedersächsischen Kreis zwischen Elbe und Weser nicht purgiert, laboriert er am Podagra. Sein Versuch, mit dem Kreise insgesamt ein Bündnis zu schließen, war gescheitert; so hielt er es für ratsam, Einzelverhandlungen anzuknüpfen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die interessantesten unter ihnen sind die mit den Herzögen Adolf Friedrich und Johann Albrecht von Mecklenburg; auch bei ihnen hat ihn die nahe Verwandtschaft nicht im geringsten gehindert, Schwedens Vorteil hart und unbeirrt zu verfolgen. Von Anfang an hat er den Erwerb von Wismar ins Auge gefaßt, dem sich bald auch Rostock oder Warnemünde zugesellte. Dagegen haben sich die Herzöge aufs äußerste gesträubt, ebenso wie gegen verschiedene andere harte Bedingungen, die er ihnen auferlegte. In persönlichen Verhandlungen hat der König ihnen über ihre Undankbarkeit bittere Vorwürfe gemacht, ihm allein hätten sie ihre Restitution zu verdanken; er hat ihnen zugemutet, ihre sämtlichen Länder von ihm und der Krone Schweden zu Lehen zu nehmen[1]. Nur mit Mühe war er davon abzubringen, wandelte aber schließlich diese Forderung dahin um, daß sie den Zusammenhang mit Kaiser und Reich lösen, souveräne Fürsten werden und ein dauerndes Bündnis mit Schweden schließen sollten; seine Ansprüche auf Wismar und Warnemünde hielt er nach wie vor aufrecht. Daß er auch die Erhebung von Seezöllen[2] forderte, war selbstverständlich. Von diesen Bedingungen ließ sich der König durch nichts abbringen, und schweren Herzens mußten sich die Herzöge dem Zwange fügen; nur die hohe Kontribution vermochten sie auf ein erträgliches Maß herabzubitten. Dazu hatte sich der König noch ausdrücklich wegen der Ansprüche, die er an die Reichsstände insgesamt zu stellen beabsichtigte, freie Hand vorbehalten. Kein Wunder, daß die Stimmung der Herzöge äußerst gedrückt war.

Die drei Hansestädte[3], Lübeck, Hamburg und Bremen, dagegen waren zu keinem wirklichen Bündnisse zu bewegen gewesen; ihre Handelsinteressen legten ihnen zuviel Rücksichten auf das Haus Habsburg-Spanien auf, auch war es keineswegs in ihrem Interesse, daß Schweden sich so ausschließlich der Herrschaft über die Ostsee bemächtigte, wie es bisher der Fall war. Die drückenden Seezölle, die der Schwede allerorts einführte, erpreßten ihnen bittere Klagen ge-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

meinsam mit allen anderen an dem Ostseehandel beteiligten Mächten, gleichviel ob protestantischen oder katholischen. Sie kauften sich mit einer größeren Geldzahlung von allem los, nur daß Lübeck noch die bisher geworbenen Truppen dem Könige überließ, während Bremen Werbungen gestattete. Im übrigen standen sie ganz beiseite, ohne näheren Anteil an den Ereignissen der nächsten Jahre zu nehmen.

Dagegen hatte der Erzbischof von Bremen[1], Johann Friedrich, Herzog von Holstein-Gottorp, schon frühzeitig, am 3. Juli 1631, eine rechtskräftige Allianz mit Schweden geschlossen, die nach Art der sogleich zu besprechenden hessischen dem Könige das Protektorat, absolutes Kriegsdirektorium und völlige Verfügung über die Mittel des Landes zusicherte. Es hat freilich lange genug gedauert, ehe er in den Besitz des Landes kam, da die jämmerliche Kriegführung Totts es den katholischen Truppen über Gebühr erleichterte, sich zu halten, zumal ihnen das benachbarte Dänemark jedweden Vorschub leistete. Erst als Pappenheim im Mai 1632 die Garnison aus Stade abgeholt hatte, gelang es Baudissin, das Land völlig vom Feinde zu säubern. Stade blieb aber von den Schweden besetzt, sehr zum Verdrusse des Erzbischofs, der diese wichtige Festung und Zollstätte an der Elbe selbst in den Händen haben wollte. Doch blieb der Erzbischof Zeit seines Lebens ein treuer Bundesgenosse der Schweden, und das Land genoß für eine Reihe von Jahren Ruhe und Vorteile des Friedens.

Anders bei den Herzögen zu Braunschweig und Lüneburg[2], die den mächtigsten Stand im niedersächsischen Kreise bildeten. Neben den beiden regierenden Herren, Herzog Christian in Celle und Herzog Friedrich Ulrich in Braunschweig, kam hier als dritter Machtfaktor Herzog Georg, der jüngste unter den cellischen Brüdern, in Betracht, der nicht nur der begabteste von ihnen, sondern auch Soldat war und so allein seinen Mann in dieser vom Krieg erfüllten Zeit zu stellen vermochte. Außerdem hatte ihn das Los unter den Brüdern allein

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zur Fortpflanzung des Geschlechtes bestimmt, so daß er für seine Kinder an der ungeschmälerten Erhaltung des väterlichen Erbes am meisten unter den Brüdern interessiert war, und zwar nicht nur wegen des Fürstentums Lüneburg, sondern auch wegen Braunschweigs, das nach dem Tode Friedrich Ulrichs an die Linie in Celle fallen mußte. Unter den Vettern bestand aber keine Einigkeit. Celle hatte sich von der dänischen Expedition ferngehalten und war auch unter Tilly leidlich davongekommen, während Braunschweig in die Katastrophe König Christians mit verwickelt worden war und alle Verfolgungen von den Feinden zu erdulden hatte. Und mit Sorge mußte Celle sehen, wie ein Stück des Landes nach dem andern vom Kaiser verschenkt und verpfändet wurde: Honstein, Blankenburg, Reinstein, ja das Fürstentum Kalenberg drohten verlorenzugehen; das sogenannte große Stift Hildesheim, mit dem das Haus Braunschweig seit 1523 vom Kaiser rechtmäßig belehnt worden war, wurde ihm jetzt wieder durch einen Spruch des Reichskammergerichts entzogen. Herzog Georg war sogar in kaiserliche Dienste getreten, um dem fürstlichen Hause die braunschweigischen Lande zu erhalten; er sah sich aber in seinen Erwartungen getäuscht, und er hat zuerst unter seinen Brüdern und Vettern an einen Anschluß an Gustav Adolf gedacht. Bereits 1629 stand er mit ihm in Verbindung, und am 5. November 1630 nahm ihn der König in seine Dienste. Aber erst ein Jahr später, nachdem der Sieg bei Breitenfeld die Überlegenheit des Königs außer Zweifel gestellt hatte, schloß er zu Würzburg endgültig mit ihm ab. Gustav Adolf ernannte ihn zum General[1] über etliche Regimenter, die er im Herzogtum Braunschweig errichten sollte, und beauftragte ihn, seine Stammlande vom Feinde zu säubern. Bald darauf schloß auch Herzog Christian mit Salvius in Celle eine Allianz ab[2], ebenfalls auf Grund der hessischen, die dem Könige das Protektorat und das absolute Kriegsdirektorium einräumte. Doch fand dieser Entwurf schließlich nicht die Ratifikation des Königs.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Von größtem Interesse dagegen sind die Verhandlungen mit dem Herzog von Braunschweig, die zunächst in Halle von dem Fürsten Ludwig von Anhalt und dann in Mainz und Frankfurt a. M. von dem Könige selbst geführt wurden. Hier versuchte der König zuerst, seine umfassenden Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen, indem er verlangte, daß der Herzog seine sämtlichen Länder — die alten Stammlande wie das Stift Hildesheim — von ihm als dem Haupte der evangelischen Stände in Deutschland rekognosziere; in Frankfurt dagegen forderte er den Austritt aus dem Reichsverbande und die Rekognition der Länder von der Krone Schweden: Braunschweig und Hildesheim sollten also schwedische Lehen werden, und den Welfen in Celle war die Nachfolge — auch in ihren Stammlanden — nur dann zugesichert, wenn sie dieselben Bedingungen annehmen würden wie Braunschweig[1]. Es war das erstemal, daß einem deutschen Fürsten eine solche Forderung von Gustav Adolf gestellt wurde — kein Wunder, daß die Braunschweiger sie rundweg ablehnten. Gustav Adolf ließ sich aber nicht irremachen; wenn auch die Verhandlungen weitergingen, auch neue Entwürfe aufgesetzt wurden, die trotz mancher schweren Forderung die Zustimmung der Braunschweiger fanden, so ist das doch nur geschehen, um den Herzog bei gutem Willen und in dem Glauben zu lassen, mit dem Könige noch auf der Basis der Gleichberechtigung abschließen zu können. Der König hat sich zu keiner Ratifikation mehr verstanden, wie er denn auch die Allianz mit Celle nie ratifiziert hat. Er wollte sich nicht die Hände binden für die allgemeine Neugestaltung der deutschen Reichsverfassung, die er nunmehr in Angriff nahm: denn die Allianzen gingen gerade darauf aus, den Herzögen ihre Souveränitätsrechte und ihre Libertät zu gewährleisten. So ist es geblieben bis zu des Königs Tode: in Wirklichkeit waren die Herzöge durch kein Bündnis mit Schweden verbunden.

Anders lagen freilich die realen Verhältnisse, und auch in dieser Beziehung nehmen die Zustände im niedersächsischen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kreise eine hervorragende Stellung ein. Der König hatte den Herzog Georg, wie gesagt, nur mit der Befreiung seiner Stammlande beauftragt, während er das Oberkommando im niedersächsischen Kreise dem schwedischen General vorbehalten hatte: schon das führte zu Reibereien, da der Herzog beanspruchte, General im Kreise zu sein; aber nicht nur das, er beanspruchte auch, das Kommando absolut zu führen, d. h. er wollte über die Kräfte des Landes verfügen, ohne Rücksicht auf die Landesherren: soweit dabei Braunschweig in Betracht kam, war das nicht ganz unberechtigt, da ihm das Land vom Könige als Quartier angewiesen worden war. Selbstverständlich führte das zu sehr unerquicklichen weiteren Konflikten, namentlich mit dem Herzog Friedrich Ulrich, der sein Land keineswegs dem Vetter überlassen wollte. Und auch er war im Rechte, da die nunmehr auch von ihm abgeschlossene Allianz die Hoheitsrechte des Herzogs wahrte und seine Leistungen auf ein bestimmtes Maß festsetzte. Ja noch mehr — sein Wunsch, selbst einige Regimenter zu werben, da er sehr bald sah, daß er der Generalität sonst schutzlos preisgegeben sein würde, erregte den Zorn des Herzogs Georg ganz gewaltig, der von einer Selbständigkeit des Vetters nichts wissen wollte; daß der König die Werbungen des Braunschweigers gebilligt hatte, konnte die Sache nur verschärfen, da ja derselbe König dem Herzog Georg eben das Land Braunschweig als Quartier überlassen hatte.

Aber noch ein weiterer Differenzpunkt entfremdete die Vettern: das kleine Stift Hildesheim, dessen Besitz beide erstrebten. Als 1523 der Quedlinburger Vertrag den größten Teil des Stifts den Herzögen von Wolfenbüttel zugesprochen hatte, verblieben den Bischöfen nur die drei Ämter Peine, Steuerwald und Marienburg; dieses sogenannte kleine Stift hatte der König dem Herzog Georg — wie dieser behauptete — in Würzburg versprochen: die Aussicht auf ein selbständiges Fürstentum mußte für den lediglich apanagierten Prinzen von besonderer Bedeutung sein. Doch er täuschte sich, denn der König über-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ließ sehr bald darauf in der Allianz das kleine Stift dem Herzog von Braunschweig, der somit das ganze Stift Hildesheim in seiner Hand vereinigt hatte: der König hat dem Herzog Georg offenbar in Würzburg nur unverbindliche Vertröstungen gegeben, um seine Geneigtheit, auf die schwedischen Wünsche einzugehen, zu erhöhen, wie das der König auch sonst noch öfter getan hat. Die Folge aller dieser Differenzen waren aber sehr heftige Auseinandersetzungen zwischen den beiden Vettern, die schließlich zum völligen Bruche führten. Herzog Georg kümmerte sich um die Proteste Friedrich Ulrichs nicht im geringsten mehr, sondern ordnete an und verfügte über das Land, wie wenn er selbst Herr des Landes wäre. Er ward hierin nachdrücklich unterstützt und ermuntert durch den schwedischen Generalleutnant Wolf Heinrich von Baudissin, der sich dadurch Herzog Georgs Unterstützung in seinen Privatinteressen zu erwerben glaubte: er hatte sein Augenmerk auf das Amt Syke an der Weser gerichtet, dessen Abtretung sich Herzog Friedrich Ulrich aber unter keinen Umständen abzwingen ließ.

Aber nicht nur dieser eine Zwiespalt herrschte hier, sondern auch der nicht minder heftige zwischen der Generalität und den königlichen Legaten: Salvius in Hamburg und Steinberg in Braunschweig. Auch hier kann man den König nicht völlig freisprechen, durch seine Anordnungen zu ihrer Vermehrung beigetragen zu haben. Er hatte seinem Feldmarschall Tott den Salvius als consiliorum director zur Seite gesetzt, eine Anordnung, die bei dem Charakter Totts eine der Absicht entgegengesetzte Wirkung hervorrief. Denn Tott ließ sich in nichts hineinreden, schalt über die Federfuchser, die die Kavaliere kujonierten, und machte damit bei den anderen Generälen, vor allem Baudissin und Herzog Georg, Schule, die mit Steinberg in den gleichen Konflikt gerieten. Steinberg war mit dem Auftrage nach Braunschweig gekommen, die Annahme der Allianz bei den Herzögen durchzusetzen: daß Gustav Adolf gar nicht daran dachte, sie zu ratifizieren,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wußte er freilich nicht. Er hielt sich gemäß seiner Instruktion für verpflichtet, als königlicher Legat nunmehr auch über ihre Ausführung zu wachen. Infolgedessen geriet er sehr bald in Zwiespalt mit dem Herzog Georg, der seine Rechte durch diese Allianz beeinträchtigt sah und sich durch den kriegspraktizierenden Handlanger — wie ihn Baudissin schalt — nicht hineinreden ließ. Ohne sich um den Landesherrn zu kümmern, wurden die Kriegsoperationen unternommen, das Land mit Werbeplätzen überlegt und ausgesogen, um die eigenen Werbungen des Herzogs zu hindern. Und gerade diese Werbungen waren das schlimmste. Die schwedischen Kommissare selbst erhoben über den Schaden Beschwerde, den dieses unsinnige und zwecklose Aussaugen des Landes anrichtete. Nicht nur, daß das Land ausgeplündert und ausgeödet wurde, es wurde auch nicht viel Volk zu Wege gebracht, da es im Interesse der Soldateska lag, die Werbedepots so lange wie möglich auszudehnen. Ebenso schlimm wie dem Herzogtum Braunschweig ging es in diesem Punkte auch dem Fürstentum Lüneburg, dessen ärgster Peiniger der Herzog Franz Karl von Sachsen-Lauenburg war. Die Erbitterung stieg so hoch, daß die Lüneburger Bauern zur Selbsthilfe griffen und die streifenden Soldaten niederschossen, wo sie es konnten, und Herzog Friedrich Ulrich erließ ein Mandat, daß die Beamten mit dem Landesausschuß alle Pässe besetzen und niemanden ohne Schein der Kommandanten passieren lassen sollten, Gewalt sollte mit Gewalt zurückgewiesen werden.

Es hätte keines so kühnen Generals wie Pappenheims bedurft, um diese Schwäche der Gegner auszunutzen. Im Januar 1632 drang er mit einer Handvoll Soldaten bis Magdeburg vor. Selbst Gustav Adolf maß diesem Einfalle solche Bedeutung bei, daß er selbst von Frankfurt aufbrach; doch Pappenheim mußte zurück und gab Magdeburg als verlorenen Posten auf. Im April drang er abermals über die Weser vor, eroberte Einbeck, setzte das ganze Land Braunschweig in

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verwirrung und entsetzte in kühnem Zuge die belagerte Stadt; Tott hatte völlig den Kopf verloren, und es fehlte nicht viel, so wäre Pappenheims Durchbruch nach Lüneburg geglückt. Nur durch rasches Eingreifen Baudissins, der jetzt das Kommando übernahm, gelang es, das kleine Häuflein Pappenheims zum Rückzuge zu zwingen. Seinen Abmarsch nach dem Rhein benutzten Baudissin und Herzog Georg, die Stifter Bremen-Verden sowie das Land Braunschweig zu säubern, auch Duderstadt fiel in ihre Hände. Dann aber trennten sich beide wieder: Baudissin zog nach Westfalen und Herzog Georg ging an die langgeplante Blockade von Wolfenbüttel. Dieser schwere Fehler rächte sich bitter, denn getrennt konnte keiner von beiden etwas ausrichten, und der rasch zurückgekehrte Pappenheim nutzte die Situation wiederum nach Kräften aus. Baudissin zwang er zum Abmarsch nach Hessen, der Blockadearmee brachte er eine schwere Niederlage bei, und das wichtige Hildesheim mußte sich ihm binnen wenigen Tagen ergeben. Überall verbreitete er Furcht und Schrecken, das Land war ihm mit Ausnahme der großen Städte wehrlos überliefert, da auch Herzog Georg nach der Elbe zurückweichen mußte.

Die beiden Herzöge Friedrich Ulrich und Christian waren außer sich, da die Generalität allen ihren Bitten und Ratschlägen und denen der Legaten entgegen die verhängnisvolle Trennung ihrer Armeen aufrechterhalten hatte. Sie alle hatten gewünscht, daß die Armee über die Weser nach Westfalen gehe, die dortigen feindlichen Quartiere sich zunutze mache und den eigenen Kreis verschone; Friedrich Ulrich wollte mit wenigen Truppen Wolfenbüttel blockieren. Die Ereignisse gaben ihnen recht, und die Generäle erlebten ein vollständiges Fiasko. Die Länder waren verwüstet, und die Vereinigung mit den Schweden hatte wenig Früchte getragen: dies eine Jahr hatte unglaubliche Kosten verschlungen, und doch war das Land schließlich wie zuvor in den Händen des nunmehr erbitterten Feindes, der die Hauptfestungen Wolfen-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

büttel, Hildesheim, Hameln, Minden und Nienburg besetzt hielt. Kein Wunder, wenn Steinberg klagt, daß die Affektion zu schwinden beginne. Herzog Christian, der nie mit vollem Herzen schwedisch gewesen war, wandte sich an den Landgrafen von Hessen-Darmstadt und suchte durch dessen Vermittlung bei Kurköln Schonung vor Pappenheim zu gewinnen, Herzog Friedrich Ulrich dagegen bat ein über das andere Mal, der König möchte selbst kommen und die verfahrenen Zustände wieder in Ordnung bringen, und der König hat auch in der Tat die Absicht gehabt, nachdem er Kursachsen vor Wallenstein gerettet haben würde, nach dem niedersächsischen Kreise zu kommen.

In Mitteldeutschland nahm Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel[1] die erste Stelle als Parteigänger Gustav Adolfs ein. Er war einer der wenigen deutschen Fürsten, die den König mit offenen Armen aufgenommen und die noch in der Stunde der Gefahr sich entschlossen auf seine Seite gestellt hatten: eine Folge der wahrhaft traurigen Lage, in die ihn die verkehrten Maßregeln seines Vaters, des Landgrafen Moritz, in dessen äußerer und innerer Politik gebracht hatten. Tilly war völlig Herr des Landes — bis auf die wenigen Festungen — und hatte den alten Landgrafen zur Abdankung gezwungen; aber schlimmer als das: die Unduldsamkeit des Landgrafen Moritz hatte den Verlust des lutherischen Oberfürstentums mit Marburg und der Grafschaft Katzenellenbogen an den Vetter in Darmstadt zur Folge gehabt; außerdem hatte der schwache Fürst unter dem Einflusse seiner zweiten Frau, der Landgräfin Juliane, ihren Kindern ein Vierteil des geschmälerten väterlichen Erbes eingeräumt. Landgraf Wilhelm konnte mit dem geringen Reste des einst so stattlichen Gebietes Philipps des Großmütigen seine Stellung nicht behaupten, und man darf nicht vergessen, daß es fast eine Desperation war, die diesen jungen Fürsten dem Schweden in die Arme trieb: es hieß für ihn, siegen oder untergehen, denn schon lauerte sein Vetter Georg in Darmstadt, sich mit Hilfe

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

des Kaisers auch in den Besitz der kasselschen Länder zu setzen und so die alte Machtstellung Philipps wiederzuerwerben. Landgraf Wilhelm ist der überzeugteste und treueste Anhänger der Schweden gewesen. Schon im November 1630 hat sein Gesandter Hermann Wolff zu Stralsund über den Abschluß einer Allianz verhandelt, und diese hessische Eventual-Konföderation[1] ist das Vorbild für die meisten der übrigen Allianzen Gustav Adolfs gewesen. Sie ist aber auch von besonderem Interesse deshalb, weil hier zuerst der König alle seine Forderungen erhob, die ihm für seine späteren Pläne erforderlich schienen. Hier zuerst bedang er sich das Protektorat und die Schutzherrschaft aus mit allen den weitgehenden Rechten, die er mit ihr verband: Einräumung der Festungen und Nutzbarmachung der Kräfte des Landes durch Kontributionen, eigene Werbungen oder Zulassung von Werbeplätzen. Das absolute Kriegsdirektorium behielt sich der König vor. Infolge der allgemeinen Lage und des von Sachsen einberufenen Konventes zu Leipzig kam es aber erst am 22. August 1631 zu Werben[2] auf Grund derselben Bedingungen zum wirklichen Abschlusse, nur daß hier der Landgraf selbst zum schwedischen General bestellt wurde und als solcher die Funktionen des im Bündnisse vorgesehenen Stellvertreters des Königs versehen sollte. Der Landgraf verpflichtete sich dadurch noch enger dem Könige, wenn er, der regierende Landesfürst, in die abhängige Stellung eines Generals trat, der von dem König immediate Order zu nehmen und nach des Königs Belieben den Krieg zu führen hatte. Hatte Herzog Georg von Lüneburg die Aufgabe vom König erhalten, seine Stammlande zu säubern — daneben gab es noch eine schwedische Armee im niedersächsischen Kreise —, so waren die Truppen des Landgrafen Teile der großen Armee, die der König keineswegs ausschließlich für die hessischen Interessen zu verwenden beabsichtigte. Als das gewaltige Ringen mit Wallenstein bei Nürnberg begann, hat der König sie denn auch nach Oberdeutschland kommen lassen, und der Landgraf

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mußte sich fügen, so schwer es ihm ankam, sein Land vor Pappenheim und Gronsfeld zu entblößen. Die Hessen haben bei Nürnberg und bei Lützen mitgekämpft.

Die hessischen Verhandlungen sind aber auch noch deshalb von besonderem Interesse, weil bereits in Stralsund (November 1630) zwischen dem Sekretär des Königs, Sattler, und dem hessischen Abgesandten Wolff „discursus vorgegangen sind, der conquestierten Güter halber anstatt der Mühe, Gefahr und Kosten"[1]. Die Allianz selbst sprach dem Landgrafen die Restitution des Oberfürstentums zu, daneben verpflichteten sich beide Kontrahenten, bei allen ihren Eroberungen sich gegenseitig zu manutenieren, bis insbesondere der König sich der Kriegsunkosten erholt habe. In den Diskursen[2] bezeichnete Wolff Paderborn, Höxter, das Eichsfeld, Fulda, Korvey und die mainzischen und kölnischen Besitzungen in und an der Grenze von Hessen als für eine Satisfaktion für Hessen wohl gelegen, ebenso bedang er sich alles das aus, was je zu Hessen gehört habe, wie denn auch Darmstadt an Kassel fallen sollte, falls der dortige Landgraf depossediert werden müßte[3]. Schweden dagegen begehrte, falls Bayern und andere Katholische beschnitten oder gar depossediert werden möchten, „daß man I. Mt. hinwider nur bis sie ihrer Kriegskosten und Prätension befriedigt, dabei manutenieren zu helfen sich bemühen wolle". Welches diese Prätensionen waren, ist nicht gesagt, doch hat Schweden stets unter dieser Klausel seine Satisfactio, d. h. Pommern, im Auge gehabt. Wolff machte gute Miene zum bösen Spiele — wie er selbst sagte, da unter den „anderen Katholiken" ja auch der Kaiser gemeint sein konnte — und nahm alles ad referendum an und verabredete mit Sattler, alle diese wichtigen Punkte in einer secretissima confoederatio, neben der Allianz, zu vereinbaren; doch ist es zu Lebzeiten des Königs zur Ausführung dieses Secretissimum nicht gekommen. Die Territorialverleihungen für Hessen nahmen ihren Anfang in den Quartieranweisungen des Herbstes 1631[4], worin dem Landgrafen Fulda, Paderborn,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Korvey, Münster, Osnabrück, die Grafschaft Arnsberg „und soweit S. Lb. sich nur in Westfalen extendieren können", überwiesen wurde.

Sie sollten dann durch eine königliche Schenkung endgültig geregelt werden, über die die Verhandlungen wohl begonnen, aber vor dem Tode des Königs nicht zu Ende geführt wurden. In ihr[1] wurden dem Landgrafen Fulda, Paderborn, Korvey und Münster eingeräumt, letzteres unter der Bedingung, daß der Landgraf den König von der Verpflichtung entbinde, ihm Oberhessen zurückzuerobern. Das waren verlockende Aussichten, Hessen-Kassel war jedenfalls auch nach dieser Richtung hin mit seinen Interessen auf das engste an Schweden gebunden.

Sein ganzes ultra-radikales Programm entwickelte der Landgraf am 5. März 1632 in einem Promemoria, das er dem Könige auf dessen Begehren über die zu stellenden Friedensbedingungen überreichte[2]. Darin verlangte er die Vertreibung des Hauses Spanien und der Jesuiten vom Reichsboden, Abschaffung der geistlichen Kurfürsten, Säkularisation aller geistlichen Gebiete und Entwaffnung der Katholiken. Dagegen sollten die Evangelischen unter dem Protektorate Gustav Adolfs in Kriegsverfassung bleiben und auch die vornehmsten Ströme und Festungen der Katholiken besetzt halten; das Reichskammergericht sollte allein mit Evangelischen besetzt werden und alle Prozesse vor dem kaiserlichen Hofrate aufhören. Alle geistlichen Güter, die vor und nach dem Passauer Vertrage in evangelischem Besitze gewesen waren, sollten ihnen verbleiben, sowie alle in ihren Territorien gelegene ihnen zufallen, sie seien reichsunmittelbar oder mittelbar. Die Stifter, die dann noch übrigblieben, sollten auch den Evangelischen offenstehen. — Die Kaiserwahl wird den Evangelischen vorbehalten, und zwar nicht mehr allein den Kurfürsten, sondern es sollen alle evangelischen Stände, die zu Deputationstagen benennen, wählen. — Für sich selbst ist der Landgraf bereit, bei seiner Allianz gegen jedermann, wer er auch sei, zu ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

harren, bis der König und er die von ihnen gewünschte Satisfaktion erhalten haben, er erklärt sich auch nochmals dazu bereit, das schon in Stralsund in Aussicht genommene Secretissimum der konquestierten Güter halber abzuschließen.

Mehr konnte der König nicht verlangen. Wieweit aber der Landgraf die umfassenden Pläne des Königs, sein corpus Evangelicorum mit einem absoluten Direktorium billigte — soweit er darüber unterrichtet war —, darüber fehlen uns direkte Nachrichten. Sein späteres Verhalten läßt darauf schließen, daß auch er damit nicht einverstanden war: er hat vielmehr später beständig die hergebrachten Reichskonstitutionen, die fürstliche Libertät und seine Stellung als freier Reichsfürst und mit den Schweden gleichberechtigter Bundesgenosse in einer Weise betont, die seltsam gegen sein bisheriges Verhalten absticht. Die Donation ist nicht zustandegekommen, weil Landgraf Wilhelm sich weigerte, den verlangten Revers auszustellen[1]. Welche Gründe ihn dazu veranlaßten, ist nicht direkt überliefert, doch können wir aus der auffälligen Klausel in dem von ihm später, am 10. Juni 1633, ausgestellten Reverse, daß er die Donation nur als „gar nicht subjekter, sondern allerdings freier und franker Fürst und I. K. Mt. und der Krone Schweden freier Socius, Alliierter und Konföderierter" annähme, unschwer schließen, daß es zu Lebzeiten des Königs die Forderung der schwedischen Superiorität war, die auch hier Schwierigkeiten bereitet hatte. In so scharfer, um nicht zu sagen schroffer Weise finden wir in keinem anderen ähnlichen Reverse diese Forderung abgelehnt.

Aber auch sonst hatte sich das Verhältnis zum Könige getrübt. Bekannt ist, daß der Landgraf von ihm in Unfrieden vor Nürnberg geschieden ist[2]. Und zwar war es die Nichtachtung seiner fürstlichen Stellung, die die Ursache zu Mißhelligkeiten abgab. Seine Truppen — hat Graf Solms später erklärt[3] — seien gemäß der Allianz pur lauter schwedisch Volk, er müsse parieren, erscheinen und schicken, wohin es

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Reichskanzler erfordere; wenn er selbst zugegen, werde er nicht anders als ein colonell geachtet. Das hatte er erfahren, als ihn der König mit seinem Volke nach Nürnberg befahl, und er sein Land dem Feinde schutzlos hinterlassen mußte, der währenddem alle seine bisherigen Erfolge in Westfalen zunichte machte und Hessen bedrohte. Sein fürstliches Selbstgefühl wurde auf das tiefste verletzt, daß er beim Könige „keine gewisse Station oder Rang habe", und daß ihn mancher kommandierte, dem er zu kommandieren hätte[1]. Auch er begann die Fesseln zu fühlen, mit denen der König die deutschen Fürsten an sich gekettet hatte, und war entschlossen, sie zu sprengen, als der König gefallen war. Nicht als ob er auf die Verbindung mit Schweden hätte verzichten wollen, er blieb nach wie vor ihr bester und zuverlässigster Bundesgenosse — aber das Übergewicht, das Schweden bisher gehabt hatte, das sollte beseitigt werden.

Neben Hessen-Kassel waren die bedeutendsten Fürsten in Mitteldeutschland die Herzöge von Sachsen. Von ihnen regierten in Koburg Johann Kasimir, in Eisenach Johann Ernst, in Altenburg Johann Philipp und in Weimar die vier Brüder Wilhelm, Albert, Ernst und Bernhard gemeinsam. Unter ihnen spielten allein die weimarschen Herzöge Wilhelm und Bernhard eine maßgebende Rolle[2], Herzog Ernst trat nicht weiter hervor, während Albert ein Gegner der Schweden war und blieb.

Herzog Wilhelm war einer derjenigen Fürsten gewesen, die am energischsten zum Widerstande gegen den Kaiser gemahnt hatten, und war, als der Leipziger Konvent seine Hoffnungen enttäuscht hatte, bereit gewesen, zusammen mit Hessen sich Schweden anzuschließen. Schon hatte er die schwedische Generalsbestallung in Händen, Gustav Adolf stand auch wegen eines Bündnisses mit ihm in Unterhandlung, als der Anmarsch Tillys nach dem Falle Magdeburgs den nicht eben charakterfesten Herzog völlig zu Falle brachte: er schrieb dem Könige alles wieder auf. Erst nach dem Siege

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bei Breitenfeld hat er sich ihm wieder genähert, hat auch für ihn Erfurt erobert — aber zum Abschluß einer Allianz ist es nicht mehr gekommen, wiewohl ein Entwurf nach dem Muster der hessischen verabredet und von Weimar unterzeichnet dem Könige zugesandt wurde. Der König ernannte ihn zum Statthalter über die Stadt Erfurt und erteilte ihm den Auftrag, in den thüringischen Staaten eine Armee zu richten: jetzt aber stellte er ihm als Legaten und Kriegsrat den Dr. Steinberg zur Seite, ohne dessen Rat und Beistand er nichts zu unternehmen hatte; an dessen Stelle trat später, da Steinberg nach Braunschweig ging, Alexander Erskein. Der Herzog war nicht unbegabt und entbehrte nicht eines richtigen politischen Blickes. Was ihm aber abging, war die Fähigkeit, auch die richtigen Mittel und Wege zu finden, das einmal richtig Erkannte zu erreichen; vor allem mangelte es ihm an der nötigen Charakterstärke und dem festen Willen, das vorgesetzte Ziel ohne Schwanken zu verfolgen. Sein Verhalten vor der Schlacht bei Breitenfeld hatte davon den bedenklichsten Beweis geliefert, und so ist es kein Wunder, wenn der König und die Schweden nicht viel von ihm hielten. Der König hat sich ihn dienstbar gemacht, aber nicht einmal seine territorialen Wünsche gedachte er so ohne weiteres zu erfüllen: der Herzog begehrte die mainzischen Besitzungen in Thüringen, Erfurt und das Eichsfeld. Der König hat ihm ohne Zweifel Hoffnung auf den Besitz gemacht, aber eine so wichtige Festung wie Erfurt in so unzuverlässige Hände zu geben, daran dachte er nicht. Selbst wegen des Eichsfeldes ist es zu keinem Abschlusse gekommen, obwohl es von Herzog Wilhelm erobert wurde, und er bereit war, es von Schweden zu rekognoszieren. Ob den König die Ansprüche der Herzöge von Lüneburg auf Duderstadt, das Amt Gieboldehausen und die Gerichte See- und Brunshausen, die im 14. Jahrhundert an Mainz verpfändet worden waren und deren Wiederlöse die Erzbischöfe beharrlich verweigert hatten, abhielten oder welche anderen Gründe es waren, ist nicht bekannt. Es kam

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zu Differenzen zwischen den Herzögen Wilhelm von Weimar und Georg von Lüneburg, als letzterer Duderstadt und das Eichsfeld, das inzwischen wieder verlorengegangen war, von neuem eroberte und nunmehr in Duderstadt im Namen des Königs seine Beamten einsetzte. Der König war beatus possiders und zwang dadurch in diesem Punkte die streitigen Interessenten, auf ihn Respekt zu haben.

Nur in einem Punkte hat der König dem Herzog Wilhelm gewillfahrt, in der erneuten Generalsbestallung, und zwar ernannte er ihn zu seinem Generalleutnant, also zu seinem Stellvertreter[1]. Welche Gründe ihn zu diesem fast unbegreiflichen Schritte bewogen haben, ist bisher nicht bekanntgeworden: unbegreiflich, da ihm doch die Unfähigkeit und Unzuverlässigkeit des Herzogs bekannt waren. Nach dem Tode des Königs war er von Rechts wegen der Oberbefehlshaber der königlich schwedischen Armee, und die bewährten und erprobten schwedischen Generäle, wie Horn, Baner u. a., hätten seinen Befehlen gehorchen müssen. Der König hat sich, wie bekannt, selbst mit einem plötzlichen Tode beschäftigt, und nicht nur er, sondern auch die deutschen Fürsten, die seine Waghalsigkeit, ja Tollkühnheit kannten. Der König hat einmal auf eine Frage nach seinem Nachfolger gesagt: es sei gefährlich, etwas anzuordnen, denn sollte er einem Schweden die Direktion auftragen, damit würde das Reich nicht zufrieden sein; würde er im Reiche einen vorziehen, so verursache es nur Offension. Daß er das Direktorium bei seinen Schweden lassen wollte, ist natürlich und selbstverständlich, möglich, daß er den Deutschen die zweite Stelle einräumen wollte und hier für eine Persönlichkeit sorgte, die infolge ihrer Unbedeutendheit keinen Schaden anrichten konnte. Wie dem auch sei, er hat seinem Kanzler und Nachfolger dadurch jedenfalls sehr große Ungelegenheiten bereitet. Die Situation verschärfte sich noch dadurch, daß derjenige unter den deutschen Generälen des Königs, der kraft seiner Fähigkeiten Anspruch auf die Nachfolge im Kommando erheben konnte, der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

eigene Bruder Herzog Wilhelms war: Herzog Bernhard von Weimar.

Seinem älteren Bruder sehr unähnlich, war Herzog Bernhard schon frühzeitig in das schwedische Lager aus voller Überzeugung übergegangen. Als sein Bruder sich wieder zurückzog, half er den Aufstand in Hessen organisieren, eroberte in kühnem Zuge Hersfeld und stand dem Landgrafen in seinem gefährlichen Wagnis mutig zur Seite. Im Herbst 1631 etwa muß er dann in des Königs persönliche Dienste getreten sein, wenn auch seine Bestallung als General der Infanterie erst vom 27. April 1632 datiert. Der König hat den Herzog trotz seiner Jugend sogleich mit selbständigen Kommandos betraut, die er mit großer Kühnheit und Unerschrockenheit am Rhein und in Oberschwaben durchführte. Vor Nürnberg legte er bei dem Sturm auf Wallensteins Lager neue Proben seines persönlichen Mutes ab. Als dann Gustav Adolf nach Bayern marschierte, in der Hoffnung, seine Gegner nach sich zu ziehen, übertrug er dem Herzog den Schutz der Mainlinie und Frankens, ja befahl ihm, falls der Feind sich gegen Kursachsen und gegen die Elbe wenden sollte, auch Sachsen zu entsetzen. Wie bekannt, folgten die Kaiserlichen dem Könige nicht, und Herzog Bernhard verteidigte den Main mit Geschick und Entschlossenheit gegen den Angriff Wallensteins; er war willens, als die Kaiserlichen sich gegen Norden wandten, Sachsen Hilfe zu bringen. Hier aber fiel ihm der König in die Arme, da er ihn für zu schwach hielt, und befahl ihm, seine Ankunft abzuwarten. Gegen des Königs Befehl trat er wenigstens dem anziehenden Pappenheim entgegen und schützte so Weimar und das wichtige Erfurt.

In Arnstadt trafen beide zusammen, und hier muß es zu einer heftigen Szene gekommen sein. Der König warf ihm eigenmächtige Überschreitung seiner Befehle vor, während der Herzog überzeugt war, daß der König ihn aus Eifersucht am selbständigen Handeln verhindere. Die Auseinandersetzung war so heftig, daß der leidenschaftliche Herzog, der schon

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

manche Proben seines schwer zu zügelnden Ehrgeizes gegeben hatte, dem Könige seine schwedische Bestallung aufkündigte[1]. Wie der König sich dazu gestellt hat, wissen wir nicht; da Herzog Bernhard nach wie vor sein Kommando ausübte, scheint es zu einer definitiven Regelung nicht gekommen zu sein. Bei Lützen kommandierte er den linken Flügel, und eine Quelle gibt an, daß der König selbst ihn als seinen Stellvertreter bezeichnet habe, für den Fall, daß er fallen sollte. Tatsache ist, daß Herzog Bernhard nach dem Tode das Kommando über die Armee übernommen und sie zusammen mit dem Generalmajor Knyphausen zum Siege geführt hat, und daß ferner die Armee ihn als ihren Führer anerkannt hat.

Man mag über ihn urteilen, wie man will, das muß man ihm zugestehen, daß er unter des Königs Generälen zu den begabtesten gehörte, wenn er nicht der begabteste war. Er war damals 28 Jahre alt und voll des brennendsten Ehrgeizes: in ihm war etwas von des Königs Genius lebendig, und wie dieser war er ein geborener Soldat und Feldherr. Voll der kühnsten Entwürfe, beseelte ihn ein gleicher frischer Wagemut wie den König: mit raschem Zuge dem Gegner kühn unter die Augen zu gehen und die Entscheidung durch einen mutigen Kampf herbeizuführen, das war auch seine Art. Ihn erfüllte ein Geist der Offensive, und von den schwedischen Generälen kann man allein Baner oder Torstenson ihm zur Seite stellen. Sein volles Gegenbild dagegen war Horn, der als Mensch und Charakter unantastbar, als General die bedächtige Methode des Manövrierens und des Ermüdens des Gegners durch Hin- und Herziehen, Abschneiden der Verpflegung usw. vertrat. Wir werden sehen, wie sehr gerade diese Taktik den Intentionen Oxenstiernas entsprach, der sich mit dem feurigen Temperamente des Herzogs sehr wenig befreunden konnte. Obwohl der Kanzler später in den schwersten Konflikt mit Herzog Bernhard geraten ist, hat er doch seinen Fähigkeiten stets das beste Zeugnis ausgestellt. Nicht das gleiche wird man aber

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

von seinem Charakter sagen können; sein zügelloser Ehrgeiz verführte ihn dazu, selbst vor bedenklichen Mitteln nicht zurückzuschrecken, davon später. Obwohl er mitregierender Herzog von Weimar war, liegt seine Bedeutung doch auf dem Gebiete der allgemeinen evangelischen Interessen, da die eigentliche Landesregierung von dem ältesten Bruder, Herzog Wilhelm, ausgeübt wurde, der demzufolge der eigentliche Vertreter der landesfürstlichen Interessen war.

Neben den Herzögen von Weimar spielen die Fürsten von Anhalt keine bedeutende Rolle; zu klein und schwach an Kräften sind sie im großen ganzen ein Spielball der jeweilig sie heimsuchenden Generäle gewesen. Ebenso wie Tilly und Pappenheim sie brandschatzten, wurde das Land von den Schweden ausgesogen. Die Fürsten hatten unmittelbar nach dem Siege bei Breitenfeld mit dem Könige eine Allianz geschlossen, die auch vom Könige ratifiziert worden war; doch wichtiger war, daß ein Mitglied des fürstlichen Hauses jetzt in schwedische Dienste trat: Fürst Ludwig von Köthen wurde Statthalter des Königs in den eroberten Stiftern Magdeburg und Halberstadt. Er ist das Gegenstück zu seinem Neffen in Bernburg, Christian II.[1], der aller Ereignisse zum Trotz unbeirrbar ein Gegner der Schweden war und blieb: er hat die Allianz zu Halle nur mit Protest unterschrieben[2]; die Schweden dankten es ihm durch besondere Verwüstungen, mit denen sie sein Ländchen heimsuchten.

Die Stifter Magdeburg und Halberstadt rechnete Gustav Adolf zu den von ihm eroberten Ländern und hat sie, da der von ihm protegierte Administrator Christian Wilhelm bei der Eroberung in Pappenheims Hände fiel, für Schweden in Besitz genommen; die Bewohner mußten ihm und der Krone Schweden einen Erbhuldigungseid schwören[3].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die kursächsischen Ansprüche für den Prinzen August wurden nach dem bisherigen Verhalten des Kurfürsten natürlich beiseite geschoben. Wie er über die Stifter später zu verfügen gedachte, wissen wir nicht; er hat insbesondere dem Hause Brandenburg Aussichten hierauf eröffnet, dann hat er sie auch unter die schwedischen Besitzungen in Deutschland gerechnet, die seiner Tochter Christina und ihrem künftigen Gemahl als Statthaltern zufallen sollten. Daß er an eine Wiederaufrichtung der geistlichen Regierung nicht dachte, das bezeugen seine zahlreichen Donationen im Stift; ebensowenig beachtete er weiter die Ansprüche der vertriebenen Domherren von Magdeburg und Halberstadt auf Wiedereinsetzung in ihre Rechte. Er verordnete in Halle und in Halberstadt eine Regierung für die Stifter, und als seinen Statthalter bestellte er, wie schon erwähnt, den Fürsten Ludwig von Anhalt, dem er als Kanzler Johann Stalmann zur Seite stellte, denselben Stalmann, der den Aufstand in Magdeburg in Szene gesetzt und sich so nicht geringe Verdienste um Schweden erworben hatte. Beide waren reformierten Bekenntnisses mit noch einigen stiftischen Räten, die ebenfalls der König selbst bestellt hatte; das sollte später zu sehr unerquicklichen Reibereien führen. Die ersten Irrungen kamen aber von einer Seite, von der sie es am wenigsten erwarteten: von den Schweden selbst. Fürst Ludwig war der schwedischen Partei aufrichtig ergeben, und über Stalmann mag man denken, wie man will[1] — seine Anhänglichkeit an Schweden war doch über allen Zweifel erhaben. Gustav Adolf ordnete aber als General an der Elbe Johann Baner ab, der die Stadt Magdeburg wiedererobern sollte. Mit diesem starrköpfigen und eigensinnigen Offizier kam es zu fortwährenden Reibereien: er fühlte sich als Herren im Lande und befahl nach Gutdünken und ohne die Maßregeln der Regierung zu respektieren[2]. Man muß dabei nicht vergessen, daß Baner später wohl zu einem der bedeutendsten schwedischen Generäle heranwuchs, daß er aber damals seine Aufgabe nichts weniger wie geschickt und ehren-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

voll löste: er ließ sich vielmehr von Pappenheim völlig täuschen, und sein Rückzug hinter die Saale, der den Entsatz von Magdeburg ermöglichte, war ein Fehler; ebenso unangefochten, wie Pappenheim mit seiner Handvoll Soldaten gekommen war, ebenso unbehelligt ließ ihn Baner dann auch wieder, zusammen mit der Garnison von Magdeburg, abziehen.

Selbst als dann Baner mit seinen Truppen abmarschiert war, wurde es nicht viel besser, da die Werbungen das Land ruinierten und aussogen: die Stifter Magdeburg und Halberstadt sowie die anhaltischen Lande hatten seit einer Reihe von Jahren bereits die ganze Last des Krieges ertragen müssen; man war enttäuscht, daß der Befreier dem Lande nicht nur keine Erleichterungen gebracht hatte, sondern es ärger trieb als bisher der Feind[1]. An Stelle des einträchtigen Zusammenarbeitens hatte auch hier eine ziemliche Mißstimmung Platz gegriffen, die sehr bald zu sehr unerquicklichen Verhältnissen führte.

Welche Pläne der König mit der unglücklichen Stadt Magdeburg hatte, die ja ihre ganze Existenz für ihn eingesetzt hatte, wissen wir nicht; er hat zu ihren Abgesandten geäußert, er werde nicht nur ihre Privilegien bestätigen, sondern sie auch zur freien Reichsstadt machen[2]. Aber schließlich entließ er sie doch mit dem Entscheide, daß er die Privilegien, die zumeist mit verbrannt seien, genauer prüfen müsse[3].

Mit den Ständen in Süddeutschland hatte Schweden noch weniger Allianzen geschlossen als mit den norddeutschen; bei der Unzahl der großen und kleinen Reichsstände wäre der Abschluß von Separatallianzen mit allen auch ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Der König hat denn auch versucht, z. B. mit den fränkischen Kreisständen oder den wetterauschen Grafen insgesamt in Verbindung zu treten, doch ist schließlich nichts daraus geworden, und nur mit den großen Reichsstädten Frankfurt, Nürnberg, Ulm und Straßburg sind Verträge

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

abgeschlossen worden. Dagegen hat Gustav Adolf mit einer Reihe von Fürsten noch in Verhandlungen gestanden, die von Bedeutung für seine Pläne sind.

Die Kurpfalz hatte der König bis auf einige wenige feste Plätze selbst erobert, ehe noch der vertriebene Kurfürst Friedrich V., König von Böhmen, dazu kam, sich mit ihm ins Einvernehmen zu setzen. Er mußte den Zorn Gustav Adolfs auf England büßen, dem sich der Kurfürst ganz in die Arme geworfen hatte und das nicht die geringsten Anstrengungen machte, die Macht des gefährlichen Rivalen zu unterstützen. Der König hat dem Kurfürsten denn auch überaus harte Bedingungen gestellt[1], unter denen er bereit sein wollte, ihm seine Länder und die Kurwürde wieder einzuräumen.

Der König verpflichtete sich wohl, dem Kurfürsten sein Land und die Kur zurückzugeben, doch behielt er die Verfügung über dasselbe völlig in den Händen: die Festungen sowie das Recht, neue Befestigungen anzulegen, verblieben ihm, ebenso die Verfügung über die Kontribution, Quartiere, Durchzüge und freie Werbung; auch über alle Subsidien, die man noch durch die Pfalz zu erhalten hoffte — in erster Linie von England. Daß der Kurfürst das absolute Kriegsdirektorium des Königs anerkennen mußte, war selbstverständlich. — Dem Kurfürsten blieb weiter nichts als die Jurisdiktion und die gewöhnlichen Einkünfte; eigene Werbungen durften nur mit Zustimmung des Königs vorgenommen werden. Äußerst drückend war die Forderung, daß den Lutheranern in der Pfalz — dem Hauptstützpunkte des Kalvinismus — nicht nur freie Religionsübung und Unterricht eingeräumt, sondern daß für sie auch ein besonderes lutherisches Konsistorium eingerichtet werden sollte: ja, bis zu seiner Bildung sollte das schwedische Konsistorium in Mainz die Aufsicht über die Lutheraner in der Pfalz führen!

Von allgemeinerem Interesse ist aber die Forderung, daß der Kurfürst von niemandem abhängen solle als vom Könige

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

allein[1], oder wie Gustav Adolf es interpretierte: „daß E. Lbd. uns für ihren benefactorem erkennen, die zugestellte Lande von niemand anderst als uns rekognoszieren, darüber uns ihrer beständigen Treu und Holdschaft, auch einer solchen Freundschaft versichern, welches durch keinerlei Respekt und Absehen auf Fremde oder Bündnis mit jemand andern wandelbar gemacht werden könne"[2]. Auch hier also dieselbe Forderung, in ein Lehensverhältnis zum Könige zu treten. Kein Wunder, daß gerade der Pfalzgraf sich dagegen sträubte, der doch selbst ein König und Kurfürst war. Doch weder seine Einwendungen noch die angenehme Gesellschaft, die er während acht Monate dem Könige leistete, vermochten etwas daran zu ändern; des Königs Macht wuchs immer mehr und hatte nur eine Verschärfung der Bedingungen zur Folge — eine Antwort auf die resultatlosen Verhandlungen mit England. Der König ließ jetzt sogar die Verpflichtung weg, dem Pfalzgrafen auch die Kurwürde zurückzugeben, und auf seine weiteren Vorstellungen mußte sich der Kurfürst eine scharfe Zurechtweisung gefallen lassen[3]. Der Kurfürst scheint damals seine Hoffnungen, die er auf Gustav Adolf gesetzt hatte, ziemlich aufgegeben zu haben[4]. Kurz darauf starb aber der König, und der unglückliche Kurfürst folgte ihm wenige Wochen später nach.

Über die Verhandlungen des Markgrafen Friedrich V. von Baden mit Gustav Adolf fehlt es leider bisher ganz und gar an Nachrichten. Eine Allianz hat der Markgraf nicht abgeschlossen, wir wissen nicht einmal, ob die Absicht bestanden hat, eine solche abzuschließen, obwohl das wohl anzunehmen ist, aber auch Entwürfe dazu sind bis jetzt nicht bekanntgeworden. Jedenfalls gehörte Markgraf Friedrich zu den eifrigsten Anhängern des Schwedenkönigs, der die badischen Interessen mit denen Schwedens auch hier durch eine Donation zu verknüpfen verstand, die er ihm in Aussicht stellte. Zur Ausführung ist sie bei Lebzeiten des Königs nicht gekommen, trotzdem war und blieb der Markgraf der über-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zeugteste Parteigänger Schwedens. Seine Lage war ähnlich der des Landgrafen Wilhelm V. von Hessen-Kassel: beide lagen mit ihren Vettern, die anderen Glaubens waren, in erbittertem Kampfe: der Hesse mit dem lutherischen Darmstädter Landgrafen, der Baden-Durlacher Markgraf mit seinem katholischen Vetter Wilhelm von Baden-Baden. Jeder von ihnen trachtete danach, den Vetter um Land und Leute und das ganze Land unter seine Herrschaft zu bringen; beide protestantische Fürsten waren vor dem Erscheinen des Königs in der bedrängtesten, ja geradezu verzweifelten Lage gewesen. Die Erfolge Gustav Adolfs hatten auch ihnen Befreiung gebracht, und ihre Sicherheit für die Zukunft ruhte fast ausschließlich auf der Macht des Königs. So waren ihre Interessen auf das allerengste mit denen Schwedens verbunden.

In Württemberg führte Herzog Julius Friedrich die Regierung für seinen minderjährigen Neffen, Herzog Eberhard III., die Seele der Regierung aber und in Wahrheit der eigentliche Regent von Württemberg war der Vizekanzler Dr. Jakob Löffler, einer der begabtesten und gewandtesten unter den Diplomaten der deutschen Stände. Auf dem Leipziger Konvente hatte sich Löffler als Vertreter seiner Heimat der Aktionspartei angeschlossen; wieweit damals bereits die schwedischen Gesandten auf ihn Einfluß gewonnen hatten, ist nicht bekannt. Jedenfalls führte der Herzog die zu Leipzig beschlossenen Werbungen aus und war zum Widerstand gegen den Kaiser bereit. Doch von allen Ständen im Stich gelassen, war es dem kaiserlichen General Fürstenberg ein leichtes, den Aufstand niederzuschlagen und den Herzog zum Rücktritt von dem Leipziger Schlusse zu zwingen. In dem Tübinger Vertrage vom 21. Juli 1631 mußte er seine Truppen dem Kaiser überlassen und Fürstenbergs Armee in seinem Lande aufnehmen[1].

Erst als Gustav Adolf am Main erschien, kam es zu Verhandlungen über den Anschluß Württembergs an Schwe-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den[1]. Mehrere Gesandtschaften kamen zum Könige, auch sind mehrere Entwürfe vorhanden[2], von denen aber keiner zur Ausführung gekommen ist; auch hier liegen deutliche Anzeichen dafür vor, daß es dieselben Gründe wie anderswo waren, die ein Zustandekommen verhinderten. Der Herzog hat willig durch Geld- und Proviantlieferungen den König unterstützt, der seinerseits den Administrator persönlich durch eine ansehnliche Donation an sich fesselte[3]: als aber der König starb, stand Württemberg in keinem näheren Vertragsverhältnisse zu Schweden.

Der König hat sich damals eifrig bemüht, Löffler in seine Dienste zu ziehen[4], den er und Oxenstierna offenbar wegen seiner Gewandtheit und seiner Kenntnisse der überaus verworrenen deutschen Verhältnisse schätzen gelernt hatten. Dadurch wäre auch Württemberg in ein sehr enges Verhältnis zu Schweden getreten, ohne daß eine Allianz nötig gewesen wäre. Der Herzog-Administrator konnte sich aber nicht entschließen, auf einen Mann zu verzichten, der für ihn unentbehrlich war. Er hat ihn dem Könige nur auf einige Zeit überlassen, als Gustav Adolf den Pfalzgrafen in der bekannten Mission wegen des corpus Evangelicorum nach Dresden sandte[5]. Löffler hat ihn als „Assistenzrat" begleitet. Nichts kann deutlicher zeigen, welches Vertrauen der König in seine Fähigkeiten setzte, als daß er ihn sogleich in seine intimsten und weitestgehenden Pläne einweihte. Nach der Rückkehr hat ihn der König wieder nach Hause entlassen müssen, nicht ohne seine Bitte zu erneuern, ihn ihm zu überlassen[6].

Es war aber nicht nur der Wunsch seines Herrn, der Löffler das verlockende Anerbieten des Königs ausschlagen ließ, sondern er selbst hat sich auch aus persönlicher Überzeugung geweigert. Dazu hat der Einblick, den er soeben in des Königs Absichten hatte nehmen können, vornehmlich beigetragen[7]. Er befürchte — hat er damals zu dem brandenburgischen Obersten Konrad v. Burgsdorff geäußert —, es dürften solche

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sachen vorgehen, denen er ungern beiwohnen möchte. Und höchst beachtenswert ist es, daß er Brandenburg durch Burgsdorff auffordern ließ, gemeinsam mit Sachsen „den Frieden an die Hand zu nehmen"; je länger man damit zögere, desto mehr würde das ganze römische Reich vollends in Totalruin gesetzt.

Im fränkischen Kreise hat der König nach der Eroberung von Würzburg versucht, die hauptsächlichsten evangelischen Stände: die beiden Markgrafen von Brandenburg und Nürnberg, zu einem Gesamtbündnis zu bewegen[1], doch ohne Erfolg. Er hat sich dann auf Separatverhandlungen eingelassen, von denen die mit dem Kreisobersten, Markgraf Christian von Brandenburg-Kulmbach, bis zum Entwurf einer Allianz gediehen[2]; aber auch er fand die Billigung des Königs nicht — sehr zum Verdrusse des Markgrafen. Auch hier versuchte der König, den Markgrafen durch eine stattliche Donation, die er ihm anbot, an sich zu fesseln. Es handelte sich hierbei hauptsächlich um die sechs bambergischen Halsgerichte und einige andere Orte und Ämter; er stellte aber als Gegenleistung an den Markgrafen das Ansinnen, auf die Ansprüche und Rechte seines Hauses in der Stadt Nürnberg und in dem Distrikte zwischen den sogenannten Drei-Wassern (Schwarzach, Schwabach und Rednitz) zu verzichten, über die zwischen der Stadt und den Brandenburgern beständig Streit herrschte. Das sollte ein Teil der Donation sein, die der König den Nürnbergern zugedacht hatte. Daß Markgraf Christian dieses Ansinnen mit Entrüstung zurückwies, darf nicht wundernehmen. Abgesehen davon, daß auch er von dem in seinem Hause traditionellen Hasse und der Verachtung gegen die Städte erfüllt war, handelte es sich hier um die höchsten Regalien, wie Geleit, jus advocatiae et protectionis territorialis, Reichsvikariat, kaiserliches Landgericht u. a. m.[3]. Da der Markgraf nicht nachgeben wollte, hat auch der König die Ausführung der Donation verschoben, obwohl sich der Markgraf, angesichts der trostlosen Ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wüstungen, mit denen der Krieg gerade sein Land heimsuchte, nach wie vor der Hoffnung auf den Erwerb der bambergischen Ämter hingab[1]. In den Sommermonaten 1632 wurde das Land ganz besonders stark von dem Kriegsgetümmel in Mitleidenschaft gezogen, als die schwedische und Wallensteinsche Armee sich bei Nürnberg gegenüberlagen. Aber auch danach war die Lage des Landes äußerst gefährdet: die Brandschatzungen von Böhmen her rissen nicht ab, und Eger war das Ausfallstor für alle feindlichen Einfälle nach der Saale und Elbe, unter denen Kulmbach in erster Linie zu leiden hatte. Zudem waren Kronach und Forchheim noch in kaiserlichen Händen, deren Besatzungen die Umgebung in Kontribution setzten.

Brandenburg-Ansbach schied damals aus der Reihe der Stände von Bedeutung aus, da die Vormundschaftsregierung für den minderjährigen Markgrafen Friedrich den ringsum drohenden Gewittern gegenüber sich völlig passiv verhielt.

Wichtiger als diese Fürsten waren für den König die großen Reichsstädte[2], die vermöge ihres Reichtums sehr begehrenswerte Bundesgenossen waren.

Frankfurt a. M.[3] hat er zum Anschlusse gezwungen, so sehr sich auch die Stadt, die kaiserlich gesinnt war, gesperrt hat. Über eine förmliche Allianz ist gar nicht verhandelt worden, es handelte sich in der Hauptsache um die Einnahme einer schwedischen Garnison, gegen die sich der Rat aufs äußerste verwahrte. Der König ist sehr glimpflich mit der Stadt umgegangen und hat sich schließlich damit begnügt, daß ihm das Recht eingeräumt wurde, jederzeit eine Garnison in die Stadt zu legen — auf eigene Kosten —, deren Kommandant sich für die Soldateska der Stadt verpflichten mußte; daß sich der Rat ferner verpflichtete, ihm die Stadt zu Paß und Repaß stets offenzuhalten, dem Feinde dagegen nicht, sie vielmehr bis aufs äußerste zu verteidigen, und zwar mit schwedischem Volke, das der König im Falle der Gefahr

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schicken würde, und unter dem absoluten Kommando des Königs; auch mußte sich die Stadt dazu verstehen, ihre eigene geringe Garnison dem Könige schwören zu lassen und dem schwedischen Kommandanten zu unterstellen. Auf weiteres ist die Stadt nicht eingegangen, nicht einmal eine fortlaufende Kontribution war ausbedungen — der König nötigte allerdings die Stadt zu einem Darlehen von 100 000 Rt. Immerhin enthielt die Übereinkunft die Bestimmung, daß die Stadt zu tun habe, was „getreuen Schutzverwandten" — ob des Königs oder auch der Krone Schweden, ist nicht gesagt — geziemt. Das wichtigste Zugeständnis des Königs war aber, daß diese Konvention den hergebrachten Privilegien und Rechten der Stadt, insbesondere ihrer Reichsstandschaft und Jurisdiktion, keinen Abbruch tun solle.

Das war freilich kein Bündnis, nur eine Kapitulation[1], aber der König hatte die Stadt doch in den Händen. Trotzdem waren ihre Bedingungen noch günstig gegenüber denen, die der König von Ulm forderte.

Denn obwohl er gerade den Ulmern besonderes Wohlwollen entgegenbrachte und, wie er einmal sagte, sie es genießen lassen wolle, daß sie neben dem Landgrafen Wilhelm die ersten gewesen seien, die zu ihm gekommen wären — er nannte sie deshalb seine erstgeborenen Söhne[2] —, hat er von ihnen dennoch schwerere Bedingungen als von den andern ausschreibenden Reichsstädten gefordert[3]. Sie mußten das Protektorat des Königs und der Krone Schweden in aller Form anerkennen und ihm das absolute Direktorium dieses Krieges übertragen; ihre eigene Garnison mußte dem Könige schwören. Der König versprach dagegen der Stadt, ihre Reichsunmittelbarkeit und ihre Privilegien „möglichst zu konservieren" und sie bei einem künftigen Frieden „in ihren vorigen Stand wiederum völliglich" zu restituieren; auch räumte er der Stadt die Verwaltung der in ihrem Territorium gelegenen geistlichen Güter ein: er schenkte sie nicht der Stadt,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

behielt sich vielmehr selbst das freie Verfügungsrecht darüber vor[1].

Die Nürnberger urteilten sehr scharf über diesen Vertrag: er enthielte keine Konföderation, sondern die Ulmer hätten sich dem Könige als Schutzverwandte untergeben; auch zeige die Bedingung, daß nach Beendigung des Krieges Ulm „wiederum in vorigen Reichsstand gesetzt werden solle", daß es sich bis dahin aus dem Reichsstande begeben hätte[2]. Die Nürnberger hielten dafür, selbst solche präjudizierliche Klauseln zu vermeiden. Und das um so mehr, als die Städte durch das Verfahren der Schweden in Windsheim gewitzigt worden waren. Von dieser Reichsstadt hatte der Feldmarschall Horn einen Revers an Eides Statt begehrt, „daß Ir. Mt. sie als Schutzverwandte getreu und hold sein, sodann ihre Garnison verglichenermaßen unterhalten und Ir. Mt. auch ferner ihre Stadt jeder Zeit, so lange der Krieg währt, öffnen wollen". Straßburg erklärte auf dem Städtetag zu Heilbronn, daß „die königlichen petita eine Subjektion importiere", und die Städte beauftragten Nürnberg, sich Windsheims anzunehmen und den König um Abstellung zu bitten, damit dem städtischen Wesen nichts präjudiziert werde[3].

Auch die Verhandlungen mit Nürnberg führten zu keiner förmlichen Allianz.

Obwohl bereits eine ganze Reihe von Entwürfen aufgestellt worden war, ließ ihnen der König durch ihren Abgesandten Kreß von Kressenstein schließlich sagen: wegen einer Allianz bedürfe es nicht viel dicentes, ihm genüge ein Revers[4]. Über einen solchen einigte man sich sehr rasch, als der König persönlich nach Nürnberg kam[5]: Nürnberg versprach, zu dem Könige und der Krone Schweden zu stehen, solange der Krieg währe, ihm jederzeit Paß und Repaß durch die Stadt und ihr Gebiet zu gewähren, bei Gefahr schwedische Garnison einzunehmen und die Stadt unter des Königs Direktorium zu verteidigen, auch Kontribution zu zahlen nach Maßgabe der übrigen Kreisstände; die Nürnberger Garnison sollte dem

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Könige schwören. Das alles sollte ihrer Reichsfreiheit und ihren Privilegien unabbrüchlich sein, und von einem Protektorate wurde nichts erwähnt. Eine stattliche Donation fesselte die Interessen der Stadt an Schweden: die Stadt erhielt alle geistlichen und feindlichen Güter und Untertanen in ihrem Territorium, außerdem versprach der König, die Markgrafen zu Brandenburg zum Verzicht auf ihre mit der Stadt streitigen Rechte zu bewegen — wie erwähnt, ohne Erfolg. Dafür aber mußte sich die Stadt zu einem Darlehen von 100 000 Rt. an den König verstehen.

Die letzte der großen Reichsstädte in Süddeutschland, die mit dem Könige abschloß, war Straßburg[1], das sich so lange wie möglich dagegen gesträubt hatte, nicht zuletzt aus Rücksicht auf Frankreich, das eifersüchtig verhindern wollte, daß der schwedische Nebenbuhler auf dem linken Rheinufer Fuß faßte, und die Stadt durch mehrfache Gesandtschaften von einem Bündnisse mit Schweden abmahnte. Immerhin gelang es der Stadt durch ihre Zähigkeit, einigen der bedenklichsten Forderungen des Königs zu entgehen oder sie doch zu mildern. Auch Straßburg erkannte das Protektorat und das Kriegsdirektorium des Königs an (nicht aber das der Krone Schweden: das war gestrichen worden[2]) und verpflichtete sich, den Schweden Paß und Repaß durch die Stadt und ihr Gebiet zu gewähren. Schwedische Garnison dagegen oder auch nur einen schwedischen Kommandanten hatte die Stadt hartnäckig abgelehnt; nur im Falle einer Belagerung der Stadt sollten schwedische Truppen hineingelegt werden. Sie mußte sich auch zur Zahlung einer monatlichen Kontribution verstehen, für die sie als Abschlag zunächst 50 000 fl. (nicht 100 000 fl., wie gefordert war) in zwei Terminen erlegte. Das alles sollte ihrer Reichsfreiheit und sonstigen Rechten und Gerechtigkeiten[3], auch der nachbarlichen Korrespondenz mit Frankreich, unabbrüchlich sein. Eine stattliche Donation aus den in der Stadt und ihrem Gebiete gelegenen geistlichen Gütern wurde ihr in Aussicht gestellt; sie ist aber

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zu Lebzeiten des Königs nicht mehr zur Ausführung gekommen.

So hatte der König die vier ausschreibenden Städte durch Kapitulationen an sich gefesselt; anders Augsburg, das er erobert hat[1]. Der kaiserliche Kommandant war am 20. April 1632 abgezogen, ohne irgendwie für die Sicherstellung der Rechte und Privilegien der Stadt Sorge zu tragen, und die Versuche des damaligen katholischen Rates, vom Könige eine Kapitulation auch für die Stadt zu erlangen, waren durch den eiligen Abmarsch der kaiserlichen Besatzung und das Einrücken der schwedischen Truppen vereitelt worden. Der König hatte auf diese Weise die Stadt vollkommen bedingungslos in die Hände bekommen, als wenn sie sich ihm auf Gnade und Ungnade ergeben hätte; er hat von dieser günstigen Situation auch ausgiebig Gebrauch gemacht. Nachdem er den katholischen Rat beseitigt hatte, und ein neuer evangelischer Rat an seine Stelle getreten war, forderte der König von der Bürgerschaft einen Eid, in dem sie gelobte, dem Könige und der Krone Schweden getreu, hold, gehorsam und gewärtig zu sein, auch alles tun und lassen zu wollen, was getreuen Untertanen ihrem natürlichen Herren zu tun und zu leisten obliegt. Das war ein Erbhuldigungseid gegen die Krone Schweden, der mit den Rechten und Freiheiten einer deutschen Reichsstadt unvereinbar war[2]. Sobald den neuen Ratsherren am 22. April der Wortlaut des geforderten Eides bekanntgeworden war, haben sie versucht, ihn abzuwenden. Bürgermeister Stenglin und Dr. Rehlingen wurden zum Könige abgesandt, aber alle ihre Bemühungen waren vergeblich; der König wies sie ab, er hätte die Stadt ohne Bedingungen einbekommen, deshalb müsse sie ihm huldigen; er begehre nicht, ihr ihre Freiheit zu nehmen, und suche keine Landsässerei, dazu sei die Stadt von seinem Königreiche zu weit entlegen. Auf Dr. Rehlingens wiederholte Einreden, alterierte er sich schließlich, er sollte das unterlassen, das wäre nur Doktorsgeschwätz, er werde die Eidesformel der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bürgerschaft vorlegen lassen und sehen, wer sich ihm widersetzen werde. So geschah es auch. Am folgenden Tage unterbreitete Graf Georg Friedrich Hohenlohe, den der König zum schwedischen Statthalter im schwäbischen Kreise und besonders auch in Augsburg eingesetzt hatte, den Eid zunächst den Geschlechtern und dann der gesamten Bürgerschaft — ein Widerspruch wurde nicht laut. Darauf kam am 24. April der König selbst in die Stadt, und die Bürgerschaft leistete den Huldigungseid. In dem Revers, den der König ausstellte[1], hat er denn auch den Augsburgern ihre Privilegien nur „soweit sie gedachtem Eide nicht zuwiderlaufen" bestätigt, von der Reichsunmittelbarkeit ist hier nichts zu finden, obwohl sie in den dem Könige von dem katholischen Rate vorgeschlagenen Akkordpunkten ausdrücklich mit aufgeführt war; es ist nur von dem „alten Herkommen" die Rede.

Der Vorgang machte großes Aufsehen, besonders in den Kreisen der anderen Reichsstädte, die die Reichsfreiheit Augsburgs seitdem in Zweifel zogen — davon später. Augsburg war jedenfalls vollständig in der Hand der Schweden. Beachtenswert ist die Äußerung des schwedischen Gouverneurs in Augsburg, Bengt Oxenstierna, auf die Nachricht vom Tode des Königs: dieser Todesfall ist Augsburgs Libertät[2].

Die Fäden, die den König mit Süddeutschland verbanden, waren — wie man sieht — noch sehr schwach: mit Ausnahme der großen Reichsstädte war kein einziger Stand mit ihm in festem Bunde. Nun legte zwar der König den größten Wert auf die mächtigen Reichsstädte — er hat den Nürnbergern gesagt, wenn nur die Reichsstädte beständig bleiben wollten, dann würde er dem Feind gewachsen sein[3] —, aber gerade bei den Reichsstädten mußte er erfahren, daß sie an der antiqua forma imperii hingen. Die Nürnberger haben

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

eine selbständige Stellungnahme der Städte zu den kühnen Plänen des Königs abgelehnt und einen Konvent mit den anderen Ständen, vor allem den Fürsten, begehrt, um insgesamt mit dem Könige sich dauernd zu verbinden[1].

Diesen Gedanken hat dann der König aufgenommen und sämtliche evangelische Stände der vier oberen Reichskreise zu einem Konvente nach Ulm eingeladen. Als er selbst mit der Armee nach Norden zog, um Kursachsen gegen Wallenstein Hilfe zu bringen, beauftragte er seinen Kanzler Axel Oxenstierna mit den Verhandlungen, den er zugleich zu seinem Legaten hier verordnete[2]. Des Kanzlers Auftrag für den Ulmer Konvent lautete[3]: 1. die Stände dahin zu bringen, den Kaiser nicht mehr anzuerkennen, sondern sich von ihm direkt oder indirekt abzutun; dagegen sich unter des Königs von Schweden Protektion und Direktorium zu begeben; 2. sollten die Stände sich zusammentun zum Kriege gegen den Kaiser und seinen Anhang und sich zu diesem Zwecke untereinander und mit dem Könige so stark verbinden, als es nur immer möglich sei; 3. sollten sie für die nötigen Mittel zu diesem Kriege sorgen.

Das ist mit anderen Worten dasselbe, was der König bereits von Mecklenburg verlangt hatte: Loslösung vom Kaiser und Unterstellung unter das schwedische Protektorat; das Band, das die Stände mit dem Reiche verband, sollte damit endgültig gelöst werden, und was der König vereinzelt bei Mecklenburg durchgesetzt hatte, sollte hier allgemein werden.

Der König hat dabei auch bereits den Gedanken gehabt, von dem Reichskammergericht den kaiserlichen Präsidenten und die suspekten Mitglieder zu entfernen[4], wie er denn auch Oxenstierna bevollmächtigte, alle bisher erteilten Donationsbriefe zu revidieren und diejenigen, in welchen der Vorbehalt des jus superioritatis vergessen sein sollte, entsprechend zu ändern[5]; der Kanzler sollte sich auch überlegen, welche regalia unter dieses jus superioritatis fallen würden[6].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Alle diese Äußerungen zeigen, daß der König die Absicht hatte, hier in Süddeutschland zunächst seinen Plan zu verwirklichen; Süddeutschland sollte gemeinsam sich unter Schwedens Protektorat begeben und so die sichere Grundlage für das allgemeine corpus Evangelicorum bilden. Daß er darüber Norddeutschland nicht aus dem Auge verloren hatte, zeigt der Auftrag, mit dem er zu derselben Zeit seinen Obersten Andreas Kochtitzky nach Schlesien schickte, die dortigen Fürsten und Stände zu bewegen, ebenfalls unter sein Direktorium zu treten und ihn womöglich als ihren „Fürsten" anzuerkennen — davon später. Wie bekannt, hat der Tod des Königs diesen Konvent, den Oxenstierna bereits auf den 12. Dezember 1632 anberaumt hatte, zunächst verhindert.

Unter allen evangelischen Ständen sind es vor allem zwei gewesen, die von Anfang an und konsequent nichts von dem Könige und seinem Rettungswerke haben wissen wollen: der Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen und sein Schwiegersohn, der Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt. Beide sind von der evangelischen Partei darob hart getadelt worden, und sie verdienen auch diesen Tadel, wenn man den großen Krieg lediglich als Religionskrieg ansieht; anders stellt sich aber die Sache dar, wenn man auch die zweite Seite in Betracht zieht, den Kampf um die Libertät.

Beide sind von dem Vorwurfe nicht freizusprechen, daß sie ihre territorialen Sonderinteressen über die gemeinsamen aller evangelischen Stände gestellt haben und daß namentlich der Kurfürst von Sachsen seine Pflichten, die ihm als dem Haupte der Evangelischen nach dem Sturze des Pfälzers oblagen, nicht erfüllt hat. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß Sachsen von Anfang an ein Gegner der von der kalvinischen Aktionspartei verfolgten Pläne war, schon als der Pfälzer sich die böhmische Königskrone aufs Haupt setzte und damit die Kriegsfurie entfesselte: politische Eifer-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sucht machten ihm ein Eintreten für den Mitkurfürsten ebenso unmöglich wie konfessionelle Engherzigkeit, die in dem Kalvinisten einen ärgeren Feind erblickte als in dem Katholiken. Nach der Niederlage des Winterkönigs das Banner der bedrohten Evangelischen zu erheben, lag ihm so fern wie vorher, obwohl er nunmehr die Führerrolle der Evangelischen für sich in Anspruch nahm. Erst als das Restitutionsedikt und die Armee Tillys auch vor ihm nicht haltmachten, hat er sich zu ernsten Drohungen und eigenen Werbungen aufgerafft, immer in der Hoffnung, sie nicht verwirklichen zu müssen. Selbst der Leipziger Konvent wurde von Sachsen nur zu Drohungen verwendet.

So richtig diese Politik für den Erfolg des Augenblicks und für das sächsische Territorium war, so verhängnisvoll wurde sie für Sachsen und das evangelische Deutschland in seiner Gesamtheit. Denn das letztere bedurfte eines Führers, wie sich die Verhältnisse nun einmal im Laufe des Krieges entwickelt hatten, der geborene Führer aber versagte und trennte damit seine Interessen von denen der Allgemeinheit in einer Lebensfrage: ein Versäumnis von unberechenbarer Tragweite, da den Evangelischen das Vertrauen zu Sachsen abhanden kam. Kein Wunder, daß sie sich dem Könige von Schweden anschlossen, der ihnen in Wirklichkeit die Rettung der Glaubensfreiheit gebracht hatte.

Nun ist bereits vorhin erwähnt worden, daß auch die anderen Stände — mit wenigen Ausnahmen — sich unter schweren Bedenken an Schweden anschlossen. Bedenken, die ihren guten Grund in dem Eingreifen des fremden Königs in deutsche Verhältnisse hatten, noch mehr aber in dem Mißtrauen, das man Gustav Adolfs Absichten entgegenbrachte. Niemand hatte aber mehr Ursache zu diesem Mißtrauen als Sachsen, das durch des Königs Erscheinen und Erfolge eine Einbuße in seiner Vormachtstellung befürchten mußte. Sachsen hielt fest an den Reichskonstitutionen, weil auf ihnen überhaupt die Existenzberechtigung seiner Stellung be-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ruhte, und hierin wurzelt seine Reichs- und Kaisertreue; zweimal hatte es bereits als Reichsvikar in den Ländern des sächsischen Rechts kaiserliche Rechte ausgeübt. Und gerade Johann Georg war ganz persönlich durchdrungen von dieser hohen Stellung und diesen Rechten; ihn wie Brandenburg und andere Kurfürsten mußten des Königs Pläne am meisten treffen.

Daß in Wirklichkeit dieses Mißtrauen in des Königs Absichten für Sachsen maßgebend war, hat der weimarsche Kammerrat Heußner in Dresden selbst vernommen. „Von E. K. Mt. — berichtet darüber Falkenberg an den König nach Heußners Erzählung[1] — seien vielfältige Diskurse gefallen beim Kurfürsten, darunter denn auch die Ursachen, warum E. K. Mt. er nicht trauen könnte, mit fürgangen und erzählet worden"; besonders seien es folgende: 1. „daß man nicht wüßte, was E. K. Mt. für fundamenta, und deswegen sehen müßte, ob die also beschaffen, daß darauf zu bauen; 2. wäre auch E. K. Mt. Intention bis noch verborgen und wüßte man nicht, ob's pro libertate Germaniae oder contra wäre, alldieweil E. K. Mt. mit niemand aus dem Grunde davon kommunizieret. Denn was durch Sattlern geschehen[2], hätte ihm im geringsten kein Genügen getan, wäre deswegen hochnötig, sich dessen vor allen Dingen erst zu informieren; 3. hätte man ein Exempel Er. K. Mt. Desseinen an Kurbrandenburg; denn E. K. Mt. demselben ohne alle Ursach sein Land verderbt und noch etzliche der vornehmsten Plätze dazu eingenommen[3], welches denn anderen ebenmäßig in Deutschland widerfahren könnte, im Fall man ohne mehrere Versicherung E. K. Mt. assistierte."

Dazu kam noch ein weiteres. Der König hatte dadurch, daß er die Rückkehr des vertriebenen und von dem Domkapitel abgesetzten Administrators Christian Wilhelm von Magdeburg zu seiner Sache machte, des Kurfürsten eigene Ansprüche auf das Erzstift auf das empfindlichste getroffen; denn das Domkapitel hatte an Stelle Christian Wilhelms 1628

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Prinzen August von Sachsen zum Erzbischof postuliert, und der Kurfürst hatte auch gegenüber dem von Rom eingesetzten Erzherzog Leopold Wilhelm die Rechte seines Sohnes gewahrt. Der König hat zwar am 1. Juni 1631 dem Kurfürsten versprochen, „keinem einzigen Menschen zum Besten Magdeburg zu entsetzen, als einzig Ir. Kf. D. und dero jungem Prinzen in dero Hände zu liefern"[1], um den Kurfürsten zur Beteiligung an den Entsatz der bedrängten Stadt zu gewinnen, da es doch ein merkwürdiges Verlangen gewesen wäre, die Stadt zugunsten des Rivalen zu retten. Aber Sachsen hat sich durch dieses unverbindliche Versprechen nicht beirren lassen, das außerdem mit den Verpflichtungen des Königs gegenüber dem Administrator Christian Wilhelm in schroffem Widerspruche stand: wie hätte er sich mit beiden Prätendenten auseinandergesetzt? ließ der Wortlaut des Anerbietens dem Könige nicht durchaus freie Hand, auch Sachsen seine Bedingungen vorzuschreiben, unter denen er das Erzbistum überlassen würde? er hätte auch gar nicht anders aus dem selbstgeschaffenen Dilemma herausgekonnt.

Sachsen hat damals den Versuch gemacht, die evangelischen Stände um sich zu scharen, indem es sie nach Leipzig zu einem Konvente berief. Die allgemeine Beteiligung sowie der Eindruck, den dieser kaum noch erwartete Schritt auf den Gegner machte, hätte den Kurfürsten belehren müssen, daß er damit den richtigen Weg beschritten hätte; aber Sachsen entzog sich schließlich auch diesmal seinen natürlichen Pflichten, und nichts war verhängnisvoller für das künftige Verhältnis zwischen Sachsen und seinen protestantischen Mitständen, als daß es auch in diesem wichtigen Augenblick das Vertrauen der anderen Stände täuschte. Um selbst freie Hand zu behalten, versagte es den anderen seinen Schutz, die so eine Beute des Schwedenkönigs werden mußten. Es ist leicht verständlich, daß Gustav Adolf über den Ausgang des Konventes sehr vergnügt war; denn wäre das von Brandenburg vertretene Programm eines Zusammen-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schlusses der evangelischen Stände untereinander und einer Allianz dieses Bundes mit Schweden angenommen worden, so wäre nicht nur der dringend notwendige allgemeine evangelische Bund vorhanden gewesen, der insgesamt eine nicht zu unterschätzende Macht darstellte, Gustav Adolf hätte sich auch mit ihm abfinden und ihn als gleichberechtigt neben sich dulden müssen. Das scheiterte aber an dem Widerstande Sachsens, und so waren dem Könige die Stände einzeln und jeder für sich sicher.

Für Sachsen hatte der Konvent aber die eine Bedeutung, daß es nunmehr die dort beschlossenen Rüstungen ernstlich betrieb und den Feldmarschall Hans Georg von Arnim in seine Dienste nahm. Mit ihm trat der Mann in eine offizielle Stellung am sächsischen Hofe, in dem die Schweden mit Recht einen ihrer gefährlichsten Gegenspieler erblickten.

Arnim kann man kurz charakterisieren als den Verfechter der fürstlichen Libertät und ständischen Freiheit, sowohl gegenüber dem Kaiser wie gegenüber den Ausländern, vor allem dem Schwedenkönig. Über des Kaisers Absichten hatte ihm, wie vielen anderen, das Restitutionsedikt die Augen geöffnet, und den König kannte er von früher, als er selbst in seinen Diensten war[1]. Er war es, der den Plan der dritten Partei am lebhaftesten vertrat, ihn gedachte er durch Kursachsen zu verwirklichen. Als notwendige Vorbedingung war aber eine „Verfassung" nötig, deren Kosten eben die evangelischen Stände zu vermeiden wünschten. Seinen Bemühungen wird es vor allem zu danken gewesen sein, daß die kursächsischen Regimenter so rasch auf die Beine kamen. Beständig hat er einem Bunde mit Dänemark, das ja deutscher Reichsstand war, das Wort geredet, als Gegengewicht gegen den Druck, den Schweden ausübte[2]; er wünschte dringend, die Selbständigkeit der Kurfürsten gegenüber Schweden zu erhalten, noch in den schweren Verhandlungen, die der Kurfürst von Brandenburg nach der Eroberung von Magdeburg mit Gustav Adolf führte, hat Arnim in diesem Sinne auf den Kurfürsten ein-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gewirkt und ihn vor dem Könige vertreten[1]. Erst als auch Brandenburg sich hatte fügen müssen, und Arnim nach der Eroberung Magdeburgs durch Tilly sah, daß auf die Leipziger Verbündeten nicht zu bauen sei, riet auch er seinem Herren, mit Schweden abzuschließen. Die Wucht der Ereignisse hat dann den Kurfürsten zu diesem Schritte schließlich doch genötigt, den er gern vermieden hätte: nur Tillys drohender Angriff hat ihn zu der Konvention gezwungen, die er am 11. September zu Torgau mit dem König abschloß[2]. Sie ist erstaunlich günstig für den Kurfürsten: er verpflichtete sich hierin nur zur Vereinigung seiner Truppen mit den schwedischen gegen Tilly und überließ dem König die Direktion dessen, was mit einhelligem Rate beschlossen; im übrigen wollte sich der Kurfürst des Königs Gutachten lediglich nach Möglichkeit anbequemen; die sächsischen Pässe sollten dem König zum Rückzug und in der Gefahr offenstehen, auch verpflichtete sich der Kurfürst — und das ist das wichtigste — keinen Frieden ohne Einwilligung des Königs abzuschließen. Der König dagegen versprach, alles zur Rettung des Kurfürsten zu tun, und verpflichtete sich, dem Kurfürsten in Hoheit, Rechten und Ländern keinen Eintrag zu tun. Das war keine Allianz, sondern nur ein Rezeß, eine „Resolution", wie es der König bezeichnete; sie ist auch nur mit dem Könige, nicht mit der Krone Schweden, abgeschlossen worden. Der Kurfürst hat aber diesen Rezeß doch als ein festes Band mit Schweden angesehen[3], wie er denn die angebotene Vermittlung Spaniens und Wallensteins, den Zwist mit dem Kaiser beizulegen, unter Berufung auf diesen Rezeß ablehnte. Aber ein Verbündeter nach dem Herzen des Königs war Sachsen keineswegs; im Gegenteil, sofort nach der Trennung der beiden Armeen tat der Kurfürst alles, seine Selbständigkeit gegenüber dem Könige zu wahren. Der König beklagte sich bitter, daß ihm von Dresden aus keine Nachrichten zukämen, nicht einmal von den Plänen und Absichten setze man ihn in Kenntnis, sodaß von einer gemeinsamen Kriegführung nicht die Rede war.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sachsen ging seine eigenen Wege, und die Verhandlungen mit dem von neuem zum kaiserlichen Generalissimus bestellten Wallenstein über die Wiederherstellung des Friedens im Reiche zeugen von dem Einflusse, den Arnim auf die sächsische Politik ausübte. In ihnen erkennen wir überall als Richtschnur die Erhaltung der Selbständigkeit Sachsens sowohl gegenüber dem Kaiser wie dem Schwedenkönige: es ist unleugbar, daß diese Friedensverhandlungen auch dazu dienen sollten, der Übermacht des letzteren zu steuern und damit dem Untergange der ständischen Libertät durch Gustav Adolfs absolutistische Bestrebungen vorzubeugen; auf der anderen Seite war aber Sachsen (und Arnim) nicht gesonnen, sich von Schweden ohne weiteres zu trennen, sich des mächtigen Bundesgenossen zu berauben und dem Kaiser zu überliefern. Man darf bei der Beurteilung von Sachsens Politik in dieser ganzen Zeit nicht vergessen, daß es ein vorsichtiges Lavieren des Schwachen zwischen den Ansprüchen der beiden mächtigen Gegner war, daß es galt, sowohl die Scylla wie die Charybdis zu vermeiden. Unleugbar waren Arnims Sympathien mehr auf seiten Wallensteins als auf denen Gustav Adolfs; in Wallenstein hat Arnim den einzigen Mann gesehen, der dem Reiche die von ihm so hochgehaltene und hochgepriesene alte Reichsverfassung wiederzugeben imstande war, so allein können wir uns sein Festhalten an dem verschlagenen Friedländer erklären: Wallenstein war und blieb ihm der einzige Rettungsanker in der den protestantischen Ständen vom Kaiser wie vom Schweden drohenden Gefahr.

Die Schweden haben Arnim um deswillen unversöhnlich gehaßt, und bekannt ist es, wie gerade Arnims Verhandlungen mit Wallenstein zu einem schweren Zerwürfnisse mit Gustav Adolf führten. Das hat Arnim nicht abgehalten, dem Könige nach Nürnberg eine Reihe sächsischer Regimenter zu senden, um ihn gegen Wallenstein zu stärken; denn: „sollte sich befinden," schreibt er seinem Kurfürsten, „daß der König zu schwach, und zu befürchten sein, daß derselbe in Not

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und Gefahr geraten möchte, so wäre so sehr nicht darauf zu sehen, wenn gleich E. K. D. Lande etwas leiden müßten, sondern vielmehr, wie dem Könige auf das schleunigste zu succurieren. Denn wenn gleich E. K. D. von ihrem Lande etwas verlieren und deroselben etwas Schaden zugefügt werden sollte und der König wäre salviert, so wären schon Mittel da, dasselbe zu rekuperieren. Da aber die königliche Armee ruiniert und E. K. D. Lande gleich etliche Wochen konserviert, so würden sie doch in so viel größere Gefahr hernachmalen gesetzet sein."

Aber auch auf dem Kriegsschauplatze selbst machte sich dieser Gegensatz der beiden Verbündeten bemerkbar. Nach dem vergeblichen Zuge Sachsens nach Böhmen, der ganz und gar gegen Arnims Willen ausgeführt wurde, setzt er es endlich durch, daß sich die sächsischen Truppen nach Schlesien wendeten, wie es ursprünglich mit Gustav Adolf vereinbart worden war. Für Arnim waren nicht nur militärische Gründe maßgebend, auch politische: die protestantischen Stände in Schlesien hatten früher Sachsens Schutz angerufen, und Sachsen rechnete Schlesien zu seiner Interessensphäre. Die dortigen Stände waren die einzigen, die von den Schweden noch unabhängig waren; sie an Sachsen zu fesseln, war ein natürliches Bestreben, schon um die Mittel des Nachbarlandes als Beihilfe zu den schweren Lasten heranzuziehen, die Sachsen durch seine eigenen Werbungen auf sich genommen hatte. Außerdem galt es aber, auch hier vor Schweden auf der Hut zu sein, das sein Augenmerk ebenfalls auf Schlesien gerichtet hatte. Und daß Brandenburg die benachbarten Teile von Niederschlesien zu erwerben wünschte, war ebenfalls bekannt. Es galt also, beizeiten vorzubauen, wenn man sich nicht den Rang ablaufen lassen wollte. Der Feldzug, an dem sich auch Schweden und Brandenburger unter Düwall beteiligten, gelang über alle Erwartungen gut, bei Steinau und Breslau wurde die kaiserliche Armee fast vernichtet, und das evangelische Schlesien war in vierzehntägigem glänzendem

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Feldzuge von der katholischen Okkupation befreit. Dieser Erfolg ist allein Arnims Verdienst, der den Oberbefehl führte; er vermochte aber nicht, der Zwistigkeiten unter den Verbündeten Herr zu werden, die sowohl in den Persönlichkeiten wie in ihren verschiedenen Zielen ihren Grund hatten. Vor allem war es Schweden, das jetzt die Absicht hatte, auch in Schlesien festen Fuß zu fassen. Die Anweisung, mit der Gustav Adolf den Obersten Kochtitzky als seinen Vertreter nach Schlesien schickte[1], spricht es mit aller Deutlichkeit aus: er soll seinen möglichsten Fleiß tun, Fürsten und Stände in Schlesien uns zu gewinnen, und sie dahin disponieren, daß sie mit uns in näheres Verständnis treten; er soll es hauptsächlich dahin richten, daß sie von keinem andern als uns dependieren und sich pur an uns halten; falls sie Gustav Adolf sogar für ihren Fürsten erkennen wollen, soll Kochtitzky die Gelegenheit nicht außer acht lassen. Das hieß doch, Sachsen in optima forma den Stuhl vor die Tür stellen: „was Kursachsen betrifft, heißt es dort kurz, könnte man wohl Mittel finden, J. Lbd. ihres Interesses halber mit Geld oder anderm zu kontentieren, und hätten Fürsten und Stände sich deshalb nicht aufzuhalten". Hier stießen die schwedischen und sächsischen Interessen abermals aufs schärfste zusammen, und das Vorgehen der Schweden auf diesem Kriegsschauplatze ist garnicht anders zu deuten als ein bewußter und mit voller Absicht geplanter Einbruch in die sächsische Interessensphäre, um Sachsen auch hier zurückzudrängen und es von dieser Seite zu umklammern. Man wird es Arnim nicht verübeln, wenn er auf seinem Posten war[2]. Trotzdem galt Arnim in den Augen der Schweden als der böse Geist und die Ursache aller Übel, und die von ihnen inspirierte öffentliche Meinung hat an dieser Tradition bis vor kurzem festgehalten. Das alles spitzte die gegenseitige Abneigung zwischen Arnim und Schweden derartig zu, daß Arnim um seinen Abschied bat, sobald er persönlich mit der sächsischen Armee zum Könige stoßen sollte.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Mit seinem Kurfürsten war Arnim in dieser Haupt- und Grundfrage einig. Auch der Kurfürst fühlte sich weit entfernt davon, die Pflicht der Dankbarkeit gegenüber seinem Retter so weit auszudehnen, daß er auf seine Selbständigkeit verzichten sollte. In der ersten überschwänglichen Freude soll der Kurfürst ihm freilich seine Hilfe angeboten haben, römischer König zu werden; davon ist er sehr bald zurückgekommen. Denn statt eines einmütigen Vorgehens mit den Schweden ging Sachsen sehr gern und rasch auf die von seinem Schwiegersohne, dem Darmstädter Landgrafen, vorgeschlagenen Friedensverhandlungen ein, deren Ziel es war, dem übermächtig gewordenen König in die Arme zu fallen Bei einer Zusammenkunft mit Brandenburg in Torgau hat denn auch Sachsen die unbedingte Forderung erhoben, das Direktorium über die protestantischen Stände zu führen, also auch den Friedenskonvent zu berufen und zu leiten; die Schweden sollten nur dazu eingeladen werden. Sachsen blieb also bei seinen alten Ansprüchen, trotz aller Ereignisse und aller Erfolge, die der König inzwischen gewonnen hatte. In Dresden machten die Berichte des kursächsischen Gesandten v. Einsiedel aus Frankfurt a. M. tiefen Eindruck, wonach der König bei den künftigen Friedensverhandlungen nicht nur als König von Schweden, sondern auch als Direktor des Krieges, Kurfürst von Mainz und Haupt der evangelischen Reichsstände hinzugezogen zu werden beanspruchte[1]. Und mußten nicht die Nachrichten über die dort gepflogenen Allianzverhandlungen Schwedens mit den protestantischen Ständen, vor allem mit den Herzögen von Braunschweig und von Mecklenburg, das Mißtrauen gegen die Intentionen des Königs ganz und gar bestätigen? Das von dem Könige ihnen zugemutete Ausscheiden aus dem Reichsverbande und die Forderung, statt dessen Lehensleute des Königs zu werden, übertraf doch alle Befürchtungen und bestätigte, daß der König die alten Reichskonstitutionen mitsamt den Lehnspflichten und Erbhuldigungen als null und nichtig ansah[2]. Je siegreicher

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der König vordrang, je größer und unbestrittener seine Macht wurde, desto mehr mußten sich doch auch die Befürchtungen steigern, welche Forderungen der König noch an die evangelischen Stände stellen würde. Bekanntlich war es der König selbst, der dann zuerst Kursachsen mit seinen Absichten bekanntmachte: durch den Pfalzgrafen August unterbreitete er ihm sein Projekt des corpus Evangelicorum unter dem absoluten Direktorium des Königs und Schwedens, mit allen den übrigen Forderungen, die er damit verknüpfte[1]. Es liegt auf der Hand, daß davon niemand härter betroffen wurde als die Kurfürsten, und unter ihnen keiner mehr als Sachsen, der vornehmste unter den evangelischen Ständen. Es war selbstverständlich, daß die Antwort des Kurfürsten völlig ablehnend ausfiel: Sachsen wie die übrigen evangelischen Stände erachteten zwar eine Rekompens für des Königs Assistenz und Rettung für billig und natürlich; „daß S. Mt. aber diese Rekompens von den evangelischen Ständen erzwingen und sich solcher nicht vielmehr an den Feinden, als die dies Kriegswesen zuwege gebracht, erholen wollten, dazu könne es weder raten, helfen noch es gut heißen". Die evangelischen Stände würden, wenn sie anstatt der vom Könige erhofften Befreiung seine jetzigen Intentionen vernähmen, in überaus große Alteration, Bestürzung und Kümmernis geraten. Pommern an Schweden abzutreten, könne es ebensowenig gutheißen; über den Vorschlag, daß Pommern als Reichslehen an Schweden kommen solle — ähnlich wie Dänemark Holstein oder Spanien das Herzogtum Burgund innehabe —, müsse erst der Kurfürst von Brandenburg selbst gehört werden[2]. Konnte Sachsen seine ablehnende Haltung bisher nur mit einem Mißtrauen gegen die Intentionen des Königs, ob sie pro libertate Germaniae wären oder contra, begründen, so erhielt sie jetzt durch diese offiziellen Eröffnungen über die wahren Absichten und Pläne des Königs ihre Rechtfertigung. Sachsen konnte auf diese Pläne des Königs freiwillig schlechterdings nicht eingehen: das hieß

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Libertät und alle Vorrechte über Bord werfen, die die Fürsten und Stände im beständigen Kampfe mit dem Kaiser sich erobert hatten, um die sie auch in eben demselben Kriege noch kämpften. Der König ist, wie bekannt, mit diesen Forderungen nicht nur bei Kursachsen auf Widerstand gestoßen; auch die anderen Stände, wie Mecklenburg, Braunschweig, Nürnberg u. a., haben sie abgelehnt. Sie gaben der sächsischen Politik Inhalt und Berechtigung, und diese Tendenzen haben sie in den nächsten Jahren bestimmt.

Sachsen war zunächst allein viel zu schwach, als daß es offen als Feind des Königs hätte auftreten können, auch bedurfte es seiner Hilfe noch gegen den Kaiser und Wallenstein. Das aber ist gewiß, daß sich seitdem bei ihm die Überzeugung befestigt hat, daß nur ein baldiger Friede das Reich in seiner alten Gestalt zu retten vermöge; ein Friede, der zwar auch Schweden die ihm gebührende Satisfaktion bringen, der aber vor allem den deutschen Ständen ihre Libertät wahren sollte. Sachsen hat die hierzu nötigen Schritte getan, ohne freilich auch in diesem Falle auf seine gewohnte Langsamkeit und Umständlichkeit zu verzichten.

Zunächst wandte es sich an Brandenburg, das durch die Abtretung Pommerns direkt betroffen wurde, und teilte ihm alle die Pläne Gustav Adolfs im Vertrauen mit[1]. Daß diese Nachrichten weder in Berlin bei dem Statthalter und den heimgelassenen Räten noch in Königsberg bei dem Kurfürsten die gewünschte Wirkung hervorbrachten, ist bereits erwähnt worden.

Dann aber wandte sich Sachsen an die Herzöge von Braunschweig und von Lüneburg[2], die es aufforderte, auf den Frieden bedacht zu sein und Vertraute nach Dresden zu senden. Es konnte hoffen, daß hier seine Werbungen auf keinen unfruchtbaren Boden fallen würden, da ihm nicht unbekannt war, in welcher Verwirrung sich der niedersächsische Kreis, insbesondere die welfischen Herzogtümer, damals befanden[3]. Und in der Tat hatte sich Sachsen hierin nicht getäuscht. Her-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zog Friedrich Ulrich hatte sich schon vor Empfang dieser Aufforderung, unter dem Eindrucke des durch die Kopflosigkeit der Generäle verschuldeten Entsatzes von Wolfenbüttel und der Eroberung Hildesheims durch Pappenheim, an Sachsen gewendet und gebeten, sich die Wiederherstellung des Friedens angelegen sein zu lassen[1]. Herzog Christian dagegen ging nicht so weit, er rief nur die Vermittlung des Landgrafen Georg von Darmstadt an, von Kurköln einen Befehl an Pappenheim zu erwirken, daß seine Länder geschont würden[2].

Vor allem aber forderte der Kurfürst von Sachsen durch seinen Schwiegersohn, den Herzog von Holstein, den König von Dänemark auf, seine Friedensvermittlungen von neuem aufzunehmen[3]. Er konnte hier um so mehr auf Erfolg rechnen, als Dänemark selbst die Berufung der evangelischen Stände angeregt hatte, um einen allgemeinen Frieden herbeizuführen[4], und als auch England den König von Dänemark zu neuer Friedensinterposition aufgefordert hatte[5]. Doch ehe die sächsischen Werbungen abgelegt werden konnten, hatte der Tod den König hinweggerafft und die Situation von Grund aus verändert. Gleichwohl geht aus diesem letzten Schritte Sachsens mit aller Deutlichkeit hervor, daß es die Absicht hatte, die weitgehenden Pläne Gustav Adolfs durch einen allgemeinen Frieden — natürlich auf der Basis der Wiederherstellung der alten Reichsverfassung — zu vereiteln.

Es war dasselbe Mittel, dessen sich sein Schwiegersohn, Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt, bereits vor einem Jahre zu bedienen versucht hatte, zum großen Verdrusse des Königs. Sein Vater, Landgraf Ludwig V., hatte sich, unter Verleugnung der allgemeinen protestantischen Interessen, von der Aktionspartei ferngehalten, die unter der Führung von Kurpfalz dem kalvinischen Zweige die Vorherrschaft zu verschaffen schien. Sein Ausharren beim Kaiser war nicht ohne Lohn geblieben: der kaiserliche Reichshofrat wie das Reichskammergericht sprachen ihm das Oberfürstentum

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Hessen mit Marburg zu, das Landgraf Moritz von Hessen-Kassel durch seine gewaltsame Einführung des Kalvinismus verwirkt hatte; ebenso erhielt er nach der Ächtung des Pfalzgrafen-Königs und seiner Anhänger Teile ihres Besitzes: so den kurpfälzischen Teil an Stadt und Amt Umstadt, von den Grafen Solms-Braunfels ihren Anteil an Stadt und Amt Butzbach, von den Grafen von Isenburg Besitzungen im Amte Kelsterbach und Dreieich und von den Grafen Löwenstein die pfälzischen Lehen Habitzheim und Groß-Zimmern. Landgraf Georg setzte die Politik seines Vaters konsequent und energisch fort, namentlich gegen den Vetter in Kassel ging er rücksichtslos vor. 1627 mußte Landgraf Wilhelm dauernd auf Oberhessen und die Grafschaft Katzenellenbogen verzichten und die Herrschaft Schmalkalden dem Darmstädter zum Pfandbesitz einräumen. Vorhin ist schon die Rede davon gewesen, daß den Landgrafen Wilhelm diese beengte und verzweifelte Lage dem Schwedenkönig geradezu in die Arme getrieben hat: es war selbstverständlich, daß er sich die Wiederherstellung des ursprünglichen Besitzstandes vom Könige als Gegenleistung ausbedang. Auch hier trat der Schwedenkönig also den darmstädtischen Interessen in den Weg, von weiteren Plänen, die der Landgraf hegen mochte: die ganze Landgrafschaft Philipps des Großmütigen wieder zu vereinigen, war keine Rede mehr. Kein Wunder, daß gerade er sich bemühte, die Siegeslaufbahn des Königs zum Stehen zu bringen, und bekannt ist, daß er dies durch die Wiederherstellung des Friedens zu erreichen versuchte. Nach dem Scheitern des Frankfurter Kompositionstages hatte er sich um das Zustandekommen eines Konvents in Mühlhausen bemüht: der König sah dem Treiben so lange zu, bis der Winter vorüber war und der Feldzug von neuem beginnen konnte, von dem er den entscheidenden Sieg erhoffte: dann verbot er dem Landgrafen alle derartigen Schritte. Allein seinem Schwiegervater, dem Kurfürsten von Sachsen, hatte es der ohnmächtige Landgraf zu verdanken, daß der König so viel

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Rücksicht auf ihn nahm[1]: er gestand ihm die Neutralität zu — was er sonst bei keinem der evangelischen Reichsstände zuließ — und gestattete ihm ausdrücklich, in kaiserlicher Devotion zu bleiben; er begnügte sich mit der Einräumung der Festung Rüsselsheim und mit Kontributionen. Ja selbst seine Verpflichtungen gegen den Landgrafen in Kassel setzte er um dessentwillen hintan und ließ sich ihrer ledig sprechen gegen Einräumung anderer Gebiete[2]. Landgraf Georg war aber vorläufig unschädlich gemacht und mußte in Ruhe stehen. Untätig war er deshalb nicht, er hatte seine Agenten in Wien und in Dresden, durch die er seine Verbindungen mit der antischwedischen Partei aufrechterhielt.

Aus dem Dargestellten ergibt sich, daß trotz der überragenden Erfolge des Königs seine Stellung, als er die Augen schloß, keineswegs durchaus befestigt war. Der König selbst hat auf die Sicherheit, die ihm Verträge geben sollten, keinen Wert gelegt: „Was soll ich für Gewißheit und Kaution haben — äußerte er sich im Jahre 1630 zu dem brandenburgischen Gesandten Bergmann[3] —, Papier und Tinte? Nein, das ist nichts, etwas Reales in Händen, das kann mich versichern. Laßt sie die Fürsten restituieren und mich zum Tutor ihrer machen, daß ich ihre Festungen bewahre, sonst halten sie nichts und ist ihnen nicht zu trauen." Für ihn als Realpolitiker stand es fest, daß sich seine Stellung allein darauf gründen dürfe, daß er die wirkliche Macht in den Händen habe, und zwar nicht nur den Feinden gegenüber, auch den Freunden; er kannte die alte Wahrheit, daß befreite Völker undankbar zu sein pflegen. Danach hat er von Anfang an gehandelt.

Seine Stellung in Deutschland baute er deshalb darauf auf, daß er seine Verbündeten wehrlos machte, daß er sich weite Gebiete eroberte und daß er — und das war das Vornehmste — seine Armee fest in der Hand hatte. Sie war letzten Endes die wirkliche Grundlage seiner Macht.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Armee war sein Werkzeug, mit ihr hatte er seine glänzenden Siege erfochten; aber auch hier war es sein Genie und seine Person, der er das Beste zu verdanken hatte: er selbst hatte die neue Taktik erfunden, die Tillys altes System über den Haufen warf, sein echt soldatischer Sinn, sein kühner Wagemut und seine persönliche Tapferkeit, vor allem sein Geist der Offensive waren es, die alle mit fortriß und begeisterte. Nicht daß es ihm an der nötigen Vorsicht gemangelt hätte — der ganze Aufbau seiner Position in Deutschland ist ja ein Muster vorsichtiger Strategie —, er war aber von Grund seines Herzens Feind der sonst so beliebten Strategie des Manövrierens, durch die dem Gegner vor allem der Lebensunterhalt abgeschnitten und er so zum Rückzuge gezwungen werden sollte. Sein Sinn war stets darauf gerichtet, dem Feind auf den Hals zu gehen und ihn zu schlagen — sobald er nur irgend auf Erfolg rechnen konnte. Gustav Adolf hat eine Reihe hervorragender Generäle gehabt, Schweden und Deutsche: Horn, Baner, Bernhard von Weimar, Knyphausen, den Pfalzgrafen von Birkenfeld, den Landgrafen von Hessen u. a. —, aber eigentliche Schule gemacht hat er nicht, nur in dem jungen Herzog von Weimar lebte etwas von dem Tatendrange des Königs, in der militärischen Offensive wie in dem politischen Ehrgeize.

Kein Wunder, daß die großartigen Erfolge des Königs ein Zuströmen der Söldner zu seinen Glück und Gewinn verheißenden Fahnen zur Folge hatten. Als der König nach Deutschland zog[1], hatte er eine Armee von 40 000 Mann im Felde, ebenso viele etwa blieben in den Garnisonen in der Heimat und in den Ostseeprovinzen. Bei seinem Tode hinterließ er eine Armee von fast 110 000 Mann in Deutschland allein, teils im Felde, teils in Garnisonen. Zwischen beiden Armeen aber war ein gewaltiger Unterschied: als er auszog, bildeten zur Hauptsache Schweden und Finnen seine Regimenter, auf die er sich unbedingt verlassen konnte. Ausländische waren in der Minderzahl vorhanden. Seine Generäle und hohen Offiziere

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

waren fast ausschließlich Schweden. Das wurde anders durch den großen Zuwachs, den die Armee in Deutschland erhielt. Der Nachschub aus Schweden war verschwindend im Verhältnis zu den fremden Elementen, die ihm während des Feldzuges zuströmten. In Deutschland wütete der brudermörderische Krieg bereits zwölf Jahre, und die Söldner fragten weniger, für was und für wen sie fochten, als danach, wo der größere Gewinn zu erwarten war. Leistete dem doch die leidige Gewohnheit, die Gefangenen einfach in die eigenen Regimenter unterzustecken, den meisten Vorschub. Diese Elemente überwogen schließlich im Heere des Königs, ebenso wie auch die deutschen und fremden Offiziere schließlich bei weitem in der Mehrzahl waren. Sehen wir die Armeelisten aus seiner späteren Zeit durch, so waren die Generalstellen fast durchweg mit Deutschen besetzt: dem Horn und Baner — Tott war abgegangen, Boethius gefallen — standen Herzog Wilhelm von Weimar als Generalleutnant, sein Bruder Herzog Bernhard, Herzog Georg von Lüneburg, Landgraf Wilhelm von Hessen, Pfalzgraf Christian, Rheingraf Otto Ludwig, Rhein- und Wildgraf Otto, Knyphausen, Baudissin und Lohausen gegenüber. Und wie bei den Generälen, so bei den Obersten, deren Regimenter zum größten Teil aus Deutschen, auch Ausländern, z. B. Schotten u. a., bestanden.

Der König hat zwar auf diese Weise seine Untertanen geschont und die Deutschen ihre Freiheit mit ihrem eigenen Blute erkämpfen lassen, die Sache hatte aber doch auch sehr bedenkliche Seiten.

Vor allem veränderte sich der Geist der Truppen vollständig. Aus dem einheitlich schwedischen Heere war mit der Zeit ein Söldnerheer geworden, wie es andere auch waren, dessen Interessen mit der Person des Königs verknüpft waren und das seinen Zusammenhalt mehr oder weniger allein in der Person des Königs fand; fiel sie weg, so war Gefahr vorhanden, daß diese Einheitlichkeit sich lockerte, wenn nicht gar ganz verlorenging. Und diese Gefahr war um so größer,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

als eine nicht geringe Zahl der Generäle deutsche Fürsten waren, die sich von ihren dynastischen Interessen nicht freimachen konnten. Schon zu Lebzeiten des Königs litt die Einheitlichkeit der Kriegführung darunter, und das um so mehr, als Gustav Adolf ihnen meist die Befreiung ihrer Stammlande als Aufgabe gestellt hatte. So ist Landgraf Wilhelm nur mit dem größten Widerwillen dem Befehle des Königs gefolgt und nach Nürnberg gezogen; Herzog Georg von Lüneburg hat es verstanden, dem Befehle ganz auszuweichen, er ist in Niedersachsen geblieben. Brandenburg hat seine Truppen zu einer schlesischen Expedition verwendet, die gar nicht im Sinne des Königs war, und Sachsen hat sich bekanntlich ganz und gar der gemeinsamen Kriegführung versagt. So traten überall die Interessen der deutschen Fürsten und Stände auf, zuungunsten der schwedischen, die ein rein schwedisches Heer mit schwedischen Führern in erster Linie vertreten hätte.

Ferner strömte dem Könige mehr Volk zu, als er zu unterhalten vermochte, und Elemente, die der lange Krieg bereits verroht und verdorben hatte; und dieser Punkt war vielleicht der bedenklichste. Gustav Adolf hatte seine Kriegsmacht vor der deutschen Expedition nur durch die äußerste Anspannung der Steuerkräfte in Schweden erhalten können, wozu dann noch die reichen Erträge an Renten und Zöllen kamen, die die Ostseeprovinzen abwarfen. Damals betrug, wie gesagt, die ganze Macht etwa 80 000 Mann, von denen er etwa 40 000 in Deutschland vereinigte. Aus diesen 40 000 Mann waren fast 110 000 geworden — etwa 73 000 im Felde, 37 000 in Garnisonen: die Zahl hatte sich fast verdreifacht. Woher die Kosten für dieses ungeheure Heer nehmen?

Wir wissen, was Schweden die deutsche Expedition gekostet hat[1]: danach hat der König für die Expedition nach Stralsund 283 357 schwed. Rt. verausgabt; das Jahr 1630 kostet 3 126 937 schwed. Rt., die Schweden allein aufbringen mußte; das Jahr 1631 kostete dagegen nur 1 881 021 schwed.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Rt. und das Jahr 1632 nur 662 439 (1633 gar nur 128 573 schwed. Rt.); davon müssen noch die französischen und holländischen Subsidien abgezogen werden, und zwar 1631 574 294 schwed. Rt. und 1632 186 000 schwed. Rt. Das Jahr 1631 kostete also der Krone Schweden nur die Hälfte des vorhergegangenen und das Jahr 1632 nur den siebenten Teil von 1630: und das, trotzdem sich die Feldarmee fast verdreifacht hatte. Der Rest wurde also — soweit nicht die Subsidien von Frankreich und Holland dazukamen — von Deutschland aufgebracht: das ergibt etwa zehnmal so viel für Deutschland, als der schwedische Anteil für 1632 betrug. Also auch hier erhalten wir das Resultat, daß Gustav Adolf es verstanden hat, die deutschen Stände ihren Krieg auf eigene Kosten führen zu lassen, und sein Vaterland von dieser Last freizuhalten[1]. Wenn auch der König seine unschätzbaren persönlichen Kräfte den Deutschen zur Verfügung stellte — und ihnen ausschließlich haben sie ihre Rettung zu verdanken —, so ist es doch immerhin ein recht ansehnlicher Beitrag, den die Deutschen dem Könige zu seinem großen Werke geliefert haben.

Es ist nicht nötig, besonders hervorzuheben, daß diese Schätzung ganz theoretisch ist; sie soll nur zeigen, daß, wenn alles ordnungsmäßig zugegangen wäre, die deutschen Stände etwa einen solchen Anteil zu den Kosten ihres Befreiungskrieges beigesteuert hätten — einen Anteil, der ihnen ja auch zukam. Die Wirklichkeit sah freilich ganz anders aus, und der wahre Anteil, den sie beitrugen, machte ganz andere Summen aus.

Denn von einer mit besonderer Vorliebe gepflegten Vorstellung muß man durchaus absehen: daß die Soldateska Gustav Adolfs besser gewesen sei als die anderer Heerführer seiner Zeit; die Darstellungen von der strengen Manneszucht, die im Heere des Königs geherrscht haben soll, gehören in das Reich der Märchen. Der König hat sich selbstverständlich bemüht, dem Rauben und Plündern Einhalt zu tun, soviel er

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

konnte; aber er selbst bekannte es, daß er nicht durchzudringen vermochte, und es wäre, sagte er, unter seiner Armada gleichsam eine Konfluenz allerhand Volks, welches allemal in Zaum nicht könnte gehalten werden; denn die Wahrheit zu sagen, sie würden nicht sonderlich gezahlt, famelicus exercitus non posset observare ordinem[1]. Damit hatte der König den Kern der Sache getroffen. Das Volk, was ihm zuströmte, war verroht und nach der Beute begierig, und nicht besser waren die Offiziere, für die der Krieg ein Geschäft, und zwar ein recht einträgliches Geschäft war. Das wurde schlimmer, je größer sein Heer wurde und je mehr ihm fremde Elemente einverleibt wurden. Und da der König sie nicht bezahlte und bezahlen konnte, hielten sie sich an die Bewohner der Länder, durch die sie kamen. Die große Zahl der Truppen hätte, wenn sie regelrecht die Löhnung oder gar den etwa dreifach höheren Sold richtig erhalten hätte, unglaubliche Summen an barem Gelde verschlungen, die aufzubringen ganz unmöglich war.

Als er einmal erfuhr, daß die niedersächsischen Truppen hätten meutern wollen, weil ihnen der Sold nicht gezahlt werden konnte, wurde der König äußerst zornig. „Dieser Zeit", schreibt er an Salvius[2], „ist es ganz kein Gebrauch, daß die Soldaten mit Geld unterhalten werden, sondern sie müssen mit dem Proviant aller Orten vergnügt sein." Nichts ist charakteristischer als diese Äußerung des Königs: die notwendige Folge war, daß die Soldateska auf das Rauben und Stehlen angewiesen war, da sie natürlich um nichts und wieder nichts ihre Haut nicht zu Markte trug. Wir wissen, daß im Mai und Juni 1631, als der König persönlich mit seiner Armee in Brandenburg lag, seine Armee solche Exzesse beging, daß sich niemand fand, der die Stelle eines brandenburgischen Kriegskommissars übernehmen wollte: selbst sie waren Insulten und Mißhandlungen ausgesetzt. Auch schwedische Berichte geben diese Ausschreitungen offen zu[3], ja der König selbst erklärte den Lüneburgern, daß er nicht imstande sei,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Ordnung allemal so eigentlich aufrechtzuerhalten[1]. Wenn der König mit seiner Autorität und Macht nicht dazu imstande war, um wieviel ärger mußte es bei den anderen Korps zugehen, bei denen er nicht zugegen war. Am schlimmsten waren die Zustände in Niedersachsen, über die wir auch vortrefflich unterrichtet sind[2]. Hier ertönen sofort nach der Ankunft der Schweden die schwersten Klagen über die zuchtlosen Truppen Baners und Wilhelms von Weimar, die sich dann steigern, als die Regimenter Baudissins und des Herzogs Georg von Lüneburg im Lande lagen. Schon damals schrieb Herzog Friedrich Ulrich: wir können nicht genug beklagen, daß die gute Affektion und Hoffnung unserer armen Untertanen fast erlöschen und fallen will[3]. Man verglich den jetzigen Zustand mit dem früheren und fand, daß selbst die Kaiserlichen und Ligisten nie solche Zumutungen gestellt hätten. Sehr charakteristisch ist die Beschwerde Grubbes[4] — also eines Schweden — über die zuchtlose Soldateska des Herzogs Georg: sein Volk ruiniere Land und Leute, das doch nicht feindlich sei, durch Rauben und Plündern, so daß es der Feind nicht ärger machen könne; etliche hundert Reiter seien auf dem Marsche beständig voraus, die alles klarmachten; sie nehmen, was sie finden, und ruinieren, was ihnen nichts nutze ist; der Feind selbst halte bessere Ordnung, obwohl er in Feindesland sei; und da uns alle Affektion, sowohl auf dem Lande wie in den Städten, vergeht, wünschen die Leute und beten zu Gott für ihn, daß er herrsche und wir vergehen.

Aber das Schlimmste von allem waren die Werbungen, weil sie die Länder der protestantischen Bundesgenossen aussaugten, auch wenn das eigentliche Heer nicht im Lande war. Der Theorie nach waren auch sie freilich nicht so schlimm, da die angemusterten Knechte, solange sie auf den Musterplätzen waren, monatlich nur 2 Rt. pro Kopf zu beanspruchen hatten[5]: wie sah es aber in Wirklichkeit aus! Auch hierfür geben die niedersächsischen Verhältnisse die beste Auskunft[6]. Die Offiziere lebten in Saus und Braus auf Kosten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihrer Quartiergeber, und die geworbenen Mannschaften lagen den Bauern und Bürgern zur Last; je länger das Werbegeschäft sich ausdehnen ließ, um so besser für sie. Aber nicht nur dies, die Muster- und Laufplätze mußten auch die großen Summen für die Handgelder und den Mustermonat aufbringen, der gewohnheitsgemäß am Tage der Musterungen den nunmehrigen Soldaten ausgezahlt wurde. So forderte der Major Hans Christoph von Königsmarck, der im August 1632 im Hildesheimschen und an der Leine 1000 Dragoner werben sollte, außer der Verpflegung noch 32 000 Rt. Werbegelder; Oberst Bruneck, der in Peine acht Kompanien zu Fuß und vier Kompanien Reiter werben sollte, forderte 18 000 Rt. außer der Verpflegung. Nach der Angabe der Braunschweiger hatten diese Werbungen (auch in Göttingen waren für elf Kompanien Dragoner und drei Kompanien Reiter Patente ausgegeben worden) nach zwei bis drei Monaten dem Lande bereits 100 000 Rt. gekostet, wofür noch keine 600 Mann zu Wege gebracht waren: so übertrieben diese Berechnung auch sein mag, zeigt sie doch, auch wenn man nur die Hälfte annehmen will, wie enorm die Summen waren, die diese Werbungen erforderten. Aber nicht nur das, noch mehr machte böses Blut der Übermut, mit dem die Offiziere — Generäle wie Werbeoffiziere — auftraten: sie hatten die Macht in den Händen und fühlten sich als Herren im Lande. General Baudissin hatte seinem Major Königsmarck die Werbungen aufgetragen, ohne nur den Landesherrn zu fragen, er befahl ihm, von niemandem, wer es auch sei, eine Beeinträchtigung in den ihm assignierten Ämtern zu dulden. Als sich der Amtmann in Poppenburg weigerte, von ihm ohne Genehmigung des Landesherrn Befehle anzunehmen, zitierte er ihn vor sich mit der Drohung, sonst anders mit ihm zu verfahren. Oberst Bruneck in Peine sperrte den Amtmann, der ihm nicht zu Willen war, ein und ließ sich verlauten, wenn der Herzog seine Leute zu ihm schicken werde, würde er sie mit Prügeln traktieren.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bereits oben ist davon die Rede gewesen, daß General Baner im Stifte Magdeburg-Halberstadt schaltete, als ob er Herr im Lande wäre, nicht der Statthalter des Königs. Welchen Schaden sein Verfahren verursachte, schildert sehr anschaulich der schwedische Generalkommissar Erik Anderson, als er im April 1632 dorthin kam[1]: „Hier herrscht solche Verwirrung, Konfusion und Unrichtigkeit, daß es ein Wunder ist, daß noch ein Bauer auf dem Lande oder ein Bürger in der Stadt leben kann. Denn hier ist keine Regierung, Strafe oder Ehre geachtet worden, sonderr jeder hat getan, was er wollte. Anordnungen und Veränderungen sind nicht von der Regierung im Lande ausgegangen, sondern ganz allein von den Obersten und Kapitänen. Ich kann und mag nicht schreiben, wie es hier zugegangen ist. General Baner mag wohl in der guten Absicht, die Werbungen zu beschleunigen, seine Autorität gebraucht und auch die Obersten autorisiert haben, Ordnungen und Musterplätze anzuweisen, er hat aber den Schaden nicht sehen können, der daraus folgen würde. Niemand weiß, was alles verordnet ist, und doch ist bis heute weder eine Kompanie noch ein Regiment komplett; Oberste und Offiziere lassen sich verpflegen, soviel sie nur von den Bauern und Bürgern erpressen können, und die Kammerordnung wird von ihnen ausgedeutet, wie ich es noch nie gesehen habe; hat sich jemand gegen ihre Befehle und Begehren gesträubt, so haben sie selbst die Strafe auferlegt und mit ihrem Volke die Exekution vollzogen. So schlimm ist es in Nowgorod nicht hergegangen, wo wir doch eher auf Erhaltung unserer eigenen Macht sehen mußten als auf Schonung der Bürger: hier sind es unsere Religionsverwandten, auch haben sie den König nächst Gott als Schutzherrn angenommen und sich unter seine Protektion begeben, und schließlich ist weltbekannt, wieviel das arme Volk schon von den Kaiserlichen hat ausstehen müssen."

Er bezeichnet mit Recht das als den Hauptfehler, daß auf diese Weise die Landesfürsten, die dem König aufrichtig er-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

geben waren, vor den Kopf gestoßen und ihre Zuneigung zur evangelischen Sache untergraben würde. Wenn sie auch — sagt er[1] — wegen ihrer Ungewohnheit in Kriegssachen langsam waren, so mußte man doch Respekt und Autorität von ihnen nehmen um deswillen, daß sie aus ihres Herzens Grunde dem Könige und der guten Sache treu sind.

Nicht bloß Anderson, auch der schwedische Sekretär Grubbe berichtet über die Unordnungen und Exorbitanzien, die gerade bei den Werbungen und auf den Musterplätzen vorfielen[2]: er kannte sie bei der niedersächsischen Armee ebenfalls aus eigener Anschauung und ist um deswillen noch ein ganz besonders unverdächtiger Zeuge, weil er selbst auf den dortigen Landesfürsten — Herzog Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel — sehr schlecht zu sprechen war.

Und wie in Niedersachsen so überall[3] — mehr oder weniger schlimm. Bekannt ist die scharfe Ansprache des Königs an seine deutschen Offiziere bei Nürnberg[4], die uns dasselbe Bild in Süddeutschland gibt, wie denn auch sein Kanzler Oxenstierna besonders die Schwierigkeiten hervorhebt, die ihm die undisziplinierten Truppen bereiten würden, als ihn der König als bevollmächtigten Legaten in die vier oberen Kreise sandte[5].

Das ist die Kehrseite, die man nicht übersehen darf. Daß die Fürsten den Schutz des Königs nicht so auffaßten, als ob sie sich ihrer Landeshoheit begeben und sich der Willkür der schwedischen Generalität und Soldateska überliefert hätten, wird man ihnen nicht verdenken können. Der Vergleich mit der Behandlung, die man eben erst von den Kaiserlichen erfahren hatte, lag doch zu nahe, und da ergab sich denn nur zu oft, daß man aus der Scylla in die Charybdis geraten war. Der Schwede, der als Befreier kam — so faßten es wenigstens die deutschen Fürsten und Stände auf —, legte ihnen Lasten auf, die nicht geringer waren als die bisherigen; und die Soldateska verfuhr mit den unglücklichen Bewohnern nicht besser als vorher der Feind. Hatte man sich früher darüber

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

beklagt, obwohl es vom Feinde geschah, so wog das jetzt doppelt, weil es vom Freunde nicht anders geschah, und ein Gefühl der Enttäuschung war nicht zu unterdrücken. Fügte man dann noch die drohenden politischen Gefahren dazu, die das siegreiche Vordringen des Königs in sich barg, so kann man sich nicht wundern, wenn sich die Gedanken auf die Wiederherstellung des Friedens richteten — Gedanken, die den Plänen Sachsens und Darmstadts entgegenkamen.

Ziehen wir die Summe, so stand der große Schwedenkönig am Schlusse seines Lebens keineswegs auf der Höhe seiner glorreichen Laufbahn, weder militärisch noch politisch. Militärisch hatte er in Wallenstein einen ebenbürtigen Gegner gefunden, der seiner bisherigen Siegeslaufbahn Halt geboten hatte. Der König hätte sein Ziel erst dann erreichen können, wenn er auch diesen genialen Kriegsfürsten nicht nur geschlagen, sondern vernichtet hätte. Davon war Gustav Adolf aber noch weit entfernt.

Dazu kamen die politischen Veränderungen, die sich im eigenen Lager vorbereiteten. Des Königs Pläne mußten die schwersten Bedenken hervorrufen, nicht weniger die Lasten und Exzesse, die Krieg und Armee mit sich führten. Dann aber muß man vor allem bedenken, daß sich die Lage der protestantischen Stände und Fürsten durch die Siege Gustav Adolfs selbst geändert hatte: der König hatte sie von dem Drucke befreit, der auf ihnen lastete und der sie zu vernichten drohte. Das hatte sie über die schwersten Bedenken hinwegsehen lassen, als sie sich an den König anschlossen. Jetzt war das anders geworden, die Furcht vor der Vernichtung war gewichen und der Gegner zurückgedrängt: sie waren wieder auf die Beine gekommen und nahmen nun auch ihrem Befreier gegenüber eine andere Stellung ein wie vorher, als sie ganz zu Boden lagen. Das hatte der König vorausgesehen und sie wehrlos gemacht, da er wußte, daß die Dankbarkeit

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

in der Politik kurze Beine hat. Es war aber nur natürlich, daß sich die deutschen Fürsten und Stände, nachdem sie vom Könige gerettet waren, von seinen Forderungen nunmehr auch doppelt hart betroffen fühlten.

Es ist ja nicht zur Erprobung ihrer Dankbarkeit gekommen, da des Königs vorzeitiger Tod die Ausführung seiner letzten Pläne gehindert hat: nach dem aber, was wir über seine Verhandlungen mit Mecklenburg, Braunschweig, Lüneburg, Kurpfalz u. a. wissen, können wir gar nicht anders annehmen, als daß sich die deutschen Stände seinen Forderungen nur unter äußerstem Zwange gefügt haben würden. Ein so scharfer Beobachter wie sein Kanzler hat es später selbst zugestanden, daß man damals bereits die Schwedenherrschaft als Druck fühlte, den man gern wieder losgeworden wäre. „Diejenigen können es bezeugen, welche wissen, was sich schon zu des seligen Königs Lebzeiten anzuspinnen begann; und wenn nicht des Königs Tod eines Teils consilia verändert hätte, würde das nicht lange nachher zum Ausbruch gekommen sein, und der König würde solchen Dank geerntet haben, wie wir ihn jetzt ernten[1].“

Schärfer kann die Situation am Ende von Gustav Adolfs Laufbahn gar nicht bezeichnet werden. Die Interessen des Königs und Schwedens und die der evangelischen Stände gingen nur so lange zusammen, als es sich um die Befreiung vom papistischen Joche und von der vom Kaiser drohenden Gefahr handelte; sie mußten sich trennen, sobald der König seine weiteren Pläne eines Protektorats über seine Glaubensgenossen zur Ausführung bringen wollte, da dies auf Kosten ihrer Libertät geschehen sollte.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

I. Kapitel.

Vom Tode des Königs bis zum Heilbronner Konvente.

Der Tod des Königs hat die Lage der Dinge völlig verändert. Er beraubte die protestantische Partei ihres Führers: ein unersetzlicher Verlust. Seinem Genius allein verdankte der Protestantismus in Deutschland seine Rettung, er allein hatte die zu Boden geschlagenen Stände wieder aufgerichtet.

Er war in Wahrheit das Haupt der Evangelischen in Deutschland geworden, trotz des Anspruches, den Sachsen auf diesen Posten erhob. Aber nicht nur für die deutschen Protestanten bedeutete sein Tod einen unersetzlichen Verlust, vor allem war auch die Stellung Schwedens bis in das innerste Mark erschüttert. Der König hinterließ keinen legitimen Sohn, der sein Nachfolger hätte werden können, und seine Tochter Christina war noch ein Kind. Sein Erbe trat sein Freund und Kanzler Axel Oxenstierna an, der — mochte er ein noch so bedeutender Staatsmann sein — doch nur ein Edelmann und kein gekröntes Haupt war[1], ein Unterschied, dem im 17. Jahrhundert ein ganz anderes Gewicht innewohnte als heute. Gustav Adolf war ein König, der niemandem als sich und Gott verantwortlich war, Oxenstierna dagegen war ein bevollmächtigter Legat, der seinen Auftraggebern stets verantwortlich blieb, dem es auch nicht an Rivalen gefehlt hat. Mochte seine Vollmacht auch noch so unbeschränkt sein, und mochte er als Vertreter der Krone Schweden auftreten, so war er doch nicht die Krone Schweden selbst, wie der König: er war kein Herr, sondern ein Diener seines Staates: wo jener befehlen konnte, mußte er verhandeln — wie Arnim drastisch

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sich ausdrückte: was dem Könige nur ein Wort, wird ihm wohl hunderttausend Taler kosten[1]. Und nirgends konnte sich das hemmender bemerklich machen als in Deutschland, wo jeder der Fürsten von Geblüt weit über dem Edelmanne zu stehen beanspruchte, mochte das Mißverhältnis mit den realen Verhältnissen auch noch so schreiend sein. Hatten sie in Gustav Adolf ihren Vetter und Oheim gesehen und sich seinem überlegenen Genie gebeugt, so änderte sich dies Verhältnis Oxenstierna gegenüber. Der König ist mit den Fürsten sehr unsanft, ja rauh und derb umgesprungen, er hat ihnen Wahrheiten ins Gesicht geschleudert, wie er es sich als ihresgleichen erlauben durfte, von ihm nahmen sie es wohl hin, Oxenstierna dagegen mußte die bittere Erfahrung machen, daß man ihm mit Empfindlichkeit begegnete, ja selbst an seinem stattlichen Auftreten, seiner zahlreichen Suite und kostbaren Hofhaltung Anstoß nahm.

Aber nicht nur das war es, der größte Unterschied lag in den Persönlichkeiten selbst. Ein so bedeutender Staatsmann und Diplomat auch Oxenstierna war, mit einem Gustav Adolf läßt er sich doch nicht in eine Linie stellen. Oxenstiernas wahre Größe zeigte sich erst später, als er die deutschen Fesseln von sich geworfen hatte und in seine Heimat zurückgekehrt war. Damals, als sein Vaterland fast zu erliegen und der Erfolge seines Königs wieder verlustig zu gehen drohte, in diesen Tagen der Not zeigte sich seine volle Charakterstärke, die ihn weit über seinesgleichen hinaushob. Er hat dann durch seine Zähigkeit und sein diplomatisches Geschick seinem Vaterlande zu einer europäischen Großmachtstellung verholfen, die — wenn sie auch nicht dem entsprach, was sich sein großer König als Ziel gesetzt hatte — ihm doch überreichen Lohn für alle Mühen und Unkosten eintrug. Oxenstiernas Bedeutung für sein Vaterland liegt auch — und das kann hier nur nebenbei bemerkt werden — in seinen bahnbrechenden Reformen für die innere Verwaltung Schwedens: es gibt kaum ein Gebiet des inneren Lebens, in das er nicht bestimmend eingegriffen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hat, und nach den von ihm getroffenen Maßregeln ist sein Vaterland hundert und mehr Jahre verwaltet worden[1].

Aber welch ein Unterschied ist zwischen ihm und dem Könige. Der König jeder Zoll ein Held und ein Soldat, der sein Recht in seinem Schwerte trug und mit ihm die Knoten lieber zerhieb als sich mit ihrer Entwirrung lange aufzuhalten; erfüllt von kühnem Wagemut und bereit, für sein Vaterland und seinen Glauben sein Leben zu lassen; getragen von hochfliegenden Plänen, folgte er dem unwiderstehlichen Drange seines Genius, wie Oxenstierna es selbst nennt: einer impetus ingenii, die ihn auf seine ruhmreiche Bahn fortriß. Sechsunddreißig Jahre alt, unternahm er es, allein sich der hereinbrechenden Katastrophe entgegenzuwerfen, die den Protestantismus zu vernichten drohte; in dreijährigem hartem Kampfe hat er das Ziel erreicht und dem Geschicke Europas neue Bahnen vorgeschrieben. Das Schicksal hatte ihn vor eine hohe Aufgabe gestellt, es hatte ihn aber auch mit den nötigen Anlagen ausgerüstet: persönliche Tapferkeit, ein hoher Flug der Gedanken, gepaart mit großer Klugheit und einem untrüglichen Blick für die reale Wirklichkeit und ihre Kräfte, vereinigten sich in ihm in seltenem Maße. Ein Staatsmann großen Schlages, aber kein zünftiger Diplomat, kein Freund langer Verhandlungen, sondern ein Mann der Tat. Seine kühnen und kühnsten Pläne sind sein eigenstes Werk, und wenn ihm auch sein Freund und Kanzler beratend zur Seite stand, war doch der König sein eigener Herr und Meister. Sein Genius begnügte sich nicht mit seinem Vaterlande allein, er umfaßte die ganze protestantische Welt, die er sich in Deutschland untertänig machen wollte: Sein Plan eines corpus Evangelicorum, wie er es verstand, gehört zu den größten Ideen des 17. Jahrhunderts, mit dem er seiner Zeit um Jahrhunderte vorauseilte. Gustav Adolf gehört ohne Zweifel zu den Größten, die je auf dieser Erde gelebt haben.

Sein Kanzler und Nachfolger Axel Oxenstierna war von ganz anderer Natur.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ihm fehlte jener impetus ingenii, der ungestüme Tatendrang und das leidenschaftliche Feuer, das den König beseelte und alle hinriß, die mit ihm in Berührung kamen. Der Kanzler war nüchterner und kühler, überlegend und bedächtig; sein scharfer Verstand ließ ihn Dinge und Verhältnisse mit unerbittlicher Klarheit erkennen, wie sie wirklich waren, er kannte als gebildeter Jurist alle Ecken und Bedenken, die dem Könige nie viel Kopfzerbrechen verursacht haben[1]. Sein Wille und sein Herz waren von seinem Verstande völlig beherrscht; nicht daß es ihm an warmherzigen Gefühlen und an Temperament gemangelt hätte, aber wie konnte der König aufbrausen, wie war er in seinem Zorne gefürchtet! Oxenstierna war viel zu sehr Diplomat, als daß er sich nicht immer beherrscht hätte; „scharfe Auseinandersetzungen waren nicht nach seinem Geschmack: so kräftig er auch seine Meinung und Gedanken ausdrücken konnte, suchte er doch, soweit es möglich war, gewaltsame Zerwürfnisse zu vermeiden"[2]. Vor allem aber: er war Diplomat und kein Soldat, sein König war Soldat vom Scheitel bis zur Sohle, aber kein Diplomat: als solcher hat er manchen Fehler begangen, er hat aber mit dem Schwerte gutgemacht, was er mit der Feder etwa verdorben hatte. Anders bei Oxenstierna: bei ihm liegt der Schwerpunkt in der Diplomatie, den Krieg ließ er von anderen führen, das muß man vor Augen haben, wenn man sein Verhalten in den folgenden Jahren richtig verstehen will; denn jetzt übernahm er auch das directorium belli, das sein König mit so großer Vollendung geführt hatte. Als Diplomat und Staatsmann hat er sich seine Lorbeeren erworben, und auf diesem Gebiete hat er seine Meisterschaft bewährt: die Lage der Verhältnisse richtig erkennend, Menschen und Dinge nach ihrem wahren Werte bemessend, Nebendinge von den Hauptsachen scharf trennend, unermüdlich tätig und mit großer Zähigkeit das einmal ins Auge gefaßte Ziel verfolgend, das war seine Art als Staatsmann. Alle Künste der Diplomatie hat er mit großem Geschick

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

geübt, er hat es auch nicht verschmäht, seinen Gegner zu täuschen oder in guten Glauben zu wiegen, um ihn seiner Absicht dienstbar zu machen, das wird man seinem Handwerke zugute halten. Denn in seinem innersten Wesen war er eine vornehme Natur und ein reiner Charakter, ein Edelmann im besten Sinne des Wortes, wie es sich schlagend an seiner seltenen Uneigennützigkeit zeigt. Den Kern seines Wesens bildete aber seine Vaterlandsliebe: seines Vaterlandes Ruhm und Ehre erfüllten die Seele dieses seltenen Mannes, und seinem Wohle zu dienen, stellte er seine ganze Persönlichkeit zur Verfügung. Nirgends hat er diesem tiefsten Gefühl in ihm so lebendigen Ausdruck gegeben als in den Briefen an seinen jüngeren Bruder Gabriel, dem er mit rückhaltloser Offenheit alle seine Freuden und Sorgen offenbarte, sie sind ein herrliches Zeugnis seiner warmherzigen Liebe zu seiner Heimat[1]. Kein Wunder, wenn ihr gegenüber alles andere zurücktrat, wenn er insbesondere die Interessen der deutschen Protestanten wie alles andere unter dem Gesichtswinkel der Interessen seiner Heimat ansah. Sooft er auch versichern mag, daß er ihre Interessen gemeinsam mit denen Schwedens vertreten wolle, steht ihm doch Schweden überall und stets in erster Linie. Das ist schließlich ja nur natürlich, es ist aber zu beachten, daß hierin der Keim zu dem späteren Konflikt liegen mußte; denn sobald die Interessen Schwedens und der deutschen Protestanten selbst in Gegensatz gerieten, mußten sich ihre Wege trennen, und Oxenstierna vermochte dieser Entwicklung nicht Einhalt zu tun. Sein König hatte dem vorbeugen wollen, indem er sich die protestantischen Stände unterwarf, das war mit seinem Tode vorüber. Oxenstierna hat, wie bekannt, den Zug seines Königs nach Deutschland nicht gebilligt, nach seiner Ansicht lagen die Interessen Schwedens im Norden: Polen und Dänen, das waren die geborenen Feinde Schwedens; nach seiner Ansicht stand Schweden noch ein Waffengang mit Polen, vielleicht auch mit Dänemark, bevor: das waren die eigentlichen Angelegenheiten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schwedens. Er ist viel mehr Schwede gewesen und geblieben als sein König. Auf dessen universale Pläne hat er von vornherein verzichtet, in richtiger Erkenntnis der durch den Tod des Königs veränderten Lage. Der König war durch seine persönlichen Verdienste der Retter der Protestanten und damit von selbst auch ihr Protektor geworden, das war Oxenstierna nicht, er konnte nur die Ansprüche der Krone Schweden auf die Dankbarkeit der deutschen Protestanten vertreten; die Summe persönlicher Verpflichtungen war mit dem König ins Grab gesunken. Sein Ziel war deshalb in erster Linie, das Werk des Königs so weit zu Ende zu führen, als Schweden in Betracht kam, d. h. vor allem die von dem Könige für notwendig erachteten Landerwerbungen seinem Vaterlande zu verschaffen, so daß es mit Ehren aus diesem Kriege scheiden konnte. Hatten bei seinem Könige schließlich die universalen Pläne überwogen, die in der Assecuratio zum Ausdrucke kamen und in der die Satisfactio für Schweden mit einbegriffen waren, so war das jetzt anders geworden, und die Satisfactio trat wieder in den Vordergrund, wie zu Beginn der deutschen Expedition des Königs.

Oxenstierna hat etwa vier Wochen nach dem Tode des Königs dem Reichsrate in der Heimat seine Gedanken über die allgemeine Lage und die Schwedens sowie über die Aufgaben, die ihm bevorstünden, in einem Promemoria mitgeteilt[1], das schärfer als alles andere seine wahre Auffassung zum Ausdrucke bringt und als Grundlage für alle spätere Betrachtung benutzt werden muß. Dabei ist zu beachten, daß sich von den sechsunddreißig Abschnitten, in die das Promemoria eingeteilt ist, nur sechs (24—29) mit den deutschen Verhältnissen beschäftigen, drei (32—34) mit denen der Ostseeländer, alle anderen dagegen mit Schweden, dessen Sicherung gegen äußere und innere Feinde ihm am meisten am Herzen lag. Auf sie muß auch hier kurz eingegangen werden[2].

Die wichtigste Frage war natürlich die nach der Einrichtung der Vormundschaftsregierung für die minderjährige

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Königin; Oxenstierna mußte voraussehen, daß sich an diese Frage der Streit um die Herrschaft überhaupt anknüpfen würde, da der König testamentarische Bestimmungen nicht hinterlassen hatte: die Witwe des Königs, Pfalzgraf Johann Kasimir, der Reichsrat, der Adel, die Stände, sie alle machten mehr oder weniger Anspruch auf Berücksichtigung. Nach Oxenstiernas Mitteilung war es aber des Königs Wille gewesen, daß die fünf obersten Reichsbeamten (Drost, Feldmarschall, Admiral, Kanzler und Schatzmeister) die Vormundschaft führen sollten; es war vorauszusehen, daß dies Widerspruch hervorrufen würde, vor allem bei der Königin-Witwe; andere hätten eine Regentschaft des Pfalzgrafen Johann Kasimir bevorzugt, der in Schweden sehr beliebt war und sich mit Eifer und Klugheit der inneren Verwaltung, besonders der Finanzen und der Kriegsverwaltung, angenommen hatte. Der Reichstag im Februar 1633 zeigte, daß diese Besorgnis nicht ohne Grund war. Die Regierung lag bei dem Reichsrate, dem etwa fünfundzwanzig Mitglieder angehörten, von denen aber stets nur wenige in Stockholm anwesend waren. Nun hatte Oxenstierna im Auftrage des Königs eine neue Regierungsform entworfen[1], mit der der König in den wesentlichsten Punkten einverstanden gewesen war, ohne daß es indessen zur formellen Einführung bereits gekommen wäre. Sie jetzt zur Anerkennung durch den Reichstag zu bringen, war keine leichte Aufgabe, zumal sie ausgesprochenermaßen ein Adelsregiment war. Zur Erledigung aller dieser Fragen, vor allem aber zur Huldigung der jungen Königin, riet Oxenstierna, den Reichstag im kommenden Frühjahr einzuberufen.

Aber auch sonst gab die Lage des Landes Anlaß zu Sorgen[2]. Obwohl sich die Finanzen äußerlich nicht ungünstig gestaltet hatten — die Staatsschuld hatte sich in den Jahren 1630 bis Ende 1632 von $5^4/_5$ Millionen auf $1^1/_2$ Millionen schwedische Taler vermindert, und die Summe, die Schweden noch zu den Kriegskosten in Deutschland beitrug, war, wie bemerkt,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nur noch sehr gering —, so litt das Land doch schwer unter dem Drucke, den ihm des Königs kühne Politik auferlegte. Der Kredit war gering, das Kupfer — ein Hauptzahlungsmittel — lag bei den Kaufleuten in Hamburg, Amsterdam u. a. O. deponiert und konnte nicht verkauft werden; das Münzwesen war in größter Verwirrung: die Kupfermünze war unter ihren halben Wert gesunken, und der Plan des Königs, auch in Deutschland Kupfergeld einzuführen, war gescheitert, so daß Oxenstierna sofort darauf verzichtete; die Renten von Krongut — sonst die Grundlage der Staatsfinanzen — waren durch Schenkungen, Verpfändungen und Verkäufe um fast 800 000 Taler verringert, und der Ausfall an Renten von öden Bauerngütern belief sich 1632 auf 261 800 Taler. Handel und Wandel lagen so gut wie ganz danieder, und infolge der beständigen Aushebungen machte sich ein bedenklicher Mangel an Menschen bemerklich[1]. Des Königs hochstrebende Pläne hatten seinem Lande Dinge zugemutet, die über seine Kräfte gingen, und nur mit Hilfe der auswärtigen Mittel war es ihm möglich gewesen, seine Politik weiterzuführen: doch der Glanz seiner Siege und das Genie des Königs hatten die innere Schwäche des Landes und seiner Stellung verdeckt[2]. Kein Wunder, daß Oxenstierna mit der Möglichkeit innerer Unruhen rechnete, da Beschwerden und Mißvergnügen im Lande genug vorhanden waren.

Vor allem waren es die Aushebungen und Steuern, die Anlaß zur Unzufriedenheit gaben, obwohl der König sehr nachsichtig bei ihrer Durchführung verfuhr. Bei den Steuern lag es nicht nur an ihrer Höhe, sondern besonders an dem ganzen System, da Steuern und Zölle verpachtet waren: „Steuerpächter sind bekannt als die schonungslosesten und raubgierigsten unter allen, welche Forderungen zu erheben haben“[3], es war natürlich, daß es viele Beschwerden gab. Oxenstierna bevorzugte deshalb auch die indirekten Steuern: die Lizente, den sogenannten großen und kleinen Zoll, Mühlenzoll u. a., weil sie weniger bemerklich waren als die direkten Abgaben:

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schatz-, Personensteuern u. a., und weil sie von selbst mehr abwarfen, je mehr Verkehr und Bedürfnisse zunahmen. Steuern und Aushebungen waren beibehalten worden, auch nachdem der König die auswärtigen Kriege mit auswärtigen Mitteln führen konnte. Trotz alledem riet Oxenstierna auch jetzt dringend, zum wenigsten die Steuern beizubehalten, ja sie, wenn möglich, noch zu vermehren, nur solle man auch ferner bei der Eintreibung nachsichtig verfahren. Die Aushebung solle man dagegen lieber unterlassen, wenn man mit ihnen noch nicht begonnen habe, sonst aber solle man auch sie durchführen. Schwedische Soldaten solle man nicht mehr nach Deutschland senden, er werde vielmehr diejenigen, welche noch in Deutschland seien, wieder nach Schweden zurücksenden, wenn auch nach und nach, damit kein Mißtrauen erweckt werde[1]. Das alles solle geschehen, um jedem Unwillen oder gar Unruhen im Innern vorzubeugen.

Wenn das gelungen, solle man die Mittel dazu verwenden, vor allem das Land nach außen zu sichern: die Festungen — besonders an den Grenzen — mit Mannschaften, Proviant und allem Kriegsmaterial wohl versehen, die Flotte instand setzen und die von Gustav Adolf noch angeordneten Schiffe bauen: denn die Flotte sei Schwedens Stärke, sie verbinde das Reich mit Deutschland, Preußen und Livland und erhalte die wichtigen Seezölle. Besonders habe man auf Polen und Dänemark acht zu geben; denn das sei sicher, daß sie nun, nachdem ihr gewaltiger Gegner verschwunden, nicht stillsitzen würden; in Schweden solle man deshalb alle Briefe von dort her anhalten, um jeden gefährlichen Einfluß von vornherein unmöglich zu machen.

Vor allem aber mahnte er zur Einigkeit und Ruhe, um so die Stellung Schwedens, die durch den Tod des Königs bereits so sehr gelitten hatte, nicht noch mehr zu schwächen. Denn das ergibt sich aus dem Gesagten, daß alle diese Fragen, die doch zu Lebzeiten des Königs nicht hervorgetreten waren, dem Reichskanzler jetzt Schwierigkeiten bereiten und Sorgen ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ursachen mußten, auf die er bei seinen weiteren Maßregeln, vor allem in Deutschland, Rücksicht nehmen mußte.

Bei den deutschen Verhältnissen fand Oxenstierna die größte Schwierigkeit darin, daß „wir Schweden alles nur mit den Fingerspitzen halten". Schwedens Stellung in Deutschland beruhte im wesentlichen auf seiner Armee, und die Armee, die Festungen und die Regierungen der eroberten Länder unterstanden zum weitaus größten Teile Fremden, besonders Deutschen; dazu kam noch der Mangel an Mitteln und die Disziplinlosigkeit in der Armee: Schwierigkeiten, die selbst einen Gustav Adolf manchmal an der Durchführbarkeit seiner Absichten hatten verzweifeln lassen, die sich bei seinem Kanzler verdoppeln mußten, „nachdem der Kgl. Mt. Autorität, Respekt, Führung und alles, was dem ‚Herren' folgt, weggefallen war". Trotzdem hielt er ein Aufgeben des angefangenen Werkes für ausgeschlossen, schon um der Reputation willen: besser sei es noch, wenn Schweden aus dem Reiche mit Gewalt vertrieben würde: ein Hund — sagte er —, der bellt, kommt doch eher mit heiler Haut davon als einer, der den Schwanz einzieht[1]. Er erbot sich, die Sache weiterzuführen, wie es Gustav Adolf gewollt hatte, soweit es die Umstände erlaubten.

Eine andere Frage war dann die, ob die deutschen Stände noch bereit sein würden, mit Schweden den Krieg weiterzuführen: das war besonders bei der Rivalität Sachsens eine Frage, die vor allem aufgeworfen werden mußte. Oxenstierna war der Meinung, daß sich Schweden nicht ausschließen lassen dürfe, und zwar 1. um die ihm zustehende Satisfaktion zu erhalten, und 2. — und das ist besonders zu beachten —, weil wir, wie er sagte, solange wir die Waffen hier in den Händen haben, vor allen Einfällen unserer Nachbarn — Polen und Dänen — gesichert sein werden. Das war in der Tat der Fall, denn durch die schwedische Armee in Deutschland waren beide Königreiche von der deutschen Seite so bedroht, daß sie an einen Krieg gegen Schweden nicht denken konnten. Um den Krieg

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

weiterzuführen, hielt er es zunächst für nötig, die deutschen Stände zur Fortsetzung des Krieges gegen den Kaiser zu veranlassen und zu diesem Zwecke die Allianzen mit ihnen zu erneuern; vor allem aber kam es darauf an, Kursachsen zu gewinnen. Mit ihrer Hilfe und mit auswärtigen Mitteln, besonders denen Frankreichs und Hollands, gedachte er den Krieg fortzusetzen, dagegen Schweden zu schonen; denn das hoffte er — und das ist wiederum ganz besonders zu beachten —, „daß die Krone Schweden darauf keine großen Unkosten zu verwenden nötig haben wird"[1]. Schweden soll nur seinen Namen dazu hergeben[2]. Schweden darf die Waffen nicht eher niederlegen, ehe es nicht kontentiert oder die Sache zu Ende geführt ist. Dies kann geschehen 1. durch einen Universalfrieden, in dem Schweden gegen Wiederabtretung der okkupierten Bistümer Rekompens erhält, oder 2. „daß man uns anders eine Gratifikation erteilt und wir so mit Ehre, Reputation und Nutzen aus dem Spiele ausscheiden". Als Gegenstand der Satisfaktion bezeichnete er noch besonders Pommern.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, erbat er sich vor allem Vollmacht, „im Namen der Krone Schweden zu verhandeln und abzuschließen, zu tun und zu lassen", eine Bitte, die der Reichsrat sogleich und in unbeschränktem Umfange erfüllte[3]. Ferner bat er sich die Verwaltung Preußens sowie die weitere Disposition über die Zölle in Livland, Ingermanland und Preußen aus, die ihm der König besonders übertragen hatte.

Vorstehende Ausführungen Oxenstiernas sind, wie gesagt, grundlegend für seine Auffassung der deutschen Verhältnisse, und sie zeigen bereits mit aller Deutlichkeit, wie verschieden sie von der des Königs war.

Oxenstierna bedang sich schon damit, daß er die Fortführung des Werkes nach dem Willen des Königs nur soweit übernahm, als es die Umstände gestatteten, freie Hand aus. Vor allem aber und in erster Linie erkennt man den völligen Verzicht

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oxenstiernas auf des Königs Pläne eines corpus Evangelicorum unter schwedischem Protektorate. Der König hatte damit den Boden der rein schwedischen Interessen verlassen und die der deutschen Protestanten sich mit zu eigen gemacht; davon sah Oxenstierna ab, und mit Recht, da er an ihre Durchführung nicht denken konnte. Das ergibt sich daraus, daß er dem Reichsrate die Friedensbedingungen von Nürnberg zusandte, die, ganz im Gegensatz zu den kurz vorher gepflogenen Verhandlungen mit Sachsen und den Unterredungen des Königs mit den Nürnbergern, kein Wort von diesem ganzen Plan enthalten. Oxenstierna fügt ausdrücklich hinzu, daß aus diesem Schriftstücke des Königs Intention zu ersehen sei[1]. Ebensowenig erwähnt Oxenstierna etwas von dem Plane des Königs, seine Tochter mit dem Kurprinzen von Brandenburg zu vermählen und sie zur Statthalterin der schwedischen Besitzungen in Deutschland zu machen oder gar dem Kurprinzen die Krone Schweden zukommen zu lassen, ein Plan, der ja mit dem des corpus Evangelicorum aufs engste zusammenhing. Schieden somit die universalen Pläne des Königs aus, so stellte sich der Kanzler wieder auf den Boden der Interessen Schwedens, von denen auch der König ausgegangen war. Das zeigt sich besonders in der Art, wie Oxenstierna das eroberte geistliche Gut zu verwenden beabsichtigte. Der König hatte darüber so zu verfügen gedacht, daß Mainz restituiert werden und der Friedländer Würzburg als Herzogtum Franken erhalten sollte; Brandenburg sollte für den Verlust von Pommern und Preußen mit Magdeburg-Halberstadt entschädigt werden und Kursachsen außer den Lausitzen noch Bamberg erhalten. Oxenstierna dagegen sah in den Stiftern und Gütern nur ein Tauschobjekt, um Schweden die Satisfaktion — Pommern und Preußen — zu verschaffen[2], eine Satisfaktion, die der König auch ohne das in Anspruch nahm.

Mit Ehren und mit einer stattlichen Satisfaktion aus dem Kriege zu scheiden, das bezeichnet Oxenstierna hier selbst als

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Inhalt seiner Aufgabe, von den weiteren Plänen des Königs kein Wort. Deshalb auch das Betonen, der Krone Schweden möglichst alle Kosten für diesen deutschen Krieg zu ersparen; deshalb auch das Hervorheben der Partikularvorteile für Schweden, daß der Krieg in Deutschland gestatte, ein schwedisches Heer auf fremde Kosten zu unterhalten, mit dem man Polen und Dänemark in Schach halte. Deshalb hat Oxenstierna ferner die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß Schweden auch ohne Universalfrieden sein Ziel erreichen und aus dem Kriege ausscheiden könne[1]: eine Möglichkeit, die für Gustav Adolf ausgeschlossen war. Ja, Oxenstierna ging noch weiter: er war entschlossen, falls die deutschen Stände sich von Schweden trennen und die Sachen ad extrema kommen würden, sich mit Frankreich zu alliieren, Holland und England mit ins Spiel zu ziehen und mit ihnen gemeinsam Deutschland über den Haufen zu werfen: ein Entschluß, der mit des Königs Plänen natürlich unvereinbar war. Dieser Argwohn und dieses Mißtrauen gegen die deutschen Stände beherrschten ihn durchaus. Er gab sich keinerlei Illusionen hin über etwaige Liebe oder Zuneigung zu den Schweden; er traute ihnen keinerlei Dankbarkeit zu, nachdem sie Gustav Adolf wieder aufgerichtet hatte. „Auf dies Volk und die mit ihnen geschlossenen Alliancen darf man sich nicht auf die Dauer verlassen; ich habe gründlich erfahren, daß sie uns nur so lange bei sich leiden wollen, als sie unserer Hilfe bedürfen; wenn die Gefahr vorüber, ist nicht einer, der uns für unsere Mühe und Kosten dank weiß[2].“ Er wußte aber auch, welchen Eindruck des Königs Pläne auf sie gemacht hatten[3]. Sehr charakteristisch ist die Äußerung, die der Herzog von Pommern damals gegen einen hohen schwedischen Offizier bei der Tafel tat: er wollte nicht allerdings unter das schwedische Joch kommen, sondern anfangen zu werben und seine Festungen selbst besetzen; des Königs Kommando hätte er ertragen können, solange er gelebt, aber kein anderer solle ihn kommandieren[4]. Noch mehr als diese Äußerung eines Fürsten, der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nach Chemnitz' Zeugnis sich allzeit den Schweden sehr affektioniert erwiesen hatte, muß eine Anweisung des Landgrafen Wilhelm von Hessen in Erstaunen setzen, der doch zu den überzeugtesten Anhängern Schwedens zählte. Er instruierte seinen Oberstleutnant Geise unmittelbar nach dem Tode des Königs[1] dahin, bei Bernhard von Weimar vertraulich anzufragen, ob es nicht geraten sei, Dänemark mit ins Spiel zu ziehen, und zwar durch Kursachsen. Man denke: Dänemark, den geborenen Rivalen Schwedens, und Kursachsen, das nie auf seine Prätensionen, auf das Direktorium der Evangelischen in Deutschland verzichtet hatte! Obwohl diese Anweisung keine Folgen gehabt hat, ist es charakteristisch genug, daß gerade dieser Fürst solche Gedanken erwogen hat. Denn das ist doch klar, daß darunter nichts anderes zu verstehen ist, als dem übermächtig gewordenen Schweden Rivalen zur Seite zu setzen, um eine von seiner Seite drohende Gefahr zu beseitigen. Daran ändern auch des Landgrafen Versicherungen Oxenstierna gegenüber nichts, dem Bunde mit Schweden treu bleiben zu wollen, bis des Königs Blut gerächt sei[2]. Wie diese beiden Fürsten dachten mehr oder weniger alle: Sicherheit ihrer Libertät auch vor den Schweden, ohne daß sie deshalb die Verbindung mit ihnen lösen wollten. Im Gegenteil hatte der Tod des Königs auch das wieder zur Folge, daß die Solidarität der Interessen der Stände und Schwedens in ihnen von neuem lebendig und fühlbar wurde, eine Bewegung, die sich nicht bloß gegen die Feinde, Kaiser und Liga, sondern auch gegen die Ansprüche Kursachsens auf das Direktorium richtete. Denn das war vorauszusehen, daß nunmehr Kursachsen mit diesen Ansprüchen als das geborene Haupt der evangelischen Stände wieder hervortreten würde, trotz allem, was es früher versäumt und verschuldet, und trotz der unvergleichlichen Verdienste, die sich Schweden inzwischen um die deutschen Protestanten erworben hatte[3].

Oxenstierna hat dann, allen diesen Verhältnissen entsprechend, es als seine nächste Aufgabe bezeichnet: 1. sich der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Armee zu versichern, 2. die Stände an Schweden zu fesseln, besonders 3. Sachsen dazu zu disponieren, im Kriege gegen den Kaiser und bei Schweden zu verbleiben.

Der Kanzler empfing die ihn aufs tiefste erschütternde Nachricht[1] von dem Tode seines Königs vor den Toren Hanaus, auf dem Wege nach Frankfurt, von wo er sich zu der von dem Könige nach Ulm berufenen Versammlung der süddeutschen Stände zu begeben gedachte. In Frankfurt traf er einige oberdeutsche Stände und die wetterauschen Grafen, ermutigte sie zum Ausharren bei Schweden und gab ihnen die Versicherung, daß dann auch Schweden dabeibleiben würde[2]. Dann traf er die allernötigsten Anordnungen[3] — vor allem zur Sicherung der Seekante, deren Fürsorge er Salvius übertrug[4] — und reiste wieder zurück nach Würzburg. Von hier aus teilte er den süddeutschen Ständen mit, daß der auf den 12. Dezember nach Ulm berufene Konvent vorläufig verschoben werden müsse; doch gab er den schwedischen Generalstatthaltern im fränkischen wie im schwäbischen Kreise — den Grafen Kraft und Georg Friedrich Hohenlohe — Anweisung, mit den Kreisständen über die zur Diskussion gestellten Punkte auf einer freien Zusammenkunft oder sonstwie zu beraten und ihre Meinung zu vernehmen[5]. Ferner traf er die allernötigsten Anordnungen für die Armee in Oberdeutschland. Nach des Königs Plan[6] sollten hier vier Korps verbleiben: 1. eins im Elsaß unter Horn, 2. eins in Schwaben unter Baner, 3. eins am Rhein unter Pfalzgraf Christian und 4. eins in Franken unter Bernhard von Weimar. Die Truppen sollten nach der anstrengenden Kampagne nunmehr die Winterquartiere beziehen und sich durch Werbungen wieder ergänzen. Oxenstierna bat nun vor allem seinen Schwiegersohn Horn, sich mit Baner ins Einvernehmen zu setzen und — wenn es die Verhältnisse im Elsaß zuließen — nach Schwaben und Bayern zu gehen, um jenes in Devotion zu halten und hier die feindlichen Werbungen zu hindern; dann könnte Baner, der noch an seiner vor Nürnberg erhaltenen Wunde

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

litt, an die Seeküste gehen und alles zu ihrer Sicherheit anstellen.

Von Würzburg reiste er nach Erfurt, wo er mit dem Herzog Wilhelm von Weimar die Lage der Dinge besprach[1].

Am 19. Dezember traf der Reichskanzler dann in Altenburg mit den Generälen der Armee zusammen[2], die inzwischen das Kurfürstentum Sachsen bis auf Zwickau vom Feinde gesäubert hatten. Er konnte sich sehr bald überzeugen, daß sie alle — und es waren ausschließlich Deutsche — Schweden treu bleiben wollten. Die Differenzen, die zwischen den Deutschen und Schweden ausgebrochen waren, waren zunächst vergessen[3]. Eine deutliche Probe von ihrer Gesinnung gegen Schweden hatten sie damit gegeben, daß sie die kursächsischen Versuche, die Armee an sich zu ziehen[4], bestimmt zurückgewiesen hatten. Für Oxenstierna war diese Erkenntnis von ungeheurer Bedeutung, sie gab ihm die Sicherheit für sein weiteres Handeln.

Auch in Altenburg kam man nach kurzer Beratung dahin überein, zunächst sich über die künftige Haltung Sachsens zu vergewissern, ehe man sich über die weiteren Kriegsoperationen schlüssig machen könne. Als Vorläufer des Reichskanzlers traf am 23. Dezember Herzog Bernhard von Weimar in Dresden ein[5].

Die Stellung Sachsens zu Schweden bis zum Tode des Königs ist vorher dargelegt worden. Über die Auffassung der jetzt gänzlich veränderten Lage orientiert uns ein Promemoria Arnims, das er am 30. November dem Kurfürsten überreichte[6]. Er riet zunächst, die schwedische Armee zu veranlassen, dem Feind nach Böhmen zu folgen, und die sächsischen Truppen nach Mähren zu schicken, um so den Sieg auszunutzen. Dann aber sei es unerläßlich, sich mit Oxenstierna zu beraten, um zu erfahren, was für Dispositionen der König hinterlassen habe. Sind diese nun der Art, fährt er fort, „daß sie allein zu Wiederbringung eines gewünschten Friedens ohne Zerrüttung und Trennung des h. r. Reiches status und einver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

leibten Landen zielten, auch mit solchen Konditionen, die E. kf. D. Ehr und Standes halben eingehen könnten, so hielte ich dafür, daß sich auch von Schweden nicht zu separieren sei. Wann aber E. kf. D. dadurch sollten weiter verbunden und das arbitrium, einen christlichen und ehrlichen Frieden einzugehen, aufs neue gehemmt werden, kann ich nicht absehen, wie solches E. kf. D. zu raten sein wollte." Der Kurfürst solle dann vielmehr versuchen, den Ausländern (Schweden) zuvorzukommen und die Armee in die Pflichten der sämtlichen evangelischen Stände zu bringen, auch die Stände an ihre im Leipziger Schlusse übernommenen Pflichten erinnern und drohen, falls er nicht unterstützt werde, das Werk zu verlassen.

Man sieht: für Sachsen war das Band der Konvention mit Schweden aufgelöst; sich abermals durch Erneuerung der Allianz an Schweden zu binden, vor allem sich von neuem der Freiheit zu begeben, selbständig über die Annahme eines Friedens zu entscheiden — denn dazu hatte sich ja Sachsen am 11. September 1631 verpflichten müssen —, dazu konnte Arnim nicht raten. Ein Verbleiben bei Schweden sollte davon abhängig sein, ob des Königs Dispositionen einen Frieden im Auge hätten, der 1. die Verfassung und 2. den Bestand des Reichs nicht ändere; ferner davon, daß dem Kurfürsten keine Bedingungen zugemutet würden, die gegen seinen Stand und seine Ehre gingen, d. h. die von einem schwedischen Direktorium schwiegen. Das alles wendete sich so schroff wie möglich gegen alle die Forderungen, die Gustav Adolf bis zuletzt erhoben hatte: Änderung der Reichsverfassung durch Übertragung des jus supremum vom Kaiser auf Schweden, Bildung des corpus Evangelicorum mit schwedischem Direktorium, sowie Abtretung von Pommern und der eroberten Stifter als Satisfaktion.

Da Arnim sich selbst sagte, daß Schweden nicht darauf eingehen würde, schlug er die schleunigste Zusammenberufung aller evangelischen Stände vor — von einer Beteiligung der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schweden kein Wort. Auf diesem Konvente sollte beraten werden, 1. wie der Krieg weiterzuführen und 2. wie der Friede wiederzuerlangen sei. Vor allem aber sei ein gutes Direktorium erforderlich, „wozu kein anderes Haupt als E. kf. D. ich besinnen kann" — von Schweden kein Wort. Sachsen sollte allein das Direktorium über alle evangelischen Stände übernehmen, ohne Schweden, doch unter Beiordnung eines Kriegsrates. Wenn er dann fortfährt, daß unter diesem sächsischen Direktorium der Plan Gustav Adolfs durch vier Armeen fortgeführt werden solle, je eine an der Oder, Elbe, Rhein und Main-Donau-Bayern (zusammen 60 000 Mann), so setzte er voraus, daß sämtliche bisher kgl. schwedische Truppen wirklich in die Dienste der deutschen Evangelischen treten würden. Welche Rolle dabei Schweden zugedacht war, sagt Arnim nicht: sollte es abgefunden werden oder sollte es unter sächsisches Direktorium treten? — Bei der Schwere der Kriegslast — die 60 000 Mann zu unterhalten sei ein Ding der Unmöglichkeit, man müsse deshalb dänische und englische Hilfe in Anspruch nehmen — zweifelte Arnim nicht, daß Sachsen den Frieden wählen und dies seinen Freunden mitteilen werde: es müsse ein allgemeiner Frieden sein, der die Reichsverfassung unangetastet lasse, Gewissensfreiheit verbürge und dem Evangelium freien Lauf gewähre.

Man sieht, der ganze Gedankengang Arnims beruht auf der Voraussetzung, daß sich Schweden leicht das Heft aus der Hand winden lassen werde[1]. Wie falsch sie war, erfuhr Arnim sogleich persönlich, als er den Herzog Bernhard in Chemnitz aufsuchte, und die Versuche, sich der schwedischen Armee anzunehmen, bestimmt zurückgewiesen wurden. Für die Stellungnahme Sachsens blieben aber die Hauptpunkte trotzdem maßgebend: keine Erneuerung der Allianz mit Schweden, Direktorium Sachsens über die evangelischen Stände; Ausnutzung des Sieges durch einen Einmarsch in Böhmen und gleichzeitig Erstreben eines allgemeinen Friedens mit Erhaltung der Integrität des Reiches und seiner Verfassung.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Als Herzog Bernhard von Weimar nach Dresden kam[1], um des Kurfürsten Pläne zu vernehmen, sind vor allem die militärischen Maßnahmen besprochen worden. Arnim versuchte, den Herzog für die gemeinsame Verfolgung des Feindes nach Böhmen und Mähren zu gewinnen, der für Sachsen die Befreiung des Kurfürstentums von der Soldateska zur Folge haben mußte. Dann aber sprachen auch allgemeine strategische und politische Gründe dafür[2]: es war richtig, dem Feind, der durch die blutige Schlacht sehr gelitten hatte, keine Ruhe zu gönnen, sich durch neue Werbungen zu stärken; vielmehr die ganze Last der kriegführenden Armeen in Feindesland zu verlegen, wie man sagte: sedem belli in hosticum zu transferieren; dadurch wäre nicht nur Sachsen, sondern vor allem auch Oberdeutschland von einer großen Last befreit worden. Politisch betonte Sachsen die Wichtigkeit, der feindlichen Partei zu beweisen, daß der Tod des Königs die Evangelischen weder entmutigt noch uneins gemacht habe.

Herzog Bernhard, der früher selbst diesen Gedanken gehabt hatte[3], verharrte jetzt aber dabei, daß es zunächst nötig sei, Zwickau zurückzuerobern, alsdann würden Zeit und Gelegenheit geben, was weiter vorzunehmen sei: er behielt damit dem Reichskanzler freie Hand vor. Auch machte er die unleugbaren Schwierigkeiten geltend, die einem Zuge entgegenstanden. Denn das war richtig, daß es eine Expedition nicht ohne Gefahr war, da auch die schwedische Armee bei Lützen gelitten hatte und durch den Feldzug des Sommers mitgenommen war; zudem sollte ein ansehnlicher Teil an die Weser geschickt werden. Ein König Gustav Adolf freilich würde den Gegner aufgesucht und die Entscheidung durch die Waffen herbeigeführt haben, für den Reichskanzler lagen die Sachen aber anders. Für Oxenstierna war mit dieser Frage zugleich die wichtigste über die spätere Stellung Schwedens in Deutschland verknüpft. Ging Sachsen von neuem den Bund mit Schweden ein, dann konnte er auch weiter mit einem Zusammenhalten der gesamten evangelischen Partei rechnen;

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dann konnte er den Zug nach Böhmen wagen, der den größten Vorteil zunächst Sachsen brachte und die Offensive des Königs fortsetzte. Weigerte sich aber Sachsen dessen, so mußte er mit einem Abfalle Sachsens rechnen; die Folge war, daß er dann die schwedische Armee, die einzig sichere Stütze seiner Macht in Deutschland, nach Möglichkeit konservieren, daß er auf eine weitere Offensive verzichten und den Besitzstand wahren trachten mußte.

Es hing also alles von der Frage ab, ob Sachsen die Allianz mit Schweden erneuern würde oder nicht, und das war Sachsen entschlossen nicht zu tun, wenn Schweden nicht die genannten Garantien geben würde: Einräumung des Direktoriums an Sachsen sowie Integrität des Reiches und seiner Verfassung.

Es war selbstverständlich, daß mit Herzog Bernhard auch die politische Lage besprochen wurde, und der Kurfürst hat dem Herzog rundheraus erklärt, daß er die Führung der protestantischen Stände nicht an Schweden abtreten könne[1]. Damit war eine Einigung der beiden Rivalen ausgeschlossen.

Ehe der Herzog Dresden wieder verließ, traf der Reichskanzler selbst am 25. Dezember nachmittags mit stattlichem Gefolge ein[2]; er wurde also von dem Herzog selbst noch von dem Resultate seiner Mission unterrichtet.

Bereits in der ersten Konferenz Oxenstiernas mit den sächsischen Räten kamen die diametral verschiedenen Ansichten zum Ausdrucke. Die Räte proponierten: Zug nach Böhmen und Anknüpfung von Friedensverhandlungen; von einer Erneuerung der Allianz, die das schwedische Direktorium indirekt zugab, kein Wort. Oxenstierna replizierte: vor jeder weiteren Maßregel sei zunächst erforderlich, „sich zu vergleichen, wie das Werk zu fassen"; oder wie er später deutlicher sagte: „näher zusammenzurücken" und „eine Verfassung zu machen, wie man mit einander heben und legen wolle", d. h. die Erneuerung der Allianz mit Schweden Von der Regelung dieses wichtigsten Punktes machte er den böhmischen Zug abhängig, von dem er „jetzt noch nicht sagen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wolle, ob er ratsam sei oder nicht". Sei man in Verfassung, dann könne man über die Friedensverhandlungen reden. Ebenso deutete er bereits auf das schwedische Direktorium hin, wenn er auf die Frage Sachsens nach den Bündnissen des Königs mit den einzelnen Ständen antwortete: sie seien verschieden, aber alle stimmten in dem einen Punkte überein, daß sie dem Könige das Direktorium eingeräumt hätten.

An dieser grundverschiedenen Stellung der beiden Rivalen um das Direktorium haben dann auch die weiteren Konferenzen nichts geändert, da keiner von beiden einen Schritt zurückweichen wollte. Oxenstierna beharrte auf seiner Forderung: erst die „Verfassung", dann folgt das übrige von selbst; Kursachsen dagegen forderte den Zug nach Böhmen und schwieg sich beharrlich über die Regelung seines Verhältnisses zu Schweden aus. Oxenstierna war über dieses Verfahren aufgebracht: mit beißendem Spott begegnete er den sächsischen Unterhändlern und sparte weder Geradheiten noch Drohungen: er wolle ein Spiel anfangen, daß es dem Kurfürsten, auch wenn er sich mit Österreich verbinde, schwer genug fallen solle; wenn er wolle, könne er die deutschen Stände aufeinanderhetzen, daß sie wie beißichte Hunde aufeinanderfielen; Frankreich, England und Polen warteten nur darauf, sich in die deutschen Verhältnisse einzumischen, auch spräche man davon, dem Oranier das Direktorium anzubieten: dann würde im Reiche ein incendium ausbrechen, das so leicht nicht zu löschen wäre.

Auf Wunsch der Sachsen hat er dann seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß es nur drei Mittel und Wege (media) gäbe, zum Ziele zu gelangen: 1. einerlei animus, voluntas und consilia; ein corpus unter einem directorio, und zwar unter schwedischem directorio[1], 2. wie bisher zwei corpora: die schwedische und der Alliierten Armee für sich und die sächsische für sich; dann müßte aber die Allianz erneuert werden, absonderlich in dem Punkte, daß ein Teil ohne Vorwissen des andern keinen Frieden schließen sollte, 3. Schweden scheidet aus und die Stände führen ihre Sache allein weiter;

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dann erwarte Schweden eine Rekompens „wie Könige und Fürsten und nicht etwa wie Kaufleute einander zu geben pflegten".

Das alles machte auf den Kurfürsten keinen Eindruck; so heftig auch der schwedische Reichskanzler aufbrausen mochte, Sachsen ließ sich nicht beirren. Sieht man aber die drei von Oxenstierna vorgeschlagenen Wege näher an, so waren die beiden ersten nach dem Gutachten Arnims für Sachsen nicht gangbar: der erste wegen des schwedischen Direktoriums, der zweite wegen der geforderten Allianz. Den dritten Weg einzuschlagen gestatteten aber die Umstände nicht, da man Schweden noch nicht entbehren konnte; vielleicht trifft auch des Reichskanzlers Ansicht zu, daß man nicht wüßte, wie man Schweden Satisfaktion geben sollte, oder daß man auch keine Lust dazu hätte.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß Sachsen in seiner Haltung von Anfang an durch Oxenstierna selbst bestärkt wurde. Schon als Arnim dem Kanzler in Altenburg die kurfürstliche Einladung nach Dresden überbrachte, begehrte er von ihm, den „scopus", d. i. das Ziel des Krieges, zu wissen. Dasselbe wiederholten die Räte in der ersten Konferenz: man müsse einerlei Intention und scopum haben, damit man wisse, warum man den Krieg führe. Oxenstierna tat sehr befremdet, daß man erst jetzt, nachdem man schon mehrere Jahre Krieg führe, den scopum von ihm wissen wolle. In Wahrheit war es aber eine sehr natürliche Frage von Sachsen, wenn man bedenkt, welchen scopus schließlich Gustav Adolf gehabt und dem Kurfürsten selbst proponiert hat. Über diesen allerwichtigsten Punkt sich Klarheit zu verschaffen, war doch selbstverständlich, um so mehr als Sachsen in des Königs scopus von Anfang an ein unüberwindliches Mißtrauen gesetzt, und sich dieses schließlich als gerechtfertigt erwiesen hatte.

Was hat nun Oxenstierna darauf erwidert? Des Königs scopus sei teils sein eigenes Interesse gewesen, sagte er[1], teils das der unterdrückten deutschen Stände; sein Ziel sei

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kein anderes gewesen, als die restitutio rerum ecclesiasticarum et politicarum. Das besagte natürlich gar nichts, da ja der König unter diesem scopus auch alle seine Pläne mit begreifen konnte; wie oft hatte er verkündet, daß er gekommen sei, die bedrängten deutschen Stände zu retten und zu restituieren, was ihn schließlich doch nicht abgehalten hat, auf ihre Unterwerfung auszugehen. Eher wird man eine andere Äußerung des Reichskanzlers[1] heranziehen können: „in die Reichssachen wolle er sich nicht mischen, er täte es nur um der Reputation des Königs willen und um die Evangelischen in bessern Stand zu setzen". Aber auch in dieser wird man keine genügende Erklärung über den scopus erblicken können, wie sie Sachsen verlangen konnte und mußte.

Da Oxenstierna, wie wir gesehen hatten, in der Tat auf diese weitgehenden Pläne seines Königs verzichtet hatte, scheint sein Verhalten in Dresden damit in Widerspruch zu stehen. Wir können es aber erklären aus seiner eigenen Bemerkung, daß er sich in die Reichssachen nur um der Reputation des Königs willen mische: des Königs wahre Pläne waren bekanntgeworden, so daß ein freiwilliger Verzicht des Reichskanzlers zunächst unmöglich war, wenn er nicht den Anschein einer schweren Erschütterung der Stellung Schwedens offiziell zugeben wollte. Am allerwenigsten konnte er es Sachsen gegenüber, dem ja der König seine Pläne zuerst mit verblüffender Offenheit mitgeteilt hatte. Oxenstierna hat sich darüber offenbar gar nicht in nähere Auseinandersetzungen eingelassen, und Sachsen hatte keine Veranlassung, in den Äußerungen des Reichskanzlers einen solchen Verzicht zu sehen. Daß man vielmehr in Dresden noch beständig mit der Existenz dieser Pläne oder, wenn man will, auch nur mit der Möglichkeit ihres Wiederauflebens rechnete, zeigt das Gutachten Arnims vom 1. März 1633[2]. Er hält das schwedische Alleindirektorium, wie Oxenstierna es im ersten medium angegeben hatte, für unmöglich: Schweden hielte dann der Reichsfürsten Wohlfahrt in seinen Händen, und mit

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihren eigenen Ruten würde er sie in Zucht halten; gingen die Sachen glücklich fort, so stünde es bei ihm, das römische Reich zu evertieren, zu reformieren und seinem Belieben nach mit den Kur- und Fürsten zu gebaren; denn selbst, wenn er wider die Traktaten vorgehen würde, wären keine Mittel da, es zu hindern. Daß auch das zweite medium, wie es Oxenstierna vorschlug, daran nicht viel änderte, lag auf der Hand; denn einmal begab sich Sachsen ausdrücklich des arbitrium pacis et belli durch eine Allianz und dann lag bei so ungleicher Verteilung der Kräfte — Sachsen für sich[1] und Schweden zusammen mit allen übrigen Ständen für sich — die Macht so völlig in den Händen der Schweden, daß Sachsen keine Macht gehabt hätte, einen Widerspruch durchzusetzen. Deshalb sieht denn auch Arnim in dem genannten Gutachten zwei corpora „von gleicher force und Stärke" vor; Sachsen solle den ober- und niedersächsischen Kreis behalten, Schweden die vier oberen. Unter dieser Voraussetzung hielt er diesen zweiten Weg des Kanzlers für den erträglichsten.

Sachsen brach die weiteren Verhandlungen, die aussichtslos waren, mit dem Vorwande ab, über des Kanzlers Proposition zuerst mit Brandenburg beraten zu müssen, ehe es sich entscheiden könne. Auch Oxenstierna lenkte ein, um wenigstens äußerlich in gutem von Sachsen zu scheiden, als er sah, daß weder mit Drohungen noch mit Heftigkeit etwas zu erreichen war. In der Sache schlug er aber den Gegner mit denselben Waffen und erklärte, sich auf den immer wieder begehrten Zug nach Böhmen erst erklären zu können, nachdem er sich mit seinen Generälen beraten hätte.

Nach einigen Konferenzen mit Arnim[2] über militärische Angelegenheiten[3] verließ der Kanzler Dresden, voll Unmut und Bitterkeit über den Mißerfolg. Denn daß es ein solcher war, darüber war er keinen Augenblick in Zweifel[4]: es war ihm nicht gelungen, Sachsen zum Verharren bei dem bisherigen Bunde mit Schweden, geschweige denn zu einer näheren Allianz, zu bewegen, Sachsen hatte vielmehr freie

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Hand behalten, und die Stellung Schwedens hatte sich nach dieser Seite hin erheblich verschlechtert. Denn daß der Kurfürst persönlich ihm beim Abschiede erklärte, daß er beständig bei der Allianz bleiben, nicht von Schweden absetzen und keinen Partikularfrieden verhandeln wolle, ehe er mit dem Kanzler darüber kommuniziert hätte, konnte eine Allianz nicht ersetzen.

Der Bruch zwischen beiden Rivalen war damit besiegelt und Sachsen zu seiner alten Politik zurückgekehrt, die es bereits vor dem Auftreten des Schwedenkönigs innegehalten hatte: Selbständigkeit, auch seinen deutschen Glaubensgenossen gegenüber, die sich jetzt den Schweden angeschlossen hatten. Nur wird man, wenn man gerecht urteilen will, nicht außer acht lassen dürfen, daß die Erfolge der Schweden auch schwere Gefahren für die Libertät der Stände in sich bargen, die jetzt Sachsen zu diesem Schritte begründeten Anlaß gaben. Das war aber klar, daß Sachsen auf der einmal betretenen Bahn sich immer mehr von Schweden entfernen, ja schließlich sein offener Gegner sein mußte. Das konnte geschehen dadurch, daß es den Schweden die Unterstützung der anderen deutschen Stände entzog, und auf diesem diplomatischen Gebiete spielte sich zunächst der Kampf beider Rivalen ab; oder dadurch, daß es in einem Partikularfrieden sich dem Kaiser anschloß und sich dann an der militärischen Vertreibung der Schweden vom Reichsboden beteiligte. Sachsen ist, wie bekannt, beide Wege gegangen, und die ersten Schritte auf dem ersten Wege hatte es bereits getan; nicht durch Berufung eines allgemeinen Konventes, sondern dadurch, daß es Dänemark zur Friedensinterposition aufgefordert hatte.

Es ist klar, daß den Schaden bei diesem Zwiespalt — wie vor dem Auftreten des Königs — die protestantische Partei insgesamt zu tragen hatte, deren Interessen gegenüber der noch nicht zu Boden geschlagenen katholischen Partei ein kraftvolles Zusammenfassen der protestantischen Stände erfordert hätte. Dadurch aber, daß sich das Mißtrauen, das die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Stände von Anfang an in die Absichten des Königs gesetzt hatten, als gerechtfertigt erwiesen hatte, war die Kluft, die insbesondere Sachsen von Schweden trennte, unüberbrückbar geworden. Wir werden sehen, daß auch Brandenburg durch seine eigenen Interessen, die es wegen Pommern mit Schweden in Konflikt brachten, in eine Gegnerschaft zu Schweden notwendig getrieben wurde.

Die Interessen der Schweden waren auf die Dauer mit denen der deutschen Protestanten nicht vereinbar. Die beiden Kurfürsten wären am härtesten getroffen worden: Brandenburg durch den Verlust von Pommern und Preußen, Sachsen durch den dauernden Verlust der Führerschaft der Protestanten. Denn das war sicher, daß wenn die Protestanten jetzt unter Schwedens Führung das begonnene Werk siegreich zu Ende führten, Schweden auch nach dem Frieden das Haupt der Protestanten geblieben wäre, um so mehr als Schweden mit Pommern in den Reichsverband treten wollte. Das war zwar nicht dasselbe wie das absolute Direktorium über das corpus Evangelicorum Gustav Adolfs, aber doch gerade das, was Sachsen für sich beanspruchte gegenüber seinen protestantischen Mitständen. Für Sachsen standen also wichtige Lebensfragen auf dem Spiele, und man wird zugeben müssen, daß, wollte es nicht auf sie verzichten, ein weiteres Zusammengehen mit Schweden im Sinne des Königs nicht möglich war.

Die Rivalität begann auch sofort in den Versuchen beider, Brandenburg auf ihre Seite zu ziehen[1], und bei dieser ersten Probe bereits sollte sich die Überlegenheit des schwedischen Staatsmannes zeigen. Hier dem Sachsen den Rang abzulaufen, erkannte er sogleich als seine Aufgabe, und so entschloß er sich zu weiteren Konferenzen mit Brandenburg[2], die er ursprünglich nicht in Absicht gehabt hatte.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zunächst aber begab er sich zur Armee, um hier die nötigen Anordnungen zu treffen, nachdem über die Stellung Sachsens Klarheit geschaffen worden war. Es galt sich jetzt einzurichten auch ohne Sachsen, ja eventuell gegen es den Krieg fortzuführen. Von dem Zuge nach Böhmen war natürlich keine Rede mehr, der Kriegsrat zu Altenburg erklärte ihn am 11. Januar für unmöglich bei dem abgekommenen Zustande der Armee[1]. Die Spitze gegen Sachsen kam dann unverhüllt in dem Beschlusse zutage „wider Sachsen in Schlesien zu arbeiten"[2]: bei der bereits oben gekennzeichneten Bedeutung Schlesiens für Sachsen, ist seine Tragweite gar nicht mißzuverstehen.

Dann aber holte der Reichskanzler zu einem noch viel bedeutungsvolleren Schlage gegen Sachsen aus, indem er am 18. Januar die Berufung der vier oberen Reichskreise zu dem Konvente nach Ulm erneuerte und so der Gefahr zuvorkam, daß Sachsen die deutschen Stände um sich versammelte. Oxenstierna hat sich über diese Maßregel selbst klar und deutlich ausgesprochen[3]. Er habe es getan, sagte er, weil er gemerkt habe, daß Sachsen für sich das Recht in Anspruch nähme, einen allgemeinen evangelischen Konvent auszuschreiben, von dessen Verhandlungen er erwarten mußte, daß sie zum Nachteil von Schweden ausschlagen würden, auch hätte er ohne Disreputation für Schweden auf das Direktorium nicht verzichten können, das der König mit seinem Blute besiegelt habe. Da es für ihn beschwerlich und odiös gewesen sei, diesen Konvent zu verhindern, so hätte er den Ulmer Konvent wieder aufgenommen, um durch diese partikulare Verabredung die sächsischen consilia zu verwirren.

Ehe der Kanzler aber weiterkonnte — seine Abreise nach Berlin verzögerte sich schließlich noch durch die Unpassierbarkeit der Elbe infolge großen Wassers —, mußte er die grundlegenden Anordnungen für die Armee treffen. In den Beratungen mit den Generälen wurde jetzt eine Trennung der königlichen Armee festgesetzt. Bernhard von Weimar ging

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mit dem einen Teile nach Franken; der andere Teil wurde unter Knyphausen und Herzog Georg von Lüneburg nach Niedersachsen und Westfalen gesandt, den hier ganz verfahrenen Zuständen ein Ende zu machen. Sie sollten an der Weser Posto fassen und versuchen, die eine oder andere Weserfestung, etwa Hameln oder Nienburg, zu nehmen, falls es ohne große Schwierigkeit ginge; oder aber den westfälischen Kreis von Norden her fassen, einen festen Platz an der Ems okkupieren und sich nach Süden zu heraufarbeiten und so viel Land wie möglich besetzen, um dem Feinde die Werbungen zu ruinieren. Landgraf Wilhelm von Hessen sollte angewiesen werden, von Süden her ihnen entgegenzuarbeiten, so daß die katholischen Truppen an der Weser schließlich vom Rheine abgeschnürt würden[1].

Damit hatte Oxenstierna ungefähr den Plänen des Königs entsprechend gehandelt, nach denen in Süddeutschland vier Armeen bleiben sollten — Baudissin am Rhein, Horn im Elsaß, Baner in Schwaben und Bernhard von Weimar in Franken: nur daß jetzt infolge der andauernden Krankheit Baners Horn die schwäbische Armee übernahm und Pfalzgraf Christian die am Rhein und Elsaß, da Baudissin das Kommando niederlegte —, während der König sich selbst einen Zug nach Niedersachsen vorbehalten hatte, den jetzt Knyphausen und Herzog Georg übertragen erhielten. Trotzdem war aber ein fundamentaler Unterschied zwischen beiden Anordnungen. Gustav Adolf hatte damit gerechnet, den Friedländer zu besiegen und ihn so für den Winter nach Böhmen zurückzuweisen; für diesen Fall genügte für den Hauptkriegsschauplatz — und der blieb nach wie vor Süddeutschland mit der Front gegen die kaiserlichen Erblande — ein Defensivschutz, wie ihn die Armeen Baners und Bernhards gewährten, bis der König selbst wieder erschien. Wenn der König für sich als Aufgabe einen Zug nach Niedersachsen erkoren hatte, um dort Ordnung und Sicherheit zu schaffen, so konnte er damit nur einen kurzen Feldzug vor Beginn der Winterquartiere

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

vorhaben, da Gronsfeld für ihn allein kein Gegner war. Die Säuberung des niedersächsischen Kreises (Wolfenbüttel, Hildesheim, Hameln oder Minden) wäre dem König mit seiner großen Macht ein leichtes gewesen, hatte er doch bei Würzburg oder Mainz ganz andere Schwierigkeiten überwunden. So hätte er die Winterquartiere dort oder wieder am Rhein beziehen und dann im Frühjahre die Hauptaufgabe — die Offensive gegen den Kaiser und Wallenstein — von neuem aufnehmen können. Die ganze Anordnung des Königs dürfen wir also als solche für den Winter ansehen, anders die Oxenstiernas: sie galt für den Sommer und mußte als Grundlage für den ganzen Feldzug dieses Jahres dienen, und darin lag der elementare Unterschied gegen die bisher vom König geübte Praxis. Hatte der König bisher auf dem Hauptkriegsschauplatze im Süden die größte Macht unter seinem eigenen Kommando zur gewaltigen Offensive gegen den Feind vereinigt und auf den Nebenkriegsschauplätzen durch kleinere Korps sich defensiv verhalten, so mußte jetzt die Armee im Süden zufolge ihrer Zersplitterung in verschiedene selbständige Korps eine Defensivstellung einnehmen, zumal es ihr an einem kraftvollen Oberkommando fehlte, dem die — wie wir sehen werden — rivalisierenden Generäle sich hätten fügen müssen; Arnim sprach von einem Leichnam ohne Seele, da es an dem Haupte fehle[1]. Denn der Reichskanzler übernahm zwar auch die militärische Leitung, er war aber nicht bei der Armee anwesend; damit war eine einheitliche und kräftige Offensive ausgeschlossen. An Stelle der Offensive des Königs war Defensive getreten, die ihre Rechtfertigung in der Veränderung der politischen Zustände, vor allem der Stellung Schwedens, hatte. Arnims schon genanntes Wort: eine Extremität zu wagen, kann ein Herr wohl resolvieren, vor einen Diener sollte es wegen des zweifelhaften Ausganges eine hochnachdenkliche Sache sein[2], trifft den Nagel auf den Kopf. Für den Kanzler mußte es in erster Linie darauf ankommen, die Armeen zu konservieren, auf denen allein die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Macht Schwedens beruhte. Hätte der König eine Niederlage erlitten, so würde das kein großer Schaden gewesen sein, wie ihm denn auch sein Mißerfolg vor Nürnberg keine nennenswerte Einbuße in seiner Stellung verursacht hat: dagegen mußte nach seinem Tode eine Niederlage die verhängnisvollsten Folgen für die Macht der Schweden haben. Deshalb betrachtete es der Reichskanzler als seine nächste Aufgabe, den Besitzstand zu wahren und die bisherigen Eroberungen sicherzustellen, um sie als Pfand für den künftigen Frieden in der Hand zu haben.

Daß das sehr gefährliche Begleiterscheinungen mit sich führen mußte, lag auf der Hand. Der Druck, den die disziplinlosen Truppen auf die Stände ausübten, war kaum zu ertragen. Das alles konnte nur durch die großartigen Erfolge des Königs ausgeglichen werden, die ein baldiges Ende dieser Drangsalierungen und einen günstigen Abschluß des ganzen Werkes erhoffen ließen. Hörten diese Erfolge auf und blieben die zuchtlosen Scharen beständig den Evangelischen selbst zur Last, so mußte sie bald unerträglich werden.

Dazu kam noch ein zweites Moment. Der alle überragenden Genialität des Königs hatten sich die Generäle — willig oder widerwillig — gebeugt, Eifersüchteleien finden wir fast nur da, wo der König nicht anwesend war. Und diese Stellung des Königs konnte Oxenstierna nicht einnehmen, da er Diplomat und kein Soldat war; am allerwenigsten aber, da er, wie gesagt, nicht einmal bei der Armee anwesend war. Und Eifersüchteleien gab es leider in Hülle und Fülle. Horn und Pfalzgraf Christian waren bis zum Fechten aneinandergeraten[1] und mußten von dem Herzog von Württemberg versöhnt werden; zwischen Knyphausen und Herzog Georg, die gemeinsam das Kommando der niedersächsischen Armee führten, gab es fortwährende Meinungsverschiedenheiten, noch weniger konnten sich Herzog Georg und Landgraf Wilhelm von Hessen verständigen. Am gefährlichsten sollte sich schließlich der Zwiespalt zwischen Horn und Bernhard von Weimar er-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

weisen, der teils in ihrem verschiedenen Naturell, teils auch in der von Oxenstierna inaugurierten Defensivpolitik begründet, seine Hauptursache jedoch in dem Streben Bernhards nach dem Oberkommando hatte.

Oxenstierna hatte im eigenen Lager zwei Rivalen um dieses Oberkommando: die beiden Brüder Herzog Wilhelm und Bernhard von Weimar. Herzog Wilhelm stützte sich darauf, daß ihn der König zu seinem Generalleutnant ernannt hatte; der von ihm ausgestellte Revers, den der König angenommen hatte, beauftragte ihn, für den Fall des Todes des Königs die Armee nach Anordnung der Krone Schweden und zu ihren Diensten zu führen. Der Fall war jetzt eingetreten[1]. Herzog Bernhard dagegen leitete seine Ansprüche davon ab, daß der König, ehe er bei Lützen in die Schlacht gegangen war, ihm beim Abschiede die Armee anbefohlen und daß er diese Armee dann nach des Königs Fall kommandiert und zum Siege geführt hatte. Am folgenden Tage hatte die Armee der Königin von Schweden geschworen und ihn zu ihrem General erwählt[2], worauf er dann auch die Anordnungen zu den weiteren Operationen getroffen hatte. Die Verhältnisse lagen günstig für ihn: er hatte die Armee in der Hand, sein Ansehen war durch den Sieg bei Freund und Feind gestiegen[3], während sein Bruder krank in Weimar lag und ihm selbst seine Generalleutnantschaft übertragen mußte[4].

Trotzdem war Herzog Wilhelm entschlossen, die Rechte seiner Stellung in vollem Umfange auszuüben. Am 22. November teilte er dem Reichskanzler mit, daß er wegen seiner Krankheit seinen Bruder zu seinem Stellvertreter bei der Armee bestellt habe, und ersuchte ihn, zu ihm zu kommen, damit man nützliche consilia an die Hand nehmen könne, den Hauptstatus zu formieren[5]; an demselben Tage ersuchte er ferner den württembergischen Vizekanzler Löffler, von dem er gehört habe, daß er in schwedische Dienste getreten sei, zu ihm zu kommen, um an den Konferenzen mit Oxenstierna teilzunehmen[6].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Um mit seinem Bruder ins reine zu kommen, sandte er den Generalkommissar Heußner zu ihm[1], fand dort aber nicht die gewünschte Unterstützung. Herzog Bernhard war nicht gewillt, auf seine Ansprüche zugunsten des Bruders zu verzichten. Im Gegenteil, er ließ ihm auseinandersetzen: Herzog Wilhelm sei als Generalleutnant in schwedischer Bestallung, sei also verpflichtet, Order zu empfangen, und deshalb könne er die „Oberstelle" nicht einnehmen; dagegen habe er, Herzog Bernhard, freie Hand, nachdem er zu Arnstadt dem Könige seine Charge aufgesagt habe, er sei jetzt lediglich ein Reichsfürst, der mit Schweden in Allianz stehe. Er riet dem Bruder, zunächst, Oxenstiernas Ankunft abzuwarten und dessen Pläne zu vernehmen.

Oxenstierna hatte natürlich nicht die Absicht, den Prätensionen Herzog Wilhelms Rechnung zu tragen, zumal er genau wußte, daß der Herzog ganz und gar auf Schweden angewiesen war, wenn er sein Ziel, vor allem die territorialen Erweiterungen seines Gebietes, erreichen wollte. Als er Mitte Dezember in Erfurt mit ihm zusammentraf, hat er mit ihm wohl über den status publicus konferiert, zu einem Schlusse aber ließ er es nicht kommen, er verschob das auf die Besprechungen mit Kursachsen, von denen zunächst alles abhinge[2]. Der Reichskanzler schlug bereits hier dieselbe Art der Behandlung des sanguinischen und doch so leicht bestimmbaren Herzogs ein, die er seitdem stets befolgt hat: mit der größten persönlichen Liebenswürdigkeit und mit der respektvollsten Behandlung des hochgeborenen Fürsten verschob er die Erledigung seiner Privatangelegenheiten unter passendem Vorwande auf die Zukunft. Wieweit der Herzog diese Privatwünsche, d. h. seine Generalleutnantschaft und seine territoralen Wünsche, damals geltend gemacht hat, entzieht sich unserer Kenntnis; es ist aber selbstverständlich, daß es geschehen ist. Daß der Reichskanzler nicht gesonnen war, irgendwelche Rücksicht auf sie zu nehmen, davon gab er damals bereits eine deutliche Probe.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der König hatte noch kurz vor seinem Tode der Stadt Erfurt die in ihr gelegenen vormals mainzischen geistlichen und weltlichen Güter geschenkt[1]: Oxenstierna übergab sie jetzt der Stadt zu wirklichem Besitze. Der Herzog fühlte sich dadurch tief verletzt, zumal Oxenstierna es nicht für nötig befunden hatte, vorher mit ihm darüber Rücksprache zu nehmen; und das, obwohl ihm sehr gut bekannt war, daß Herzog Wilhelm selbst Anspruch auf Erfurt erhob und sich auf Versprechungen des Königs berufen konnte, die zwar nicht bindend waren, aber in ihm die Vorstellung hatten hervorrufen müssen, daß der König seine Ansprüche für gerechtfertigt anerkenne.

Herzog Wilhelm muß damals in ziemlichem Unwillen von dem Reichskanzler geschieden sein. Er hatte sich als schwedischer Gouverneur in Thüringen nicht geringe Verdienste erworben, hatte die Stände zu ansehnlichen Kontributionen vermocht, Truppen aufgebracht und eben erst wieder von den Ständen starke Lieferungen für die schwedische Armee herausgepreßt[2]. Nach den eben gemachten Erfahrungen hielt er es für besser, jetzt selbst zuzugreifen und sich wenigstens seiner Ansprüche auf das Eichsfeld zu versichern: er erneuerte die Bestallung seines Obersten Eßleben zum Gouverneur des Eichsfeldes[3], befahl ihm, schleunigst das Land mit seinen Reitern zu besetzen und scharf acht zu geben, daß ihm von den Nachbarn an den Grenzen nichts entzogen werde[4]. Der Stadt Duderstadt und allen Beamten gab er auf, den Befehlen seines Gouverneurs nachzukommen und die Kontribution an ihn abzuführen[5], ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß das Welfenhaus auf Teile des Eichsfeldes Anspruch erhob und daß Herzog Georg von Lüneburg zusammen mit Baudissin das Eichsfeld erobert und die Beamten im Namen der Krone Schweden und Lüneburgs eingesetzt hatte. Er erklärte, den lüneburgischen Ansprüchen nicht vorgreifen zu wollen; da aber Gustav Adolf ihm alle mainzischen jura geschenkt habe, so sei auch das Pfandrecht an den vormals grubenhagischen Teilen mit inbegriffen. Dabei blieb es vorläufig.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Davon, daß er auch nach der Unterredung mit Oxenstierna an der Vorstellung festhielt, daß ihm als dem Generalleutnant die weitere Disposition zukomme, daß ihm also auch Oxenstierna seine Ansprüche nicht bestritten hat, zeugt folgender Vorfall. Am 31. Dezember forderte er den Reichskanzler auf[1], nachdem nunmehr wohl die Konferenzen mit Kursachsen beendet seien, ihm einen Ort zu benennen, wo er mit ihm und Herzog Bernhard zusammenkommen und sich eines gewissen Schlusses vergleichen könne. Zugleich entwickelte er ihm durch seinen Generalkommissar Heußner folgenden Plan[2]. Da Landgraf Wilhelm von Hessen dringend um Sukkurs gegen Gronsfeld bitte, und Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig seine Werbungen stark fortsetze — wogegen nichts einzuwenden sei, da er, wie er schreibe, das Direktorium bei ihm, dem Herzog Wilhelm, verbleiben lassen wolle —, so sei das beste, es werde eine neue Armee an der Weser formiert, von etwa vier Brigaden zu Fuß und 5000 Mann zu Pferde, die er selbst kommandieren wolle; zur Unterstützung, für den Fall, daß er wieder krank werden solle, wünschte er, daß ihm Knyphausen zur Seite gestellt werde. Herzog Bernhard solle mit dem Reste der Armee nach Franken gehen, sich Bambergs bemächtigen und die Oberpfalz halten.

Der Herzog erlebte eine grausame Enttäuschung, Oxenstierna zog ihn zu den entscheidenden Konferenzen mit den Generälen in Altenburg gar nicht hinzu und regelte auch die militärischen Angelegenheiten, ohne auf den Generalleutnant Herzog Wilhelm die geringste Rücksicht zu nehmen. Einer Bitte, mit ihm in Laucha zusammenzutreffen[3], wich er aus und verschob die Besprechung auf seine Rückkehr von Berlin[4].

Das alles steckte der Herzog ruhig ein, Oxenstierna hatte richtig gerechnet, und als der schwedische Resident Alexander Erskein wieder in Erfurt erschien[5], ihn über Sachsens Forderungen und Absichten, einen allgemeinen evangelischen Konvent zu berufen, unterrichtete und die Drohung Oxenstiernas hinzufügte, Schweden würde sich zurückziehen, wenn die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

deutschen Stände nicht größeren Eifer zeigten, schlug der Wind vollends um. Denn sollte Sachsen die Führung übernehmen, so war es mit der Generalleutnantschaft und den Donationen vorbei; wieweit dabei die Rivalität mit seinem Bruder um die Oberstelle mitwirkte, steht dahin. Er erklärte jetzt offiziell, daß er der schwedischen Partei treu bleiben werde und daß er sich dem Reichskanzler als Bevollmächtigten der Krone Schweden unterwerfe[1]. Den von Sachsen geforderten allgemeinen Konvent verwarf er vollständig, weil man dort mehr auf die Kreisverfassung und das Herkommen sehen werde, als der königlich schwedische status es leiden möchte. Ebenso mißbilligte er jetzt die braunschweigischen Werbungen, die er eben noch gutgeheißen hatte[2], nicht weniger auch das Ausschreiben eines niedersächsischen Kreistages nach Lüneburg — davon später. Als Gegenleistung erwarte er die Anerkennung der Generalleutnantschaft und seiner Ansprüche auf Erfurt und das Eichsfeld. Auf eine Reise zu Oxenstierna verzichtete er und wartete geduldig auf die Rückkehr des Reichskanzlers von Brandenburg. „Ersehen E. Exzellenz daraus die allhier geborene große metamorphosis; Gott continuiere es ferner", berichtet Erskein[3].

Oxenstierna hat diese Erklärung entgegengenommen, ohne darauf zu antworten. Auf seine Generalleutnantschaft nahm er nur insoweit Rücksicht, als er ihn mit scharfen Worten an die Pflichten seiner Charge erinnerte[4], als er erfuhr, daß der Herzog die braunschweigischen Werbungen gebilligt habe: das sei das rechte Mittel, schrieb er ihm, das ganze Wesen über den Haufen zu werfen, er solle solche Werbungen vielmehr mit seiner Autorität als schwedischer Generalleutnant verhindern und dahin arbeiten, daß andere consilia gefaßt würden. Es klingt wie schneidender Hohn!

Der Kriegsrat zu Altenburg am 11. Januar 1633 und die neuen Dispositionen Oxenstiernas über die königliche Armee bereiteten aber auch den Aspirationen Herzog Bernhards auf das Oberkommando ein jähes Ende. An Stelle des General-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kommandos über die gesamte Armee mußte er sich mit einem kleinen Teile begnügen, und statt daß er die gesamten Operationen, wie er gewünscht hatte, leiten konnte, war ihm als Aufgabe lediglich der Schutz Frankens zugefallen, eine Aufgabe, die kaum der entsprach, die er bereits vor dem Tode des Königs gehabt hatte. Er war ein Teil des Ganzen geblieben, und zwar nur ein kleiner Teil, und das noch ohne Selbständigkeit, daran hinderte ihn schon die Geringfügigkeit seiner Streitkräfte[1]. Statt einer kräftigen Offensive, zu der er die gesamten Kräfte im Sinne des Königs zusammenzufassen gedachte, war ihm eine bescheidene Aufgabe im Rahmen der allgemeinen Defensive zugefallen. Kein Wunder, daß sein brennender Ehrgeiz auf das tödlichste verletzt war[2] — das sollte die Quelle verhängnisvoller Reibereien unter der Generalität werden. Die nationalen Eifersüchteleien, die wohl bestanden hatten[3], aber vor der Person des alle überragenden Königs sich hatten beugen müssen, gewannen jetzt in Herzog Bernhard einen Kristallisationspunkt. Es wurmte ihn besonders, daß Oxenstierna nicht einmal eine Vollmacht seiner Regierung besaß[4], als er alle diese einschneidenden Anordnungen traf, und das war ihm ohne weiteres klar, daß der Kanzler ihn im besonderen beiseite schob, um die Heeresführung nicht in die Hände eines Deutschen kommen zu lassen.

In Weimar, wohin er sich begeben hatte, um sich von einem Unwohlsein zu kurieren, machte er seinem Unwillen in erbitterten Worten Luft, die besser als alles andere erkennen lassen, wie tief der Stachel saß[5]. Den pfälzischen Abgesandten riet er, sich mit den Traktaten mit Schweden wegen Restitution der Pfalz nicht zu übereilen und wegen des Directorii nichts Verfängliches einzugehen, dadurch dem Reiche und den Ständen ein Präjudiz zugezogen werden möchte. Die Stände sollten es nicht so weit kommen lassen, da die Krone Schweden leicht kontentiert werden könne[6]. Das Direktorium müsse restringiert werden, und ehe er sich zu etwas Nachteiligem verbinde, wolle er lieber das Reich quittieren,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

er würde sonst auch nicht wert sein, ein Reichsfürst zu sein. Er sei nie in schwedischer Bestallung gewesen, begehre es auch ferner nicht. Der Administrator solle sich mit England und Holland verbinden, auch selbst zu Sachsen, Hessen, Lüneburg, Württemberg u. a. Ständen reisen und mit deren Rat handeln. Schweden hätte von dem Seinigen nicht soviel spendiert, vielmehr hätten die Stände alles tun müssen. Landgraf Wilhelm und er hätten das Werk begonnen; der König hätte viel verheißen, aber es sei nichts erfolgt; von dem, was der König ihm in Pommern versprochen hätte, sei nichts gehalten worden[1].

Herzog Bernhard blieb bis über die Mitte des Februar in Weimar, sich von seiner Krankheit zu erholen, und in diese Zeit — Anfang Februar — fallen eingehende Beratungen der vier weimarschen Brüder, die über ihre Stellung zur allgemeinen Lage, dann aber auch besonders über die Anschauungen und Wünsche Herzog Wilhelms sowie über den Gegensatz zwischen ihm und seinem Bruder Bernhard Licht verbreiten[2].

In der Frage, ob man das „Hauptwerk" mit Schweden oder ohne Schweden künftig zu führen habe, waren die Brüder einig. Wilhelm hatte seine Stellung, wie erwähnt, bereits festgelegt und dem Reichskanzler erklärt, daß er der schwedischen Partei treu bleiben wolle. Dagegen sollten doch starke Änderungen gegen früher eintreten: war alles bisher monarchice geführt worden, so sollte das künftige Direktorium stark eingeschränkt und alles aristocratice geführt werden: die Libertät dürfe keinen Eintrag erleiden[3]. Man solle einen Bundesrat (consilium universale) ernennen, den alle Stände zu beschicken hätten; über diesem weiteren solle ein engerer senatus von fünf oder mehr Personen stehen, der die eigentliche Leitung (directorium) habe. Schweden sei dabei einem Reichsstand gleichzuachten, doch soll seinem Bevollmächtigten zufolge der geschlossenen Allianzen die Stelle des Präses oder Direktors zustehen; ihm, dem Herzog Wilhelm, gebühre

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

als schwedischem Generalleutnant das zweite votum. Schweden müsse sich mit Deutschland auf gegenseitige Verpflichtungen hin verbinden, die Armee aber müsse nicht mehr schwedisch, sondern Bundesarmee sein. Sie wird geführt von einem Generalissimus, neben dem ein Kriegsrat steht; im allgemeinen hat er sich nach den Weisungen des engeren Bundesrates zu richten, außer in Fällen, wo es an Zeit gebricht, solche einzuholen; dann entscheidet er selbständig.

Herzog Bernhard stimmte natürlich dem Bruder bei, daß das Werk weiter mit Schweden zu führen sei und nicht mit Sachsen. Wenn Kursachsen nicht weichen wolle, sagte er, so hat das nicht gar so viel auf sich, und selbst wenn es zur Gegenpartei treten wolle. Auch er hielt einen Bundesrat für unerläßlich, dagegen ließ er die Frage offen, wer der Direktor werden solle: ein Schwede, wenn es einen gäbe, der die nötigen Qualitäten hätte, sonst müsse es ein deutscher Reichsstand sein; hätte man mehrere Personen von gleicher Qualität, könne das Amt auch wechseln. Auf keinen Fall dürfe aber der Direktor absolut dirigieren, sondern nur mit dem Bundesrate. Schweden dürfe sich keiner Gewalt gegen die deutschen Fürsten anmaßen, denn den Unterhalt für die Armee schafften die deutschen Stände, und es sei schwer, einer fremden Nation und Person das Direktorium anzuvertrauen. Im übrigen seien die Verhältnisse in Schweden selbst nach des Königs Tode so beschaffen, daß die Schweden eine Allianz mit den deutschen Ständen suchen würden.

Anders stand es aber bei den persönlichen Interessen Herzog Wilhelms, hier standen sich die beiden Brüder gegenüber. Seine Wünsche konzentrierten sich auf folgende Punkte: 1. seine Charge, d. h. seine Generalleutnantschaft, 2. seine praetensiones, d. h. die von den Schweden zu erwartenden Donationen, und 3. kam neuerdings seine Statthalterschaft in Thüringen hinzu, in der er sich durch den schwedischen Residenten Alexander Erskein beeinträchtigt fühlte.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der letzte Punkt machte keine Schwierigkeiten. Der König hatte ihm, als er den Herzog zum Statthalter in Thüringen ernannte, die Verfügung über die einkommenden Kontributionsgelder eingeräumt und ihm Vollmacht erteilt, mit den thüringischen Ständen zu verhandeln und zu schließen; auch stand ihm die Anordnung der Quartiere, Werbeplätze und Durchmärsche zu, wie er auch insbesondere über die Garnison in Erfurt zu verfügen hatte[1]. Der Legat Steinberg war ihm lediglich als Berater zur Seite verordnet. An dessen Stelle war Alexander Erskein getreten, durch dessen Übergriffe sich der Herzog beschwert fühlte. Vor allem wollte er ihm nicht mehr die alleinige Verfügung über die Kassen zugestehen, und das um so weniger, als der Herzog jetzt zunächst die Auszahlung eines festen Deputats monatlich für sich beanspruchte, nachdem er gesehen hatte, daß man ihm bei den geforderten Donationen, die er als Äquivalent für seine bisherigen starken Auslagen forderte, Schwierigkeiten bereitete. Er forderte Wiederherstellung seiner bisherigen Befugnisse, insbesondere Anweisung an Erskein, ihn, wie bisher, über die Kassen verfügen zu lassen. Ferner verlangte er Sicherheit, daß, falls er selbst sterben sollte, die Statthalterwürde seinem Hause verbleibe und daß zunächst sein Bruder Ernst zum Vizestatthalter ernannt werde.

Das alles fand natürlich die Billigung der Brüder, insbesondere auch Herzog Bernhards. Ebensowenig Schwierigkeiten bereiteten beim zweiten Punkte die Forderungen wegen des Eichsfeldes und der Stadt Erfurt. Herzog Wilhelm war, wie erwähnt, erzürnt darüber, daß der König und Oxenstierna der Stadt Erfurt bereits die weltlichen und geistlichen Güter geschenkt hatten, die vormals mainzisch waren. Er erklärte sich jetzt bereit, das anzuerkennen, wenn Schweden ihm und seinem Hause dafür das jus superioritatis, das sich Schweden reserviert hatte, und alle Regalien, die Mainz als Erbherr gehabt hatte, einräumen, und Erfurt ihn als Erbherrn anerkennen würde. Auf Vorschlag der Brüder willigte er schließ-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

lich ein, von Schweden nur zu verlangen, daß Weimar bei den Versprechungen des Königs verbleibe und daß Schweden sich bemühe, bei den Friedensverhandlungen ihm das Erbrecht zu verschaffen. Ein Revers solle das verbürgen; inzwischen würde das Statthalteramt Gelegenheit genug bieten, sich in Besitz dieser Rechte tatsächlich zu setzen.

Soweit war man einig. Aber Herzog Wilhelm war mit dem Eichsfelde und Erfurt nicht zufrieden. Er forderte weiter eine Reihe Bamberger und Würzburger Ämter[1] im Süden seines Landes, und hier trafen seine und seines Bruders Bernhard Interessen aufeinander, der behauptete, vom Könige selbst Versprechungen auf die beiden fränkischen Bistümer erhalten zu haben. Wie sich die Brüder hierüber auseinandergesetzt haben, wissen wir nicht, wie es scheint, hat hier Herzog Wilhelm doch nachgegeben[2].

Der schwerste Punkt aber war der der „Charge" Herzog Wilhelms, und hier blieb er hartnäckig: man wird mir nicht verdenken können, daß ich bei meiner Charge verbleibe und mich bestermaßen manteniere, notierte er in einem der zahlreichen Memorialien, in denen er damals sich selbst Rechenschaft gab[3]. Er war einmal Generalleutnant der königlichen Armee und entschlossen, seine Rechte in vollem Umfange aufrechtzuerhalten. Oxenstierna sollte sein Patent erneuern und ihn dabei schützen; den hohen Offizieren sollte Befehl erteilt werden, mit ihm fleißig zu korrespondieren, auch sollte jede Kriegsorder nur durch ihn erteilt werden. Er beanspruchte also das wirkliche Kommando über die Armee. Nur sollte neben ihm der obenerwähnte Kriegsrat stehen, dem er sich unterwerfen wollte. Nur die Justizsachen behielt er sich vor, und ebenso die Freiheit, wenn sich Gelegenheit biete, dem Feinde Abbruch zu tun, dann ohne Beschränkung verfahren zu dürfen — eine Bestimmung, deren Ausführung ihn völlig unabhängig gemacht hätte. Diejenige Armee, die er zu kommandieren beabsichtigte, sollte als die Hauptarmee gelten, und demgemäß der Kriegsrat stets bei seiner Armee sein.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dabei wollte er Schweden nur soweit verpflichtet sein, als alles im Reiche bei seinen hergebrachten Freiheiten verbleibe.

Seine Forderung, die nach wie vor der Mittelpunkt aller seiner Bestrebungen bildete, war die Führung einer eigenen Armee, ein selbständiges Kommando. Er beanspruchte jetzt die Führung der fränkischen Armee, die ihm der König noch zu seinen Lebzeiten anvertraut hatte und deren Kommando dem Herzog Bernhard lediglich in seiner Vertretung, als er erkrankte, übertragen worden war.

Diesen Ansprüchen Herzog Wilhelms standen nun die seines Bruders Herzog Bernhard gegenüber, dem Oxenstierna in Altenburg das Kommando über die fränkische Armee übergeben hatte, ohne sich um die Ansprüche Herzog Wilhelms zu kümmern. Herzog Wilhelm mußte sich durch die Art und Weise, wie er einfach beiseite geschoben worden war, nicht ohne Grund verletzt fühlen und war entschlossen, sich nicht so ohne weiteres übergehen zu lassen. Nach wie vor hielt er die Fiktion aufrecht, daß die fränkische Armee ihm übertragen sei, erteilte ihr Befehle und griff selbst in die Operationen ein[1]. Sein Wunsch war, sich selbst zur Armee zu begeben, und nur mit Mühe gelang es dem Residenten — den Weisungen Oxenstiernas entsprechend[2] — ihn zurückzuhalten[3]. Über seines Bruders Aspirationen auf die Oberstelle war er durch dessen eigene Erklärungen unterrichtet; da Oxenstierna sie nicht anerkannte, hatte Herzog Wilhelm um so weniger Ursache, von seinen eigenen Ansprüchen zurückzutreten. Er verlangte von seinem Bruder Bernhard eine Erklärung, daß er sich seinem Kommando fügen würde, sobald er, Herzog Wilhelm, sich zur fränkischen Armee begeben würde, und stellte ihm frei, wenn er es lieber haben wollte, die Armee in Schwaben, am Rhein oder im Elsaß zu führen, doch ebenfalls unter seinem, Herzog Wilhelms, Kommando.

Bei seinen militärischen Ansprüchen fand aber Herzog Wilhelm die Unterstützung seiner Brüder nicht, und an diesem

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Punkte drohte die brüderliche Einigkeit, von der sie selbst so viel sprachen, zu zerschellen. Selbst Herzog Albrecht und Herzog Ernst ließen hier ihren älteren Bruder im Stich und rieten ihm, nicht auf seiner Generalleutnantschaft so starr zu bestehen, man wisse noch nicht einmal, was Schweden ferner zu tun beabsichtige, auch solle man erst abwarten, welches Haupt die Stände, die nach Ulm berufen waren, erwählen würden.

Herzog Bernhard wich einer bestimmten Zusage aus und war zu einer deutlichen Erklärung nicht zu bewegen. Er klagte über das Mißtrauen des Bruders und ermahnte, die brüderliche Einigkeit nicht zu stören. Vor allem, riet er, müsse man den Reichskanzler zum Freunde behalten, sonst würde es mit den übrigen Prätensionen vorbei sein, das war ein deutlicher Wink, sich zu fügen.

Herzog Wilhelm war damit keineswegs zufrieden, er wußte wohl, daß Herzog Bernhard „simuliere", und war entschlossen, seine Ansprüche in vollem Umfange aufrechtzuerhalten: sowohl die Generalleutnantschaft wie die Führung der fränkischen Armee.

So standen die Dinge, als Oxenstierna Ende Februar[1] auf seiner Reise von Berlin nach Oberdeutschland in Erfurt eintraf. Was seiner wartete, hatte ihm der Legat Erskein bereits gemeldet[2]. Nach dem günstigen Verlaufe seiner Verhandlungen mit Kurbrandenburg war aber der Reichskanzler weniger denn je geneigt, irgendwie nachzugeben, und Herzog Wilhelm hat in keinem der Punkte, die er ihm vorlegte, etwas erreicht. In der Chargenfrage ist der Reichskanzler ihm ausgewichen, indem er ihre Erledigung von den Beschlüssen des bevorstehenden Heilbronner Konventes abhängig machte[3]. In der Frage der Statthalterei ist er ihm sogar entgegengetreten, denn gerade damals — am 24. Februar — hat er für Erskein das vom Könige zwar entworfene, aber nicht mehr vollzogene Patent[4] als Resident und Substituten des Gouver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

neurs Herzog Wilhelm vollzogen, das ihn zu allen Verhandlungen mit den thüringischen Ständen und den Offizieren bevollmächtigte; von irgendeiner Einschränkung ist keine Rede. Wegen der Donationen — Eichsfeld und Erfurt — legte Herzog Wilhelm ihm einen Revers vor[1], in dem Oxenstierna lediglich erklärte, daß er ein Rekompens für billig halte und daß er, da er die Sache wegen der Enge der Zeit nicht habe erledigen können, sie in Angedenken halten und den Herzögen von den eroberten Orten genügsame Satisfaktion tun werde: nicht einmal in dieser zahmen und unbestimmten Form hat sich Oxenstierna zu einer Zusicherung herbeigelassen, er hat den Revers nicht unterzeichnet.

Kein Wunder, daß Herzog Wilhelm wieder sehr schlecht auf den Reichskanzler zu sprechen war, der ihn lediglich zu neuen Verhandlungen mit den thüringischen Ständen veranlaßt hatte. Er war entschlossen, auf keinen Fall von seinen Ansprüchen zurückzutreten. Am 4. März erließ er an Oxenstierna, Fürst Ludwig von Anhalt als Statthalter an der Elbe und alle Generäle die Aufforderung, mit ihm fleißig zu korrespondieren, da hierauf die Wohlfahrt des evangelischen Wesens beruhe[2], und am 8. März teilte er dem Reichskanzler mit, er habe den Oberst Taupadel nach Saalfeld abgefertigt und den Herzog Bernhard ersucht, sich baldigst zur Armee zu begeben[3]. Zu gleicher Zeit hat er damals wiederholt und dringend den Wunsch ausgesprochen, mit Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig zusammenzukommen, demselben Herzog, der durch die Berufung eines niedersächsischen Kreistages die Bande mit Schweden zu lockern versucht hatte[4]. Obgleich er damals darauf verzichtete, sich persönlich zur fränkischen Armee zu begeben, hat er doch seinem Bruder allerlei Schwierigkeiten bereitet, bis dieser ihn ernstlich mahnen ließ, von weiteren Eingriffen abzustehen, da er sich sonst mit Gewalt Recht verschaffen werde. Herzog Wilhelm antwortete damit, daß er seine Truppen abberief und sie nach Thüringen zurückverlegte[5].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Das war der Anfang zu manchen anderen Schwierigkeiten, die die Ernennung Herzog Wilhelms zum Generalleutnant im Gefolge hatte.

Ehe der Reichskanzler seine Reise zu Kurbrandenburg ins Werk setzen konnte, kam es in Halle noch zu sehr charakteristischen Verhandlungen mit den kurpfälzischen Abgesandten, dem Obersten Kolb von Wartenberg und Dr. de Spina[1]. Am 29. November war der unglückliche Winterkönig, Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz, in Frankfurt a. M. verstorben. Nur auf Zureden Englands und Hollands ließ sich sein jüngerer Bruder Ludwig Philipp von Pfalz-Simmern bewegen, die Vormundschaft für seine Neffen zu übernehmen; er hatte mit dem Kaiser Frieden gemacht und mußte nunmehr den Kampf von neuem aufnehmen, der, wenn er unglücklich verlief, den sicheren Verlust seines eigenen Fürstentums Simmern zur Folge haben mußte. Kurz danach sandte er seine Gesandten zu Oxenstierna und zum Kurfürsten von Sachsen, die Restitution der Pfalz zu betreiben[2].

In Dresden bekamen die Gesandten wenig Tröstliches zu hören[3], da Sachsen auf seinem alten Standpunkte verharrte; der Kurfürst beteuerte zwar, daß ohne die Restitution der Pfalz kein Frieden zustande kommen könne, er verblieb aber dabei, daß er dem Bayernherzog die Kurwürde auf Lebenszeit zugebilligt habe. Ja, er weigerte dem Pfalzgrafen Ludwig Philipp sogar den Titel eines Vormundes und Administrators der Kurpfalz, ebensowenig wie er sich zur Anerkennung des Kurerben als Kurfürsten verstehen wollte.

Um so besser verliefen die Verhandlungen mit Oxenstierna. Anfänglich freilich machte der Kanzler Schwierigkeiten, über die Restitution der Pfalz jetzt schon zu verhandeln. Er beteuerte zwar, daß sein König nie die Absicht gehabt habe, die Pfalz ganz oder auch nur Teile davon zu behalten, aber er wolle nicht, daß es ihm so gehe wie mit anderen, die, so-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bald sie restituiert worden seien, nichts mehr für Schweden tun wollten, wie Mecklenburg, Hanau oder der Administrator Ludwig Philipp selbst, der sogleich nach seiner Restitution die Neutralität gesucht habe: damit sei dem gemeinen Wesen nicht geholfen. Jetzt habe er die Pfalz in der Hand, und ihre Mittel seien ihm sicher, da sie durch schwedische Beamte verwaltet würde; sei sie restituiert, müsse er sich mit einer bestimmten Summe begnügen, und er sei dann auf den guten Willen anderer angewiesen. Sein König sei nicht auf Landerwerb ausgegangen, er hätte aber die Restitution auch um deswillen verzögert, um ein Mittel zu haben, England zum gemeinen Wesen zu bewegen.

Dann aber ließ er doch durch den Sekretär Joachim Camerarius — einen geborenen Pfälzer — über die Restitution verhandeln, obwohl die Gesandten erklärt hatten, keine Vollmacht zum Abschließen zu haben. Das Resultat war ein Vertragsentwurf, der sich zwar im Wortlaut an den letzten Gustav Adolfs[1] anlehnte, in den grundlegenden Punkten aber ihn so veränderte, daß das Verhältnis Schwedens zur Pfalz sich völlig anders gestaltete. Der König hatte sich auch nach der beabsichtigten Restitution die Verfügung über die Mittel des Landes so gut wie ganz vorbehalten; nur die ordinarii redditus sollten dem Kurfürsten zufließen, alle contributiones extraordinariae dagegen dem Könige zur freien Verfügung stehen; da sich der König dazu volle Gewalt vorbehalten hatte, Quartiere, Durchzüge, Werbungen und alles andere anzuordnen, was des Krieges Notdurft erheischte, so war vorauszusehen, daß dem Landesherren nicht viel übrigblieb, jedenfalls war er ganz und gar in die zweite Linie gedrängt; um so mehr, als der König auch die Besatzung der wichtigsten Festungen: Mannheim, Bacharach, Kaub und Pfalz behielt. Oxenstierna dagegen war bereit, alle diese Plätze, auch Frankenthal, abzutreten, mit alleiniger Ausnahme von Mannheim, dessen Garnison aber auf eine bestimmte Anzahl beschränkt wurde. Der Administrator sollte jetzt auch omnes redditus zurückerhalten, wogegen er

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sich nur zur Zahlung einer einmaligen Summe und dann von monatlichen Kontributionen verpflichtete. Alle anderen Beschwerungen sollten wegfallen, mit Ausnahme der Werbungen; sollte es notwendig sein, die Truppen in der Pfalz Winterquartiere beziehen zu lassen, so sollten sie nur das gewöhnliche Service erhalten.

Der § 7, der den Lutheranern in der Pfalz Schutz und freie Religionsübung verschaffte, wurde zwar beibehalten, aber seine sehr beschwerlichen Forderungen, die entweder die Errichtung eines lutherischen Konsistoriums oder für die Lutheraner die Freiheit verlangten, ihre Geistlichen und Lehrer von einem Konsistorium der Nachbarstaaten prüfen zu lassen, ja, die sogar bis zur endgültigen Regelung dem schwedischen Konsistorium in Mainz die Aufsicht über die Lutheraner in der Pfalz übertragen hatten, wurden dahin gemildert, daß es den Lutheranern lediglich gestattet sein sollte, ihre Geistlichen von einem benachbarten lutherischen Konsistorium prüfen zu lassen. Auf diese Bedingung ganz zu verzichten, erklärte sich aber Oxenstierna außerstande, schon um des Andenkens an seinen König willen.

Das Direktorium verblieb, wie bisher, bei der Krone Schweden; die ominöse Klausel aber: idque Rex Bohemiae agnoscat, neque a quoquam alio rege, principe, corpore aut statu quam a S. R. Maj. dependeat, womit der König eine Rekognition der restituierten Pfalz von ihm verlangt hatte, war so abgeändert: idque heredes regis Bohemiae sive tutor et administrator Palatinatus sequantur neque respectu illius (sc. directorii) ab alio rege, principe, corpore aut statu dependeant. Damit war die Abhängigkeit der Pfalz lediglich auf die Kriegführung beschränkt, jede andere staatsrechtliche, wie sie der König im Sinne gehabt hatte, aufgegeben. Ein abermaliger Beweis, daß Oxenstierna auf die Ausführung der großen Pläne des Königs verzichtet hatte. Die Pfalz war als gleichberechtigt neben Schweden anerkannt; und wenn der § 10 des königlichen Entwurfs den Pfalzgrafen auch nach dem

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Frieden zu einer firma ac inviolabilis amicitia mit Schweden verpflichtete, so war diese amicitia jetzt auch mutua unter den beiden Kontrahenten geworden.

Wichtig war aber bei diesem Entwurfe, daß das Direktorium den Erben des Königs Gustav Adolf und der Krone Schweden zugesichert werden sollte; wie denn auch die ausbedungene Summe der „Krone Schweden" ausgezahlt werden sollte. Damit wäre es ein Allianzvertrag im alten Sinne und die Pfalz an Schweden geknüpft gewesen, auch wenn das Direktorium des geplanten Bundes nicht an Schweden fallen sollte. Deshalb wünschten die Gesandten an Stelle der „Krone Schweden" „Direktorium" zu setzen, und wegen des Direktoriums behielten sie sich freie Hand vor: sie wollten sich von den übrigen Reichsständen nicht trennen, falls man es Schweden nicht zuerkennen sollte.

Da es sich aber nur um einen Entwurf handelte, die Gesandten auch zum Abschlusse nicht ermächtigt waren, blieb dieser Punkt unentschieden. Die Verhandlungen zeigen aber deutlich, wieweit damals bereits Oxenstierna hinter die Linie zurückwich, die der König eingenommen hatte; so weit, daß die Gesandten sogar eine Gegenobligation Schwedens begehren konnten, worin sich Schweden nicht nur verpflichtete, die Pfalz und seine Kurwürde bei jedem Frieden einzuschließen, und außerdem noch als Rekompens die Landvogtei Hagenau, Ortenau und das Stift Worms verlangten. Die Gründe Oxenstiernas liegen auf der Hand. Er war so klug, freiwillig aufzugeben, was er doch nicht halten konnte, in der Hoffnung, sich dadurch um so sicherere Freunde zu schaffen; vor allem sollten Englands Mittel dadurch herbeigeschafft werden. Oxenstierna hat auch sonst vermieden, die Zahl der Feinde Schwedens zu vermehren, und in manchen Dingen deshalb nachgegeben. So auch hier.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Damals hat Oxenstierna noch eine Maßregel ausgeführt, die wenig bekanntgeworden ist, die aber mehr als alles andere die veränderte Stellung Schwedens beleuchtet.

Gustav Adolf hatte den früheren kursächsischen Kammerrat Grafen Karl Christoph von Brandenstein[1] als geheimen Rat, Oberhofkammerpräsidenten und Obersten zu Roß und Fuß in seine Dienste genommen und ihn kurz vor seinem Tode noch zum schwedischen Großschatzmeister in Deutschland ernannt; ihm sollten alle Finanzsachen in den okkupierten Ländern bei völliger Freiheit in der Direktion unterstehen, er sollte allein vom Könige dependieren[2]. Brandenstein galt als Finanzgenie, und die Summen, die er aufzubringen sich anheischig machte, hatten allerdings etwas Imponierendes. In Wahrheit war er aber ein Abenteurer höchst zweifelhaften Charakters, bereits früher hatte er sich als einer der erfolgreichsten Kipper und Wipper einen schlimmen Namen gemacht[3]. Da der König aber beständig Geld für sein großes Heer brauchte, so schien Brandenstein der rechte Mann dafür zu sein. Über seine Geldgeschäfte im Interesse des Königs wissen wir nichts, nur das ist bekannt, daß ihm der König in Neuburg a. d. Donau am 14. Oktober 1632 Vollmacht erteilte, große Summen aufzutreiben, und ihm freistellte, dazu Herrschaften, Ämter und Güter gänzlich zu veräußern. Also nicht mehr allein als Schenkung vergabt sollte deutsches Land werden, sondern auch verkauft wie andere Kriegsbeute. Dazu war Graf Brandenstein der Mann; da der König ihm bereits bei seiner Bestallung als geheimen Rat die Erhebung in den Fürstenstand und ein Fürstentum in Deutschland zugesagt hatte, müssen damals schon die Pläne und Anerbieten des Grafen an den König erfolgt sein. In Aussicht genommen waren zunächst mehrere süddeutsche Bistümer und Herrschaften, vielleicht auch Magdeburg und Halberstadt. Doch ist es zu Lebzeiten des Königs nicht mehr zur Ausführung gekommen; der König hat ihm vielmehr nur die Herrschaft Querfurt als schwedisches Lehen geschenkt, natürlich unter

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Vorbehalt der schwedischen Superiorität[1]. Sogleich nach seinem Tode aber hat Oxenstierna diesen Schritt getan, und am 28. Januar 1633 kam es in Halle zu folgenden außerordentlichen Kaufkontrakten[2]: 1. das Bistum Eichstadt wurde ihm für 250 000 Rt. verkauft, 2. die Fuggerschen Besitzungen: Markgrafschaft Burgau mit allen dazugehörigen Herrschaften Bieberbach, Mickhausen, Bochsberg, Emetsacker; das Haus des Herrn Marquard Fugger mit Garten in der Vorstadt zu Augsburg und der Platz zu St. Jakob daselbst für 100 000 Rt., 3. das Bistum Augsburg und die Abtei St. Ulrich in Augsburg für 300 000 Rt[3]., 4. die Herrschaften Gronsfeld, Waldascha und Homburg für 150 000 Rt. Als Donation fügte Oxenstierna Bistum und Stadt Konstanz sowie die Insel und Abtei Reichenau mit allen Städten hinzu; er selbst und seine Nachkommen sollten in den Fürstenstand erhoben werden, sie sollten sich Fürsten von Konstanz nennen.

Alle diese Gebiete sollten dem Grafen Brandenstein mit der landesfürstlichen Hoheit, Würde und Obrigkeit als freies Erbeigentum zugehören, doch sollte er sie als erbliches Weiberlehen von der Krone Schweden rekognoszieren. Die öffentliche Immission sollte erst erfolgen, wenn es die Umstände zulassen würden — zum Teil mußten sie ja erst noch erobert werden —, inzwischen aber sollte er jetzt schon Statthalter dort werden, die Einkünfte genießen und die Hoheitsrechte ausüben. Für den Fall, daß es aber überhaupt nicht zur Tradition kommen würde, sollte er Ersatz in Schweden oder den Ostseeprovinzen erhalten.

Von diesen Zessionen erhielt Graf Brandenstein zunächst nur die Donationsurkunde über Konstanz und Reichenau ausgeantwortet; er erhöhte bei dieser Gelegenheit die Summe für alle verkauften und geschenkten Gebiete auf eine Million Taler, die er innerhalb zweier Jahre zu erlegen hatte; auch verpflichtete er sich, wenn er nach den zwei Jahren die Länder behalten würde, weitere 400 000 Taler innerhalb vier Jahre zu zahlen, doch sollen ihm vor der völligen Erlegung der ganzen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Summe von 1 400 000 Taler die Länder übergeben und die Originaldokumente ausgeliefert werden[1].

Zur Vervollständigung sei hier gleich hinzugefügt, daß Oxenstierna ihm in Heilbronn am 8. Mai auch noch die Stifter Magdeburg und Halberstadt, die Stadt Magdeburg und die Grafschaft Aschersleben mit allen Rechten, wie sie der Erzbischof Christian Wilhelm besessen hatte, und unter denselben Bedingungen, wie die vorhergenannten Stifter, für 600 000 Taler verkauft hat[2], um Geld für die damals meuternde Armee zu gewinnen. Auch diese Gebiete sollten ihm vorläufig nicht angewiesen werden, auch hier sollte er nur den Titel Statthalter führen, inzwischen aber bereits über die Länder und ihre Einkünfte wie Eigentum verfügen. Der Reichskanzler versprach, den jetzigen Statthalter, Fürsten Ludwig von Anhalt, zur Resignation zu veranlassen. Auch dieses Dokument ist dem Grafen zunächst nicht ausgehändigt worden[3].

Von besonderem Interesse ist aber folgende in die Kaufkontrakte eingerückte Klausel: begibt sich die Krone Schweden beim künftigen Frieden des Lehnrechtes und der Rekognition, so solle Graf Brandenstein und seine Nachkommen solche Lande vom heiligen römischen Reiche gleich andere Fürsten und Stände im Reiche als Erb- und Weiberlehen empfangen. Hier hatte also Oxenstierna — kaum ein Vierteljahr nach dem Tode des Königs — selbst die Möglichkeit vorgesehen, daß Schweden im Frieden auf die vom Könige stets in Anspruch genommene Superiorität über die eroberten Gebiete verzichten werde; wir können das als weiteren urkundlichen Beweis dafür in Anspruch nehmen, daß Oxenstierna von vornherein auf die universalen Pläne des Königs als undurchführbar verzichtet hat.

Diese Veräußerung von deutschen Fürstentümern wird Bedenken hervorrufen, auch wenn Oxenstierna als Grund angibt, daß es nötig sei, für die Soldateska Geld zu beschaffen, und daß es nicht unbillig sei, dies aus den jure belli okkupierten Ländern aufzubringen. Aufklärung über sein befremdliches Verfahren

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gibt seine ganze Auffassung von der Stellung Schwedens zu den deutschen Verhältnissen, wie er sie in eben diesen Tagen dem Reichsrate in der Heimat darlegte[1]: „Meine Meinung ist, daß Schweden jetzt dabei (d. h. bei dem Kriege in Deutschland) bleibt, doch nur so, daß man den bloßen Namen dazu hergibt und öffentlich vor der ganzen Welt ausgibt, die Krone und ihre Alliierten haben beschlossen, das Werk zu Ende zu führen, doch — im geheimen — keineswegs so, daß die Krone dabei irgendwelche Unkosten an Volk und Geld hat[2]: denn auf dies Volk (die Deutschen) und die mit ihnen geschlossenen Allianzen darf man sich auf die Dauer nicht verlassen; ich habe gründlich erfahren, daß sie uns nur so lange bei sich leiden wollen, als sie unserer Hilfe bedürfen; man muß deshalb sehen, mit ihren eigenen Mitteln und Volk die Sache durchzusetzen oder uns mit Reputation und ohne Schaden für das Vaterland herauszuziehen."

Schärfer kann man die veränderte Stellung, die Schweden jetzt den deutschen Verhältnissen gegenüber einnahm, gar nicht kennzeichnen. Gustav Adolf wollte die schwedischen und die deutschen Interessen auf das innigste miteinander verbinden und durch ihre Vereinigung eine gewaltige protestantische Vormacht im Norden Europas schaffen; Oxenstierna dagegen machte einen scharfen Schnitt zwischen Schweden und Deutschland, und Ziel und Richtung gaben für ihn allein die schwedischen Interessen. So sehr man versteht, daß er die Vorteile seines Vaterlandes zu wahren gedachte, so wenig gerechtfertigt ist sein Verfahren, Schweden von allen Kosten zu befreien und alle Lasten den deutschen Ständen allein aufzubürden. Der deutsche Krieg wurde keineswegs allein für die deutschen Protestanten geführt, auch Schweden war daran in seinen partikularen Interessen auf das lebhafteste beteiligt. Nicht nur, daß Gustav Adolf selbst als Grund für seine deutsche Expedition immer die Angriffe des Kaisers gegen Schweden und die drohende Invasion in sein Vaterland angegeben hatte — Gründe, die auch nach seinem Tode keineswegs beseitigt

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

waren —, auch Oxenstierna hat betont, daß die schwedische Armee auf deutschem Boden die feindlichen Nachbarn — Polen und Dänemark — im Schach halte. Bei ihm wog dieser Grund um so schwerer, als nach seiner Überzeugung ein neuer Waffengang mit Polen nach Ablauf des Stillstands im Jahre 1635 unvermeidlich war; bis dahin hoffte er, Schweden aus dem deutschen Kriege herauszuziehen, und mit der größten Beharrlichkeit hat er alles getan, Schweden für den neuen Krieg vorzubereiten. Der Kampf in Deutschland war somit ebensogut ein schwedischer wie ein deutscher, und es war nicht zu rechtfertigen, daß Schweden sich jetzt jeder Beihilfe entzog, um seine eigenen Kräfte für den Krieg gegen Polen zu schonen. Man hat in Deutschland das schwedische Verfahren sehr bald erkannt, und es ist nicht zu verwundern, daß es Mißstimmung erregte und der wachsenden Abneigung gegen Schweden neue Nahrung gab. Sehr bezeichnend sind die bereits erwähnten Äußerungen Herzog Bernhards, die zu derselben Zeit fielen: Schweden hätte von dem Seinigen so viel nicht spendiert, die Reichsstände hätten alles tun und leiden müssen[1].

Nunmehr machte sich der Reichskanzler auf, den Kurfürsten von Brandenburg aufzusuchen, dessen bisherige Erklärungen ihm schon die Zuversicht gegeben hatten, daß er der schwedischen Partei ergeben bleiben werde. Vor allem der ausgesprochene Wunsch des Kurfürsten[2], sich mit ihm persönlich zu besprechen, und zwar vor seiner (des Kurfürsten) Zusammenkunft mit Kursachsen, gaben ihm die Sicherheit, zunächst die allernötigsten Anordnungen zu treffen. Am 8. Februar traf er in Berlin ein[3], und fand hier eine Stimmung vor, wie er sie günstiger gar nicht erwarten konnte.

Am 22. Januar hatte in Berlin eine Sitzung des geheimen Rates stattgefunden, in der die wichtigsten Fragen bereits zugunsten Schwedens entschieden worden waren. Vor allem

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ging die Meinung fast aller dahin, daß man, wenn man auch den Frieden je eher desto besser herbeibringen solle, doch ohne Not die Waffen nicht niederlegen dürfe. In der Frage, wer das Direktorium zu führen hätte, ob Sachsen oder Schweden, war man einig, daß man Schweden nicht von sich lassen könne; um Sachsen nicht vor den Kopf zu stoßen, schlug man wohl vor, aus Fürsten und Ständen einen Bundesrat zu bilden, der die Direktion führen sollte, sodaß sich keiner der beiden Rivalen zu beklagen hätte; oder auch beide sollten sich im Direktorium abwechseln. Doch das Zünglein der Wage hatte sich bereits ganz nach der schwedischen Seite geneigt, wie man denn aus der Abneigung gegen Sachsen kein Hehl machte. Markgraf Sigismund und vor allem der Kanzler Götzen traten energisch für das schwedische Direktorium ein. Da man aber einig war, daß ein alleiniges Direktorium Schwedens, wie es Oxenstierna zu Dresden in seinem ersten medium proponiert hatte — in Berlin war man darüber unterrichtet[1] und beriet schon über diese drei media —, nicht möglich sei, war man bereit, das zweite medium — zwei corpora: Schweden und Sachsen — zu akzeptieren. In der wichtigen Frage, wem von beiden denn Brandenburg seine Truppen überlassen solle, äußerte selbst der sonst so vorsichtige Kurfürst, sie zu Sachsen zu tun, hätte er keine große Lust; doch müsse er auch von dem Kanzler wissen, was Schweden der Seekante halben tun wolle.

Damit konnte Oxenstierna schon zufrieden sein, und er hat die günstige Stimmung auch nach Kräften ausgenutzt[2]. Nach Mitteilungen über die Intentionen des Königs, seine eigenen Anordnungen und die Verhandlungen mit Sachsen, ging der Kanzler sogleich zu der Hauptfrage über: ob man den Frieden suchen oder den Krieg fortführen solle. Brandenburg stimmte den Ausführungen des Kanzlers vollkommen bei, daß man einen Universalfrieden nicht ausschlagen dürfe, doch solle man sehen, daß man mit einem Frieden nicht betrogen werde: man stelle sich in gute Postur, so kann man wohl traktieren.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Eingehend beriet man mit Oxenstierna und untereinander über die drei media des Kanzlers.

Allseitig war man der Ansicht, daß das erste das zweckmäßigste sei: ein corpus unter schwedischer Führung, doch mit Beiordnung eines Bundesrates. Oxenstierna erklärte das für sehr schwer, aber doch nicht für unmöglich — trotz Sachsen: zuerst wolle er die vier oberen Kreise zusammenbringen, dann die zwei sächsischen und dann alle sechs Kreise. Alle Vermittlungsvorschläge: ein gemeinsames Direktorium Schwedens und der beiden Kurfürsten; eine Abwechslung zwischen Schweden und Sachsen; oder eine Trennung so, daß Schweden die vier oberen Kreise, Sachsen die zwei sächsischen erhalten solle, lehnte er rundweg ab; ebenso wie er erklärte, Ausschreiben und Direktion des Konventes für Schweden in Anspruch nehmen zu müssen, ohne den die Ausführung des Planes nicht möglich sein würde. Da damit ein Zusammengehen mit Sachsen so gut wie ausgeschlossen war — Oxenstierna hätte denn glauben müssen, daß Sachsen durch den allseitigen Anschluß der übrigen Stände an Schweden sich nachziehen lassen würde —, so war damit auch das erste medium als unmöglich gekennzeichnet. Die Ausführungen des Kanzlers interessieren aber deshalb, weil er hier bereits seinen diplomatischen Feldzugsplan, den er dann gegen Sachsen verfolgt hat, offenbart.

Da das dritte medium — Schweden mit einer Satisfaktion zu entlassen — nicht gangbar war, man Schweden vielmehr für nicht entbehrlich hielt, so war man bald einig, daß vorläufig allein das zweite medium durchzuführen sei. Oxenstierna mahnte nur dringend, sich so stark wie möglich zu machen[1], um das Werk auch ohne Sachsen durchführen zu können; dann solle man auch einen Konvent ohne Sachsen anstellen. Er versäumte nicht, den Wunsch auszusprechen, daß Brandenburg seine Truppen in Schlesien den Schweden unterstellen möchte. Die Brandenburger gaben ihrem Unmut über die Unzuverlässigkeit Sachsens ohne Scheu Ausdruck, ja der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kurfürst erklärte, auf Sachsen sei wenig Fundament zu machen, er wolle beim gemeinen Wesen bleiben, Sachsen mache, was es wolle[1]; auch versprach er, seine Truppen unter schwedisches Kommando zu stellen[2].

Damit hatte Brandenburg seinen Anschluß an Schweden erklärt, und es willfahrte den Wünschen des Kanzlers gern, den vier oberen Kreisen, sowie noch besonders Württemberg und Hessen-Kassel durch Schreiben den Anschluß an Schweden zu empfehlen[3]. Oxenstierna dagegen war mit der Reise des Kurfürsten nach Dresden einverstanden, da nunmehr eine Einigung der beiden Kurfürsten ausgeschlossen war.

Außer diesen Hauptpunkten kamen natürlich auch alle anderen Nebenfragen zur Besprechung.

Soeben hatte der Reichskanzler ein Schreiben des dänischen Reichsrats erhalten, daß König Christian IV. die Friedensvermittlung wieder aufgenommen habe[4]. Seine Warnung zur Vorsicht und seine Mahnungen, zuerst an die einmütige Verfassung zu denken und weitläufige Verhandlungen zu vermeiden, billigten die Brandenburger vollständig.

Ebenso trat Brandenburg jetzt dem Reichskanzler in der schroffen Mißbilligung der Werbungen Herzog Friedrich Ulrichs von Braunschweig bei, obwohl es sie noch kurz vorher als sehr rühmlich und weise getan bezeichnet hatte[5].

Auch über Jülich und Preußen, die beide Brandenburgs Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen, besprach man sich. Der Reichskanzler nahm zwar die kurfürstlichen Erinnerungen an, die wegen Jülichs auf die Eroberung der vom Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Neuburg besetzten Länder, vor allem von Düsseldorf und Jülich, hinausliefen, aber eine Zusage wollte er nicht geben aus Rücksicht auf die Generalstaaten, die den mächtigen Schweden nicht zum Nachbar haben wollten und deshalb für die Neutralität des Pfalzgrafen sich bemühten. Vor Polen warnte er, sei Punica fides bei ihnen, auch bat er, die dortigen Werbungen nicht zu stören.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zieht man die Summe dieser Beratungen, so hatte Oxenstierna hier vollen Erfolg gehabt: Brandenburg hatte seinen Anschluß an Schweden erklärt, und einem Zusammengehen mit Sachsen waren damit die Riegel vorgeschoben. Auch in allen übrigen Punkten, wenn sie auch nebensächlich waren, hatte er seinen Zweck erreicht; in keinem einzigen, der ihm irgendwie gegen seine Interessen lästige Verpflichtungen auferlegte, hatte er sich die Hände gebunden. Brandenburg hatte sich in vollem Vertrauen auf Oxenstiernas redliche Absichten Schweden rückhaltlos angeschlossen. Man wird sich darüber wundern müssen, wenn man bedenkt, daß der Kurfürst erst kurz vorher die Pläne des Königs in ihrem vollen Umfange erfahren hatte und daß der König damals Pommern ohne weitere Umschweife als Satisfaktion gefordert hatte. Sollten diese sächsischen Mitteilungen so ganz ohne Eindruck an dem Kurfürsten vorübergegangen sein? und war es wirklich lediglich nur aufrichtige Überzeugung, daß die Rettung des Evangeliums das schwedische Direktorium auch nach dem Tode des Königs erheischte, die ihn auf seine Sonderinteressen so vollständig verzichten ließ, daß die pommersche Frage in den Konferenzen, wie es scheint, mit dem Reichskanzler gar nicht verhandelt worden ist — die Protokolle besagen nichts davon —, dieselbe pommersche Frage, die bisher stets der Kern der brandenburgischen Stellung zu Schweden gewesen war? Das ist natürlich ausgeschlossen, und es müssen andere Beweggründe gewesen sein, die Brandenburg zu seiner Haltung veranlaßt haben.

Nun ist nicht zu leugnen, daß Brandenburg dem schwedischen Direktorium weniger Bedeutung beilegte als Kursachsen. Das war erklärlich, da es ihm, wie Brandenburg selbst sagte, auch ohne Schweden doch nicht zufallen würde; der Kurfürst hätte persönlich am liebsten gesehen, wenn Kurpfalz das Direktorium der Evangelischen wieder übernommen hätte[1], mit dem ihn Glaubensgemeinschaft verband. Ebenso muß man betonen, daß in dem Kurfürsten von Brandenburg

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Gemeinsamkeit der evangelischen Interessen lebendiger war als in dem von Sachsen. Aber für ihn war stets die pommersche Frage die Hauptschwierigkeit gewesen, und sie schien aus dem Wege geräumt durch den Antrag des Königs, den Kurprinzen mit seiner Tochter Christine zu vermählen. Dieses Eheprojekt hatte jetzt, nachdem der König, ohne einen legitimen Sohn zu hinterlassen, gestorben war, eine erhöhte Bedeutung gewonnen: jetzt stand, wie die Brandenburger die Intentionen des Königs verstanden hatten, der Gewinn eines Königreiches wirklich vor Augen.

Oxenstierna, der die günstige Wirkung dieses Projektes sehr genau kannte, hat denn auch diesen Vorteil kräftig ausgenutzt. Er war es, der in der zweiten Konferenz mit Götzen — am 10. Februar[1] — diese Sache zur Sprache brachte. Er leitete sie so ein: die dänischen Reichsräte hätten dem Reichskanzler abermals eine Heirat mit dem Prinzen Ulrich von Dänemark proponiert, wie es früher schon dem Könige gegenüber geschehen sei; der König habe das abgelehnt, weil der Prinz zu alt sei, er hätte vielmehr keinen anderen Gedanken gehabt, als seine Tochter mit dem Kurprinzen zu vermählen. Er — der Kanzler — hätte zum Könige gesagt, als dieser ihm seinerzeit den Plan eröffnet hätte, das sei der beste Weg, eine Allianz mit Brandenburg zu stiften. Er sähe auch kein anderes Hindernis als die Religion allein, da nur ein Lutheraner König in Schweden sein könne: das fordere der Eid des Königs und die Beschlüsse der Synode zu Upsala von 1593. Über die Erziehung des Prinzen, die ja in Schweden erfolgen sollte, würde man sich einigen können. Er würde an den Reichsrat schreiben, jemanden hierherzuschicken, mit dem man über die Bedingungen verhandeln könne. Auch solle man mit der Königinwitwe reden, die zwar nichts zu bestimmen habe, aber ihre Zustimmung würde schwer wiegen. Käme die Heirat zustande, so wollte er um so lieber im Reiche arbeiten.

Die Brandenburger — vor allem Markgraf Sigismund und der Kanzler Götzen — waren hocherfreut, daß ihnen diese

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Sache zum zweiten Male angetragen wurde; Brandenburg hätte sich nicht dazu gedrängt, es sei eine Schickung Gottes. Der Markgraf erinnerte an das Beispiel des Hauses Habsburg, das durch Heiraten groß geworden sei, und der Kanzler war der Überzeugung, jetzt bessere Bedingungen wegen der Erziehung und wegen der Religion zu erhalten als zu Lebzeiten des Königs: „denn Schweden wolle gern der Freunde versichert sein". Selbst die Feindschaft mit Polen, die dann unvermeidlich war, wollte er in Kauf nehmen: sollten S. k. D. gleich Preußen refutieren, sagte er, hätten sie doch die Schlüssel dazu; er wüßte der Heirat nicht zu widerraten. Andere Räte freilich, wie Knesebeck, waren weniger sanguinisch. Auch der Kurfürst hatte Bedenken, vor allem wegen der Religion; doch wolle er es nicht abschlagen, wie er es auch bisher nicht getan hätte; wenn man dem Prinzen nur den kalvinischen Privatgottesdienst lasse; er schloß damit, daß er nicht abgeneigt wäre. Doch sollte man weiter darüber verhandeln, wenn Oxenstierna nach Beendigung des Ulmer Konventes wiederkäme.

Die Brandenburger betrieben nun noch die evangelische Synode, von der sie eine Vereinigung der Lutheraner und Reformierten hofften, um damit die Hauptschwierigkeit von selbst aus dem Wege zu räumen. Oxenstierna versprach zwar, mit den schwedischen Theologen darüber zu reden, doch hielt er nicht mit seiner Ansicht zurück, daß er wenig Hoffnung habe, da jeder Geistliche seine Meinung für die allein richtige zu halten pflege.

Soweit die brandenburgischen Berichte, die uns leider allein für diesen wichtigen Punkt zur Verfügung stehen. Danach dürfen wir aber eins als sicher annehmen, daß es Oxenstierna war, der die Sache abermals vorbrachte, und daß er den Kurfürsten nicht nur in gutem Glauben gelassen, sondern sogar darin bestärkt hat[1]; er reizte auch nicht ohne Berechnung das brandenburgische Begehren durch die Mitteilung des dänischen Antrages[2]. Mit diesem ganzen Pro-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

jekte hat aber Oxenstierna Brandenburg hinters Licht geführt; denn es ist kein Zweifel, daß er selbst nichts von dieser Heirat wissen wollte. Sein Bericht an den Reichsrat, worin er ihm zum ersten Male von diesem ganzen Eheprojekte Mitteilung machte, läßt uns darüber nicht im unklaren, so diplomatisch er auch abgefaßt ist[1]. Er selbst bezeichnet die Erziehung des Prinzen im Luthertum als einzigen Hinderungsgrund, der sei aber von solcher Bedeutung und Konsequenz, daß ohne sie an die Ausführung nicht zu denken sei. Für seine Person, schreibt er, gehe er nicht gern an die Sache, aber die Zeit erfordert Freunde, und wir dürfen keine Gelegenheit versäumen; können wir den Kurfürsten auf unsere Seite bringen, so ist unser Staat hier merklich befestigt. Gibt Gott dann Glück, so wüßte ich für unser Vaterland keine bessere Partie: aber wenn die Hindernisse auch unüberwindlich sein sollten — und ihm war am besten bekannt, daß der Kurfürst nie in einen Glaubenswechsel seines Sohnes willigen würde —, so hält man doch den Kurfürsten und sein Haus in guter Hoffnung, und zwischen Furcht und Hoffnung können wir um so besser unsere Pläne und Absichten hier draußen zu Ende führen[2]. Deutlicher konnte er seine eigene Meinung gar nicht ausdrücken. Zudem wissen wir, daß Oxenstierna für die Vorrechte des Adels in Schweden sehr stark eintrat, legte er doch mit der Verfassung, die er damals Schweden gab, den Grund zu der späteren Adelsherrschaft: ihm wäre also ein kräftiger und mächtiger König sehr unbequem gewesen, und ein solcher wäre ein König gewesen, der auch über die Kräfte von Brandenburg, Pommern und Preußen verfügt hätte. Ob bei ihm noch persönliche Motive mitspielten, da, wie bekannt, Gustav Adolf auch daran gedacht hatte, den Sohn seines Kanzlers zu seinem Eidam zu erwählen, steht dahin. Für ihn war — das steht fest — das ganze Eheprojekt nur noch ein Lockmittel, Brandenburg gefügig zu machen. Die Reichsräte in Stockholm, denen dann noch Graf Peter Brahe — ein schroffer Vorkämpfer der Vorrechte des Adels — Bericht erstattete,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

haben dem Kanzler völlig beigestimmt und ihn beauftragt, die Verhandlungen mit Brandenburg fortzusetzen[1]. Wie wenig ernst sie es aber in Wahrheit meinten, zeigt nichts deutlicher als ihr Verhalten Karl Curt Bertram von Pfuel gegenüber, der im Herbst 1633 als brandenburgischer Abgesandter nach Stockholm kam. Davon später[2].

Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß die pommersche Frage bei den Verhandlungen in Berlin keine Rolle spielte: sie wäre ja mit der Heirat aus der Welt geschafft. Aber ganz ist sie doch nicht unerörtert geblieben, und zwar war es — sehr charakteristisch — der Kurfürst selbst, der den Reichskanzler ansprach; auch erklärte sich Brandenburg nochmals bereit, eine feste Allianz mit Schweden abzuschließen, natürlich mit denselben Kautelen wegen Pommern wie früher. Auf letzteres scheint der Reichskanzler nicht eingegangen zu sein, wie wir aus seinem späteren Verhalten schließen müssen; in der pommerschen Frage dagegen muß er es meisterhaft verstanden haben, einer bestimmten Antwort aus dem Wege zu gehen. Denn bald darauf haben die Brandenburger erklärt: „bei dem Herrn Reichskanzler hätten sie ihres Bedünkens zu vermuten, daß man es auf die allgemeinen tractatus pacis möchte remittieren wollen“[3]: in größerer Unklarheit über seine Absichten konnte er sie gar nicht lassen.

Oxenstierna konnte Berlin befriedigt verlassen[4]: die größte Gefahr für Schweden war damit beseitigt; denn hätten sich die beiden Kurfürsten verständigen können, so war eine Vereinigung mit Dänemark, vielleicht auch mit Polen, nicht ausgeschlossen. Dann wäre die schwedische Stellung an der Seekante so gefährdet und das Land Schweden selbst so bedroht gewesen, daß der Reichskanzler Oberdeutschland hätte aufgeben müssen. So war er der Seekante vorläufig sicher. Aber mehr als das: sein Sieg über Sachsen war damit so gut wie schon entschieden. Denn Sachsen allein konnte nicht gegen Schweden aufkommen. Er verließ Berlin mit der Ab-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

rede, nach Beendigung des Ulmer Konventes wiederzukommen oder doch sich in der Nähe aufzuhalten; dann sollte auch über die Heiratsangelegenheit endgültig verhandelt werden.

Daß er auf Sachsen keinerlei Rücksicht mehr zu nehmen gedachte, das dokumentieren folgende Maßregeln. Obwohl er früher sich wohl mit der Absicht getragen, es wenigstens nicht undeutlich in Aussicht gestellt hatte, von Berlin aus mit dem Kurfürsten von Brandenburg nach Dresden zurückzukehren und sich in weitere Verhandlungen einzulassen, so war er jetzt nicht mehr dazu zu bewegen. In Dresden war man nicht wenig darüber betreten und versuchte, durch Vermittlung des Kurfürsten von Brandenburg auf Oxenstierna einzuwirken[1], wenigstens in der Nähe zu bleiben und den nach Ulm ausgeschriebenen Konvent zu verschieben, bis die Verhandlungen der beiden Kurfürsten beendet sein würden, — ohne Erfolg. Oxenstierna sah voraus, daß eine Einigung mit Sachsen über das Direktorium nicht möglich sein würde, und nach den günstigen Erklärungen Brandenburgs war er entschlossen, „die Autorität der Krone Schweden in Acht zu nehmen"[2].

Das andere war die Ernennung des Grafen Thurn zum Kommandanten der schwedischen Truppen in Schlesien, die er dem Kurfürsten von Sachsen und Arnim von Halle aus mitteilte[3]. Das war eine Antwort auf die Ernennung des Herzogs Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg zum sächsischen Feldmarschall, den die Schweden ja beschuldigten, bei Lützen den König ermordet zu haben[4]. Zugleich war es aber auch ein deutliches Zeichen, daß Oxenstierna gewillt war, den Kampf mit Sachsen auch in Schlesien aufzunehmen.

Welche Wirkung diese Ernennung in Dresden, sowohl auf Sachsen wie auf Brandenburg, ausgeübt hat, davon wird nachher die Rede sein.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ehe wir Oxenstierna auf seiner Reise nach Oberdeutschland begleiten, ist es nötig, noch einen Blick auf Niedersachsen und auf die braunschweigische „Revolte" zu werfen.

Der Tod des Schwedenkönigs hatte an der Wasserkante und in Norddeutschland natürlich ebenfalls die größte Erregung hervorgerufen. Zu welcher Äußerung sich der Herzog von Pommern gegenüber Schweden verstieg, ist bereits vorhin erwähnt worden[1]. Bald aber besann er sich eines anderen und versicherte Oxenstierna, daß er den Verträgen in allen ihren Klauseln nachleben werde[2]. Er befreite den Reichskanzler von einer großen Sorge, die Ruhe und Sicherheit an der Wasserkante war eine Lebensfrage für Schweden.

Daß der Tod des Königs auch bei den Herzögen von Mecklenburg große Bestürzung hervorrief, war nicht zu verwundern. Auch bei ihnen war die Hauptfrage die, wer künftig das Direktorium führen sollte. Die Wahl war für sie nicht schwer, war das Land doch ganz in den Händen der Schweden, die außerdem das Stift Schwerin besetzt hielten, auf das Herzog Adolf Friedrich für seinen Sohn Christian Ansprüche erhob[3]. Doch war die allgemeine Unsicherheit so groß, daß die Herzöge beschlossen, sowohl zu Oxenstierna wie zu Kursachsen und Kurbrandenburg und auch nach Pommern Gesandtschaften zu schicken. Herzog Adolf Friedrich von Schwerin gebrauchte für sich auch die Vorsicht, den Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt zu bitten, seine guten Beziehungen zum Kaiser und zur katholischen Partei im Interesse des Friedens zu verwerten[4].

Während die Sendung nach Pommern im wesentlichen eine militärische Unterstützung für den Fall eines feindlichen Einfalles zum Gegenstand hatte[5], waren die Gesandtschaften an Kursachsen und Brandenburg[6] und an Oxenstierna[7] von größerer Bedeutung.

In Dresden sollten die Gesandten ermahnen, die Konjunktion fortzusetzen und von allen Eifersüchteleien abzu-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sehen; vor allem aber sollten sie eine Einberufung aller evangelischen Stände durch den Kurfürsten, der ihr Haupt sei, anregen, wozu aber Oxenstierna hinzugezogen werden müsse. Das letztere war eine Enttäuschung für Sachsen, und so fiel denn seine Erklärung dahin aus, daß es die Herzöge ermahnte, auf die Erhaltung ihrer Libertät als freie Reichsfürsten bedacht zu sein und sich vorzusehen, daß sie nicht in eine „Sklaverei" gerieten. Die einzige Rettung vor dem drohenden Ruine bestehe in einem allgemeinen Frieden, den Sachsen erstrebe, von einem Partikularfrieden wolle es nichts wissen. Die Frage eines allgemeinen Konventes werde es mit Brandenburg besprechen[1].

Daß die Gesandten über den offenen Zwiespalt zwischen Oxenstierna und Sachsen unterrichtet wurden, ist selbstverständlich, zum mindesten erfuhren sie es von der anderen Gesandtschaft, die bereits am Tage vor der Ankunft der Gesandtschaft an Sachsen mit Oxenstierna konferiert hatte[2]. In Berlin wurden sie dann über die Stellung des dortigen Kurfürsten unterrichtet, der erklärte, auch wenn Sachsen sich separieren würde, das Werk mit Schweden weiterführen zu wollen; doch hoffe er, daß Sachsen „gute consilia führen" werde.

Von größerer Wichtigkeit war natürlich die Gesandtschaft an Oxenstierna, der seine Abreise von Dresden aufschob, als er von ihrer Ankunft erfuhr. Er war sehr erfreut, aus ihrem Munde nochmals die Versicherung zu vernehmen, daß Mecklenburg bei der Allianz mit Schweden verbleiben werde, und nahm keinen Anstand, den Gesandten, die ihm dann nach Halle folgten, vertraulich Mitteilungen über alle Maßnahmen und Absichten Sachsens zu machen, um sie desto fester an Schweden zu fesseln. Ebensowenig verhehlte er ihnen seine Freude, daß Brandenburg zu ihm halte, und ermahnte die Herzöge, vor allem im niedersächsischen Kreise dafür zu sorgen, daß alles beim alten bleibe, bis er selbst dorthin kommen werde, nachdem er in Ulm zunächst die Angelegenheiten der vier oberen Kreise geordnet habe.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oxenstierna konnte die tröstliche Gewißheit bei ihrer Abreise[1] behalten, daß er der beiden Herzöge sicher sei, so sicher, daß er ihre Wünsche auf Abschaffung der drückenden Zölle in Wismar und Warnemünde sowie auf Erleichterung der Kontribution rundweg abschlug. Damit war er auch des zweiten Staates an der Küste und mit ihm zugleich seiner Rückzugslinie sicher.

Einen ähnlichen Verlauf wie in Mecklenburg nahmen die Dinge nach des Königs Tode im Erzbistum Bremen. Die von dem Erzbischof Johann Friedrich und dem Könige unterzeichnete Allianz[2] lautete nicht nur auf die beiderseitigen Kontrahenten, sondern auch auf ihre Nachfolger und Länder, bestand also auch nach des Königs Tode zu Recht, den Erzbischof band auch sein persönliches Interesse an die Krone Schweden. Einmal stand ihm die Krone gegen sein eigenes Domkapitel und die dänischen Aspirationen bei, dann aber wünschte der Erzbischof auch das Stift Verden zu erwerben, das in den Händen Schwedens war. Das war hier der Lockvogel, mit dem es den Erzbischof an sich fesselte; der König hatte es auch hier meisterlich verstanden, den Erzbischof auf den Besitz zu vertrösten; er hatte ihn aber immer damit hingehalten, daß er erklärte, er wolle sich Dänemark, das ebenfalls auf das Stift Anspruch erhob, nicht zum Feinde machen. Salvius, der schwedische Legat in Hamburg, baute in erster Linie auf Bremen und Mecklenburg. Er wandte sich, sowie er die Nachricht vom Tode des Königs erhalten hatte, an den Erzbischof und regte eine Zusammenkunft der niedersächsischen Kreisstände an[3]. Johann Friedrich gab diese Anregung weiter nach Braunschweig. Dann aber beschloß auch er, nach dem Vorgange Mecklenburgs[4] eine Gesandtschaft zu Oxenstierna, Sachsen und Brandenburg abzufertigen.

Sein geheimer Rat Dauth traf am 18. Januar in Halle mit Oxenstierna zusammen[5], dem er die Zusicherung seines Herrn überbrachte, bei der Allianz mit Schweden bleiben zu

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wollen. Der Kanzler konnte damit zufrieden sein und verschob seine Entscheidung wegen Verdens auf später. Daß er ihm Mitteilung über Kursachsens Haltung gemacht hat, ist anzunehmen[1], um so mehr, als er erfuhr, daß Dauth nach Dresden zu reisen beabsichtige. In Dresden setzte der schwedische Resident Nicolai, mit dem er besonders gute Freundschaft hielt, diese Mitteilungen fort, so daß der Kurfürst von Sachsen, wie es scheint, bei ihm gar nicht den Versuch gemacht hat, Bremen von der schwedischen Partei abzuziehen. Er ermahnte den Erzbischof vielmehr, mit der schwedischen Armee in gutem Einvernehmen zu bleiben; die Frage eines allgemeinen Konvents, die Bremen angeregt hatte, verschob er auf die bevorstehende Zusammenkunft mit Brandenburg[2]. Von Brandenburg, dessen Ankunft er in Dresden abwartete, erhielt Dauth nur den Bescheid, daß es Bremen von dem Ergebnisse der Verhandlungen über den allgemeinen evangelischen Konvent, den man allseitig begehre, in Kenntnis setzen werde[3].

Oxenstierna hielt aber den Erzbischof vollständig bei Schweden dadurch fest, daß er Salvius beauftragte, sich seiner gegen das Domkapitel anzunehmen. Das Domkapitel war in seinem Streite mit dem Erzbischof so weit gegangen, ihm, wenn er die Forderungen des Kapitels nicht erfülle, mit dem Könige von Dänemark zu drohen, an den es sich, als den Vater des 1629 zum Koadjutor erwählten Prinzen Friedrich, wenden würde[4]. Salvius hatte dem Kapitel nach seiner Rückkehr von Halle, wo er mit Oxenstierna sich besprochen hatte[5], im Auftrage des Reichskanzlers zu eröffnen[6]: es solle bedenken, daß Schweden das Erzstift jure belli erobert habe; daß Dänemark im Frieden zu Lübeck für sich und seine Söhne auf die deutschen Stifter verzichtet habe, und daß das Kapitel selbst den Sohn des Kaisers als Koadjutor anerkannt habe, daß also Dänemark keinerlei Rechte mehr habe. Ferner sei das Kapitel selbst vom Kaiser seines Standes entsetzt gewesen, als Schweden das Erzstift erobert habe; Schweden erkenne nur die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Rechte an, die es vorgefunden habe, und erachte sich nicht für schuldig, das Kapitel zu restituieren, wie es denn auch die von Magdeburg, Halberstadt und Verden noch nicht restituiert habe. Wenn Schweden gestatte, daß das Kapitel bei seiner jetzigen Hebung bleibe, so sei das Duldung, bis auf den allgemeinen Friedensverhandlungen alles geordnet werde. Bisher hätte sich Schweden der Regierung des Stiftes nicht angenommen; wenn das Kapitel den König von Dänemark anrufen sollte, dann würde Schweden den Erzbischof unterstützen.

Das war eine deutliche Sprache, sie zeigte beiden Teilen mit voller Klarheit, daß sie vorläufig vollkommen in der Hand der Schweden waren. Der Erzbischof zog jedenfalls die Konsequenzen und war nach wie vor ein Anhänger Schwedens[1].

Auf die Haltung der Hansestädte hat der Tod des Königs zunächst keinen Einfluß ausgeübt; ebensowenig änderte er etwas an der Haltung Herzog Christians von Celle[2], zumal an diesem Hofe der Einfluß Herzog Georgs ausschlaggebend war.

Dagegen war der Gedanke eines niedersächsischen Kreistages, den Salvius angeregt hatte, bereits vorher in Braunschweig aufgetaucht, und er gestaltete sich hier zu einem höchst interessanten, für die schwedische Herrschaft nicht ungefährlichen Versuche, die Selbständigkeit der deutschen Stände, wenn auch als freie Bundesgenossen der Schweden, zu betätigen.

Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig war, wie vorher dargelegt worden ist, durch den Einfall Pappenheims in eine schwierige Lage geraten, die noch verschärft wurde durch das unverantwortliche und eigenmächtige Schalten und Walten der Generäle, die durch ihre verkehrten Maßregeln das Land dem Feinde preisgegeben hatten. Schon am 24. Oktober hatte er Kursachsen aufgefordert, der Verwüstung des Vaterlandes durch einen Frieden ein Ende zu machen; auch hat er sogleich die Gelegenheit benutzt, sobald nur Gronsfeld über die Weser

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wieder abgezogen war, seine eigenen Werbungen in Gang zu bringen[1], die zwar vom Könige gebilligt, bisher aber von der Generalität nach Möglichkeit verhindert worden waren. Bereits am 17. September — also lange vor dem Tode des Königs — nahm er den hessischen Generalmajor Thilo Albrecht v. Uslar in seine Dienste, der je ein Regiment zu Fuß und zu Pferde zu werben sich verpflichtete[2]. Trotz alledem begrüßte er die Nachricht von dem beabsichtigten Zuge des Königs nach Niedersachsen mit großer Freude, er hoffte, daß dadurch die gänzlich zerfahrenen Verhältnisse in Ordnung gebracht und er zu seinem Rechte gelangen würde[3].

Der unerwartete Tod des Königs rollte auch hier die Frage des ganzen Verhältnisses zu Schweden wieder auf[4]; aber auch hier entschied man sich alsbald trotz aller Beschwerden, bei Schweden zu bleiben: einmal wisse man nicht, wessen man sich von Sachsen zu versehen habe, dann aber und vornehmlich deshalb, da man ohne Schweden nicht in den Besitz des Stiftes Hildesheim gelangen könne. Der Herzog war entschlossen, bei der Allianz zu bleiben, die nunmehr von Oxenstierna im Namen Schwedens ratifiziert werden sollte[5]. Daneben hielt man aber auch hier einen evangelischen Konvent für nötig, um über die Herbeiführung des Friedens, und wenn dieser nicht zu erhalten war, über die Fortsetzung des Krieges zu beraten; deshalb solle man an Sachsen schreiben, doch müsse Schweden daran teilnehmen[6].

Das alles hatte man mit Steinberg beraten, der alles gebilligt hatte, auch das Schreiben an Sachsen. Da er sowieso zu Oxenstierna zu reisen entschlossen war, nahm er es auch auf sich, die Anerbieten und Wünsche Braunschweigs zu überbringen[7]. Denn man verlangte dringend, jetzt den niedersächsischen Kreis und die Weser zu befreien, wozu man auch die Hilfe des Landgrafen von Hessen erbat.

Dagegen war man aber jetzt auch entschlossen, die Selbständigkeit als Reichsfürst, wenn auch im Rahmen der Allianz, zu wahren, vor allem der Generalität gegenüber. Die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Werbungen sollten mit dem größten Nachdruck betrieben werden, um die eigenen Fürstentümer selbst zu befreien, auch sollte Steinberg erklären, daß man statum nicht mehr in die Hände der Offiziere geben könne und daß man sich nicht mehr so ruditer traktieren lassen werde[1].

Der Vorschlag des Lampadius, einen Kreistag zu berufen, um die Libertät zu konservieren, wurde damals noch abgelehnt; man verkannte zwar nicht, daß das sehr nützlich sein werde, doch pflege es sehr langsam herzugehen. Dagegen wollte man sich mit den Lüneburgern besprechen[2].

Wie wenig man geneigt war, sich Schweden zu entziehen, zeigt am besten, daß man Oxenstierna bat, den Feldmarschall Horn zum Führer der niedersächsischen Armee zu ernennen[3].

Allein schon kurze Zeit darauf müssen sich in Braunschweig Einflüsse geltend gemacht haben, sich in größerem Maße von Schweden unabhängig zu machen; von wem sie ausgingen, ob von Sachsen oder von Dänemark-Holstein, ist nicht nachzuweisen[4]: bereits Mitte Dezember war man in Braunschweig entschlossen, doch einen niedersächsischen Kreistag auszuschreiben. Braunschweig schlug dem Herzog in Celle eine gemeinsame Beratung ihrer Räte vor und sandte seine Vorschläge vertraulich vorher nach Celle[5]; es expektorierte sich darin, wie es sagte, offenherzig, „was uns und unsere Lande bis anhero gedrucket und noch". Gegenstand der Beratung solle die Befreiung des niedersächsischen Kreises sein; da sie — wie die bisherigen Erfahrungen gelehrt hatten — durch fremde Hilfe nicht geschehen könne, auch die Hauptarmee werde zusammenbleiben müssen, so sei eine eigene Verfassung nötig, die Kriegsverständige auf 5000 Mann zu Fuß und 1500 Pferde schätzten; Herzog Friedrich Ulrich werde bis Fastnacht damit aufkommen, auch habe er bereits für die Lauf- und Anrittgelder gesorgt; dagegen sollte Celle sich an dem Mustermonat und an der künftigen Unterhaltung der Truppen nach Verhältnis beteiligen. Ferner sei Friedrich Ulrich entschlossen, auf den 3. Februar einen Kreistag auszu-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schreiben, den er für durchaus nötig erachte: „es sei hochnötig, daß man sich einsmals im terminis der Reichskonstitutionen so viel möglich fasse": diese Bemerkung läßt keinen Zweifel übrig, daß sich die Bewegung gegen die schwedische Führerschaft richtete, sie entsprach ganz dem sächsischen Programm. Schwierigkeit bereitete nur, daß der Erzbischof von Magdeburg mitausschreibender Kreisstand war; da es augenblicklich aber keinen Erzbischof gab, wollte man das einseitige Ausschreiben bei dem schwedischen Statthalter mit gutem Glimpf remonstrieren, auch sollte er eingeladen und ihm das Direktorium überlassen werden, wenn er kommen würde[1]: Schweden solle nicht beiseite geschoben werden, dem Reichskanzler und dem Herzog von Weimar als schwedischem Generalleutnant werde man vielmehr Mitteilung machen, wie man denn auch bereits bei beiden durch Steinberg und den General v. Uslar die nötigen Vorbereitungen eingeleitet habe. Auf diesem Konvente solle über Krieg und Frieden beraten werden, vor allem sollten sich, da verlaute, daß Kursachsen einen allgemeinen evangelischen Konvent ausschreiben wolle, die Stände hier mehr darauf vorbereiten, als es seinerzeit vor dem Leipziger Konvente geschehen war. Ein solcher allgemeiner Konvent sei jetzt nötig, gut sei es, wenn man bei Kursachsen deshalb im Namen des ganzen fürstlichen Hauses Anregung tue.

In der Beratung zu Gifhorn trat die schwedenfeindliche Tendenz Braunschweigs noch viel schärfer zutage[2]. Die cellischen Räte lehnten vor allem die Beteiligung an der eigenen Armatur ab, nicht nur daß man dazu — neben den Leistungen an die schwedische Armee — keine Mittel habe[3], man glaubte auch nicht, daß Oxenstierna „als ohngezweifelt supremus post regem director und andern Generalen" das zugeben würden; auch sei es wider die Allianz, die mit dem Tode des Königs nicht erloschen sei, da sie auf die beiderseitigen Staaten gerichtet sei; die Allianz räume aber den Schweden das absolute Direktorium ein. Auch hätte Herzog Georg be-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

reits geschrieben, daß er mit einer Armee in diesen Kreis kommen würde[1]. Aber selbst, wenn das nicht der Fall wäre, würde man sich schwerlich mit Braunschweig über das Direktorium ihrer eigenen Truppen einigen können: denn Braunschweig würde die Truppen nach eigenem Gefallen verwenden wollen, womit Lüneburg nicht einverstanden sein könne.

Die Braunschweiger bestritten lebhaft, daß „die Alliance den Verstand habe, daß das Direktorium der Armee auch post mortem regis auf dessen Erben oder deren Generaln transmittiert werden solle: wäre ein personell Werk"; die deutschen Fürsten, besonders Sachsen, würden nicht zugeben, daß über ihre Armee die Schweden das Direktorium führen sollten. Von den Freunden hätte man mehr Drangsal erlitten als von den Feinden, und den Herzog Georg solle man ersuchen, mit seiner Armee nach Westfalen zu gehen und Gronsfeld abzuhalten. Das Direktorium begehre man nicht, vielmehr solle sich Herzog Christian zum Kreisobersten bestellen lassen; habe er aber Bedenken, dann würde Herzog Friedrich Ulrich das Amt nicht ausschlagen; das Volk solle beiden Fürsten schwören.

Was den Kreistag anlangte, so versprachen zwar die Lüneburger, ihn besuchen zu wollen[2], doch meinten sie, daß die transalbini nicht viel dabei tun würden; ihre vota auf dem Hamburger Kreistage ließen vermuten, daß sie eher entgegenarbeiten würden. Dem entgegneten die Braunschweiger: sie vermeinten, „daß die Mecklenburger der schwedischen Domination und Kommando müde und überdrüssig wären und daher sich wohl zu dieser Partikular-Kreisarmatur verstehen würden".

Wenige Tage danach erfolgte die definitive Antwort Herzog Christians, dem seine Räte berichtet hatten. Er machte eine Kreisarmatur davon abhängig: 1. daß sein Land von den Schweden mit keinerlei Einquartierung, Musterplätzen, Kontributionen u. dgl. beschwert werde und 2. daß der Kreistag

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Partikularverfassung zustimme[1]: das war eine deutliche Absage.

Braunschweig war aber entschlossen, auch ohne Celle seinen Weg allein zu gehen; es hatte am 23. Dezember bereits die niedersächsischen Stände auf den 3. Februar 1633 nach Lüneburg zusammenberufen; auch den Landgrafen Wilhelm von Hessen lud man ein. Dem Reichskanzler notifizierte man das Ausschreiben am 1. Januar 1633[2].

Eine Unterstützung erhielt jetzt der Herzog durch Herzog Friedrich von Holstein, den Sohn des Dänenkönigs und Schwiegersohn des Kurfürsten von Sachsen. Es ist vorhin bereits erwähnt worden[3], daß Sachsen seinen Rat Lebzelter beauftragt hatte, mit dem Herzog und seinem Vater über die Wiederherstellung des Friedens im Reiche zu verhandeln. Am 31. Dezember entledigte sich Lebzelter seines Auftrags im Schlosse Gottorp vor Herzog Friedrich[4], bei dem er williges Gehör fand, um so mehr, als nicht lange vorher der Kaiser versucht hatte, den Herzog auf seine Seite zu ziehen. Er hatte ihm durch zwei Jesuiten, Johann Adolf Vieth und Philipp Crusius, das Kreisoberstenamt des niedersächsischen Kreises anbieten lassen, wogegen der ganze Kreis Generalpardon haben sollte[5]. Der Herzog hatte aber erklärt, er würde bei den Evangelischen bleiben, und hatte das wiederholt, nachdem der Tod des Schwedenkönigs ihm bekanntgeworden war. Auf Lebzelters Anbringen dagegen ging er mit Eifer ein. Um zu verhüten, daß sich Sachsen in Partikularverhandlungen einlasse, fand er es für nötig, Braunschweig zur Berufung eines niedersächsischen Kreistages nach Lüneburg oder Bergedorf zu ermahnen, wo man über die Mittel beraten solle, wie man die Friedenstraktaten fördern könne.

So schrieb er an Herzog Friedrich Ulrich[6] und forderte ihn auf, den Kreistag allein oder zusammen mit Herzog Christian auszuschreiben, „ehe man auf tötlichen Hintritt Gustav Adolfs sich eines oder andern Orts wieder stärket, auch besorglich ausländische Potentaten noch mehr ins Spiel kommen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und zur Kontinuation des blutigen Krieges neue fundamenta legen"[1]. Auch seinen Vater, den König von Dänemark, bat er, den Kreistag zu beschicken und zu helfen, daß der Frieden wiedergebracht werde[2]. Ebenso schrieb er an den Landgrafen Georg von Darmstadt, dessen Reise nach Dresden er erfahren hatte, und wünschte ihm Gottes Segen zu seinen Friedensbemühungen[3].

Inzwischen hatte man in Braunschweig die Instruktion für die Gesandten angefertigt und Quartier für sie in Lüneburg bestellt[4]. Der Kreistag sollte unter allen Umständen abgehalten werden, gleichviel ob Magdeburg vertreten sei oder einen Protest schicke.

Zwei Fragen wurden zur Erörterung gestellt: 1. der Frieden, bei dem man sich aber nicht zu lange aufhalten solle. Als Bedingungen wurden die üblichen genannt: Aufhebung des Edikts von 1629, sowie jeder Abhängigkeit von Rom; die Mediatstifter sollten der Landesherrschaft zufallen, die Immediatstifter dagegen auf den Fuß von 1618 gebracht werden unter ausdrücklicher Wahrung ihrer Freiheit, die Reformation einzuführen. Die Jesuiten sollten ganz aus dem Reiche verbannt werden. Im „status politicus" wurde die Restitution der Pfälzer und Mecklenburger, Parität im Reichshofrat und Ersetzung des Reichskammergerichts durch Austrägalgerichte gefordert. Für sich forderte der Herzog völlige Restitution aller Länder, auch des Stifts Hildesheim, soweit er es bisher schon besessen. Schwierigkeiten bereitete die schwedische Satisfaktion: wollte Schweden alle eroberten Stifter behalten, so würde das eine Zerreißung des Vaterlandes bedeuten; man sollte ihnen Beistand versprechen, daß sie die außerhalb des Reichs okkupierten Länder behalten könnten: Preußen und Livland; doch werden sie schwerlich die Häfen an der Ostsee, Stralsund, Greifswald, Kolberg und die Insel Rügen, quittieren wollen: dann sollten sie sie zum wenigsten als Reichslehen nehmen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wichtiger war der zweite Punkt: der Krieg. Zur Befreiung des Kreises müsse sich derselbe selbst in Armatur stellen, da die bisherigen Armeen nur Schaden angerichtet und sich des absoluten Kommandos angemaßt hätten. Die braunschweigischen Truppen — 5000 zu Fuß und 1500 zu Pferde — genügten dazu nicht, sie müßten auf das Drei- oder Vierfache erhöht und nach dem Römerzug verteilt werden. Das Kommando würde am besten ein Generalleutnant führen, wolle man es aber lieber einem Kreisobersten anvertrauen, so schlüge Braunschweig den Herzog Christian von Celle oder den Herzog Adolf Friedrich von Schwerin vor. Ihm zur Seite müsse ein Kriegsrat stehen.

Die Beschlüsse solle man an Kursachsen durch eine Gesandtschaft, an Oxenstierna aber nur schriftlich bringen. Ein besonderes Bündnis des gesamten Kreises mit Schweden halte man jetzt für unnötig; dagegen wäre eine nähere Konjunktion mit Hessen sehr nützlich, auch solle man die evangelischen Stände des westfälischen Kreises zur Unterstützung dieser Armatur bringen.

Das wäre in der Tat eine völlige Emanzipation des niedersächsischen Kreises von dem schwedischen Direktorium gewesen, und es lag auf der Hand, daß Oxenstierna das bei der strategischen Wichtigkeit desselben gar nicht dulden konnte.

Wie erwähnt, hatte Herzog Friedrich Ulrich den Ambassadeur Steinberg zu Oxenstierna gesandt mit der Erklärung, daß er bei der Allianz zu bleiben gedächte, zugleich aber auch mit der Forderung, daß das bisherige Prozedieren der Generäle abgeschafft werden müsse[1]. Oxenstierna nahm vorläufig dankend davon Akt[2], da er erst die Beratung mit Sachsen erledigen wollte. Auch hatte Herzog Georg nicht versäumt, dem Reichskanzler in seinem Sinne über die Verhältnisse in Niedersachsen Bericht zu erstatten[3].

Inzwischen hatte man auch in Braunschweig den Beschluß gefaßt, die Werbungen mit Nachdruck zu betreiben, und schickte den General Thilo Albrecht v. Uslar nach Weimar, um den Herzog

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Wilhelm, den schwedischen Generalleutnant, davon zu verständigen, auch zu fordern, daß man die braunschweigischen Länder künftig mit Musterplätzen verschone: die Insolenzien der Offiziere und Soldateska seien wider die Allianz und gegen den Leipziger Schluß. Da man Oxenstierna und Steinberg noch in Erfurt vermutete, sollte er auch ihnen das Vorhaben entdecken[1]. Herzog Wilhelm, der damals über Oxenstierna ungehalten war, billigte die Werbungen durchaus und erklärte, selbst beim Leipziger Schlusse bleiben zu wollen! Dagegen traf Uslar den Reichskanzler nicht mehr in Erfurt an, er sandte ihm den Inhalt seiner Instruktion auf Anraten Herzog Wilhelms brieflich nach[2]. Der Agent Friedrich Franz v. Uslar erhielt den Auftrag, dem Reichskanzler und dem Herzog Georg die erforderlichen Mitteilungen zu machen[3].

Das Ausschreiben des Kreistags verursachte nicht geringes Aufsehen[4], doch fand es nicht überall die erwartete Zustimmung.

Daß Fürst Ludwig von Anhalt als schwedischer Statthalter in Magdeburg Protest erhob, war selbstverständlich[5]. Aber auch der König von Dänemark war der Ansicht, daß man mit dem Ausschreiben hätte warten sollen, bis man gesehen hätte, was der obersächsische und andere Kreise tun, auch wie sich der Kaiser und Wallenstein auf das dänische Anerbieten erklären würden[6]. Er selbst lehnte es ab, den Kreistag zu besuchen, er könne es nicht, nachdem er sich zur Interposition angeboten habe[7]. Selbst Sachsen, das die Berufung des Kreistags um so mehr billigte, als man damit bei „den ordentlichen Mitteln" verbleibe, hielt doch den Schritt für verfrüht, da „nunmehr die Not und Gefahr dermaßen gewachsen, daß einem Kreis solches allein zu erheben unmöglich fallen werde"; der Herzog hätte vorher seinen Kanzler nach Dresden senden und die Zusammenkunft der beiden Kurfürsten abwarten sollen; da es nun aber einmal geschehen sei, so ermahnte es den Herzog, dafür zu sorgen, daß dort keine Beschlüsse gefaßt würden, die das Werk schwerer machten und gegen die Reichs-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und Kreisgesetze und die deutsche Freiheit seien; man solle sich in gute Verfassung stellen, auch mit der schwedischen Armee gute Freundschaft und Einigkeit konservieren: vor allem aber „allerseits eine ganz freie und unverschränkte Hand behalten“[1].

Aber auch unter den Ständen des niedersächsischen Kreises selbst machten sich starke Bedenken geltend. Mecklenburg hatte schon auf die Anregung des Salvius erklärt, das Ausschreiben eines Kreistages könne zu ungleichen Gedanken Anlaß geben, solange man nicht Oxenstiernas Intentionen kenne, und war entschlossen, zunächst die Mitteilungen seiner zu den beiden Kurfürsten und Oxenstierna geschickten Abgesandten abzuwarten[2]. Bei derselben Meinung verblieben die Herzöge auch, als Herzog Friedrich Ulrichs Ausschreiben eintraf, wenngleich sie bereit waren, den Tag zu beschicken[3]. In Bremen war man derselben Ansicht, um so mehr, als auch Salvius jetzt, wohl auf Oxenstiernas Erinnerung, nichts mehr von einem solchen Kreistage wissen wollte.

Oxenstierna erhielt die Nachricht von dem Ausschreiben des niedersächsischen Kreistages, als er von Dresden zurückkehrte. Er konnte keinen Augenblick im Zweifel sein, welche Gefahr hier drohte; er war der Überzeugung, daß Dänemark dahinterstecke[4]: woher sollte Braunschweig die Mittel zu so umfassenden Rüstungen nehmen[5]? Im schwedischen Hauptquartier gingen damals die seltsamsten Gerüchte um: Dänemark käme wieder mit seinen Ansprüchen auf die niedersächsischen Stifter Bremen und Halberstadt hervor[6], und Braunschweig führe desperata consilia aus Haß gegen Herzog Georg, den künftigen Erben des Landes; der Herzog hätte die Regierung seinen Räten abgetreten, und diese hingen sich an Dänemark, wollten einen dänischen Prinzen oder einen andern Fürsten zum Statthalter in Braunschweig erheben; sie suchten die Trennung von Schweden und dem gemeinen evangelischen Wesen; zu den Werbungen hätte Dänemark etliche Tonnen Geldes geschickt[7]. So unsinnig diese Ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

leumdungen waren, kennzeichnen sie doch die Stimmung; Herzog Georg weigerte sich sogar, den braunschweigischen Abgesandten Friedrich Franz v. Uslar zu empfangen[1]. Der Reichskanzler konnte sich mit Recht darüber beschweren, daß das alles geschehen sei, ohne mit ihm Rücksprache zu nehmen. Vor allem aber war die Frage die: setzte Braunschweig seinen Willen jetzt durch, so erlitt die Autorität Schwedens einen gewaltigen Stoß, der den Kanzler um so mehr treffen mußte, als er soeben erst in Dresden eine empfindliche Niederlage erlitten hatte. Mit dem heftigsten Unmut sprach er sich einem cellischen Abgesandten gegenüber aus[2]: dafern der Herzog die Werbungen nicht einstelle und ihm die bereits formierten Truppen nicht gänzlich überlasse, würde er sein Feind sein und Braunschweig von der schwedischen Armee alle Feindschaft zu erwarten haben; er wolle seinen Leuten den Hals brechen oder sie sollten es ihm tun; überdies ließe sich der Herzog nicht an seiner eigenen Revolte genügen, sondern reize noch andere Stände dazu auf und schriebe einen Kreistag aus, da ihm doch solches nicht gebühre, denn er — der Kanzler — sei ausschreibender Fürst[3].

Er zögerte keinen Augenblick, seine Drohungen wahrzumachen. Am 19. Januar sandte er den Dr. Jakob Steinberg, den er von neuem zum Residenten in Braunschweig ernannte, zurück und forderte, daß Herzog Friedrich Ulrich den Kreistag wieder abschreibe und Aufklärung über die starken Werbungen gäbe, die einer species hostilitatis und Trennung gleichkämen; ferner eine Erklärung, ob der Herzog bereit wäre, die Truppen auf Erfordern unter schwedisches Kommando zu stellen. Für den Fall, daß sich Friedrich Ulrich nicht genugsam resolviere, drohte er ihm mit dem Ruin des Landes, Knyphausen warte nur auf eine Benachrichtigung Steinbergs, um mit der Armee in das Land einzurücken[4]. Und Knyphausen erhielt in der Tat Befehl, den Kreistag eventuell mit Gewalt zu hindern, er erklärte braunschweigischen Abgesandten rund heraus, er würde Gronsfeld lieber

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

liegen lassen als die Abhaltung des Kreistages gestatten. Am 25. Januar hielt Oxenstierna das Generalrendezvous über die nach Niedersachsen bestimmte Armee bei Wanzleben ab und verabschiedete sich von ihr: die Gefahr stand also vor der Tür.

Unter diesen Umständen blieb dem Herzog nichts anderes übrig, als den Kreistag wieder abzuschreiben[1]; aber seine eigene Armee, erklärte er, werde er behalten und sie erst dann abgeben, wenn er sein Land von den Ligisten befreit und mit den nötigen Garnisonen versehen habe[2]. Dem Reichskanzler und den Generälen Knyphausen und Herzog Georg gegenüber[3] aber beklagte er sich, daß seine gute Absicht so übel gedeutet werde; das Ausschreiben des Kreistages sei nach der Reichskonstitution erfolgt, und noch kein Kaiser habe das bisher verhindert; er habe damit den Kreis in einhelliger Harmonie erhalten und die fernstehenden Stände zur Kontribution mit heranziehen wollen, die er bisher hätte allein tragen müssen. Daß er damit dem Rechte Magdeburgs nicht habe präjudizieren wollen, habe er sogleich dem Fürsten Ludwig mitgeteilt, dem er anheimgestellt habe, den Vorsitz zu übernehmen; er kenne die jetzigen Verhältnisse in Magdeburg nicht: Herzog August von Sachsen sei postulierter Erzbischof, dem Domkapitel aber die Verwaltung überlassen, die schwedischen Reverse seien ihm unbekannt. Wegen der Werbungen hätte er gehofft, eher Dank als Verunglimpfungen zu ernten: er bezeuge auf sein Wort, daß er mit seinen Truppen sein Land säubern und dann die Hauptarmee unterstützen wolle; er wünsche, seine Residenz Wolfenbüttel wiederzuhaben. Gustav Adolf hätte die Werbungen ausdrücklich gebilligt und sein General v. Uslar sei beauftragt gewesen, davon dem Herzog Wilhelm und dem Reichskanzler in Erfurt Mitteilung zu machen. Er wisse von keinen separationes. Aber das sei gegen die Allianz und gegen die königliche Parole, auch seiner fürstlichen Ehre zuwider, daß Herzog Georgs Generalquartiermeister das Fürstentum Göttingen eigen-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mächtig in Kontribution setze und Musterplätze ausschreibe. Das werde er sich nicht bieten lassen, er sei von aller Verantwortung frei, wenn dem nicht Einhalt geboten würde.

Das war eine „trotzige" Antwort, wie die pfälzischen Abgesandten mit Recht sagten[1]; aber wenn der Herzog beteuerte, er meine es von Herzen gut, aufrichtig, teutsch und fürstlich, so war es doch nur die halbe Wahrheit; denn wenn man auch nicht behaupten kann, daß er eine völlige Trennung von Schweden beabsichtigt habe, so strebte er doch nach einer Selbständigkeit gegenüber dem schwedischen Direktorium, die einer Trennung sehr ähnlich sah. Formell war der Herzog gewiß im Rechte, sowohl den Kreistag auszuschreiben wie die Werbungen vorzunehmen; letztere hatte der König ausdrücklich gebilligt[2], und ersteres stand ihm zu, da die Verhältnisse in Magdeburg völlig unklar waren. Deshalb wird die Verhinderung des Kreistages stets ein Gewaltakt bleiben, so sehr sie auch vom Standpunkte Schwedens aus notwendig war; und das um so mehr, als ja die Allianz mit Braunschweig gar nicht zu Recht bestand.

Es war natürlich, daß die Schweden sich mit den Erklärungen des Herzogs nicht zufrieden geben konnten. Oxenstierna überließ die weiteren Verhandlungen den Generälen und Steinberg, ohne selbst wieder in die Verhandlungen einzugreifen. Am meisten kam dem Herzog Knyphausen entgegen, der die Werbungen an sich nicht für unbillig erklärte, wenn man sich nur vorher mit Oxenstierna in Verbindung gesetzt hätte, und wenn sich der Herzog nach den der niedersächsischen Armee erteilten Instruktionen richten wolle; auch er forderte, daß die Truppen unter einem Armeekommando stehen sollten, vor allem bei gemeinsamen Operationen[3]. Ihm kam nun auch der Herzog entgegen, und schließlich verständigte er sich mit den Generälen dahin, daß sein Generalmajor nichts Wichtiges ohne Beratschlagung mit ihnen vornehmen solle; auch solle er sich mit ihnen, wenn es notwendig sei, vereinigen und dann von Knyphausen Order nehmen[4].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Herzog Georg dagegen blieb schroff und unzugänglich, wie schon zu Lebzeiten des Königs; er beanspruchte nach wie vor, als General — Oxenstierna hatte des Königs Order erneuert — über die Hilfsmittel des Landes zu verfügen, und wies den Garnisonen bestimmte Ämter zum Unterhalte an, ohne den Landesherrn zu fragen[1]. Wie groß die Erbitterung zwischen den beiden Vettern war, zeigen die vorhin schon erwähnten Gerüchte über die desperata consilia der braunschweigischen Räte, die sich ja gegen ihn und seine Familie persönlich richten sollten. Doch schließlich mußte auch er die bedingte Selbständigkeit der braunschweigischen Truppen anerkennen, nachdem Knyphausen dies getan hatte.

Hartnäckiger war der Kampf mit Steinberg. Hatte Steinberg zu Lebzeiten des Königs es für seine Pflicht gehalten, den Herzog vor der Generalität zu schützen, so war er jetzt ein schroffer Vertreter der schwedischen Interessen geworden; er beanspruchte nicht viel weniger als die Leitung der politischen Staatsgeschäfte in Braunschweig. Zunächst verlangte er das Direktorium im braunschweigischen Kriegsrate und über die braunschweigischen Truppen und beschwerte sich, daß man ohne ihn Kriegsrat halte, Beschlüsse fasse und sie ausführe, ohne ihm Mitteilung zu machen; dann verlangte er, daß nach der Allianz ein Staatsrat gebildet werde, worin ihm die völlige Direktion überlassen werde[2]. Ferner forderte er Auskunft über die Sendung Berkelmanns nach Lüneburg und die des Kanzlers Engelbrecht zu Oxenstierna[3]. Friedrich Ulrich wies die Ansprüche ruhig zurück; er gab ihm zwar die geforderte Auskunft über Berkelmanns und Engelbrechts Sendung, alle anderen Prätensionen lehnte er ab. Die Allianz bestimme, daß ein Resident an seinem Hofe sei, der die Allianz überwache und dafür sorge, daß gute Disziplin gehalten werde, seine Kriegsräte seien angewiesen, mit ihm in wichtigen Dingen zu kommunizieren, im übrigen hätte er sich bereits mit Knyphausen und Herzog Georg verständigt. Mehr könne er ihm nicht zugestehen, ohne seine landesfürstliche Hoheit

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zu beeinträchtigen[1]. — Steinberg replizierte zwar und berief sich auf die Allianz[2], doch ohne Erfolg. Wie es scheint, hat man ihm nicht einmal geantwortet, und von einer „obersten Kriegsdirektion" des Vertreters der Krone Schweden ist keine Rede mehr. Obwohl Steinberg weiter in Braunschweig blieb, wurde doch von ihm so wenig wie möglich Notiz genommen, und bald beklagte er sich, daß alles vor ihm geheim gehalten werde[3].

Der Herzog hatte die Selbständigkeit seines kleinen Truppenkorps, wenn auch in beschränktem Umfange, durchgesetzt. Die wertvollste Hilfe hatte ihm dabei, wie erwähnt, der schwedische Feldmarschall Dodo v. Knyphausen selbst gewährt, dessen Handlungsweise — so klug sie schließlich war — doch nicht frei von Eigennutz war. Er hatte aus dem Nachlasse des „tollen Christian", des im Jahre 1624 verstorbenen jüngeren Bruders Herzog Friedrich Ulrichs eine Forderung von 15 000 Taler an den Herzog erworben, die dieser nicht nur anerkannte — obwohl er auf die Erbschaft seines Bruders verzichtet hatte —, sondern auch auf 20 000, später sogar auf 24 000 Taler zu erhöhen sich bereit erklärte, um sich die außerordentlich wertvolle Unterstützung des Feldmarschalls dauernd zu erhalten. Nach langwierigen Verhandlungen[4] wurde ihm schließlich das Amt Syke für diese Summe verschrieben, wogegen sich Knyphausen verpflichtete, dem Herzog förderlich zu sein, doch unbeschadet seiner Verpflichtungen gegen die Krone Schweden. Das war ein nicht zu verachtender Erfolg des Herzogs.

In der anderen Frage dagegen, in der des Konventes, hatte der Herzog, wie erwähnt, ganz und gar nachgeben müssen. Er schrieb ihn nicht nur ab, sondern sandte auch seinen Lehnsekretär Julius Berkelmann nach Lüneburg, den dort anwesenden Gesandten die nötigen Aufklärungen zu geben[5].

Es ist kein Zweifel, daß auch ohne das der Kreistag mit einem Mißerfolge Braunschweigs geendet haben würde. Erschienen war nur der Abgesandte des Erzbischofs von Bremen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die beiden mecklenburgischen Gesandten warteten in Boizenburg, ob und welche Gesandte kommen würden. Holstein hatte schließlich seinen Kanzler zurückgehalten, da Dänemark den Kreistag nicht beschickte. Die übrigen Stände hatten nichts von sich hören lassen[1]. Aber auch wenn die Versammlung zustande gekommen wäre, so lauteten die Instruktionen der bremischen[2] und mecklenburgischen[3] Gesandten übereinstimmend dahin, es dabei zu lassen, wie es bisher gewesen sei, d. h. bei der eigenen Kriegsverfassung der einzelnen Stände und der Zusammensetzung mit Schweden; auf jeden Fall müsse man sich erst mit Oxenstierna ins Einvernehmen setzen; alles, was einer Trennung von Schweden gleichkomme, müsse vermieden werden. Notwendig sei ein allgemeiner evangelischer Konvent, auf dem mit Zuziehung Schwedens alle Fragen geregelt werden müßten. Man sieht: namentlich Mecklenburg hatte sich nach der Rückkehr seiner Gesandten von Oxenstierna ganz dessen Wünschen gefügt.

Da auch Celle sich nicht von Schweden zu trennen beabsichtigte, wäre Braunschweig auf dem Kreistage allein geblieben.

Das waren keine besonders tröstlichen Nachrichten für Herzog Friedrich Ulrich gewesen, seine einzige Hoffnung auf eine Änderung der Verhältnisse beruhte jetzt auf Sachsen und Brandenburg, zu denen er seinen Kanzler Engelbrecht gesandt hatte[4]. Auf der Hinreise vernahm der Kanzler in Halle alle die Verleumdungen und Gerüchte, die man über die braunschweigischen Räte ausgestreut hatte, so daß er beschloß, erst Oxenstiernas Rückkehr aus Berlin abzuwarten, um ihm die bösen Gedanken zu benehmen. Das gelang ihm aber keineswegs[5]; der Reichskanzler „improbierte hoch" sowohl das Ausschreiben des Kreistages wie die eigenen Rüstungen und ließ sich auf nichts ein; er drohte, lieber alles liegen lassen zu wollen, um sie mit Gewalt zu hindern: dabei verblieb er[6].

Mit diesem Bescheide mußte Engelbrecht weiterreisen. In Dresden traf er am 24. Februar ein und fand hier die Konfe-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

renzen mit Kurbrandenburg[1] in vollem Gange; auch sonst traf es sich günstig für ihn, um sich über das ganze Getriebe der sächsischen Friedenspolitik gründlich zu informieren; denn gleichzeitig waren auch Landgraf Georg von Darmstadt, Markgraf Christian von Kulmbach[2] und der Franzose la Grange anwesend, auch die dänischen Abgesandten Reventlow und Wartensleben traf er an, von denen der letztere soeben mit den verheißungsvollen Versprechungen vom Kaiser und Wallenstein zurückgekehrt war.

Engelbrecht war klug genug, die Lage der Dinge zu übersehen. Er erkannte, wie schroff sich Sachsen und Schweden gegenüberstanden und wie sehr sich die Kluft noch in jüngster Zeit durch die Ernennung Thurns zum schwedischen Kommandanten in Schlesien erweitert hatte. Er sah, welche Schwierigkeiten allein schon die Berufung des allgemeinen evangelischen Konventes bereitete, er sah auch, daß man wegen des Direktoriums „so in contradictoriis" war, daß er an einer Vereinigung zweifeln mußte. Er erkannte aber auch, daß Sachsen durch Oxenstierna bereits ins Hintertreffen gedrängt worden war, zumal die beiden anderen Kurfürsten, Pfalz und Brandenburg, ihm das Direktorium eingeräumt hatten. So warnte er sogleich seinen Herrn „bis er der Inclination dieses Orts versichert, sich wohl in Acht zu nehmen und zu verhüten, daß er in kein Handgemenge komme, sondern zu sehen, wie es aufs beste hinzuhalten: habe dessen erhebliche Ursachen"[3].

Auch er klagte über die Langsamkeit des Dresdener Kabinetts, konnte aber schließlich berichten, daß Sachsen die dänische Interposition angenommen habe; im übrigen rede man viel vom Frieden, doch sehe man wenig Fortschritte.

Der Bescheid, den er erhielt[4], fiel dementsprechend aus. Der Kurfürst billigte sowohl die Werbungen wie das Ausschreiben des Kreistages; das gehöre zum jus superioritatis, und er wisse nicht, wie man das einem freien Fürsten wehren wolle; das Verfahren des Reichskanzlers müsse großes Nach-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

denken erwecken, und über seine Drohungen sei er nicht wenig perplex; trotzdem erachte er es für nötig, mit Schweden gute Vertraulichkeit und Korrespondenz zu erhalten; über seine Friedensbemühungen und den allgemeinen Konvent sei Engelbrecht ausführlich informiert, er bitte ihn, getreulich zur Herbeiführung eines Universalfriedens mitzuhelfen.

Das war ein wenig erfreulicher Bescheid; nicht anders lautete der von Brandenburg. Obwohl der Kurfürst noch kurz zuvor die Werbungen seines Schwagers gebilligt hatte[1], war er doch nach den Besprechungen mit Oxenstierna anderen Sinnes geworden: es wäre besser gewesen, wenn er sich vorher mit dem Reichskanzler ins Einvernehmen gesetzt hätte, in den jetzigen Zeiten müsse alles vermieden werden, was Trennung und Mißtrauen befördern könne, wenn er auch nicht bezweifle, daß ihm das Recht dazu als freiem Fürsten zustehe[2].

Der Kanzler Engelbrecht hatte selbst Zeuge sein müssen, wie die Konferenzen mit Brandenburg ohne Ergebnis verliefen, so daß Sachsen isoliert blieb und den allgemeinen Konvent aufgeben mußte. Schweden war Sieger geblieben, und Sachsen war auf die dänischen Friedenspläne angewiesen, über deren Unsicherheit es nicht im Zweifel sein konnte. So war sein Zutrauen auf die sächsische Hilfe stark ins Wanken geraten, und die Folge mußte ein Einlenken gegenüber Schweden sein. Sehr charakteristisch ist es denn, daß er es auf der Rückreise vermied, Herzog Wilhelm von Weimar aufzusuchen, obwohl es sein Herr wünschte: er hielt es „aus vielen Ursachen" nicht für ratsam, jetzt dorthin zu gehen[3].

Mitte April berichtete er in Braunschweig[4] über seine Mission, von der er nicht ohne Humor sagt, sie sei zwar sehr teuer gewesen, dafür erhalte der Herzog plenam informationem totius status. Doch war Friedrich Ulrich keineswegs gesonnen, sogleich seine einmal eingeschlagene Politik zu ändern. Er hatte seinem Kanzler nicht nur alle die „fast bedenklichen" Schreiben Oxenstiernas und seiner Generäle nachgesandt, er fand es auch ganz gerechtfertigt, daß Sachsen auf Berufung

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und Präsidium des allgemeinen Konventes nicht verzichte, es könne nicht ohne Schimpf und Präjudiz weichen, sonst gewänne es das Aussehen, als wollten die evangelischen Fürsten und Stände „ihren statum politicum andern in etwas submittieren"; auf dem Konvente solle es so eingerichtet werden, daß man „freie Hand habe und libertati votorum nicht präjudiziert werden möge", damit das „arbitrium pacis et belli nicht in alienam potestatem gerate".

Auch nach dem Berichte Engelbrechts blieb er bei seiner Meinung[1]; er bedauerte lebhaft die Verhinderung des Konventes und teilte die Besorgnis des Kurfürsten wegen Beeinträchtigung der deutschen Libertät; seine Hoffnungen setzte auch er auf die Friedensverhandlungen und bat um Nachrichten über die dänische Vermittlung und über den Erfolg der Konferenzen, die Landgraf Georg mit den Kaiserlichen in Leitmeritz gehabt habe.

Steinberg hatte recht, wenn er noch Mitte Mai berichtete: hiesige consilia gleichen den Dresdnern ut ovum ovo[2].

Inzwischen hatte sich in Dresden die ganze antischwedische Friedenspartei zusammengefunden, und es war die Frage, ob sie imstande sein würde, das energische Zugreifen des Reichskanzlers zu paralysieren[3].

Noch ehe Oxenstierna von Dresden wieder abreiste, traf am 2. Januar 1633 Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt dort ein. Ebenso übergab Arnim am Tage nach des Reichskanzlers Abreise seinem Kurfürsten ein weiteres Promemoria[4], das — als Fortsetzung des früheren vom 30. November — nunmehr, nachdem über den unvereinbaren Zwiespalt mit Schweden volle Klarheit geschaffen war, den Kurfürsten aufforderte, ungesäumt die Friedensverhandlungen aufzunehmen, und zwar durch dänische Vermittlung. Da bereits am 15. Januar der dänische Rat Detlev von Reventlow in Dresden eintraf, mußte das Arnim wie eine höhere Fügung erscheinen[5].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der König von Dänemark hatte sich sofort nach der Nachricht vom Tode seines schwedischen Rivalen entschlossen, aus seiner wider Willen gespielten passiven Rolle herauszutreten[1]; gegen Schweden militärisch vorzugehen, versagten ihm seine Reichsräte, so hatte er es auf diplomatischem Wege versucht, noch ehe die sächsische Aufforderung ihn erreichte. Am 11. Dezember erbot er sich dem Kaiser zur Vermittlung und fertigte dann zwei Gesandte ab[2], Johann Joachim von Wartensleben zum Kaiser und Wallenstein, und Detlev von Reventlow[3] zu den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg. Seine Bestrebungen gingen aber keineswegs dahin, Schweden von den Friedensverhandlungen auszuschließen; sondern wie es der Landgraf von Hessen-Darmstadt im Jahre 1631 versucht hatte, wollte auch er jetzt nur die weitgehenden schwedischen Pläne vereiteln, indem er Oxenstierna verhinderte, die schwedische Stellung durch Erneuerung der Verträge mit den deutschen Ständen wieder zu befestigen, und indem er den Kaiser veranlaßte, den Protestanten mit billigen Friedensbedingungen entgegenzukommen[4].

Der eifrigste Vorkämpfer der Friedensidee war aber, wie erwähnt, Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt. Er hatte die Nachricht von dem Tode des Königs am 24. November in Marburg erhalten, und sofort stand es bei ihm fest, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, das Friedenswerk mit Erfolg durchzuführen. Aber rasches Handeln war notwendig. Einigte sich — so meinte er — Kursachsen jetzt mit dem Kaiser, so hatte es die ausschlaggebende Stellung an sich gerissen, und Schweden war auf das ihm zukommende Maß beschränkt, seine Übermacht war beseitigt, so sehr hielt er die Stellung Schwedens für erschüttert. Aber auch für Sachsens Partikularwünsche war die Konstellation günstig, da dem Kaiser in der Tat damals alles daran liegen mußte, Sachsen zu gewinnen; daß dann der Landgraf selbst nicht zu kurz kommen würde, lag auf der Hand.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Unverzüglich wandte er sich deshalb an Kursachsen wie an den Kaiser. Ersteres forderte er auf[1], sich der schwedischen Truppen zu versichern, und solange der Frieden nicht gewiß sei, die Waffen nicht niederzulegen; ferner solle es eine Anzahl evangelischer Stände an sich ziehen, auf die es sich verlassen könne, und mit ihnen über die Friedensbedingungen beraten, ein allgemeiner evangelischer Konvent sei zu langwierig und zu gefährlich; auch erbot er sich, zum Kaiser und den katholischen Kurfürsten zu reisen, sobald er nur des Kurfürsten Bedingungen kenne.

Dem Kaiser teilte er seine Hoffnung mit[2], daß nach des Königs Tode Kursachsens Friedensbemühungen die Oberhand gewinnen würden, ja er erbot sich, zu mündlichen Verhandlungen von Dresden aus an die böhmische Grenze zu kommen, und bat sogar um Nachricht, was Kursachsen für sich wegen seines Schadens für eine Ergötzlichkeit zu erwarten habe. Das war ein deutlicher Wink für die kaiserlichen Räte; er zeigte ihnen den Weg, der schließlich zum Prager Frieden führte.

Zufällig hatte der Landgraf damals bei dem schwedischen Reichskanzler seinen Erbküchenmeister von Hertinghausen als Gesandten[3]; durch ihn forderte Oxenstierna den Landgrafen auf, nach Dresden zu reisen und dem ganzen evangelischen Wesen mit einraten zu helfen[4]. Nichts konnte dem Landgrafen erwünschter kommen, wenngleich er nicht daran dachte, im Sinne des Reichskanzlers tätig zu sein.

In Dresden wünschte man des Landgrafen Erscheinen ebenfalls, namentlich die kaiserlich gesinnten unter den Räten, an ihrer Spitze v. Werthern; sie forderten ihn sogar auf, sich vorher über des Kaisers Gesinnung zu vergewissern[5]. Und der Kaiser ging sofort auf des Landgrafen Anregung ein, wie wir später sehen werden[6].

Als er freilich in Dresden ankam, fand er manches anders, als er es sich gedacht hatte: die Treue der deutschen Generäle hatte durch alle sächsischen Verlockungen einen dicken

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Strich gemacht, und statt daß Kursachsen die Friedensverhandlungen in die Hand genommen hatte, erfuhr er, daß man das Dänemark überlassen wolle. Trotzdem ging er frisch ans Werk[1], und bereits nach wenigen Tagen wußte Oxenstierna über seine Tätigkeit zu berichten[2]. Doch kam zunächst alles darauf an, wie sich der Kaiser auf die dänischen Anträge erklären würde, auch wie sich Brandenburg verhalten würde, dessen Ankunft man erwartete. So lange mußte der Landgraf mit selbständigen Schritten an sich halten.

In Dresden hatten die Konferenzen mit Oxenstierna auch das zur Folge gehabt, daß man jetzt der Frage eines allgemeinen evangelischen Konventes nähertrat. Kursachsen war das Haupt der evangelischen Stände in Deutschland, und deshalb war es nur natürlich, wenn sich die Stände nach dem Tode des Königs an den Kurfürsten wandten, und nicht nur die deutschen Stände, auch die ausländischen Mächte, vor allem die, welche Schwedens Übermacht zu fürchten hatten: Frankreich, England und die Generalstaaten[3]. Von allen Seiten schlug man dem Kurfürsten einen Konvent als nötig vor, aber alle evangelischen Stände, mit verschwindenden Ausnahmen, fügten die Notwendigkeit des Zusammengehens mit Schweden hinzu[4]. Bei allen war die Erinnerung lebendig, wie schmählich sie von Sachsen in der Not im Stiche gelassen worden waren und daß sie allein dem Könige von Schweden ihre Rettung zu verdanken hatten. Sachsen hat daraus ersehen müssen, daß sein Ausschreiben eines Konventes wahrscheinlich mit einer Niederlage geendet haben würde: ohne Schweden wollten ihn die Stände nicht, und mit Schweden würde Sachsen sehr bald die Führung verloren haben.

Es kamen aber auch noch andere Fragen in Betracht. Sachsen war überhaupt kein Freund solcher Konvente, auf denen es, wenn auch primus, so doch inter pares war, und deren Majoritätsbeschlüssen es sich hätte fügen müssen. Das

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

war durchaus nicht in seinem Sinne, im Gegenteil, es wünschte, selbst freie Hand zu behalten und den Ständen seinen Willen aufzuerlegen, wie es das auf dem Leipziger Konvente gemacht hatte; das haben ihm die Stände nicht vergessen. Als der Kurfürst im Februar und März 1632 zu Torgau mit dem von Brandenburg zusammenkam, proponierte Sachsen, „damit wegen der anderen evangelischen Stände die Sachen nicht so weitläufig würden", eine Zusammenkunft der schwedischen, sächsischen und brandenburgischen Räte vor dem in Aussicht genommenen Friedenskonvente; hier sollten die Haupt- und Prinzipalpunkte abgemacht werden, denen dann die übrigen Stände auf dem allgemeinen Konvente hätten zustimmen müssen. Es war doch mehr als fraglich, ob die Stände jetzt abermals mit einem solchen Verfahren einverstanden sein würden.

Das schwerste Bedenken gegen einen allgemeinen Konvent war aber das, daß sich Sachsen mit den Ansprüchen Schwedens auf Ausschreiben und Direktion des Konvents hätte auseinandersetzen müssen. Auch diese Frage war bereits zu Torgau zwischen beiden Kurfürsten erörtert worden, und Brandenburg hatte beides dem Kurfürsten von Sachsen eingeräumt. Sachsen wußte freilich nicht, daß Brandenburg im Widerspruch damit dem Könige die Direktion in den allgemeinen Friedensfragen übertragen, die sächsische Direktion dagegen auf die Verhandlungen der evangelischen Stände mit Schweden beschränken wollte[1]. Es war sicher, daß Schweden sich jetzt ebensowenig einem sächsischen Direktorium auf dem Konvente fügen würde wie zu Lebzeiten des Königs. In Berlin hat Oxenstierna auch diese Forderungen auf das bestimmteste erhoben[2].

Alle diese Bedenken haben den Kurfürsten und seine Räte bewogen, zunächst von einem allgemeinen evangelischen Konvent abzusehen, obwohl Arnim ihn in seinem Gutachten vom 30. November empfohlen hatte. Nach Oxenstiernas Abreise ist aber ein Umschwung in den Ansichten eingetreten,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und gegen Ende des Januar 1633 war der Entschluß gefaßt, trotz Oxenstierna den Konvent zu berufen. Von Einfluß sind dabei vor allem die Ausführungen des Darmstädter Landgrafen gewesen. Hatte der Landgraf vorher nicht zu einem Konvente geraten[1], so änderte er jetzt seine Meinung — vielleicht angesichts der allgemeinen Forderung — und empfahl, wie Arnim, jetzt dringend die Berufung des allgemeinen Konventes; und in der Form, wie ihn der Landgraf vorschlug, entsprach er auch durchaus den Wünschen Sachsens. Der Kurfürst sollte den Konvent berufen und leiten, ohne Mitwirkung Schwedens, und — vor allem — „nicht so sehr den Schluß aus den vorstehenden deliberationibus nehmen, als in dieselbe bringen"[2]; der Kurfürst sollte allen weitschweifigen Beratungen damit zuvorkommen, daß er seine Meinung „wie und welcher gestalt er eigentlich und beständig zu verfahren gemeint sei", bald anfangs entdecke und die Erklärung der Stände fordere. Das kam auf das zu Leipzig eingeschlagene Verfahren hinaus, den Ständen seinen Willen aufzuerlegen.

Doch alles das sowie die Antwort auf die angebotene dänische Interposition mußte verschoben werden auf die Konferenzen mit dem Kurfürsten von Brandenburg, dessen Ankunft man in Dresden mit Verlangen erwartete. Arnim hatte mit Nachdruck auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, sich Brandenburgs zu versichern, und der Landgraf unterstützte ihn hierin lebhaft[3], Arnim erbot sich, selbst nach Berlin zu reisen, und der Kurfürst hatte sich auch bereits einverstanden erklärt; auf den Widerspruch seiner Räte änderte er aber seine Meinung[4] und sandte Arnim nach, Schlesien zur Armee. Welche Gründe die Räte zu diesem verhängnisvollen Schritte bewogen haben, ist schwer zu sagen: ob es Eifersucht auf Arnims zunehmenden Einfluß war, ob sie es nicht mit der Würde ihres Herrn vereinbar hielten, den ersten Schritt zu tun, ob sie unterrichtet waren, daß Kur-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

brandenburg sich doch nicht von Schweden trennen würde, wir wissen es nicht. In Küstrin sollen Anfang Januar Besprechungen mit dem sächsischen Feldmarschall, Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg, und Gesandten Arnims stattgefunden haben[1]: einem einsichtigen Beobachter hätte die schwedenfreundliche Stimmung des Brandenburgers und seine Abneigung gegen Sachsen nicht entgehen können, sie hätten also erst recht ein Ansporn für Sachsen sein müssen, rasch und energisch einzugreifen. Das hat Sachsen aber nicht getan und damit einen nicht wieder gutzumachenden Fehler begangen; denn das, was Sachsen unterließ, hat Oxenstierna reichlich getan, und Brandenburg kam ihm auf halbem, ja ganzem Wege entgegen. Deshalb muß es fraglich bleiben, ob Sachsen noch viel an der Haltung Brandenburgs hätte ändern können.

Am 22. Februar traf der sehnlichst erwartete Kurfürst von Brandenburg in Dresden ein, begleitet von seinem Kanzler Götzen und den Räten v. d. Knesebeck und Stripe; am folgenden Tage begannen die Unterhandlungen, die sich fast vier Wochen lang hinzogen[2].

In der ersten Frage: ob ein Friede zu schließen oder der Krieg fortzusetzen sei, waren beide Kurfürsten einig, daß ein sicherer Universalfriede nicht auszuschlagen sei; bis dahin solle man die Waffen in den Händen behalten und sich der errungenen Vorteile nicht berauben lassen. — In allen andern Fragen aber konnte nur der Zwiespalt beider Kurfürsten zutage kommen, da Brandenburg sich ganz im schwedischen Fahrwasser bewegte, gemäß den Konferenzen mit Oxenstierna in Berlin[3], der Einfluß Götzens überwog vollständig. Doch hielt sich Brandenburg im ganzen sehr zurück und ging allen ernstlichen Erörterungen aus dem Wege; es begnügte sich, seinen Standpunkt zu wahren[4]. So war von vornherein die Erfolglosigkeit der Konferenzen sicher.

Es standen drei Hauptfragen zur Beratung: 1. der allgemeine Konvent, 2. Oxenstiernas drei media über die Fortführung des Krieges und 3. die dänische Interposition.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zur Frage eines Konventes erklärte Brandenburg, daß auch Oxenstierna dem nicht abgeneigt sei; er fordere aber Ausschreiben und Direktion desselben, da seinem Könige die Direktion des jetzigen Krieges und der darauf folgenden Friedensverhandlungen — in andere Reichssachen hätte er sich nicht zu mischen — von allen Konföderierten aufgetragen worden sei; auch sei die Krone Schweden nicht lediglich als ausländischer Assistent zu achten, Schweden habe viele ansehnliche Länder im Besitze, unter andern Mainz, dem das Direktorium gebühre. Oxenstierna habe gedroht, falls ihm die Direktion nicht verbleibe, hinaufzuziehen und sich mit Frankreich zu vereinigen[1]. Brandenburg riet deshalb, sich vor dem Ausschreiben mit Oxenstierna zu vergleichen, sonst möchten wenig Stände erscheinen und die Erschienenen aus ihrer Allianz mit Schweden zu treten, Bedenken tragen. Der Konvent würde dann statt zur größeren Einigkeit zur Spaltung unter den Evangelischen führen und damit die Hoffnungen ihrer Gegner erfüllen.

Sachsen erklärte darauf rundheraus[2], daß es dem Ausländer Ausschreiben und Direktion des Konventes nun und nimmer einräumen werde. Der Ausspruch Oxenstiernas, daß er sich in andere Reichssachen nicht mischen wolle, zeige nur um so deutlicher, daß er die Ansprüche des Königs auf das arbitrium pacis et belli aufrechterhalte; das gehöre ad jura summae majestatis und sei das höchste Regal eines jeden Reiches: „es in fremder Nationen Hände zu stellen, wolle keineswegs verantwortlich sein". Oxenstierna werde bei näherer Überlegung das nicht in alieno imperio begehren, zu dessen Rettung der König die Waffen erhoben habe. „Die ohnästimierliche teutsche Libertät" hänge daran, und selbst dem Kaiser sei solches absolute nicht anheimgestellt. Brandenburg selbst habe zu Torgau erklärt, daß Sachsen Ausschreiben und Direktion des Konvents zukomme. Der Reichskanzler habe nicht angestanden, die vier oberen Kreise zusammenzuschreiben: warum solle es ihm, einem so vornehmen Kurfürsten des Reiches, verwehrt sein?

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Brandenburg wußte hierauf nicht viel zu antworten: es glaube nicht, daß Oxenstierna mit der prätendierten Direktion die jura majestatis und das arbitrium pacis et belli, also die höchsten regalia imperii an sich ziehen wolle; es habe niemals im Reich von einer solchen Direktion gehört — und das, obwohl doch Gustav Adolf vor kurzem erst seine Ansprüche auf das jus supremum, die jura superioritatis ausgesprochen hatte! —, es hoffe nicht, daß man itzo mit dergleichen Extremitäten umginge. Man wolle vielmehr ein consilium, einen Bundesrat, formieren, an dessen Zustimmung der Reichskanzler gebunden sei. Brandenburg verblieb dabei, mit dem Konvente so lange in Ruhe zu stehen, bis beide Kurfürsten sich mit dem Reichskanzler verglichen hätten — es versagte also in der Konventsfrage vollständig.

In der zweiten Frage, über Oxenstiernas drei media, gab Brandenburg seiner Stellung auf seiten Schwedens deutlich Ausdruck, indem es erklärte, daß dem „Sueco eher das Direktorium anzuvertrauen, als im widrigen Fall zu einer Trennung Ursache zu geben". Doch war auch Brandenburg für das zweite medium: die Trennung in zwei corpora, Schweden und Sachsen, als das jetzt allein ausführbare; denn auf die Schweden sei jetzt nicht zu verzichten, da man ihrer nicht entbehren könne, und der verlangte Rekompens dann von den Evangelischen genommen werden müsse.

Sachsen lehnte dagegen jetzt alle drei media Oxenstiernas ab, selbst das zweite, das Sachsen allerdings auch in der Form, wie der Reichskanzler es vorgeschlagen hatte, nicht annehmen konnte. Sollte Sachsen wirklich allein bleiben, während Schweden alle evangelischen Stände um sich sammelte, so wäre das eine so ungleiche Verteilung gewesen, daß Sachsen in der Tat die Last allein auf die Dauer nicht hätte ertragen können; aber Oxenstierna war ja weit entfernt, seinem Rivalen eine gleichberechtigte Stellung einräumen zu wollen. Sachsen dagegen forderte eine Unterstützung, wie sie ihm zu Leipzig zugesagt worden sei.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Brandenburg fand zwar billig, daß Sachsen unterstützt werde, doch für sich lehnte es eine Hilfe ab, es sei selbst beschwert und brauche seine eigenen Hilfsmittel zu weiteren unumgänglichen Werbungen; auch hier werde Oxenstierna abzuhelfen wissen, wenn sich Sachsen an ihn wenden würde. Käme man mit den eigenen Mitteln nicht aus, so müsse man fremde heranziehen.

Letzteres lehnte Sachsen entschieden mit den charakteristischen Worten ab: „semel enim invitati dant operam, ut maneant: man kann derselben hernach nicht wieder loswerden". Daß Brandenburg sich stärke, freue Sachsen, doch vertraue es, daß man den Leipziger Schluß als Norm verbleiben lasse, der klar das Maß gäbe, wie es damit zu halten sei, d. h. es forderte, daß Brandenburg seine Truppen unter Sachsens Kommando stelle. Und in dieser wichtigen Forderung hat Brandenburg nachgegeben: es versprach, seine Truppen mit den sächsischen zu vereinigen und „im Felde und in der Exekution"[1] Arnims Kommando zu untergeben. Davon nachher mehr.

So war auch in dieser zweiten Frage die Konferenz ohne Ergebnis, bis auf die allerdings sehr bedeutungsvolle Unterstellung der brandenburgischen Truppen unter sächsisches Kommando.

Die dritte Frage, die der dänischen Interposition, fand sehr bald ihre Erledigung. Brandenburg hatte sogleich auf die sächsische Anfrage erwidert[2], daß es sie wohl leiden möge, hatte aber doch zur Vorsicht ermahnt, da man erst wissen müsse, wieweit auch der Feind dazu bereit sei; es werde sich aber dem akkommodieren, „was diesfalls Sachsen und andere Konföderierte gut finden werden". Der Zufall wollte es, daß gerade damals der dänische Gesandte, v. Wartensleben, aus Wien zurückkam (23. Februar)[3] und berichtete, daß sowohl Wallenstein wie der Kaiser sich durchaus dem Frieden geneigt gezeigt und die Interposition angenommen hätten[4]. Damit schien die Hauptbedingung erfüllt, und Sachsen zögerte

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht mehr, nunmehr ebenfalls die Annahme der dänischen Interposition auszusprechen[1]. Dem Kurfürsten von Brandenburg teilte es seine Resolution mit: da auch Brandenburg bereits seine Zustimmung erteilt habe, halte es diesen Punkt für erledigt; es übersah dabei, daß Brandenburg seine Zustimmung noch von der „anderer Konföderierten" abhängig gemacht hatte, nicht von der sächsischen allein. Um seine Stellung zu wahren, nahm Brandenburg zwar jetzt auch die dänische Interposition an, doch unter der Voraussetzung, daß auch die anderen Stände zustimmten[2].

Auch hierin zeigte sich also die grundsätzliche Verschiedenheit beider Kurfürsten.

Bei diesen Beratungen haben sich beide auch sehr eingehend über die Forderungen, die man bei den Friedensverhandlungen zu stellen habe, geäußert[3]. Zu Torgau hatte Brandenburg an Sachsen ein corpus mediorum überreicht[4], das die Forderungen der Evangelischen darstellen sollte. Jetzt übergab Sachsen einen Entwurf, der sich im wesentlichen auf ein Gutachten Georgs von Darmstadt stützte[5]. Ein Vergleich der Torgauer mit den Dresdner Forderungen lehrt, daß letztere wesentlich über erstere hinausgingen und daß sie die evangelischen Interessen in durchaus sachgemäßer Weise vertraten. Hatte Brandenburg das Jahr 1618 als Normaljahr für den Besitz der reichsunmittelbaren geistlichen Stifter und Güter durch Evangelische gefordert, so setzte Sachsen jetzt den 1. Januar 1612 fest — die Zeit vor dem Tode Kaiser Rudolfs II., als die Protestanten noch im ungestörten Besitze ihrer Religionsprivilegien gewesen waren — und fügte freie Religionsübung für die Protestanten hinzu, dort, wo sie je damit privilegiert gewesen waren. So sollten auch alle geistlichen Güter und Gefälle in den evangelischen Territorien, die am 1. Januar 1612 noch im Besitz von Katholiken gewesen waren, den protestantischen Landesherren zufallen: Brandenburg hatte diesen Punkt auf weitere Verhandlungen gestellt. Jede katholische Gerichtsbarkeit in evange-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

lischen Territorien sollte aufhören. Zu Torgau hatte Brandenburg den geistlichen Vorbehalt nach 1555 anerkannt, wenn er nicht ganz suspendiert werden könnte, doch sollte es dem Prälaten freistehen, zusammen mit seinem Kapitel zum Protestantismus überzutreten. Sachsen dagegen war bereit, den Vorbehalt zu dulden, wenn den Protestanten die angegebenen Bedingungen zugebilligt würden, und verlangte für den Übertritt eines Prälaten zum Protestantismus auch noch die Zustimmung seiner Landstände. Für das Reichskammergericht und den Reichshofrat wurde Parität verlangt. Alle Ligen und Unionen im Reiche sollten verboten sein — Brandenburg hatte nur die katholischen abschaffen wollen —, doch unter Wahrung des Rechtes, sich zu verteidigen, für die Protestanten. Als assecuratio sollte die Aufnahme der Abmachungen in die Reichsgesetze, die Wahlkapitulation und den Kurverein in Form einer pragmatischen Sanktion gelten, auch dem Kammergericht geboten werden, darüber zu wachen. Die Mecklenburger Herzöge sowie Pfalzgraf Ludwig Philipp von Simmern sollten restituiert werden.

Zu allen diesen Punkten hatte Brandenburg nichts Wesentliches hinzuzufügen, nur daß es den evangelischen Böhmen nicht nur freie Religionsübung, sondern auch Parität in den öffentlichen Ämtern und sonst gewährleistet zu wissen wünschte[1]. Selbst Chemnitz, der schwedische Historiograph, urteilt über diese sächsischen media pacis, daß sie „ziemlich und vor die protestierenden Kur-, Fürsten und Stände in Deutschland nicht uneben gestaltet" gewesen seien[2].

Schwierigkeiten bereiteten nur die beiden bedenklichsten Punkte: die pfälzische Sache und die schwedische Satisfaktion. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt hatte zu dem ersten Punkte vorgeschlagen, daß den Kindern Friedrichs V. die Unterpfalz restituiert werden sollte, daß der Bayernfürst dagegen die Oberpfalz dauernd und die Kurwürde auf Lebenszeit behalten sollte, dann sollte sie an die pfälzische Linie zurückfallen. Brandenburg nahm sich seiner verwandten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Glaubensgenossen aufs wärmste an und verlangte alsbaldige Wiedereinsetzung der pfälzischen Kinder in sämtliche Länder und Würden; es hätte deshalb auch den Pfalzgrafen Ludwig Philipp sofort als Administrator anerkannt. Sachsen dagegen verweigerte wie bisher diese Anerkennung und wünschte die Verschiebung der pfälzischen Angelegenheit auf die Friedensverhandlungen, die brandenburgische Forderung würde die Gegner nur noch mehr reizen. Die Brandenburger antworteten: die Erbitterung sei schon so groß, daß sie größer nicht werden könne, auch würde der Gegner überhaupt in nichts nachgeben, er werde denn gezwungen. In dieser Frage konnte keine Einigung erzielt werden, da auch Sachsen auf seinem Standpunkte verharrte.

Die wichtigste Frage von allen war aber die der schwedischen Satisfaktion, über die ebenfalls viel verhandelt wurde. Sachsen erklärte von Anfang an, daß Schwedens Anspruch darauf gerechtfertigt sei, doch müsse sie von der „Gegenseite" erfolgen, sie sei deshalb auf die Friedensverhandlungen zu verschieben. Die Frage bekam aber dadurch ein erhöhtes Interesse, daß Sachsen jetzt die Meinung Brandenburgs über die von Gustav Adolf erhobene Forderung — also Pommern — zu wissen begehrte, die ja Sachsen dem Mitkurfürsten vertraulich weiterberichtet hatte, ohne bisher eine Antwort erhalten zu haben. Die Brandenburger verhielten sich in dieser so eminent wichtigen Frage sehr zurückhaltend[1]: daß die Satisfaktion ex hostico zu nehmen sei, hielten auch sie für nötig, doch müsse man sich vorsehen, daß dem Reiche durch seine Dankbarkeit keine Unruhe und Beschwerde verursacht werde, und das könne nicht ausbleiben, wenn es Pommern oder andere Küstenstriche sein sollten[2], wie Gustav Adolf vorgeschlagen habe; diese Sache gehöre vor alle Stände und sei deshalb auf die Friedensverhandlungen zu verschieben, wobei Brandenburg auf Sachsens Unterstützung rechne. — Bedenkt man die ausführlichen Widerlegungen, über die Brandenburg sonst gegen die schwedischen Ansprüche zu verfügen pflegte, so

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

müßte diese Kürze auffallen, wenn man nicht wüßte, daß Brandenburg die pommersche Frage durch das eben wieder angeregte Heiratsprojekt zu regeln gedachte. Brandenburg hatte bis jetzt nichts davon verraten, und Sachsen hat mehrfach versucht, den Kurfürsten zur Mitteilung zu bewegen. Am 8. März forderte es Brandenburg auf, ihm seine Gedanken zu eröffnen, wie und womit Schweden billige Rekompens geschehen könne, und als Brandenburg darauf abermals auswich — es wisse nicht was Schweden begehre (!) und was die Stände bewilligen würden —, wurde Sachsen dringlicher: obwohl diese Sache zu den Hauptraktaten gehöre, so sei es doch der Meinung, „es könne ungefährlich noch etwas mehreres sich hierüber in hohem Vertrauen zwischen Ihren beiderseits kurfürstl. Durchl. wohl beredet werden". Das war deutlich, aber Brandenburg schwieg auch darauf, es war vollkommen von dem Heiratsprojekt gefangengenommen.

Übersieht man diese wichtigen Konferenzen im ganzen, so ergibt sich als Resultat eine große Verschärfung des Gegensatzes zwischen Schweden und Sachsen. Es war Sachsen in fast keinem Punkte gelungen, Brandenburg zu sich herüberzuziehen, das beharrlich seine Stellung an der Seite Schwedens festhielt. Für Sachsen bedeutete das eine empfindliche Niederlage, da sich daraus mit Sicherheit seine fast völlige Isolierung unter den evangelischen Ständen ergab. Es mußte nunmehr die Absicht, den Konvent zu berufen, aufgeben[1] und seine Bemühungen auf die Wiederherstellung des allgemeinen Friedens richten, wie ihn bereits Dänemark erstrebte. Wie sehr sich das Verhältnis zu Schweden verschlechtert hatte, ersieht man aus der Formulierung der Ansprüche Sachsens auf die Direktion und der Zurückweisung der schwedischen Ansprüche, wie sie seine Antwort an Brandenburg vom 1. März enthielt, und aus dem Gutachten Arnims vom gleichen Tage[2], das einen maßgebenden Einfluß auf jene Antwort ausgeübt hat. So scharf wie hier finden wir sonst nirgends die Bestrebungen Schwedens und die Folgen, die die Einräumung

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

des Direktoriums haben würde, gekennzeichnet. Die Berufung des Ulmer Konventes, die Verhinderung des niedersächsischen Kreistags, und vor allem die Ernennung Thurns hatten die Situation für Sachsen völlig geklärt[1], und es ist kein Zweifel, daß an der Schärfe von Arnims Gutachten diese Ernennung Thurns ihren wesentlichen Anteil hatte. Arnim legte ihr große Bedeutung bei, größere, als ihr in Wirklichkeit zukam. Es war klar, daß dadurch und durch die erlittene Niederlage die Erbitterung gegen Schweden nur wachsen mußte, sie wurde gesteigert durch die weiteren Maßregeln Oxenstiernas, dem Einfluß des Rivalen entgegenzutreten[2]. Arnim fand in allem seine Ansicht bestätigt, daß nur die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens das Reich in seiner alten Verfassung zu retten vermöge. Da das mit Schweden nicht möglich war, so blieb nur die Verständigung mit dem Kaiser selbst übrig — oder mit Wallenstein, der über die kaiserliche Armee verfügte. Sachsen war entschlossen, diesen Weg zu beschreiten, mochten sich die anderen evangelischen Stände nun anschließen oder nicht[3], zunächst sollte ihm dazu die dänische Interposition dienen.

Aber nicht nur für Sachsen waren diese Konferenzen von entscheidender Wichtigkeit, nicht weniger bedeutungsvoll waren sie für Brandenburg. Im brandenburgischen Rate überwog jetzt die Schweden ergebene Partei durchaus. Götzen hat in den Beratungen, die die Brandenburger in Dresden über die sächsischen Anträge führten, mit außerordentlicher Schärfe seiner Mißstimmung gegen Sachsen Ausdruck gegeben[4]. Man beschuldigte Sachsen, es wolle sich selbst das arbitrium pacis et belli et majestatis anmaßen, wie das den Schweden vorgeworfen werde; schon zu Leipzig hätte Sachsen das Direktorium so geführt, daß sich die Stände darüber beschwert hätten. Es gäbe aber kein Direktorium unter den evangelischen Kurfürsten, und das brandenburgische Votum gelte ebensoviel wie das sächsische. Beim Trunk gerieten die beiden Kurfürsten selbst darüber aneinander[5], als Sachsen sich auf den

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Leipziger Schluß berief: „Ihr habt mich gleichwohl zu Leipzig einmal für Euer Haupt erkannt und erhoben"; Brandenburg antwortete: „Ich weiß von keinem Haupt, E. Lbd. seind ein Kurfürst des Reichs, dafür halte ich Sie; das bin ich auch, hoffe E. Lbd. werden mich ingleichen dafür erkennen." Dementsprechend hatte ja Brandenburg auch alle sächsischen Anträge abgelehnt.

Bisher hatte Brandenburg seine Beziehungen zu Sachsen stets aufrechterhalten, auch dann noch, als es schon längst den Anschluß an Schweden vollzogen hatte. Jetzt wendete es sich von Sachsen ab, das ihm doch immerhin eine wertvolle Rückendeckung war; es glaubte, seiner Schweden gegenüber nicht mehr nötig zu haben. Der Anschluß an Schweden, vor allem die verlockende Vermählung mit der schwedischen jungen Königin eröffneten ihm andere, glänzendere Aussichten. Das war das Werk Götzens und seiner Anhänger.

Die Kehrseite war aber die, daß Brandenburg sich damit auch ganz und gar auf Schweden allein verließ, das, wie Götzen meinte, jetzt vielmehr Ursache habe, Brandenburg zu gewinnen[1]. Wie nun, wenn man sich hierin täuschte? Man hatte das ganze Spiel auf eine Karte — das Eheprojekt — gesetzt, wie nun, wenn sie trog? Dann mußte die pommersche Frage in doppelter Schärfe wieder aufleben, und man hatte sich des natürlichen Bundesgenossen beraubt, der, so unzuverlässig er sich bisher gezeigt hatte, doch jetzt gerade die Hilfe des Mitkurfürsten in entscheidender Stunde gesucht hatte.

Nur in einer — allerdings sehr wichtigen — Frage hat sich Brandenburg von Schweden getrennt und zu Sachsen gehalten: in der Unterstellung seiner Truppen unter das Kommando Arnims. Das war um so überraschender, als der Kurfürst eben erst dem Reichskanzler versprochen hatte, sie dem schwedischen Kommandanten in Schlesien zu überlassen[2].

Erinnert man sich aber, wie hartnäckig Brandenburg in seinen Verhandlungen mit dem Könige dem schwedischen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Direktorium über seine Truppen widerstrebt hat, so wird man schließen müssen, daß die Ausführungen Sachsens doch nicht ohne Eindruck auf den Kurfürsten geblieben sind und daß der Kurfürst die Gelegenheit benutzt hat, auch äußerlich seine Selbständigkeit zu behaupten, und das um so mehr, als er Sachsen in diesem Punkte sich gefällig erweisen konnte.

Es kam aber noch ein weiteres Moment hinzu: die Ernennung Thurns zum schwedischen Kommandanten in Schlesien. In Berlin hatte Oxenstierna dem Kurfürsten versichert, daß Arnim auch über die schwedischen Truppen in Schlesien das Kommando haben sollte, das sei auch dem Obersten Duwal zugeschrieben worden[1]; aus diesem Grunde hatte sich Brandenburg mit der Unterstellung seiner Truppen unter schwedisches Kommando bereit erklärt und war auch mit der Ernennung des Grafen Thurn an Stelle Duvals einverstanden gewesen. In Wahrheit änderte aber die Ernennung Thurns die Sachlage vollständig, und das um so mehr, als Oxenstierna ihm das „Direktorium in Kriegs- und Staatssachen" übertragen hatte. Ließ sich das schon nicht mit einer Unterordnung unter Arnims Kommando vereinigen, so schlossen die zwischen beiden bestehenden persönlichen Differenzen ein gedeihliches Zusammenwirken aus. In Sachsen aber sah man in dem an Thurn übertragenen „Direktorium in Kriegs- und Staatssachen" mehr als nur einen Versuch Schwedens, sich zum Herrn Schlesiens zu machen und Sachsen zu verdrängen; für Sachsen war es ein neues Zeichen, daß Oxenstierna die Ansprüche und Ziele seines verstorbenen Herrn aufrechthielt und weiter verfolgte, daß er nach wie vor perpetuam dictaturam in imperio Romano erstrebe, ganz im Sinne Gustav Adolfs[2]. Die Nachricht von der Ernennung Thurns hatte Arnim so in Aufregung versetzt, daß er seine kriegerischen Operationen in Schlesien abbrach und nach Dresden reiste[3].

Der Kurfürst von Brandenburg, der versicherte, daß ihm die Differenzen zwischen beiden nicht bekannt gewesen wären, sah ein, daß er einen Fehler gemacht hatte, als er seine Zu-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

stimmung zur Ernennung Thurns gegeben hatte. Er machte ihn wieder gut, indem er seine Truppen Arnims Kommando unterstellte. Nicht, daß er damit die Partei hätte wechseln wollen, nur seine Selbständigkeit wollte er wahren. Er verlangte, daß Arnim für die brandenburgischen Truppen sorgen solle wie für die sächsischen und daß Brandenburg an allem partizipiere, was erobert werde. Vor allem aber untergab er seine Truppen nur so lange Arnims Kommando, als diese Expedition in Schlesien dauern und sie zum Besten des allgemeinen evangelischen Wesens geführt würde. Sie sächsischen Sonderinteressen zu opfern, war er weit entfernt, und er blieb bei seiner Erklärung auch, als Sachsen zu einem Vergleiche drängte, wonach die Truppen so lange bei Arnim bleiben sollten, „als es Not sei"[1]. Und wie groß sein Mißtrauen gegen Sachsen war, geht deutlich aus dem geheimen Befehle hervor, den er seinem Obersten Burgsdorff erteilt hatte, mit den Schweden allein zu gehen, falls „etwas gefährliches bei Sachsen gesucht werden sollte", d. h. falls Sachsen mit dem Kaiser für sich allein abschließen sollte[2].

Das Wichtigste aber bei diesem ganzen Vorgange war, daß er offenbar auf den Kurfürsten persönlich zurückging, während seine Räte durchaus nicht damit einverstanden waren. Götzen war sehr unangenehm überrascht, daß Oxenstierna die Ernennung Thurns so bald vollzogen hatte, dadurch wurden seine Pläne empfindlich gestört; er hätte wegen der Verhandlungen mit Sachsen gewünscht, daß der Reichskanzler damit noch zwei bis drei Wochen gewartet hätte — wie auch zu Berlin verabredet worden war[3]. Auf den Kurfürsten hatte aber die Wirkung, die Thurns Ernennung in Dresden hervorrief, einen solchen Eindruck gemacht, daß er dem Reichskanzler riet, durch ein besonderes Deklarationsschreiben dem Kurfürsten und Arnim alle Skrupel zu nehmen[4]. Dazu mußte sich auch Oxenstierna verstehen[5], sein erster Angriff gegen Sachsen in Schlesien war abgeschlagen. Der Kampf zwischen Schweden und Sachsen um das brandenburgische

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kontingent, der in den nächsten Jahren eine große Rolle spielte, hatte damit begonnen; der erste Versuch, der dem Reichskanzler in Berlin einen leicht errungenen Erfolg einzubringen schien, war schließlich an dem Umfalle des Kurfürsten gescheitert, der sich den Schweden doch nicht mit Haut und Haaren verschreiben wollte. Der Reichskanzler hatte recht, wenn er sich über die Wankelmütigkeit und das Schwanken der Berliner Politik beklagte. Der Kurfürst und seine Räte waren untereinander selbst keineswegs einig. Der Kurfürst konnte sich doch nicht dazu entschließen, alle Brücken zu Sachsen abzubrechen. Kurz darauf gab der Kurfürst in seinem Verhalten gegenüber der Reise des Landgrafen von Hessen-Darmstadt eine weitere Probe, daß er persönlich keineswegs mit der von seinem Kanzler geleiteten Politik einverstanden war, obwohl er ihr doch zugestimmt hatte und sie auch offiziell aufrechterhielt. Davon später.

Während der Verhandlungen mit Brandenburg war der Landgraf von Hessen-Darmstadt nicht müßig gewesen. Nachdem der Kaiser seine Bemühungen gebilligt[1] und die dänische Interposition angenommen hatte, hielt er es in erster Linie für erforderlich, sich Klarheit über den wichtigsten aller Punkte zu verschaffen, wieweit der Kaiser bereit war, den Evangelischen entgegenzukommen. Davon hing im Grunde genommen das Schicksal aller Bestrebungen ab, den Frieden auch gegen den Willen der Kriegspartei, d. h. in erster Linie Schwedens, herbeizuführen. Sogleich nach dem Eintreffen Wartenslebens in Dresden regte er beim Kaiser von neuem eine Zusammenkunft mit dessen Räten in Leitmeritz an, der der Kaiser unverlängt zustimmte[2]. Er tat diesen Schritt im Einvernehmen mit dem Kurfürsten von Sachsen. Sehr merkwürdig war das Verhalten des Kurfürsten von Brandenburg, der ebenfalls um die Reise des Landgrafen wußte und sie billigte. Es steht fest, daß der Kurfürst persönlich den Landgrafen zu der Reise ermuntert und sich erboten hat, dem Reichskanzler davon Mitteilung zu machen,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und daß er am Vorabend der Abreise des Landgrafen auf einem Bankette ihm zugetrunken und Glück zur Reise gewünscht hat. Später haben die Brandenburger das hartnäckig abgeleugnet und behauptet, ihr Kurfürst hätte nichts von der Reise gewußt, erst eine halbe Stunde vor dem Aufbruche des Landgrafen habe er davon erfahren. Auch hier liegt ein deutliches Zeichen vor, daß die Anschauungen des Kurfürsten und seiner Räte keineswegs übereinstimmten. Der Kurfürst persönlich war offenbar ganz und gar mit der Reise des Landgrafen einverstanden; erst seine Räte mußten ihn auf den Widerspruch aufmerksam machen, in den er sich dadurch mit seiner sonstigen schwedenfreundlichen Haltung setzte. Man fand dann keinen besseren Ausweg, als alles abzuleugnen[1].

Am 23. und 24. März fanden diese Konferenzen statt, wozu der Kaiser den Bischof Anton von Wien und Questenberg abgesandt hatte[2]. Beide Teile verhandelten völlig unverbindlich, die Unterredungen sollten lediglich dazu dienen, die gegenseitigen Absichten und Wünsche kennenzulernen.

Des Landgrafen Ansichten sind bekannt aus dem vorhin erwähnten Gutachten vom 28. Januar[3], das Sachsen im wesentlichen den Brandenburg übergebenen Friedensmitteln zugrunde gelegt hatte. Nur hatte Sachsen mit Rücksicht auf Brandenburg den beiden schwierigsten Fragen — der pfälzischen und der schwedischen Satisfaktion — eine ganz allgemeine Fassung gegeben, indem es sie auf die künftigen Friedensverhandlungen verschob, wenn es ihnen auch im Prinzip zustimmte. Gerade sie zeigen aber, daß der Landgraf den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trug; er war sowohl dafür, den Schweden Teile von Pommern als Reichslehen einzuräumen wie den Pfälzern die Unterpfalz zu restituieren, die Kurwürde dagegen dem Bayernherzog auf Lebenszeit und die Oberpfalz dauernd zu lassen. Mit ersterem kam man den Wünschen Schwedens entgegen; und mit letzterem würde man einen Mittelweg eingeschlagen haben, der den verschiedenen Interessen Rechnung getragen hätte. Würde man

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auch die Oberpfalz zurückverlangt haben, so hätte der Kaiser vertragsmäßig Teile seiner Erblande an Bayern ausliefern müssen; es war sicher, daß der Kaiser sich dazu nie verstehen würde. Auch schonte man die Empfindlichkeit Maximilians von Bayern, wenn ihm die Kurwürde persönlich verblieb, zumal ihn auch Sachsen als Kurfürsten schon anerkannt hatte, und Sachsens Ziel wäre ebenfalls dabei erreicht worden, daß ihm vorläufig das Direktorium der Evangelischen verblieb. Für Darmstadts partikulare Interessen war es außerdem von Vorteil, wenn die Macht des benachbarten Kurfürsten von der Pfalz nicht wieder in vollem Umfange hergestellt wurde. Nicht geringere Mäßigung zeigte der Landgraf in der Forderung, daß man in die Amnestie auch die Kalvinisten einschließen, sie also gleichberechtigt neben den Lutheranern anerkennen sollte. In der pfälzischen wie in der schwedischen Frage hatte Brandenburg aber energisch seinen abweichenden Standpunkt vertreten: Schweden sollte ex hostico entschädigt werden — dem war auch Sachsen in seinen Erklärungen beigetreten —, und die Pfalz sollte sogleich in sämtliche Länder und Würden wieder eingesetzt werden. In der schwedischen Frage hat sich Landgraf Georg denn auch auf den brandenburgisch-sächsischen Standpunkt gestellt; in der pfälzischen dagegen blieb er bei der seinigen und der sächsischen Anschauung stehen[1].

In dieser Form hat Landgraf Georg die von Sachsen formulierten Friedensmittel in der Hauptsache zur Kenntnis der kaiserlichen Abgesandten gebracht als Forderungen der evangelischen Friedenspartei. Die Abgesandten haben sie zur Berichterstattung angenommen, ohne bestimmte Antworten zu geben. Nur einiges lehnten sie von vornherein ab: wie die freie Religionsübung der Protestanten in den kaiserlichen Erbländern, da hier der Kaiser dieselben Rechte in Anspruch nähme wie jeder andere Reichsstand; ebenso sei die Erstattung der Kriegsschäden unmöglich, und die Assecuratio müsse auf Treu und Glauben gestellt werden wie bisher, die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Einräumung von Bamberg und Würzburg als Pfand an die Evangelischen wiesen sie von sich. Auf die Aufhebung des Restitutionsediktes sind sie gar nicht eingegangen.

Sehr bemerkenswert waren die Äußerungen über die schwedische Satisfaktion. Die Kaiserlichen antworteten auf die Forderung, daß sie von der katholischen Partei zu leisten sei, sie würden sich lieber mit Frankreich verständigen und ihm die vielen Plätze übergeben, die es verlangen würde, als sie Schweden einräumen. Sie frugen dann unumwunden, was Schweden noch tun wollte, wenn der Kaiser die Protestanten befriedigen würde — darauf ist von hessischer Seite keine Antwort erfolgt.

Alles in allem genommen haben sich die Kaiserlichen zu keiner bestimmten Äußerung herbeigelassen, sie blieben durchaus in der Reserve. Ja, sie unterließen es nicht, die Hessen darauf aufmerksam zu machen, daß es am Kaiserhofe viele Leute gäbe, die zur Fortsetzung des Krieges rieten, und daß es ihnen an auswärtiger Hilfe nicht fehlte.

Nur in einem Punkte kamen sie den Hessen aufs äußerste entgegen: in der Satisfaktion, die Sachsen zugedacht war. Auf sie waren die Kaiserlichen besonders bedacht. Der Landgraf forderte Anerkennung der früheren Schuldforderungen, Einräumung der beiden Lausitzen, des Egerkreises und des Erzstiftes Magdeburg. Nur bei letzterem, meinten die Abgesandten, dürfte es härter hergehen, das andere werde keine Schwierigkeiten machen; „doch haben sie auch hierzu keine böse Miene gemacht".

Aus allem ergibt sich, daß in Wien die Neigung zum Frieden mit so weitgehenden Konzessionen an die Protestanten nur gering war. Und zieht man die Machtverhältnisse in Betracht, so hatte der Kaiser als Haupt der katholischen Partei zunächst keine Veranlassung dazu, den Protestanten in diesem Augenblick entgegenzukommen, wo der Tod des Königs ihn von seinem gefährlichsten Feinde befreit hatte und alle Aussicht vorhanden war, das verlorene Feld wiederzugewinnen, da er

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

über die Uneinigkeit im protestantischen Lager wohl unterrichtet war. Anders liegt es, wenn man die politischen Pflichten des Reichsoberhauptes in Betracht zieht. Hier wäre es allerdings seine Aufgabe gewesen, dem brudermörderischen Kampfe durch billiges Entgegenkommen gegen die Wünsche der Protestanten so bald wie möglich ein Ende zu machen und die vereinigten Kräfte des Reiches gegen die von den Fremden, den Schweden und den Franzosen, drohende Gefahr zu kehren. Beim Kaiser haben aber die religiösen Gesichtspunkte überwogen, ebenso wie bei den Protestanten in letzter Linie stets die politischen maßgebend gewesen sind. Deswegen war dem Kaiser in diesem Augenblicke nicht so sehr an einem Universalfrieden gelegen als daran, die an sich erschütterte Stellung der Protestanten noch mehr zu schwächen, indem er Sachsen zu sich herüberzog. Deshalb der Wunsch nach einem Separatfrieden mit Sachsen, den die große Bereitwilligkeit der kaiserlichen Unterhändler, den weitestgehenden Wünschen des Kurfürsten entgegenzukommen, deutlich ausdrückte. Noch unzweideutiger erklärte sich dann der Kaiser selbst; er lehnte eine Äußerung über den allgemeinen Frieden ab, bis er sich mit den katholischen Kurfürsten beraten habe, erklärte aber, daß die besonderen Wünsche des Kurfürsten von Sachsen schon jetzt als bewilligt angesehen[1] werden könnten. Ja, er ging sogar noch weiter und machte den Vorschlag, daß sich die Stände „ohne Weitläufigkeit" mit dem Kaiser verständigen sollten, d. h. ohne alle Interponenten und ohne Schweden. Als Termin der Zusammenkunft schlug der Kaiser Ende Mai und als Ort Prag vor.

Weder Sachsen nach Hessen-Darmstadt dachten damals schon daran, von dem Universalfrieden abzugehen. Der Landgraf lehnte — im Einverständnis mit dem Kurfürsten — deshalb alle diese Vorschläge des Kaisers ab[2]: dieselben Friedensbedingungen, wie er sie erhoben hätte, würden sicher auch von den übrigen protestantischen Ständen verlangt werden, deshalb sei es nötig, daß sich die Katholiken hierüber vorher

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

verständigten. Er bat den Kaiser dringend, die Versammlung sach Breslau statt nach Prag zu berufen, das in den Händen ner Kaiserlichen sei, auch den Termin auf den 3. Juli zu verdchieben, damit alle Beteiligten erscheinen könnten; zugleich bat er, die Geleitbriefe im weitesten Umfange für alle, die den Kongreß besuchen wollten, besonders auch für Schweden, auszustellen, und sie an Dänemark zur Verteilung unter die Protestanten zu schicken. Von großer Wichtigkeit war aber, daß er hinzufügte[1], daß neben den öffentlichen Sitzungen auch geheime nur weniger Teilnehmer stattfinden sollten und daß Sachsen Wert darauf lege, daß seine Separatwünsche gleich anfangs erledigt würden. Damit stellte Sachsen dem Kaiser seine Unterstützung für die weiteren Verhandlungen ziemlich deutlich zur Verfügung: es wären sächsische Sonderverhandlungen im Rahmen der allgemeinen Friedenstraktaten zustande gekommen.

Der Kaiser antwortete umgehend[2]: er verharrte zwar bei Prag als Konferenzort, gestand aber nochmals in einem eigenhändigen Schreiben zu, daß die Privatforderungen Sachsens zuallererst dort erledigt werden sollten. Mit der Verlegung des Termins erklärte er sich einverstanden.

Diese Selbständigkeit der Stellung Sachsens gegenüber seinen glaubensverwandten Ständen entsprach durchaus seiner bisherigen Haltung: wie es sie zu Leipzig eingenommen hatte, wie es sie zu Torgau — in modifizierter Form — Brandenburg vorgeschlagen hatte und wie sie in ähnlicher Form Hessen-Darmstadt in seinem Gutachten vom 28. Januar im Auge hatte[3]. Diesen Gedanken hat Sachsen festgehalten. Denn als es nunmehr den Ständen mitteilte, daß es wegen der angenommenen dänischen Interposition auf die Berufung eines evangelischen Konventes verzichte, hat es sie eingeladen, 8—10 Tage vor dem Termin, den Dänemark ansetzen würde, zusammenzukommen[4]. In dieser Versammlung gedachte es bei ihnen seinen Willen durchzusetzen, es glaubte das um so leichter zu können, als Schweden dazu nicht eingeladen wurde[5].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

War es so der protestantischen Stände sicher geworden, so hoffte es, die schwedischen Ansprüche mit Hilfe der vereinigten Protestanten und Katholiken — nachdem ihm selbst der Lohn bereits zugesichert war — auf dasjenige Maß beschränken zu können, das sie für angemessen hielten, nicht Schweden[1].

Daß Landgraf Georg ebenfalls nicht ohne Belohnung bleiben wollte, war natürlich. Er sandte seinen Rat Dr. Christian von Liebenthal nach Wien, um darüber zu verhandeln[2]. Über seine Forderungen sind wir nicht völlig im klaren. In der Hauptsache wünschte der Landgraf eine Ausdehnung seines privilegium de non appellando, da er selbst ein Ober-Appellationsgericht wie die Kurfürsten einrichten wollte. Dann sollte die Erbverbrüderung und der hessische Erbvertrag zuungunsten der kalvinischen Linie in Kassel verändert[3] und dem Landgrafen ein kaiserliches Eventualdekret erteilt werden, das seine Belohnungen enthielt sowohl für den Fall, daß es jetzt zum Frieden kommen würde, wie für den anderen Fall, daß sich der Friede noch zerschlagen und der Kaiser dann gänzlich obsiegen würde. Welcher Art diese Forderungen waren, läßt sich vorläufig noch nicht erkennen[4], nur das ist sicher, daß bei den letztgenannten Dekreten die hessischen Zwistigkeiten mit den Pfalzgrafen und etlichen der Wetterauer Grafen, insbesondere den Isenburgern und Solmsern, eine Rolle spielten.

Die gewünschten Dekrete scheinen dem Landgrafen ausgestellt worden zu sein, dagegen lehnte der Kaiser ein Vorgehen gegen Hessen-Kassel ab und versprach nur, wenn einer der Landgrafen gegen die Erbverträge verstoßen würde, auf dem Wege des Rechtes gegen ihn einzuschreiten. Auch die Verleihung des ausgedehnten Privilegiums de non appellando scheint auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein.

Inzwischen hatte aber Oxenstierna die oberdeutschen Stände um sich gesammelt und damit alle diese Berechnungen seiner Gegner über den Haufen geworfen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

II. Kapitel.

Der Heilbronner Konvent.

Wie vorher erwähnt[1], hatte der Reichskanzler auf seiner Reise zu dem Kurfürsten von Sachsen die schwedischen Statthalter im fränkischen und im schwäbischen Kreise beauftragt, mit den Kreisständen über die Punkte, die zu Ulm verhandelt werden sollten, zunächst auf Kreisversammlungen zu beraten[2], da der Konvent zu Ulm aufgeschoben werden mußte. Es waren das drei Fragen: 1. eine Vereinigung der vier oberen Kreise mit Schweden, 2. Aufstellung mehrerer Armeen zur Befreiung des Landes und 3. Beschaffung der nötigen Mittel für diese Armeen, Wiederherstellung der zerfallenen Disziplin und Hebung des daniederliegenden Handels. Diese Punkte hatte Oxenstierna den Ständen noch am 11. November 1632 von Würzburg aus mitgeteilt. Es mußte ihm jetzt vor allem daran gelegen sein, die Stände zu hindern, mit Sachsen in nähere Verbindung zu treten, ehe er selbst sein Verhältnis zu dem Kurfürsten geordnet hatte.

Und daß diese Sorge nicht ohne Grund war, zeigt die Tatsache, daß die meisten und ansehnlichsten Stände dieser Kreise nach dem Tode des Königs ebenfalls ihre Blicke auf Sachsen richteten. Wie überall, beherrschte auch in Süddeutschland die Frage der Auseinandersetzung zwischen Schweden und Sachsen um das Direktorium die Situation[3]. So sehr man Veranlassung hatte, mit Sachsen unzufrieden zu sein, wollte man doch auch hier nicht die Gunst dieses mächtigsten evangelischen Reichsstandes ganz verscherzen, und dies um so weniger, „als die Krone Schweden im römischen Reiche sich sehr stark gemacht, daher einem und dem andern

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Stande leicht groß Unheil zugezogen werden konnte"[1], und da man mit Hilfe Sachsens eher auf einen Frieden hoffen konnte als mit Schweden.

Markgraf Christian von Kulmbach reiste persönlich nach Dresden, wo er wochenlang im persönlichen Verkehre mit dem Kurfürsten und dann auch mit dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt blieb. Seine Absicht war aber keineswegs, von Schweden abzutreten, er wollte vielmehr Sachsen durch seinen Einfluß bei Schweden und der evangelischen Partei festhalten. Doch darüber später im Zusammenhang.

Vor allem gelang es dem Reichskanzler, sich des Administrators von Württemberg, Herzog Julius Friedrichs, zu versichern. Obwohl ohne Allianz, hatte der Herzog doch den König nach Kräften unterstützt; zum Danke dafür hatte ihn der König mit einer reichen Donation bedacht, indem er ihm alle in Württemberg liegenden Klöster und geistlichen Güter — soweit sie nicht unter württembergische Landeshoheit gehörten —, ferner die hohenzollernsche Grafschaft Sigmaringen, die fürstenbergische Grafschaft Bar und die vorderösterreichische Herrschaft Hohenberg schenkte[2], doch war es zur Ausfertigung dieser wichtigen Urkunde nicht mehr gekommen. Der Herzog-Administrator sandte sofort nach dem Tode des Königs einen Dr. Oswald zum Reichskanzler, der nunmehr die Urkunde am 30. Januar 1633 in Halle vollzog[3] und den Herzog zur Treue gegen Schweden und zur Unterstützung ermahnte[4]. Das war für den Administrator ein um so wertvolleres Geschenk, als er als jüngerer Sohn mit geringen Landesteilen abgefunden worden war und gerade jetzt von der Herzoginmutter und den Vormundschaftsräten gedrängt wurde, auf seine Administration und das ihm bewilligte Deputat zu verzichten[5].

Mit dieser Donation waren aber die württembergischen Räte keineswegs einverstanden und konnten es auch gar nicht sein: auf die geistlichen Güter mußte vielmehr die Landesherrschaft selbst Anspruch erheben, da sie mitten im

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Lande gelegen, nicht an eine Seitenlinie fallen durften[1], dann aber mußte die Verschenkung österreichischer Gebiete das Verhältnis zum Kaiser unnötigerweise verschärfen. Auch gab das Verlangen, die Administration und Obervormundschaft niederzulegen, zu höchst unerquicklichen und heftigen Verhandlungen Anlaß. Die Herzoginmutter wünschte ihren Sohn Eberhard (III)., der sein 18. Lebensjahr vollendete, selbst regieren zu sehen; ihr schlossen sich die übrigen Vormundschaftsräte — an ihrer Spitze der Vizekanzler Dr. Jakob Löffler — an, die mit des Administrators Regiment durchaus nicht einverstanden waren. Sie beschuldigten ihn, daß er sich der Regierung nicht genug annehme, zuviel auf Reisen und auf der Jagd sei, und daß es ihm zumeist um seine persönlichen Interessen, besonders um das ihm bewilligte Deputat, zu tun sei; das verwüstete Land vermöge die kostbare Hofhaltung, die er sich in Ulm eingerichtet habe, nicht zu tragen. Der Administrator mußte nachgeben und versprach, auf seine Vormundschaft mit dem Anfange des Jahres 1633 zu verzichten; nur den Titel behielt er sich vor bis zur Beendigung des vom Könige ausgeschriebenen Ulmer Konventes[2].

Zu diesen Regimentsfragen traten noch andere, in denen die Vormundschaftsräte mit dem Administrator verschiedener Meinung waren. Sie konnten durchaus nicht damit einverstanden sein, daß er mit seiner Donation so unbedingt auf die Seite Schwedens getreten war. Löffler war mit großer Sorge erfüllt, wie sich die beiden Rivalen, Schweden und Sachsen, auseinandersetzen würden[3]. So wenig man auch von Sachsen erwartete, so bedenklich erschien ihm doch sein Ausscheiden, da er fürchtete, daß es die beiden sächsischen Kreise nach sich ziehen würde[4]. Mit Schweden allein waren die vier oberen Kreise, die durch den Krieg verwüstet waren, nicht imstande, den Krieg fortzusetzen; und kam es zum Bruche, so daß Sachsen ausschied und seinen Frieden mit dem Kaiser machte, so verlor man den Rückhalt des mächtigen Kurfürsten bei den künftigen Friedensverhandlungen, falls der Krieg eine un-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

günstige Wendung nahm. Außerdem war Löffler mißtrauisch, ob nicht Schweden, wenn es sein Interesse verlangte, die deutschen Stände im Stiche lassen würde: die Schweden wünschen zwar Krieg zu führen — erklärte er —, aber doch allezeit die Straße offenzuhalten, wieder in ihr Vaterland zu ziehen[1]. So sehr er ein Zusammengehen mit der schwedischen Armee für notwendig hielt, so wünschte er doch ebenso, daß Sachsen bei dem allgemeinen Wesen erhalten bliebe, und daß seine Ansprüche auf das Direktorium respektiert würden[2].

Dazu kam noch eins: Löffler teilte vollkommen die Sorge Sachsens um die von Schweden bedrohte Libertät der Stände und die Reichsverfassung. Kaum jemand wußte ja besser Bescheid um die Pläne des Königs als er, und welchen Eindruck sie auf ihn gemacht hatten, ist früher bereits dargelegt worden.

Er hatte aber auch in Dresden genugsam erfahren, „was des Kurfürsten Intention war und daß er Schweden das Direktorium niemals konzedieren werde"[3]. Er billigte die Anschauungen des Kurfürsten und teilte seine Bedenken; das Direktorium an Schweden kommen zu lassen, „würde eine Sache sein, welche im römischen Reiche unerhört, auch bei den Nachkömmlingen unverantwortlich sei"[4]. Ein ausländischer Potentat beschreibe die Stände, und zwar in solcher Materie, die expresse contra fundamenta imperii laufe, nämlich de bello gerendo contra Caesarem et status imperii[5]. Außerdem sah Württemberg in dem Ausschreiben des Ulmer Konvents durch Schweden einen Eingriff in seine Rechte als Kreisoberst, da nach der Reichsverfassung ihm die Berufung eines solchen Konventes im schwäbischen Kreise gebührt hätte: „sei zu sehen, ob den Schwedischen die Proposition und Direktion (des Konventes) nachzusehen"[6].

Auf der andern Seite sah er aber wohl ein, daß man mit Schweden auf gutem Fuß bleiben müsse, um der Armee willen, deren man bedurfte und der man auch in die Hände gegeben war. Aber auch hier empfand man das unmenschliche Gebaren der Soldateska als eine unerträgliche Last; eine solche

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Konfusion sei unerhört, sagte Löffler, und das schwedische Kriegswesen sei schon mehr eine Räuberei[1].

In diesem Sinne suchte Löffler auch auf Ulm und durch Ulm auf die großen Reichsstädte einzuwirken. Dem Ratsherrn Hans Schad, den er zu sich nach Stuttgart entboten hatte und mit dem er in beständigem Briefwechsel blieb, teilte er seine Bedenken mit und riet den Städten, zwar die Schweden und ihre Armee nicht von der Hand zu lassen, aber ihnen nicht zuviel zu vertrauen und einzuräumen, „denn die Libertät dabei periklitieren möchte", sie seien alle ohne Ausnahme „extreme geizig, dazu furios und crudel". Deshalb sei es höchst nötig, sich wieder bei Sachsen anzumelden und dort Rat und Hilfe zu suchen[2].

Auch Württemberg hatte sich, als das Ausschreiben des Ulmer Konventes eingetroffen war, an Sachsen gewandt[3]. Württemberg betonte, daß es nötig sei, die schwedische Armee und deren Offiziere bei gutem Willen zu erhalten und schleunigst ein Direktorium mit einem consilium formatum zu bestellen, damit das Defensionswerk fortgesetzt und des Königs Verdienste in acht genommen würden. Darüber könne man am besten auf einem allgemeinen Konvente — oder da man so rasch dazu nicht werde gelangen können — in der Enge mit etlichen deputierten Ständen beraten. Württemberg bat um Rat, wie es sich wegen eines solchen Konventes „als zu Fazilitierung des Hauptwerks und E. L. bis dato geführten Intention" verhalten solle und mitwirken könne. Das Schreiben kam merkwürdigerweise erst fünf Wochen später in Dresden an[4], und Württemberg blieb ohne Nachricht, da man in Dresden den Fehler beging, sich nicht von selbst an die Stände zu wenden, sondern sie an sich kommen ließ. Württemberg schrieb noch ein zweites Mal[5] und bat dringend um Nachricht: wir sind bishero nicht wenig angestanden und betroffen gewesen, welchergestalt die consilia und actiones anzustellen und zu führen, damit solche zu allen Teilen gleichstimmig sein und zusammentreffen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Inzwischen hatte der Kurfürst aber bereits den Herzog ermahnt[1], seiner Pflicht als Reichsfürst eingedenk zu sein; es sei zwar billig, sich gegen Schweden dankbar zu erweisen und mit der königlichen Armee gutes Vertrauen zu halten. Das Reich und seine Verfassung müsse aber erhalten werden, dessen jämmerlicher Zustand vor Augen liege. Sobald er mit Brandenburg sich über einen allgemeinen Konvent beraten habe, werde er ihn und die Stände benachrichtigen; inzwischen dürfe aber nichts geschehen, was den Privilegien und der Libertät der Stände nachteilig sei, vor allem solle es eine „ganz freie und ungebundene Hand behalten".

Auf Württembergs zweites Schreiben wiederholte Sachsen[2] seine Ansichten und teilte ihm mit, daß es einen allgemeinen Konvent eilends auszuschreiben im Werke sei, indem es den von Oxenstierna angesagten Ulmer Konvent ausdrücklich mißbilligte; die Stände würden selbst einsehen, daß diese absonderliche Zusammenkunft nicht vonnöten sei; Oxenstierna habe vielmehr selbst gesagt, daß das Werk auf einen allgemeinen Konvent gehöre; auch würde eine Sonderversammlung nur den allgemeinen Konvent hindern. Württemberg solle sich nicht darauf einlassen, sondern freie Hand behalten und abwarten, was die von Sachsen bestimmte Zusammenkunft ergeben werde.

In Stuttgart machten diese Schreiben tiefen Eindruck, da damit der gefürchtete Zwiespalt zwischen den beiden Rivalen offen zutage trat, und da man selbst mit den sächsischen Anschauungen mehr oder weniger übereinstimmte. Man sandte es sogleich an Ulm weiter[3], wo es ebenfalls nicht ohne Wirkung blieb[4], doch wurde Ulm von Nürnberg bald wieder zu der früheren schwedenfreundlichen Stellung bestimmt, die es kurz vorher in Eßlingen dokumentiert hatte. Darüber weiter unten.

Anders in Stuttgart. Hier spiegelt sich die Wirkung am schärfsten in der Instruktion wider, die den Gesandten nach Ulm mitgegeben wurde[5]. In ihr wurde ihnen aufgetragen, die sächsische Erinnerung in Obacht zu halten und ihr zu-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wider mit der Krone Schweden kein Bündnis zu schließen, sondern freie Hand zu behalten; eine solche Konjunktion solle zwar beraten werden, der Schluß aber auf den von Sachsen zu berufenden allgemeinen Konvent und auf das Miteinraten von Sachsen und Brandenburg verschoben werden; sollte Oxenstierna — dessen Ratschläge in schuldigem hohem Respekt gehalten werden sollten — doch auf alsbaldigen Abschluß bestehen, solle man ihm vorhalten, daß die vier oberen Kreise allein zu schwach seien, das Werk auszuführen, daß dazu vielmehr eine Zusammensetzung aller evangelischen Stände nötig sei, wie das auch der König beabsichtigt habe, und daß diese Partikularkonjunktion nur zu einer Trennung führen werde; doch sollten sich die Abgesandten erkundigen, wohin die consilia von Sachsen und Brandenburg gehen.

Damit hatte sich Württemberg zunächst die Wünsche des Kurfürsten von Sachsen zu eigen gemacht. Doch war es deshalb nicht unbedingt auf die Seite Sachsens getreten: es kam ihm darauf an, die Partikularkonvention mit Schweden, die sich naturgemäß gegen Sachsen richtete, zunächst zu vereiteln; man wünschte und hoffte vielmehr, daß ein allgemeiner Konvent den Ausweg aus dem Dilemma: Sachsen oder Schweden, finden werde, da man beide nicht entbehren konnte.

Mehr als auf Württemberg konnte der Reichskanzler auf den Markgrafen Friedrich von Baden rechnen. Dieser erklärte unumwunden, zu tun, was er nur immer vermöge, daß Gustav Adolfs Werk zu dem erwünschten Ende geführt werde; nichts als Gottes Gewalt werde ihn abhalten, den vom Könige ausgeschriebenen Konvent zu besuchen[1]. Er hat sich dann überhaupt nicht an Sachsen gewendet. Wohl aber sandte der Markgraf Mitte Februar, als in Durlach die Aufforderung des Kurfürsten von Sachsen eingelaufen war, freie Hand zu behalten und den allgemeinen Konvent abzuwarten[2], seinen geheimen Rat v. Remchingen nach Stuttgart[3]. Er fand zwar, daß diese offene Kundgebung gegen Schweden die Lage der Dinge sehr erschwere, doch blieb er fest auf seiten Schwedens

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und war entschlossen, auch alle Konsequenzen dieses Entschlusses auf sich zu nehmen. Baden war unbedingt für den Anschluß der Stände an Schweden, da Gustav Adolf allein die Stände gerettet und die Trennung der Evangelischen, die an allem Unheile schuld gewesen, beseitigt habe; ohne Konjunktion könne man sich auch jetzt nicht verteidigen; den Schweden sei auch jetzt noch das Direktorium zu überlassen, wenn ihm auch aus jedem Kreise etliche Kommissare zugeordnet werden müßten. Es war natürlich, daß bei so entschiedener Stellungnahme die Ausführungen Löfflers auf Remchingen keinen Eindruck machten.

Über Oxenstiernas Verhältnis zur Pfalz ist vorhin schon die Rede gewesen.

Des Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel durfte der Kanzler ebenfalls nach seiner Erklärung sicher sein, doch ist über sein Verhalten später im Zusammenhang zu berichten.

Außer diesen vornehmsten Ständen unter den Fürsten mußte des Kanzlers Hauptaugenmerk auf die großen Reichsstädte Straßburg, Frankfurt, Ulm, Augsburg und Nürnberg gerichtet sein, die an sich klagten, daß Sachsen ihnen nie gewogen gewesen sei[1], und deren Beziehungen zu dem Kurfürsten seit ihrem Anschluß an Gustav Adolf noch mehr erkaltet waren. Mit dem Rate zu Frankfurt hatte er noch persönlich verhandelt[2]; auf seiner Reise nach Sachsen traf er in Erfurt mit einem nürnbergischen Abgesandten, dem Syndikus Wilhelm Straßburger, zusammen, den die Stadt mit Wissen und auf Anraten des schwedischen Sekretärs Martin Chemnitz an Oxenstierna, aber auch an Kursachsen gesandt hatte[3]. Dem Reichskanzler konnte natürlich ein Wiederanknüpfen Nürnbergs mit Sachsen nur unbequem sein; er suchte das dadurch zu verhindern, daß er Straßburger mit folgender Eröffnung zurückschickte[4]: er fürchte, daß Sachsen für sich allein das Direktorium beanspruchen werde, und es sei nicht ausgeschlossen, daß es sich ganz separieren werde; er wisse, daß ein kaiserlicher Gesandter mit außerordentlichen Ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sprechungen (Lausitz, Niederschlesien, Mähren, Magdeburg und Halberstadt) bereits nach Dresden unterwegs sei; er ermahne deshalb Nürnberg, treu bei Schweden zu bleiben und schleunigst sich mit den drei anderen ausschreibenden Städten Ulm, Frankfurt und Straßburg und mit Augsburg zu betagen und zu beraten, was zu tun sei, wenn Sachsen sich wirklich separiere; er versicherte, Schweden werde keinen Frieden eingehen, es sei denn den Städten alles bestätigt, was der König versprochen habe, also vor allem die Donationen. Auch sonst bemühte er sich, den Eindruck abzuschwächen, den des Königs große Pläne hervorgerufen hatten, indem er, im Gegensatze zu ihm, jetzt oft die Reichsverfassung betonte[1].

In Nürnberg war man keineswegs gewillt, sich den Weg zu Sachsen vertreten zu lassen; Straßburger wurde von neuem nach Dresden abgefertigt. Ja, selbst mit dem Kaiser trat man in Verbindung, wenn auch indirekt: man sandte dem Hermann Questenberg, dem Bruder des Hofkriegsrates, am 28. Dezember seine Martinipension von 460 Goldgulden und bat um Erleichterung des Kriegselends[2].

Daneben war aber der Auftrag Oxenstiernas von solcher außerordentlichen Bedeutung — stellte er doch die Städte jetzt unmittelbar vor die folgenschwere Entscheidung zwischen Schweden und Sachsen —, daß man umgehend den Syndikus Dr. Beyer nach Ulm sandte[3], mit dem Verlangen, den Tag nach einer der schwäbischen Städte auszuschreiben. Ulm hatte schon vorher gewünscht, daß die ausschreibenden Städte zwei Tage vor dem Konvent der vier oberen Kreise zusammenkommen möchten. Damals hatte Straßburg eingewandt, ehe man über die Bestellung des Directorii und darüber, wessen sich Oxenstierna und Kursachsen vergleichen würden, keine Gewißheit habe, werde man nichts Endgültiges beschließen können[4]. Jetzt ließ sich Ulm nicht mehr zurückhalten und schrieb selbst — obwohl das Straßburg als dem Direktor des Städtekollegs gebührt hätte — eine Zusammenkunft der vier ausschreibenden Städte nach Eßlingen auf

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den 18. Januar aus und lud auch Augsburg gemäß dem Wunsche Oxenstiernas dazu ein, trotzdem es seit fünfzig Jahren überhaupt nicht mehr zum städtischen Kollegium gehörte[1]. Die Städte folgten alle dem Rufe, nur Nürnberg, das das Ausschreiben zu spät erhielt[2], blieb aus; da man gerade von Nürnberg viel Aufklärungen über die Absichten Oxenstiernas sowohl, wie die Kursachsens erwartete, so wurde der Gang der Verhandlungen nicht wenig dadurch beeinträchtigt[3].

Nachdem die Städteboten mehrere Tage vergeblich auf die Nürnberger gewartet hatten, eröffnete Straßburg am 22. Januar die Verhandlungen, übergab aber, da der Konvent im schwäbischen Kreise stattfand, alsbald Ulm das Direktorium.

Zur Beratung stand: 1. als Hauptfrage, was zu tun sei, wenn Kursachsen sich separiere, 2. ob es nötig sei, daß sich die ausschreibenden Städte wieder bei Sachsen insinuierten, Sachsen empfinde es übel, daß die Städte nichts von sich hören ließen, und 3. die Vorbereitungen zum Ulmer Konvente.

Zuvor erledigte man die Frage, ob man Augsburg in das städtische Kollegium, aus dem es zu Zeiten des katholischen Magistrats ausgetreten war, wieder aufnehmen und es dem Wunsche Oxenstiernas zufolge an den Beratungen teilnehmen lassen solle. Ersteres verneinte man, da dazu nur das ganze Kollegium zuständig wäre, und gegen letzteres hatte man wegen des „status" der Stadt Bedenken; sie hätte dem Schwedenkönige gleich wie Untertanen dem Landesherrn gehuldigt und wäre noch jetzt in Abhängigkeit von dem schwedischen Statthalter Grafen Georg Friedrich von Hohenlohe.

Die Vorgänge bei der Eroberung und Eidesleistung Augsburgs hatten, wie erwähnt, unter den Reichsstädten lebhafte Unruhe hervorgerufen[4]. Ehe man sich deshalb wieder mit Augsburg einließ, wünschte man doch erst sichere Auskunft über sein Verhältnis zu Schweden zu haben. Auf Wunsch von Ulm waren Ende des Jahres 1632 Abgesandte von Augsburg nach Ulm gekommen, um dort über die Vorgänge im April

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Auskunft zu geben[1]. Sie meinten, die Traktaten „seien so übel nicht abgelaufen", und bezogen sich auf des Königs mündliche Erklärung, daß er der Stadt die Reichsunmittelbarkeit nicht disputiere und keine Landsässerei suche, und auf den Revers des Königs, ohne ihn vorzulegen; sie hätten auf das Vornehmste, restitutionem religionis gesehen und Sr. Mt. als gottseifrigen evangelischen Potentaten vertraut. Der König und seine Generäle nennten sie in ihren Schreiben stets eine freie Reichsstadt.

In Eßlingen gaben die Augsburger denselben Bericht, und Ulm sekundierte aufs wärmste[2]. Trotzdem konnten sie nicht alle Bedenken zerstreuen, die anderen Stände begnügten sich, ihnen Glück zu wünschen, daß sie vom papistischen Joche wieder befreit seien, und rühmten, „daß sie bei solcher Mutation ihrer Libertät so viel wahrgenommen, daß ihnen dieselbe noch bis dato ziemblichermaßen gedeihen möge"[3].

Große Schwierigkeiten bereitete die Frage, was zu tun sei, wenn Sachsen sich von Schweden trennen würde. Obwohl die Städte nicht gut auf Sachsen zu sprechen waren — Ulm erinnerte daran, „wie schlecht es kursächsischerseits bei dem Leipziger Konvente hergegangen" —, waren sie doch über die Wichtigkeit und Notwendigkeit einig, daß Sachsens Teilnahme erhalten bleibe. Sie waren deshalb auch bereit, sich bei Sachsen jetzt von neuem zu insinuieren, wenn auch nicht durch eine Gesandtschaft — man fürchtete Vorwürfe und auch Gegenanträge, vor allem Versuche, Geld aufzunehmen —, so doch durch ein Schreiben, worin man den Anschluß an Schweden rechtfertigte und Sachsen ersuchte, bei der evangelischen Sache zu bleiben[4]. Dagegen erklärten Straßburg[5] wie Frankfurt, daß sie — auch wenn Sachsen sich trennen würde — bei Schweden bleiben müßten, ihre Allianzen lauteten nicht auf den König allein[6], sondern auch auf die Krone Schweden, und Ulm trat eifrig für Schweden ein, auch seine Allianz ging auf die Krone Schweden. Sie alle konnten auch nicht glauben, daß Sachsen abtreten werde:

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auf den Kaiser sei kein Verlaß, und Sachsen werde die Wohltaten des Königs so bald nicht vergessen. Sie beschlossen deshalb, dem Reichskanzler mitzuteilen: da sie nicht annehmen könnten, daß Sachsen sich zur Separation wenden würde, wollten sie bei dem bleiben, was sie mit Gustav Adolf verglichen. Das war eine glatte Erklärung zugunsten Schwedens.

Dieser Beschluß war am 25. Januar gefaßt worden, zwei Tage darauf kam Dr. Löffler nach Eßlingen, um seinen Einfluß zugunsten Sachsens geltend zu machen, das „bei guter Inklination und Direktion", ebenso wie Schweden bei guter Affektion erhalten bleiben müsse. Sachsen trachte danach, daß die Reichskonstitutionen erhalten und den Schweden nicht zu viel nachgesehen werde. Die Städte konnten ihm erwidern, daß sie bereits beschlossen hätten, mit einem Schreiben sich wieder bei Sachsen anzumelden; auf seine formalen Bedenken dagegen — daß Schweden den Konvent ausschreibe und dort die Direktion beanspruche — legten sie kein Gewicht.

Darauf ging man zur Beratung der von Gustav Adolf und Oxenstierna in ihren Ausschreiben des Ulmer Konventes proponierten Punkte über.

Mit der vorgeschlagenen „Vereinigung" wußten die Städteboten nichts Rechtes anzufangen.

Eine Vereinigung mit Schweden würde manchem Stande wegen seiner Separatallianz bedenklich fallen; sei aber eine Vereinigung der vier oberen Kreise unter sich gemeint, so sei sie nicht nur unnötig, sondern auch gefährlich, es sei eine Separation von den übrigen Kreisen. Ulm widersprach auch hier, die beiden anderen Städte aber schlugen als Resolution vor, daß man in diesem Punkte erst die höheren Stände hören müsse. Dabei verblieb es auch.

Ebenso wie man den ersten Punkt unentschieden ließ, konnte man auch über den zweiten und dritten Punkt (Aufstellung mehrerer Armeen und ihren Unterhalt) keinen Beschluß fassen, da die nötigen Unterlagen fehlten. Man sprach

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

von drei Armeen von je 20 000 Mann am Rhein, gegen Böhmen und gegen Bayern, fand es aber unmöglich, hierfür die Mittel aufzubringen. Allgemein war man der Ansicht, es sei besser, eine kleinere Armee aufzustellen, diese aber ordnungsmäßig zu unterhalten, um den unerträglichen Exorbitantien der Soldateska ein Ende zu machen. Man forderte auch die Einrichtung von Kriegsräten für jeden Kreis, an Stelle der schwedischen Statthalter, die für die Disziplin und die ordnungsmäßige Unterhaltung der Truppen zu sorgen hätten[1].

Nach Erledigung einiger Nebenpunkte gingen die Städteboten wieder auseinander. So wenig handgreiflich die Resultate der Verhandlungen waren, so wichtig waren sie doch: es ergab sich, daß die großen und mächtigen Reichsstädte unbedingt auf seiten Schwedens standen.

Den Eßlinger Beschlüssen trat dann auch Nürnberg bei[2] und nahm damit seine Stellung ebenfalls auf seiten Schwedens, nicht Sachsens. Die Entscheidung hatten hier die Berichte des Syndikus Straßburger über das, was er in Dresden gesehen und gehört hatte, herbeigeführt[3]. Er berichtete, daß Sachsen seine Allianz mit Schweden für erloschen erachte, daß aber sonst im Kurfürstentum alles in Konfusion sei; nicht einmal ein richtiger Kriegsrat sei angestellt, und der Kurfürst leugne ab, noch Geld zu haben, obwohl es bekannt sei, daß er den Schatz von Dresden heimlich nach dem Königstein habe bringen lassen, den er hüte wie seinen Augapfel. Der Kurfürst habe zwar versprochen, sich der Stadt — wie begehrt — annehmen zu wollen, doch sei alles auf die Zusammenkunft mit Brandenburg gestellt[4]. Gott wolle Nürnberg davor behüten, faßte er seine Ansicht zusammen, daß es je der sächsischen Hilfe und Unterstützung vonnöten habe. Schutz und Rat werde man aber bei Oxenstierna finden, dessen Ratschläge auch dem gemeinen Wesen viel ersprießlicher seien.

Es war dem Reichskanzler gelungen, den Vertreter der wichtigen Reichsstadt ganz und gar für sich einzunehmen,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Straßburger war des Lobes voll über den schwedischen Staatsmann. Sein Bericht verfehlte denn auch in Nürnberg ihren Eindruck nicht; in diesen Zeiten, sagte man, ubi facto opus est, verba non sufficiunt[1]. Sie sagten dem Reichskanzler jetzt nicht nur den Besuch des Ulmer Konventes zu[2], sondern erboten sich auch zur „Kooperation" und sandten ihm ihren Mitratsfreund Kreß von Kressenstein entgegen, wobei sie nicht versäumten, die Rückzahlung der dem Könige geliehenen 100 000 Rt. in Erinnerung zu bringen, deren Termin im Dezember abgelaufen war[3]. In der damals aufgesetzten Instruktion für die Gesandten zum Ulmer Konvente wies Nürnberg dann seine Vertreter an, für den Bund mit Schweden zu stimmen; ja, für den Fall, daß die höheren Stände sich nicht einigen könnten, sollten sie mit den übrigen Städten beraten, und wenn diese gewillt wären, trotzdem mit Schweden zu heben und zu legen, so sei auch Nürnberg bereit, das Seinige dabei zu tun[4]. Im Gegensatze dazu dankte Nürnberg dem Kurfürsten von Sachsen für seine Bemühungen um den Frieden; teilte ihm aber mit, daß man zwar die Resultate seiner Konferenz mit Brandenburg erwarte, daß man aber doch entschlossen sei, den Ulmer Konvent zu besuchen[5]. In diesem Schreiben war zufolge besonderen Ratserlasses[6] das Wort „kooperieren" vermieden worden, auch war man „behutsam mit den oblationes" gewesen, um Sachsen nicht zu Forderungen zu veranlassen. Doch gab man deshalb die Verbindung mit Sachsen nicht ganz auf, der Hofprediger Hoë in Dresden gab den Mittelsmann und Agenten ab, dessen Erbieten man dankbar annahm[7], und für dessen Bemühungen man sich auch erkenntlich zeigte.

Es gab viele Wünsche und Beschwerden, die den Reichskanzler bei seiner Ankunft in Oberdeutschland erwarteten. Vor allem war es die unbändige Soldateska, deren zügelloses Plündern und Rauben der evangelischen Sache den größten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schaden zufügte. Hatte dem der König bei seinen Lebzeiten nicht zu steuern vermocht, so schienen jetzt alle Bande der Disziplin zerrissen zu sein[1]. Da Soldzahlungen so gut wie gar nicht gereicht wurden, war die Soldateska auf Requisitionen angewiesen, die naturgemäß zu dem schlimmsten Mißbrauch führten. Statt Beschützer der Stände zu sein, waren sie ihre Peiniger.

Dann aber waren die schwedischen Statthalter in den eroberten Gebieten[2] beständig Gegenstand von Klagen und Beschwerden, besonders Graf Kraft Hohenlohe im fränkischen Kreise, der sich persönlich durch seinen Eigennutz und Geiz verhaßt machte; von allen Seiten beklagte man sich, daß er sich nur bereichern wolle und das Regiment im eigenen Interesse führe; die Schweinfurter sagten, sie hätten von der neuen „Edelmanns- und allein genießsuchigen Regierung" mehr Eintrag, Übermut und disgracie als von keinem Bischof erlitten, es ginge ihnen wie jenen Fröschen in der Fabel, die statt des Blockes einen Storch bekommen hätten[3]. Die benachbarten Stände beschwerten sich außerdem, daß er sein Kommando auch über sie ausdehnen wolle, das ihm doch nur über die von Schweden eroberten Gebiete zustünde; er wolle den Ständen leges vorschreiben[4]. Und als er die fränkischen Kreisstände nach Rotenburg und dann nach Würzburg zusammenrief, beschwerte sich Markgraf Christian von Kulmbach im besonderen, daß ihm in seinem Amte als Kreisoberst Eintrag geschähe[5].

Im Auftrage des Grafen Kraft Hohenlohe hatte der schwedische Generalkommissar im fränkischen Kreise Joh. Metzler die benachbarten fränkischen und schwäbischen Kreisstände „wegen eines fürhabenden Defensionswerkes" nach Rotenburg entboten, noch ehe die von Oxenstierna angeregten Kreistage zur Ausführung kommen konnten[6]. Die Ursache dazu war die Nachricht, daß Jan de Wert mit 1000 Pferden einen Einfall in das hohenlohische Gebiet plane. Von den schwäbischen Ständen kam niemand, aus dem fränkischen Kreise waren

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kulmbach, Ansbach, Nürnberg, Rotenburg und Windsheim erschienen, die Hohenlohes waren natürlich vollzählig vertreten. Die Stände waren aufgebracht, als sie hörten, daß es sich lediglich um die Sicherheit der Grafschaft Hohenlohe handle und daß die Grafen nicht gewußt hätten, wo sie die Reiter einlogieren sollten. Graf Kraft bekam Vorwürfe und Beschwerden in Hülle und Fülle zu hören, besonders die Ansbacher „piquierten" ihn und sein angemaßtes Kommando in allen Reden; die Kommandanten sollten mehr auf die Disziplin und das gemeine Wesen als auf ihren Privatnutzen sehen, das sei schuld, daß ihr Fürstentum ruiniert sei. Kulmbach beschwerte sich, daß der Markgraf in seinem Kreisoberstenamte gleichsam depossediert werde; solche Zusammenkünfte seien im Namen der Krone Schweden auszuschreiben, er werde nie wieder auf einem Kreistag erscheinen, den der Graf oder sein Kommissar berufen werde. Nürnberg sekundierte, es habe ebenfalls Bedenken, einem solchen Ausschreiben künftig Folge zu leisten, das sei Sache des Kreisobersten[1].

Ebensowenig konnte man zu einem Beschlusse über diese „Defensionsverfassung", d. h. das Aufgebot und die Bewaffnung der Bauern, kommen; die Abgeordneten erklärten, das Landvolk sei längst verlaufen, die Lebensmittel vernichtet, und an Geld fehle es, dafür Soldaten zu werben. Die beiden Brandenburg und Weikersheim erklärten, keine Vollmacht zu haben, die übrigen hielten aber eine solche Defensionsverfassung für sehr erwünscht und nötig, wenn nur eine allgemeine Gleichheit nach der Reichsmatrikel unter den Ständen gehalten werde. Über die Verteilung der Quartiere konnte man sich ebensowenig einigen, man überließ sie schließlich dem Statthalter, der erklärte, er werde 500 Reiter nach Herrieden legen. Auf Drängen des Statthalters setzte man schließlich noch die Höhe des Ausschusses nach dem Römerzuge fest, mit dem ein Stand in der Not dem andern zu Hilfe eilen sollte, und nannte bestimmte Städte als Rendezvousplätze.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Alles in allem genommen stellte sich diese Rotenburger Zusammenkunft als eine Schlappe heraus, die der schwedische Statthalter und damit natürlich auch Schweden erlitt. Man hatte seinem Unwillen gründlich Luft gemacht und den Statthalter in die Grenzen seiner Befugnisse zurückgewiesen. Die eigentliche Entscheidung wurde auf den Kreistag zu Würzburg verschoben, auf dem die Gesandten mit Vollmachten erscheinen sollten.

Zu diesem Tage lud nun Graf Kraft im Auftrage Oxenstiernas die Stände zum 14. Februar ein[1]. Von den beiden brandenburgischen Markgrafen erschienen nur die Ansbacher Abgeordneten, Kulmbach fehlte; von den Grafen waren die Hohenlohes, Kastels, Löwenstein, Erbach, Limpurg, Schwarzenberg und die Freiherrn von Seinsheim — teils persönlich, teils durch Abgeordnete — vertreten; von den Städten: Nürnberg, Rotenburg, Windsheim und Schweinfurt. Dazu waren Vertreter der Ritterschaft erschienen.

Am 15. Februar eröffnete Graf Kraft die Versammlung mit einer Proposition: es sei nötig, die schon von Gustav Adolf beabsichtigte Defensionsverfassung im Kreise ins Werk zu setzen, die nötigen Mittel hierfür zu bewilligen und die Exorbitantien der Soldateska abzuschaffen. Bei der Tafel später forderte er hierfür 10 000 Mann zu Fuß und 5000 zu Pferde. Da die Grafen der Beratung in pleno widersprochen hatten, berieten die Grafen für sich und die Städte mit Ansbach für sich. Die Ritterschaft gesellte sich teils zu letzteren, teils tagte sie allein.

Ansbach und die Städte waren zunächst nicht wenig erstaunt über diese Proposition, da sie erwartet hatten, über die von Oxenstierna für Ulm proponierten drei Punkte beraten zu sollen. Sie erklärten, darauf nicht instruiert zu sein, waren aber bereit, sich auf die drei Ulmer Propositionspunkte vorläufig und unverbindlich zu äußern, ihre Auftraggeber sollten ihre endgültige Beschlußfassung dem Statthalter später mitteilen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ihre Ansichten faßten sie in Form eines consilii zusammen, dessen Verfasser der Nürnberger Abgesandte Dr. Wölcker war. Zunächst monierten sie die unerwartete Proposition des Grafen und lehnten einen Beschluß darüber ab. Dagegen erklärten sie sich auf die drei Propositionspunkte folgendermaßen: 1. Zur Aufrichtung einer vertraulichen Vereinigung mit Schweden diene nichts mehr als die Errichtung eines Kreisrats neben dem Statthalter, zu dem Schweden den Präsidenten, die Fürsten, Grafen, Städte und die Ritterschaft je ein Mitglied stellen sollten[1]. Seine Funktionen sollten sich auf alle in Kriegssachen vorfallenden Irrungen und Diffikultäten erstrecken, doch ohne Verletzung der Rechte eines Standes. In Ulm könne man sich über seine Instruktion, den Unterhalt und den Ort vergleichen, an dem er seinen Sitz haben solle. 2. Zur Abwehr des Feindes sei der Kreis bereit, statt der geforderten 15 000 Mann 8000 Mann bis zum 1. Mai zu werben, davon sollten 7200 Mann zu Fuß (4 Brigaden zu 12 Kompanien) und 800 Mann zu Pferde (2 Schwadronen zu 8 Kompanien) sein, die einen eisernen Bestand bilden sollten. Die Offiziere und Beamten (Kassierer, Auditor usw.) sollten von den Ständen bestellt werden und mitsamt den Soldaten dem Kreisrate unterworfen sein. Die Verteilung sollte nach der Reichsmatrikel geschehen. Für die Artillerie wurde ein Römermonat außerdem bewilligt. Ferner sollte Proviant auf sechs Monate für diese Truppen nach Nürnberg, Schweinfurt und Rotenburg geliefert werden. 3. Die Aufrechterhaltung der Disziplin solle vermittelst eines scharfen Artikelsbriefes geschehen, über den ein vom Kreisrat zu bestellender Auditor zu wachen habe. — Vor allem aber hielt man nötig, die Armee Herzog Bernhards zu unterstützen und zu verstärken, damit sie in die Oberpfalz und in das Bistum Eichstädt geführt werden könne.

Inzwischen hatte Graf Kraft auf die Grafen besonders einzuwirken versucht; sie merkten aber bald, daß es ihm in erster Linie um eine eigene Armee unter seinem Kommando zu tun

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sei. Infolgedessen sonderte sich einer nach dem andern ab, und schließlich vereinigten sich alle, bis auf die Hohenlohes, mit Ansbach und den Städten und traten dem Wölckerschen consilium bei.

Graf Kraft gab nach, er erklärte sich auch mit den 8000 Mann zufrieden und ließ einen Rezeß aufsetzen. Als am 17. nachmittags die Stände bei ihm erschienen, begehrte er, daß die Stände den Rezeß unterschrieben. Sie lehnten das ab, verlangten vielmehr, daß ihr consilium verlesen werde. Der Graf mußte nachgeben, und Dr. Wölcker verlas seinen Schriftsatz, den der Graf mit zornigen und hämischen Randglossen begleitete und beständig unterbrach: der Aufsatz sei unnütz; wer ihn gemacht, sei nicht richtig unterrichtet oder schlecht in der Kunst bestellt u. dgl. Besonderen Unwillen erregte natürlich der Kreisrat, der sich ja gegen ihn und Schweden richtete: er wolle das Direktorium allein behalten, erklärte er, wie es ihm der König übertragen habe.

Als der Graf von dem Ansbacher Gesandten hörte, daß er überhaupt nur gekommen sei, die Beschlüsse ad referendum zu nehmen, schalt er, das sei nicht fein, erst den Verhandlungen beizuwohnen, die anderen auszuhorchen und dann zu erklären, daß man nicht instruiert sei, und fügte weitere hämische Bemerkungen über Wilzburg hinzu, das von demselben Ansbacher Gesandten seinerzeit dem Feind übergeben worden war[1].

Bei der Tafel, zu der er die Gesandten eingeladen hatte, ließ er sich noch zu Schimpfereien über die Nürnberger hinreißen, die er Schinder schalt, die selbst in der allgemeinen Not profitierten[2].

Die Stände waren empört über diese Behandlung, und einmütig beschloß man, das zu ahnden und beim Reichskanzler Beschwerde zu führen. In einem ausführlichen Promemoria[3] wurde ihm der Verlauf der Verhandlung und ihr Anerbieten dargelegt. Dr. Wölcker verfaßte einen Auszug aus dem consilium, bei dem die Stände in allem wesentlichen ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

blieben, nur einige Stellen, die besonderen Anstoß bei dem Grafen erregt hatten, wurden weggelassen; und Dr. Schütz, der Wertheimer Kanzler, setzte mit Zustimmung der Grafen und der Ritterschaft das Ahndungsschreiben an den Grafen auf, daß er sich vor allen Ständen zu empfindlichen und nachdenklichen Worten, insbesondere gegen Dr. Wölcker, habe hinreißen lassen, „dergleichen weitere Abordnungen diffikultieren" dürften.

Diese Beratungen nahmen den 18. und 19. Februar in Anspruch.

Graf Kraft bemühte sich inzwischen, seinen Fehler wieder gutzumachen. Als er erfahren hatte, daß Dr. Wölcker der Verfasser des consilii sei, bat er ihn um Verzeihung und lud ihn zu sich zur Tafel (19. Februar), wo er in Gegenwart der Teilnehmer nun die Nürnberger rühmte und lobte „ad invidiam usque"; ja, er bot ihm sogar an, in seine Dienste zu treten. Daneben hatte er einen neuen Rezeß aufsetzen lassen, der aber wiederum nur von der Kreisverfassung handelte, die von Oxenstierna proponierten Punkte dagegen auf den Konvent zu Ulm verschob. Obwohl Dr. Wölcker selbst die Übereinstimmung dieses Rezesses in substantialibus mit den ständischen Vorschlägen anerkannte, war jetzt doch nichts mehr zu ändern, da die Ansbacher und die städtischen Abgesandten bereits am 19. Februar Würzburg verlassen hatten.

Am folgenden Tage wurde dem Generalstatthalter das „unvorgreifliche Gutachten" der Stände zusammen mit dem Ahndungsschreiben übergeben. Der Graf war darüber nicht wenig aufgebracht, aber auch nicht wenig perplex, daß die Stände ohne sein Wissen bereits abgereist waren. Sein Zorn steigerte sich, als auch die Grafen und die Ritterschaft sich auf sein Befragen ausdrücklich zu dem Ahndungsschreiben bekannten. Er erklärte jetzt alle, die sich Dr. Wölckers und des Anbachers annähmen oder sich zu dem Ahndungsschreiben bekännten, für Hundsfötter[1].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

So gingen die Stände auseinander, ohne daß es zu einem förmlichen Abschiede gekommen wäre; die Schuld trug allein Graf Kraft, der sich damit abermals eine tüchtige Schlappe geholt hatte. Obwohl man des Grafen heftige Worte nicht allzu tragisch nahm[1], hatten sie doch zur Folge, daß sich jetzt so gut wie alle Stände gegen ihn erklärten und nicht nur seine Beseitigung, sondern die des ganzen schwedischen Statthalteramtes energisch begehrten. Seine Funktionen sollten auf einen Kreisrat übergehen. Diese Forderung, kaum vier Monate nach des Königs Tode bereits erhoben, ist denn auch das bei weitem interessanteste Moment dieses Kreistages: zusammen mit der Niederlage des schwedischen Statthalters ein Symptom der veränderten Verhältnisse. Der Statthalter war der Vertreter Schwedens auch den Ständen gegenüber, der Kreisrat dagegen sollte zwar von Schweden und den Ständen besetzt und autorisiert werden — Schweden sollte den Präsidenten stellen und die vier Stände je einen Assessor —, es war aber naturgemäß, daß er ein Vertreter der ständischen Interessen werden würde[2]. Da er in erster Linie zur Abschaffung der Insolentien und Exorbitantien der Soldateska gedacht war, sollte der Kreisrat Macht über die Offiziere und Mannschaften erhalten: Schweden hätte sich damit des alleinigen und absoluten Rechtes begeben, über die Armeen und alles, was mit ihnen in Zusammenhang stand, zu verfügen. Das war immerhin eine bedenkliche Zumutung, die man an Oxenstierna zu stellen gedachte, und Graf Kraft hatte mit Recht sich gegen die Wünsche der Stände gesträubt. Es war also die Frage, ob Oxenstierna den Ständen diese Konzession machen würde.

Die Nürnberger hatten den Kreß von Kressenstein dem Reichskanzler entgegengeschickt, ihm Nürnbergs Privatwünsche vorzutragen und über den Statthalter sich zu beschweren. Der Kanzler war zwar ungehalten über das eigennützige Verhalten des Statthalters, über den von allen Seiten Klagen einliefen, über seine Entfernung oder die Einsetzung

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

eines Kreisrates aber äußerte er sich nicht[1], ebensowenig wie auf das Beschwerdeschreiben der Kreisstände eine Antwort erfolgte.

Am 28. Februar traf Oxenstierna in Schweinfurt ein, tags darauf reiste er nach Würzburg weiter. Unterwegs hatte er ungünstige Nachrichten vom Kriegsschauplatze erhalten[2]. Horn hatte sich vor Altringen über die Iller und die Donau zurückziehen müssen, und Oberschwaben war verlorengegangen; doch hatte Horn den württembergischen Ausschuß an sich gezogen und so den Feind von weiterem Vordringen abgehalten. Hatte Oxenstierna schon in Erwägung gezogen, sich nur mit den nächstgesessenen Ständen in Frankfurt oder Würzburg betagen zu können[3], so verlegte er jetzt — um allen kriegerischen Eventualitäten aus dem Wege zu gehen — den Konvent von Ulm nach Heilbronn und bestimmte als Tag der Zusammenkunft den 11. März[4].

Hier in Würzburg traf Oxenstierna auch mit dem französischen Abgesandten, dem Marquis de Feuquières, Feldmarschall und Statthalter in Metz und Toul, zusammen, der auf dem Wege nach Sachsen war. Nach kurzem Besinnen folgte er dem Reichskanzler nach Heilbronn. Über seine Verhandlungen mit ihm soll nachher im Zusammenhang berichtet werden.

Am 10. März traf Oxenstierna in Heilbronn ein, fand aber noch niemanden von den Ständen vor. Ein Teil war bereits nach Ulm gereist, wie der Administrator von Württemberg, Nürnberg, Frankfurt, Schwäbisch-Hall und Weißenburg im Nordgau; andere hatten erst die Nachricht von des Reichskanzlers Ankunft erwartet. Sie alle versammelten sich in den nächsten Tagen in Heilbronn. Es war eine stattliche Anzahl von Gesandten[5], doch nur zwei Fürsten in Person: der Administrator von Württemberg und der Markgraf von Baden; Kurpfalz-Administrator, Pfalz-Lautern, Simmern, Zweibrücken und Lautereck, Ansbach und Herzog Eberhard

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

von Württemberg[1] ließen sich durch Gesandte vertreten. Grafen und Herren waren in großer Anzahl erschienen, ebenso die Reichsstädte. Die fränkische, schwäbische und rheinisch-wetterauische Ritterschaft hatte gleichfalls Deputierte geschickt. Von fremden Gesandten waren Feuquières und Anstruther (England) anwesend. Am stattlichsten war natürlich Schweden vertreten. Oxenstierna trat mit glänzendem Komitate auf; in seinem Gefolge befand sich Graf Philipp Reinhard von Solms, der Präsident des schwedischen Geheimrats, Graf Brandenstein, der Groß-Schatzmeister, der Legat Ritter Rasch, die Sekretäre Sattler (Direktor der kgl. Kanzlei), Schwalch, Camerarius, die Hofräte Mockel und Mithoff, der General-Lizentverwalter Spiring und eine große Anzahl Kanzlei- und Hofbediente. Dazu kamen die drei Generalstatthalter im fränkischen, schwäbischen und rheinischen Kreise sowie Kanzler und Räte der schwedischen Regierung in Mainz.

Am 16. März sollte die feierliche Eröffnung stattfinden; Oxenstierna verschob sie, weil Kulmbach-Bayreuth und Hessen-Kassel noch fehlten.

Auch gab es vorher noch eine Menge Vorfragen und Kurialien zu erledigen. Über die beiden Brandenburger Markgrafen war Oxenstierna aufgebracht: über Markgraf Christian, der sich ihm gegenüber in Dresden aufs beste erklärt hätte, jetzt aber seine Versprechen nicht halten wolle und ihn jetzt auf seinen Gesandten warten lasse; und über die Ansbacher Vormundschaftsregierung, die bereits dem verstorbenen Könige stets verdächtig gewesen war, weil sie ihre Gesandten mit so „kaltsinniger Instruktion mehr zu querulieren, als sich zu vielem zu erbieten", geschickt habe. In der Antrittsaudienz am 13. März nahm der Reichskanzler dann „kein Blatt vors Maul" und erklärte ihnen unter den heftigsten Vorwürfen rundheraus, wenn sie nicht Freund sein wollten, würde er sie als Feind behandeln, Neutralisten dulde er nicht, auch mit dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt werde er jetzt anders

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

prozedieren. Den einen der Gesandten, Dr. Stieber, schickte er nach Hause, sich eine bessere Instruktion zu holen[1].

Wichtiger waren die Vorverhandlungen mit Württemberg. Hier war der Streit zwischen dem Administrator und der Vormundschaftsregierung von neuem über die Instruktion entbrannt, die von Oxenstierna die Inkorporation aller im württembergischen Territorium gelegenen feindlichen Orte, Städte, Klöster, Dörfer, Güter und Einkünfte verlangte; da der Administrator bereits die Donation über alle geistlichen Güter in Händen hatte, weigerte er sich, die Instruktion zu vollziehen, und schließlich fertigte sie Herzog Eberhard aus[2]. Darüber kam es zu einem erregten Briefwechsel zwischen beiden Teilen, und Oxenstierna wußte nicht, wer Regent in Württemberg war. Er ermahnte sie, ihre Privathändel nicht auf die öffentlichen Fragen hinüberspielen zu lassen, es werde sich leicht eine Auskunft treffen lassen. Und in der Tat brachte er den Administrator zum Verzicht auf seine Donation, wofür er ihm andere Güter als schwedische Lehen verschrieb[3].

Ferner gab die Frage, wer das Direktorium der Stände zu führen habe, Anlaß zu Bedenken. Da kurpfälzische Gesandte anwesend waren, gebührte ihnen dasselbe; das war Württemberg nicht recht, da es selbst als kreisausschreibender Stand das Direktorium zu führen wünschte, und da in der Anerkennung des kurpfälzischen Direktoriums zugleich die Anerkennung der pfälzischen Rechte und Würden für die Erben des geächteten Kurfürsten Friedrich V. lag[4]. Damit bekam auch die kalvinistische Partei die Führung, was nicht im Sinne der Lutheraner lag. Da aber Oxenstierna den Administrator und die pfälzischen Erben anerkannte, mußte Württemberg den Pfälzern das Direktorium überlassen[5].

Weiter drohte ein anderer alter Zwist: der Präzedenzstreit der Städte mit der Ritterschaft. Die Ritterschaft war kein Stand des Reiches und in der Reichsmatrikel infolgedessen nicht veranlagt, ebensowenig wie sie auf den Reichstagen erschien. Die Ritterschaft verlangte aber, als Reichsstand be-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

handelt und zu den Plenarversammlungen zugelassen zu werden; dabei beanspruchten sie als Adlige den Vortritt vor den bürgerlichen Städtern. Die Städte bestritten ihnen das aufs heftigste und beriefen sich auf eine Erklärung Ferdinands I. von 1555, wonach die Ritterschaft zu den Plenarsitzungen nicht zugelassen werden sollte, mit ihr vielmehr per deputatos zu verhandeln sei. Die Ritterschaft fand ihrerseits wieder Unterstützung bei den höheren Ständen, vornehmlich bei den Grafen und Herren, mit denen sie verwandt und verschwägert war und in der Abneigung gegen den reichen und mächtigen Kaufmann der Städte sich eins fühlte[1]. Unter den augenblicklichen Verhältnissen glaubte die Ritterschaft, um so eher zu ihrem Ziele gelangen zu können, als der ganze Konvent, der von Schweden berufen und geleitet wurde, nicht in den Rahmen der Reichsverfassung paßte. Auch pochte sie auf die Tatsache, daß so viele ihrer Angehörigen im schwedischen Heere dienten. Um so hartnäckiger waren dagegen die Städte entschlossen, auch den leisesten Vorwand zu vermeiden, der später gegen sie als Präzedenzfall ausgebeutet werden konnte.

In dem Streite der Stände mit den Generalstatthaltern waren erstere jetzt dank der Ungeschicklichkeit des Grafen Kraft von Hohenlohe im Vorteile. Der Graf gab sein Unrecht stillschweigend zu, indem er die Würzburger Injurien durch allerhand Courtoisie wieder gutzumachen suchte; „er hätte das Bier gern wieder im Fasse gehabt", wie die Nürnberger sagten. Doch wollten die Stände, vor allem die Städte, von ihm nichts wissen; man sagte ihm nach, „daß er auf beiden Achseln trage" und auch am kaiserlichen Hofe für sich arbeiten lasse[2]. Besonders Sattler bemühte sich um die Abschaffung der Statthalter, und es hieß, daß auch die Grafen damit einverstanden wären, wenn es nur mit Manier und Reputation geschähe[3]. Oxenstierna mißbilligte zwar des Grafen Verhalten, über die Entfernung der Statthalter äußerte er sich aus begreiflichen Gründen vorläufig nicht[4].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ferner war die Frage zu erledigen, in welcher Form die Beratungen vor sich gehen sollten. Oxenstierna erklärte von vornherein, daß er das den Ständen überlassen würde, nachdem er ihnen die Proposition vorgetragen hätte; in ihre Streitigkeiten — wie den Präzedenzstreit der Städte mit der Ritterschaft — werde er sich nicht mischen; um allem vorzubeugen, werde er bei der Proposition alle Stühle und Bänke aus dem Gemache entfernen lassen, so daß die Gesandten stehen müßten[1]. So blieben also trotz der außergewöhnlichen Umstände doch die bei den ständischen Versammlungen üblichen Formen gewahrt, und zwar entschied man sich für die kreisweise Beratung, nicht für die nach Ständen oder Bänken; jeder Kreis sollte für sich beraten, und dann sollte aus den drei votis ein gemeinsames votum gemacht werden.

Inzwischen hatte Oxenstierna sich bemüht, in den Audienzen, die er einzelnen Ständen erteilte, den Einfluß Sachsens zu paralysieren[2]. Er berichtete ihnen, daß er in Dresden nicht einmal Antwort auf die dringendsten und notwendigsten Fragen erhalten habe; im Gegensatze dazu konnte er mitteilen, wie anders und mutig sich Brandenburg erklärt habe. Er unterließ nicht, die Stände zu einmütiger Zusammensetzung zu ermahnen: habe man eine stattliche Kriegsverfassung eingerichtet, dann sei er bereit, dem Feinde durch eine Gesandtschaft den Frieden anzubieten; ohne eine solche traktieren wollen, hieße aber nur, sich vom Feinde die Bedingungen vorschreiben lassen[3].

Nachdem am 17. endlich Dr. Agrikola als Kulmbacher Bevollmächtigter eingetroffen war — Hessen-Kassel entschuldigte sein Fernbleiben mit seiner Expedition ins Stift Münster —, fand am 18. die feierliche Eröffnung des Konventes statt. Nach einem Gottesdienste in der Kilianskirche[4] versammelten sich die Abgesandten früh 8 Uhr im Deutsch-Ordenshause, dem Quartiere des Reichskanzlers. Oxenstierna hatte den württembergischen Administrator und den Markgrafen von Baden zu sich gebeten, um der Eröffnung mehr

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ansehen zu verleihen; mit ihnen betrat er das Vorgemach, in dem die Grafen, Herren und Abgesandten „ohne sonderbare Ordnung" standen. Dort trug er in fast dreiviertelstündiger Rede die Proposition[1] vor, und „ist mit solcher wohlfließenden Redseligkeit geschehen, daß mans nicht genugsam rühmen können"[2].

Ausgehend von den Gründen, die Gustav Adolf bewogen hatten, sich an dem deutschen Kriege zu beteiligen, legte er den Ständen dar, welche Gefahren der evangelischen Welt, und im besonderen der Libertät der Stände, von der Universalmonarchie des Hauses Habsburg-Spanien drohten. Sein König habe die Absicht gehabt, einen Bund aller Evangelischen zusammenzubringen, doch hätten ihn die Umstände zu Partikularverhandlungen gezwungen. Auch er, der Reichskanzler, würde einen allgemeinen Konvent lieber gesehen haben, die Zeit dränge aber und der Feind feiere nicht. So hätte er den ihm vom Könige erteilten Auftrag wieder aufgenommen und die vier oberen Kreise hierher zusammenberufen. Zur Beratung legte er ihnen folgende sieben Punkte vor:

1. Bund der evangelischen Stände der vier oberen Kreise untereinander (nicht mit Schweden!) bis zur Erreichung des gewünschten Zweckes, d. h. der Restitution der Stände, Wiederherstellung der Reichsverfassung und Erledigung der schwedischen Satisfaktion;
2. die Frage, ob es nicht ratsam sei, Kaiser und Liga, die nichts anderes gesucht, als das Reich und seine Stände zu unterdrücken, öffentlich für Feinde zu erklären;
3. frei zu beraten, wieviel Armeen aufzustellen und wie stark sie sein sollten; ebenso
4. wieviel Mittel an Geld, Munition, Proviant und Artillerie vonnöten seien;
5. sei es nötig, ein Direktorium zu bestellen sowie
6. die Disziplin zu bessern, den Landfrieden, Handel und Wandel wiederherzustellen und den groben Exorbitantien Einhalt zu tun.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Im Falle beliebt würde, die Krone Schweden weiter zu engagieren, sei schließlich

7. zu bedenken, wieweit sie dazuzuziehen und wessen sie sich zu getrösten habe, falls sie inzwischen von anderen Feinden angegriffen werde.

Im Namen der Stände antwortete der pfälzische Gesandte Dr. Schlöer und ergriff damit Besitz von dem Direktorium der Stände[1], die ihrerseits damit die pfälzische Kurwürde anerkannten; er beklagte den Tod des Königs und bat die Krone Schweden, auch ferner sich des Werkes anzunehmen.

Oxenstierna übergab den Ständen darauf die Proposition schriftlich, die am Nachmittag zugleich mit dem Schreiben Kurbrandenburgs an die Stände[2] zur Diktatur gegeben wurde.

Vergleicht man diese Proposition Oxenstiernas mit der Instruktion, die ihm seinerzeit Gustav Adolf mitgegeben hatte[3], so zeigt sich ein großer Unterschied, wie ihn die veränderten Verhältnisse mit sich brachten. Der König hatte gefordert, 1. daß sich die Stände vom Kaiser abtun und ihn nicht mehr anerkennen sollten; daß sie sich dagegen 2. untereinander und mit Schweden so stark verbinden, als es irgend möglich ist, und daß sie sich unter des Königs Direktion und Protektion begeben; und 3. daß sie so viel Mittel aufbringen sollen, als die vom Könige vorgeschlagenen und verordneten Armeen zum Unterhalt erfordern.

Als Hauptsächlichstes fällt sofort auf, daß Oxenstierna auf das schwedische Protektorat verzichtet hatte, während er als Ziel des Bundes u. a. die Wiederherstellung der Reichsverfassung offen hinstellte. Es ist vorhin dargelegt worden, daß Gustav Adolf mit der Forderung, den Kaiser nicht mehr anzuerkennen und statt dessen unter Schwedens Protektorat zu treten, direkt auf die Bildung seines corpus Evangelicorum losgegangen war: auch hier sehen wir also, daß Oxenstierna auf diese Pläne verzichtet hat. Wenn er trotzdem verlangte,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

daß die Stände Kaiser und Liga öffentlich für Feinde erklären sollten, so entsprach das also nicht mehr Gustav Adolfs „Abtun vom Kaiser", es drückt sich hierin vielmehr nur des Reichskanzlers Wunsch aus, der Stände wirklich sicher zu sein. Bisher hatte man ängstlich vermieden, die Feindschaft gegen das Reichsoberhaupt offen zu verkündigen, und selbst in den Allianzen mit dem Könige hatte man sich gewunden und gedreht, nur um das Kind nicht beim rechten Namen zu nennen. Man wollte nicht alle Brücken abbrechen, und es ist bekannt, daß, wenn der Kaiser gerade damals den Protestanten entgegengekommen wäre und auf seine schlimmsten Forderungen verzichtet hätte, die Stände gern eine Verständigung mit den Katholiken eingegangen wären. Dem wollte Oxenstierna einen Riegel vorschieben, und eine Verständigung wäre durch eine derartige Erklärung der Stände unmöglich gemacht worden. — Der Verzicht auf Schwedens Protektion hatte ferner auf die zweite Forderung des Königs insofern Einfluß, als jetzt die Frage entstand, wieweit Partikularbündnisse, die der König bereits mit verschiedenen Ständen abgeschlossen hatte[1], ihre Gültigkeit nach dem Abschlusse eines allgemeinen Bundes behalten würden. Da Oxenstierna geäußert hatte, daß „das Defensionswerk in und unter einem corpore gefaßt werden solle", meinten die Stände, daß die Partikularbündnisse durch den allgemeinen Bund aufgehoben werden sollten. Daran waren diejenigen Stände interessiert, denen in ihren Allianzen besondere Vorteile von Schweden zugesagt worden waren. Straßburg wies deshalb seine Abgesandten an, ihre Allianz vom 7. Juni/10. November 1632 nicht eher zu kassieren, als bis die Einräumung der in ihr versprochenen geistlichen Güter erfolgt sei[2]. — Auch der dritte Punkt des Königs war insofern verändert, als die Stände nicht mehr lediglich die Mittel für die Armee herbeischaffen sollten, deren Stärke und Anzahl der König vorschlagen und verordnen würde; den Ständen war jetzt auch über den letzteren Punkt Beratung und Beschluß anheimgestellt.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Alles in allem genommen, war also Oxenstierna erheblich hinter die Linie zurückgegangen, die der König bei seinen Lebzeiten ihm vorgeschrieben hatte.

Zieht man dagegen die drei Punkte in Betracht, die Oxenstierna seinerzeit den Ständen beim Ausschreiben des Konventes als Beratungsgegenstände übersandt hatte, so hatten die Straßburger recht, wenn sie berichteten, daß die jetzige Proposition weit über sie hinausging.

Es war vor allem die zweite Forderung: Kaiser und Liga öffentlich für Feinde zu erklären, die Anstoß erregte. Ferner war neu die schwedische Satisfaktion, deren Berechtigung jetzt offiziell anerkannt werden sollte, und schließlich die Forderung, Schweden beizustehen, wenn es während des Bundes von „anderer Seite", d. h. von Dänemark oder Polen, angegriffen werden sollte. Das alles waren schwere und auch bedenkliche Punkte.

Auffällig ist ferner die Form, in der von Schwedens fernerer Mitwirkung die Rede war. Der erste Punkt spricht nur von einem Bunde der Stände untereinander; und der siebente stellte das Verbleiben Schwedens in das Belieben der Stände. Oxenstiernas wahre Absicht war das natürlich nicht; Schweden war ja auch durch eine Reihe wirklich abgeschlossener Verträge bereits ebenso verpflichtet, bei den Ständen auszuharren, wie umgedreht diese Stände bei Schweden verbleiben mußten. Aber Oxenstierna bekam dadurch, daß er sich suchen ließ, für sein Vaterland die Möglichkeit, seine Bedingungen zu stellen. Er rechnete klug mit der Stimmung der Stände, die fürchteten, Schweden möchte „eine andere Resolution" fassen; und obwohl Oxenstierna nicht daran dachte, aus dem Kriege jetzt schon auszuscheiden, hatte er doch in der Tat die Möglichkeit erwogen, sich an die Seekante zurückzuziehen und diese zu verteidigen, dann war Süddeutschland dem begehrlichen Nachbar jenseits der Vogesen preisgegeben. Die Möglichkeit mußte eintreten, sobald sich die oberen Reichskreise Schweden versagten und das Direktorium Sachsen übertragen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wollten. Oxenstierna und seine Leute haben es nicht unterlassen, in Gesprächen die Stände in dieser Furcht zu bestärken[1].

Am Montag, dem 21. März, begannen die einzelnen Kreise — jeder für sich —, über Oxenstiernas sieben proponierte Punkte zu beraten[2]. Sogleich erhob sich der Streit mit der Ritterschaft, die aber einmütig in allen Kreisen zurückgewiesen wurde: sie durfte nicht an den Sessionen mit teilnehmen[3]. Am frühesten waren der rheinische und der schwäbische Kreis mit ihrem Votum fertig[4], im fränkischen gingen die Beratungen langsamer vonstatten, da Agrikola, wie man klagte, mit vielen Umständlichkeiten verfuhr und wenig orientiert war[5].

Bei dem dritten und vierten Punkte — Anzahl der Armeen und Mittel zu ihrem Unterhalte — waren alle Kreise einig, daß Oxenstierna erst nähere Angaben machen müsse über die Stärke der bereits vorhandenen Soldateska und über die Anzahl, die er für nötig erachte. Ebenso einig war man aber auch in der Verurteilung der unerträglichen Exzesse der Soldateska (§ 6), die man mit den grellsten Farben schilderte; um ihnen zu steuern, forderte man scharfe Artikelsbriefe, strenge Justiz u. a. — Einmütig lehnte man ferner die Forderung ab, Kaiser und Liga öffentlich für Feinde zu erklären (§ 2): das sei unnötig, oder man erklärte sich auch für inkompetent, das gehöre vor die höheren Stände, die Kurfürsten, und auf einen allgemeinen Konvent. — Einig war man auch, daß Schweden eine Satisfaktion erhalten müsse, die aber nach Ansicht der Rheinischen ex hostico genommen werden müsse, doch erbat man sich Oxenstiernas Ansicht hierüber.

Von der größten Wichtigkeit waren vor allem die § 1, 5 und 7 der Proposition. Der rheinische und der fränkische Kreis waren der Ansicht, daß der Bund der Stände untereinander und mit Schweden nötig sei; sie erbaten Oxenstiernas Vorschlag, in welcher Form er zustande kommen solle; insbesondere war der rheinische Kreis der Ansicht, daß dadurch den früheren Partikularverträgen kein Abbruch geschehen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dürfe. Infolgedessen übertrug man auch Oxenstierna das Direktorium; die Rheinländer verlangten aber — und hierin waren sie mit den Schwaben einer Meinung —, daß ihm zur Seite ein ständischer Bundesrat treten müsse. Ebenso forderten die Rheinländer und die Franken die Errichtung von Kreisräten in jedem Kreise, die aber von dem Direktorium abhängig sein sollten; die Statthalter und Kommissare sollten wegfallen. Die fränkischen Stände hatten auf dieser Forderung bestanden, trotz der Proteste der beiden Grafen Hohenlohe, die auch ein Separatvotum überreichten.

Das waren vota, mit denen Schweden hätte zufrieden sein können; die Franken und Rheinländer erkannten damit die weitere Führung Schwedens an und lehnten die Forderung Sachsens, „freie Hand zu behalten", ab; denn die Erklärung der Rheinischen, daß diese Konföderation keinem evangelischen Stande präjudizierlich sei, bis eine allgemeine Konföderation zustande komme, war sachlich ohne Bedeutung.

Anders fiel dagegen das schwäbische Votum aus; hier verursachte die Frage: Schweden oder Sachsen, große Beklemmungen, und zwar war es Württemberg — d. h. der Kanzler Löffler —, das hier die Stände mit sich fortriß. Den Bund der vier Kreise untereinander hielt man zwar allgemein für notwendig und verantwortlich: Württemberg aber — dem Öttingen assistierte — erhob Bedenken, daß die vier oberen Kreise allein zu schwach seien und daß die beiden sächsischen Kreise durch ein Partikularwerk alteriert werden könnten; selbst Gustav Adolf habe eine Vereinigung aller Stände gewollt. Man solle deshalb auch diese Frage auf einen allgemeinen evangelischen Konvent verschieben. Ebenso erging es der Frage des Direktoriums: die Stände waren der Meinung, daß es Schweden behalten müsse; doch schlug jetzt Ulm schon vor, diese Frage auf dem allgemeinen Konvent zu erledigen. Württemberg führte aus: man müsse erst von Oxenstierna vernehmen, wessen er sich hierüber mit Sachsen und Brandenburg verglichen habe; sei dort nichts geschlossen, so müsse

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

man diesen Punkt auf den allgemeinen Konvent verschieben, auf dem auch ein Bundesrat angeordnet werden müsse, schon um allen Eventualitäten eines weiteren Todesfalles vorzubeugen. Bis zu diesem allgemeinen Konvente solle Oxenstierna gebeten werden, das Direktorium zu führen, und zwar nicht in Kriegssachen allein — sondern auch in den Friedenstraktaten, die sich jetzt zeigten! — Über den siebenten Punkt — das weitere Verhältnis zu Schweden — solle man Oxenstierna um Aufklärung bitten.

Nur Baden widersetzte sich diesen Ausführungen, die anderen Stände alle dagegen schlossen sich Württemberg an, und so enthielt denn das Votum des schwäbischen Kreises[1] den Aufschub aller entscheidenden Fragen: Bund, Direktorium und Verhältnis zu Schweden, bis zum allgemeinen Konvente, zugleich mit der Bitte an Oxenstierna, das Direktorium interimistisch bis dahin zu übernehmen unter Beiordnung gewisser Räte von den Ständen.

Am 25. März traten Deputierte der drei Kreise zusammen, die die drei vota verlasen. Und auch hier war es Löffler, der die beiden anderen Kreise bestimmte, sich dem schwäbischen Votum anzuschließen. Seine Ausführungen, daß die vier oberen Kreise allein das Werk nicht ausführen könnten, zumal sie noch ohne eine Kriegsverfassung seien; daß dagegen Sachsen und Brandenburg bereits in guter Postur seien, machten auf die anderen Stände Eindruck: man solle sich deshalb jetzt mit Schweden interimistisch vergleichen, das sei durchaus nötig, jedoch so, daß der allgemeine Konvent dadurch nicht gehindert werde, erst dort solle die allgemeine Konföderation abgeschlossen und das jetzt Abgemachte je nach Bedürfnis abgeändert werden; dieselbe Meinung habe es auch mit dem Direktorium. Die beiden anderen Kreise stimmten bei, und das kurpfälzische Direktorium wurde beauftragt eine gemeinsame Erklärung auszuarbeiten: man wollte sich die Hände nicht binden, sondern sie frei behalten, damit man sich auch mit Brandenburg und Sachsen vereinigen könne.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Ermahnungen Sachsens, freie Hand zu behalten, hatten also doch so großen Eindruck gemacht, daß selbst die süddeutschen Stände ihr nachgaben. Man gab sich der Täuschung hin, auf einem allgemeinen Konvente einen Ausweg finden zu können, da man sich noch immer scheute, selbständig zwischen Sachsen oder Schweden zu entscheiden. Ob man sich auch der Täuschung hingab, daß Oxenstierna damit zufrieden sein werde? jedenfalls machte man den Versuch.

Am 26. März beriet man vor- und nachmittags in pleno über den pfälzischen Entwurf, wobei es über einzelne Nebenpunkte noch zu lebhafter Diskussion kam. Pfalz hatte die ausdrückliche Nennung der „Reformierten" neben den „Evangelischen" verlangt, um so ihre Gleichberechtigung zu dokumentieren; Dr. Agrikola wollte die Erbverbrüderung zwischen Sachsen, Brandenburg und Hessen reserviert wissen; am heftigsten widersetzten sich die drei Grafen-Statthalter dem Beschlusse, daß mit der Einführung des Kreisrates ihre Statthalterschaft aufhören sollte. Schließlich aber ließ man derartige Partikularansprüche allerseits fallen und einigte sich im Sinne der früheren Beschlüsse dahin[1]:

daß man sich untereinander und mit Schweden zu verbinden bereit sei, bis zu einem allgemeinen Konvente, auf dem eine allgemeine Konföderation erfolgen solle. Oxenstierna solle gebeten werden, bis dahin das Direktorium zu übernehmen, unter Beihilfe eines Bundesrats; in den Kreisen sollte ein Kreisrat für die Disziplin und Verpflegung der Truppen sorgen. Den Kaiser zum Feinde zu erklären, lehnte man ab, dagegen erklärte man sich bereit, im Verein mit allen evangelischen Ständen der Krone Schweden Satisfaktion zu gewähren, wenn Schweden auch fernerhin bei den Ständen verharren werde; auch erwarte man, daß der Reichskanzler seine Wünsche eröffnen würde. Ebenso erbaten sie über die nötige Stärke der Armeen und ihre Unterhaltung zunächst Oxenstiernas Rat, wogegen sie aber dringend die Abstellung der Insolentien forderten. Neu war das Verlangen — ein Antrag Nürnbergs —,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

daß jedem Stande eine gewisse Anzahl Truppen zur Bezahlung angewiesen werden sollte.

Oxenstierna war in größter Ungeduld über die Langsamkeit und Umständlichkeit der Beratungen, nicht weniger wird ihn aber der Verlauf derselben mit Sorgen erfüllt haben, über den er natürlich unterrichtet war. Für ihn kam es vor allem darauf an, die Stände zu raschem Entschlusse zu veranlassen; nicht nur mußte dem unsicheren Zustande ein Ende bereitet werden, auch drängte die weit vorgeschrittene Jahreszeit, die Kriegsoperationen aufzunehmen, und dazu mußte die Armee erst befriedigt werden, vor allem aber durfte er lange Beratungen nicht gestatten, weil sich mit ihnen nur die Bedenklichkeiten vermehrt hätten. Er hatte nach Möglichkeit zur Eile gemahnt und getrieben, auch seinem Unmut ungescheut Ausdruck verliehen.

Am Sonntag, dem 27. März, sollte ihm die Antwort der Stände von den Kreisdirektoren übergeben werden. Als sie nicht rechtzeitig mundiert war, erklärte er, nicht eher zur Tafel gehen zu wollen, als bis er die Erklärung erhalten habe, so daß die Deputierten sie ihm schließlich im Konzept überreichten. Der Sekretär Camerarius verlas sie, „dabei man vermerkt, daß sich S. Exz. ziemlich alteriert, auch etwas entfärbt; zehn Tage hätten die Stände daran beraten, sagte er, jetzt habe er die Resolution und wisse weniger als zuvor“[1].

Auf sein Begehren erschienen am folgenden Tage Deputierte aller Stände (bankweise), denen er mündlich seine Replik eröffnete, „denn viel schriftlich libellieren sich nicht schicken, noch die Zeit leiden will“[2]. Sie fiel äußerst hart und scharf aus. Oxenstierna nahm Punkt für Punkt durch, und keiner war ihm annehmbar. Er zieh die Stände der Doppelzüngigkeit, wenn sie sich auf der einen Seite zwar bereit erklärten, den Bund zu schließen, andererseits aber seinen endgültigen Abschluß von dem allgemeinen Konvente abhängig machten, der doch jetzt nicht zu erlangen sei. Das

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hieße mit der einen Hand nehmen, was man mit der anderen gegeben. Dasselbe sei bei der Satisfaktion der Fall; man halte sie zwar für billig und doch stelle man ihre Bewilligung auf Schrauben und mache sie von weiteren Leistungen Schwedens abhängig. Ebenso habe man die Erklärung, daß diejenigen Stände, die sich dem Bunde entziehen würden, für Feinde zu halten seien, so verklausuliert, daß es jedem leicht sein würde, in diesen verworrenen Verhältnissen einen Vorwand zum Abfall zu finden. Das Direktorium nehme er zwar mit Dank an, da es seines Vaterlandes Interesse erfordere; aber auch hier sei es nicht anders: unter dem Vorwand, ihm die Mühe zu erleichtern, wolle man ihm Gegenschreiber und Kontrolleure zur Seite setzen, das geschähe nur, um ihn zu examinieren: solchergestalt begehre er das Direktorium nicht. Über die Hauptsache, die Armee und die Mittel, sie zu unterhalten, äußere man sich „sehr sparsam"; dagegen sei man sehr weitschweifig in Klagen, Forderungen und Beschwerden: die Stände wüßten doch, daß sie selbst durch nicht genügende Besoldung und Unterhaltung an der allgemeinen Disziplinlosigkeit schuld seien. Der Vorschlag, den einzelnen Ständen gewisse Regimenter zuzuweisen, sei ganz untunlich: ein Stand würde richtig, der andere nichts zahlen, so daß lauter Verwirrung entstehen würde, die reichen Stände müßten für die armen eintreten: es müsse ein corpus und eine Kasse sein.

Die Erhaltung der Miliz sei die Hauptsache, und doch sei alles nur wider sie; er werde ihnen seine Gedanken über ihre Stärke und die Mittel zu ihrem Unterhalte zukommen lassen. Darüber sollten sie sich vor allem schlüssig machen. — Ihre Weigerung, den Kaiser öffentlich als Feind zu erklären, sei ungereimt: entweder sei man des Kaisers Feind oder Rebellen, tertium non dari; so aber halte man in der einen Hand das Schwert, in der anderen den Hut gegen den Kaiser, der seinerseits doch nicht die geringste Rücksicht darauf nehmen und sie als Rebellen behandeln werde, wenn er es könne. In Summa, „die Resolution tauge nicht ein Haar"[1]. Er werde

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihnen den Entwurf zu einem Bündnisse übergeben lassen, über den sie beraten sollten.

Der Eindruck, den Oxenstiernas Zurechtweisung auf die Stände machte, war groß. Sie sei so scharf und die Worte so hart gewesen, schrieben die Nürnberger nach Hause, daß man es nicht glauben würde, wenn man es nicht gehört hätte, es sei eine sonderbare colera bei dem Reichskanzler zu verspüren gewesen[1]. Aber mehr als das, man empfand es bitter, so von Oxenstierna behandelt zu werden: „kein römischer Kaiser hätte je den Ständen so zugeredet, und weil die Worte sehr hart und doch alle praemedidate gefallen, also tragen die res eine meram und sehr große servitutem auf sich". So urteilten die durchaus schwedenfreundlichen Nürnberger[2], und nicht weniger lamentierten die Kurpfälzer und Württemberger, wie übel sie der schwedische Edelmann traktiere[3]. Die Schuld maß man übrigens weniger dem Reichskanzler bei — Oxenstierna versäumte nicht, sobald er erfuhr, daß sich die Stände verletzt fühlten, sich verschiedentlich zu entschuldigen[4] — als seiner Umgebung. Es befinden sich viele Leute um ihn, berichten die Straßburger, welche sehr hitzige und vielleicht schädliche consilia suppeditieren. Vor allem beschuldigte man die drei Statthalter und den Grafen Philipp Reinhard v. Solms: die Statthalter, denen vorher „das Maul abgeschnitten gewesen", seien jetzt sehr lustig[5].

Sehr wenig angenehm berührte es auch die Stände, als in eben diesen Tagen eine von Oxenstierna inspirierte Schrift erschien über die „Frage, ob dem Kaiser der beschlossene Krieg anzukünden sei"[6], in der mit Gründen der Vernunft und des Rechtes sowie mit Beispielen aus der Geschichte und der Bibel den Ständen die Ungereimtheit ihrer Haltung gegenüber dem Reichsoberhaupt vorgehalten wurde.

Andererseits aber mußten die Stände aus Oxenstiernas schroffem Auftreten erkennen, daß er nicht mit sich nach Belieben umspringen ließ, daß man ihm vielmehr notgedrungen mit einer Realresolution zur Hand gehen müsse. Der Frage,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ob man sich zu Schweden oder Sachsen bekennen wollte, war nicht mehr aus dem Wege zu gehen. Es war leicht vorauszusehen, nach welcher Seite sie entschieden werden würde, wenn man bedenkt, daß im Grunde genommen allein Württemberg die sächsischen Interessen ernstlich vertreten hatte und daß die anderen Stände den württembergischen Vorschlag des Interimistikums nur als bequemen Ausweg, „ohne Offens von Sachsen und ohne Disgust von Schweden"[1], den Bund zu schließen, angenommen hatten. Nicht überall war dieser Ausweg von den Ständen gebilligt worden. Baden hatte ihm energisch widersprochen, und in Straßburg war man bestürzt, als man den Beschluß erfuhr[2]. Nur Württemberg versuchte zunächst, seinen Standpunkt noch fernerhin zu vertreten[3], bis die Gesandten von Herzog Eberhard direkte Anweisung erhielten, die Partikular-Konföderation auch ohne gemeinsames Zutun der gesamten evangelischen Kurfürsten, Fürsten und Stände abzuschließen[4].

Die Gründe, welche die Stände zu diesem wichtigen Schritte veranlaßten, waren klar. Man ist zwischen zwei extremis, schreiben die Nürnberger[5]: mit Oxenstierna hat man außer dem Kaiser und den Papisten auch Sachsen zum Feind; ohne Schweden steckt man dem Feind im Rachen, und Oxenstierna wird in cholera eine unverhoffte Resolution fassen, daß es ärger als das erste ist. Außerdem war eine große Anzahl der Stände mit ihrem Privatinteresse auf Schwedens Verbleiben angewiesen; nur so konnten sie die in Aussicht gestellte Restitution (wie Kurpfalz) oder die Donationen erhalten, deren Regelung Oxenstierna klugerweise bis auf den Abschluß des Bundes verschob. Zu Sachsen hatte man das Vertrauen verloren, hatte man doch jetzt wieder drei Monate vergeblich auf das vertröstete Ausschreiben des allgemeinen Konventes gewartet[6]. So blieb nur Schweden übrig, da — mit Ausnahme von Hessen — kein einziger der Stände über nennenswerte Truppen verfügte. Dazu hatten die meisten Stände über alle Maßen große Angst, Oxenstierna möchte die schwedischen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Truppen abführen und Oberdeutschland seinem Schicksal überlassen[1], hatte er selbst doch aus dieser Drohung kein Hehl gemacht[2]: man war wohl oder übel auf Schweden angewiesen. Aber mehr noch, man war auch in ihrer Hand. Später haben es die Württemberger selbst gesagt, daß sie gar keine Wahl gehabt hätten, in den Bund einzutreten, indem sie „uf einen Teil den Feind, uf den andern den Feldmarschalch Horn an der Seiten gehabt"[3].

Andererseits unterließ Oxenstierna nicht, sie zu ermahnen und zu ermutigen: wenn nur diese Konföderation geschlossen sei, hoffe er, daß auch alle anderen Stände sich anschließen würden, mit Ausnahme vielleicht von einem oder zweien, besonders auch Niedersachsen; Kurbrandenburg habe sich gern dazu verstanden; und sei man einig, so sei man dem Feinde wohl gewachsen, und man könne dem Kaiser die conditiones ins Haus schicken und ihm sagen lassen, was er tun solle[4].

Man gab sich in den Kreisen der Stände der Hoffnung hin, daß dieser Sommer die Entscheidung und damit das Ende des Krieges bringen werde[5]. Und als man vernahm, daß der Landgraf von Hessen-Darmstadt nach Leitmeritz gereist sei, mit den kaiserlichen Unterhändlern die Friedensfrage zu besprechen, fühlte man sich in diesen Hoffnungen nur bestärkt. Kam es wirklich zu Friedensverhandlungen durch Sachsens Vermittlung, so konnte man nur um so bessere Bedingungen erwarten, je stärker man mit Schweden gerüstet war; es kam nur darauf an, Sachsen nicht völlig zu brüskieren. Man war sogleich entschlossen, nach Abschluß des Bundes sich über gewisse Friedensbedingungen zu einigen, um dann auf dem Plan zu sein: Oxenstierna wollte — wie die Stände glaubten — hierdurch beweisen, daß auch er nur den Frieden wolle[6].

Das alles wirkte zusammen, die Stände zu dem Abschluß des Bundes mit Schweden zu bestimmen; den Ständen der anderen Kreise wollte man den Zutritt auf einem allgemeinen Konvente offen lassen[7].

Bestärkt konnten die Stände in ihrem Entschlusse nur

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

werden, als der französische Gesandte Feuquières in öffentlicher feierlicher Audienz sie ebenfalls ermahnte, dem Bunde mit Schweden treu zu bleiben, und ihnen dann noch größere Unterstützung seines Königs in Aussicht stellte, als dieser sie bereits zu Lebzeiten Gustav Adolfs gewährt habe[1]. In ihrer Antwort[2] konnten sie denn auch dem Franzosen mitteilen, daß sie entschlossen seien, mit der Krone Schweden öffentlich eine Konföderation einzugehen und aufzurichten. Dieselbe Erklärung gab man an demselben Tage auch dem schwedischen Reichskanzler offiziell ab[3].

Damit hatte Oxenstierna im Prinzip seinen Willen durchgesetzt, wenn auch die Einzelbestimmungen noch große Schwierigkeiten bereiteten. Durch sein energisches Vorgehen hatte er die durch Sachsen und Württemberg stutzig gemachten Stände wieder an die Seite Schwedens gerissen.

Doch sind wir damit den Ereignissen vorausgeeilt. Ehe er den Ständen den versprochenen Bündnisentwurf zugehen ließ, übergab er ihnen verschiedene Projekte über die Anzahl und Stärke der Armeen sowie über die nötigen Mittel, sie zu unterhalten. Darüber berieten die Stände zunächst[4].

Oxenstierna forderte folgende Truppen[5]:

1. im Elsaß	4	Reg.	z.	F.	und	24	Komp.	z.	Pf.
2. in Schwaben	16	"	"	"	"	72	"	"	"
3. in Franken	16	"	"	"	"	72	"	"	"
4. am Rhein	8	"	"	"	"	48	"	"	"

und für Garnisonen:

1. im Elsaß	$3^1/_2$	"	"	"
2. in Schwaben	$2^1/_2$	"	"	"
3. in Franken	$3^1/_2$	"	"	"
4. am Rhein	3	"	"	"
zusammen[6]	$56^1/_2$	Reg.	z. F.	und 216 Komp. z. Pf.

Ein Monat Sold betrug für die Infanterie 390 980 Rt., für die Kavallerie 423 576 Rt., zusammen 814 556 Rt., ein Monat Löhnung[7] dagegen 179 896 resp. 211 788 Rt., zusammen 391 684 Rt., also etwas weniger als die Hälfte des Soldes.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oxenstierna übergab nun vier Vorschläge, die vorher genannten Truppen zu unterhalten:

A. Reichte man ihnen den vollen Monatssold in jedem Monat, so so bedurfte man 4 691 760 + 5 082 912 = 9 774 672 Rt. im Jahre.

B. Reichte man ihnen nur sechs Monate Sold, die andere Hälfte des Jahres sollten sie mit Kommiß unterhalten werden, so brauchte man 4 887 336 Rt.

C. Bei vier Monate Sold (und acht Monate Kommißverpflegung) belief sich die Summe noch auf 3 258 224 Rt.

D. Reichte man den Truppen dagegen nur einen Monat Sold und elf Monate Löhnung, so betrug die Summe 5 123 080 Rt.

Man war entsetzt über diese Summen, die zu erlegen eine offenbare Unmöglichkeit war. Im schwäbischen Kreise[1] berechnete man den letzten Vorschlag D auf den 22 fachen Römermonat; eine Forderung, an die kein Kaiser je gedacht hatte[2]. Auch jetzt beriet man zunächst in den drei Kreisen getrennt darüber, und auch hier machten die Schwaben die größte Schwierigkeit. Im rheinischen Kreise votierte man erst den 15fachen, dann den 13- und schließlich den 12fachen Römermonat, zum Leidwesen der reichen Städte Frankfurt und Straßburg, denen auch das noch zu viel war. Im fränkischen Kreise trieben die beiden schwedischen Statthalter, die Grafen Hohenlohe, und man bewilligte ebenfalls 12 Römermonate monatlicher Kontribution, war aber bereit, auch noch den 13. zu bewilligen, ja, sie schlugen noch vor, daß jeder Stand eine gleiche Anzahl Rekruten zur Komplettierung der abgekommenen Regimenter stellen solle, als er nach der Reichsmatrikel Gulden im einfachen Römermonat zu erlegen habe. Im schwäbischen Kreise konnte man sich schwer einigen; die höheren Stände, wie Württemberg, Baden und Öttingen, schlugen 10—12 Römermonate vor, Augsburg 12, Ulm und Heilbronn erklärten, sich der Majorität anschließen zu wollen; die kleineren Städte dagegen votierten auf 8, 6, 5 und 3 Monate, oder erklärten — wie Biberach —, so erschöpft zu sein, daß sie überhaupt nichts leisten könnten.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Als man erfuhr, daß die Franken und Rheinischen 12 Römermonate bewilligt hatten, bewilligten die Schwaben sie schließlich auch. Wichtiger war aber, daß man daran allerhand Bedingungen knüpfte, über die alle drei Kreise bald einig waren: vor allem sollten diese 12 Römermonate nur für sechs Monate bewilligt werden[1], dafür sollten aber alle anderen Kontributionen abgestellt werden. Auch sollten die Exorbitantien aufhören, und deshalb wurden von neuem Kreisräte gefordert. An der Kontribution sollten alle Stände teilnehmen, auch die eroberten und diejenigen, welche nicht in der Reichsmatrikel veranlagt waren, wie die Ritterschaft; auch wiederholte man dringend — trotz der Einrede Oxenstiernas — die Forderung, sich nach ausländischer Hilfe umzutun. — Wichtiger waren folgende allgemeine Vorbehalte: daß das jus belli et confiscationis nicht gegen das angewendet werden dürfe, was den Ständen zu eigen gehöre oder lehenspflichtig sei; daß die eroberten Länder den Konföderierten verbleiben sollten und daß die Armee dem Direktorum und den Ständen schwören sollte. Diese letzten Forderungen waren nur eine Konsequenz der veränderten Verhältnisse, wenn an Stelle der bisher allein führenden Schweden der „Bund" trat; waren die Stände bisher nur zur Hilfeleistung durch Truppen und Geld vom Könige herangezogen worden, der über sie kraft seines absoluten Direktoriums verfügte, so wollten sie jetzt Schweden gleichberechtigt zur Seite stehen; demgemäß mußte die Armee aufhören, rein schwedisch zu sein, und mußte Bundesarmee werden; die Eroberungen fielen dann nicht mehr, wie bisher, Schweden allein zu, sondern allen Konföderierten, die sich denn auch vor der umfassenden Ausdehnung des jus belli, wie es der König gehandhabt hatte, sicherstellen wollten.

Am 1. April übergaben Deputierte der vier Kreise dem Reichskanzler diesen Beschluß[2], der ihn — im Gegensatz zu dem vorherigen Promemoria — sehr freundlich aufnahm[3]. Er bat freilich, statt der 12 Römermonate deren 15 zu bewilligen, und zwar auf ein Jahr statt auf sechs Monate, auch

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hielt er die angehängten Bedingungen nicht ohne weiteres für durchführbar. Doch das alles geschah in ruhiger Aussprache, wie er denn jetzt erklärte; er habe mit seinen Ausführungen am 28. März, insbesondere mit seinem Vorwurfe der „Doppelzüngigkeit und der Gegenschreiber" niemandem zu nahe treten wollen; ja, er erklärte jetzt, er könne mit einem Bundesrate von sechs bis sieben Personen wohl zufrieden sein, wenn sie mit raten und taten und nicht bloß notieren und referieren wollten, sie müßten Vollmacht haben. Wegen des ominösen juris belli beruhigte er die Stände: Schweden würde sich zwar der mit dem Schwerte von den Pfaffen eroberten Güter bedienen, doch unbenommen der Rechte dritter.

Er benutzte die Gelegenheit, die Stände nochmals zum Abschlusse des Bundes zu ermahnen, er selbst habe die Proposition auch an Sachsen und Brandenburg geschickt. Der Feind hoffe, daß sich dieser Konvent zerschlage, und zu dem Zwecke befördere man auch den allgemeinen evangelischen Konvent. Seine Intention sei auch ein allgemeiner Konvent, und deshalb sei er zu Sachsen und Brandenburg gereist. Und ob es schon gut sei, wie Sachsen geschrieben, die Hand frei zu behalten, so hoffe er doch zu Gott, wenn diese Kreise fest zusammentreten, daß die andern Stände alle (ein oder zwei ausgenommen) hinzutreten würden; dann würde man dem Feinde wohl gewachsen sein und könne dem Kaiser die conditiones ins Haus senden. Er versäumte nicht, auf die glücklichen Erfolge an der Weser hinzuweisen, wo Knyphausen treffliche Erfolge gehabt hatte; er glaube, daß den Kaiser und den Bayernfürsten nur noch die Reputation vom Frieden abhielte.

Zum Schlusse empfahl er ihnen die Einführung einer Akzise durch alle Kreise, um die nötigen Mittel zur weiteren Kriegführung zu erhalten; ein Gedanke, den Gustav Adolf schon nach dem Vorbilde der Generalstaaten gehabt habe[1]. Auch bat er, zur Vermeidung der kostspieligen Werbungen, das Volk, das die einzelnen Stände für sich geworben hätten, der Armee zu überlassen, und ermahnte sie, den Streit mit der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ritterschaft nicht auf die Spitze zu treiben. Er versprach, als Antwort auf das Promemoria der Stände, ihnen den Entwurf eines Bündnisses zuzustellen, ohne aber damit jemandem offendieren zu wollen.

Das geschah noch an demselben 1. April[1], zugleich fügte aber Oxenstierna noch folgende zwei Forderungen hinzu: 1. für die Artillerie 2000 Pferde und auf vier Pferde je einen Mann; 2. zur Rekrutierung der abgekommenen Regimenter soll jeder Stand so viel Rekruten stellen, als er mit Gulden in der Reichsmatrikel veranschlagt war.

Diese Forderungen stießen auf hartnäckigen Widerstand; die Pferde brauche man nötiger zum Landbau, hieß es, und die Rekrutierung solle aus der allgemeinen Kasse von den bewilligten 12 Römermonaten bestritten werden. Ganz konnte man sie aber nicht ablehnen, das sah man ein. So schlug man zunächst noch einen halben Römermonat eins für alles vor[2]; als Oxenstierna das zurückwies, bot man ihm etwa die Hälfte der Artilleriepferde und ein Drittel der geforderten Rekruten[3]. Oxenstierna kam ihnen entgegen und verlangte jetzt nur noch 1600 Artilleriepferde und 12 000 Rekruten. Aber auch hier vermochte Oxenstierna seinen Willen nur durch die Drohung, alles liegen zu lassen und davon zu ziehen, durchzusetzen[4]. Besonders schlechten Eindruck machte es, daß er die von Schweden okkupierten Gebiete Franken und Mainz ausnahm, weil er daraus schon die Artillerie genommen hätte, und verlangte, daß deren Quote von den übrigen Ständen mit aufgebracht würde. Die Stände mußten sich auch in diesem Punkte fügen, und sie einigten sich schließlich dahin, ihm für je 12 fl. der Matrikel fünf Rekruten und für je 20 fl. ein Pferd anzubieten: das betrug 12 026 Mann und 1441 Pferde mit 720 Knechten[5]. So ist es in dem Entwurf des Nebenabschiedes aufgenommen, der ihm am 11. April übergeben wurde[6].

Zu gleicher Zeit wie diese Artilleriepferde und Rekruten wurde auch der von Oxenstierna den Ständen am 1. April zugestellte Bündnisentwurf beraten[7]. Nach diesem

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Entwurfe schlossen die vier oberen Kreise mit der Krone Schweden einen Bund, bis 1. die Restitution aller evangelischen Stände erreicht, 2. die deutsche Libertät sowie der Religions- und Profanfriede wiederhergestellt ist und 3. Schweden Satisfaktion erhalten hat. Die bisher geschlossenen Partikularbündnisse sollen nur soweit kassiert werden, als sie diesem allgemeinen Bunde widersprechen. Die Stände versprechen, sich untereinander zu vertreten. Der Bund soll zu niemandes Präjudiz oder Offens geschlossen sein, er soll vielmehr zur Vorbereitung für einen allgemeinen Bund der Evangelischen dienen, wie man sich denn bemühen will, daß auch die anderen Stände hinzutreten; auch „Benachbarten" soll der Zutritt offenstehen. Abtrünnige Bundesmitglieder oder solche, die sich weigern, ihre Pflichten zu erfüllen, sollen wie Feinde behandelt werden, ebenso solche, „die die deutsche Libertät vorsätzlich helfen unterdrücken". Neutralität soll nicht mehr bewilligt werden. Das Direktorium übernimmt Oxenstierna um Schwedens willen und als schwedischer Legat, doch tritt ihm ein Consilium formatum von sieben Personen zur Seite, drei von Schweden und je einer von den vier Kreisen ernannt. Mit diesem Bundesrat werden alle Sachen beraten („sie gehen die Direktion oder militiam, als auch die rationes foederis im Reich oder mit den Benachbarten an") und nach ihrem Gutachten „statuiert"; nur in militaribus behält sich das Direktorium (Oxenstierna) die Resolution, d. h. die Entscheidung, vor. Die Stände verpflichten sich, Oxenstierna mit Rat und Tat zu unterstützen. — Die Leistungen der Stände waren noch nicht normiert, doch stellte Oxenstierna den Grundsatz auf, daß die Armeen der Stärke des Feindes proportional sein müßten; auch sollten vier Armeen neben den Garnisonen unterhalten werden. Ihre monatliche Bezahlung wurde mit dem Bundesrate erwogen und vom Direktorium angewiesen. Die Kontribution sollten alle Stände liefern, auch Schweden aus den okkupierten Gebieten, und zwar „so lange es nötig". Für die Verwaltung sollten Kassen und Magazine angelegt

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

werden, deren Beamte, vom Bundesrate bestellt, ihre Anweisungen vom Direktor empfangen sollten. Zur Aufsicht über die Musterungen, Kassen und Magazine sollten in jedem Kreise zwei Kommissare (einer von Schweden, einer von den Ständen) angestellt werden. Schließlich versprachen die Stände, Schweden nicht zu verlassen und garantierten ihm den Besitz der okkupierten „katholischen und österreichischen" Gebiete bis zur Satisfaktion.

Vergleicht man den Entwurf mit Oxenstiernas Proposition sowie mit den Wünschen und Forderungen, die die Stände am 27. März und am 1. April zu erkennen gegeben hatten, so sieht man, daß der Reichskanzler den Ständen ein gutes Stück entgegengekommen war, daß er aber andrerseits sehr energisch seinen abweichenden Standpunkt behauptet hatte. Von einer öffentlichen Kriegserklärung an den Kaiser hatte er Abstand genommen; nur in der Klausel, daß alle, die die deutsche Libertät vorsätzlich unterdrücken, Feind sein sollten, kehrte der Gedanke versteckt wieder. Auch in der Stellung Schwedens zum Bunde war manches verändert; statt der Forderung, daß die Stände die Krone unterstützen sollten, auch wenn sie inzwischen von anderer Seite angegriffen würde, begnügte er sich mit der allgemeinen Verpflichtung der Stände, daß sie Schweden nicht verlassen würden. Die Verpflichtung der Satisfaktion sollten die Stände jetzt ohne jede Gegenleistung Schwedens übernehmen, dessen Kontribution sich nur auf die von ihm okkupierten katholischen und österreichischen Gebiete erstreckte, von Beiträgen aus Schweden selbst war demnach nicht mehr die Rede, ganz nach dem von Oxenstierna aufgestellten Grundsatze. Der Bund sollte sogleich dauernd bis zum Frieden geschlossen werden, von einem Interimistikum war nicht die Rede; und wenn er auch als Vorläufer eines allgemeinen evangelischen Bundes bezeichnet wurde, so stand doch in Zukunft den übrigen Ständen der Eintritt nur unter den jetzt festgestellten — oder ähnlichen — Bedingungen frei, d. h. das schwedische Direktorium blieb

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

unter allen Umständen gewahrt, und Sachsens Ansprüche blieben abgewiesen. Denn Oxenstierna hatte auch hier das Direktorium übernommen, und zwar als Legat der schwedischen Krone und unter Betonung der Interessen Schwedens, nicht, wie es die Stände gewollt hatten, seiner persönlichen Eigenschaften halber. Oxenstierna erkannte jetzt auch förmlich die Beiordnung eines Bundesrates an; wird man schon seinem am 28. März erhobenen Widerspruch gegen einen Bundesrat keine allzu große Bedeutung beilegen, dabei vielmehr die Leidenschaft des Augenblicks mit in Rechnung ziehen müssen — er hatte sich vorher schon Kurbrandenburg gegenüber über die Notwendigkeit eines Bundesrates ausgesprochen —, so räumte er ihm jetzt merkwürdig großen Einfluß ein: alles sollte mit ihm beraten und angeordnet werden, politische wie militärische Angelegenheiten; und nicht nur beratende Stimme gestand er ihm zu, sondern auch beschließende, mit Ausnahme der militärischen Angelegenheiten und der Verfügung über die Bundesmittel, in denen er sich die Entscheidung ausbedang; und damit behielt er das Heft doch in den Händen. Die Kreisräte hatte er nicht bewilligt, die vorgesehenen zwei Kommissare in den Kreisen waren dafür kein Ersatz. Die Stände hatten sich die Kreisräte als Schutz gegen die Insolentien der Truppen gedacht; die Kommissare sollten einen ganz anderen und sehr beschränkten Wirkungskreis haben. Die Kontribution sollte nicht auf ein halbes oder ein ganzes Jahr bewilligt werden, sondern „so lange es nötig", und das ist besonders zu beachten; denn die Beratungen über die Weiterbewilligung konnten später einmal den ganzen Bund lahmlegen und Oxenstierna faktisch von dem Willen der Stände abhängig machen. Dagegen hatte er den Ständen wieder soweit nachgegeben, daß Moderationen im Falle wirklicher Unmöglichkeit — die er vorher schroff abgewiesen hatte — mit Zustimmung des Direktoriums und des Bundesrates zugelassen wurden. Dafür forderte er wieder, daß Abtrünnige oder widerspenstige Mitglieder als Feinde behandelt würden,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ebenso sollten Neutralisten nicht geduldet werden. Die Kontributionen sollten alle in die gemeinsame Kasse fließen, aus der die Armee und sonstige Bedürfnisse bezahlt werden sollten: der Vorschlag, daß jeder Stand eine bestimmte Zahl Truppen zur Unterhaltung angewiesen erhalten sollte, war damit abgewiesen. Die Exorbitantien der Soldateska abzustellen, verpflichtete er sich nur „soweit es möglich sei", die weitergehenden Forderungen der Stände, die auf unnachsichtliche Bestrafung der Übeltäter drangen, hatte er abgelehnt. Von den höchst wichtigen Forderungen der Stände, daß die Armee dem Bunde schwören und Eroberungen allen Ständen zufallen sollten, sowie daß das jus belli nicht gegen Bundesmitglieder angewendet werden sollte, ist in dem Entwurfe nicht die Rede.

Es war vorauszusehen, daß die Stände ohne weiteres auf ihre Forderungen nicht verzichten würden. Am Montag, dem 4. April, begannen die Beratungen, die diesmal mit Nachdruck und Ernst betrieben wurden[1]. Oxenstiernas Begehren, mit ihm persönlich zu Rate zu gehen, wurde zwar abgelehnt — sehr begreiflich, da man sich nicht getraut hätte, seine Wünsche so zu äußern, wie man es untereinander tun konnte[2] —, doch wurden, um die Beratungen zu beschleunigen, Deputierte von allen Kreisen ernannt; die von ihnen fertiggestellten Entwürfe wurden dann in den einzelnen Kreisen und schließlich in pleno von allen Ständen beraten. In formeller Beziehung ist zu erwähnen, daß jetzt die Trennung in einen Haupt- und Nebenabschied beschlossen wurde. Schon Oxenstierna hatte in seinem Bündnisentwurfe[3] von einem Nebenabschiede gesprochen, der aber nur bei dem Unterhalte der vier Armeen und der Garnisonen erwähnt wird. Jetzt wurde aber eine Trennung der substantialia von den „conditiones" beliebt, und charakteristisch ist es, daß es wieder Württemberg war, das den Nebenabschied entwarf[4], und ebenso charakteristisch ist es, daß man die Leistungen der Bundesglieder, die in den Nebenabschied kamen, conditiones nannte. Zum Eintritt in

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den Bund war man entschlossen, über die Bedingungen mußte man sich noch einigen; die quaestio an? war entschieden, es kam auf die quaestio quomodo? an: daß hier jeder Teil seinen Vorteil sich zu wahren bemühte, war selbstverständlich, es kam darauf an, wer seinen Willen durchsetzen würde.

Am 11. April wurde der Hauptabschied[1] dem Reichskanzler überreicht, und auf sein hartnäckiges Drängen erhielt er auch den Nebenabschied am folgenden Tage, wenn auch nur im Konzepte[2], und obwohl die Stände noch eine Beratung darüber angesetzt hatten.

Der Hauptabschied war nur generell abgefaßt und ohne große Rücksicht auf des Reichskanzlers Entwurf, was manchen Ständen Anlaß zu Bedenken gab[3]; aber nicht nur formell hatte man sich emanzipiert, es gab auch sehr gewichtige materielle Änderungen. Der Bund sollte unter den Ständen für sich und dann mit der Krone Schweden sein; die Ziele waren dieselben geblieben, nur war — um jede Erinnerung an Gustav Adolfs genialen Plan eines corpus Evangelicorum zu tilgen — noch „die Observanz des heiligen römischen Reichs Satzungen und Verfassungen" ausdrücklich hinzugefügt. Das Direktorium war dem Reichskanzler nicht nur, weil es Gustav Adolf gehabt und der König ihn nach Süddeutschland geschickt hatte — also als Schweden —, übertragen, sondern auch um seiner hervorragenden Qualitäten willen, also rein persönlich; man hatte die schwedische wie die ständische Auffassung des Direktoriums gleichbedeutend nebeneinandergestellt, ohne eine Entscheidung zu treffen. Die von ihm verlangte Gegenversicherung der Stände war beibehalten worden. — Über den Bundesrat sowie die Kreisräte (welche die Stände unter Beseitigung der von Oxenstierna vorgeschlagenen Kommissare wieder eingestellt hatten) enthielt der Hauptabschied nur allgemeine Bestimmungen, die entscheidenden brachte der Nebenabschied; wichtig war nur, daß dem Bundesrat eine Instruktion mitgegeben werden sollte und daß die Kreisräte

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

unter dem Kommando des Direktoriums und Bundesrates ihr Amt ausüben sollten. — Partikularfriedenstraktate waren, wie bisher, verboten, und Angebote sollten dem Direktor und Bundesrat mitgeteilt werden: diese Verpflichtung wurde jetzt auch namentlich auf Oxenstierna ausgedehnt und die Resolution von dem Beschluß der Stände abhängig gemacht. — Über die Armeen und ihren Unterhalt waren im Hauptabschiede ebenfalls nur allgemeine Bestimmungen getroffen; doch war die wichtige Klausel wieder eingeschoben, daß die Armee sämtlichen Konföderierten schwören müsse. Die vier Armeen, welche Oxenstierna gefordert hatte, waren angenommen, ebenso war sein Grundsatz, daß die Bundesarmee der Macht des Feindes proportional sein müsse, insoweit akzeptiert worden, daß man sich verpflichtete, alles so zu bestellen, daß man dem Feinde gewachsen sei. — Die Reformation der Armee, Abschaffung ihrer Exzesse, Besserung der Disziplin u. a. m. war vorgesehen, „soviel die Zeit immer leiden kann". — Die schwedische Satisfaktion wurde als billig anerkannt; die Klausel aber, daß Schweden weiter zum Beistand verpflichtet sei, wurde doch wieder eingerückt, diesmal bei der Gegenverpflichtung der Stände, der Krone Schweden den Besitz der im Reiche okkupierten feindlichen Länder zu garantieren; dagegen beanspruchten die evangelischen Stände jetzt ebenfalls Schadenersatz. — Die Stände hatten auf das anfänglich geforderte Interimistikum bis zum allgemeinen Konvente verzichtet, der Bund war vielmehr sogleich bis zum Frieden vorgesehen; doch wurden die anderen Stände sowie auswärtige Mächte zum Beitritt aufgefordert. Um Kursachsen insbesondere entgegenzukommen, wurde auf den Leipziger Konvent als Vorläufer dieser Defensionsverfassung ausdrücklich zurückgegriffen[1], hatte man doch auch schon in den Beratungen die Frage erörtert, wie man den beiden Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg den Abschluß notifizieren und sie zum Eintritt auffordern sollte: durch eine Gesandtschaft oder durch ein Schreiben.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Von größerer Bedeutung war der Nebenabschied, da sich in seinen 22 Paragraphen das Maß der Selbständigkeit zeigen sollte, welches die Stände an Stelle des bisherigen absoluten Direktoriums des Königs für sich beanspruchten: er enthielt die conditiones, von denen die Stände den Abschluß des Bundes mit Schweden abhängig zu machen versuchten.

Zuerst kommt der Bundesrat in Betracht, den Oxenstierna angenommen hatte, wenn auch so, daß Schweden unbedingt das Übergewicht darin haben sollte (drei Schweden und vier ständische Mitglieder). Der Nebenabschied bestimmte jetzt, daß Oxenstierna selbst dazugehören sollte mit zwei Schweden und sieben ständischen Mitgliedern (einer von Kurpfalz und sechs von den anderen drei Kreisen[1]); die neuen Räte sollten sämtlichen Konföderierten schwören und an eine Instruktion gebunden sein. Aber nicht genug, daß damit den Ständen die große Majorität im Bundesrate vorbehalten gewesen wäre, dem Bundesrate sollte auch die Beratung und Entscheidung aller Kriegs- und Friedenssachen zustehen; dem Direktor verblieb nicht, wie Oxenstierna verlangt hatte, die Resolution in militaribus, sondern nur in executionibus militaribus. Damit hätte der Bundesrat und nicht der Direktor die entscheidende Stelle eingenommen; dem Direktor hätte nur die Ausführung der Beschlüsse des Bundesrates in militaribus obgelegen. Das wäre eine völlige Änderung der Stellung Oxenstiernas gewesen. Auch in allen anderen Befugnissen, die sich Oxenstierna vorher als Direktor reserviert hatte, hatten ihm die Stände jetzt mit voller Absicht den Bundesrat zur Seite gesetzt: in erster Linie in der Verfügung über das Bundesvermögen. Oxenstierna hatte die Verwaltung der Kassen und Magazine von seinen Befehlen abhängig gemacht, die Ausgaben sollten von ihm angewiesen werden; jetzt hieß es: „vom directorio und consilio formato". Ihnen beiden sollten auch die Kassierer schwören. Selbst bestimmte militärische Angelegenheiten, die Oxenstierna namentlich aufgeführt und sich vorbehalten hatte, wie die militärische Exekution gegen säumige Bundesglieder, Ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

teilung der Armeen und Verstärkung der Garnisonen, waren jetzt dem Dirktorium und dem Bundesrate zugeschrieben. Aus allem geht deutlich die Absicht hervor, die Macht des Direktors so viel wie möglich einzuschränken und sie dem Bundesrate, in dem die Stände das Übergewicht hatten, beizulegen. Ja, sie beschränkten auch die Befugnisse des Bundesrates, indem die wichtigsten Fragen: Friede, neue Bündnisse und andere die Hoheit berührenden Sachen nur mit Belieben der Stände selbst entschieden werden durften.

Von den übrigen Bestimmungen nur die wichtigsten. Die Kontribution war — wie bewilligt — auf 12 Römermonate für ein Jahr (nicht wie Oxenstierna wollte, so lange als nötig) normiert; eine Moderation war aber vorgesehen, sobald die Armeen in Feindes Land eingedrungen sein würden. Über das wirkliche Unvermögen der Stände sollten zunächst die Kreisräte berichten und danach erst Direktorium und Bundesrat über eine eventuelle Exekution Beschluß fassen. Statt der Gelder war es auch gestattet, Proviant, Munition, Pulver, Tuch, Leder u. dgl. Kriegsmaterial zu liefern. Kassen und Magazine sollten in den Städten Straßburg, Frankfurt, Ulm und Nürnberg eingerichtet und den Magistraten anvertraut werden, die auch die nötigen Beamten bestellen sollten. In diese Kassen sollten auch die fremden Subsidien fließen, über die Schweden bisher allein verfügt hatte; auch sollten die von dem Könige verschenkten Güter mit erhöhter Kontribution belegt und alle im Kreise belegenen Stände, die nicht mit in der Matrikel aufgeführt waren, herangezogen werden. In den Kreisen sollten die Kreisobersten oder Kreisräte (wie sich jeder Kreis vergleichen würde) Aufsicht auf die Durchzüge, Einquartierungen, Musterungen, Exekutionen, Magazine und Kassen führen, um allen Unregelmäßigkeiten vorzubeugen; sie waren also ebenso ein Kontrollorgan über die Armee und die Bundesbeamten wie über die Leistungen der Stände. Über die Abschaffung der Exzesse, Reformation der Truppen, ihre Verpflegung im Quartier, Durchzüge, Garni-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sonen enthielt der Abschied eine Menge Details, alle in der Absicht, das Verhältnis der Stände zur Armee wieder ordnungsgemäß zu gestalten und die Lasten der Stände zu mindern. Dagegen waren — wie schon erwähnt — die bewilligten 12 000 Rekruten, 1440 Artilleriepferde und 720 Fuhrknechte in den Abschied aufgenommen. Dazu war die Forderung aufgestellt, daß über die bewilligten Leistungen keine weiteren Kontributionen und Beschwerungen gefordert werden sollten und daß die Stände von der Soldateska nicht weiter graviert werden sollten. Ebenso kehrten die Forderungen wieder, daß das jus belli gegen Bundesmitglieder nicht angewendet werden dürfe und daß künftige Eroberungen den Konföderierten gemeinsam verbleiben sollten.

Es war die Frage, ob Oxenstierna auf diesen Entwurf eingehen und sich mit einer solchen Stellung begnügen würde, wie sie ihm hier die Stände zuzugestehen für gut fanden.

Sehr bald nach dem Empfange des Nebenabschiedes (am 12. April) sandte er Dr. Mithoff zu dem pfälzischen Direktorium mit der Mitteilung, daß Oxenstierna über den Entwurf aufs höchste alteriert sei; die Stände hätten alles mit solchen conditiones verschränkt, als wenn sie mit einem Jesuiter zu tun hätten; wenn die Stände nichts zur Sache tun wollten, würde er sich mit Frankreich, England und den Generalstaaten verbinden und die Stände übereinander liegen lassen. Mithoff berichtete, daß er den Reichskanzler noch niemals so entrüstet gesehen habe[1]; und der hohenlohische Abgesandte konnte hinzufügen, daß ihn nichts mehr in den Harnisch gebracht habe als die neue Anordnung des Bundesrates.

So konnten die Stände auf einen harten Zusammenstoß gefaßt sein, als sie am 13. April zwölf Deputierte zu dem Reichskanzler sandten, um seine Einwürfe zu hören. Über sie ergoß sich die ganze Schale seines Zornes[2].

Über den Hauptabschied, sagt er, hätte man sich einigen können; er hätte Hoffnung gehabt, alles bald richtig zu machen. Von dem Nebenabschied aber wisse er nicht, ob es ein Scherz

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sein solle oder ob er zu Übung abgefaßt sei. Dazu sei doch die Zeit zu kostbar; sei es aber ernst, so könne er sich nicht mit dem Werke befassen. Keiner der Artikel tauge etwas, damit würfe man vielmehr die Sache über den Haufen. Auf Einzelheiten werde er nicht eingehen, es möchte gar zu odios discurs geben, die man ihm wieder verübeln würde. Auf diese Weise sei weder den Ständen noch ihm etwas genützt, und er bliebe lieber frei davon; er würde dann das Interesse seines Vaterlandes in acht nehmen und sich mit Frankreich, England und den Generalstaaten verbinden. Wollte er das Direktorium solchergestalt annehmen, würde er der größte Narr sein. Er wolle dabei bleiben, wenn er es mit Reputation könne, sonst nicht.

Die Stände antworteten, daß es nicht ihre Absicht gewesen sei, ihm mit diesem Entwurfe Vorschriften zu machen. Wenn sie seine Intentionen so wenig getroffen hätten, bäten sie um Verzeihung; er könne die Artikel abändern, streichen oder vermehren. Sie wollten bei dem Werke treu verharren. Oxenstierna möchte ein oder zwei Räte deputieren, die Stände ebensoviel, dann würde man wohl zusammenkommen.

Oxenstierna beschwerte sich darauf, daß man auf seinen Vorschlag, persönlich mit ihm zu verhandeln, nicht eingegangen sei, er hätte sich nicht aufdrängen können. Er wiederholte, daß keiner der 22 Paragraphen etwas tauge, mit denen man ihn derartig beschränken wolle, daß er der größte Narr sein müsse, wenn er sich darauf einließe. Das Direktorium in dieser Form sei vollkommen überflüssig, da der Bundesrat über alles zu verfügen habe und dort die Majorität entscheide. Das tue er aber nicht, er wolle nicht a majoribus dependieren. Es stecke lauter Falschheit darunter. Man ließe ihm nur die militärische Exekution: das sei aber nicht Sache des Direktoriums, sondern der Generäle. Quartiere und Durchzüge vorweg anzusagen, wie die Stände verlangten, sei ein Unding, dadurch verriete man sich, und obendrein würde ein Stand die Armee auf den andern verweisen. Man wolle zwar

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kontribuieren, aber doch aufhören, sobald die Armee in des Feindes Land sei: man wisse doch, daß sie dort nichts zu leben haben, daß man also weiter kontribuieren müsse. Auch reiche die bewilligte Kontribution nicht zur Hälfte und nicht zum Drittel. Komme man mit der Impossibilität, so sei es vergeblich, überhaupt davon zu reden: man solle den Feind mit der Impossibilität schlagen. Mainz, Würzburg und Augsburg seien ganz ruiniert, und dennoch wolle er von ihnen die Quota aufbringen. Dazu wolle man statt des Geldes auch allerlei Kriegsmaterial, Tuch und Leder zur Kontribution zulassen und, was man gerade in Vorrat habe, einschicken: das sei Phantasterei, und man mache aus den Kassierern Kaufleute und Kujone; er wolle mit einer solchen Kasse nichts zu tun haben, in die nichts einkomme und die so verklausuliert sei. Selbst die Oberinspektion über die Kassen übergäbe man den Magistraten, traue also auch hierin dem Direktorium nicht.

Wenn die Stände seiner Person halber Bedenken trügen und fürchteten, sie möchten einem anderen präjudizieren, dahin sie Respekt trügen, würde er gern weichen. Solchen Schimpf hätten auch Könige ertragen müssen: er würde lieber allein und ohne Bund oder Direktor sein, wenn es nicht seines Vaterlandes Interesse erheische. Es sei ihm zwar nicht lieb, den Konvent unverrichteter Sache auseinandergehen zu lassen, doch könne man dann pro forma einen Bund schließen und das unter dem Feinde verbreiten und den Nebenabschied weglassen.

Im Namen der Stände antwortete Dr. Löffler und bezeugte zusammen mit dem persönlich anwesenden Markgrafen von Baden, daß die Stände nicht die Intentionen hätten, die der Reichskanzler ihnen zuschiebe. Die Stände meinten es ehrlich und Oxenstierna möchte nicht von ihnen aussetzen. Soweit sei man auch nicht von einander, man würde in wenig Stunden einig werden. Der Reichskanzler versprach daraufhin, seine Zusätze aufsetzen und mit den Ständen durch zwei Räte verhandeln zu lassen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Eindruck, den Oxenstiernas rigoroses und schroffes Verfahren auf die Stände machte, war wiederum tief. Die Stände hatten mit den Projekten ihre Gegenvorschläge zu Oxenstiernas Entwurf überreicht, um mit dem Reichskanzler darüber zu verhandeln, eine solche Behandlung hatten sie aber nicht erwartet; sie mußte um so verletzender wirken, als sie in Gegenwart der schwedischen Statthalter, Räte und Sekretäre erfolgte, die sich weidlich über die Bestürzung der Stände belustigten; ja, am Abend vorher war bereits die Rede ergangen, daß man am folgenden Tage die Stände rechtschaffen zwacken werde, und die schwedischen Beamten hatten sich gegenseitig eingeladen, in des Reichskanzlers Gemach zu erscheinen und zu vernehmen, wie die Stände gefilzt würden[1].

Da die Stände jetzt abermals des Reichskanzlers Vorschlag ablehnten, mit ihm persönlich zu verhandeln, sandte er ihnen am 14. April bereits seinen Entwurf der beiden Abschiede zu[2], mit dem Bemerken, er verlange bis zum Abend richtige Erklärung, nur wer sich dazu bekenne, solle in den Bund aufgenommen werden, gegen die anderen werde unfehlbar die Exekution eintreten[3].

In der Form hatte Oxenstierna den Entwurf der Stände beibehalten, ja, den Hauptabschied in der Hauptsache akzeptiert, dagegen den Nebenabschied sehr stark sachlich abgeändert; vornehmlich in folgenden Punkten.

Vor allem war natürlich die Stellung des Direktoriums und des Bundesrates im Sinne Oxenstiernas umgestaltet. Die Zusammensetzung hatte er zwar im wesentlichen nach dem ständischen Entwurfe angenommen, nur forderte er statt der zwei jetzt drei schwedische Mitglieder neben den sieben ständischen; auch seine Kompetenz, daß der Bundesrat alle Kriegs- und Friedenssachen berät und entscheidet, war geblieben, dagegen hatte sich der Reichskanzler wieder freie Entschließung in allen militaribus vorbehalten; da die militaria die Hauptsache waren, forderte er, daß die Mehrzahl der Bundesratsmitglieder Soldaten oder doch Sachverständige

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sein sollten: mit ihnen hoffte er weniger Schwierigkeiten zu haben als mit den juristischen Räten, und so konnte er eine Zusammensetzung des Bundesrates akzeptieren, in der die Schweden nicht die Majorität hatten. Auch eine so weitgehende Kompetenz des Bundesrates konnte er zulassen, da er sich die entscheidenden Befugnisse selbst vorbehalten hatte. Hatte der ständische Entwurf überall den Bundesrat neben das Direktorium gesetzt, so hatte ihn Oxenstierna jetzt wieder beiseite geschoben. Vor allem verfügte er jetzt wieder allein über die Einkünfte des Bundes: die Kassen- und Magazinverwalter, die von dem Direktorium und dem Bundesrate angestellt wurden, mußten ihm allein für alle Konföderierten schwören und auf seinen Befehl die Kassen und Magazine verwalten. Die Anordnung der Magazine erfolgte allein vom Direktorium, je nach Erfordernis und Umständen. Die Kreisräte, die die Stände so sehr wünschten, hatte er abgelehnt[1], die Aufsicht über die Kassen und Magazine war wieder je zwei Kommissaren in den Kreisen anvertraut, die vom Direktorium autorisiert wurden. Säumige Kontribuenten wurden wieder vom Direktorium allein erinnert, der ganze umständliche Apparat, den die Stände vorgeschlagen hatten, war weggestrichen.

Von großer Bedeutung war, daß Oxenstierna jetzt die Forderung der Stände, daß die Armee den sämtlichen Konföderierten schwören sollte, annahm; doch fügte er ausdrücklich hinzu „der Krone Schweden" und den Konföderierten. Der Bund übernahm damit Rechte und Pflichten an der Armee, die bisher allein schwedisch war, doch wahrte der Reichskanzler die Rechte seines Vaterlandes für den Fall, daß sich der Bund auflösen sollte. Er konnte darein um so eher willigen, als er bestrebt war, die in Schweden geworbenen Regimenter nach und nach wieder in die Heimat oder doch in die eroberten Küstenländer zu schicken, so daß die Armee in der Hauptsache nur noch aus deutschen Söldnern bestand. Die Verfügung über sie behielt er sich vor, indem er den Bundesrat

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wieder beiseite schob. Alle die detaillierten Bestimmungen über Reform der Miliz, Abschaffung der Exorbitantien, Beschränkung des Trosses und der Bagage usw. hatte er abgelehnt, es sei jetzt keine Zeit, „Polizeiordnungen" zu erlassen; er übernahm nur ganz im allgemeinen die Verpflichtung, sich die Wiederherstellung der Disziplin angelegen sein zu lassen, und unterließ nicht, in diesem Punkte auch den Bundesrat mit heranzuziehen und ihn auf diese Weise mit verantwortlich zu machen.

Die Leistungen der Stände hatte der Reichskanzler noch verschärft. Den zwölffachen Römermonat auf ein Jahr hatte er zwar angenommen, verlangte jetzt aber sogleich eine Antizipation der ersten drei Monate, wofür die letzten drei frei sein sollten. Statt des Geldes war nur Lieferung von Wein und Korn zugelassen und auch nur dann, wenn die Armee dessen bedurfte und in der Nähe war. Auch mit den bewilligten Rekruten und Artilleriepferden gab er sich nicht mehr zufrieden, er verlangte jetzt auf je 2 fl. der Matrikel einen Rekruten, auf je 20 fl. ein Pferd und auf je vier Pferde einen Knecht und einen Jungen, womit die Stände zugleich auch die Leistungen der von Schweden okkupierten Gebiete übernehmen sollten[1]. Ferner begehrte er noch einen einfachen Römermonat zu ihrer ersten Unterhaltung. Von einer Ermäßigung der Kontribution, sobald die Armee in des Feindes Land geführt sei, war nicht mehr die Rede; selbst die Bestimmung, daß alle Einkünfte, die man aus künftig eroberten Gebieten würde erzielen können, zur Erleichterung der Kontribution dienen sollten, war gestrichen, ebenso daß die Donatarii höher besteuert werden sollten wie die anderen Stände. Von der Verwendung fremder Subsidien oder den Beiträgen Schwedens war keine Rede mehr. Auch die Versicherung, daß das jus belli gegen die Bundesgenossen nicht zur Anwendung kommen solle, war wieder gestrichen.

Das waren die wesentlichsten Abänderungen, die Oxenstierna vorgenommen hatte. Die beiden wichtigsten waren die Steige-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

rung der Kontribution und die Stellung des Direktoriums; von letzterem sagten die Straßburger, daß es absolute bei Oxenstierna verbliebe: das war übertrieben, aber in Wahrheit hatte er die Mitwirkung des Bundesrates sehr stark eingeschränkt und die geforderten Kreisräte nochmals abgelehnt. Während sich die Stände jetzt in das Direktorium im Sinne Oxenstiernas ohne großen Widerstand fügten, machten die gesteigerten Forderungen um so größeren Eindruck auf sie[1], als der Reichskanzler ja drohte, jeden, der sie nicht bis zum Abend bewilligt habe, von der Konföderation auszuschließen. Die Ansprüche waren aber auch außerordentlich hoch: drei Monate antizipiert und noch ein einfacher Römermonat für die Rekruten machten 37 Römermonate im Mai, wozu Anfang Juni abermals 12 Römermonate ordentlicher Kontribution kamen, also innerhalb vier Wochen 49 Römermonate. Selbst Ulm erklärte, hier heiße es: Friß Vogel oder stirb, und die kleineren schwäbischen Reichsstädte, wie Reutlingen, Dinkelsbühl, Bieberach, Donauwörth und Wimpfen, erklärten, es sei für sie absolut unmöglich, das Geld zu beschaffen. Die vermögenderen Stände erklärten aber, man müsse der Not gehorchen und sich in die Zeit schicken, so schwer es sei, oder wie Baden sagte: das sei das Loch, da man durch müsse, doch wolle man lieber selbst durchschlüpfen, als sich an den Haaren durchziehen lassen. Allgemein war man im schwäbischen Kreise der Meinung, daß man das äußerste tun müsse, ja, die größeren Stände, wie Baden, Öttingen, Augsburg, Ulm und Nördlingen, erklärten sich bereit, die Antizipation zu erlegen; alle sprachen aber auch die Erwartung aus, daß Oxenstierna sich nicht mit der Exekution übereilen werde.

Als dann die Deputierten der vier Kreise zusammenkamen, erklärte man aber die Antizipation für unmöglich und war einig, den Reichskanzler um Moderation zu bitten, auch den neu geforderten einfachen Römermonat ganz fallen zu lassen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

An der Stellung des Direktoriums änderte man nicht, dagegen verlangte man nach wie vor die Errichtung von Kreisräten; von den Kommissaren wollte man nichts wissen.

Am folgenden Tage, dem 15. April, überbrachten Deputierte der sämtlichen Kreise dem Reichskanzler den Bescheid der Stände, der mit ihnen in eingehender Beratung nunmehr Punkt für Punkt durchsprach[1]. Die Verhandlungen geschahen diesmal wieder rein sachlich und ruhig, sie drehten sich vornehmlich um die Kontribution. Trotz aller Vorstellungen der Stände, daß es unmöglich sei, innerhalb vier Wochen 49 Römermonate zu liefern, bestand doch Oxenstierna fest darauf, da die Armee zu Anfang unbedingt einen Monatssold erhalten müsse, wenn der Soldat nicht Meister werden solle; später könne man mit der monatlichen Rate auskommen, aber jetzt bedürfe man mehr. Denn der 12fache Römermonat brächte nur 200 000 Rt., während ein Monatssold 800 000 Rt. erfordere. Auf der Armee beruhe alles Heil, man dürfe sie deshalb nicht offendieren; er wies auf das Beispiel Spaniens hin: wenn es in den Niederlanden unterliege, geschähe das nur, weil die Armee nicht bezahlt werde. Wolle man das nicht liefern, wolle er auch keine Verantwortung übernehmen. — Als die Stände nicht nachgaben, schlug er vor; er sähe, daß die Fürsten und Grafen kein Geld hätten, dann sollten sie bei den großen Städten eine Anleihe aufnehmen, die dann von der Kontribution wiedererstattet werden sollte. Davon wollten die Städte natürlich nichts wissen: es sei ein Irrtum, wenn man glaube, daß sie noch voller Geld steckten[2]. — Schließlich schlug Oxenstierna vor, man solle vierteljährlich je drei Monate zugleich erlegen; da man am 1. Mai und am 1. Juni 12 Römermonate zu zahlen habe, handle es sich auf diese Weise nur um die Antizipation einer Monatsquote. Das nahmen die Deputierten ad referendum.

Er lehnte es ferner ab, ausdrücklich Milderungsgründe für säumige Kontribuenten in den Abschied aufzunehmen, selbst notorische Unmöglichkeit nicht: dann würde nichts ein-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kommen. Er wisse, welcher Stand etwas zu leisten vermöchte und welcher nicht, danach werde er sich richten, und ehe er die Exekution vornähme, werde er sich zweimal besinnen.

Auf den Vorhalt der Stände wegen der geforderten Rekruten und des einfachen Römermonats, erwiderte er, er wisse, daß der Römermonat nicht viel einbringe, er habe ihn nur gefordert, um desto eher zu dem Monatssold zu gelangen: an der ersten Lieferung hänge alles, damit man nur fortkommen könne; auf die Mannschaften käme es nicht so genau an; er versähe sich, daß jeder sein möglichstes tue.

Die Kosten der Durchzüge sowie die ständigen Garnisonen aus der Bundeskasse zu ersetzen und zu unterhalten, lehnte er rundweg ab; dann würde nichts darin bleiben; ebenso wollte er nichts von Vorschriften wegen der Disziplin wissen.

Schließlich kamen noch der Bundesrat und die Kreisräte zur Sprache. Er riet, die Anzahl der Bundesratsmitglieder nicht zu groß zu nehmen: je mehr Köpfe, desto mehr Sinne, doch stellte er es schließlich den Ständen anheim. Auch riet er dringend von den Kreisräten oder Anwendung der Kreisordnungen mit den Kreisobersten ab; die Kreisordnung sei wohl gut, aber genüge nicht bei den jetzigen turbulenten Zuständen; da kein Kreisoberst bei der Armee sei, würde es an der Exekution mangeln. Die Kreisräte dagegen würden nur die Verwaltungskosten vermehren. Doch würde er es geschehen lassen, wenn sie darauf bestünden. Da sie aber gegen die Statthalter gerichtet seien, müsse er erklären, daß Gustav Adolf die Statthalter hätte einsetzen müssen, weil kein Kreisoberst vorhanden gewesen sei; auch müsse er bezeugen, daß, wenn sie nach des Königs Tode nicht gewesen wären und ihr Bestes getan hätten, hätte er die Armee nicht erhalten können: kein Kreisoberst sei zur Stelle gewesen, der sich der Sache angenommen hätte.

Am Nachmittag referierten die Deputierten zunächst in den einzelnen Kreisen, wo sich Wehklagen und Lamentationen über Oxenstiernas Unbeugsamkeit erhoben[1]. Im schwäbischen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kreise ergab die Abstimmung über die Kontribution dasselbe Resultat wie zuvor, und als darauf die Deputierten der vier Kreise zusammenkamen, war man einig, die Antizipation der drei ersten Monate abzulehnen. Alle Stände seien bereit, ihr äußerstes zu tun, ein Teil hätte sich auch zur Antizipation bereit erklärt, den meisten dagegen sei es unmöglich, unter ihnen Württemberg, Nürnberg und Straßburg. Eine Übertragung auf die vermögenden Stände war fast einmütig abgelehnt worden, vor allem von den großen Städten, die doch in erster Linie in Betracht gekommen wären.

Dieser Beschluß wurde dem Reichskanzler am 16. April mitgeteilt[1] mit dem Hinzufügen, daß wenn ein Stand etwas zu avancieren vermöge, sollte es nicht unterlassen werden. Die geforderten Rekruten und Artilleriepferde sowie den einfachen Römermonat zu ihrem Unterhalte hatten die Stände schließlich bewilligt, dagegen wieder auf der Einrichtung der Kreisräte bestanden.

Merkwürdigerweise hat sich Oxenstierna damit zunächst zufrieden gegeben: die Antizipation der ersten drei Monate wurde in das Belieben der Stände gestellt[2]. Er versuchte es jetzt auf anderem Wege und ließ durch den Grafen Brandenstein mit den vier ausschreibenden Städten und Augsburg wegen Antizipation von sechs Monaten verhandeln[3], doch war vorauszusehen, daß die Städte hierauf nicht eingehen würden. Sie versprachen nur, diesen Vorschlag nach ihrer Heimkehr zu berichten und die darauf erfolgenden Resolutionen dann dem Reichskanzler nach Frankfurt mitzuteilen.

Da auch dieser Weg so gut wie fehlgeschlagen war, versuchte er es noch einmal, ehe die Siegelung und Unterschreibung der Bundesakte erfolgte, die Stände zur Antizipation zu bewegen: der eine Monatssold müsse unbedingt aufgebracht werden, die Hälfte der Offiziere sei dieser Tage hier gewesen und hätte Bezahlung oder Satisfaktion begehrt. Geschähe das nicht, so sei eine Meuterei zu befürchten. Könnten sich die Stände dazu nicht entschließen, so bliebe ihm nichts

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

anderes übrig, als die Regimenter auf die einzelnen Stände zu assignieren. Die Folge würde aber lauter Unordnung sein, das Werk müsse geführt werden, nicht wie man wolle, sondern wie man könne. Es hieße: ich will lieber den Fuchs fressen, als daß er mich fresse. An den Frieden sei so bald nicht zu denken, selbst wenn man heute mit den Traktaten beginnen wollte, würden sie wohl über Jahr und Tag dauern. Diejenigen Stände, welche mehr tun könnten — und er kenne sie —, müßten tun, was sie nur tun könnten[1]. Aber auch jetzt vermochte er nicht mehr auszurichten als vorher: eine Anzahl Stände erklärte sich bereit, die drei Monate sogleich zu erlegen[2], bei weitem die meisten (unter ihnen fast alle größeren, vor allem die großen Städte) lehnten es nach wie vor als unmöglich ab. Man beschloß, dem Reichskanzler ein Verzeichnis der Stände zu überreichen, wie sich ein jeder einzeln erklärt habe[3]. Dabei ist es verblieben, und Oxenstierna mußte in der augenblicklich wichtigsten Frage nachgeben.

Auch in dem Verlangen der Kreisräte fügte er sich schließlich dem Willen der Stände und gab die bisherigen schwedischen Statthalter preis. In jedem Kreise sollte ein Kreisrat von vier Personen eingerichtet werden; einer von ihnen sollte von Schweden deputiert werden, die drei übrigen von den Ständen[4].

Damit waren die Hauptfragen erledigt. Doch kamen in den weiteren Verhandlungen noch einige wichtige Punkte zur Beratung, die noch manche Erörterungen veranlaßten[5].

Der fränkische Kreis hatte angeregt, daß nur in solchen Münzen kontribuiert werden sollte, welche in allen Kreisen gültig waren. Oxenstierna griff das auf und verblieb hartnäckig dabei, so sehr sich die schwäbischen und rheinischen Stände auch sperrten: der Soldat müsse überall hin, er müsse also auch Geld erhalten, das aller Orten gelte. Er setzte das auch durch mit der Drohung, daß er andernfalls nichts damit zu tun haben wolle, sondern die Soldaten an die Stände weisen werde.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ferner war die Forderung aufgestellt worden, daß die Bundesmitglieder auch nach Auflösung des Bundes füreinander eintreten müßten, wenn sie um des Bundes willen angegriffen würden. Es war eine sehr weit aussehende Klausel, kraft deren z. B. Schweden die Stände der vier oberen Kreise auch nach dem Frieden zur Hilfeleistung heranziehen konnte. Auch dies wurde von den Ständen, besonders des fränkischen und rheinischen Kreises und den Städten, bekämpft, aber auch hier setzte Oxenstierna seinen Willen mit der Drohung durch, eher das ganze Werk liegen zu lassen[1].

Große Mühe machte die Frage, wem die künftigen Eroberungen zufallen sollten. Schweden beanspruchte natürlich das bisher eroberte Gebiet für sich, dagegen verlangten die Stände, daß alles künftig Eroberte den Verbündeten gemeinsam zufallen solle, doch unverfänglich der Rechte, die etwa ein Stand an einem solchen Gebiete hatte, und mit Ausnahme der geistlichen Güter, die jedem Stande verbleiben sollten, in dessen Territorio sie gelegen waren[2]. Danach sollten bisher verlorengegangene Gebiete dem betreffenden Stande ohne weiteres nach der Eroberung eingeräumt werden. Die Frage war nur die, ob das auch für die Schweden gelten sollte, falls von ihren bis jetzt eroberten Gebieten etwas verlorengehen und dann wiedererobert werden würde: sollten diese Orte wieder schwedisch werden oder den Bundesgenossen verbleiben? Ferner wie sollte es gehandhabt werden, wenn noch Hauptorte zu erobern waren, das übrige Gebiet sich aber bereits in den Händen der Schweden befand? z. B. das Stift Bamberg war bereits schwedisch, die wichtige Festung Forchheim dagegen war noch vom Feinde besetzt: sollte sie nach der Eroberung schwedisch werden oder dem Bunde verbleiben? Oxenstierna verlangte natürlich gleiche Behandlung wie die übrigen Bundesmitglieder, die Stände dagegen sträubten sich, weil an den Hauptorten am meisten gelegen war und wenig für sie übriggeblieben wäre, da Schweden überall seine Hand bereits im Spiele hatte, oder wie die Ulmer sagten: „da sehr wenig

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Lande übrig (außer Österreich, Böhmen und Salzburg), da nicht die Krone Schweden ein oder mehr Federn denselbigen gezuckt hätte"[1]. Auch kam dann die Frage auf, von wann an der Anfang des Bundes gelten solle: vom Tage der Unterzeichnung oder vom 1. Mai, als dem Tage des Beginnes der Kontributionen? denn bis dahin verblieben alle Eroberungen den Schweden. Oxenstierna wünschte den 1. Mai, die Mehrzahl der Stände dagegen war für den Tag der Unterschreibung und Besiegelung. Man verhandelte lange[2], doch hatten die Stände Bedenken, sich über diesen Punkt mit Oxenstierna in Disput einzulassen. So gab man der Frage bei der endgültigen Formulierung schließlich die neutrale Fassung, daß die künftigen Eroberungen sämtlichen Konföderierten „nach Proportion" verbleiben sollten. Dagegen erklärten sich die Stände bereit, in dem Punkte wegen des Anfangs des Bundes sich den Wünschen des Reichskanzlers zu fügen[3].

Wie erwähnt, befanden sich während des Konventes Gesandte Frankreichs und Englands in Heilbronn, über deren Tätigkeit nachher im Zusammenhang zu berichten sein wird. Auf Verlangen des Franzosen wurde in der Einleitung des Hauptvertrags noch hinzugefügt, daß der Bund auf Miteinraten des französischen Gesandten zustande gekommen sei[4]. Es bedeutete das ein weitgehendes Entgegenkommen gegen Frankreich, da Feuquières zwar den Bund mit Schweden wirklich anempfohlen hatte, sein Zustandekommen aber lediglich ein Verdienst des Reichskanzlers allein war. Wenn er jetzt trotzdem selbst den Ständen den Wunsch der Franzosen empfahl, so ist das immerhin bedeutungsvoll für seine ganze Haltung Frankreich gegenüber. Sonst pflegte er auch in solchen Nebensachen eifersüchtig die Interessen seines Vaterlandes zu vertreten, hier aber ließ er öffentlich verkündigen, daß neben Schweden auch Frankreich an dem Zustandekommen des Bundes seinen Anteil habe: er teilte also freiwillig seine Ansprüche mit einer zweiten Macht, von der er selbst sagte, daß sie eine Rivalin Schwedens sei. Für ihn war

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

aber der Vorteil maßgebend — nachdem er bereits das Verhältnis Schwedens zu Frankreich durch einen neuen Vertrag geregelt hatte —, daß Frankreich seine Teilnahme an dem Bunde öffentlich dokumentierte, und daß sich dadurch die Kluft zwischen den Ständen und dem Kaiser erweiterte. Die Stände willfahrten dem Wunsche des Franzosen bereitwillig, da sie bereits über den Beitritt zu dem französisch-schwedischen Bündnisse verhandelten.

Bei dieser Gelegenheit kam es auch zur Sprache, Englands ebenso wie Frankreichs zu gedenken, woran vor allem Kurpfalz ein Interesse hatte. Die Stände fanden sich zunächst damit ab, daß sie in dem Entwurfe vom 18. April den Passus so formulierten, daß der Bund auch „auf der anwesenden königlichen Gesandten und anderer Kur- und Fürsten Erinnerungen" geschlossen worden sei. Dagegen remonstrierte der Franzose, der es zurückwies, mit England, das nichts getan habe, auf gleiche Stufe gestellt zu werden. Die Stände hatten keine Neigung, sich in die Rivalitäten zwischen Frankreich und England zu mischen, und beschlossen, Englands gar nicht zu gedenken, da sein Gesandter nur in privatis (wegen Kurpfalz) hier sei und sich nicht einmal bei den Ständen angegeben hätte[1]. Dementsprechend wurde der Wortlaut geändert.

Damit waren die Beratungen über die formelle Gestaltung der Abschiede beendet, und am 27. April unterschrieben die Stände[2] die beiden Dokumente, die für die folgenden Jahre über die Geschicke Deutschlands entscheiden sollten[3]. Oxenstierna hatte das einfallende Osterfest benutzt und am zweiten Feiertage einen feierlichen Dankgottesdienst für den Abschluß des Bundes abhalten lassen; nachher bewirtete er die Stände auf einem stattlichen Bankette, dem auch Herzog Julius Friedrich von Württemberg beiwohnte[4].

Danach folgten noch Beratungen über etliche Nebenpunkte[5]: vor allem über die Gestaltung des Bundesrats und des Kreisrats. Bereits am 20. April hatte der Reichskanzler durch

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

seinen Rat Dr. Mithoff fragen lassen, wo der Sitz dieser Behörden sein sollte, wie hoch sich die Besoldung ihrer Mitglieder belaufen und woher sie genommen werden sollte. Er lehnte es ab, diese Summe sowie seine eigene Gage auf die allgemeine Kasse zu nehmen, die sowieso nicht für das Nötigste — die Armee — ausreichte. Den Sitz des Bundesrats zu bestimmen, überließ man dem Reichskanzler, der, wie bekannt, dazu Frankfurt a. M. wegen seiner günstigen Lage und wegen der guten Verbindungen nach allen Richtungen hin ausersah.

Die Zahl der Bundesratsmitglieder hatten die Stände nach ihrem Wunsche durchgesetzt, drei von Schweden (außer Oxenstierna als Direktor) und sieben von den Ständen: einer von Kurpfalz, sechs von den drei anderen Kreisen; dazu kam nach Abschluß des Bündnisses mit der Ritterschaft ein achtes Mitglied, das diese stellte. Schwierigkeiten bereitete die Frage, wer die sechs Mitglieder deputieren sollte: sollte das kreisweise oder bankweise geschehen? Die höheren Stände — Fürsten und Grafen[1] — schlugen vor, daß die drei Kreise je zwei Personen deputieren sollten, ohne Ansehen der einzelnen Stände; dagegen sperrten sich energisch die Städte, welche unter allen Umständen verlangten, zwei eigene Vertreter schicken zu dürfen; sie fürchteten, daß der Bundesrat sonst einseitig die Interessen der höheren Stände vertreten und die Lasten auf die Städte abwälzen würde. Sie blieben hartnäckig dabei, ja, sie unterschrieben am 27. April die Bundesakte nur unter dieser Bedingung[2], so daß man die Angelegenheit vor Oxenstierna zu bringen beschloß. Oxenstierna entschied zugunsten der Städte[3], und die Deputation der sechs Räte erfolgte bankweise; und zwar verglichen sich die Stände folgendermaßen[4]. Außer dem kurpfälzischen Abgeordneten deputieren die Fürsten und Grafen des schwäbischen Kreises ein Bundesratsmitglied, sämtliche Städte zwei; die fränkischen und rheinischen Fürsten und Grafen verglichen sich über die noch fehlenden drei Personen durchs Los dahin, daß die fränkischen Fürsten, die rheinischen Fürsten und die rheinischen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Grafen je einen Rat deputierten; beim Eintritt einer Vakanz sollten zunächst die fränkischen Grafen das Recht der Präsentation haben; weitere Vakanzen dann der Reihe nach die fränkischen Fürsten, die rheinischen Fürsten, die rheinischen Grafen und die fränkischen Grafen besetzen.

Über die Besoldung Oxenstiernas, des Bundesrates und der Kreisräte setzten die Stände fest, daß für Oxenstierna und den Bundesrat eine Nebenkasse errichtet werden sollte, in die jeder Stand noch einen halben einfachen Römermonat zu erlegen hatte[1]. Aus dieser Kasse sollten alle Bundesräte besoldet werden, gleichgültig, von welcher Bank sie präsentiert worden waren, auch das ritterschaftliche Mitglied, nachdem sich die Ritterschaft ebenfalls zu dem halben Römermonat bereit erklärt hatte. Über Oxenstiernas Besoldung gingen die Meinungen anfänglich sehr auseinander; man schwankte zwischen 24 000 und 50 000 Rt. im Jahre, glaubte schließlich aber, daß er sich mit 30 000 Rt. begnügen werde. Darauf ließ Oxenstierna durch Mithoff erklären, wenn man so wenig geben wolle, solle man es lieber ganz bleiben lassen[2], dagegen werde er mit 36 000 Rt. zufrieden sein. Dementsprechend beschlossen die Stände[3]; den Bundesräten wurden monatlich je 300 Rt., dem Sekretär 100 Rt. und den beiden Schreibern je 25 Rt. zugebilligt.

Damit war der äußere Rahmen des Bundesrates geschaffen, und es fehlte nur noch die Delegation der Personen. Dazu ist es in Heilbronn nicht mehr gekommen, obwohl der Reichskanzler schließlich selbst die Stände dazu antrieb, da er, wie er sagte, ihrer Hilfe bedürfe[4]. Es lag dies daran, daß die Stände vor der Ernennung der Mitglieder erst ihre Instruktion festzustellen wünschten[5], daß aber der von ihnen beliebte Entwurf Oxenstiernas Billigung nicht fand[6]. Der Wunsch der Stände entsprang ihrer Furcht, daß Oxenstierna, wenn nur erst die Mitglieder deputiert wären, eine Instruktion für sie verhindern würde; denn es war klar, daß sie in den Bundesräten die Vertreter ihrer Interessen erblickten, während Oxenstierna in

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihnen nur Gehilfen, Vertreter der Gesamtheit des Bundes, auch gegenüber den Ständen anerkennen wollte. Die von den Ständen entworfene Instruktion[1] zeigte denn auch ihre Absicht deutlich; denn obwohl den Bundesräten eine selbständige Stellung neben dem Reichskanzler im allgemeinen nicht eingeräumt war, sie vielmehr als seine Gehilfen in der Durchführung der Bundesangelegenheiten nach Vorschrift der Abschiede aufgefaßt waren, so waren sie doch auch verpflichtet, die Konföderierten bei ihren Hoheiten, Dignitäten, Präeminenz, Rechten und Gerechtigkeiten zu schützen: das galt auch gegenüber dem Direktorium und vor allem der Armee. Es ist begreiflich, daß Oxenstierna einen solchen Entwurf ablehnte. Zu weiteren Verhandlungen ist es in Heilbronn nicht mehr gekommen, und so unterblieb auch die Ernennung der Bundesratsmitglieder. Aus demselben Grunde kam es auf dem Konvente auch nicht zur Einrichtung der Kreisräte. Auch hier wünschten die Stände zunächst die Feststellung einer Instruktion[2]; sie entwarfen auch eine solche[3] und legten sie dem Reichskanzler „zum Übersehen und zur Verbesserung" vor. Sie fand seine Billigung nicht, und auf einen zweiten Entwurf, der die Befugnisse der Kreisräte etwas einschränkte[4], erfolgte keine Resolution. Er wünschte nicht, daß sie allein „auf die Konservation der Stände Hoheit und Gerechtigkeit — wie diese Instruktion besagte —, sondern die der Milizen" zu richten sei; denn die Stände würden für das erstere schon selbst sorgen[5]. So unterblieb die Ernennung der Kreisräte und die Statthalter blieben zunächst auf ihren Posten[6]. Nur der fränkische Kreis, der sich in dieser Frage am meisten interessiert gezeigt hatte, faßte noch am 30. April den Beschluß[7], daß jede Bank ihren Vertreter ernennen und bis zum 25. Mai nach Würzburg senden solle; für den gleichen Termin wurde auch ein Kreistag dorthin anberaumt. Da Oxenstierna nur sehr ungern seine Zustimmung zu den Kreisräten gegeben hatte, hat er die Sache auch nicht betrieben, doch bestimmte er auf Wunsch der Stände, daß der Sitz dieser Behörden in Würz-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

burg, Ulm und Worms sein solle. Die Besoldung der Kreisräte wurde auf monatlich 200 Rt. festgesetzt, die die Kreise für sich aufzubringen hatten[1].

Die Frage des Reichskanzlers, wie es mit der Veröffentlichung der Bundesakte gehalten werden solle, beantworteten die Stände dahin, daß der Nebenabschied geheimgehalten, der Hauptabschied dagegen durch den Druck zu veröffentlichen sei[2].

Dann bevollmächtigte man noch gewisse Stände, den nicht anwesenden Ständen der vier Kreise den Abschied mitzuteilen und sie zu veranlassen, ihn anzuerkennen[3]. Den übrigen evangelischen Ständen sowie den befreundeten auswärtigen Staaten Frankreich, England, Dänemark, den Generalstaaten, den Schweizern, Venedig, Savoyen und Mantua übersandte man den Abschied mit einem Begleitschreiben, nachdem man lange geschwankt hatte, ob man nicht Gesandte schicken solle[4].

Bei allen diesen Verhandlungen war die Ritterschaft nicht mit vertreten gewesen; die Städte hatten ihre Versuche, sich daran zu beteiligen, hartnäckig zurückgewiesen[5]. Da die Städte formell im Rechte waren — man hatte ja bei den Beratungen den Geschäftsgang der Reichs- und Kreisversammlungen angenommen —, konnte die Ritterschaft mit ihren Prätensionen nicht durchdringen, so groß auch der Einfluß war, der sich für sie geltend machte. Oxenstierna war ungehalten, weil dieser Privatzwist die dringlichen Beratungen aufhielt; aber auch er konnte die Städte nicht zum Nachgeben bewegen, auf die großen und vermögenden Reichsstädte mußte er Rücksicht nehmen. So war er schließlich auf besondere Verhandlungen mit der Ritterschaft angewiesen, wenn er auf ihre Beihilfe nicht verzichten wollte[6]. Die fränkische Ritterschaft war nur in den drei Orten Baunach, Odenwald und Rhön-Werra vertreten, die anderen drei: Gebirg,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Steigerwald und Altmühl fehlten, weil sie ganz ruiniert waren. Sie erbot sich, 3000 Rt. zu zahlen und 300 Rekruten zu stellen. Von der schwäbischen Ritterschaft fehlten die beiden oberen Orte: Donau und Hegau-Allgäu-Bodensee, welche katholisch waren; die drei unteren (Neckar-Schwarzwald, Kocher und Kraichgau) waren bereit, 3360 fl. zu zahlen und 117 Rekruten und 14 Artilleriepferde zu stellen. Von der rheinischen Ritterschaft, der sich die wetterausche anschloß, wissen wir gar nichts. Oxenstierna war aber mit diesen Bewilligungen nicht zufrieden, und in den Abschieden[1] — die sich sonst denen der Stände im Wortlaute anschlossen — erreichte er folgende Bewilligungen:

	jährliche Kontribution	Rekruten	Pferde
fränkische Ritterschaft . .	6 000 fl.	400	24
schwäbische Ritterschaft . .	4 000 „	300	16
rheinisch-wetterausche Ritterschaft	2 500 „	120	12
	12 500 fl.	820	52

Dazu auf je vier Pferde einen Knecht und einen Jungen. Über die Antizipation hatte man sich so geeinigt, daß die Ritterschaft am 15. Mai a. St. mit der Einlieferung der Kontribution beginnen und am 1. Juni a. St. dann sogleich zwei Monate erlegen solle, vom 1. August a. St. ab sollte dann monatliche Zahlung eintreten. Auch die Ritterschaft hatte diese Kontribution nur auf ein Jahr zugesagt. Zur Besoldung der Knechte und Jungen sowie zum Unterhalte der Pferde waren außerdem noch 1041 fl. 40 Kr. bewilligt; später sollte die Bundeskasse dafür aufkommen.

Als Gegenleistung gestand ihnen Oxenstierna die Deputation eines Mitgliedes in den Bundesrat zu, das aber ebenfalls Soldat gewesen sein mußte; die Ritterschaft sollte entweder dem Reichskanzler mehrere geeignete Persönlichkeiten zur Auswahl vorschlagen oder ihm die Wahl und Ernennung über-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

haupt anheimstellen. Dafür versprach ihr Oxenstierna wiederum, die drei schwedischen Mitglieder der Kreisräte aus ihrer Mitte zu nehmen; sie sollten ihm geeignete Personen vorschlagen. Auf diese Weise war die Ritterschaft auch in den Kreisräten vertreten, was in den mit den Ständen abgeschlossenen Abschieden nicht vorgesehen war. Schließlich nahm der Reichskanzler die Ritterschaft in den speziellen Schutz der Krone Schweden und versprach, ihre Reichsunmittelbarkeit sowie andere Rechte nicht zu schmälern, falls er ganze Fürstentümer und Herrschaften verschenken sollte; diese Vorsicht war, wie wir später bei dem neu geschaffenen Herzogtum Franken Bernhards von Weimar sehen werden, nicht ungerechtfertigt.

Damit war der Bund der vier oberen Reichskreise mit Schweden unter Dach und Fach, und Oxenstierna konnte nunmehr daran denken, die dringendsten Forderungen der Stände auf Bewilligung von Donationen und auf Regelung ihrer sonstigen Privatangelegenheiten zu erfüllen. Bisher hatte er alle derartigen Wünsche abgelehnt und von dem Abschlusse des Bundes abhängig gemacht. Wie sehr gerade diese Frage die Haltung der betreffenden Stände zugunsten Schwedens beeinflussen mußte, liegt auf der Hand, bei einzelnen läßt es sich aus den Akten nachweisen[1].

Der vornehmste Stand, der hier in Betracht kam, war Kurpfalz, mit dem die zu Halle begonnenen Verhandlungen sogleich nach Ankunft der Gesandten wieder aufgenommen wurden[2].

Das wichtigste war, daß der Reichskanzler den kurpfälzischen Abgeordneten das Direktorium unter den Ständen gestattete: damit dokumentierte er öffentlich seine Anerkennung der pfälzischen Erben in ihren Würden[3] und zugleich seine feste Absicht, die Restitution des Landes wirklich vorzunehmen. Zu den Verhandlungen deputierte Oxenstierna wiederum seinen Sekretär Ludwig Camerarius.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Pfälzer boten damals[1] 40 000 Rt. als Gesamtsumme für die Restitution, verlangten aber, daß nicht nur die Unterpfalz, sondern auch namentlich die Oberpfalz, die ja noch in den Händen der Bayern war, zurückgegeben werden müßte; die monatliche Kontribution, die Gustav Adolf gefordert und die auch der Entwurf in Halle noch vorgesehen hatte, sollte sich jetzt nach der Höhe richten, die von den Ständen auf dem Konvente bewilligt werden würde. Die Stärke der Garnison in Mannheim, die schwedisch bleiben, aber von der Pfalz unterhalten werden sollte, schlugen sie vor, auf 200 Mann festzusetzen, der hallesche Entwurf forderte 300. In Halle hatten die Pfälzer Bedenken gehabt, der Krone Schweden ohne weiteres das Direktorium zuzugestehen; sie wünschten deshalb, daß die monatliche Kontribution sowohl wie die freie Werbung in der Pfalz nicht der „Krone Schweden", sondern dem künftigen „Direktorium" — über das sich die Stände noch zu einigen hätten — zustehen solle. Camerarius berichtete aber, daß die Städte, Hessen, Kurbrandenburg u. a. bereits sich für Schweden entschieden hätten, worauf sich die Gesandten wenigstens das Regiment des Statthalters verbaten: das Kommando im Lande müsse vielmehr dem Landesfürsten verbleiben.

Über die weiteren Verhandlungen sind wir leider fast gar nicht unterrichtet. Bekannt ist nur, daß der englische Gesandte Robert Anstruther sich der pfälzischen Sache annahm, über dessen Tätigkeit in Heilbronn hier das Nähere eingeschaltet werden mag.

König Karl von England hatte, wie Frankreich, angenommen, daß mit dem Tode König Gustav Adolfs die Führung der protestantischen Partei an Sachsen übergehen würde und Anstruther dementsprechend instruiert[2]. Als Anstruther aber auf den Kontinent kam, fand er alles anders, als man es in England erwartet hatte: Schweden hatte nach wie vor das Heft in der Hand und hatte, als der Gesandte in Heilbronn eintraf, den Pfälzern bereits Sitz und Stimme eines Kur-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

fürsten bei den Ständen wiederverschafft. So war seine Instruktion gegenstandslos geworden, soweit sie nicht die pfälzische Restitution betraf. Auch sie fand er bereits auf dem besten Wege und die Bedingungen ganz anders, als sie Henry Veen, der 1632 Gesandter bei König Gustav Adolf gewesen war, nach England berichtet hatte.

Auf seiner Reise nach Oberdeutschland hatte er zunächst den Administrator aufgesucht[1], der seine Gesandten anwies, sich mit Anstruther über alles ins Einvernehmen zu setzen; denn nach wie vor bildete das Vertrauen auf den englischen König den Leitstern der pfälzischen Politik.

Über seine Wirksamkeit in Heilbronn[2] wissen wir sehr wenig. Bei den Ständen insgesamt hat er überhaupt keine Audienz gehabt, hat also auf jede offizielle Einwirkung verzichtet, offenbar eine Folge seiner mangelhaften Instruktion[3]. Nur bei einzelnen Ständen hat er Besuche gemacht — wir wissen es von Nürnberg, Augsburg und Straßburg — und hat hier für die pfälzische Sache gesprochen, daneben aber hat er die Gelegenheit benutzt, die Stände vor Frankreich zu warnen, mit welchem Erfolge, ist bekannt[4]. Jedenfalls ist das eine sicher, daß die Stände irgendwelchen Einfluß auf die Restitution der Pfalz nicht hatten, wenn nicht dadurch, daß sie gleich anfangs das kurpfälzische Direktorium anerkannten. Daß das nicht ohne Bedenken vor sich ging, ist vorhin schon erwähnt.

Wieweit Anstruther bei den pfälzischen Verhandlungen mit Oxenstierna beteiligt war[5], wissen wir ebensowenig, nur das ist gewiß, daß sich der Reichskanzler durch ihn in keinem Punkte hat beeinflussen lassen[6]. Oxenstierna legte bei den Verhandlungen den in Halle aufgesetzten Entwurf zugrunde, und ein Vergleich mit dem endgültigen Vertrage vom 24. April[7] zeigt, daß eine ganze Reihe von kleinen Abänderungen vorgenommen wurden. Die vornehmsten Bestimmungen waren folgende. Schweden gab dem Administrator die Pfalz zurück, soweit sie erobert war und im Laufe des Krieges noch erobert werden würde, mit alleiniger Ausnahme der Stadt und Festung

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Mannheim[1], die bis zum Frieden in schwedischen Händen bleiben sollte, alle anderen Festungen werden mit pfälzischer Garnison versehen. Mannheim sowie alle anderen Orte, die etwa im Laufe des Krieges noch besetzt werden müssen, werden im Frieden ebenfalls restituiert. Dafür erlegt die Pfalz eine Summe von 60 000 Rt. an Schweden in usum publicum und verpflichtet sich, alle eigenen Hilfsmittel und fremden Subsidien — wobei in erster Linie an England gedacht war — für den Krieg herzugeben, den es ad extremum usque unterstützen will; außerdem soll die Pfalz die ihr zukommende monatliche Kontribution aufbringen wie alle anderen Bundesstände; auch verpflichtet sie sich, dafür zu sorgen, daß Schweden, bis es Satisfaktion erhalten hat, im Besitze der okkupierten römisch-katholischen Gebiete verbleibe[2]. Auch nach dem Kriege soll die Pfalz der schwedischen Partei angehören und wie die anderen Stände Truppenkontingente im schwedischen Heere unterhalten.

Dagegen überträgt Pfalz der Krone Schweden das Direktorium in diesem Kriege, wofür Schweden die Pfalz in seinen Schutz und Schirm (Protektion) gegen jedermann extra ordinem nimmt; soweit das Direktorium reicht, verpflichtet sich Pfalz, von niemand als Schweden allein abhängig zu sein. Den Unterhalt der schwedischen Garnison in Mannheim, die auf 300 Mann normiert wird, übernimmt ebenfalls die Pfalz. Das schwedische Direktorium behält sich ferner die Entscheidung vor, ob Orte, die im Verlauf des Krieges besetzt werden müssen, mit schwedischer oder mit pfälzischer Garnison zu versehen sind; es behält sich ferner vor, die Pfalz mit Winterquartieren zu belegen sowie Durchzüge anzuordnen. Werbungen werden in der Pfalz Schweden allein gestattet[3]; will Pfalz selbst werben, so steht die Genehmigung Schweden zu, unter dessen Kommando die pfälzischen Truppen zu treten haben.

Die Bestimmungen über die freie Religionsübung der Lutheraner in der Pfalz blieben dieselben wie in dem halleschen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Entwurfe; doch waren sie noch dahin gemildert, daß die Lutheraner in Ortschaften, wo sie die Mehrheit bildeten, Einkünfte und Pfarrechte behalten sollten, wie sie sie vor 1618 gehabt hatten. Dagegen war für die Oberpfalz jetzt die unveränderte augsburgische Konfession als Norm festgesetzt, sowie die Verpflichtung, Änderungen, die sich im Laufe der Zeit eingeschlichen hätten, wieder abzuschaffen.

Damit hatte die Krone Schweden mit der Pfalz neben dem allgemeinen Bunde eine regelrechte Separatallianz abgeschlossen, in der es sich von diesem vornehmsten der Stände das Direktorium noch besonders ausbedang, wie es denn auch die 60 000 Rt. sich selbst — und nicht dem Bunde — auszahlen ließ, da Schweden allein das Land wiedererobert hatte. Die militärische Verfügung über das Land hatte es sich ebenfalls allein vorbehalten und damit die Pfalz in enger Abhängigkeit von sich gehalten; Pfalz stand demnach als Bundesmitglied dem schwedischen Direktorium viel weniger frei gegenüber als die anderen Stände. Mit aller Entschiedenheit hatte Oxenstierna die Bildung eines selbständigen Truppenkorps abgelehnt. Anstruther hatte das Angebot gemacht, daß England 7000 Mann werben und unterhalten wolle, wenn es den Kommandanten bestellen und im Namen der Krone England führen dürfe: Oxenstierna wollte nichts davon wissen, er wünschte, daß England das Geld hierfür vielmehr in die Bundeskasse erlege[1]. Eine Vermehrung der Sonderkontingente hätte nicht nur eine Zersplitterung der evangelischen Kräfte, sondern auch eine Schwächung der Machtstellung Schwedens in Deutschland zur Folge gehabt.

Oxenstierna ist mit diesem Vertrage im allgemeinen auf dem Standpunkte stehengeblieben, den er bereits im Januar zu Halle eingenommen hatte. Im ganzen aber betrachtet und im Verhältnis zu der Stellung Gustav Adolfs ist es ein großer Schritt rückwärts gewesen, wie vorhin schon ausgeführt worden ist. Oxenstierna hat selbst gar kein Hehl daraus gemacht[2], wie ungern er jetzt schon an die Restitution

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der Pfalz gegangen ist, und daß ihn nur die schwierige Lage dazu gezwungen hat, in der er sich befand.

Er hat sich auch offen über die Gründe ausgesprochen, die ihn zu diesem Schritte veranlaßten[1]. Er glaubte, sich dadurch nicht nur die Pfalz selbst, sondern auch deren Verwandte, England und Kurbrandenburg — auch die Generalstaaten und die Stände reformierten Glaubens —, zu verpflichten; und da die Restitution doch einmal erfolgen mußte, hoffte er auf um so größere Dankbarkeit, wenn er den Schritt freiwillig tat. Als Vorteile erwartete er von dieser Maßregel, daß nicht nur die Pfalz unter eigener Verwaltung leistungsfähiger werden würde, sondern auch, daß vor allem England mehr als bisher für die evangelische Sache tun werde. Und schließlich rechnete er darauf, daß die Pfalz und seine Verwandten — und hier besonders Brandenburg — den schwedischen Wünschen bei der Satisfaktion zugänglicher sein würden.

Oxenstierna gab mit diesem Vertrage viel auf, ob sich seine Hoffnungen erfüllen würden, sollte die Zeit lehren. Ich will wünschen, daß ich recht gerechnet habe, schrieb er selbst an den Reichsrat in Stockholm[2]. Für den Augenblick wäre der wertvollste Erfolg der gewesen, wenn er die Unterstützung Englands erlangt hätte, sowohl finanziell durch Subsidien, wie militärisch durch Zulassung von Werbungen in England wie zu Lebzeiten des Königs. Über beides ist es in Heilbronn zu keinen festen Abmachungen gekommen, doch stellte der Gesandte eine „behagliche" Resolution seines Königs in Aussicht. Oxenstierna hätte wohl am liebsten eine Allianz gesehen, um so das wichtige und reiche England dauernd an Schweden zu fesseln und zu verhüten, daß es sich mit seinen Feinden — vor allem Dänemark — einlasse; er war bereit, auf dieselben Bedingungen wie mit Frankreich abzuschließen. Dazu ist es aber in Heilbronn nicht gekommen, wir wissen auch nicht, wieweit etwa Verhandlungen darüber geführt worden sind. Der Reichsrat in Stockholm billigte jedenfalls den Plan des Reichskanzlers[3].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Am 3. Mai fertigte der Reichskanzler das Immissionsdekret für die Kurpfalz aus und beauftragte Joachim Camerarius, sein Heimatland dem Administrator zu übergeben[1]. Der feierliche Akt erfolgte am 15. Mai zu Alzey in Gegenwart des Administrators und der Beamten. Der Administrator Ludwig Philipp dankte dem Reichskanzler für diese Guttat zum höchsten und erklärte, nichts mehr zu wünschen, als Zeit seines Lebens ihm seinen Dank dafür beweisen zu können[2]. Auch hatte er Befehl gegeben, von den 60 000 Rt. wie ausbedungen sogleich die Hälfte zu erlegen[3]. Damit waren die Pfälzer von Schwedens Gnaden wieder in den Besitz der Unterpfalz gekommen. In Berlin vernahm man das mit großer Genugtuung; daß man in Dresden keineswegs damit einverstanden war, ist selbstverständlich.

Neben der Pfalz kam vor allem Württemberg in Frage, wo es galt, die strittigen Regentschaftsverhältnisse zu ordnen. Die Regierung in Württemberg hatte, wie dargelegt, anfänglich dem Bunde die meiste Schwierigkeit bereitet, und hartnäckig hatte Löffler die Politik der freien Hand, d. h. den Anschluß an Kursachsen, verfochten. Feuquières bezeichnet ihn einmal sogar als denjenigen, dessen sich Sachsen bediente, um Oxenstiernas Einfluß in Heilbronn zu lähmen[4]. Das ist freilich übertrieben, aber tatsächlich war er es, der die sächsischen Ansprüche am lebhaftesten vertrat. Es ist nun Oxenstierna nicht nur gelungen, den von Löffler geleiteten Widerstand der Stände zu brechen, mit der Zeit hat er es auch fertiggebracht, Württemberg und vor allem Löffler selbst für sich und Schweden zu gewinnen: aus einem Saulus wurde ein Paulus. Welches die ausschlaggebenden Gründe zu diesem Umschwunge gewesen sind, ist nicht bekannt. Von einer Donation, die sonst überall eine große Rolle spielt, ist bei dem regierenden Herzog von Württemberg nicht die Rede[5]. Löffler wird sich aber überzeugt haben, daß die weitausschauenden

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Pläne des Königs, die für ihn der Stein des Anstoßes gewesen waren, mit ihm zu Grabe getragen waren; er wird weiter zu der Überzeugung gekommen sein, daß die protestantischen Interessen, namentlich Süddeutschlands, ein enges Zusammengehen mit Schweden erheischten, und daß Sachsen nicht imstande war, ihnen irgendwelchen Schutz zu gewähren.

Nicht wenig wird auch dazu die Unterstützung beigetragen haben, die der Reichskanzler den Württembergern zuteil werden ließ, aus ihren Regimentswirren herauszukommen. Er vermochte den Administrator, wie erwähnt, dazu, auf seine für das Herzogtum verhängnisvolle Donation zu verzichten — eine neue vom 9. Mai bot reichen Ersatz —, er hat auch zwischen dem Administrator und den Vormundschaftsräten des jungen Herzog Eberhards vermittelt. Die Regentschaftsfrage war früher schon dahin geregelt, daß Herzog Julius Friedrich als Administrator mit dem neuen Jahre zu resignieren versprochen hatte. Den Namen eines Vormundes dagegen noch bis zum Schlusse des Konventes führen sollte. Unter allerhand Vorwänden suchte er seine Abdankung hinauszuschieben, so daß es beständig zu ärgerlichen Reibereien kam[1]. Als Administrator hat er schließlich noch vor Eröffnung des Konventes resigniert, am 12. März[2], und die Räte legten Wert darauf, daß sie nicht mehr in seinem Auftrage, sondern in dem Herzog Eberhards handelten. Trotzdem war Herzog Julius Friedrich nach Heilbronn persönlich gekommen. Die Räte verweigerten ihm den geforderten Unterhalt, da er sich nur in seinen Privatinteressen dort aufhalte. Als dann der junge Herzog Eberhard nach Heilbronn kam, um den Reichskanzler zu begrüßen, war der Administrator erbost, daß man ihn davon nicht in Kenntnis gesetzt habe, damit er den Neffen selbst präsentieren könne. Herzog Eberhard hat damals die Zügel der Regierung ergriffen, die Huldigung fand aber erst Mitte Mai nach beendetem Konvente statt[3].

Damals muß Oxenstierna auch die Verhandlungen mit Löffler wieder aufgenommen haben, die bald darauf zu seinem

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Eintritt in schwedische Dienste geführt haben[1]; daß es ihm gelang, diesen hervorragenden, aber auch ehrgeizigen Mann, der sich bisher den schwedischen Wünschen durchaus nicht fügen wollte, auf seine Seite zu ziehen, war ein großer Erfolg und ein Gewinn für Schweden. Denn Löffler war hochangesehen und beherrschte seinen jungen Herrn vollständig[2]; er war der eigentliche Regent in Württemberg, und mit Württemberg beherrschte Oxenstierna den schwäbischen Kreis. Württemberg gehörte seitdem zu den eifrigsten und opferwilligsten Mitgliedern des Bundes.

Auch der Markgraf Friedrich von Baden erhielt nunmehr seine reiche Donation: Freiburg i. Br., Kentzingen, Neuenburg, Stauffen, St. Peter, St. Blasien, Säckingen, die Landvogtei Ortenau, Stadt und Festung Breisach, Rheinfelden u. a.[3]; bereitwillig ging er auf die Forderung des Reichskanzlers ein, diese Stücke von Schweden als Erb- und Weiberlehen zu rekognoszieren. Dafür mußte er 220 000 Rt. entrichten, 120 000 Rt. bar vom 1. Mai 1634 ab, den Rest in Assignationen[4].

Weitere Donationen von Bedeutung wurden damals noch verliehen an Graf Kraft von Hohenlohe, der die Propstei Ellwangen als schwedisches Lehen und unter Vorbehalt der Superiorität Schwedens erhielt gegen eine Summe von 80 000 Rt.[5]; Graf Philipp Heinrich von Hohenlohe bekam das Kloster Ochsenhausen und den Komtureihof in Schwäbisch-Hall als schwedisches Lehen gegen Bezahlung von 10 000 Rt.[6]; dem Grafen Georg Friedrich dem Jüngeren Hohenlohe fiel die Deutsch-Ordenskomturei Kapfenburg zu, ebenfalls als schwedisches Lehen und unter Vorbehalt des jus superioritatis[7]. Dem Grafen Georg Friedrich dem Älteren, Statthalter im schwäbischen Kreise, ratifizierte Oxenstierna die schon im Januar ausgestellte Donation der Fuggerschen Güter in und bei Augsburg usw. als schwedische Lehen[8]. Der Wild- und Rheingraf Otto Ludwig erhielt den bischöflichen Hof in Straßburg und die Herrschaft Obermundat im Elsaß[9]. Schließlich

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kam auch Straßburg damals zu seinem Ziele, nachdem man bereits zu Lebzeiten des Königs mit Horn und dann in Heilbronn mit Oxenstierna verhandelt hatte. Es handelte sich um nichts Geringeres als um sämtliche weltlichen und geistlichen Rechte und Einkünfte des Bischofs und des Domkapitels sowie um sämtliche Stifter und Klöster mit ihren Häusern und Gefällen in der Stadt und in ihrem Bannkreise, wozu noch die Ämter Kochersberg und Wangenau kamen, gewiß ein stattliches Geschenk, womit sich Schweden die Unterstützung der wichtigsten Stadt des Elsaß erkaufte. Der Donationsbrief datiert vom 15. April, die Konfirmation und eigentliche Zession erfolgte freilich erst am 18. Juli[1]. Zu bemerken ist hierbei, daß diese Schenkung merkwürdigerweise zu vollem Eigentum, ohne irgendwelchen Vorbehalt der Superiorität oder einer Rekognition von Schweden erfolgte.

Im Gegensatze dazu haben die Stände in Heilbronn auch über eine Verehrung an den Reichskanzler verhandelt[2], und zwar war nichts Geringeres vorgeschlagen, als ihn zum Kurfürsten von Mainz zu machen, um dieses vornehmste Kurfürstentum den Evangelischen sicherzustellen. Der Gedanke war schon früher unter den deutschen Ständen erörtert worden[3]. In Heilbronn war es Agrikola, der Abgesandte Brandenburg-Kulmbachs, der diesen Gedanken wieder anregte, und zwar sehr zum Verdrusse der übrigen Stände[4], die weder darauf instruiert waren, noch sich verhehlten, wie unklug es sei, unter den augenblicklichen Verhältnissen eine Frage aufzunehmen, die die an sich schon verhandenen Schwierigkeiten ganz außerordentlich vermehren mußte. Die Stände wünschten den Frieden, und es lag doch auf der Hand, daß Kaiser und Pabst alles daransetzen würden, das vornehmste deutsche Kurfürstentum nicht aus katholischen Händen zu lassen. Zu Lebzeiten des Königs wäre es vielleicht bei einer völligen Umgestaltung aller Verhältnisse in Deutschland mög-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

lich gewesen, aber selbst der König hat nach den zu Nürnberg aufgesetzten Friedensbedingungen vorgehabt, das Kurfürstentum Mainz im Frieden zu restituieren[1]. Agrikola verfolgte aber eigennützige Zwecke, er wünschte Mitglied des Bundesrates zu werden[2] und suchte sich durch solche Mittel Oxenstiernas Gunst zu erwerben. Er hatte die Unklugheit begangen[3], soviel Wesens davon zu machen, daß Oxenstierna von dem Gedanken gehört hatte, so daß den Ständen gar nichts anderes übrigblieb, dem Reichskanzler das Anerbieten vorzutragen, obwohl damals bereits die meisten Stände abgereist waren. Oberst Peblis entledigte sich des Auftrages der noch anwesenden Stände am 7. Mai, als sie sich nach dem Schlusse des Konventes von Oxenstierna feierlich verabschiedeten, in der Art[4], daß er dem Wunsche Ausdruck gab, ihn mit kurfürstlicher Dignität dekoriert zu sehen, damit sie seiner Qualitäten noch ferner zu genießen hätten. Oxenstierna erwiderte, daß er solches Vertrauen der Stände für ewigen Ruhm erachte; er sei zwar extraneus und seinem Vaterlande verpflichteter Diener, dem sei aber abzuhelfen, wenn er das Leben behielte; wenn er aber stürbe, möchte er diese so hohe dijudication der Stände sich pro epitaphio wünschen[5].

Hier in Heilbronn kam es noch zu weiteren Verhandlungen, die, wenn auch nicht augenblicklich, so doch in ihrem ferneren Verlaufe von der allergrößten Bedeutung für die Geschicke Deutschlands waren: die Verhandlungen mit Frankreich[6]. Frankreich war bisher nur indirekt ein Bundesgenosse der Protestanten gewesen, teils durch die Subsidienzahlungen an Schweden, teils durch seine Diversionen in den Niederlanden und in Italien. Jetzt trat es mit den verbündeten süddeutschen Ständen in unmittelbare Beziehungen, die für den weiteren Verlauf des Krieges entscheidend werden sollten.

Frankreichs Aufgabe war, wie bekannt, das Haus Habsburg zu bekämpfen, das Frankreich von Spanien, Italien, Deutsch-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

land und den Niederlanden her umklammerte. Richelieu nahm als sicher an, daß das Haus Habsburg, sowie es von seinen Feinden befreit sein würde, sich auf Frankreich stürzen würde, um diesen Rivalen um die Hegemonie über Europa unschädlich zu machen. Für Frankreich war also die Fortsetzung des Krieges eine wichtige Interessenfrage, der es denn auch seine Kräfte auf den drei hauptsächlichsten Kriegsschauplätzen: in Holland, Deutschland und Italien gewidmet hat. Richelieu gedachte aber nur im Notfalle sich selbst an dem Kampfe zu beteiligen, er fand es für Frankreich vorteilhafter, den Krieg durch seine Bundesgenossen führen zu lassen und sie nur durch Subsidien zu unterstützen.

In Holland waren Friedensverhandlungen im Gange, die, wenn sie zu einem guten Ende führten, die Kräfte der Spanier hier frei machten. Das zu verhindern, wurde im Januar 1633 Charnacé nach dem Haag gesandt, der die Generalstaaten durch das Versprechen von Subsidien und das in Aussichtstellen eines offenen Bruches mit Spanien von ihrem Vorhaben abbringen sollte. In Italien war das Ziel Frankreichs, die durch Zersplitterung schwachen Feinde der Spanier zu einigen.

Ähnlich wie in Italien lagen die Verhältnisse in Deutschland, dem augenblicklichen Hauptkriegsschauplatze. Auch hier galt es, die getrennten Kräfte gegen den gemeinsamen Feind zusammenzufassen; nur waren hier die Protestanten als Feinde des Kaisers die geborenen Bundesgenossen Frankreichs. Richelieus Plan war hier, wie bekannt, auch die katholischen Stände von der kaiserlichen Partei abzuziehen und die Evangelischen wie die Katholiken zu bewegen, unter Beiseitesetzung ihrer religiösen Differenzen sich gegen den Kaiser zusammenzuschließen, der ihre Libertät bedrohte. Wenn Schweden die religiöse Seite des großen Krieges in erster Linie betont hatte und als Retter des Evangeliums auf dem Plan erschienen war, so kam jetzt Frankreich als Beschützer der Libertät, indem es für seine Interessen die politische Seite des großen Krieges

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

in den Vordergrund schob. Daß ein durch die Libertät geschwächtes und uneiniges Deutsches Reich den Interessen Frankreichs nur förderlich sein konnte, lag auf der Hand, nur so konnte Richelieu sein Ziel zu erreichen hoffen: den Besitz des linken Rheinufers und damit den erwünschten Einfluß auf die deutschen Verhältnisse, namentlich in Süddeutschland. Bekannt ist, daß er mit seiner Politik keineswegs an eine Schwächung des Katholizismus in Deutschland dachte, er hat vielmehr seine eigenen Glaubensgenossen bei seinen protestantischen Bundesgenossen nach Möglichkeit in Schutz genommen und der Ausbreitung des evangelischen Glaubens Hindernisse bereitet.

Es war nur natürlich, daß man besonders in Frankreich den Tod Gustav Adolfs als Erleichterung empfand. Seine beispiellosen Erfolge hatten das unbehagliche Gefühl erweckt, daß der König schließlich die deutschen Verhältnisse zu seinem eigenen Vorteile gestalten werde, ohne sich viel um Frankreichs Wünsche zu kümmern. Und eine dauernde Einigung der deutschen Protestanten, zumal unter einer so kraftvollen Persönlichkeit, wie es der kühne und geniale König war, wäre mit den französischen Interessen nicht vereinbar gewesen: das mit Schweden vereinigte protestantische Deutschland wäre unter Gustav Adolf ein gefährlicher Rivale Frankreichs geworden. Es hat denn auch durch seine Neutralitätsbestrebungen mit Trier, Köln und vor allem Bayern versucht, dem Siegeslaufe des Königs Grenzen zu setzen und sich bei den katholischen Ständen eine Klientel zu verschaffen, die ihm einen Einfluß auf die deutschen Verhältnisse sicherstellte.

Richelieu legte der alles überragenden Persönlichkeit Gustav Adolfs so große Bedeutung bei, daß er mit ihrem Wegfalle die Stellung Schwedens in Deutschland als unhaltbar ansah, er glaubte nicht anders, als daß nunmehr Sachsen, der geborene Führer der deutschen Protestanten, an die Spitze treten werde. In dieser Anschauung wurde er bestärkt durch eine angebliche

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Äußerung Oxenstiernas, der unmittelbar unter dem Eindrucke der erschütternden Nachricht vom Tode des Königs zu dem französischen Gesandten la Grange gesagt haben sollte, er bäte Frankreich um seine Unterstützung, daß er bei Sachsen nunmehr denselben Einfluß erhalte, den er bei seinem Herrn gehabt habe: danach hätte Oxenstierna auf die führende Stellung Schwedens verzichtet gehabt[1]. Obwohl diese Äußerung des Reichskanzlers offenbar auf einem Mißverständnisse des Gesandten beruhte — der Reichskanzler hat sie später entschieden in Abrede gestellt[2] —, sah Richelieu darin doch nur eine Bestätigung seiner Meinung und entwarf danach den Plan für die weiteren Schritte. Auf keinen Fall konnte er wünschen, daß sich Schweden von diesem Schlage gänzlich erhole. Obwohl Richelieu nach wie vor bei seiner Meinung blieb, daß Frankreich eine offene Teilnahme an dem Kriege vermeiden solle, hielt er nunmehr doch die Zeit für gekommen, wo Frankreich in die deutschen Verhältnisse mit Erfolg eingreifen könne, und dazu war es zunächst erforderlich, daß die protestantischen Stände, in erster Linie Sachsen, sich nicht zum Frieden verleiten ließen.

Sachsen[3] sollte deshalb die Führung der Protestanten übernehmen und völlig an die Stelle des Königs treten: es sollte die Verpflichtungen, die der König in den Allianzen mit Frankreich[4] und mit den Ständen auf sich genommen hatte, nunmehr selbst übernehmen, wogegen Frankreich ihm seinen Beistand und seine Subsidien zuteil werden lassen wollte, wie es sie bisher dem König geleistet hatte. Auf diese Weise sollte jede Trennung vermieden und der Krieg kraftvoll fortgesetzt werden. Äußerste Anstrengung der Kräfte und Verständigung mit den katholischen Ständen sollten die Mittel sein, den Kaiser zum Frieden und zur Anerkennung der deutschen Libertät in ihrem alten Bestande zu zwingen. Sachsen sollte Frankreich als Mediator bei den künftigen Friedensverhandlungen anerkennen und sich verpflichten, zu Lebzeiten Ferdinands II. keinen römischen König zu wählen, bei einer

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

künftigen Wahl aber sich mit Frankreich über einen Kandidaten zu einigen.

Oxenstierna gedachte er durch Förderung seiner persönlichen Interessen — wie z. B. in der Ehe der Königin Christina mit seinem Sohne — zu gewinnen, wie er ihm auch dieselbe Stellung bei Kursachsen, die er bisher beim Könige gehabt hatte, verschaffen, auch seine Autorität im Kommando und seinen Vorteil bei der Teilung der Beute unterstützen wollte. Er hielt die Stellung Schwedens für so erschüttert, daß er glaubte, es müsse notwendigerweise die Anlehnung an Frankreich suchen; deshalb nahm er auch an, daß Oxenstierna freiwillig die linksrheinischen Festungen an Frankreich abtreten würde. So wenig er wünschte, daß Schweden seine alte Stellung wiedererlangte, ebensosehr wünschte er doch Schwedens fernere Teilnahme am Kriege; dazu war vor allem Einigkeit zwischen Sachsen und Oxenstierna nötig, ebenso mußte das Mißtrauen der deutschen Stände gegen Schweden, das durch die Pläne und Forderungen des Königs wachgerufen worden war[1], beseitigt werden. Die Führung der Armeen gedachte er aber nicht mehr den Schweden zu, sondern deutschen Fürsten, die dem französischen Einflusse zugänglicher waren: Bernhard von Weimar sollte im Osten die Führung übernehmen, Landgraf Wilhelm von Hessen im Westen.

Der deutschen Stände hoffte sich Richelieu leicht zu versichern. Brandenburg war nach seiner Ansicht durch seine mit Schweden strittigen Interessen in Preußen und Pommern sowie durch die am Rhein auf den Schutz Frankreichs angewiesen. Die anderen Stände von Bedeutung: Hessen-Kassel, Weimar, die Welfen und Askanier sowie die großen Reichsstädte im Süden waren bereits Frankreichs Freunde: es galt, sie nur in dieser Gesinnung zu bestärken.

Schwierigkeiten bereitete allein Kurpfalz, da es, wenn dem Kurfürsten seine alte Machtstellung im vollen Umfange wieder eingeräumt wurde, den ehrgeizigen Plänen Frank-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

reichs am Rhein nur hinderlich sein konnte; ferner hatte sich Frankreich in dem geheimen Vertrage zu Fontainebleau[1] mit Bayern bereits verpflichtet, für die Belassung der Kurwürde und der Oberpfalz bei den Nachkommen Maximilians einzutreten, den Frankreich zum Rivalen und Nachfolger Kaiser Ferdinands II. ausersehen hatte. Auf der anderen Seite drängte England auf Anerkennung des Sohnes des Winterkönigs als Kurfürsten von der Pfalz und auf dessen völlige Restitution, sowie auf Anerkennung des Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Simmern als Administrator. Frankreich gedachte sich aus diesem Dilemma durch die Annahme des englischen Vorschlags zu ziehen, daß diese ganze Frage auf einem Kongresse geregelt werden müßte, wobei es den Hintergedanken hatte, die beiden feindlichen Linien der Wittelsbacher zur Annahme eines Alternierens im Elektorate zu bewegen. Bis dahin sollte Schweden die bereits eroberten Plätze der Pfalz für den jungen Pfalzgrafen besetzt halten, oder dieser sie mit englischen Truppen besetzen, oder noch besser sie Frankreich anvertrauen.

Zur Ausführung dieser Pläne hatte Richelieu den Marschall und Gouverneur von Metz Manasses de Pas, Marquis de Feuquières[2], einen Verwandten des Pater Joseph, ausersehen, der mit großer Klugheit und Gewandtheit eine für einen damaligen Kriegsmann besonders gerühmte Urbanität der Sitten verband. Als sein Vorläufer wurde la Grange aux Ormes vorausgeschickt, der bereits zu Lebzeiten Gustav Adolfs sich durch verschiedene Missionen mit den deutschen Verhältnissen vertraut gemacht hatte. Auch er wird als fähiger Diplomat gerühmt, aber seine Leidenschaftlichkeit machten ihn oft zu einem unbequemen Gehilfen Feuquières[3]. Zu Horn, der damals noch im Elsaß kommandierte sowie zu den süddeutschen Ständen — Württemberg, Baden, Zweibrücken, Hanau, den wetterauschen Grafen und Straßburg — wurden de l'Isle und Miré geschickt.

Es liegt auf der Hand, wie sehr sich Richelieu und mit ihm Pater Joseph, dessen spezielles Ressort die Verhältnisse in

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Deutschland bildeten, über sie und vor allem über die in Betracht kommenden Persönlichkeiten täuschten[1]. Schwedens Stellung war zwar schwer erschüttert, aber Oxenstierna gedachte für sein Vaterland eine ganz andere Rolle zu spielen, als sie ihm Richelieu zuschob. Und dem Kurfürsten von Sachsen lag alles andere näher als die Führung der Protestanten im Sinne Frankreichs. Zudem — ehe die französischen Emissäre in Deutschland erschienen — war der Kampf der beiden Rivalen bereits zugunsten Schwedens so gut wie entschieden; sie fanden ganz andere Verhältnisse vor, als ihre Instruktionen voraussetzten.

La Grange wurde, wie gesagt, als Vorläufer Feuquières zunächst zu dem Kurfürsten von Sachsen vorausgesandt[2]. Auf seiner Hinreise traf er Mitte Februar in Halle mit Oxenstierna zusammen[3], als dieser eben von Berlin zurückgekehrt war. La Grange mußte erkennen, daß Oxenstierna damals bereits die führende Stellung unter den Protestanten behauptet hatte und daß es nur noch darauf ankommen konnte, Sachsen zum Anschlusse zu bewegen, oder doch wenigstens vom Abfalle zurückzuhalten. Dementsprechend hat er seine Schritte in Dresden eingerichtet, wo er die beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg beisammen fand[4].

Im Gegensatze zu seiner Instruktion hat er nun nicht Sachsen aufgefordert, die Führung der Protestanten zu übernehmen, sondern von diesem vielmehr verlangt, das schwedische Direktorium anzuerkennen, er ermahnte es, die Waffen nicht niederzulegen, und warnte vor einem Separatabschlusse mit Österreich; auch hielt er eine allgemeine Zusammenkunft der Protestanten mit den Schweden für nötig, wobei er auf den bevorstehenden Konvent in Ulm hinwies[5].

Nach der vorher dargelegten Stellung Sachsens war es vorauszusehen, daß der Kurfürst die Anträge ablehnte[6]: das schwedische Direktorium anzuerkennen, werde ihm der König von Frankreich nicht zumuten, um so weniger, weil er selbst als Beschützer der deutschen Libertät auftrete. Einen Kon-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

vent werde er einberufen, aber im Rahmen des Leipziger Konventes. Dagegen wies er die Verdächtigung von sich, als ob er nach einem Separatfrieden trachte, er wünsche einen allgemeinen Frieden.

Auch die Anträge des Königs, eine neue römische Königswahl nicht vor dem Tode des jetzigen Kaisers vorzunehmen und sich dann mit Frankreich vorher zu verständigen, wies er zurück, indem er sich auf die Reichsgesetze berief, die ihm klare und bindende Vorschriften gäben.

Anders der Kurfürst von Brandenburg[1]: hatte der Kurfürst von Sachsen das Angebot der französischen Friedensinterposition umgangen, so nahm es Brandenburg jetzt an, erklärte aber zugleich, daß es an friedliche Absichten der Gegner nicht glaube, deren Mut durch den Tod Gustav Adolfs nur gewachsen sei. Er stimmte daher der Aufforderung Frankreichs zu, in fester Eintracht die Waffen in der Hand zu behalten und das Direktorium einem einzigen zu übertragen, dem aber aus Vertretern der Stände und ihrer Verbündeten ein consilium zur Seite zu setzen sei; diesem consilium müsse alles zustehen, was Krieg und Frieden angehe: denn dies einem einzigen zu überlassen, sei mit der deutschen Libertät unvereinbar. Für das schwedische Direktorium könne er sich aber noch nicht erklären, da Sachsen sich nicht dazu verstehen wolle, es bedürfe noch weiterer Verhandlungen. Wegen der römischen Königswahl erklärte er sich wie Sachsen, dagegen nahm er dankbar die angebotene Vermittlung zwischen Schweden und Polen an.

Am 10. März verließ la Grange Dresden mit der Überzeugung, daß Sachsen auf die französischen Wünsche nicht eingehen würde, sondern freie Hand behalten wollte, daß dagegen auf Brandenburg zu rechnen sei. Er mußte sich zufrieden geben, daß ihm der Kurfürst von Sachsen wie Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt versprochen hatten, keinen Partikularfrieden abzuschließen und zu betreiben, außer wenn sie von den Ständen verlassen würden[2]. In Heilbronn traf er

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dann mit Feuquières zusammen, der inzwischen bereits mit Oxenstierna verhandelt hatte.

Feuquières hatte am 8. Februar Paris verlassen[1] und nahm seinen Weg über Saarbrücken, Zweibrücken und Kaiserslautern, wo er mit dem Grafen Wilhelm Ludwig von Nassau und den Pfalzgrafen Johann und Ludwig Philipp, dem Administrator, zusammentraf. Seine Verhandlungen können nur Allgemeinheiten betroffen haben, nur den Administrator versicherte er der Hilfe Frankreichs, damit Schweden den pfälzischen Erben das Land wieder einräume und er als Administrator anerkannt werde; über die Kurwürde dagegen solle — im Einvernehmen mit England — auf dem nächsten Kurfürstentag entschieden werden. Dann besuchte er in Mainz den Rheingrafen Otto, den schwedischen Statthalter in den rheinischen Kreisen.

In Frankfurt a. M. erfuhr er, daß Oxenstierna auf der Reise nach Ulm in Würzburg erwartet werde, und beschloß zunächst, den schwedischen Reichskanzler zu hören, ehe er Sachsen aufsuchte. Am 4. März[2] traf er in Würzburg ein; der Reichskanzler, den er von seinem Kommen benachrichtigt hatte, erwartete ihn. Am 5. März fand die erste Konferenz der Vertreter der beiden um die Herrschaft über Deutschland rivalisierenden Mächte statt[3].

Oxenstierna war über die Ziele Frankreichs völlig im klaren: Frankreich muß die Fortsetzung des Krieges in Deutschland und in den Niederlanden wünschen, teils seiner eigenen Sicherheit halber, teils um sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen und um unter dem Deckmantel des Beistandes sich des linken Rheinufers zu bemächtigen. Er wußte, daß die Affektion gegen Schweden nur auf diesen Interessen beruhte, die durch Schwedens ferneres Verbleiben in Deutschland gefördert wurden, daß aber Frankreichs Streben dahin gehen mußte, selbst „seinen Fuß hineinzusetzen". Er hatte aber den Vorteil, die Hauptfrage — die des Direktoriums — bereits so weit zugunsten Schwedens gefördert zu

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

haben, daß er hoffen durfte, auch die vier oberen Kreise zur Anerkennung desselben zu vermögen. Das war nach seiner Ansicht um so wertvoller, als er glaubte, daß Frankreich hier einen Akkord nur ungern sehen würde, um sich desto leichter einmischen zu können[1]. Wie falsch Richelieu die Verhältnisse in Deutschland beurteilte, wußte er ja nicht.

Es mußte ihn deshalb angenehm überraschen[2], daß Feuquières erklärte, Frankreich sei bereit, das zu Bärwalde abgeschlossene Bündnis mit Schweden zu erneuern und die deutschen Stände zu ermahnen, bei Schweden zu bleiben, wie er sich denn auch zu Sachsen begeben werde, um den Kurfürsten nach dem Rate des Reichskanzlers zur Beständigkeit anzuhalten; Oxenstierna akzeptierte das mit Dank und erbot sich zu weiteren Verhandlungen, wenn Feuquières den Heilbronner Konvent besuchen würde, um auf die Stände in diesem Sinne einzuwirken, und setzte ihn über die verschiedenen Verhältnisse und seine Verhandlungen in Dresden und Berlin in Kenntnis. Feuquières dagegen war erfreut über des Reichskanzlers Ansicht, daß man mit allen Kräften rüsten müsse, um mit dem Kaiser über einen Frieden verhandeln zu können; auch blieb die eingeflochtene Drohung nicht unverstanden, daß wenn die deutschen Stände Schweden nicht unterstützen würden, er allein die Interessen seines Vaterlandes verfolgen würde. Feuquières konnte ihm dann auch beruhigende Zusicherungen über die Stellung Frankreichs in Italien, vor allem über seine Absicht, die spanisch-niederländischen Verhandlungen zu vereiteln, geben. Dagegen lehnte Oxenstierna die angebotene Hilfe von 8—10 000 Mann im Elsaß, falls Schweden ihrer gegen den drohenden Einfall Montecuculis bedürfe — es war das ein vorsichtiger Fühler wegen des linken Rheinufers —, mit der Bemerkung ab, daß der dort kommandierende Rheingraf bastant sei. In den Beschwerden über den Herzog von Lothringen, der Hagenau und Zabern besetzt hatte und mit dem Kaiser konspirierte, obwohl Frankreich ihn in seine Protektion genommen hatte und

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

demnach auch für sein Verhalten verantwortlich war, begegneten sich beide Staatsmänner wieder. Zum Schlusse eröffnete Feuquières dem Reichskanzler noch seine Aufträge privater Natur, die, wie er versichert, von ihm günstig aufgenommen wurden.

So unverbindlich diese Verhandlungen waren, mußte doch Oxenstierna aus ihnen die Absicht Frankreichs herauslesen, Schweden ferner zu unterstützen und seine bisherige Stellung anzuerkennen; das war in seinen Augen ein großer Gewinn, wenn er sich auch über die weiteren Absichten des Rivalen nicht täuschte. Daß es Sachsen an Schwedens Stelle treten lassen oder doch dem Kurfürsten in seinem Kampfe um das Direktorium gegen Schweden unterstützen würde, konnte er danach nicht annehmen.

Wenn auch Feuquières damals nicht aus den Grenzen seiner Instruktion geschritten ist, hat er doch dem Kanzler die Hauptsache noch verschwiegen und ihm nur die schwedenfreundlichen Teile mitgeteilt. Der Grund mag wohl der gewesen sein, in dieser ersten unverbindlichen Unterredung zunächst Oxenstiernas Zutrauen zu gewinnen, um so auch möglichst viel von ihm zu erfahren. Wieweit diese Unterredung dann auf seine weiteren Entschlüsse Einfluß gehabt hat, steht dahin; das eine hatte sie zur Folge, daß Feuquières gegen seine Instruktion beschloß, dem Reichskanzler zunächst nach Heilbronn zu folgen[1] und dann erst nach Dresden zu reisen. Hatte er schon auf seiner Reise nach Würzburg erfahren, wie anders die Verhältnisse in Deutschland lagen, als man in Paris angenommen hatte, so mußte ihn die Unterredung mit Oxenstierna vollends überzeugen, daß die Hoffnungen Frankreichs nicht auf Sachsen, sondern auf Schweden beruhen mußten: Sachsen wollte den Frieden, Schweden den Krieg, dessen auch Frankreich bedurfte. Was Oxenstierna von vornherein erkannt hatte, daß die Interessen der beiden Kronen in diesem Punkte solidarisch waren, das mußte jetzt auch Feuquières einsehen. Wollte er deshalb Frankreich

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Stellung in den deutschen Wirren verschaffen, die es einzunehmen wünschte, so mußte er in erster Linie sich mit Oxenstierna auseinandersetzen und nicht mit Sachsen. So bedeutet sein Entschluß, nach Heilbronn zu reisen, bereits den Bruch mit seiner Instruktion, den er bei sich vollzogen hatte.

Am 15. März traf Feuquières in Heilbronn ein, und nachdem Oxenstierna ihm am 17. seinen Besuch erwidert hatte — wobei er nicht unterließ, nochmals auseinanderzusetzen, daß man sich auf Sachsen nicht verlassen könne —, begann Feuquières am 19. die eigentlichen Unterhandlungen[1]. Oxenstierna war nicht wenig erstaunt, als der Franzose ihm hier eröffnete, er habe Auftrag: 1. ihm die Stellung bei Sachsen zu verschaffen, die er bei Gustav Adolf gehabt habe, wie Oxenstierna das selbst dem la Grange gegenüber als seinen Wunsch geäußert habe: d. h. also Sachsen das Direktorium einzuräumen und 2. die Allianz mit Schweden zu erneuern, sie aber auf die protestantischen Kurfürsten und Stände auszudehnen. Oxenstierna wies beides mit Heftigkeit zurück; erregt erklärte er, niemals eine derartige Äußerung zu la Grange getan zu haben, und das sei keine Erneuerung der alten Allianz, sondern eine völlig neue, zu der er nicht bevollmächtigt sei; er habe sich gefreut, zu vernehmen, daß Frankreich Schweden wie bisher unterstützen wolle, er sei bereit, den Bärwalder Vertrag zu erneuern, die andere Allianz werde er nie eingehen; wolle Frankreich die Erneuerung der alten Allianz nicht, so sei er es auch zufrieden, sie lege Schweden so schwere Bedingungen auf, daß sie ihm mehr Nachteile als Vorteile brächte. Ihr einziger Vorteil seien die Subsidien, über die er die freie Disposition sich nicht nehmen lassen könne. Ebensowenig könne er für Schweden auf das Direktorium verzichten.

Feuquières bot vergeblich seine Überredungskünste auf: der Kanzler blieb hartnäckig auf seiner Ablehnung; schließlich erbot er sich, die neue Allianz einzusehen und sie vielleicht zu unterschreiben, wenn sie ohne Präjudiz für Schweden sei,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sonst könne der König mit den Ständen abschließen, wenn er wolle.

In noch größere Erregung geriet Oxenstierna, als Feuquières die französischen Wünsche wegen Bayerns vorbrachte und einen Waffenstillstand von drei Monaten vorschlug; er wies das Ansinnen kurz ab: auf Bayern sei kein Verlaß, sein König sei von ihm stets getäuscht worden; es würde die Gelegenheit nur dazu benutzen, sich zu verstärken; auch hätte Sachsen seinen (Oxenstiernas) Vorschlag, etwas Ähnliches mit dem Kurfürsten von Köln zu verhandeln, so übel aufgenommen, daß es gedroht hätte, dann selbst mit dem Kaiser zu verhandeln. Oxenstiernas Erregung kam zum Teile daher, daß er bereits Nachricht von der Sendung Charbonnières[1] an Bayern erhalten hatte.

Auch das Angebot Frankreichs, zwischen Schweden und Polen wegen eines Friedens oder doch wegen Verlängerung des Waffenstillstandes zu vermitteln, fiel auf keinen fruchtbareren Boden. Wie schon la Grange in Halle wies er jetzt auch Feuquières an den Reichsrat in Schweden, dem er von la Granges Proposition bereits Mitteilung gemacht habe.

Ebenso kühl verhielt sich der Reichskanzler gegenüber allen Vorschlägen, die elsässischen Plätze Frankreich zu überlassen.

Damit hatte er sämtliche Anträge des Franzosen abgelehnt, er erklärte sich allein bereit, die alte Allianz zu erneuern. Feuquières mußte erkennen, daß, wie die Dinge sich nun einmal gestaltet hatten, Oxenstierna auf die bereits errungene Machtstellung nicht verzichten würde. Zudem erhielt er gerade damals Nachricht aus Dresden, daß Landgraf Georg nach Leitmeritz gereist sei, um mit den kaiserlichen Abgesandten über den Frieden zu verhandeln, und was er über Sachsens Haltung von Oxenstierna und den Ständen in Heilbronn erfuhr, bestätigte la Grange, der Ende März in Heilbronn eintraf[2].

Feuquières sah ein, daß er mit seiner Instruktion nichts anfangen könne, daß er sich vielmehr nach den tatsächlichen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verhältnissen richten müsse, wenn seine Mission nicht ganz vergeblich sein sollte; das hätte für Frankreich eine schwere diplomatische Niederlage bedeutet. Er entschloß sich also gegen seine Instruktion, jetzt Schweden die Stellung zuzuerkennen, die Richelieu Sachsen vorbehalten hatte. Er legte dem Kanzler einen Vertragsentwurf vor[1], der sich im Wortlaut an den Bärwalder Vertrag anlehnte, aber doch in wesentlichen Punkten von ihm abwich.

Der Bund (1) wurde auch hier nur zwischen den beiden Kronen Frankreich und Schweden geschlossen, aber diesmal bis zum Frieden (10)[2]; als Zweck wurde wiederum die Verteidigung der Freunde und Bundesgenossen und die Freiheit der Ostsee angegeben[3]. Dazu verpflichtete sich Schweden, zusammen mit seinen Bundesgenossen[4] mindestens 36 000 Mann zu unterhalten (2), während Frankreich zu diesem Zwecke wie bisher Subsidien zahlt[5], und zwar entweder an Schweden und seine Verbündeten oder an Schweden als Bundesdirektor oder an Schweden favore hujus confoederationis, der Wortlaut war zur Auswahl freigestellt (3). Der Religionspunkt (6) lautete wie zu Bärwalde, daß in den eroberten Gebieten zwar nach den Reichsgesetzen verfahren werde, die katholische Konfession aber bleiben solle, wo sie in Übung sei; zugesetzt war, daß die Geistlichen, die sich dieser Allianz unterwerfen, für ihre Personen und Güter Schutz genießen sollen, soweit es die jetzigen Zustände zulassen[6]. Wichtig war, daß diese Verpflichtung jetzt auch auf die Verbündeten Schwedens ausgedehnt wurde. Im § 7 behielt sich Frankreich das Recht vor, Bayern und die Liga zur Neutralität oder einem anderen Vertrage zu bringen, die Bedingungen sollten gemeinsam von allen Konföderierten aufgesetzt werden. Wie zu Bärwalde sollte auch anderen Staaten innerhalb und außerhalb Deutschlands der Zutritt zur Allianz offenstehen, sie sollten jetzt sogar dazu aufgefordert werden (8). Friedensverhandlungen durften nur gemeinsam vorgenommen werden (9). Neu war schließlich der Zusatz, daß die Ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bündeten nach dem Frieden noch zehn Jahre lang die Garantie desselben übernahmen und sich gegenseitigen Schutz zusagten.

Vergleicht man den Vertrag mit dem zu Bärwalde, so ist zunächst der wichtigste Unterschied der, daß er bis zum Frieden währen sollte, die beiden Kronen sich also bis dahin der Freiheit begaben, selbständig Friedensverhandlungen einzugehen. Wenn auch der Bund nominell wieder nur zwischen den beiden Kronen abgeschlossen war, so hatte doch Feuquières nicht nur den Zutritt der Stände vorgesehen — sie sollten jetzt dazu aufgefordert werden —, sondern auch die Zahlung der Subsidien an Schweden und die Stände vorgeschlagen; da er freilich den Widerstand Oxenstiernas kannte, hatte er selbst schon eine Form bereitgestellt, wonach das alleinige Verfügungsrecht des Kanzlers anerkannt wurde; neu war aber die ausdrückliche Verpflichtung, daß die Subsidien für die Bundesarmee und zum Besten des Bundes — nicht etwa für schwedische Interessen allein — verwendet werden sollten. Dafür ließ Frankreich jetzt zu, daß die 36 000 Mann nicht mehr von Schweden allein gestellt werden sollten, sondern von Schweden und seinen Bundesgenossen in Deutschland zusammen. Auf diese Weise sollten die Subsidien auch den deutschen Ständen zugute kommen, wenngleich die Verfügung nach wie vor Schweden allein behielt. Auf diesem Wege glaubte er, indirekt die Allianz doch auf die deutschen Stände auszudehnen, so sehr sich auch Oxenstierna dagegen sträubte; auch die Verpflichtungen in dem Religionspunkte waren auf die Stände übertragen. Neu waren die Bestimmungen über die Neutralität der Liga und Bayerns, sowie die Zusätze zu dem Religionspunkte, in beiden aber sieht man sein Bestreben, Oxenstierna so viel wie möglich entgegenzukommen. Dazu kam der sehr wichtige Vorschlag, daß beide Kontrahenten sich verpflichteten, auch noch zehn Jahre nach dem Frieden dessen künftige Vorteile zu garantieren.

Oxenstierna antwortete mit einem Gegenentwurfe[1], der den Wortlaut des französischen Entwurfs übernahm und nur

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

an den entscheidenden Stellen Abänderungen brachte. Im § 3 wählte er die Fassung, daß die Subsidien reginae regnoque Sueciae favore hujus confoederationis ausbezahlt werden sollten. Den Zusatz wegen der Sicherheit der katholischen Geistlichkeit in den eroberten Landen (§ 6) nahm er mit der Klausel „in quantum praesens rerum status ferre potuerit" an und schränkte ihn noch mehr durch die Bestimmung ein, daß dies nur für solche Priester gelten solle, die den Untertaneneid leisten und auch halten würden. Die Neutralitätsverhandlungen mit Bayern gestand er Frankreich zu (§ 7), behielt aber sich und seinen Bundesgenossen durch einen Zusatz völlige Freiheit vor, zu einem eventuellen Vertrage nach Lage der Dinge Stellung zu nehmen. Alle übrigen Bestimmungen blieben, auch die Klausel der zehnjährigen Garantie nach dem Frieden nahm Oxenstierna an. Damit war Oxenstierna im wesentlichen auf seinen Forderungen verblieben: von einem sächsischen Direktorium und Abtretung der elsässischen Plätze war überhaupt keine Rede, die Verfügung über die Subsidien war Schweden allein zugestanden, und wegen der Neutralität Bayerns und der Liga hatte er sich völlige Freiheit des Entschlusses vorbehalten. Dagegen hatte er jetzt zugestanden, daß sich die Allianz, obwohl sie nur zwischen den beiden Kronen abgeschlossen wurde, indirekt doch auch auf die deutschen Stände erstreckte, so schroff er sich auch anfänglich dagegen ausgesprochen hatte.

Es war selbstverständlich, daß diese Entwürfe erst nach mehrfachem Verhandeln zustande kamen[1]. Feuquières war in Verlegenheit, da er ohne neue Vollmacht einen Vertrag abschließen sollte, der so ganz und gar von seiner Instruktion abwich. Als die Stände dem Reichskanzler im ersten Entwurf des Nebenabschiedes, wie erwähnt, die Hände binden wollten, hoffte Feuquières, daß Oxenstierna Frankreich gegenüber einlenken würde[2], da aber auch diese Hoffnung sich zerschlug, der Reichskanzler vielmehr sie zu Paaren trieb, mußte er selbst nachgeben.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Er war nunmehr entschlossen, den Vertrag auch ohne besondere Autorisation abzuschließen[1]: er hatte richtig erkannt, daß, wenn Frankreich überhaupt eingreifen wollte, er sich nach den Verhältnissen richten mußte, die er in Deutschland bereits vorgefunden hatte. Feuquières konzedierte deshalb die Unterstützung seines Königs nicht Sachsen, sondern wie bisher Schweden, mußte sich aber damit begnügen, Schweden nur insofern an sich zu fesseln, als es ohne Frankreich keinen Frieden abschließen durfte, und sich beide Verbündeten noch zehn Jahre nach dem Frieden als Garanten desselben anerkannten. Hatte Richelieu gewünscht, daß sich die deutschen Stände ebenfalls durch eine Allianz mit Frankreich verbänden, so begnügte sich Feuquières damit, sie indirekt zu verpflichten. Denn wenn Schweden sich der freien Friedensverhandlung, solange der Krieg währte, begab, so galt das auch von den deutschen Ständen, die durch den Bund mit Schweden ebenfalls die Verpflichtung übernommen hatten, nur gemeinsam abzuschließen. Zudem verknüpften die Bestimmungen der französisch-schwedischen Allianz, daß die Truppen gemeinsam von Schweden und den Ständen gestellt werden sollten und daß die französischen Subsidien zum Unterhalte dieser Truppen dienen sollten, die Stände bereits untrennbar mit dieser Allianz; deshalb hatte Oxenstierna auch ihnen wie Schweden ihre Rechte in dem Religionspunkte und gegenüber Bayern und der Liga gewahrt. Aber mehr als das, er hatte auch zugegeben, daß die Stände jetzt aufgefordert werden sollten, der Allianz beizutreten. Oxenstierna hatte also doch ein gutes Teil der früheren Selbstherrlichkeit Schwedens geopfert, nachdem er für Schweden die Anerkennung des Direktoriums durchgesetzt hatte.

Das war für Frankreich immerhin kein geringer Erfolg: Frankreich hatte damit tatsächlich „einen Fuß hineingesetzt" und Einfluß auf die deutschen Verhältnisse gewonnen, und Schweden war jetzt bis zum Frieden und noch darüber hinaus an Frankreichs Willen gebunden. Wie hoch das Oxenstierna

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

selbst empfand, bezeugt ein Ausspruch, den er später einmal tat: er sagte, daß es keine größere Sklaverei gäbe, als einen Frieden nur mit Zustimmung eines Dritten abschließen zu dürfen[1]. Dazu kam, daß Feuquières sehr bald den Vorteil erkannte, daß die Stände nur indirekt mit Frankreich verbunden waren: es entging damit einer weiteren Subsidienzahlung, deren Forderung er mit Sicherheit voraussehen konnte.

Fragt man sich nach den Gründen, die Oxenstierna bestimmten, auch hier nachzugeben, so ist es in erster Linie natürlich der Wert gewesen, den er auf die Unterstützung dieses mächtigen Königs legen mußte. So sehr er davon überzeugt war, daß Frankreich seinen Platz naturgemäß an der Seite Schwedens suchen würde, so fiel doch jeder Anlaß zu Differenzen weg, nachdem ihm Frankreich denjenigen Platz eingeräumt hatte, den Schweden beanspruchte. Der Anschluß Frankreichs mußte die Stellung der antikaiserlichen Partei heben, und auf die Subsidien von 400 000 Rt. jährlich legte er den allergrößten Wert, da er sein eigenes Vaterland vor allen Kosten des Krieges fernerhin bewahren wollte, und die deutschen Stände allein die nötigen Mittel nicht aufzutreiben vermochten. Erst wenn man die Wirkung des Pariser Vertrags vom 1. November 1634 kennt, der ihm diese Subsidien raubte, kann man die Bedeutung ermessen, die Oxenstierna ihnen beimaß[2]. Gustav Adolf hatte als Protektor des evangelischen Deutschlands Frankreichs Einfluß ausschließen wollen. Oxenstierna hatte diese Pläne als undurchführbar aufgegeben, so daß er erwarten konnte, durch ein Entgegenkommen die Unterstützung Frankreichs für Schwedens partikulare Wünsche an der Ostsee zu gewinnen. Für Schweden, sagte er selbst[3], ist kein Friedensinterponent so vorteilhaft wie Frankreich, einmal, weil wir es Dänemark opponieren können, und dann, weil wir keine sich kreuzenden Interessen mehr haben, sobald wir uns vom Rheine zurückziehen. Und daß Schweden auf Oberdeutschland im Frieden

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

würde verzichten müssen, darüber war der Kanzler sich damals bereits im klaren[1]. Deshalb aber jetzt schon seine vorteilhafte Stellung in Oberdeutschland oder auch nur im Elsaß, wie Frankreich wünschte, ohne weiteres aufzugeben, daran dachte er natürlich nicht; dafür war ihm Oberdeutschland als Kriegsschauplatz fern von der Ostsee und als späteres Kompensationsobjekt zu wertvoll. Er verzichtete nur auf das, was nach dem Aufgeben der Pläne seines Königs für ihn wertlos geworden war, und räumte Frankreich einen gewissen Einfluß auf die deutschen Verhältnisse ein, den er aber in Schranken zu halten beabsichtigte. Wenn er jetzt zuließ, daß auch die Stände der Allianz mit Frankreich beitreten sollten, so leitete ihn vielleicht die weitere Erwägung, daß es den Ständen möglicherweise gelingen werde, von Frankreich ebenfalls eine Subsidienzahlung herauszuschlagen, neben der, welche Schweden erhielt. Bei den unzulänglichen Mitteln des Bundes wäre das ein großer Gewinn gewesen. Es ist freilich dabei zu beachten, daß er selbst die Aussichten auf eine Bewilligung sehr stark vermindert hat; denn, nachdem er gutgeheißen hatte, daß Frankreich durch den Vertrag auch die Bundesgenossen Schwedens an sich fesselte, lag für Richelieu kein Grund mehr vor, noch weitere Geldsummen zu opfern.

Am 19. April wurde der Vertrag unterzeichnet[2], der denn auch die Billigung der Pariser Regierung gefunden hat[3], obwohl es ihr nicht leicht wurde, auf ihre Pläne zu verzichten und sich mit der zweiten Stelle zu begnügen. Hier billigte man vor allem, daß Feuquières dem Anschluß der Stände vorläufig noch aus dem Wege gegangen war, um Sachsen gegenüber vorwenden zu können, es handle sich lediglich um die Erneuerung eines alten Vertrages. Doch machte man sich wenig Hoffnung auf dessen Beitritt. Ungern verzichtete man namentlich auf die bayerischen Neutralitätspläne, und Oxenstiernas völlige Restitution der Kurpfälzer in Länder und Würden berührte in Paris unangenehm. Doch er-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

leichterte es ihnen Kurfürst Maximilian von Bayern selbst, indem er alle Anträge der Franzosen ablehnte[1]. Trotzdem erhielt Feuquières den Befehl, für Bayern soviel Schonung als nur möglich zu erwirken. Auch wegen der elsässischen Plätze wurden ihm neue Versuche aufgegeben.

Von großem Interesse ist Feuquières' Verhältnis zu den Ständen. Seine Instruktion schrieb ihm vor, auch sie durch eine Allianz an Frankreich zu fesseln. Da Oxenstierna eine solche Ausdehnung des Bärwalder Vertrages zunächst schroff ablehnte, mußte er vorläufig davon absehen und begnügte sich, um nicht völlig untätig beiseite zu stehen, die Stände in öffentlicher Audienz, wenn auch in sehr allgemein gehaltenen Redewendungen, zu ermahnen[2], sich nicht von Schweden zu trennen und nach Kräften zu rüsten; dazu hat er sie des Beistandes seines Königs versichert. So unverbindlich die Rede gehalten war, blieb doch das offizielle Bekenntnis der gemeinsamen Interessen Frankreichs mit Schweden nicht ohne Eindruck: sie fiel gerade in jene Zeit, in der die Stände vor der endgültigen Wahl zwischen Sachsen oder Schweden standen. Doch darf man ihr nach dieser Richtung keine übergroße Bedeutung beimessen, selbst Feuquières hat für sich kein Verdienst an dem Zustandekommen des Bundes in Anspruch genommen. Der Einfluß, den Frankreich in der Tat auf die Stände ausgeübt hat, liegt auf einem anderen Gebiete: es war einmal die Hoffnung auf finanzielle Unterstützung und dann — höchst beachtenswert — die Erwartung des Schutzes ihrer Libertät vor Schweden. Deutschland war durch den fünfzehnjährigen Krieg verarmt und ausgesogen; und hatte Gustav Adolf bereits den protestantischen Ständen unerhörte Opfer auferlegt, so brachten die Forderungen, die Oxenstierna jetzt stellte, noch eine Steigerung. In um so blendenderem Lichte stand daher den Ständen der schier unerschöpfliche Reichtum Frankreichs vor Augen, und die französischen Gesandten versäumten nicht, die Macht und die Mittel ihres Königs in den verlockendsten Farben zu schildern; wußten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

doch die Nürnberger zu berichten[1], daß der König 20 Millionen für die deutschen Angelegenheiten bereit liegen habe. Kein Wunder, daß sich bei den Ständen[2] der Wunsch regte, diese Mittel nutzbar zu machen, sei es als Subsidien, sei es in Form von Anleihen, mit denen man die drückende Kontribution bezahlen konnte. Sie benutzten denn auch die erste Gelegenheit — die Antwort auf Feuquières Proposition[3] —, den König um eine Geldhilfe anzusprechen, nachdem sie ihn gebeten hatten, wie bisher für ihre Libertät einzutreten, und ihm versichert hatten, daß sie bei Schweden verbleiben würden.

Aus Gesprächen mit den Gesandten hatten die Stände schon erfahren, daß Frankreich beabsichtige, selbst mit in den Bund zu treten[4], so war es für sie keine Überraschung, als Oxenstierna am 15. April proponierte, die Stände möchten der schwedisch-französischen Allianz beitreten[5]. Er könne nicht davon abraten, weil es das Ansehen des Bundes nur steigern und auf die Feinde großen Eindruck machen würde; könne man neben den an Schweden zu zahlenden Subsidien von 400 000 Rt. eine gleiche Summe erhalten, so würde das eine große Erleichterung sein. Am folgenden Tage ließ er ihnen das Bündnisinstrument zugehen.

Zunächst machte das Angebot auf die meisten Stände großen Eindruck, da die Vorteile auf der Hand lagen, besonders wenn Frankreich sich zu weiteren Subsidien herbeilassen würde. Auch fand man in der Allianz, die ja die Wiederherstellung ihrer Rechte ausdrücklich erwähnte, nichts Bedenkliches, zumal auch Oxenstierna auf weiteres Befragen nochmals den Beitritt empfahl, wenn man Geld erhalten könne[6]. Alle aber entschuldigten sich sogleich, daß sie darauf nicht instruiert seien und einen so wichtigen Schritt nicht ohne direkten Befehl ihrer Auftraggeber tun könnten.

Dann aber machten sich doch auch Bedenken geltend. Besonders die Rheinländer und Baden mahnten zur Vorsicht, damit nicht auch Frankreich beim Frieden deutsche Länder beanspruche wie Schweden. Auch hatte la Grange, bei dem

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

man sich wegen der Geldhilfe erkundigte, sie zwar nicht abgelehnt, aber doch auch keine Zusicherung gegeben: man solle erst abschließen und sich dann an den König wenden, man würde um 200 000 Rt. gewiß keine Fehlbitte tun. Schließlich nahm man noch Anstoß an der Fassung des § 6, wonach in den eroberten Gebieten die Religionsfrage nach den Reichsgesetzen behandelt, die Katholiken aber bei ihren augenblicklichen Rechten und Freiheiten erhalten werden sollten. Die Stände sagten, daß die Reichsgesetze gerade in diesem Punkte strittig seien und Anlaß zu dem Kriege gegeben hätten; der Religionsfriede sei zugunsten der Katholiken abgefaßt: würde er jetzt von ihnen anerkannt, kämen sie in Nachteil. Auch begäben sie sich des jus reformandi, das bei den Reichsstädten sowieso noch angefochten werde[1]. Man bezeichnete die Fassung des § 6 als auf Schrauben gestellt und doppelsinnig[2] und argwöhnte, daß Frankreich bei den Friedensverhandlungen seinen Glaubensgenossen beistehen werde, so daß die Protestanten im Religionspunkte schließlich doch den Kürzeren ziehen würden. Ein gleiches Bedenken erfüllte sie gegen die Bestimmungen des § 7 über die Neutralität Bayerns, auch hier argwöhnten sie, daß Frankreich auf die Seite seiner Glaubensgenossen treten werde.

So lautete denn die Erklärung der Stände zunächst dahin[3], daß man die Allianz für gut und nötig halte, daß man auch kein Bedenken trüge, sogleich einzutreten, doch fehle es ihnen an der Vollmacht. La Grange, der bisher schon um Antwort gedrängt hatte, fand diese Erklärung „etwas kalt" und frug, bis wann diese Vollmachten eintreffen würden und ob diejenigen Stände, welche zum Eintritt bereit seien, sich nicht sogleich erklären wollten.

Darüber kam es zu weiteren Beratungen, und die Stände sagten zu, von ihren Prinzipalen Verhaltungsmaßregeln einzuholen. Ehe sie eintrafen, beriet man untereinander, mit Oxenstierna[4] und mit den französischen Gesandten. Immer aber kam man zu dem Resultate: der Eintritt in die Allianz

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sei durchaus vorteilhaft und wünschenswert, aber unerläßlich seien 1. Subsidien — das Geld ist principalis causa motiva, wie sich die Württemberger drastisch ausdrückten —, 2. eine befriedigende Erklärung des § 6, daß die Stände durch die Anerkennung der Reichskonstitutionen an ihren Rechten und Privilegien keine Einbuße erlitten, und 3. eine Erklärung, daß Frankreich den Feinden der Stände weder direkt noch indirekt Vorschub leiste.

Im allgemeinen waren es besonders die höheren Stände, die für den Anschluß an Frankreich waren; aber schon die Grafen und Herren und noch mehr die Städte waren bedenklich, da man zu der Aufrichtigkeit Frankreichs kein Vertrauen hatte. Dazu unterließ es der englische Gesandte Anstruther nicht, gegen Frankreich zu intrigieren, und seine Mitteilungen, daß Frankreich mit Bayern einen Vertrag abgeschlossen habe, daß es trotz aller seiner Versicherungen doch nach der römischen Königskrone strebe u. a. m., blieben nicht ohne Eindruck[1].

Feuquières lehnte aber zunächst die verlangten Erklärungen ab: er habe keine Vollmacht, dem Vertrage neue Artikel hinzuzusetzen, entweder man träte der Allianz bei, wie sie sei, oder nicht[2]. Doch bemühte er sich, die Bedenken namentlich wegen des Religionspunktes zu zerstreuen: man wolle keineswegs den Rechten der Stände präjudizieren, sondern nur die geistlichen Fürstentümer sicherstellen. Frankreich würde es sogar dulden, daß dort die evangelische Religion eingeführt werde, wenn nur die Katholiken nicht gar verjagt würden[3]. Als der Markgraf von Baden ihm seine Pläne wegen der Religion vorlegte, erklärte sich Feuquières ausdrücklich damit einverstanden[4]. Auch Oxenstierna suchte ihnen dieses Bedenken auszureden[5]. — Durch die Nürnberger, die sich auf Anregung la Granges zu Feuquières begaben, um sich von ihm zu verabschieden, ließ er aber den Ständen wissen, sie möchten die Allianz mit Frankreich zunächst nochmals reiflich erwägen und dann ihre Erklärungen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

la Grange nach Frankfurt zusenden[1]; dem Könige sollten sie schreiben, sie würden das Bündnis künftig pure unterschreiben, dabei ihm aber ihre Bedenken mitteilen, der König würde ihren Wünschen gewiß willfahren[2].

Die Stände waren im Zweifel, was sie tun sollten, und berieten am 25. und 26. April nochmals eingehend darüber[3]. Schließlich aber überwogen die Vorteile, die allein schon Frankreichs Anschluß an ihre Sache bot, und die Sicherheit, daß Frankreich sich dann nicht auf die Seite der Gegner schlagen könne[4]. Im rheinischen Kreise mahnten nur noch die wetterauschen Grafen zur Vorsicht; selbst Straßburg hatte seine Gesandten zum Abschlusse bevollmächtigt, wenn nur die schwedische Donation anerkannt würde[5]. Unter den Schwaben hatte der Markgraf von Baden seine Bedenken fallen gelassen und sich pure für den Anschluß erklärt; Württemberg war von Anfang an lebhaft für den Eintritt eingetreten[6], während die übrigen Stände bereit waren, sich der Majorität anzuschließen. Im fränkischen Kreise war die Majorität ebenfalls dafür. So war man allgemein bereit, sich in der Subsidienfrage mit der Vertröstung zu begnügen, dagegen verharrte man auf der Forderung einer besseren und schriftlichen Erklärung, namentlich im Religionspunkte. Man wandte sich nochmals an Feuquières[7], zugleich auch, um sich von ihm zu verabschieden, da er im Begriffe war, nach Kursachsen zu reisen. Die Stände erklärten ihm, daß sie bereit seien, der Allianz beizutreten, daß es aber noch an den Vollmachten fehle, und wiederholten ihr Begehren wegen einer Erklärung in den beiden Punkten und wegen einer Subsidienzahlung.

Schließlich verstand sich auch Feuquières doch noch dazu, ihnen diese Erklärung schriftlich zu geben[8]: 1. der 6. Artikel solle den Obrigkeiten derjenigen Orte nicht präjudizieren, die vor dem Kriege bereits evangelisch gewesen waren, sondern nur die katholische Religion in eroberten katholischen Gebieten schützen; 2. wegen einer Geldhilfe[9] sollten sie sich

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nach dem Abschlusse des Vertrags an den König wenden, er — Feuquières — werde alles tun, daß ihre Bitte erfüllt werde.

In beiden Punkten war also Feuquières auf seinem Standpunkte verharrt, und die Stände hatten nichts erreicht. Überraschend dagegen war die Wendung, welche die dritte Forderung jetzt nahm. Hatten die Stände bisher eine Erklärung gefordert, daß der König ihren Feinden keinen Beistand in keinerlei Form leisten werde, worunter Feuquières in erster Linie Bayern, die Liga und Lothringen verstanden hatte, so formulierten die Stände ihre Forderung jetzt dahin, daß der König denjenigen keinen Beistand leisten solle, die ihre Libertät unterdrücken wollen, und gaben ihm zu verstehen, daß man dabei mehr noch auf Schweden sein Augenmerk gerichtet habe als auf die katholische Partei. Es war klar, daß auch das schroffe Auftreten Oxenstiernas nicht ohne Eindruck geblieben war. Feuquières erkannte die Tragweite dieser Stimmung sehr wohl: sie zeigte ihm den Weg, auf dem es Frankreich gelingen mußte, seinen Bundesgenossen Schweden doch noch aus dem Sattel zu heben und wenigstens die oberdeutschen Stände unter seinen Schutz und seine Protektion zu bekommen. Es war selbstverständlich, daß Feuquières sogleich die gewünschte Erklärung gab[1].

Damit verließen Feuquières und la Grange Heilbronn[2]: ersterer reiste nach Dresden, letzterer nach Frankfurt a. M.

Die Stände berieten am 28. April über die Erklärung des Gesandten[3], die sie keineswegs für ausreichend fanden, und beschlossen, nach dem Rate Feuquières, sich an den König schriftlich zu wenden. Die Schwaben schlugen vor, ihren Eintritt von der Befriedigung ihrer Wünsche abhängig zu machen, doch zog man schließlich vor, ganz in generalibus zu bleiben: man zweifle nicht, daß der König ihre Rechte, quae iis vel jure magistratus, vel respectu territorii aut superioritatis tam circa ecclesiastica quam politica competunt, nicht zu schmälern beabsichtige oder ihre Feinde unterstützen werde; dagegen hofften sie auf eine Geldhilfe[4].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

So war ihr Zutritt zu der schwedisch-französischen Allianz doch nicht zustande gekommen, vielmehr weiteren Verhandlungen vorbehalten. Trotz der Instruktion Feuquières entsprach das schließlich nur seinen Wünschen. Nachdem die Allianz mit Schweden und andererseits der Bund Schwedens mit den Ständen abgeschlossen war, hatte Frankreich nach seiner Ansicht nur noch ein bedingtes Interesse, die Stände auch noch direkt zu fesseln. Eins war richtig, es entging dann, wie erwähnt, weiteren Subsidienzahlungen. Auf der anderen Seite aber konnte eine direkte Verpflichtung der deutschen Stände doch für Frankreich von Wert sein, falls nämlich das Verhältnis der Stände zu Schweden wankend werden sollte. In Frankreich war man unterrichtet, welchen Eindruck Gustav Adolfs Pläne auf die Stände gemacht hatten[1], und Feuquières war selbst Zeuge gewesen, wie sehr Oxenstierna sie wiederholt durch sein schroffes Auftreten verletzt hatte[2]; er sah deshalb voraus, daß die Stände sich an Frankreich um Schutz vor etwaigen Übergriffen Schwedens oder gar vor einem Wiederaufleben ähnlicher Pläne wenden würden, wie sie Gustav Adolf gehabt hatte, und daß er sich hierin nicht getäuscht hatte, lehrten ihn die Eröffnungen der Stände kurz vor seiner Abreise. Mochten die Stände in manchen Punkten von Mißtrauen gegen die Redlichkeit Frankreichs erfüllt sein, in diesem Punkte kamen sie ihm mit Vertrauen entgegen. So baten sie Feuquières, mit dem Abschlusse der Allianz mit Schweden so lange zu warten, bis sie mit Oxenstierna selbst abgeschlossen hätten, da sie glaubten, daß der Reichskanzler nachgiebiger gegen ihre Forderungen sein würde, solange er Frankreichs noch nicht sicher sei[3]. Feuquières kam ihnen damals entgegen, später aber glaubte er, darin eine Wirkung der Intrigen von Kursachsen zu sehen[4], nachdem Oxenstierna in diesem Punkte sehr starken Einfluß auf ihn gewonnen hatte. Da er wußte, daß Sachsen die Stände nicht bloß vor Schweden, sondern auch vor Frankreich warnte[5], hielt er es zum Schlusse doch für ratsamer, die Stände durch ihren Beitritt zur Allianz

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auch direkt an Frankreich zu fesseln, um derartigen Einwirkungen einen Riegel vorzuschieben. Darin traf er mit der Ansicht seiner Regierung zusammen; man sah auch hier von einer besonderen Allianz ab, wünschte aber, daß die Stände durch ihre Unterschrift der französich-schwedischen Allianz beiträten[1].

Dies war der eine Punkt, durch den Frankreich auf die Stände Einfluß gewann; der andere war das Geld. Die französischen Gesandten hatten es zwar geschickt vermieden, Frankreich zu weiteren Subsidienzahlungen zu verpflichten, sie hatten aber doch die Hoffnung auf solche bestehen lassen. Außerdem hatten sich aber noch einzelne Stände an sie gewendet, um eine Anleihe bei Frankreich aufzunehmen; wir wissen es von Kurpfalz, den Markgrafen von Baden und Ansbach sowie von Nürnberg[2]. Aber auch hier gingen die Gesandten jeder Verpflichtung aus dem Wege, ohne ihnen die Hoffnung zu zerstören.

Wichtiger aber war, daß Frankreich sogleich daranging, sich der einflußreichsten Persönlichkeiten und Stände durch Zahlungen von Pensionen zu versichern. Bereits auf seiner Reise nach Deutschland hatte Feuquières dem Rheingrafen Otto, schwedischem Statthalter am Rhein, 6000 Livr. jährlicher Pension ausbezahlt und ihm eine gleiche Summe für seinen Neffen, den schwedischen General Rheingraf Otto Ludwig, übergeben[3]; der lebenslustige und allzeit geldbedürftige alte Herr[4] hielt es aber für sicherer, das für den Neffen bestimmte Geld lieber selbst zu behalten, so daß man in Frankreich genötigt war, die Summe nochmals zu senden[5]. In Würzburg bot er dem Herzog Bernhard von Weimar eine Pension an, die dieser aber mit dem Hinweis auf seine schwedische Bestallung ablehnte, wie Feuquières glaubte, weil sie zu gering wäre[6]. Für seinen Bruder Wilhelm von Weimar und für Arnim waren ebenfalls Pensionen vorgesehen[7]; dem Grafen Schwarzenberg war für seine Söhne, die in Paris lebten und mit besonderer Gunst behandelt wurden, ebenfalls eine Pension ausgesetzt

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

worden. Auf Feuquières dringende Empfehlung, sich des Grafen Philipp Reinhard von Solms[1], des schwedischen Geheimratspräsidenten, zu versichern, der sich durchaus an Frankreich zu attachieren wünschte und die Gesandten mit Nachrichten über die Verhandlungen auf dem Konvente versorgte, stellte man ihm in Paris eine Anweisung auf jährlich 6000 Livr. in Aussicht[2].

Die gleiche Aufmerksamkeit seiner Regierung lenkte er auf den württembergischen Kanzler Löffler, dessen Geschicklichkeit er sehr rühmte; er sei eigennützig und beherrsche seinen jungen Herren, so daß er ein bequemes Werkzeug sei, sich des Herzogs von Württemberg zu versichern; sein Ansehen bei den vier oberen Kreisen sei nicht gering. Da Württemberg wünsche, daß Frankreich die Grafschaft Mömpelgard in seinen Schutz nähme — namentlich wegen des Lothringers —, und Löffler die Absicht habe, deshalb nach Paris zu reisen, so habe man eine bequeme Gelegenheit, ihn zu gewinnen[3]. Württemberg hat in der Tat über diese Protektion damals verhandelt[4], doch ist man nicht über Vorbesprechungen hinausgekommen. Die Reise Löfflers nach Paris ist unterblieben.

Überblicken wir die Tätigkeit Feuquières in Heilbronn, so sind seine Erfolge — wenn man sie an seiner Instruktion mißt — verschwindend gering gewesen. Zieht man aber die Verhältnisse in Betracht, wie sie der Gesandte ganz im Gegensatze zu dieser Instruktion wirklich vorfand, so wird man ihm die Anerkennung nicht versagen können, daß er erreicht hat, was sich unter diesen Umständen erreichen ließ. Schweden war aus seiner Stellung nicht mehr zu verdrängen, als Frankreich eingriff; und Oxenstierna hat diese günstige Lage nach Kräften ausgenutzt. Er hat Frankreich nur so viel konzediert, als er unter den veränderten Umständen tun mußte. Die beiden Großmächte, vereint durch ihre Interessengemeinschaft in Deutschland, boten sich hier die Hände, und Feuquières war so klug, die Führung dem andern zu lassen, die dieser bereits besaß, eine Bekämpfung des Rivalen würde nur

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Interessen der Gegner gefördert haben. Er begnügte sich damit, den Einfluß Frankreichs auf die deutschen Stände von Schweden anerkennen zu lassen, und überließ es der Zeit und der Geschicklichkeit seiner Landsleute, dieses erworbene Recht zu erweitern. Und die Rechnung war richtig, wie der Verlauf der Dinge lehren sollte.

Ziehen wir die Summe dessen, was auf dem Heilbronner Konvente erreicht worden ist, so stellt es sich in erster Linie als ein Sieg Schwedens über alle seine Gegner dar, ein Sieg, den es allein der energischen und aufopferungsvollen Tätigkeit seines Reichskanzlers verdankte. Oxenstierna erntete hier die ersten Früchte seiner Mühen und hat hier seinem Vaterlande die Vormachtstellung in Deutschland erhalten, die durch den Tod seines Königs auf das schwerste erschüttert war. Er hat die süddeutschen Stände, von denen die wenigsten durch Verträge an Schweden gebunden waren, vermocht, den Krieg gegen Kaiser und Liga fortzusetzen, und damit den Grund zu einem allgemeinen evangelischen Bunde gelegt, der unter Schwedens Führung die protestantischen Interessen weiter verfechten sollte. Hoffnungen, die man etwa auf katholischer Seite an den Tod Gustav Adolfs geknüpft hatte, waren damit zunächst zunichte gemacht. Süddeutschland blieb nach wie vor der Hauptkriegsschauplatz, fern von der Meeresküste, der er auf diese Weise die größtmögliche Sicherheit verschaffte.

Wichtiger war, daß es ihm gelungen war, das schwedische Direktorium durchzusetzen und damit dem sächsischen Rivalen die empfindlichste Niederlage beizubringen. Ein sächsisches Direktorium war damit ausgeschlossen, nicht einmal die Führung der beiden sächsischen Kreise konnte ihm bleiben — wie man damals mehrfach vorgeschlagen hat —, da Schweden über Pommern und Brandenburg im obersächsischen und über Mecklenburg, Magdeburg, Bremen und Celle im niedersächsischen Kreise verfügte. In Dresden hat man den

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schlag auch in seiner ganzen Schärfe empfunden und es den Ständen zum schwersten Vorwurfe gemacht, daß sie sich dem Direktorium des Fremden untergeben hätten.

Ebenso wie diesem Rivalen gegenüber, hat er auch gegen Frankreich seine Stellung behauptet. Aber nicht nur über seine Gegner nach außen hat Oxenstierna hier triumphiert, auch die inneren Widersacher hat er zurückgewiesen. Den ernsten Versuch der süddeutschen Stände, die Vormachtstellung Schwedens im Bunde zu beseitigen und selbst die Führung in die Hand zu nehmen, hat der Reichskanzler energisch abgeschlagen.

Er hat ferner für sein Vaterland die prinzipielle Anerkennung der Satisfaktion durchgesetzt, und wenn der Gegenstand derselben jetzt noch nicht genannt wurde, so war auch das ein Vorteil für ihn, da er damit die Möglichkeit hatte, jeden unbequemen Frieden abzulehnen.

So schien Schweden, wie gesagt, die alte Stellung nach außen wie nach innen wiedererobert zu haben. Demgegenüber mutet es uns merkwürdig an, wenn Oxenstierna bei der Übersendung der mit den vier oberen Kreisen, Frankreich und der Pfalz abgeschlossenen Verträge dem Reichsrate in der Heimat berichtet[1]: gern wäre er an Verträgen dieser Art und anderem mehr dergleichen vorübergegangen, zu denen er sich wider seinen Willen hätte verstehen müssen: „Ich mußte mich von dem Unwetter führen lassen und das consilio tun, was sonst casu hätte geschehen müssen.“ Wenn er dazu damals noch das Wort Vergils auf sich anwendet[2]: fertur equis auriga nec audit currus habenas, so wirft das ein überraschendes Licht auf Oxenstiernas eigene Einschätzung seiner Erfolge. Es ist freilich eine bekannte Tatsache, daß alle wahrhaft großen Männer nie mit dem Erreichten wirklich zufrieden sind, weil sie besser als alle anderen die Unvollkommenheiten kennen, die ihren Werken anhaften. So werden wir auch bei Oxenstierna mit dieser Stimmung rechnen müssen: auch er kannte die Mängel nur zu gut, sie wogen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bei seiner Urteilsfindung schwerer als die behaupteten Vorteile. Aber das muß man doch bedenken, daß Oxenstierna bei allem Temperament seines Charakters sich einen überraschend klaren Blick und ein unerbittlich scharfes Urteil über die wahre Lage der Verhältnisse fast jederzeit bewahrt hat, und so dürfen wir nicht ohne weiteres an diesem Urteil vorübergehen.

Und sieht man näher zu, so wird man ihm nicht unrecht geben können. Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß Oxenstierna freiwillig weit hinter die Linie zurückgewichen ist, die sein König erreicht hatte. Das corpus Evangelicorum, wie es sich Gustav Adolf gedacht hatte, hatte Oxenstierna ohne weiteres aufgegeben, von einem schwedischen Protektorate ist ebensowenig mehr die Rede wie von einer Änderung der Reichsverfassung im Sinne des Königs: das hat der Heilbronner Bund besiegelt, der die Wiederherstellung der deutschen Libertät und der Reichsverfassung ausdrücklich als sein Ziel hinstellte.

Aber der Bund, den hier Schweden mit den oberdeutschen Ständen einging, war seiner ganzen Natur nach ein anderer als die Allianzen, die der König abgeschlossen hatte. Als der König in Deutschland erschien, waren — wie schon erwähnt — die protestantischen Stände niedergeworfen und geknebelt; der König konnte ihnen deshalb ihre Befreiung versprechen und als Gegenleistung die Protektion und das absolute Direktorium, wie er es verstand, beanspruchen. Der König war in Wirklichkeit absoluter Herr sowohl über die Armee wie über die mit ihm verbündeten Stände; er war niemandem Rechenschaft schuldig. Er hatte aber auch seine Zusage erfüllt und die Stände befreit, sie sich also zu Danke verpflichtet, der selbst seine kühnsten und schwersten Forderungen rechtfertigen konnte.

In Heilbronn dagegen war das Verhältnis der beiden kontrahierenden Parteien ein ganz anderes. Die Stellung Schwedens war schwer erschüttert, und die deutschen Stände waren wieder frei, sie standen wieder aufrecht. Es war klar, daß sich ihre

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ansprüche vergrößern würden, ebenso wie Schweden die seinigen herabmindern mußte. Das brachten die Verhandlungen und der Schluß zu Heilbronn auch deutlich zum Ausdruck. Schon daß die Verhandlungen in den gewohnten Formen der Reichsversammlungen und nicht direkt mit Schweden stattfanden, mußte die Stellung der Stände stärken, da sie Schweden als geschlossenes Ganze gegenüberstanden. Ihr Versuch, sich selbst die Direktion des Bundes zuzulegen, ist charakteristisch genug für die veränderte Situation. Oxenstierna hat diesen Angriff ja zurückgewiesen, aber seine Stellung als Bundesdirektor war eine ganz andere als die Gustav Adolfs. Zunächst war ihm ein Bundesrat zur Seite gesetzt, der über alle Angelegenheit mit zu raten und zu entscheiden hatte, mit Ausnahme der militärischen; die Friedensverhandlungen hatten sich die Stände sogar selbst vorbehalten. Wenn auch Oxenstierna kraft seiner überragenden Persönlichkeit den Bundesrat beherrscht hat, war dieser doch in den Augen der Stände ein Vertreter ihrer speziellen Interessen, um einem absoluten Direktorium Schranken zu ziehen und etwaigen Gelüsten Schwedens nach einer Erneuerung von Plänen, wie sie der König gehegt hatte, vorzubeugen; daran änderten alle Bestimmungen des Vertrages sowie alle Beteuerungen der Stände nichts. Noch mehr faßten sie als Vertreter ihrer Interessen die Kreisräte auf, die sie mit großer Mühe und Zähigkeit durchgesetzt hatten, sie sollten sie in erster Linie vor der Soldateska schützen. Daß Oxenstierna hier hatte nachgeben und den Ständen die verhaßten Statthalter hatte opfern müssen, war in den Augen der Stände kein geringer Erfolg: es war eine weitere Bresche, die die Stände in die bisherige Stellung Schwedens gelegt hatten. Nicht minder schwer wog, daß aus der bisher allein schwedischen Armee jetzt eine Bundesarmee geworden war, und daß die Eroberungen künftig gemeinsam sein sollten: Gustav Adolf hatte bisher alle okkupierten Gebiete für Schweden in Anspruch genommen, obwohl doch die Stände ganz erhebliche Zubußen an Volk

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und Geld dazu geleistet hatten. Auch das sollte künftig anders werden. Und wenn sich auch Oxenstierna die Verfügung über die Bundesmittel vorbehalten hatte, war doch die Verwaltung in den Händen der Deutschen und der Kontrolle des Bundes unterstellt.

Von einem absoluten Direktorium des Reichskanzlers, wie es der König gehabt hatte, war keine Rede; wenn er auch der eigentliche Leiter des Bundes blieb, waren die Stände Schweden doch zur Seite getreten. Er war — wie er selbst so oft betonte — nicht der Herr, sondern ein Diener der Stände.

Aber auch auf seiten der Stände herrschte keineswegs volle Befriedigung über das Erreichte. Je mehr sie zu des Königs Lebzeiten hatten fürchten müssen, an ihrer Selbständigkeit Einbuße zu leiden, um so mehr waren sie jetzt darauf bedacht gewesen, ihre Rechte zu sichern und zu betonen. Die „Libertät" der Stände erhob ihr Haupt von neuem, nachdem sie soeben erst einer schweren Gefahr entronnen war. Die Stände hatten, wie erwähnt, versucht, die Leitung des Bundes selbst in die Hände zu bekommen; um so schwerer mußten sie es empfinden, daß Oxenstierna diesen Versuch mit harter Faust zurückschlug und die führende Stelle nach wie vor seinem Vaterlande vorbehielt. Sie hatten nicht das voll erreicht, was sie zu erreichen wünschten; denn auch Oxenstierna legte ihnen das Joch der schwedischen Führung auf, sowohl im Interesse der Einheitlichkeit als kraft der wohlerworbenen Rechte seines Vaterlandes. Auch er mußte der wiedererstarkenden „Libertät" Schranken setzen, die, so berechtigt sie im gemeinsamen Interesse waren, doch von den Ständen um so schwerer empfunden wurden, als die schroffe Art und Weise, in der der Reichskanzler den Ständen entgegengetreten war, ihnen deutlich zum Bewußtsein brachte, daß sie von Schweden abhängig waren. Das war nicht die Libertät, die sie von alters gewohnt waren und die sie wiedererstrebt hatten. Wir haben gesehen, welchen üblen Eindruck Oxenstiernas Vorgehen selbst bei den Schweden ergebenen Ständen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hervorgerufen hatte[1]: man war betroffen, als man erkannte, daß Schweden nach wie vor der Herr blieb, mochte es ihnen auch das eine oder andere konzediert haben, und abermals fiel das harte Wort einer schwedischen servitus[2].

Das führt uns zu einem Punkte, der, wenn auch jetzt ohne Gefahr, doch für die Zukunft von großer Bedeutung werden sollte: das Verhältnis der Stände zu Sachsen. Vorhin ist ausgeführt worden, daß die Warnungen Sachsens und seine Ermahnungen, freie Hand zu behalten, nicht ohne Eindruck auf die Stände geblieben waren. Sie mußten daraus erkennen, daß der Zwiespalt zwischen Schweden und Sachsen unüberbrückbar war und daß ihr Entschluß, sich auf die Seite Schwedens zu stellen, eine Trennung von Sachsen bedeutete. Obwohl die süddeutschen Stände kaum noch freie Wahl hatten, auch Sachsen durch seine Passivität die protestantischen Stände dem Rivalen fast ohne Schutz preisgab, so hatten sie doch große Bedenken, das Tischtuch zwischen sich und dem mächtigsten evangelischen Kurfürsten zu zerschneiden. Man verzichtete um so weniger gern auf Sachsen, weil es bereits Schritte getan hatte, dem Reiche den Frieden wiederzugeben: Sachsen selbst hatte den Ständen mitgeteilt, daß es die dänische Interposition angenommen habe, und hatte sie aufgefordert, ihre Gesandten acht bis zehn Tage vor Eröffnung der Friedensverhandlungen zu senden, um die wichtigen Vorfragen zu erledigen[3]. Trotzdem man wußte, daß die Aussichten auf einen Frieden sehr unsicher waren, mußten sie doch andererseits auch erkennen, daß mit ihrem Anschlusse an Schweden dem Separatfrieden Sachsens mit dem Kaiser der Weg geebnet war. Das bedeutete nicht nur eine gewaltige Schwächung der protestantischen Stellung, es war auch fraglich, wieweit sie dann an einem Frieden teilnehmen würden, wenn es Sachsen doch gelang, mit dem Kaiser eins zu werden.

In Heilbronn kam es zu einem sehr charakteristischen Zwischenfall. Als die Nachricht dorthin gelangte[4], daß Land-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

graf Georg von Hessen-Darmstadt nach Leitmeritz gereist sei, stellte der französische Gesandte an die Stände das Ansinnen[1], offiziell gegen diese Friedensverhandlungen zu protestieren. Das lehnten die Stände mit der Begründung ab[2]: es sei nichts vorgegangen, was dem evangelischen Wesen zum Präjudiz dienen möchte; sei es gut, so habe man es zu akzeptieren, wo nicht, würde alsdann Zeit sein, von der Sache zu reden. Und Öttingen sprach in seinem Votum direkt aus: es würde das Ansehen haben, als ob man sich der Pazifikationsmittel begehrte zu abdizieren und den Intent dieser Konföderation nicht begehrte zu erlangen[3].

Statt dessen vernahmen die Stände gern, daß Feuquières und Anstruther zu Sachsen reisen wollten, um es von einem Separatfrieden abzuhalten, und man vertraute auf Sachsens Beteuerungen, nur einen Universalfrieden abschließen zu wollen. Auch Oxenstierna lenkte auf die Nachricht von den sächsischen Friedensbestrebungen scheinbar ein und ließ die Stände wissen, daß man, sobald man nur über die Konföderation einig sei, gewisse Friedenspunkte aufsetzen solle. Damit will er beweisen, daß auch er den Frieden will, berichteten die Nürnberger[4]. Am 20. April verhandelte er mit Deputierten der Stände darüber[5] und forderte sie auf, ihre Bedingungen aufzuzeichnen, damit er danach handeln könne. Doch verlangte er strikte Geheimhaltung, damit der Feind nicht glaube, daß sie unbedingt den Frieden haben wollten. Darauf taten sich etliche Deputierte der Stände zusammen, die ein Promemoria ausarbeiteten[6], von dem sie selbst sagten, daß es nur etliche wenige Punkte enthalte und völlig unvorgreiflich und unverbindlich sei; das letztere galt um so mehr, als es sicher nicht den Willen sämtlicher Stände ausdrückte, von denen verschiedene damals Heilbronn schon verlassen hatten[7]. Immerhin ist die Denkschrift interessant als erster Ausdruck der Friedensbedingungen, der aus Oberdeutschland stammt.

Soweit der status ecclesiasticus in Frage kam, wurde gefordert: 1. daß es jedem geistlichen oder weltlichen Stande

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

freistehen sollte, in seinem Territorium die evangelische oder katholische Religion einzuführen, kraft des juris territorii et magistratus. 2. Jede katholische geistliche Jurisdiktion hört in den Territorien der evangelischen Stände auf. 3. Verzichten die Katholiken auf alle Stifter und geistlichen Güter — sie seien Mediat- oder Immediatgüter —, die in evangelischen Gebieten liegen oder von Evangelischen besessen werden. 4. Steht den Evangelischen Religionsfreiheit in katholischen Territorien zu, sie sollen weder zu widrigem Gottesdienst noch zur Auswanderung gezwungen werden. 5. Den Evangelischen steht der Zutritt zu allen Stiftern, Bistümern und Pfründen ebenso offen wie den Katholiken. 6. Die Exulanten werden in ihre Güter restituiert und ihnen Schadenersatz geleistet, ihnen soll die Freiheit der Religionsübung gewährleistet werden.

Den status politicus betrafen folgende Forderungen: 7. Alle evangelischen Kurfürsten, Fürsten und Stände bleiben bei ihren Würden, Hoheiten und Gerechtigkeiten; die vertriebenen, insbesondere Kurpfalz, werden restituiert. 8. Im Kurfürstenkolleg soll die Majorität, wenn möglich, evangelisch, sonst aber die vota paria sein. 9. Die kaiserliche Wahlkapitulation ist so zu fassen, daß allen unter dem Vorwande der kaiserlichen Hoheit vorgekommenen Beschwerden vorgebeugt wird; auch darf die Kaiserwürde nicht bei einem, zumal katholischen Hause bleiben, sie muß vielmehr mit einem evangelischen Hause abwechseln. 10. Im Reiche werden keine Werbe-, Sammel- und Musterplätze geduldet, außer mit Vorwissen der Stände.

Zur Abstellung der Beschwerden beim Justizwesen dienten die weiteren Forderungen: 11. Dem Reichshofrate sollen nicht mehr Sachen, die die Hoheit der Stände, Land und Leute betreffen, unterworfen sein, seine Rechtsprechung ist auf bestimmte Spezialdinge zu beschränken; seine Besetzung erfolgt durch Präsentation der Stände und paritätisch, ausgeschlossen sind Nichtdeutsche und Geistliche. Das Präsidium

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

alterniert zwischen Katholiken und Protestanten. 12. Auch beim Reichskammergericht findet Parität in der Besetzung statt, sie erfolgt gleichfalls auf Präsentation durch die Stände; der Kammerrichter wechselt zwischen Evangelischen und Katholiken ab. 13. Ist zu erwägen, ob nicht alle während des Krieges erlassenen Edikte, Dekrete usw., die gegen die Reichsfundamentalgesetze verstoßen, zu kassieren sind.

Schließlich sollen Schweden und die evangelischen Stände Satisfaktion erhalten.

Das waren Vorschläge, an deren Durchführung freilich nicht gedacht werden konnte. Aber abgesehen davon, kam ihnen auch sonst kaum mehr als eine theoretische Bedeutung zu, da Oxenstierna vor der Hand noch gar nicht an einen Frieden dachte. Er sowohl wie Frankreich wünschten Fortsetzung des Krieges, und in eben diesen Tagen einigten sich Oxenstierna und Feuquières über diese wichtigste Frage in einer Weise, die deutlicher als alles zeigte, daß die Geschicke Deutschlands in den Händen dieser beiden Großmächte lagen und daß die deutschen Bundesstände nicht viel mehr als ein Anhängsel waren, über das Schweden verfügte.

Sie kamen überein, die sächsisch-dänischen Friedensbemühungen dadurch zu vereiteln, daß Feuquières sich bemühen sollte, sie zu verschleppen, während Oxenstierna zu verhindern versprach, daß die Bundesstände einen von Dänemark einberufenen Konvent besuchen würden; sie einigten sich ferner dahin, daß allein Frankreich einen solchen Kongreß berufen sollte, nach Übereinkunft mit Schweden über Zeit, Ort und Ordnung. Oxenstierna erklärte rundheraus, daß die Friedensverhandlungen allein im Belieben Schwedens und Frankreichs stehen sollten[1].

Damit dokumentierte Oxenstierna von neuem, daß er Frankreich einen ebenbürtigen Platz neben sich eingeräumt hatte: die erste Frucht des erneuten Bündnisses der beiden Großmächte. Es kam aber auch darin zum ersten Male diejenige Konstellation auf der antikaiserlichen Partei deutlich

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zum Ausdruck, die sich später noch weiter entwickeln sollte: auf der einen Seite Frankreich und Schweden gemeinsam, auf der andern Dänemark und Sachsen. Jetzt handelte es sich nicht mehr allein darum, wer das Direktorium führen sollte, ob Schweden, ob Sachsen, hier kam die andere Frage deutlich zutage, ob die Friedenspartei oder die Kriegspartei die Oberhand gewinnen würde.

Zwischen beiden Parteien standen die Stände, die in dem Heilbronner Bunde bereits ihren Anschluß an Schweden und damit an die Kriegspartei vollzogen hatten. Die Frage war nur, ob es Schweden gelingen würde, sie dauernd an seine Seite zu fesseln, d. h. ob sich die beiderseitigen Interessen dauernd decken würden. Und da werden Bedenken nicht zu unterdrücken sein.

Die obengenannten Friedenspunkte bezeichneten in der Tat die Wünsche der protestantischen Stände in Deutschland: völliges Übergewicht und völlige Freiheit der protestantischen Lehre. Die Frage war nur, ob Oxenstierna auf ein solches Programm eingehen würde, ob überhaupt die Verhältnisse derartig waren, daß er das konnte. Gustav Adolfs Interessen und die der Stände waren in diesem Punkte gleich, sein Ziel war die Niederwerfung des Katholizismus mit den Habsburgern und der Sieg des Evangeliums. Sein Ziel war also völlig aggressiv und nur durch einen Offensivkrieg zu erreichen; Oxenstierna hat es selbst ausgesprochen, der König wollte den Gegner niederwerfen und ihm das Messer auf die Brust setzen. Es ist vorhin schon auseinandergesetzt, daß Oxenstierna das System ändern mußte und ein defensives daraus machte. Hier zeigte sich am empfindlichsten der unersetzliche Verlust des genialen Königs. Gab aber Oxenstierna die Offensive im Sinne des Königs auf, so kämpfte er in letzter Linie um einen ehrenvollen Frieden, der einmal das bis jetzt schon Erreichte sicherstellte und dann Schweden die verdiente Satisfaktion gewährte. An eine Durchführung der bezeichneten Wünsche der deutschen Protestanten war nicht mehr zu

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

denken, da die katholische Partei keineswegs niedergeworfen war. Auch legte die Bundesgenossenschaft Frankreichs Schweden und damit auch den Protestanten in Deutschland in ihren religiösen Zielen Fesseln an. Die Frage war jetzt vielmehr die, wer es am längsten würde aushalten können: neben die rein militärischen Erwägungen traten in viel stärkerem Maße als bisher finanzielle, die — wie wir sahen — in erster Linie die deutschen Stände trafen. Oxenstierna hatte seinen Landsleuten versprochen, weitere Opfer für den Krieg von ihnen nach Möglichkeit fernzuhalten: er hat sein Versprechen getreulich gehalten; so blieben — außer den Subsidien auswärtiger Staaten, über deren Verwendung wir nichts wissen — die deutschen Stände allein übrig. Nun ist es sicher, daß die Stände auch unter den veränderten Umständen ihre Interessen am besten durch ein gemeinsames Zusammengehen mit Schweden vertreten haben würden, nachdem Schweden auf die ihrer Libertät feindlichen Aspirationen verzichtet hatte: im Bunde mit Schweden waren sie eine Macht, die auch dem Kaiser und der Liga zum Bewußtsein bringen mußte, daß eine radikale Niederwerfung nicht mehr möglich war. Dem haben die Stände auch durch den Abschluß des Heilbronner Bundes Ausdruck gegeben, da sie einsahen, daß vorläufig die Gegenpartei noch nicht zu einem Frieden geneigt war. Wenn man aber — wie oben erwähnt — in Heilbronn die Hoffnung aussprach, daß der Krieg nur noch ein Jahr währen würde, so befand man sich in einem schweren Irrtum. Die Defensive, wie sie Oxenstierna inaugurierte, mußte ihnen die Last des Krieges für nicht abzusehende Zeiten auferlegen, und es fragte sich, wie lange die Stände die Last zu ertragen imstande sein und wie lange sie auch bei Schweden ausharren würden, wenn sich von anderer Seite die Möglichkeit bot, den unerträglichen Druck des bereits seit 15 Jahren auf ihnen lastenden Krieges los zu werden. Daß sie allein nicht imstande waren, den Anforderungen auf die Dauer gerecht zu werden, lag auf der Hand; das zeigten die Verhandlungen in Heil-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bronn über die finanziellen Leistungen deutlich genug; deshalb haben sie mit Oxenstierna den Beitritt der übrigen protestantischen Stände erstrebt. Es ist aber ebenso offenbar, welche ungeheure Versuchung an sie herantreten mußte, wenn ihnen einmal ein Frieden mit dem Kaiser angeboten werden sollte. Jede Defensive stellt an die Kämpfenden ungleich größere moralische Anforderungen als eine Offensive. Des Königs unerhörte Erfolge beruhten zum guten Teile auf der Kühnheit seiner Offensive, und jeder Sieg der Waffen war von ungleich größeren moralischen Erfolgen begleitet. Er hätte die Entscheidung schließlich auf die Spitze des Schwertes gestellt, das wollte und konnte Oxenstierna nicht riskieren, da ein militärischer Mißerfolg von unberechenbaren Folgen für Schweden sein mußte. So verlangte sein System ungleich viel größere Zähigkeit und Ausdauer von seinen deutschen Bundesgenossen, Eigenschaften, die bei den wenigsten Ständen nach dem langjährigen Kriege noch in erforderlichem Maße vorhanden waren.

Das war die schwache Seite seines Systems. Blieb der militärische Erfolg aus, so bildete die Vielköpfigkeit des Bundes eine schwere Gefahr an sich. Gustav Adolf hatte mit voller Sicherheit diese Gefahr erkannt und sie vermieden, indem er sich zum absoluten Direktor der Stände aufgeworfen hatte; aber selbst ihm war es trotz seiner beispiellosen Erfolge nicht möglich gewesen, die divergierenden Einzelinteressen beständig zu unterdrücken und die Stände dem „Hauptwerk" dienstbar zu machen. Wieviel schwerer mußte es Oxenstierna werden, der keineswegs über eine gleiche Macht und Autorität verfügte wie der König. Er hatte es bei Sachsen, Braunschweig u. a. erfahren, wie die Stände den Tod des Königs zur Sprengung der Fesseln benutzten, die ihnen der König auferlegt hatte; selbst ein so treuer Bundesgenosse wie Hessen-Kassel ging sogleich seine eigenen Wege, und beständig mußte der Kanzler nachgeben und nachsehen, um das Ganze zu retten: fertur equis auriga nec audit currus habenas. Im

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Heilbronner Bunde hatten die Stände das absolute Direktorium Schwedens beseitigt und sich eine Stellung neben ihm verschafft, die ihnen einen beständigen Einfluß verbürgte; Oxenstierna war an sie gebunden und mußte auf die Interessen der Einzelnen Rücksicht nehmen, die ihm durch ihre Vielheit und Strittigkeit oft genug Verlegenheiten bereiteten. Nirgends mehr als im Bunde selbst bewahrheitete sich das drastische Wort Arnims: was dem Könige ein Wort kostete, koste dem Kanzler hunderttausend Taler. Er war der Direktor des Bundes, aber er leitete ihn nur und beherrschte ihn nicht.

Daß Oxenstierna in wichtigen Punkten bei der Konstituierung des Bundes hatte nachgeben müssen, ist mehrfach erwähnt. Der bedenklichste Punkt war aber der der finanziellen Lasten, weil von ihnen die Erhaltung der Armee abhing. Auch Gustav Adolf hatte mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, für seine sich stetig vergrößernde Armee die nötigen Mittel zu beschaffen; aber dank seiner großen Waffenerfolge, nicht weniger auch seines persönlichen Einwirkens, war es ihm doch gelungen, nicht nur die regelrechten Beiträge stetig zu vermehren, sondern auch namhafte außerordentliche Zuschüsse, besonders von den reichen Städten, zu erhalten. So schwer es ihnen wurde, hatte man sich doch dem Könige nicht versagt. Das wurde mit seinem Tode anders, und die Opferwilligkeit der Stände ließ nach; es ist bezeichnend, daß z. B. Nürnberg sogleich begann, wegen Rückzahlung der dem Könige vorgestreckten 100 000 Rt. vorstellig zu werden. Daß Sachsen die Forderung ablehnte, der schwedischen Armee, die ihm die Rettung vor Wallenstein gebracht hatte, einen Monat Sold zu zahlen, war nach der Lage der Dinge selbstverständlich, konnte sich der Kurfürst doch nur mit dem größten Widerstreben dazu entschließen, für seine eigene Armee die erforderlichen Werbegelder herzugeben. Aber auch Schweden hielt mit seinen bisherigen Beiträgen zurück. Es

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

konnte in Heilbronn keinen besonders aufmunternden Eindruck machen, daß Oxentierna es ablehnte, mehr als aus den okkupierten deutschen Gebieten zu kontribuieren. So war es ihm denn auch nicht gelungen, mehr als den zwölffachen Römermonat monatliche Kontribution durchzusetzen, und das nur auf ein Jahr; das ergab zwar die ansehnliche Summe von zweieinhalb Millionen Rt. — vorausgesetzt, daß die Kontributionen auch wirklich einkamen[1] —, aber auch sie reichte bei weitem nicht aus, erforderte doch selbst der geringste Anschlag für die Armee (d. h. bei nur vier Monaten Sold) bereits 3258224 Rt.[2], der höchste dagegen (bei zwölf Monaten Sold) gar 9 ¾ Millionen Rt. Oxenstierna hat bei den Ständen trotz aller Ermahnungen, daß sie in erster Linie und vor allem anderen auf die Erhaltung der Armee bedacht sein müßten, nicht mehr erreichen können, nicht einmal die Antizipation der ersten drei Monate konnte er durchsetzen, die ihm die Möglichkeit gegeben hätte, die murrende Soldateska mit einem Monatssold zu befriedigen.

Man befand sich in einer Zwickmühle: die Stände beschwerten sich über die unerträglichen Exzesse der Soldateska, und doch mußte das Vorenthalten der regelmäßigen und ausreichenden Verpflegung das Raubsystem, wie es bereits im Schwange war, notwendig zur Folge haben. Und doch würde es unrecht sein, den Ständen ohne weiteres den Vorwurf der Knickrigkeit zu machen: die wirklich erforderlichen Mittel aufzubringen, war für die vier oberen Kreise allein eine reine Unmöglichkeit; dazu reichten ihre Mittel nicht mehr aus. Oxenstierna, der ihnen später reichlich den Vorwurf unzeitiger Sparsamkeit gemacht hat, hat damals höheren Ständen selbst zugestanden, daß sie nicht mehr als bewilligt zu leisten vermöchten[3], auch hat er dem schwedischen Reichsrate berichtet, er hätte sich mit dem Erreichten begnügen müssen, wenn er die Stände nicht hätte zur Desperation bringen wollen[4].

Oxenstierna hat sich nach Kräften bemüht, den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß die vermögenden Stände — also

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

vor allem die Städte — für die unvermögenden einzutreten hätten; er stieß aber hierbei auf den heftigsten Widerstand, die Städte setzten vielmehr den Grundsatz der Gleichheit in den Lasten durch, und Oxenstierna erreichte weiter nichts, als daß er die ohnedies schon vorhandene Eifersucht und das Mißtrauen der Stände untereinander vergrößerte: ein Moment, das sich jetzt bereits in den Kämpfen der Städte mit der Ritterschaft bemerklich machte, später sehr bedenkliche Folgen mit sich führen sollte.

Die Tatsache war also nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Mittel des Bundes unzulänglich waren, der Beitritt der norddeutschen Stände und fremde Subsidien sollten helfen. Das Bedenkliche war aber, daß die ohnehin schon schwierige Armee in erster Linie vor den Kopf gestoßen wurde, wozu übertriebene Berichte im Lager das ihrige beitrugen. Und zwar kamen in erster Linie die Armeen in Süddeutschland in Frage.

Hier hatte Horn, wie erwähnt, vor Altringer die Lech- und Illerlinie räumen, ja bis über die Donau zurückgehen müssen, so daß Oxenstierna den Konvent von Ulm nach Heilbronn verlegen mußte. Nachdem aber der Rheingraf mit den elsässischen Truppen in Bahlingen zu ihm gestoßen war, war er dem Gegner wieder überlegen und drängte ihn von neuem über den Lech zurück[1]. Um aber in Bayern einzufallen, bedurfte Horn der Mitwirkung der fränkischen Armee, die Oxenstierna denn auch nach der Donau beorderte. Herzog Bernhard folgte dem Befehle um so lieber, als er selbst zu schwach war, etwas Ernstliches gegen die Oberpfalz oder gar gegen Regensburg vorzunehmen[2], wie er mit Oxenstierna verabredet hatte, als er sich am 7. März von ihm in Würzburg verabschiedete. Er begnügte sich, im Vorbeimarsch einige kleinere Orte zu säubern und so die rückwärtigen Verbindungen Nürnbergs wieder zu öffnen. Am 7. und 8. April überschritt er bei Donauwörth die Donau, und hier vereinigten sich beide Armeen, die sogleich über den Lech geführt, den

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Feind bis nach Dachau und München vor sich hertrieben; Aichach und Landsberg wurden wiedererobert. Da kam aber plötzlich der Vormarsch trotz der überlegenen Kräfte zum Stillstand, die Armee wurde nach Neuburg a. D., das sich ohne Schwertstreich ergab, zurückgeführt.

Der Grund dieser überraschenden Maßregel, die einen Verzicht auf fast alle Kriegsoperationen bedeutete — nur Eichstädt und Neumarkt in der Oberpfalz wurden bis zum Juni erobert —, war weniger die Schwierigkeit, weiter vorzudringen, besonders München zu nehmen, wenn auch die Nachricht eintraf, daß von Wallenstein dem Feinde ein ansehnlicher Sukkurs geschickt wurde, als vielmehr die große Erregung, die sich der Armee auf die Gerüchte hin bemächtigte[1], daß die Stände in Heilbronn, statt der Armee die nötigen Gelder zu bewilligen, die Reformation der Truppen verlangt hätten[2]. Die Armee hatte seit des Königs Tode noch keinen Pfennig Sold erhalten, und die Offiziere waren unwillig, daß Oxenstierna sich nicht um sie gekümmert, ihnen nicht einmal für ihre Tapferkeit und Ausdauer persönlich gedankt hatte. Sie beschwerten sich, daß die eroberten Plätze anderen, die hinter dem Ofen säßen, verschenkt würden, während sie, die des Krieges Mühe zu ertragen hätten, leer ausgingen. Vor allem war es Oberst Mitzlaff von Herzog Bernhards Armee, der seine Kameraden aufwiegelte und sie veranlaßte, eine Beschwerdeschrift[3] zu unterzeichnen, worin sie erklärten, daß sie, wenn ihre Forderungen nicht binnen vier Wochen befriedigt würden, sich mit den anderen Armeen in Verbindung setzen und an den eroberten Gebieten schadlos halten würden. Obwohl sich die Bewegung in der Hauptsache auf die Obersten beschränkte — die als Entrepreneure auch am meisten beteiligt waren —, nahm die Erregung doch einen bedrohlichen Charakter an, als die Generäle sich weigerten, sich ihr anzuschließen — sowohl Ruthwen wie Lohausen tadelten das Vorgehen der Obersten scharf —, und die Obersten ihnen daraufhin den Respekt versagten.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Von großer Bedeutung war das Verhalten der beiden kommandierenden Generäle, Horn und Herzog Bernhard. Beide erkannten unumwunden die Berechtigung der Forderung an, während aber der Herzog auch ihr Vorgehen billigte und nur die scharfe Form tadelte, verwarf Horn diese ungehörige „Konföderation", die er ziemlich unzweideutig als Meuterei bezeichnete. Horn[1] gab sich alle Mühe, die Obersten zu beruhigen, und es gelang ihm auch, diejenigen, welche den Vertrag noch nicht unterzeichnet hatten, zurückzuhalten und den anderen ihr Ungestüm zu nehmen. Nur mit Mitzlaff, dem Rädelsführer, und seinem engsten Anhang, geriet er in tödliche Feindschaft. Es gelang ihm aber, zusammen mit Herzog Bernhard die Offiziere zu bewegen, ihn selbst nach Heilbronn zu senden[2].

Am 4. Mai, abends 6 Uhr, kam Horn in Heilbronn an[3], wo er nur noch wenige Stände antraf. Oxenstierna war über dieses unerwartete Ereignis aufs äußerste bestürzt; er erkannte nicht nur die Gefahr, welche dem ganzen evangelischen Bunde drohte, er war sich auch vollkommen klar darüber, daß sich die Bewegung in letzter Linie gegen Schweden und sein Direktorium richtete[4].

Am 6. Mai beriet Oxenstierna mit den noch anwesenden Ständen hierüber[5], und man kam überein, mit Horn ein oder zwei der Abgesandten zur Armee zurückzusenden, die die Offiziere beruhigen und sie über die wirklichen Absichten der Stände aufklären sollten: man hätte ihre Beschwerden keineswegs beiseite gesetzt, sondern sei bedacht gewesen, die nötigen Mittel herbeizuschaffen. Die Stände waren jetzt auch einig, daß die von Oxenstierna so oft und nachdrücklich geforderte Antizipation der drei ersten Monate unter diesen Umständen wirklich zu Anfang, spätestens Mitte Mai erlegt werden müßten.

Damit reiste Horn in Begleitung des kurpfälzischen Obersten Peblis und des Oberstleutnants Wetzel von Marsilien, württembergischen Obervogts von Urach[6], zur Armee zurück, die sie

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

am 18. Mai bei Beilngries im Stifte Eichstädt antrafen. Es war die höchste Zeit, daß sie erschienen, die Obersten erlaubten sich bereits offene Insubordinationen gegen Horn[1]. Den Abgesandten gelang es, die Offiziere zu beruhigen; sie brachten die Erklärung Oxenstiernas mit, daß sie für ihre rückständigen Forderungen — für die allein die Krone Schweden aufzukommen hatte — mit Donationen entschädigt werden würden; daß ferner die Stände für ihren künftigen Unterhalt durch die bewilligte Kontribution gesorgt hätten. Dagegen waren die Offiziere damit einverstanden, daß sie künftighin nicht mehr allein im Dienste der Krone Schweden, sondern zugleich auch in denen der gesamten Bundesstände stehen sollten; sie waren bereit, den Eid zu leisten, wenn ihre Angelegenheiten geordnet sein würden.

Es war ein höchst bedenkliches Zeichen, daß kaum ein halbes Jahr nach dem Tode Gustav Adolfs in der Armee ein solcher Aufruhr ausbrechen konnte, derselben Armee, die soeben erst von dem genialen Schwedenkönige von Sieg zu Sieg geführt worden war. Die Bewegung erhielt aber ihr besonderes Gepräge — und das war das Bedenklichste — durch das Verhalten Herzog Bernhards von Weimar.

Herzog Bernhard war, wie berichtet, in seinem Ehrgeiz aufs tödlichste getroffen, daß Oxenstierna ihn mit der mageren Führung der fränkischen Armee abgespeist und seine Ansprüche auf das Oberkommando über alle königlichen Armeen beiseite geschoben hatte. Er gab deshalb das Spiel nicht verloren; im Gegenteil, mit der größten Hartnäckigkeit und Zähigkeit hat er sein Ziel weiter verfolgt. Jetzt war er fest entschlossen, die Verlegenheit der Schweden zu benutzen, um seine Interessen bei Oxenstierna durchzudrücken. Ja, es ist der Verdacht nicht abzuweisen, daß er diesen Aufruhr selbst mehr oder weniger zu diesem Zwecke inspiriert hat; aktenmäßig wird sich freilich der Nachweis dafür schwerlich erbringen lassen, doch liegen so viele und so schwerwiegende Anzeichen vor, daß an der Wahrheit dieser Beschuldigung

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kaum noch zu zweifeln ist[1]. Offen ausgesprochen hat sie, wie bekannt, die Königin Christina[2], natürlich auf Grund von Informationen der schwedischen Führer, und der zeitgenössische Biograph des Marschalls Guébriant[3]. Aber auch Horn hat den Herzog ziemlich unzweideutig als Urheber der Bewegung bezeichnet[4]. Schwerer jedoch als diese schwedischen Stimmen wiegt das Verhältnis des Herzogs zu Mitzlaff, dem Rädelsführer, und zu der ganzen Bewegung: die Armee sah in ihm den Vertreter ihrer Ansprüche[5], und ausgerechnet Mitzlaff war es, der im Juni nach Würzburg reiste, dem neuen Herzoge von Franken die Glückwünsche der Armee zu überbringen. Es war sehr auffällig, daß Herzog Bernhard der Beschützer Mitzlaffs wurde, auch den Oberstleutnant Waldow, einen anderen Hauptführer der Meuterei, der sich ebenfalls persönlich mit Horn verfeindet hatte, in seine Armee übernahm, und daß er sich lebhaft bemühte, den Zorn des Feldmarschalls zu besänftigen und ihn mit Mitzlaff auszusöhnen[6]; als aber Horn die Entfernung dieses „Schelmen" aus der Armee forderte, und Herzog Bernhard Mitzlaff von seiner Charge suspendieren mußte, nahm ihn sein Bruder Herzog Wilhelm in seine Dienste. Das am schwersten wiegende Indizium ist aber dies, daß Herzog Bernhard im August 1633, als Mitzlaff ihm unbequem zu werden anfing, dem Feldmarschall Horn eines Nachts selbst vorschlug, den Obersten ohne vorherigen Prozeß sofort hinrichten oder, wie Horn es richtiger bezeichnet, aus dem Wege räumen zu lassen[7]; da Horn sich dazu nicht hergab, unterblieb die blutige Tat.

Des Herzogs Ziel war ein doppeltes: 1. das Herzogtum Franken, auf das ihn der König vertröstet hatte, in der Art, wie er es so vielfach getan hat, und 2. das Oberkommando über sämtliche Bundestruppen. Daß er ersteres jetzt durchdrücken wollte, wird man ihm vielleicht nicht so sehr verübeln, wenn man bedenkt, wie sehr gerade das fürstliche Haus Weimar es zu fühlen bekommen hatte, daß der König vertröstete und wieder vertröstete, ohne sich je zu binden. Auch dem Herzog Bernhard hat er Aussichten auf das Herzog-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

tum Franken eröffnet[1], das hinderte ihn nicht, es als Entschädigung für Wallenstein und Kursachsen bei einem Frieden ins Auge zu fassen[2]. Dem wollte der Herzog ein Ende machen, zumal er vernahm, daß die Hohenlohes sich bemühten, seinen Wunsch zu durchkreuzen[3]. Und die Gelegenheit war in der Tat günstig, da Oxenstierna kaum in der Lage war, ihm jetzt diesen Wunsch zu versagen; er wußte, daß die Armee an dem Herzoge hing, und bei seinem unbändigen Ehrgeiz mußte Oxenstierna das Schlimmste befürchten, wenn er ihn disgustiere. Selbst Horn empfahl dem Reichskanzler, hier nachzugeben, auch wenn es irraisonabel sei[4]. Der Herzog war sich seines Wertes voll und mehr als voll bewußt; aber auch Oxenstierna schätzte seine Qualitäten und den Vorteil, den Schweden davon hatte, ein solches Haus wie Sachsen-Weimar sich zu verpflichten, um so mehr als er nicht daran denken konnte, dem Herzog Wilhelm die Generalleutnantschaft in Wirklichkeit einzuräumen[5]. Der Herzog sandte zunächst seinen Generalkommissar Heußner nach Heilbronn[6], begab sich dann aber selbst zum Reichskanzler, der zunächst die Angelegenheit hinauszuschieben suchte; wie später dargelegt werden soll, drückte der Herzog diese Sache in der Tat durch, da Oxenstierna unter den obwaltenden Umständen kein anderer Ausweg übrigblieb.

Von ganz anderer Tragweite war aber Herzog Bernhards zweite Forderung. Wenn auch sein Streben nach dem Oberkommando zunächst und vor allem aus seinem persönlichen Ehrgeiz entsprang, würde man doch den Herzog falsch beurteilen, wenn man darin die einzige Triebfeder seines Handelns erblicken wollte. Es ist vielmehr nicht abzuleugnen, daß dabei auch nationale Motive wirksam waren, daran lassen die bekannten Äußerungen des Herzogs zu dem pfälzischen Abgesandten in Weimar[7], noch weniger aber die Briefe Horns keinen Zweifel[8]: es war eine Auflehnung der Deutschen gegen die schwedische Führung. Schon vor dem Tode Gustav Adolfs hatten sich zwischen den Deutschen und den Schweden „Mißtrauen und Mißverstand anspinnen wollen“[9], und der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

König hatte die Lage nur allzu richtig beurteilt, wenn er voraussagte, daß bei der Frage um seine Nachfolge zuerst die nationale Eifersucht einsetzen werde[1]. Herzog Bernhard hielt es für die Deutschen für unwürdig, daß ein Fremder das Direktorium absolut führe, zu beachten ist auch, daß an der Meuterei sich nur die deutschen Regimenter beteiligten, nicht die schwedischen, und daß nicht nur Herzog Bernhard allein diesen Standpunkt einnahm, sondern auch der Pfalzgraf Christian von Birkenfeld, trotzdem er mit Herzog Bernhard persönlich verfeindet war. Für ihn war jetzt diese nationale Eifersucht eine willkommene Handhabe, seine Pläne durchzusetzen.

Dazu kam ferner, daß Herzog Bernhard ein heftiger Gegner des von Oxenstierna eingeleiteten Defensivsystems war. Sein Wunsch war eine Fortsetzung der Offensive des Königs und ein Hineintragen des Krieges in die Erblande des Kaisers; seine ganze Natur drängte zu einer kühnen Offensive. Das hätte ein kraftvolles Zusammenfassen der militärischen Streitkräfte bedingt. Wie zu Lebzeiten des Königs, sollte auch jetzt nach seiner Ansicht die „Royal-Armee" auf dem Hauptkriegsschauplatze verwendet werden und den Stoß in das Herz des Feindes wagen; das erste Ziel sollte Regensburg sein. Die Führung dieser Hauptarmee verlangte er allerdings für sich, alle anderen Kriegsoperationen sollten sich wie bisher diesem Hauptfeldzuge unterordnen, infolgedessen auch ihre Heerführer sich nach dem Herzog richten. In allen seinen Briefen an Oxenstierna kommt dieser Grundgedanke zum Ausdruck, und so ist sein beständiges Disponieren über die anderen Truppenteile zu verstehen. Oxenstierna hatte dagegen beschlossen, sich rein defensiv zu verhalten, um den Besitzstand zu wahren; deshalb die Verzettelung der einzelnen Truppenteile. Ebenso wie sein System letzten Endes aus schwedischem Interesse entsprang, entsprachen des Herzogs Pläne den Interessen der deutschen Stände. Der Druck, den ihnen die beständige Anwesenheit der schwedischen Armee auferlegte, war auf die Dauer unerträglich, die Stände wurden durch die eigenen zügellosen Truppen ruiniert[2], ohne daß

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Zweck und Ende abzusehen gewesen wären. Und die Armee selbst war unzufrieden, da die Stände nicht in der Lage waren, sie ordnungsmäßig zu unterhalten. Herzog Bernhard hat die Situation selbst einmal scharf dahin präzisiert: es ist kein anderes Mittel, unsere malcontente Armee zu führen, als gegen den Feind und dessen Land, dadurch wir ihre Affektion wiedergewinnen, weil selbige entweder durch Geld oder mit actionibus muß erhalten werden[1]. Da die Mittel nicht vorhanden waren, mußte die Armee sich selbst unterhalten, wie es zu des Königs Zeiten geschehen war.

Der Herzog hatte keine Neigung zu einer Kriegführung im kleinen, wie sie Oxenstiernas System verlangte und wie sie Horn mit großem Eifer, aber im großen ganzen doch ohne dauernden Erfolg durchführte. Hier hatten bald die Katholiken, bald die Evangelischen die Oberhand, je nachdem es der einen oder der anderen Partei gelang, durch Heranziehen frischer Truppen die Oberhand zu gewinnen, immer aber war der Kriegsschauplatz derselbe, und das arme Land ging zugrunde. Die Kriegführung Horns in Oberschwaben gibt ein treffendes Bild davon. Schon damals aber lag es zutage, welche schwere Schädigung die evangelische Sache durch die Verzettelung der Streitkräfte erlitt, seitdem der König die Augen geschlossen hatte.

Auf der anderen Seite aber trug Herzog Bernhard durch sein Auflehnen gegen Oxenstiernas Defensivpolitik einen unheilvollen Zwiespalt in die Leitung der militärischen Operationen hinein, und man darf auch nicht vergessen, daß zunächst nicht ihm, sondern vielleicht seinem Bruder oder doch Horn der Anspruch zustand, der Nachfolger des Königs zu werden. Horn hatte bereits zu des Königs Lebzeiten die erste Stelle nach dem Könige und seinem Generalleutnant innegehabt, und seine Jahre und Verdienste hätten diese Ansprüche gerechtfertigt. Aber Herzog Bernhard erhob seine Ansprüche kraft seiner Verdienste bei Lützen.

Für Horn war der Gedanke, nach seiner langjährigen ehrenvollen Laufbahn jetzt unter das Kommando des jüngeren

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Herzogs, dem er bisher selbst Order gegeben hatte, zu treten, unerträglich. Er hat deshalb den Reichskanzler bei seiner Anwesenheit in Heilbronn gebeten, ihn aus den deutschen Kriegsdiensten zu entlassen[1], eine Bitte, der Oxenstierna nicht willfahrt hat und auch nicht willfahren konnte. Denn darüber, was des Herzogs Oberkommando für Schweden bedeutet hätte, war er ebensowenig wie Horn im Zweifel[2]. Hatte Herzog Bernhard bereits eine starke Probe seines unbändigen Ehrgeizes gegeben und gezeigt, wie schwer es ihm wurde, sich selbst den Befehlen eines Gustav Adolfs zu fügen, so hätte er als Oberkommandant der Armeen sehr bald die Rücksicht auf das Direktorium Oxenstiernas, der selbst kein Soldat war, beiseite gesetzt, und damit wäre die Leitung des Bundes den Schweden aus den Händen gewunden gewesen und auf ihn und die Deutschen übergegangen.

Es lag aber auf der Hand, welchen Eindruck die Mitteilungen auf Oxenstierna machen mußten, die Horn aus dem Lager nach Heilbronn mitbrachte. Der Bund der Stände mit Schweden war zwar geschlossen, aber von der alten Opferwilligkeit der Stände wie zu Lebzeiten des Königs war keine Rede mehr; hatte Schweden hier bereits ein gutes Teil seiner alten Stellung aufgeben müssen, um die Stände an Schweden weiter zu fesseln, so war die Nachricht von der Meuterei im Heere und ihren Ursachen noch weit bedenklicher. Die Stütze, auf der allein Schwedens Macht in Deutschland beruhte, die Armee, begann zu wanken. Das Instrument, mit dem der König sich und seinem Vaterlande seine Vor- und Übermacht in Deutschland erkämpft hatte, sollte ihm jetzt entwunden werden und in die Hände eines deutschen Fürsten übergehen — das hieß die Ansprüche Schwedens dem Gutbefinden anderer anheimstellen. Oxenstierna dachte keinen Augenblick daran, dieser Gefahr nachzugeben —, sie zeigte ihm aber deutlich, welche Freunde Schweden hier hatte[3].

Mit diesem grellen Mißklang schloß der Heilbronner Konvent.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

III. Kapitel.

Vom Heilbronner Konvente bis zum ersten Frankfurter Bundestage.

1. Innere Angelegenheiten des Bundes.

Als Oxenstierna im Februar Berlin verließ, hatte er versprochen, nach Beendigung des süddeutschen Konventes wieder nach Norddeutschland zu kommen[1], um die dortigen Verhältnisse im Anschluß an den neu gegründeten Bund zu regeln. Statt dessen begab sich Oxenstierna nach Frankfurt a. M., das für ihn bis auf weiteres als Residenz dienen sollte.

Frankfurt bot große Vorteile für ihn. Es lag im Mittelpunkte derjenigen Gebiete, die für seine und Schwedens Interessen jetzt im Vordergrunde standen, außerdem besaß es die besten Verbindungen nach allen Richtungen hin. Nach Norddeutschland — insbesondere nach Berlin — sich jetzt schon wieder zu begeben, hinderten ihn mehrere Gründe, wovon später die Rede sein soll. Hier ist nur zu erwähnen, daß die „noch zarte Verfassung" des Bundes[2] zunächst einen Hauptgrund abgab, sich vorläufig noch nicht von Süddeutschland zu entfernen.

Als Oxenstierna Mitte Mai in Frankfurt eintraf[3], warteten seiner Aufgaben, die seine ganze Kraft in Anspruch nahmen.

Die vornehmste Sorge galt natürlich der Armee, deren Revolte wie ein drohendes Gespenst ihm vor Augen stand. Ihr Unwillen mußte auf jeden Fall gestillt werden, sollte nicht das ganze Werk über den Haufen fallen. Es galt vor allem, das nötige Geld zusammenzubringen, um wenigstens einen Monatssold — der sich auf etwa 900 000 Rt. belief — oder doch einen Teil davon auszahlen zu können. Oxenstierna

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hatte zu diesem Zwecke oft genug die Antizipation der drei ersten Monate der bewilligten Kontribution gefordert, und diejenigen Stände, die in Heilbronn die Schreckensnachricht von der Meuterei miterlebt hatten, waren einig gewesen, daß die Antizipation unerläßlich sei, der Heilbronner Schluß aber hatte die Erlegung in das Belieben der Stände gestellt. Vor allem kam es hier auf die großen Städte und die höheren Stände an.

Sogleich nach seiner Ankunft in Frankfurt, am 25. Mai, wandte er sich an die großen Städte Straßburg, Frankfurt, Ulm, Augsburg und Nürnberg und forderte von ihnen statt der drei Monate eine sechsmonatige Antizipation; außerdem bat er Ulm und Augsburg um ein Darlehen von 80 000 Rt., Frankfurt um 100 000 Rt., die mit 5 % Zinsen zu Michaelis zurückgezahlt werden sollten[1]. Das Darlehen wurde von den Städten abgelehnt, trotzdem Oxenstierna seine Bitte wiederholte und mit Frankfurt durch den Grafen Brandenstein verhandeln ließ[2]. Nach Nürnberg sandte er den schwedischen Generalpfennigmeister Georg Forstenhäuser[3], aber auch hier ohne Erfolg.

Mehr Entgegenkommen fand er bei der Antizipation. Ulm und Augsburg, die sich immer willfährig erwiesen, waren auch hier bereit, den Wünschen des Reichskanzlers entgegenzukommen, so schwer es ihnen auch fiel[4]. Straßburg, Nürnberg und Frankfurt dagegen erklärten sich nur bereit, die dreimonatige Antizipation zu erlegen, und ließen sich auch durch weitere Anmahnungsschreiben Oxenstiernas nicht irremachen[5].

Auch an andere Stände wandte sich der Reichskanzler: die beiden Grafen Kraft und Georg Friedrich Hohenlohe forderte er ebenfalls auf, für sich sechs Monate zu antizipieren und die Grafen und Herren der fränkischen und schwäbischen Kreise zu gleicher eilender Bewilligung anzutreiben[6].

Der Erfolg seiner Bemühungen war also gering. Auch wenn er zwei Ziele von den versprochenen französischen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Subsidien erwarten durfte[1], wie sollte er die ungeheure Summe von 900 000 Rt. aufbringen. Die Notwendigkeit trat aber noch lebendiger an ihn heran, als am 31. Mai Herzog Bernhard von Weimar in Frankfurt ankam, um als Beauftragter der Armee über ihre Befriedigung zu verhandeln[2]. Der Herzog war fest entschlossen, die Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen, auch seine eigenen Wünsche durchzusetzen. Davon später.

Um mit den höheren Ständen zu verhandeln, schlug der Reichskanzler den Weg einer persönlichen Konferenz mit den Fürsten ein, die den Vorteil bot, die langwierigen Verhandlungen der Konvente zu umgehen. Am 3. Juni war Heidelberg von den Schweden wiedererobert worden; dorthin berief er die nächstgelegenen Fürsten und Grafen[3] und verband damit eine Begrüßung des Administrators der Pfalz in seinen ihm soeben von Oxenstierna restituierten Landen. Dort traf er am 17. Juni in Begleitung Herzog Bernhards und des Pfalzgrafen Christian ein, feierlich eingeholt von dem Administrator, der ihm ewige Dankbarkeit für die dem kurfürstlichen Hause erwiesene Wohltat gelobte.

In Heidelberg fand Oxenstierna noch folgende Fürstlichkeiten mit ihren Räten: Pfalzgraf Johann von Zweibrücken, Herzog Eberhard von Württemberg, Markgraf Georg Friedrich von Baden, ferner die Grafen Georg Friedrich und Kraft Hohenlohe, Philipp Moritz von Hanau, Wolfgang Heinrich von Isenburg, Philipp Reinhard von Solms und Graf Brandenstein, außerdem war mit ihm gekommen Jakob Tetzel von Sittenbach aus Nürnberg, Mitglied des Bundesrates.

Ihnen legte der Reichskanzler verschiedene Punkte vor, von denen die beiden ersten die wichtigsten waren: wie man die Armee mit Geld befriedigen und wie man sie künftig unterhalten könne[4]. Er forderte für das erste auch von ihnen sechs Monate Antizipation, und zwar sofort vier Monate und am Ende des Monats Juni die fehlenden zwei Römermonate. Für den zweiten Punkt hielt er für erforderlich, die zu Heil-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bronn beschlossenen Magazine schleunigst aufzurichten und von allen dies Jahr wachsenden Früchten — Getreide, Hopfen, Flachs, Hanf, Erbsen, Wein u. a. — einen Zehnten zu geben, der vor allen anderen gewöhnlichen Zehnten und außer diesen abgefordert werden sollte.

Das waren harte Nüsse, wie der Markgraf von Baden sagte, und die Meinungen waren geteilt. Etliche zeigten großen Eifer und erklärten sich bereit, sogar das Doppelte zu liefern[1], die meisten waren aber zurückhaltend und hartnäckig dagegen, eine solche Forderung ohne Zustimmung ihrer Mitstände zu bewilligen. Trotz aller Bemühungen setzte Oxenstierna seinen Willen nur teilweise durch; er konnte die Fürsten und Grafen nicht bewegen, den ihnen vorgelegten Rezeß zu unterschreiben, es blieb „in terminis einer Konferenz[2]", ohne Verbindlichkeit. Nach außen freilich wahrte man den Schein, als ob man einig geworden sei und die Forderungen bewilligt habe, der Rezeß wurde den nicht anwesenden Ständen zugesandt und sie aufgefordert, die Antizipation und den Zehnten einzuliefern[3].

Wie sich die Anwesenden zu der Antizipation gestellt haben, ist nicht ersichtlich; wie es scheint, hat man sich nicht dazu verstehen können. Zur Zehntlieferung oder, wie der technische Ausdruck lautete, zur Dezimation dagegen waren die Fürsten und Grafen eher bereit. Württemberg wollte nur den Zwanzigsten für den Bund bewilligen, die Majorität aber stimmte für den Zehnten. Man lehnte aber ab, daß der Bundeszehnte allen anderen Zehnten vorgehen solle; zuerst sollte der gewöhnliche herrschaftliche Zehnte erhoben werden, von dem Reste sollte dann wiederum der Zehnte in die Bundesmagazine geliefert werden, wobei die Herrschaft von ihren Zehnteinnahmen ebenfalls den Zehnten abzuliefern hatte[4]. Auch sollte dieser Zehnte nur vom Getreide, Wein und Bier erhoben werden[5].

Somit hatte Oxenstierna zunächst nur einen halben Erfolg zu verzeichnen. Immerhin hatte er mit der Zehntlieferung

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

eine neue Kriegssteuer zur Verhandlung gebracht, der die Stände sympathischer gegenüberstanden als der schwer aufzutreibenden Geldkontribution. Aber die Frage, wie die Summe für die Armee aufgebracht werden sollte, war nicht gelöst, und die Berufung eines Bundestages, auf der sich sämtliche Bundesstände über diese Fragen schlüssig machen mußten, war nicht mehr zu umgehen.

Im engsten Zusammenhang mit der Frage, wie die Armee zu befriedigen sei, standen die Verhandlungen mit Herzog Bernhard, die hier in Heidelberg ihre Erledigung fanden.

Herzog Bernhard hatte es fertiggebracht, sich von der Armee zu Oxenstierna delegieren zu lassen, um als ihr Beauftragter ihre Forderungen zu regeln, und hatte damit eine unvergleichliche Waffe in der Hand, seine eigenen ehrgeizigen Pläne durchzusetzen[1].

Leider sind wir über die Einzelheiten dieser wichtigen Verhandlungen so gut wie gar nicht unterrichtet[2]; es heißt, daß Herzog Bernhard und Oxenstierna scharf aneinander geraten seien, doch wie dem auch sei, die Verhandlungen wurden jedenfalls äußerst dringlich behandelt, beide reisten nach Mainz, und der Reichskanzler verbat sich jeden Besuch, so daß sie überraschend schnell zu Ende kamen.

Über den ersten Punkt, wie die Armee zu befriedigen, war man bald einig: hier sollten die Heidelberger Konferenzen aushelfen, um die nötigen Geldmittel für einen Monat Sold zur augenblicklichen Befriedigung der Armee zusammenzubringen. Anders lag es mit den Forderungen der Obersten auf Zahlung des rückständigen Soldes. Hier hatte bereits Horn den Weg gewiesen: die Offiziere, die einsahen, daß es nicht möglich sein würde, diese großen Geldsummen aufzubringen, hatten selbst den Wunsch geäußert, durch Anweisung der eroberten Güter und Ländereien entschädigt zu werden[3]. Dieser Weg ist dann auch beschritten worden.

Ganz anders geartet war die zweite Frage, die des Generalats, deren Bedeutung bereits vorhin erörtert worden ist[4].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Da Oxenstierna in diesem Punkte fest bleiben mußte, beschloß er, ihm in seinen persönlichen Interessen entgegenzukommen, wie ihm das auch Horn geraten hatte[1]. Doch gab es bei dem Herzogtum Franken, auf das Herzog Bernhard Ansprüche machte, noch eine Menge Anstände: verschiedene würzburgische Ämter waren bereits verschenkt an Leute, die den Herzog nicht zum Landesherrn haben wollten; ferner machte Brandenburg-Kulmbach Ansprüche auf das Stift Bamberg; schließlich mußte Schweden selbst wegen der Mainlinie genügende Sicherheit haben. Trotzdem kam man in diesem Punkte bald zum Schlusse, da die Verhandlungen selbst in Heidelberg nicht ruhten, wohin sich beide zu der Fürstenversammlung begeben hatten. Hier wurde am 20. Juni die Donation vollzogen[2], kraft deren Oxenstierna im Namen Schwedens dem Herzog die beiden Bistümer Würzburg und Bamberg mit dem Herzogtum Franken als Mannlehen der Krone Schweden verlieh, das erst nach Aussterben des gesamten fürstlichen und kurfürstlichen Hauses Sachsen an Schweden wieder heimfallen sollte. Dabei war aber die definitive Regelung durch den Friedensschluß vorbehalten[3]. Der Herzog erhielt die Stifter als Reichsfürst mit der vollen Landeshoheit, doch mußte sich der Herzog zahlreiche Vorbehalte gefallen lassen[4]. Außerdem verpflichtete er sich, innerhalb vier Jahren 600 000 Rt. zu erlegen.

Die nötige Sicherheit verschaffte sich Schweden dadurch, daß es einmal die beiden Festungen Würzburg und Königshofen bis zum Frieden in der Hand behielt und allein besetzte und daß es ferner mit dem neu ernannten Herzoge von Franken ein ewiges Bündnis zu gegenseitigem Schutze auch nach dem Frieden abschloß; in diesem mußte sich der Herzog zum engsten Anschlusse an Schweden verpflichten und versprechen, keinen Frieden einzugehen, der nicht Schweden eine annehmbare Satisfaktion brächte[5].

Damit hatte der Herzog den einen seiner Wünsche erfüllt

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

erhalten; freilich mußte er sich ein Lehensverhältnis zur Krone Schweden gefallen lassen.

Dieser Punkt muß einer von denjenigen gewesen sein, der zu Schwierigkeiten Anlaß gegeben hat. Die Formel, daß die definitive Regelung dieses Verhältnisses dem Friedensschlusse vorbehalten bleiben solle, trägt den Stempel des Kompromisses an der Stirn. Herzog Bernhard hatte sich die volle Landeshoheit, das jus superioritatis ertrotzt, das sich Schweden sonst stets vorbehalten hat; und daß er Anstregungen gemacht hat, sich der schwedischen Lehnshoheit zu entziehen[1], besagt nicht nur die genannte Formel. Sie erinnert an die früher erwähnten Kaufkontrakte mit dem Grafen Brandenstein, die auch eine Umwandlung der schwedischen Lehen in Reichslehen beim Friedensschlusse vorsehen. Zu beachten ist auch, daß die meuternden deutschen Offiziere, als deren Anwalt der Herzog in Frankfurt erschien, für ihre Donationen die Anerkennung als unmittelbare Erblehen des heiligen römischen Reiches durchsetzten[2], sie sind (außer Hessen) die einzigen, denen das Oxenstierna in der Not zugestand[3].

Nun hat Oxenstierna gerade damals sich über alle die Donationen — insbesondere über die an die Offiziere verliehenen — dahin geäußert, daß er der Krone Schweden nur deshalb Rekognition und Lehnsgerechtigkeit vorbehalte, um Schwedens Namen bis zur definitiven Regelung leuchten zu lassen, daß er sich aber wohl bewußt sei, daß Schweden im Frieden Oberdeutschland doch nicht für sich werde behaupten können[4]. Wie stimmt dazu die merkwürdige Klausel des Donationsbriefes, daß das Herzogtum Franken nicht nur den sämtlichen Herzögen von Sachsen, sondern auch der kurfürstlichen Linie im Erbgang zufallen solle und daß erst nach dem Aussterben sämtlicher Ernestiner und Albertiner das Herzogtum der Krone Schweden als offenes Lehen heimfallen solle? Oxenstierna konnte doch kaum glauben, daß dieser Fall bis zu einem Frieden eintreten würde. Entweder müssen wir das alles als leere Formel ansehen oder Oxenstierna be-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hielt sich schließlich auch in dieser Frage freie Hand vor: lief der Krieg doch noch für Schweden glücklich aus, so hatte er Schwedens Rechten nichts vergeben.

Wie dem auch sei, er erreichte zweierlei: zuerst und vor allem war damit der Meuterei der deutschen Offiziere die Spitze abgebrochen: nachdem ihr Oberhaupt sich hatte gewinnen lassen, mußten auch sie sich mit den von Oxenstierna vorgeschlagenen Mitteln begnügen. Und dann erhielt der Reichskanzler für die donierten Fürstentümer noch Summen Geldes, mit denen er die Soldateska befriedigen und Schulden, die er für den Krieg hatte aufnehmen müssen, bezahlen konnte, also seine eigene Staatskasse schonte. So hatte Kurpfalz für die Restitution seiner Länder 60000 Rt. erlegen müssen, Baden mußte 220 000 Rt. für den Breisgau und Herzog Bernhard 600 000 Rt. für Franken geben[1].

Damit hatte Herzog Bernhard denjenigen Teil seiner Aufgabe in Frankfurt erledigt, der ihn persönlich anging; es fehlte noch der, der die Armee betraf. Während er selbst Anfang Juli seinem neuen Herzogtum einen kurzen Besuch abstattete, führte sein geheimer Rat Tobias von Ponikau die Verhandlungen fort[2], unterstützt durch zwei Obersten, die als Abgesandte der Donauarmee in Frankfurt eingetroffen waren[3]. Am 22. Juli kam mit ihnen der Vergleich zustande, wonach der Armee ein Monatssold in Geld ausbezahlt, für die Rückstände den Offizieren okkupierte feindliche Ländereien angewiesen werden sollten. Damit sollte die Krone Schweden aller ihrer Verbindlichkeiten gegen sie quitt sein und die Armee dem Bunde den Eid der Treue leisten. Mit der Ausführung des Vergleichs wurden Graf Brandenstein und die beiden Bundesräte Oberst Peblis und Tetzel beauftragt[4], die Anfang August in Donauwörth die Verhandlungen mit der Armee führten[5]. Graf Brandenstein übernahm den Auftrag auf dringendes Ersuchen Horns und Herzog Bernhards, er besorgte auch die eigentlichen Abrechnungen mit den Obersten[6].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Hier wurde mit den Obersten abgerechnet und ihnen für ihre Forderungen an Schweden Güter in Schwaben als Eigentum übergeben, wofür sie die Offiziere und Soldaten ihrer Regimenter zu befriedigen hatten. Daß diese Güter keine schwedischen Lehen, sondern unmittelbare Lehen des heiligen römischen Reiches waren, ist schon erwähnt worden[1]. Für die Soldzahlung verwandte man auch einen Teil der Kontribution und Brandsteuer, zu denen sich München (137 000 fl.) und Landshut (54 000 fl.) bei dem letzten Einfalle der schwedischen Armee in Bayern hatten verstehen müssen[2].

Im allgemeinen akkordierte man auf den vierten Teil der Forderungen[3], aber auch so erhielt noch mancher Oberst für 150—160 000 Rt. Güter angewiesen[4], wobei aber häufig mehrere Forderungen auf ein Gut vereinigt wurden. Auch ließ man ihnen nur ausnahmsweise die Wahl unter den zur Verfügung stehenden Gütern, sie mußten diejenigen annehmen, die ihnen zugeteilt wurden[5]. Damit war Schweden der schweren Forderungen der Obersten — sie wurden bis zum 1. August 1633 gerechnet — ledig, die sich jetzt verpflichten mußten, von Oxenstierna als Direktor des evangelischen Bundes zu dependieren[6].

Daneben wurde der Soldateska vom Bunde ein Monatssold gegeben, und zwar in bar, soweit die Mittel reichten, für den Rest wurden sie auf bestimmte Stände assigniert oder bestimmte Termine vereinbart, für die sich auf Begehren Horns und Bernhards von Weimar Graf Brandenstein verbürgte[7]. Die Barmittel waren freilich gering, das meiste wurde auf die schwäbische Kreiskasse angewiesen[8]. Die Assignationen auf die Stände waren eine sehr bedenkliche Maßregel, die allein von der Not diktiert war. Auch die Soldateska ließ sich ungern darauf ein, sich ihre Bezahlung selbst zu suchen; sie war aber schließlich damit zufrieden, als man ihr weitere Bezahlungen in Aussicht stellte, sobald wieder Mittel zur Verfügung stünden. In Wirklichkeit ist die Auszahlung der versprochenen Bargelder sehr mangelhaft erfolgt[9]; damals aber beruhigte sich

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Soldateska bei den Versprechungen des Grafen Brandenstein, der sich damit eine große Last und Verantwortung aufbürdete[1]. Am 13. August fand angesichts der feindlichen Festung Rain die Musterung statt, die eine Stärke von 24 bis 27 000 Mann ergab[2]. Die Armee wurde bei dieser Gelegenheit für Schweden und den evangelischen Bund verpflichtet[3].

Nachdem so der Unwille der Donauarmee gestillt und wieder geordnete Verhältnisse hier eingekehrt waren, mußte auch die Rheinarmee befriedigt werden, deren Führer, Pfalzgraf Christian[4], sich auf die Nachricht von Herzog Bernhards Ankunft in Frankfurt ebenfalls dorthin begeben hatte. Auch an die rheinische Armee wurden Kommissare gesandt, die Bundesräte Johann Graf von Wittgenstein und Franz Rudolf Ingold, der schwedische Resident in Straßburg Friedrich Reinhold Mockel und der schwedische Kämmerer Antoni Keffenbrink[5], die in gleicher Weise mit den Offizieren wegen ihrer Forderungen verhandeln, der Soldateska einen Monatssold auszahlen und danach die Armee mustern und auf Schweden und den Bund verpflichten sollten. Über die Vorgänge dort sind wir noch schlechter unterrichtet als bei der Donauarmee[6]. Aber auch hier wurde die Maßregel durchgeführt.

Dagegen ist sie nicht durchgeführt worden bei der niedersächsisch-westfälischen Armee. Nur als Oxenstierna im September etliche Regimenter unter dem Generalmajor Lars Kagge nach Franken schickte, fühlten sie sich gegenüber den anderen Truppen zurückgesetzt und wurden unwillig. Man beruhigte sie durch Auszahlung eines Monatssoldes und dadurch, daß man auch ihnen Landverleihungen in Aussicht stellte. Ob auch sie dem Bunde schwören mußten, wird nicht berichtet[7].

So war die Unruhe in der Armee gestillt und die Truppen waren wieder zum Fechten bereit. Das war die Hauptsache, denn bis jetzt hatte die Armee, auf der allein doch letzten Endes alles Heil beruhte, versagt. Wenn die Stände aber gehofft hatten, daß mit der Befriedigung der Armee auch sonst ge-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ordnete Verhältnisse eintreten und das Rauben und Plündern aufhören würden, so hatten sie sich bitter getäuscht.

So groß das Zugeständnis auch auf den ersten Blick erschien, daß die Armee jetzt in die Pflichten des Bundes getreten war, so hatte es in Wirklichkeit doch nicht allzuviel zu bedeuten, solange Oxenstierna als Direktor in militärischen Dingen sich die alleinige Entscheidung vorbehalten hatte. Sollte einmal der Bund durch unglückliche Ereignisse zugrunde gehen, so war nach wie vor die Verpflichtung auch gegen Schweden bestehen geblieben, und solange ein Horn an der Spitze der schwedischen Regimenter stand, konnte sich auch Oxenstierna darauf verlassen, daß sie ihm jederzeit zur Verfügung standen. Auf der anderen Seite darf man aber den moralischen Erfolg, den die Stände damit davongetragen hatten, daß die Armee jetzt auch Bundesarmee geworden war, nicht unterschätzen; er trug nicht wenig dazu bei, das Gefüge, das die evangelische Partei zusammengehalten hatte, zu lockern.

2. Bundesrat. Kreisräte. Kreiskonvente.

Während für Oxenstierna die wichtigste Frage, die er mit den Ständen zu verhandeln hatte, die Erhaltung der Armee und die Herbeischaffung der nötigen Mittel war, hatten die Stände ein besonderes Interesse an der Errichtung des Bundesrates und der Kreisräte, von denen sie sich Schutz ihrer Interessen versprachen. Trotzdem ist es mit der Ausführung dieser Maßregel, die in Heilbronn durchzusetzen so viel Mühe gekostet hatte, überaus langsam und schwer hergegangen. Soweit der Kreisrat in Frage kam, hat das Oxenstierna ruhig mit angesehen; er hielt die Ersetzung der Statthalter durch einen Kreisrat für einen Fehler und hatte kein Interesse daran, die Dauer dieses Amtes zu verkürzen, nachdem er die bisherigen Statthalter vermocht hatte, zunächst auf ihrem Posten zu verbleiben.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Anders mit dem **Bundesrate**. Nachdem er den Ständen ihn einmal zugestanden hatte, war er es selbst, der seine Einsetzung betrieb, damit er entlastet würde. Außerdem gewann er den Vorteil, daß er die Verantwortung von nun an mit ihm teilte, und das vor allem in denjenigen Dingen, die ihm am lästigsten sein mußten, d. h. in allen Partikularangelegenheiten der Stände und der Armee, deren Wünsche und Drängen immer ungestümer wurden. Er hatte die Absicht, wenn er auch die Leitung des Ganzen in der Hand behalten wollte, doch hauptsächlich die auswärtigen Geschäfte und die Kriegführung sich vorzubehalten, dagegen für die inneren Angelegenheiten des Bundes den Bundesrat heranzuziehen.

Und für diese Dinge war es ein großer Gewinn, daß es ihm gelang, jetzt denjenigen Mann in Schwedens Dienste zu ziehen, um den sich der verstorbene König, wie erwähnt, vergeblich bemüht hatte: Jakob Löffler, Vizekanzler des Herzogs von Württemberg und Kanzler von Mömpelgard. Löffler trat jetzt als Vizekanzler in schwedische Dienste[1]; sein Herr ehrte ihn durch die Beförderung zum württembergischen Kanzler und durch die Verleihung von Schloß und Dorf Neidlingen[2], nach dem er sich von da an nannte[3]. Löffler war nicht nur ein gewandter Diplomat, er war vor allem ein erfahrener Geschäftsmann von unermüdlicher Arbeitskraft, der die äußerst verwickelten Verhältnisse Süddeutschlands aus langjähriger Praxis — er war seit 25 Jahren in württembergischen Diensten[4] — kannte. Er besaß nicht geringen Ehrgeiz und war nicht ohne Eigennutz[5], den Vorwurf der Bestechlichkeit hat man ihm aber zu Unrecht gemacht[6]. Man wird ihn nur richtig beurteilen, wenn man in ihm einen guten Württemberger sieht, der, wie der brandenburgische Kanzler einmal von ihm sagt, die Ambition habe, seinen Herrn groß zu machen[7]. In ihm vereinigten sich die württembergischen und die allgemeinen Bundesinteressen, und wenn seitdem Württemberg zu den eifrigsten und auch opferwilligsten Mitgliedern des Bundes zählte, so ist das sein

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verdienst; denn neben seiner Tätigkeit im Bunde behielt er die Leitung der württembergischen Angelegenheiten bei, und er war der eigentliche Regent des Herzogtums. Für Oxenstierna war dies ein großer Gewinn; aber Löffler war keineswegs gesonnen, sich ganz und gar den schwedischen Interessen zu verschreiben; für ihn stand darüber der Bund und damit die Interessen seines deutschen Vaterlandes; Schweden war für ihn nur ein Glied des Bundes. Das muß man von vornherein im Auge behalten, wenn man sein späteres Verhalten auch Schweden gegenüber richtig einschätzen will.

Oxenstierna wünschte dringend die baldige Übersiedlung Löfflers nach Frankfurt und war sehr erfreut darüber, daß Löffler eine Reise nach Frankreich, die er vorher auf Wunsch des Königs unternehmen sollte — wie es scheint in Angelegenheiten der Grafschaft Mömpelgard —, aufgab[1]. Löffler traf am 24. Juli in Frankfurt ein[2]. Auf seine Anregung ist es jedenfalls zurückzuführen, daß Johann Konrad Varnbühler, der spätere württembergische Gesandte auf dem westfälischen Friedenskongresse, damals fürstlich württembergischer Sekretär, als Sekretär des Bundesrats in dessen Dienste trat.

Nach der Heilbronner Bundesakte hatte Schweden — außer Oxenstierna als Direktor — drei Bundesräte zu stellen. Der Reichskanzler bestimmte hierzu den schwedischen Geheimratspräsidenten Philipp Reinhard Grafen zu Solms, den Großschatzmeister Christoph Karl Grafen zu Brandenstein und den Vizekanzler Dr. Löffler.

Die Beschickung der Bundesräte durch die Stände ging äußerst langsam vor sich. Nur Kurpfalz hat bereits in Heilbronn den Obersten Peblis dazu bestimmt.

Georg Hans von Peblis war eine höchst interessante Persönlichkeit[3]. Schottischer Abkunft, war er in Diensten des englischen Hofes, wie es scheint speziell der Prinzessin Elisabeth, gewesen und durch deren Vermählung mit dem Pfalzgrafen Friedrich V. nach der Pfalz gekommen. Als pfälzischer

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oberst und Gubernator des Stiftes Selz hat er unter dem Grafen Mansfeld zehn Fahnen geführt, also wahrscheinlich schon früher an dem Glück und Unglück seines Herrn in Böhmen tätigen Anteil gehabt. 1622 war er vorübergehend in Diensten Zürichs. Er wird als ein im Artilleriewesen erfahrener Mann bezeichnet, der sich besonders durch sein militärisches Organisationstalent auszeichnete. Als eifriger Parteigänger des Pfalzgrafen-Königs hat er dann Dänemark und den Unionständen gedient, bald war er in Paris, bald in London, dann im Haag, Heidelberg, Frankfurt und dann auch im schwedischen Lager. 1629 trat er abermals in den Dienst Zürichs, dessen ganzes Kriegswesen er neu einrichtete und umgestaltete. 1631 erhielt er Urlaub nach England, von wo er sich nach Schweden begab und Gustav Adolf anschloß.

Wieder in Diensten des Pfalzgrafen-Königs und dann seiner Witwe, hat er besonders die Verbindung mit den Zürichern vermittelt, in deren Diensten er geblieben war.

Der Administrator der Pfalz hat sich dieses erfahrenen Mannes gern bedient[1], und auch im Bundesrat hat er eine hervorragende Rolle gespielt; Oxenstierna verwendete ihn mit besonderer Vorliebe zu Missionen militärischen Inhalts, wie er ihn denn schon von Heilbronn aus in das Lager gesandt hatte, die meuternden Obersten zu besänftigen[2].

Für die Fürsten des schwäbischen Kreises delegierte Württemberg seinen Obervogt von Urach, Georg Gustav Wetzel von Marsilien[3]. Markgraf Christian von Kulmbach, der wegen der Fürsten des fränkischen Kreises den Bundesrat zu stellen hatte, konnte infolge der bedrängten Lage seines Landes nur mit großer Mühe bewogen werden, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Davon später mehr. Erst am 11. Juli präsentierte er seinen Rat und Hofmeister Moritz Kanne[4]. Doch kam Kanne erst am 4. August in Frankfurt an, und zwar zunächst als kulmbachscher Gesandter auf dem Frankfurter Bundestag. Erst nach dessen Beendigung, zuerst am

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

27. September, wohnte er den Sitzungen des Bundesrates als dessen Mitglied bei[1]. Als Kanne dann am 17. Januar 1634 in Frankfurt starb, hat Markgraf Christian einen Ersatzmann nicht geschickt. Die rheinischen Fürsten schlugen auf dem Kreistag in Worms im Juni 1633 den hessischen Oberstleutnant und späteren Hofmarschall Hans Heinrich von Günterode vor[2]; aus welchen Gründen es zu seiner Bestallung als Bundesrat nicht gekommen ist, wissen wir nicht, er ist jedenfalls nicht Bundesrat gewesen; für die Stelle ist erst im April 1634 der hessische Statthalter in Paderborn, Oberst Ludwig Heidenreich von Calenberg, präsentiert worden[3], dessen Bedeutung freilich sehr gering war; Oxenstierna hat „niemaln große Aestimation von ihm gemacht"[4].

Weniger Schwierigkeiten bereitete die Delegation der übrigen Bundesratsmitglieder. Die Grafen bestallten Johann Grafen von Wittgenstein, den späteren Minister des Großen Kurfürsten von Brandenburg, der sich hier die Sporen seiner diplomatischen Laufbahn verdiente[5]. Die Städte einigten sich auf die Ratsherren Rudolf Ingold von Straßburg und den Nürnberger Jakob Tetzel von Kirchsittenbach[6]. Die Ritterschaft sandte ihr Mitglied Johann Erhard v. Wolfskehl.

Wie sich insbesondere die Städte die Aufgabe ihrer Vertreter dachten, geht aus der Instruktion hervor, die Straßburg seinem Mitratsfreunde Ingold erteilte[7]. Danach sollte er darüber wachen, daß die Rechte und Freiheiten der Reichsstädte, insbesondere die Straßburgs, unangetastet blieben; sobald er etwas erfahre, was den Städten schädlich sei, solle er berichten, wie er überhaupt alles mitzuteilen habe, was in publicis vorgehe, außer was streng geheimgehalten werden solle.

Dasselbe werden die anderen Stände ihren Vertretern ebenfalls aufgegeben haben, auch wenn davon nichts bekannt ist; und es ist kein Zweifel, daß die Bundesräte auch danach gehandelt haben. Löffler z. B. hat auch von Frankfurt aus die württembergische Politik geleitet, Tetzels Korrespondenz mit Nürnberg ist uns erhalten. Soweit wir aber unterrichtet sind,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kann man erkennen, daß sie im großen ganzen im bundesfreundlichen Sinne gewirkt haben, indem sie teils auf die Sonderinteressen mäßigend einzuwirken suchten, teils ihre Auftraggeber im Sinne der Zentralleitung bearbeiteten. Es war das auf der einen Seite eine Folge des Einflusses der überragenden Persönlichkeit Oxenstiernas, auf der anderen Seite aber auch die Folge eigener Erkenntnis, die ihnen im Mittelpunkte der Gesamtleitung sich aufdrängte.

Hatte es seinerzeit in Heilbronn wegen der Instruktion der Bundesräte Schwierigkeiten gegeben, so ist jetzt von einer solchen überhaupt nichts bekannt. Wir wissen nicht, ob der Bundesrat je eine Instruktion empfangen hat. Der Entwurf einer solchen ist zwar erhalten, er enthält aber nur eine Regelung des inneren Geschäftsganges[1]. Davon, daß die Bundesräte die Hoheit, Präeminenz und Rechte der Stände schützen sollten, ist keine Rede mehr, im Gegenteil, sie waren verpflichtet, bei ihren Prinzipalen dahin zu wirken, daß der Bund in gutem Verständnis bleibe. Wichtig war nur, daß darin festgelegt wurde, daß der Bundesrat bei einem eventuellen Tode Oxenstiernas den Bund so lange zu leiten habe, bis sich Schweden und die Stände über die Person eines neuen Direktors verglichen hätten.

Die Aufgabe der Bundesräte war, an den Sitzungen und Beratungen teilzunehmen; außerdem konnte der Direktor sie mit besonderen Aufträgen verschicken. Als spezielle Aufgabe war ihnen die Aufsicht über die Kreisräte zugewiesen. Die regelmäßigen Sitzungen scheinen gegen Anfang Juli begonnen zu haben[2].

War die Zusammensetzung des Bundesrates somit langsam, doch ohne besondere Anstände vor sich gegangen, so bereitete die Bildung der Kreisräte um so größere Schwierigkeiten. Hier waren die Stände sich selbst überlassen, und die Folge war, daß sogleich alle Eifersüchteleien und Streitigkeiten untereinander lebendig wurden, zumal man in Heilbronn be-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schlossen hatte, zur Erledigung dieser Punkte Kreistage auszuschreiben.

Am einfachsten scheint es im oberrheinischen Kreise hergegangen zu sein, da hier die überragende Stellung von Kurpfalz für einen ordnungsmäßigen Gang der Verhandlungen bürgte. Kurpfalz schrieb den Kreistag für beide rheinischen Kreise auf den 31. Mai nach Worms aus[1], und hier ernannten die Fürsten Ernst Fuchs von Lemnitz und die Grafen den Obersten Hans von Meusenhold[2] zu Kreisräten. Die Städte einigten sich erst später dahin, daß, nachdem Straßburg und Nürnberg die beiden städtischen Bundesräte gestellt hatten, Frankfurt den Kreisrat deputieren sollte; als solcher wurde Johann Adolf Steffan von Cronstätten aus den Frankfurter Geschlechtern präsentiert[3], und Schweden ernannte von sich aus Philipp Franz von Flersheim den Älteren zum Mitgliede. Trotzdem verzögerte sich die ordentliche Bestallung so lange, bis auf dem Bundestage in Frankfurt die Instruktion der Kreisräte beraten und festgestellt worden war; Oxenstierna sprach sie erst am 31. September 1633 aus[4].

Die Besoldung wurde für jeden Kreisrat auf 200 Rt. monatlich festgesetzt, für den Sekretär — Dr. Schweitzer — auf 100 Rt. Der Schreiber erhielt 25 Rt. Als Instruktion verwies man die Räte auf die Heilbronner Abschiede, zugleich wurde bestimmt, daß sie in Worms residieren sollten, obwohl etliche Stände Frankfurt vorschlugen, und, wie es scheint, auch Oxenstierna es nicht ungern gesehen hätte, wenn der Kreisrat nach Frankfurt gekommen wäre[5].

Der Heilbronner Abschied hatte bestimmt, daß die Kasse für die beiden rheinischen Kreise in Frankfurt, die für das Elsaß in Straßburg sein sollte. Zum Kassierer der letzteren ernannte der Kreistag Hans Heinrich Gams[6], zu dem in Frankfurt war ursprünglich Steffan von Cronstätten ausersehen, nach dessen Ernennung zum Kreisrate wurde Matthäus Haiden dazu bestallt. Die Stände wurden zwischen den beiden Kassen etwa so geteilt, daß die nördlich Worms gelegenen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zu Frankfurt gehörten, die südlichen zu Straßburg; Hessen-Kassel aber, das seine eigene Armee hatte, schied ganz aus. Gams[1] ist dann in Frankfurt von dem Bundesrate ordnungsgemäß vereidigt worden und erhielt auch eine Instruktion, die von dem Grafen Wittgenstein, Ingold und Tetzel aufgesetzt worden war. Haiden dagegen ist nur von dem Frankfurter Rat in Handtreue genommen und dem Bundesrat vorgestellt worden. Er erhielt weder Instruktion noch die Matrikel, nach der er die Beiträge zu erheben hatte. An Gehalt waren ihnen je 80 Rt. zugebilligt, Gams berechnete sich 90 Rt.; er behauptete, ihm seien hierüber keine Mitteilungen gemacht worden, und mit weniger komme er nicht aus, da er seinen Buchhalter und Schreiber besolden und andere Ausgaben davon bestreiten müsse.

Größere Schwierigkeiten bereiteten die Magazine, deren Einrichtung dem Bundesrate überlassen war; doch nahm sich ihrer keiner recht an, so daß die Unordnung groß war. Schließlich überließ man es den Kreisräten, sich mit den Ständen hierüber zu verständigen[2]. Es wurden drei Hauptmagazine errichtet: in Straßburg, Worms und Frankfurt.

Im Elsaß sollte der schwedische Resident Mockel das Proviantwesen einrichten; er weigerte sich aber dessen[3], und auf seine Bitten nahm sich der Kommissar von Horns Armee — später des Rheingrafen Otto Ludwig — Georg Brumbach der Sache an, doch ohne sein Kommissariat deshalb aufzugeben. Eine Bestallung hat er nicht erhalten, und ein ordentlicher Oberproviantmeister für Straßburg ist nie ernannt worden.

Für das Magazin in Worms bestallte der rheinische Kreistag zu Worms den Georg Wilhelm Dimpfel zum Oberproviantmeister; er erhielt zwar eine Instruktion, aber erst am 1. November 1633 seine ordentliche Bestallung; die Kreisräte vereidigten ihn. Ihm unterstanden vier Unterproviantmeister[4] in Ladenburg, Kreuznach, Bingen und Frankenthal, die er zu besolden hatte. Eine feste Besoldung war nicht mit ihm verabredet worden.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In Frankfurt setzten die Kreisräte Hieronymus Uffsteiner zum Oberproviantmeister ein, vereidigten ihn und gaben ihm seine Instruktion. Er trat sein Amt am 1. Oktober an. Ihm waren fünf Unterproviantmeister unterstellt: in Frankfurt, Dillenburg, Friedberg, Lahnstein und Mainz[1].

Soweit die rheinischen Kreise. Im schwäbischen Kreise erfolgte die Ordnung der Verwaltung ohne Kreistag; obwohl besonders Ulm auf einen solchen drang, legte Württemberg Wert auf eine vorherige Bezeichnung der Kreisbeamten, die dann Oxenstierna bestätigen sollte. Erst danach sollte eine Zusammenkunft stattfinden, auf der das Weitere angeordnet werden sollte[2].

Württemberg schlug zunächst seinen Generalkommissar und Obervogt zu Nagold, Johann Heinrich von Offenburg, zum Kreisrat vor, den Oxenstierna eben von sich aus zum Generalkommissar des Bundes im ganzen schwäbischen Kreise ernannt und ihm die Einrichtung der Magazine übertragen hatte[3]. Baden war damit einverstanden. Ulm machte zwar Einwendungen, ob eine Anhäufung von drei Ämtern zweckdienlich sei, gab sich aber schließlich auch zufrieden[4].

Die Grafen — Öttingen, Pappenheim und Eberstein — einigten sich schließlich auf Vorschlag Öttingens auf den württembergischen Rat und Oberamtmann zu Brenz, Hans Kaspar Lerchenfeld v. Naburg[5].

Die Städte — in der Tat war es Ulm allein — deputierten den Ratsherrn und Oberrichter Marx Philipp Besserer von Ulm[6].

Trotzdem kam es nicht zur Bestallung des Kreisrates; aus welchen Gründen, ist nicht ersichtlich. Der Statthalter, Graf Georg Friedrich von Hohenlohe, blieb vielmehr im Amte; verlegte aber seine Residenz von Augsburg nach Ulm, sehr zum Verdrusse dieser Stadt, die in dieser Maßregel wieder allerhand drohende Eingriffe witterte und sich sogar dazu verstieg, durch eine besondere Sendung an Oxenstierna das abzuwenden. Erst als dieser beruhigende Versicherungen gegeben hatte, gewährte ihm die Stadt die begehrte Wohnung[7].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Nachdem dann auf dem Frankfurter Bundestage die Instruktion für die Kreisräte festgestellt worden war, entließ Oxenstierna den Statthalter aus seinem Amte[1], verordnete wegen Schweden Johann Bernhard von Mentzingen zum Kreisrate in Schwaben und autorisierte den Kreisrat durch ein besonderes Schreiben[2]. Ende Oktober fand dann in Stuttgart eine Zusammenkunft der ausschreibenden Stände der drei Bänke statt, auf dem die letzten Besprechungen stattfanden, Anfang November scheint der Kreisrat ins Leben getreten zu sein[3].

Die Kreiskasse und das Magazin für den schwäbischen Kreis hatte Oxenstierna noch in Heilbronn nach Ulm bestimmt und die Stadt gebeten, für einen tüchtigen Kassierer zu sorgen[4]. Gleichzeitig beauftragte er den neu ernannten Generalkommissar Hans Heinrich von Offenburg mit der Einrichtung und Verwaltung des Magazins, und da von Offenburg ein besonders tüchtiger und organisatorisch veranlagter Mann war, stellte er alles seiner Diskretion anheim, und er fuhr nicht schlecht dabei[5]. Leider sind wir über die weitere Organisation im schwäbischen Kreise sehr mangelhaft unterrichtet. Wir wissen nur, daß vier Magazine eingerichtet worden sind: in Ulm, Eßlingen, Reutlingen und Heilbronn[6]. Als Unterproviantmeister in Ulm war Sebastian Streicher im Amte, und zum Kassierer bestallte die Stadt Ulm den Jost Seßlin, der aber bereits am 2. April 1634 starb. Einen Nachfolger hat er nicht erhalten, Georg Forstenhäuser, der Generalkassierer der fränkischen Kasse in Nürnberg, übernahm die Oberaufsicht, während für die täglichen Geschäfte, wie es scheint, die Stadt Ulm sorgte.

Die Besoldung der Kreisräte im schwäbischen Kreise war verschieden. Mentzingen und Lerchenfeld, die in Ulm für ihr Quartier sorgen mußten, erhielten 325 Rt. monatlich, Besserer 200 Rt., Offenburg bezog als Kreisrat 300 Rt., als Generalkommissar 500 Rt., der Sekretär Dr. Philipp Andreas Fröhlich 100 Rt., der Kassierer 80 Rt.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Im fränkischen Kreise war die Errichtung des Kreisrates mit den größten Schwierigkeiten verknüpft, auf die etwas näher einzugehen ist.

Anfänglich schien der fränkische Kreis allen anderen vorangehen zu wollen; bereits zu Heilbronn hatte man sich dahin geeinigt, den Kreisrat am 1. (11.) Mai zu etablieren, die Stände sollten bis dahin ihre Kreisräte ernennen. Der Termin wurde dann zwar auf den 15. (25.) Mai verschoben, aber eine Reihe der Kreisräte war bereits bestimmt. So hatte Schweden für sich den würzburgischen Rat zu Neustadt im Aischgrund, Wolf Bernhard von Crailsheim, ernannt, die Grafen hatten sich auf den Rittmeister Johann Philipp Geudter geeinigt. Zum Kassierer war der Generalzahl- und Pfennigmeister Georg Forstenhäuser in Nürnberg bestimmt. Da auch Nürnberg bald darauf seinen Mitratsfreund Kreß von Kressenstein als Kreisrat der Städte delegierte[1], so fehlte nur noch der Vertreter der Fürstenbank, den Brandenburg-Kulmbach zu stellen hatte, da die Ansbacher Vormundschaftsregierung darauf verzichtete.

Aber gerade von Kulmbach aus erhoben sich die Schwierigkeiten. Um sie zu verstehen, ist es notwendig, etwas weiter zurückzugehen. Es ist oben[2] auseinandergesetzt worden, daß es zu Lebzeiten des Königs weder zum Abschlusse der geplanten Allianz Schwedens mit Kulmbach noch zur Ausfertigung der Donation gekommen ist.

Nach des Königs Tode reiste Markgraf Christian an den kursächsischen Hof nach Dresden und hat hier durchaus loyal für Schweden gewirkt. Er war hier auch der Vertrauensmann des Kurfürsten von Brandenburg, in dessen Auftrag er sich bemühte, Kursachsen vor übereilten Schritten zurückzuhalten[3]. So sehr er, wie Kursachsen, die Wiederherstellung des Friedens betonte, billigte er doch keineswegs die unbedingten Friedensbestrebungen des Landgrafen von Hessen-Darmstadt. Ja, er machte eine Reihe schwerer Bedenken gegen die alsbaldige Aufnahme der Verhandlungen geltend: man

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wisse vor allem nicht, ob der Kaiser sich gerade jetzt dazu verstehen werde, eher müsse man annehmen, daß die Katholiken unter den augenblicklichen Umständen sie ablehnen würden. Seine Hoffnung setzte er — und das ist beachtenswert — auf Wallenstein, der die Verfolgung der Religion des öfteren improbiert und die Stände vertraulich gewarnt hätte, sich ihrer Libertät halber in acht zu nehmen; „würde durch sein jetziges Generalat der Friede im Reiche erhalten, so würde ihm nicht geringe Reputation, die er ambiere, zuwachsen". Wie sich Schweden dazu stelle, wisse man auch nicht, und ohne Schweden sei es ein unzulässiges Partikularwerk[1]. Mit dem Landgrafen Georg, dem er ins Gesicht sagte, was man von ihm und seinem Kanzler Dr. Wolff spreche, kam er darüber ganz auseinander[2], dagegen vertrug er sich mit dem Kurfürsten von Sachsen nach wie vor gut. Er hielt es für dringend erforderlich, daß man sich militärisch stärken müsse, um einen guten Frieden zu erhalten, und deshalb müsse man mit der schwedischen Armee in gutem Einvernehmen bleiben. Er vertrat lebhaft den Gedanken eines allgemeinen evangelischen Konventes, aber unter Beteiligung Schwedens, und war von dem Ergebnisse der Verhandlungen Oxenstiernas in Dresden, vor allem von der lauen und unentschlossenen Haltung Sachsens, äußerst betroffen. Mit allen Mitteln suchte er den Kurfürsten von Brandenburg zur schleunigen Reise nach Dresden zu vermögen, um so dem Bruch zwischen Schweden und Sachsen vorzubeugen[3].

Oxenstierna würdigte des Markgrafen loyales Verhalten durchaus und erklärte sich seinen Wünschen gegenüber sehr entgegenkommend[4]. Er versprach ihm, nach Kräften den Verwüstungen seines Landes Einhalt zu tun, vor allem durch Eroberung des Stiftes Bamberg; für den erlittenen Schaden werde er die vom Könige vertröstete Donation ins Werk richten helfen, wie er denn auch den Ansbacher Markgrafen das Kloster Kitzingen, auf das sie Anspruch hatten, binnen vier Wochen einräumen und sich wegen der weiter begehrten Stadt und Amt Kitzingen zu ihrer Zufriedenheit erklären werde.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Diese Resolution Oxenstiernas erfolgte am Tage seiner Abreise von Dresden, und damals bereits erklärte der Reichskanzler, daß er die Einberufung des vom Könige ausgeschriebenen Konventes der vier oberen Kreise für notwendig erachte. Das war das Resultat seiner Verhandlungen mit Sachsen. Der Schlag erfolgte dann bekanntlich von Halle aus am 18. Januar: es war aber nicht nur ein Schlag gegen Sachsen, sondern auch gegen alle Anhänger des allgemeinen evangelischen Konventes, der damit vollständig vereitelt wurde. Der Markgraf war davon äußerst schmerzlich berührt und bemühte sich, wenigstens Oxenstierna durch Kurbrandenburg zu bewegen, entweder wieder mit nach Dresden zu kommen oder doch in der Nähe zu bleiben, bis die Beratungen der beiden Kurfürsten beendet seien[1], mit welchem Erfolge ist bekannt.

So peinlich ihn das Ausschreiben des Ulmer Konventes schon berühren mußte, so empfand er es um so mehr, daß ihm das Einladungsschreiben erst am 31. Januar zuging, viel später als anderen; und noch mehr fühlte er sich verletzt durch die Nachrichten, die er aus der Heimat erhielt. Die Berufung der fränkischen Kreisstände nach Rotenburg durch den schwedischen Statthalter Grafen Kraft Hohenlohe hielt er um so mehr für eine arge Beeinträchtigung seiner Rechte als Kreisoberster, als Gustav Adolf selbst zu seinen Lebzeiten diese Rechte stets respektiert hatte[2]. Und von da an trübte sich das Verhältnis zu Oxenstierna je länger desto mehr, ohne daß Markgraf Christian seine Stellung zur evangelischen Partei geändert hätte. Die Schuld lag auf beiden Seiten.

Der Markgraf war wenig erfreut, als er erfuhr, daß Oxenstierna in Heilbronn Gegenstände proponiert hatte, die weit über das hinausgingen, was in dem Einberufungsschreiben gestanden hatte. Hatte er in seiner Instruktion[3] seinen Gesandten angewiesen in allen unwichtigeren Dingen mit der Majorität zu stimmen, alle wichtigen Sachen aber ad referendum zu nehmen, so wiederholte er diese Anweisung, nach-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dem er des Reichskanzlers Proposition erfahren hatte[1], für die entscheidenden Punkte: Direktorium, schwedische Satisfaktion, Unterhalt und Disziplin der Armee. Daß er es ablehnte, den Kaiser zum Feinde zu erklären, war selbstverständlich, aber auch in der Hauptfrage: der Bildung des Bundes, empfahl er nach wie vor einen allgemeinen evangelischen Bund auf einem Konvente aller evangelischen Stände. Diese Instruktion kam in die Hände Agrikolas, als die Verhandlungen so gut wie zu Ende waren, sie mußte auf den Gesandten geradezu niederschmetternd wirken. Denn den Beschlüssen des Konventes war Agrikola in allen Dingen beigetreten, ohne Vorbehalt. Nach Lage der Dinge, wo Oxenstierna kategorische Erklärungen verlangte und der Markgraf sich in Dresden und Berlin aufhielt, war Agrikolas Verhalten gewiß erklärlich, er mußte aber auf einen schlechten Empfang bei seinem Herrn gefaßt sein und hat es gar nicht gewagt, nach Kulmbach zur Berichterstattung zu gehen. Er blieb in Nürnberg und weigerte sich unter allerhand Vorwänden, vor seinem Herrn zu erscheinen. Daß der Markgraf die Heilbronner Beschlüsse nicht billigte, war selbstverständlich. Davon nachher.

Die fränkischen Stände auf dem Konvente zu Heilbronn — außer Nürnberg, dessen Gesandte bereits abgereist waren — hatten am 30. April beschlossen[2], daß die Stände die zu ernennenden Kreisräte zum 25. Mai nach Würzburg senden und daß die Stände selbst dort an dem gleichen Tage einen Kreistag abhalten sollten, um den Kreisrat zu installieren[3]. Man rechtfertigte diesen auffallenden Schritt mit der Erklärung, dieser Kreistag sei nichts anderes als eine Fortsetzung der Beratungen in Heilbronn. Es bedarf keines Wortes, welchen Eindruck diese formlose Berufung eines regelrechten Kreistages auf den Markgrafen als Kreisobersten machen mußte, als er endlich am 23. Mai wieder in seine Heimat zurückkehrte[4]. Er weigerte sich, ihn zu beschicken oder gar den Dr. Agrikola, den seine Räte während seiner Abwesenheit

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

beauftragt hatten, in Würzburg die Geschäfte weiter wahrzunehmen[1], zu bevollmächtigen. Da aber die Ansbacher Regierung ihn inzwischen zu ihrem Gesandten auf dem Würzburger Kreistage ernannt hatte, konnte Agrikola zunächst dort bleiben, von Kulmbach erhielt er trotz allen Bittens und Schickens weder Vollmacht noch Instruktion noch sonst eine Erklärung. Er spielte infolgedessen auf dem Kreistage eine ziemlich klägliche Rolle.

Um den 25. Mai versammelten sich die Gesandten der übrigen Kreisstände in Würzburg[2]. Agrikola versuchte in seiner Verlegenheit, die Eröffnung des Konventes unter allerhand Vorwänden zu verzögern. Schließlich mußte er sich dazu doch am 31. Mai entschließen[3]. Die Proposition betraf in erster Linie natürlich den Kreisrat: Besoldung, Unterhalt und Autorisation, ferner die Beschwerden der Untertanen über die zügellose Soldateska und ähnliches. Sehr bald aber erkannten die Stände, daß ohne Schweden, das nicht einmal sein Kreisratsmitglied, den von Crailsheim, geschickt hatte, nichts zu machen sei, und beschlossen, einen aus ihrer Mitte nach Frankfurt zu senden[4], der dem Reichskanzler Mitteilung von der Zusammenkunft der Stände machen und ihn bitten sollte, den Kreisrat einzusetzen und zu autorisieren, auch das schwedische Mitglied zu deputieren. Dann sollte sich der Gesandte erkundigen, wie es mit der Instruktion für den Kreisrat stünde, über die man sich in Heilbronn nicht hatte einigen können. Agrikola wünschte dringend, selbst nach Frankfurt gesandt zu werden. Die Stände schlugen ihm das aber ab und deputierten den löwensteinschen Kanzler Dr. Jakob Schütz, der am 7. Juni bei Oxenstierna Audienz hatte. Was er hier zu vernehmen bekam, war wenig tröstlich[5]. Der Reichskanzler versprach zwar, nunmehr das schwedische Mitglied des Kreistags — v. Crailsheim — zu delegieren, aber die zu Heilbronn entworfene Instruktion für den Kreisrat müsse geändert werden. Ihre vornehmste Pflicht dürfe nicht die Erhaltung der Hoheit und der Rechte der Stände sein, sondern

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die der Soldateska[1]. Er wisse nicht, ob es nicht ratsam sei, neben dem Kreisrate die Statthalterei bestehen zu lassen, da er daran zweifle, daß der Kreisrat sich bei den Soldaten die nötige Autorität verschaffen werde. Schließlich versprach er, ihm die Instruktion nachsenden zu lassen. Auf die Beschwerden über die Insolenzien der Soldateska antwortete Oxenstierna: um diese abzustellen, sei es nötig, ihr einen Monat Sold zu geben, und dazu reichten die anticipando begehrten drei Monate Kontribution nicht aus, es sei mindestens noch ein vierter nötig; Dr. Schütz möchte das den Ständen mitteilen, auch daß er (Oxenstierna) die Säumigen zu finden wissen werde. Über Nürnberg, das sich eben geweigert hatte, die Antizipation zu erlegen, äußerte er sich sehr erbittert — er witterte hier sächsische Intrigen: es müsse etwas dahinterstecken, meinte er —, während er Ansbach höchlich lobte, dessen Markgräfin ihren Schmuck und ihr Silbergeschirr veräußert hatte, um die Kontribution erlegen zu können[2].

Mit diesem Bescheide kehrte Dr. Schütz nach Würzburg zurück, wo die Abgesandten in Ungeduld und Unwillen über die Konfusion beim Kreistage seiner warteten. Denn Agrikola, der noch immer ohne Vollmacht die Geschäfte leitete und in den Sitzungen schon spitze Bemerkungen zu hören bekam[3], war nach der Abreise Dr. Schütz' auch nach Frankfurt gefahren, teils — wie er sagte — um Kulmbach das Direktorium im Kreisrat zu verschaffen[4], teils um bei den Verhandlungen über die Verschenkung von Würzburg und Bamberg an Herzog Bernhard seines Markgrafen Interesse wahrzunehmen. Auch für diese Verhandlungen fehlte es ihm an Vollmacht, so daß er in Frankfurt nicht viel mehr tun konnte, als ins Haus horchen. Auf den Gang der Verhandlungen hat er nicht den geringsten Einfluß gehabt. Die Stände waren höchst ärgerlich über seine plötzliche Abreise, und Graf Georg Friedrich Hohenlohe rief seinen Gesandten ab[5].

Mit besonderer Ungeduld erwarteten die Stände die von Oxenstierna in Aussicht gestellte Instruktion für die Kreis-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

räte. Statt ihrer kam endlich am 21. Juni[1] ein Schreiben Mithoffs[2] mit der Nachricht, der Reichskanzler könne die Instruktion, wie sie zu Heilbronn aufgesetzt sei, nicht billigen; als Kreisrat für Schweden sende er den von Crailsheim. Die Stände waren schwankend, was sie tun sollten: einige wollten abreisen, einige meinten, man solle den Kreisrat trotzdem einsetzen. Die Ansicht der letzten Partei schlug zuletzt durch, als bekannt wurde, daß Graf Kraft Hohenlohe nach Heidelberg gereist sei zu der von Oxenstierna zusammenberufenen Fürstenversammlung. Man fürchtete, daß er hier den Kreisrat zu hintertreiben und die Statthalterei fortzusetzen sich bemühen werde. Am Sonntag, dem 26. Juni[3], fand im Hause des schwedischen Statthalters v. Rotenhan die Präsentation des Kreisrates statt: v. Crailsheim für Schweden, von Geudter für die Grafen und Kreß für die Städte. Da der fürstliche Vertreter noch nicht ernannt war, erbot sich Agrikola zur interimistischen Stellvertretung: ein Stillschweigen war die ablehnende Antwort, was ihn nicht abhielt, in den Abschied eigenmächtig und ohne Vorwissen der Stände einzurücken, daß die Stände ihn gebeten hätten, diese Funktionen interimistisch auszuüben.

Die Präsentation beschloß man dem Reichskanzler anzuzeigen und ihn um die Autorisation zu ersuchen[4]. Am folgenden Tage wurde der Abschied[5] unterschrieben, wobei es Agrikola fertigbrachte, ihn im Namen der Städte von Schweinfurt statt von Nürnberg unterzeichnen zu lassen[6]. Selbstverständlich rief das einen Protest von Nürnberg hervor, ohne sonst weitere Folgen zu haben.

So schloß der fränkische Kreistag, der reich an Konfusionen und Irrungen war, würdig und seinem ganzen Verlauf entsprechend. Der Kreisrat war wohl präsentiert, im übrigen war aber wenig erreicht: ihm fehlte einmal die Autorisation von Oxenstierna, die er — um das vorweg zu nehmen — nie erhalten hat, und dann die Verpflichtung seiner Mitglieder, da es keine Instruktion gab, auf die sie ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

pflichtet werden konnten. Auch in den Nebenfragen war man zu keinem endgültigen Resultate gekommen. Man hatte zwar beschlossen, daß die Stände einen halben Römermonat erlegen sollten, um die Kosten des Kreisrates zu decken; doch war man über die Gagen nicht einig geworden[1]. Trotz dieser Mängel erledigten die Kreisräte ihre Geschäfte in täglichen Sitzungen[2], d. h. sie versuchten bei den Durchmärschen und Einquartierungen die gleiche Verteilung auf die Stände durchzuführen, übten die Aufsicht über Kassen und Magazine aus und sahen im allgemeinen auf Durchführung der Beschlüsse des Bundes[3]. Die Kasse war dem Generalzahl- und Pfennigmeister Georg Forstenhäuser in Nürnberg von Oxenstierna übertragen worden[4], dessen Geschicklichkeit ganz besonders gerühmt wird[5]. Von einer Vereidigung oder sonstigen Mitwirkung des Kreisrates bei seiner Bestallung hören wir nichts. In Heilbronn hatte man Nürnberg, Schweinfurt und Windsheim als Orte für die Hauptmagazine bestimmt[6], später hat man deren noch in Bamberg, Würzburg, Ochsenfurt, Rotenburg und Weißenburg eingerichtet[7]. Zum General-Oberproviantmeister wurde Johann Paul Augsburger bestallt und das Nürnberger Magazin dem Nürnberger Johann Christoph Eye anvertraut; bestallt sind sie vom Kreisrate, aber Augsburger ist weder vereidigt worden[8] noch hat er eine Kaution gestellt. So war der Kreisrat und die Verwaltung im fränkischen Kreise keineswegs mustergültig geordnet, und niemand empfand die schiefe Stellung, die sie einnahmen, mehr als die Kreisräte selbst. Sehr bald darauf schon äußerte sich Kreß, daß ohne Mitwirkung der Generalität der Kreisrat seinen Zweck nicht erreichen könne, besonders die Abstellung der Insolenzien der Soldateska; das beste würde sein, wenn dem Kreisrat ein General zugeteilt würde[9]. Es zeigte sich also, wie recht Oxenstierna hatte, als er sich sträubte, die Statthalter aufzugeben, und wie richtig er vorausgesehen hatte, daß es den Kreisräten an Autorität gegenüber der Soldateska fehlen werde.

Wenige Tage nach dem Schlusse des Kreistags, am 29. und

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

30. Juni, erhielt Agrikola zwei Schreiben seines Herrn[1], worin er sich endlich auf die Beschlüsse des Heilbronner Konventes erklärte: Nach seiner ganzen Anschauung müßte er in dem Bunde ein Partikularwerk sehen, und daß die Entscheidung über das Direktorium, die er ganz besonders einem allgemeinen evangelischen Konvente vorbehalten hätte, bereits getroffen worden wär, wär ganz gegen seinen Willen. Das Hauptwerk, den Bund der vier oberen Kreise, betreffend — erklärte er —, hätte sich Agrikola nicht übereilen sollen; er werde sich zwar nicht von dem Heilbronner Beschlusse trennen, doch müsse er sich erst mit seinen Erbverbrüderten benehmen. Die Kontribution zu leisten, sei für ihn unmöglich[2], geschweige denn, daß er drei oder, wie man jetzt gar verlange, vier Monate antizipieren solle. Im Bundes- und im Kreisrat beanspruche Schweden die Direktion, also sei für ihn gar keine Veranlassung, sich zum Direktorium im Kreisrat zu drängen. Auch habe er niemanden unter seinen Räten, den er dazu deputieren könne.

Zu gleicher Zeit hatte er von Kurpfalz den Abschied des rheinischen Kreistags erhalten, der ganz nach den Formen der Reichs- und Kreisverfassung abgehalten worden war. Das war nach seinem Sinn, und er frug bei Ansbach und bei Nürnberg an, ob es sich nicht empfehle, auch im fränkischen Kreise einen Kreistag ordnungsmäßig zu berufen, und das, obwohl in Würzburg die Stände bereits versammelt waren[3]! Nicht ohne Einfluß auf diese schroffe Haltung des Markgrafen war die Donationsangelegenheit. Der Markgraf fühlte sich beschwert, daß auch Oxenstierna, trotz seiner entgegenkommenden Haltung in Dresden, nach näherer Prüfung der Angelegenheit es ablehnte, die Angelegenheit anders zu behandeln als sein verstorbener König[4]. Die Verleihung des Bistums Bamberg an Herzog Bernhard empfand er als persönlichen Affront, obwohl ihm bekannt war, daß Oxenstierna das Amt Steinach mit den sechs Halsgerichten für Kulmbach reserviert hatte[5]; daß Oxenstierna außerdem für ihn auch das Amt Teuschnitz

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

vorbehalten hatte, scheint er nicht gewußt zu haben[1]. Ebensowenig wie diese Kulmbacher Donation schien auch die Ansbacher — Stadt und Kloster Kitzingen — vorwärtszukommen.

Agrikola war natürlich aufs höchste bestürzt, daß er, der sich mit allerlei Kunststückchen bemüht hatte, auch ohne Vollmacht die Rechte seines Markgrafen zu wahren — wie er behauptete —, jetzt so gänzlich „rat- und hilflos" gelassen würde[2]. In Würzburg wußte man sofort Bescheid über die Erklärung des Markgrafen und fand, daß „er auf die kursächsischen consilia inclinire" und sich dem Bunde entziehen wolle[3]. Selbstverständlich war auch Oxenstierna sofort genau unterrichtet. Agrikola war in arger Verlegenheit; statt nach der Plassenburg zu reisen und sich zu rechtfertigen, beschloß er, nach Frankfurt zu gehen, dem Reichskanzler seines Herrn Ansichten vorzutragen und ihm ein Schreiben des Markgrafen mit der Erklärung, daß er die Kontribution nicht zu leisten vermöge, zu überreichen[4]. Daß er auf einen wenig freundlichen Empfang rechnen durfte[5], hielt ihn nicht ab. Er hörte dann auch sogleich von den schwedischen Räten, was ihm bevorstehe[6]. Am 13. Juli hatte er Audienz bei dem Reichskanzler. Oxenstierna erbrach das Schreiben mit Unwillen, ließ Agrikola gar nicht ausreden und erklärte, mit solchen Lamentationen sei ihm nicht geholfen, die Soldateska wolle befriedigt sein; er müsse wissen, ob der Markgraf den Heilbronner Schluß halten wolle oder nicht; er hätte sich ganz auf seines Herrn Versprechen verlassen und sich eines anderen versehen, er hätte aber genug Nachrichten und könne es auch leicht selbst ermessen, woher die anderen consilia stammten; Ansbach sei noch mehr ruiniert und tue doch über Vermögen; es sollte es auch genießen, die andern würden es mit ihrem schließlichen Ruin zu entgelten haben; der Markgraf werde sich selbst sagen, welchen Schaden ihm die dann nicht zu vermeidenden Assignationen bringen würden[7]. In seinem Antwortschreiben an den Markgrafen lehnte Oxenstierna alle Verantwortung ab, wenn dem Markgrafen und seinen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Landen Unheil widerfahren sollte, falls er auf seinem Entschlusse verharre[1].

Dem Markgrafen mußte inzwischen auch zu Ohren gekommen sein, welch schlechten Eindruck seine Entschlüsse hervorgerufen hatten, so daß er es doch für geraten fand, einzulenken. Damals deputierte er seinen Rat und Hofmeister Moritz Kanne als Bundesrat nach Frankfurt[2] und erklärte die Behauptung, daß er vom Bunde aussetzen wolle und von anderen consiliis dependiere, für Verleumdung. Sowie sein Land frei sei, werde er tun, was er nur könne, jetzt sei es eine pur lautere Unmöglichkeit[3], 3 Schlösser, 13 Marktflecken und 54 Dörfer seien verbrannt, alle Orte — mit Ausnahme von Kulmbach — seien zehn- bis zwanzigmal ausgeplündert worden, in Hof, seiner vornehmsten Stadt, seien jetzt nur zehn bis fünfzehn Bürger. Wunsiedel und die sechs Ämter müßten den friedländischen Truppen nach Eger wöchentlich kontribuieren. Das alles entsprach leider den Tatsachen; nicht nur daß sein Land der Tummelplatz der Truppen Tillys, Gustav Adolfs und Wallensteins gewesen war, soeben erst hatte der ganz unkluge und unvorsichtige Zug Herzog Wilhelms von Weimar vor Kronach das Land arg mitgenommen und außerdem den Feind wieder herangelockt.

Als dann Kanne nach Frankfurt kam (am 4. August)[4], bereitete ihm Oxenstierna einen unerwartet freundlichen Empfang: die ungleichen Reden hätten ihn wohl etwas irregemacht, er kenne aber den Markgrafen und vertraue ihm. Kanne erhielt den Eindruck, daß, wenn der Markgraf nur etwas kontribuieren könne, ihm und seinen übrigen Wünschen auch geholfen werde[5].

Obwohl damals der Markgraf entschlossen war, auch den Kreisrat zu beschicken[6], war es doch bereits zu spät, um die Folgen seines unklugen Verhaltens ganz abzuwenden. Ehe Kanne nach Frankfurt kam, hatte Oxenstierna es für nötig gehalten, den verworrenen Zuständen in Franken ein Ende zu machen. Da sich der Markgraf versagte, mußte es auch

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ohne ihn gehen. Der Kanzler beauftragte den neuen Herzog von Franken, im dortigen Kreise nach dem Rechten zu sehen, und der Herzog war entschlossen, hier auch energisch einzugreifen[1]. Als Herzog Bernhard zur Huldigung in sein Herzogtum kam, erwarteten die Kreisräte, daß er den Kreisrat installieren werde. Er ordnete aber zunächst nur seinen General-Kriegspräsidenten über Franken, Melchior Reinhard von Berlichingen, zum Kreisrate ab und verlangte für ihn den ständigen Vorsitz. Auf die Frage der Kreisräte, ob er als Deputierter der Fürstenbank oder des Herzogs Bernhard dem Kreisrate angehören solle, erwiderte Berlichingen: als der des Herzogs, der gewillt sei, dem Kreisrate alle Plenipotenz allein zu erteilen, der Kreisrat solle nicht vom Bundesrate, sondern allein von ihm, dem Herzog, als General im fränkischen Kreise, abhängen[2]. Am 1. August erließ Herzog Bernhard als General im fränkischen Kreise ein Patent, worin er zur Abstellung der Insolenzien der Soldateska 200 Reiter bestellte, die fleißig die Straßen patroullieren und sicherstellen sollten[3], zugleich befahl er „unsern zum Kriegsrat verordneten Präsidenten von Berlichingen, sowohl den Kreis- und Kriegsräten" darüber zu beraten, wie dem zu steuern sei, Instruktion könne er ihnen nicht erteilen, sie sollten nach Diskretion verfahren[4].

Das alles widersprach freilich den Abmachungen in Heilbronn vollständig, wonach von einer Zuordnung eines Kreisrates vom General nicht die Rede war, im Gegenteil, der Kreisrat sollte ja gerade der Vertreter der Stände sein. Die übrigen Kreisräte berichteten darüber nach Hause und erbaten Instruktion[5]. Obwohl die Kreisräte selbst einsahen, wie nützlich die Maßregeln des Herzogs bei ihrer eigenen Ohnmacht waren[6], waren doch die Stände nicht geneigt, sich die Vorteile des so schwer erreichten Kreisrates so bald wieder aus den Händen winden zu lassen. Sie wiesen die Kreisräte zwar an, den Sitzungen weiter beizuwohnen, nachdem sie gehörig protestiert hätten[7], hielten es aber für das beste, die Regelung

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der ganzen Frage an den in Frankfurt versammelten Bundesrat zu verweisen[1].

Inzwischen hatte Herzog Bernhard, der nicht die Absicht hatte, den Ständen zunahe zu treten, den Nürnberger Kreisrat Kreß von Kressenstein zu sich nach Donauwörth gefordert, der ihm hier erst volle Aufklärung über die Zwecke und Aufgaben des Kreisrates gab[2]. Der Herzog erklärte, er hätte angenommen, daß der Kreisrat ihm zur Seite stehen solle; er sei im Irrtum gewesen und werde nunmehr Berlichingen abfordern. Das ist indessen nicht erfolgt[3], im Gegenteil: Oxenstierna beauftragte jetzt den Herzog mit der Präsentation zum Kreisrate, und Herzog Bernhard präsentierte Berlichingen nunmehr „wegen der Krone Schweden und des Generalates"[4]; er trat an die Stelle von Crailsheims, der bisher als Vertreter Schwedens im Kreisrate gesessen hatte. Dagegen konnten die Stände nichts einwenden, und Berlichingen blieb seitdem „Präsident" des Kreisrates, auch nachdem die vom Frankfurter Bundestage beschlossene Instruktion der Kreisräte eingetroffen war[5], die ausdrücklich einen ständigen Wechsel im Vorsitze vorsah. Berlichingen erklärte, er hätte vom Herzog expressen Befehl, die Kriegsratspräsidentenstelle noch nicht zu quittieren. Die beiden Kreisräte, Geudter und Kreß, antworteten, daß die Stände Mittel finden würden, ihre Beschlüsse durchzuführen, wenn der Kreisrat nur erst richtig installiert wäre[6].

Und daran lag in der Tat alles, die fränkischen Kreisstände hatten einmal die Autorisation in die Hände Oxenstiernas gelegt, nun mußten sie auch abwarten, bis sie erfolgte. Und Oxenstierna hatte seine Gründe, damit nicht zu eilen, da weder Herzog Bernhard noch der Markgraf von Kulmbach[7] ein Interesse an dem Kreisrat zeigten, sie waren und blieben doch die ausschlaggebenden Faktoren im Kreise. Wie machtlos der Kreisrat war, beleuchtet am besten folgender Zusammenstoß mit dem Markgrafen Christian. Auf ein Patent Oxenstiernas hin forderten die Kreisräte den Markgrafen auf,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

seine Quote an Proviant für die Armee Herzog Bernhards zu liefern (Sept. 5); da der Markgraf das ablehnte, erneuerten die Kreisräte auf wiederholten allgemeinen Befehl des Reichskanzlers ihre Aufforderung (Sept. 17). Der Markgraf wies auf Holcks Armee hin, die sich in seinem Lande befinde und ihm jede Lieferung unmöglich mache. Daraufhin richteten die Kreisräte zum dritten und letzten Male ihr Ersuchen an den Markgrafen (Okt. 10), der sich nunmehr beschwerdeführend an den Reichskanzler wandte. Sein Gesandter beim Bundesrate, Moritz Kanne, beklagte zwar diesen Zusammenstoß mit dem Kreisrate sehr, beruhigte aber seinen Herrn, daß die Kreisräte eine Exekution nur auf besonderen Befehl Oxenstiernas und des Bundesrates vornehmen könnten. Und Oxenstierna war weit davon entfernt, einen solchen Schritt zu tun, die Erfahrungen der letzten Monate hatten ihn längst belehrt, daß mit Zwangsmaßregeln gegen die Bundesstände nicht durchzukommen war, er mußte froh sein, wenn er mit Güte etwas von ihnen erreichte, um nicht die Zahl seiner Feinde noch mehr zu vermehren. Fertur equis auriga! So hatte er es auch hier vorgezogen, beiden Markgrafen von Brandenburg ihre Wünsche wenigstens zum Teil zu erfüllen, um sie bei gutem Willen und bei der schwedischen Partei zu erhalten. Anfang September hatte er zunächst die Donation von Stadt, Kloster und Amt Kitzingen an die Ansbacher Markgrafen vollzogen, und zwar, auf Verwendung Herzog Bernhards, unter Verzicht auf Auszahlung des Pfandschillings von 39 000 fl.[1], letzteres wird ihm bei dem allgemeinen Geldmangel schwer genug angekommen sein. Und schließlich erreichte es der Markgraf von Kulmbach, daß Oxenstierna und der Bundesrat beschlossen, den Markgrafen ganz mit der Kontribution zu verschonen, bis sich sein Land erholt habe, ein Beschluß, der früher gefaßt, viel Mißstimmung verhütet hätte[2].

Markgraf Christians Abneigung gegen den Kreisrat steigerte sich immer mehr und führte schließlich zu einem groben

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Briefwechsel[1]. Er sah in ihm nicht nur einen Eingriff in seine Rechte als Kreisoberster, es verletzte auch sein hochgespanntes fürstliches Selbstgefühl, daß vor allem Vertreter des Adels und der Städte das Recht haben sollten, über ihn, den Fürsten, zu verfügen. Für ihn stand es fest, daß der Adel, Ritterschaft und Städte die augenblicklichen verworrenen Zustände benutzten, sich bei Oxenstierna zu insinuieren, um zum Schaden der höheren Stände Vorteile für sich zu erlangen; es sei Gefahr vorhanden, daß der Unterschied zwischen Fürsten, Grafen und Edelleuten verwischt werde. Er fand es unerhört, daß man die Ritterschaft zu den Reichssachen hinzuzog und sie sogar als Vermittler zwischen Fürsten und Ständen gebrauchte; dadurch werde die Autorität der Landesfürsten und Lehnsherren untergraben[2]. Kein Wunder, daß er in den Händeln des Landgrafen Georg von Hessen mit den Grafen Solms und Isenburg — von denen später die Rede sein wird — ganz auf der Seite des Fürsten stand[3].

Andererseits war wieder der Adel in großen Sorgen, daß Herzog Bernhard als neuer Herzog von Franken sie unter seine Herrschaft ziehen würde, sie fürchteten eine „Landsässerei" von ihm und wählten den Grafen Philipp Reinhard von Solms zum Oberhaupt, dem sie etliche vom Adel als Ritterrat zuordneten[4]. Auf Bitten Herzog Bernhards machte man das damals wieder rückgängig; daß aber diese Sorge nicht ohne Grund war, sollte die Zukunft lehren.

So war zwar der Bundesrat glücklich zustande gekommen, dagegen der von den Ständen noch mehr begehrte Kreisrat nur sehr mangelhaft. Vor allem hatte sich aber gezeigt, daß an Stelle der von den schwedischen Statthaltern bisher geübten strafferen Zusammenfassung der Kräfte nur Unordnung und ein Auseinanderfallen getreten war. Das Band, das die Stände mit Schweden verknüpfte, begann sich infolge der divergierenden lokalen Interessen zu lockern.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

3. Hessen-Kassel und Niedersachsen.

Als Oxenstierna von Heilbronn nach Frankfurt kam, mußte auch das Verhältnis mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen geregelt werden, der den Konvent nicht beschickt hatte.

Wie vorher erwähnt, war der Landgraf vom König in nicht geringer Verstimmung geschieden, teils aus persönlichen, vornehmlich aber aus politischen Gründen. Der Landgraf hatte vertragsmäßig eine starke Armee auf die Beine gebracht — 15 000 Mann zu Fuß und 6000 Mann zu Pferde —, die er nur mit Hilfe der ihm vom König assignierten und später zum Teil donierten Gebiete zu unterhalten vermochte[1]. Von diesen Gebieten besetzte der Landgraf sofort Hersfeld und Fulda, seine Versuche dagegen, sich in Westfalen festzusetzen, namentlich die beiden festen Punkte Paderborn und Münster zu erobern (ohne die er nie in den wirklichen Besitz der Quartiere kommen konnte), scheiterten anfänglich an den Eifersüchteleien mit Herzog Georg von Lüneburg; dann aber daran, daß der König den Landgrafen mit allen verfügbaren Truppen nach Nürnberg rief. Dort wurde er nicht anders als ein „schwedischer Colonell" geachtet, und sein fürstliches Selbstgefühl wurde dadurch verletzt, daß er sich dem Befehle anderer fügen mußte. Schlimmer aber war, daß während seiner Abwesenheit die kurzsichtige und eigensinnige Kriegführung Herzog Georgs und Baudissins Pappenheim gestattete, in Westfalen und Niedersachsen alles über den Haufen zu werfen und Baudissin nach dem Süden zu drängen. In Westfalen war fast alles Erreichte wieder verlorengegangen, und Hessen war dem Gegner schutzlos preisgegeben. Der Landgraf eilte in sein Land zurück, seine Regimenter aber blieben bei dem Könige bis zu einer „Hauptaktion".

So war — wie schon erwähnt — selbst dieser schwedenfreundlichste aller deutschen Fürsten beim Tode des Königs

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

keineswegs mehr geneigt, lediglich der Gehilfe Schwedens und der Förderer ihrer Interessen allein zu sein. Auch er wollte jetzt die drückend gewordene Übermacht und Allgewalt Schwedens abschütteln[1] und die Fesseln, die ihn an Schweden banden, sprengen, damit auch seine partikularen hessischen Interessen gebührende Rücksicht finden konnten. Dabei dachte er nicht daran, die schwedische Partei zu verlassen[2], er wollte auch weiterhin ein treuer und überzeugter Bundesgenosse Schwedens bleiben, aber eben ein selbständiger und gleichberechtigter Bundesgenosse und freier Reichsfürst, und nicht bloß ein schwedischer Kolonell. Dazu bedurfte er vor allem der freien Verfügung über seine Truppen. Seine Bestallung als schwedischer General sah er mit des Königs Tode für erloschen an und hielt daran fest, daß er nach seiner Ansicht völlig freie Hand über seine Armee erlangt habe[3].

So war es sein erstes Bemühen, als die Schlacht bei Lützen geschlagen war, seine Truppen wiederzubekommen[4]; er bedurfte ihrer auch zunächst zum Schutze gegen Gronsfeld, der sich gegen Hessen gewendet hatte[5]. Herzog Bernhard und Oxenstierna mußten sich dazu verstehen und die Truppen ziehen lassen. Sobald er ihrer wieder mächtig war, ging der Landgraf sogleich an die Ausführung seiner Pläne, auch gelang es ihm, von Baudissin etliche Regimenter zur Unterstützung zu erhalten, womit er namentlich seinem Mangel an Kavallerie abhalf[6].

Sein Plan war, „eine feste Korrespondenzlinie von den Garnisonen der Generalstaaten an bis zu den hessischen zu machen" und auf diese Weise einmal Gronsfeld von seiner Rückzugslinie und seinen Hilfsquellen am Rhein abzuschneiden und dann, wenn möglich, mit den Generalstaaten in nähere Verbindung zu treten[7]. Es ist also der alte Plan des Landgrafen, die westfälischen Stifter zu erobern, diesmal in erster Linie Münster.

Auf die Verbindung mit Holland setzte er große Hoffnungen, und das in mehrfacher Hinsicht. Durch seine Frau, die später

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

mit Recht berühmt gewordene Landgräfin Amalie Elisabeth, stand er in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Oraniern, während ihn die kalvinische Glaubensgemeinschaft mit den Holländern überhaupt verband. Die Generalstaaten freilich waren seinen Wünschen gegenüber, die sich zumeist auf Unterstützung durch Munition, Kanonen u. dgl. beschränkten, zurückhaltend, da sie fürchteten, durch den hessischen Angriff auf Münster ihre Neutralität mit Kurköln zu gefährden[1]. Mehr Entgegenkommen fand der Landgraf bei dem Oranier; denn damals müssen die ersten Verhandlungen über den Eintritt seines Obersten Peter Holzapfel gen. Melander in hessische Dienste gepflogen worden sein[2];

Daneben stand aber Landgraf Wilhelm in engster Verbindung mit dem Winterkönige, Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz, der als Flüchtling im Schutze der Generalstaaten lebte[3]. Auch mit ihm verband ihn das gleiche Glaubensbekenntnis, und seit dem Erscheinen Gustav Adolfs ermunterte er ihn unablässig, mit englischer Unterstützung eigene Werbungen zur Wiedereroberung der Pfalz vorzunehmen; er war bereit, sie wie seine eigenen zu unterstützen[4]. Und als sich der Kurfürst endlich aufmachte, um mit Gustav Adolf in Mainz zusammenzutreffen, trat der Landgraf in das engste freundschaftliche Verhältnis zu ihm[5]. Der Tod des Kurfürsten hinderte die Ausführung der verabredeten Pläne; um so mehr ließ es sich der Landgraf angelegen sein, die Witwe zu ermuntern, mit Hilfe der Generalstaaten und Englands ein kleines Korps aufzurichten[6]. Es ist bekannt, daß ihm dies auch schließlich gelungen ist[7]. Zu beachten ist dabei, daß es sich hier um Truppen handelte, die von Schweden gänzlich unabhängig waren, und daß derartige Verabredungen bereits mit dem Kurfürsten zu Lebzeiten Gustav Adolfs getroffen worden sind.

Daß der Landgraf nach dem Tode des Winterkönigs sogleich auch in enge Verbindung mit dem Pfalzgrafen Ludwig Philipp von Simmern, dem Administrator der Kurpfalz, trat, ist selbst-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

verständlich; doch sind wir über die Einzelheiten nicht unterrichtet[1].

Ein weiterer Schritt, sich von Schweden unabhängig zu machen, war es, daß Landgraf Wilhelm sich mit Frankreich in Verhandlungen einließ, zu denen ihn nach dem Tode Gustav Adolfs der französische Gesandte la Grange aux Ormes aufforderte[2]. La Grange empfahl ihm dringend, sich in diesen gefährlichen Zeiten Frankreich anzuschließen, das die Freiheit der deutschen Stände gegen ihre Feinde schützen wolle, und regte den Gedanken an, der Landgraf müsse die Stellung als französischer General und die damit verbundene stattliche Pension, die sein Vater und Bruder (Landgraf Moritz und Landgraf Philipp) bei ihren Lebzeiten innegehabt hätten, jetzt auch erhalten. Dem Landgrafen kam das sehr gelegen: Frankreich mußte ihm ein willkommenes Gegengewicht gegenüber Schweden sein; er ist bereitwillig auf diese Anregung eingegangen und hat seinen Rat Sixtinus zu la Grange nach Frankfurt geschickt, dem er Briefe an den König auf seine Reise nach Paris mitgab, in denen er um die Übertragung der in seinem Hause fast schon erblich gewordenen französischen Pension bat[3], ob auch um die Generalstelle, ist nicht bekannt.

Vor allem aber kam es darauf an, so rasch wie möglich seinen Zug nach Westfalen ins Werk zu setzen, den er jetzt unternahm — und das ist besonders zu beachten —, ohne sich mit Oxenstierna in Verbindung gesetzt zu haben[4]; er begann den Zug vielmehr auf eigene Faust und gegen die Intentionen des Reichskanzlers, der ihm eine Tätigkeit an der Lippe und im Stifte Paderborn zugedacht hatte[5].

Am 18. Januar 1633 brach Landgraf Wilhelm von Kassel auf[6], vereinigte sich mit den von Baudissin geschickten Regimentern und bemächtigte sich in raschem Zuge des westlichen Stiftes Münster, der Stadt Dortmund und des kölnischen Vestes Recklinghausen: Dorsten, Dülmen, Coesfeld, Borken und Bocholt waren bis Mitte Februar von den Hessen besetzt.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Damit war die Verbindung mit den Holländern hergestellt und Gronsfeld ein großer Teil seiner Quartiere entzogen. Wichtiger aber war, daß er nun einen Teil des Stiftes Münster in den Händen hatte und nutzen konnte und daß er damit andern zuvorgekommen war, die ebenfalls ihre Absichten auf die westfälischen Stifter gerichtet hatten.

Der Besitz des Stiftes konnte aber kein wirklicher und kein dauernder sein, solange nicht auch die Hauptstadt Münster erobert war[1]. Dazu war er aber allein zu schwach, zumal er jetzt auf Oxenstiernas und Baudissins dringende Schreiben dem letzteren die unter dem Obersten Plesse geschickten Truppen wieder zurücksenden mußte[2]. Sobald er deshalb vernahm, daß die niedersächsische Armee unter Herzog Georg und Knyphausen im Anzuge sei, hat er sich sogleich bemüht, sie zur Konjunktion mit seiner Armee zu bewegen, mit ihrer Hilfe hoffte er, die Stadt in acht bis vierzehn Tagen bezwingen zu können[3]. Und als die Armee an der Weser angelangt war, sandte er seinen Generalauditeur Dr. Antrecht zu demselben Zwecke in das niedersächsische Lager[4]; als Gegendienst erbot er sich, danach alle noch vom Feinde besetzten Weserplätze erobern zu helfen.

Inzwischen zog er alle seine Truppen wieder zusammen, ließ nur Dortmund, Dorsten und Coesfeld besetzt und rückte vor Paderborn, um sich auch dieses Stift vor andern zu sichern[5].

Wenn aber Landgraf Wilhelm wirklich geglaubt hat, die niedersächsische Armee für seine Zwecke gewinnen zu können, so war er ganz und gar im Irrtum befangen. Die Instruktion, mit der Oxenstierna Herzog Georg und Knyphausen entlassen hatte[6], wies ihnen die Weser als Operationsfeld zu. Sie sollten entweder versuchen, dort eine der Weserfestungen — etwa Hameln oder Nienburg — wiederzuerobern, falls Gronsfeld durch Baudissin abgezogen würde und die Plätze schlecht besetzt wären: falls also die Eroberung ohne Schwie-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

rigkeiten durchzuführen war; oder sie sollten den westfälischen Kreis vom Norden fassen, mit der Ems als Basis; dort sollten sie einen festen Platz okkupieren und sich dann nach Süden dem Landgrafen von Hessen entgegenarbeiten, der von seiner Seite sich gegen die niedersächsische Armee hinaufarbeiten sollte; so sollte der Feind an der Weser von seinen Hilfsquellen am Rhein abgeschnitten und ihm die Existenzmittel aus dem westfälischen Kreise genommen werden. Die Instruktion trägt den Stempel des Kompromisses an der Stirn. Für Oxenstierna kam es in erster Linie auf die Besetzung möglichst großer Landflächen an, um dem Feinde die Mittel zum Unterhalte zu entziehen, vor allem seine Rekrutenplätze zu zerstören. Ihm lag an der Besetzung des flachen Landes, nicht an der Eroberung der festen Plätze; auf sie aber kam es Herzog Georg an, der vor allem seinen niedersächsischen Kreis in Sicherheit setzen wollte, und das war nur möglich durch den Besitz der festen Plätze, und zwar zunächst der Weserfestungen, die dem Feinde den freien Zugang in die welfischen Stammlande gewährten. Oxenstierna hatte seinen Partikularinteressen insoweit nachgegeben, als er es den beiden Heerführern überließ, welcher Aufgabe sie sich zuwenden würden. Wieweit die privaten Interessen Knyphausens, der sein Augenmerk auf Meppen an der Ems gerichtet hatte, Einfluß auf die Gestaltung der Instruktion gewonnen haben, steht dahin.

Die Art der Ausführung dieser Aufgabe, wie sie Knyphausen und Herzog Georg beliebten, mußte sie notwendigerweise mit dem Landgrafen von Hessen in Konflikt bringen. Nachdem Oxenstierna die Armee bei Halle gemustert hatte, marschierte sie durch das Lüneburgische nach Bremen, um die dortige Weserbrücke zu benutzen, da die anderen Brücken von Hameln, Minden und Nienburg im Besitze des Feindes waren. Die Heerführer hatten sich also entschlossen, zunächst gemäß dem zweiten Teile ihrer Instruktion zu verfahren und sich des nördlichen Teiles des westfälischen Kreises zu bemächtigen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ende Februar war diese Aufgabe durchgeführt und damit ein Gebiet erobert, das sie als Quartier für Kontribution und Werbungen benutzen konnten[1].

Von dort aus drangen sie weiter nach Süden vor, aber nicht, um im Verein mit dem Landgrafen weiter das platte Land in ihren Besitz zu bringen, sie bogen vielmehr nach Südosten ab, bemächtigten sich Herfords und Bielefelds, von wo aus Knyphausen das Stift Paderborn besetzen wollte[2]. Er gab aber diese Absicht wieder auf und wandte sich ganz und gar der Weser zu, deren Befreiung er als seine eigentliche Aufgabe betrachtete[3]. Bei Rinteln erfocht er am 12. März einen schönen Erfolg über den Feind, und unmittelbar darauf beschlossen die beiden Heerführer, sich an die Belagerung von Hameln zu machen[4], das den direkten Verkehr zwischen Niedersachsen und Westfalen sperrte. Da die Gegenpartei diesen wichtigen Paß mit allem wohl versehen und vor allem ihm in dem Obersten von Schellhammer einen außerordentlich tüchtigen Kommandanten gegeben hatte, war die niedersächsische Armee allein zu dieser Belagerung zu schwach. Ihre Führer zogen deshalb nicht nur die braunschweigischen und bremischen Truppen an sich, sie forderten auch den Landgrafen auf, sich an der Belagerung zu beteiligen.

Daß das Unternehmen durchaus nicht im Sinne Oxenstiernas war, ist selbstverständlich; ihm lag an einer langwierigen Belagerung, die die Armeen für eine unbestimmte Zeit fesseln mußte, gar nichts; er hatte ihr nur zugestimmt für den Fall, daß die Festung ohne großen Zeitverlust erobert werden konnte. Trotzdem wagte er nicht, bestimmt einzugreifen, Herzog Georg mußte geschont werden.

So standen sich die Wünsche der Niedersachsen und Hessen scharf gegenüber, und es war ohne weiteres klar, daß auch die Sendung Dr. Antrechts ohne Erfolg bleiben mußte. Ehe es aber über diesen Punkt zu weiteren Erörterungen kam, hatte der Konflikt mit den Hessen bereits auf einem anderen Gebiete, dem der Quartiere, in voller Schärfe eingesetzt. So-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gleich nach dem Erscheinen im Niederstift Münster hatte Herzog Georg die Stifter Münster, Minden, Osnabrück, auch die Grafen zur Lippe, Bentheim, Tecklenburg und Schaumburg aufgefordert, zum 17. Februar Vertreter nach Vechta zu senden, mit denen er über Neutralität und Kontribution verhandeln wolle[1]. Damit griff er in die Interessensphäre des Landgrafen ein, dem durch die Quartierverleihung vom 17. Oktober 1631[2] Paderborn, Korvey, Münster, Osnabrück, die Grafschaft Arnsberg und „soweit er sich nur in Westfalen extendieren könne" als Quartier angewiesen war. Die Bitte des Landgrafen, die Grafschaften Bentheim und Tecklenburg bei seinen Quartieren zu lassen, da das Stift Osnabrück für die niedersächsische Armee genüge[3], lehnte Knyphausen ab und antwortete[4], daß die Instruktion Oxenstiernas — von der er eine Abschrift übersandte — die westfälischen Stifter und ihre angrenzenden Länder der niedersächsischen Armee zur Verpflegung anweise und daß der Reichskanzler dem Landgrafen Order erteilt habe, den Feind im Stift Paderborn und an der Lippe anzugreifen, nicht aber im Stift Münster; die Verpflegung der hessischen Truppen müsse aus dem rheinischen Kreise geschehen. Herzog Georg pflichtete dem bei[5]: das Stift Münster sei den Niedersachsen überlassen. Die für Hessen äußerst günstige Quartierverleihung war ihm von je ein Dorn im Auge gewesen, da er für seine Armee im wesentlichen auf die welfischen Stammlande Braunschweig und Lüneburg angewiesen war. Die Hessen waren aber eben früher aufgestanden als die anderen und hatten deshalb auch größere Vorteile erlangt. Daß der Landgraf jetzt, wo er zuerst dauernden Nutzen davon zu haben hoffte, auf den größten Teil verzichten sollte, war eine starke Zumutung. Er konnte im besonderen auf die Stifter Münster und Korvey (über letzteres besaßen die Welfen die Schutzvogtei) um so weniger verzichten, als sie ihm vom Könige doniert waren, und zwar Münster dafür, daß er seine Rechte auf die Sukzession in Marburg aufgegeben hatte.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In der Instruktion Oxenstiernas für die niedersächsische Armee, soweit sie bekannt ist[1], ist übrigens nicht davon die Rede, daß die niedersächsische Armee den westfälischen Kreis, insbesondere auch das Stift Münster, als Quartier zugewiesen erhalten und daß die hessische Armee ihre Verpflegung aus dem rheinischen Kreise beziehen solle. Bei der Bestimmtheit, mit der Knyphausen sowohl wie Herzog Georg das behaupteten, und bei der Haltung, die Oxenstierna in dieser Angelegenheit einnahm[2], kann man aber kaum etwas anderes annehmen, als daß der Reichskanzler den beiden Führern der niedersächsischen Armee in Halle mündliche Zusicherungen erteilt hat. Das wäre aber sehr auffällig, da ihm die begründeten Ansprüche des Landgrafen — auch wenn die Donation formell noch nicht vollzogen war — bekannt sein mußten; ebenso auffällig ist es, daß er dem Landgrafen nur ein so bescheidenes Operationsfeld wie das Stift Paderborn und die Lippe, d. h. die Grafschaft Mark, zubilligte. Wenn er etwa mit diesem Beiseiteschieben der Ansprüche des Landgrafen diesem eine nur bescheidene Rolle im Rahmen seiner Allianz, also als schwedischer Kolonell zugedacht haben sollte, so hatte Landgraf Wilhelm durch seinen kühnen und selbständigen Zug in das Stift Münster solche Absichten vollständig durchkreuzt. Oxenstierna hat der dadurch geschaffenen Lage Rechnung getragen und die den Niedersachsen gegebenen Zusicherungen — wenn sie wirklich erfolgt sind — wieder zurückgenommen und suchte nunmehr zwischen beiden Parteien zu vermitteln. Er schrieb dem Herzog Georg von Würzburg aus[3]: es sei seine Absicht nicht gewesen, der hessischen Armee Eintrag zu tun; beide Armeen sollten sich für eine einzige ansehen, und falls sich Schwierigkeiten in der Verpflegung ergäben, sollten sich die Kommissare zusammentun und sich vergleichen; der Herzog werde gewiß die gemeinsame Wohlfahrt dem geringen Vorteile vorziehen, der sich vielleicht sonst ergebe.

Die Gegensätze zwischen den Hessen und den Niedersachsen wurden noch dadurch verschärft, daß Herzog Georg den An-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

spruch erhob, auch im westfälischen Kreise das Oberkommando zu führen, kraft seines schwedischen Generalats und der ihm von Oxenstierna erteilten Instruktion[1]; mit Vorliebe brauchte er den Titel „der Kgl. Würde in Schweden General im niedersächsischen und westfälischen Kreise". Herzog Georg berief sich dabei zu Unrecht auf sein Generalat; denn als General war er nur für den niedersächsischen Kreis bestallt[2]; eher hätte Knyphausen ein Recht gehabt, dies zu tun, in dessen Ernennungsdekrete zum Feldmarschall es heißt, daß er die Armee in Niedersachsen und Westfalen führen, feindliche Lande besetzen und brandschatzen, der Freunde Länder aber soviel sichs tun läßt gebrauchen solle; wurde doch seine Armee dort die niedersächsische und westfälische genannt. Vielleicht aber konnte der Herzog seine Ansprüche auf die ihm von Oxenstierna erteilte Instruktion gründen, die ähnlich gelautet haben muß wie die Anweisung, die Knyphausen in seiner Bestallung erhielt.

Es liegt auf der Hand, wie sehr das alles der Anschauung des Landgrafen widersprach, der soeben erst die Fesseln der schwedischen Bestallung abgestreift zu haben glaubte und der mit vollem Rechte ältere Rechte geltend zu machen hatte; es war natürlich, daß diese Differenzen ein gedeihliches Zusammenarbeiten der beiden Armeen erschwerten. So zeigten sich auch auf diesem Kriegsschauplatze von Anfang an die verhängnisvollen Folgen des Fehlens eines straffen Oberkommandos.

Landgraf Wilhelm schlug bei dem Erscheinen der niedersächsischen Armee eine Abordnung von Kommissaren vor, die die beiderseitigen Ansprüche vergleichen sollten[3]; Herzog Georg lehnte aber in seiner eigensinnigen Art jede Verhandlung ab und versteifte sich auf Oxenstiernas Instruktion[4]. Und als seine Truppen die Paderborner Quartiere von den Hessen besetzt fanden, verlangte er kurzweg, daß sie sie räumen sollten[5]. Die Interposition des Ambassadeurs Wolff, der sich in das Lager nach Oldendorf begab, wurde sogar von Herzog

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Georg und Knyphausen „vor eine Prokuratur und übel aufgenommen", obwohl sich der Landgraf bereit erklärt hatte, auf etliche Gebiete zum Besten der Belagerung von Hameln zu verzichten[1].

So standen sich die gegenseitigen Ansprüche unausgeglichen gegenüber, als die Führer der niedersächsischen Armee jetzt ihrerseits an den Landgrafen mit dem Ansinnen herantraten, mit seiner Armee zu ihnen zu stoßen und Hameln mit belagern zu helfen.

Es ist nicht zu verwundern, daß der Landgraf zunächst wenig Neigung dazu verspürte; er hätte damit seine Truppen an der Weser festgelegt und seine bisherigen Erfolge im Stifte Münster wären wieder in Frage gestellt worden. Er blieb vielmehr dabei, nach der Einnahme der Stadt Paderborn seine Eroberungen im Stift Münster fortzusetzen[2], und das um so mehr, als er damals seinen neu bestallten Generalleutnant Melander erwartete, der natürlich auch ein selbständiges Kommando zu führen wünschte. Erst als während der Belagerung von Paderborn — die Stadt hielt sich länger, als der Landgraf erwartete, und kapitulierte erst am 7. April unter äußerst günstigen Bedingungen[3] — die Nachricht eintraf, daß die Spanier über den Rhein gegangen wären und vereint mit Bönninghausen zum Entsatze heranmarschierten, gab er dem Drängen des Herzogs nach[4], sich an der Belagerung von Hameln zu beteiligen[5]. Viel wird zu dem Entschluß auch die Überzeugung beigetragen haben, daß er allein dem Feinde nicht gewachsen war; auch durfte er hoffen, daß, wenn er jetzt dem Herzog Georg helfen würde, Hameln wiederzugewinnen, der Herzog ihm dann auch seinen Beistand nicht versagen würde, Münster zu erobern.

Schließlich mußte ihm auch bei seinen Differenzen mit dem Herzog daran liegen, die Geneigtheit des Reichskanzlers zu erhalten, wenn er den Bogen seiner partikularen Interessen nicht überspannte, sondern diesmal nachgab. Denn trotzdem die Niedersachsen jetzt die Suchenden waren, hatte Herzog

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Georg hartnäckig an seinen Ansprüchen auf das Oberkommando und die westfälischen Quartiere festgehalten[1]. Nachdem auch Wolffs Interposition ohne Erfolg gewesen war, blieb dem Landgrafen nichts anderes übrig, als die Hilfe Oxenstiernas anzurufen, so ungern er es auch tat: am 9. April sandte er seinen Rat Dr. Antrecht nach Heilbronn[2].

Sein Anmarsch nach Hameln verzögerte sich aus diesen und anderen Gründen, und erst am 29. April traf er selbst, am 30. seine Infanterie vor Hameln ein. Die Kavallerie blieb im Stifte Paderborn zurück. Der Landgraf selbst hielt sich nur wenige Tage im Lager auf[3], aber auch diese Gelegenheit der persönlichen Verhandlungen brachte keine Veränderung in den schwebenden Differenzen, nach wie vor sahen die Niedersachsen scheel auf die hessischen Quartiere[4], während die Hessen mißmutig waren, daß sie mit gebundenen Händen zusehen mußten, wie ihre jüngsten Eroberungen in Westfalen wieder verlorengingen[5]. Trotzdem haben die Hessen an der Belagerung von Hameln tapfer mit teilgenommen, und der Landgraf hat das Seine getan, zur Ausdauer zu ermahnen. Und das war nötig, da die Belagerung über alles Erwarten lange dauerte[6].

Mit dem Eintreffen der Hessen konnte der Ring um die Stadt geschlossen werden. Die Stadt selbst, die auf dem rechten Weserufer liegt, wurde von den Niedersachsen — gegen das Ostertor — und von den Hessen — gegen das Neue Tor — eingeschlossen; auf dem linken Ufer am Abhange des Klüt lagen die bremischen und die braunschweigischen Truppen, über die seit Ende April der Generalmajor v. Uslar das Kommando führte. Sie sperrten die Weserbrücke, die durch ein festes Werk beschützt war.

Es fehlte aber an dem Nötigsten; das Heranschaffen des erforderlichen Proviants, noch mehr der Munition und anderer Materialien bereitete große Schwierigkeiten. Die Belagerung machte nur langsam Fortschritte, während die Besatzung in Ausfällen unermüdlich war. Dazu kam noch,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

daß das wochenlang andauernde schlechte Wetter die Arbeiten der Belagerer außerordentlich erschwerte. Man kann auch nicht leugnen, daß es bei den Belagerern an einem straffen und energischen Oberkommando mangelte; wenn auch Herzog Georg und Knyphausen in gutem Einverständnis waren, so bedeutete das doppelte Kommando gewiß keinen Vorteil. Verhängnisvoller aber waren die unendlichen Differenzen der beteiligten Fürsten und Führer und ihre auseinandergehenden Interessen.

Zunächst stießen hier wiederum die braunschweigischen und cellischen Interessen aufeinander. Herzog Friedrich Ulrich konnte nur mit Mühe bewogen werden, seine Truppen vor Hameln zu schicken, und das um so schwerer, je gröber und verletzender der Ton war, den Herzog Georg gegen seinen Vetter und besonders gegen dessen Generalmajor Thilo Albrecht von Uslar anschlug. Schließlich gab aber Herzog Friedrich Ulrich nach auf Bitten seiner ins Lager vor Hameln gesandten Kommissare, die ihm von der zuletzt drohenden Haltung des Vetters berichteten; vielleicht hat aber auch nicht wenig die Sorge mitgewirkt, daß die Stadt Hameln nach der Eroberung ihm vorenthalten werden könne, wenn er sich nicht an ihrer Belagerung beteilige. Denn nicht nur Braunschweig machte Anspruch auf die Stadt, sondern auch Celle, und die Gefahr lag nahe, daß Schweden die Hand auf die Stadt legen werde, bis die Rechte der streitenden Welfenherzöge entschieden wären[1]. Friedrich Ulrich suchte Schutz bei Knyphausen, mit dem er gerade damals wegen Einräumung des Amtes Syke als Sicherstellung für seine Forderung von 15 000 Rt. verhandelte[2]. Er erhöhte die Summe freiwillig auf 24 000 Rt., wenn sich Knyphausen schriftlich verpflichten würde, daß dem Herzog Hameln und alle anderen ihm gehörenden Orte, die erobert werden würden, eingeräumt würden. Knyphausen lehnte einen schriftlichen Revers ab, und Herzog Friedrich Ulrich mußte sich mit seiner Parole begnügen, daß Hameln ihm eingeräumt werden würde[3].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Inzwischen hatte aber Herzog Georg nicht gefeiert: er wandte sich an Oxenstierna selbst. Mitte Mai sandte er Bodo von Hodenberg zu ihm, um wegen Räumung des Eichsfeldes wie auch Hamelns zu verhandeln[1]. Oxenstierna war mit der Belagerung von Hameln keineswegs einverstanden, er wünschte vielmehr, daß die Niedersachsen und Hessen zusammen Gronsfeld ruinieren und gegen den Rhein zurückdrängen sollten[2]: sein Wunsch war auch hier, Meister im Felde zu bleiben, sich aber nicht mit Belagerungen festzulegen. Immerhin war ihm jetzt der gute Wille des Herzogs — schon mit Rücksicht auf den Braunschweiger Herzog — zu wertvoll, als daß er ihm nicht nach Möglichkeit entgegengekommen wäre. Wegen Duderstadts und des Eichsfeldes trat er mit dem Herzog Wilhelm von Weimar in Verhandlungen[3], und Hameln, erklärte er, niemand anderem als dem Herzog Georg einzuräumen — war es dann doch immer noch von schwedischen Truppen besetzt; er wolle ihm auch zu allen anderen Orten, die ihm zustünden, verhelfen und noch zu mehr, „inmaßen er denn E. f. G. hoch zu heben gedächte". Das war die Strafe für den rebellischen Herzog von Braunschweig.

In Braunschweig rief denn auch diese Nachricht nicht geringe Bestürzung hervor[4], nicht weniger bei Knyphausen, der sie zunächst nicht glauben wollte; dann aber riet er dem Braunschweiger, schleunigst einen Gesandten zu Oxenstierna zu schicken, so lange werde er selbst Hameln besetzen[5]. Das war nun gerade das, was man in Braunschweig zu vermeiden wünschte[6]. Einen Ausweg wußte man aber auch nicht, da man von der Erfolglosigkeit einer Sendung an Oxenstierna von vornherein überzeugt war. Ein schwacher Trost war es, daß sich im Lager vor Hameln die braunschweigischen und die hessischen Kommissare gegenseitig unterstützten und damit eine Annäherung der beiden Fürsten anbahnten, die später nicht ohne Einfluß auf den Gang der Ereignisse blieb. Sie hatten sich damals auf dem gemeinsamen Boden gefunden,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

daß Vorsicht gegenüber Schweden nötig sei: Regis Sueciae wie auch jetziger schwedischer Diener Intention sei sattsam bekannt[1].

Zu diesen Gegensätzen zwischen den beiden welfischen Fürsten traten dann noch die Schwierigkeiten zwischen Niedersachsen und Hessen. Hier war es besonders Melander, der durchaus wünschte, sein neues Kommando auch selbständig auszuüben; immer wieder versuchte er, den Landgrafen zur Trennung von den Niedersachsen zu bewegen, indem er auf die Folgen in Westfalen hinwies. Landgraf Wilhelm blieb aber fest, und er war es, der dann in den Tagen der Not immer bereit war, die Belagerungsarmee durch Sendung von Proviant, Munition, Geschützen und was dergleichen mehr war zu unterstützen. So sehr auch seine Kommissare Kritik an der mangelhaften Leitung der Belagerung übten, so ermahnte der Landgraf doch immer zum Ausharren und zum Durchführen des einmal begonnenen Werkes. Melanders Wunsch nach Selbständigkeit wurde insoweit erfüllt, als er den Auftrag erhielt, mit einem Reiterkorps — zusammen mit dem Oberst Kagge — die feindlichen Versuche eines Entsatzes zu zerstören. Solange Bönninghausen allein war, gelang es auch, seine Vereinigung mit den Truppen, die Graf Gronsfeld in Minden zusammenhielt, zu verhindern, ihn über die Ems zurückzudrängen und ihm manchen Abbruch zu tun. Als aber Pfalzgraf Christian, der das Kommando über Baudissins Armee am Rhein übernommen hatte[2], wieder nach dem Elsaß beordert wurde, erhielt Merode Luft und konnte nunmehr den von Kurköln und dem Bischof von Osnabrück mit Energie betriebenen Entsatz von Hameln in die Wege leiten. Am 1. Juni brach Merode auf[3], und es gelang Melander mit seinen unzureichenden Kräften nicht, den Übergang über die Ruhr (am 25. Juni)[4] und damit seine Vereinigung mit Bönninghausen zu hindern. Bei Undorp überschritten sie die Lippe (am 29. Juni)[5], und es galt nunmehr, wenigstens ihre Vereinigung mit Gronsfeld zu verhindern. Das feindliche Entsatz-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

heer marschierte auf Osnabrück, während Knyphausen selbst von Hameln aufbrach, um sich mit Melander bei Lübbecke zwischen Merode und Gronsfeld zu legen. Trotzdem gelang es Gronsfeld, sich mit Merode bei Wittlage zu vereinigen, und nun wurde es mit dem Entsatz Ernst. In Eilmärschen kehrte Knyphausen über Rinteln zurück, um der durch Minden anmarschierenden katholischen Armee bei Oldendorf den Weg zu verlegen; dazu zog er fast die gesamten Belagerungstruppen noch an sich.

Am 8. Juli kam es bei Oldendorf zur entscheidenden Schlacht[1], in der dank der geschickten Taktik Melanders auf dem rechten Flügel und dank eines kühnen Reiterangriffs, mit dem Knyphausen auf dem linken Flügel die Entscheidung brachte, die feindliche Armee vollständig geschlagen und getrennt wurde. Es war ein glänzender Sieg, und der Jubel war groß, war es doch der erste wirklich ernsthafte Waffenerfolg im Felde nach des Königs Tode: die feindliche Armee war 13—14 000 Mann stark gewesen, davon waren 7—8000 Mann, also über die Hälfte, gefallen, 1700—1800 Mann gefangen, 15 Geschütze und 74 Fahnen[2] waren erbeutet worden.

Nach dem glänzenden Siege über die Entsatzarmee mußte sich auch Hameln ergeben, am 21. Juli zog Oberst Schellhammer mit seinen Truppen aus der Stadt ab, die er vier Monate lang auf das tapferste und geschickteste verteidigt hatte. Sogleich erhob sich der Streit, wer die Stadt besetzen sollte. Jetzt aber setzte Knyphausen nach heftigen Zusammenstößen mit Herzog Georg seinen Willen durch und legte das königliche Leibregiment unter Kagges Befehl in die Stadt, bis der Reichskanzler endgültig entschieden haben würde, wer die Stadt besetzen solle. Herzog Georg forderte aber von den Einwohnern die Huldigung für Lüneburg, trotz aller Einsprüche, die Braunschweig erhob.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Unter all den erwähnten Differenzen war, wie vorhin bemerkt, auch die zwischen den Niedersachsen und den Hessen über die westfälischen Quartiere in der Schwebe geblieben. Auf sie ist jetzt noch näher einzugehen. Auch nach dieser Richtung hin war Landgraf Wilhelm nicht müßig geblieben.

Es ist vorhin dargelegt worden, daß der Landgraf seine Operationen in Westfalen selbständig, und ohne Oxenstierna zu fragen, unternommen hatte. Aber auch auf politischem Gebiete hatte er sich zunächst von Schweden zurückgehalten. Als Oxenstiernas Einladung zum Ulmer Konvente in Kassel eintraf[1], war der Landgraf bereits in Westfalen, und — wie der Landgraf dem Reichskanzler versicherte[2] — das Ausschreiben und das der Verlegung des Konvents von Ulm nach Heilbronn erreichten ihn erst am 12. März in Lipperode, so daß es zu spät war, den Konvent zu besuchen. Er versprach aber im voraus, daß er die Beschlüsse des Konvents anerkennen werde.

Die Verbindung mit dem Reichskanzler wurde inzwischen im wesentlichen nur durch den schwedischen Ambassadeur Wolff aufrechterhalten, bis den Landgrafen die genannten Differenzen mit den Niedersachsen veranlaßten, sich wieder Oxenstierna zu nähern. Wie erwähnt, sandte er von Paderborn aus seinen Generalauditeur Dr. Antrecht nach Heilbronn[3], der dem Reichskanzler den Quartierstreit darlegen und um seinen Beistand bitten sollte. Um sein Entgegenkommen zu zeigen, erbot sich der Landgraf, auf das nördliche Westfalen: Osnabrück, Minden, Hoya, Diepholz, Bentheim und Lippe zu verzichten, wobei freilich zu beachten ist, daß davon eigentlich nur Osnabrück, Bentheim und Lippe von Wert waren; denn Hoya und Diepholz waren welfischer Besitz und das Stift Minden mußte sowieso, sobald es dem Feinde wieder entrissen wurde, dem Herzog Christian von Celle als Bischof von Minden zufallen.

Erfolg hat Dr. Antrecht nicht gehabt, die Angelegenheit blieb vielmehr in der Schwebe, bis Oxenstierna nach Frank-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

furt kam. Auf sein Verlangen[1] begab sich nunmehr der Landgraf persönlich dorthin, nachdem ihm der schwedische Ambassadeur Wolff bereits vorausgereist war. Es ist aber charakteristisch, daß, ebenso wie Antrecht die Verhandlungen in Heilbronn mit dem ausdrücklichen Vorbehalt begann, daß es dem Landgrafen als freiem Stande des Reiches freistünde, seine Feinde zu suchen, zu disponieren und ihre Länder zu okkupieren, „wie die Kron Schweden permissione Martis vor sich im Reiche tut"[2], jetzt auch der Landgraf zunächst nach Frankfurt schrieb, es sei ihm lieb, daß die Allianz zwischen Frankreich und Schweden zustande gekommen sei, wie ihm la Grange mitgeteilt habe: nunmehr könne auch er sich auf die ihm von Frankreich geschehene Offerte desto eher einlassen[3]: ein Wink, der in Frankfurt auch deutlich verstanden wurde[4]. Denn mit diesen „Offerten" hielt er einen wertvollen Trumpf in der Hand.

Richelieu und Pater Joseph hatten sofort erkannt, wie wertvoll es für ihre Pläne sei, den Landgrafen, der doch über eigene Truppen verfügte, zu gewinnen. Seine Wünsche wurden ohne weiteres erfüllt, und Feuquières erhielt den Auftrag, ihm seine Bestallung als französischer General und das Brevet über eine Pension von jährlich 36 000 Livres oder 12 000 Kronen[5] auszuhändigen. Darüber später mehr[6]. Hier nur so viel, daß der Landgraf die wichtigen Dokumente gerade noch rechtzeitig — am 15. Mai — von la Grange im Vorwege zugeschickt erhielt, um von ihnen in seinen Verhandlungen mit Oxenstierna Gebrauch zu machen, und seine Rechnung trog ihn nicht.

Im schwedischen Lager verfolgte man seine Annäherung an Frankreich mit Unruhe[7]. Um weiteren Schaden zu verhüten, mußte man ihm entgegenkommen. Oxenstierna gab auch hier nach und trug der gänzlich veränderten Stellung, die sich der Landgraf errungen hatte, klug Rechnung. Das Mittel, ihn bei Schweden zu halten, gaben die Verhandlungen über die Donation und die Quartiere, die nunmehr glatt vonstatten gingen[8].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Landgraf mußte zugeben, daß sein Anteil an den westfälischen Quartieren zu groß war gegenüber den wenigen, die den Niedersachsen zu Gebote standen. Auf Wolffs Vorschlag[1] verstand er sich dazu, außer auf Osnabrück, Minden, Bentheim, Hoya, Diepholz und Lippe auch noch auf den zwischen Ems und Weser gelegenen Teil des Stiftes Münster zu ihren Gunsten zu verzichten; da hierzu noch die Grafschaft Schaumburg und die brandenburgischen Grafschaften Mark und Ravensberg hinzukamen, stand den Niedersachsen jetzt ein beträchtlicher Teil Westfalens zur Verfügung. Oxenstierna mußte den Landgrafen für diese Zugeständnisse entschädigen und substituierte die kölnische Grafschaft Arnsberg, die Pfalz-Neuburger Lande von der Lippe bis an die Wupper und „so weit er über Rhein in des Kurfürsten von Köln Landen jetzo und künftig avancieren und sich deren bemächtigen könne". Hatte die bisherige Quartierverleihung ihm die Gebiete zugesprochen, soweit er sich „in Westfalen extendieren" könne, so war jetzt das Kurfürstentum Köln auch „über Rhein" und Pfalz-Neuburg hinzugekommen, eine wesentliche Veränderung, die ihren besonderen Grund hatte. Dem Landgrafen verblieben von Westfalen außer dem Stift Münster westlich der Ems noch die Grafschaft Rietberg, das Stift Paderborn und die Abtei Korvey, letztere trotz aller Ansprüche, die die Welfen auf sie erhoben.

Auch die Donation kam jetzt endlich zustande[2], und zwar ging Oxenstierna allen formalen oder sonstigen Anständen, die den Landgrafen bisher abgehalten hatten, den verlangten Revers auszustellen, dadurch aus dem Wege, daß er die formlose Erklärung des Königs an den Ambassadeur Wolff, in der die Donation bisher allein vorlag, selbst als Dokument ausstellte und den Ambassadeur mit der Übergabe und Immission beauftragte; dabei trat insofern eine Änderung ein, als von der Donation der östliche Teil des Stiftes Münster — zwischen Ems und Weser — jetzt ebenfalls ausgenommen und dafür die Grafschaft Arnsberg auch hier substituiert wurde[3]. Zu be-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

merken ist bei dieser Donation, daß jetzt von einem Vorbehalt der schwedischen Superiorität nichts erwähnt wird, nicht einmal von einer Rekognition von der Krone Schweden. Der Landgraf hatte sich vielmehr ausdrücklich ausbedungen, diese Donation als ganz und gar nicht subjekter, sondern allerdings freier und franker Fürst und der Krone Schweden freier Allierter anzunehmen[1]. Trotzdem war merkwürdigerweise das Heimfallrecht nach dem Aussterben der Kasseler Linie der hessischen Landgrafen an die Krone Schweden ebenso gewahrt wie die übrigen bereits vom Könige verlangten Beschränkungen: Konsens Schwedens bei Verschenkungen, Verlehnungen (!) und sonstigen Veräußerungen dieser Güter und ihrer Einkünfte.

Damit war diese Quelle der Zwistigkeiten zwischen den Niedersachsen und Hessen verstopft und der Landgraf fürs erste befriedigt. Es liegt übrigens auf der Hand, daß er mit den Eroberungen in Jülich-Berg und Kurköln einen schlechten Tausch bei dem Verzicht auf das östliche Stift Münster gemacht hatte; denn damals bemühte sich Pfalz-Neuburg bereits sehr stark um Neutralität, und die Generalstaaten unterstützten ihn eifrig, sie wollten sogar Kurköln mit einbegriffen wissen; Oxenstierna stand dem nicht unsympathisch gegenüber — war er doch sehr unzufrieden mit Baudissins eigenmächtigem Vorstoß gegen Köln[2] —, da er möglichst vermeiden wollte, sich neue Feinde auf den Hals zu ziehen. Außerdem bemühte sich Frankreich stark, den Kurfürsten von Köln zur Anerkennung des französischen Schutzes sowie der Neutralität zu bewegen, so daß hessische Eroberungen dort notwendig auf starken Widerstand stoßen mußten.

Zu erklären ist dies aber durch die weiteren äußerst wichtigen und interessanten Verhandlungen zwischen Hessen und Oxenstierna, die die weitgesteckten Ziele des Landgrafen enthüllen. Bereits bei den Verhandlungen zu Stralsund im November 1630 war — wie erwähnt[3] — neben der offiziellen Allianz ein „secretissimum" zwischen Schweden und Hessen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

verabredet worden „der konquestierten Güter halber"[1]; das ist jedoch weder damals noch zu Lebzeiten des Königs zur Ausführung gekommen. In der Allianz garantierten sich die beiden Kontrahenten nur im allgemeinen gegenseitig ihre Eroberungen[2], die Spezifikation gab dann für Hessen die Quartieranweisung und die Donation, aber doch nur zum Teil, die hessischen Pläne verstiegen sich höher, viel höher, als diese Dokumente besagen.

Jetzt wurden diese Wünsche von neuem vorgebracht, und die Lage der Dinge war für den Landgrafen günstig. Über den Inhalt dieses secretissimum foedus sind wir ausführlich nur durch einen Entwurf unterrichtet, der erst aus dem Jahre 1634 stammt[3], doch dürfen wir seine Bestimmungen bereits auf die Verhandlungen von 1633 beziehen, da sich der Entwurf von 1634 direkt auf sie beruft[4], auch verschiedene andere Anzeichen dafür sprechen.

In ihm erkannte der Landgraf zunächst den Heilbronner Schluß formell an und erneuerte die Allianz von Werben mit Schweden. Beide Teile verpflichteten sich gegenseitig, daß wer des einen Freund oder Feind sei, auch des andern Freund oder Feind sein solle, und sagten sich gegenseitig Unterstützung in Subsidien oder Sukkurs zu; sie verpflichteten sich ferner, nach Kräften gegenseitig sich jeden Vorteil in die Hände zu spielen und alles zu tun, was zur Aufnahme und Erhöhung des andern dienen könnte[5]. Beide garantierten sich ferner gegenseitig ihre Eroberungen; insbesondere verpflichtete sich Hessen, keinen Frieden einzugehen, Schweden habe denn als Satisfaktion das Herzogtum Pommern als Reichslehen mit Sitz und Stimme auf den Reichstagen erhalten; die weiteren Ansprüche, die Schweden auf seine eroberten Gebiete erhob, sind leider in dem Entwurfe von 1634 nicht genannt, die Hessen (die den Entwurf aufgesetzt hatten) haben hier eine Lücke gelassen. Dagegen sind die Ansprüche Hessens folgendermaßen formuliert[6]: Stift Fulda, Paderborn, Münster[7], Arnsberg, Recklinghausen, Essen und die mainzischen En-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

klaven in Hessen: Fritzlar, Naumburg, Neustadt und Amöneburg; von den künftig zu erwerbenden Gebieten am Rhein — die ihm die Quartierverleihung vom 27. Mai 1633 zugebilligt hatte — versprach der Landgraf, sich mit den kurkölnischen Ämtern Kaiserswerth und Bonn zu begnügen, vorbehaltlich aber weiterer Eroberungen, die ihm bei günstiger Wendung des Krieges zufallen würden. Für den Fall, daß man in der Lage wäre, die Kurwürde auf weltliche Fürsten zu übertragen, verpflichtete sich Schweden, dem Landgrafen zur Erlangung der Kurwürde behilflich zu sein. Daß hierbei nur an die Kölner Kur gedacht werden konnte, geht aus den Aspirationen des Landgrafen auf Bonn und Kaiserswerth hervor, und dann war die Mainzer Kur (Trier kam wegen Frankreichs nicht in Frage) dem Oxenstierna als erbliches Reichslehen zugedacht, dem noch die Abtei Siegburg hinzugefügt werden sollte[1].

Dies der Inhalt des höchst beachtenswerten Dokumentes, das uns die hochfliegenden Pläne des kühnen und ehrgeizigen Landgrafen enthüllt: die Eroberung der westfälischen Stifter und der wichtigsten Zollstätten am Rhein und als Krönung der Kurhut des Kölner Erzbischofs, das war in der Tat ein verlockendes Ziel. Es war aber auch klar, daß dem Reichskanzler zunächst nicht mit diesen umfassenden Plänen gedient war, da ja sein Bestreben war, die bereits allzusehr wieder divergierenden Kräfte der deutschen Stände nach Möglichkeit zusammenzufassen, und da ihm derartige Eroberungsgelüste wenig in sein Defensivsystem paßten. Ihnen aus dem Wege gehen konnte er nicht, da er den Landgrafen unbedingt brauchte, und so hat er auch hier nachgegeben, ihnen aber doch klug die Spitze abgebrochen, indem er mit dem Landgrafen vorläufig formlose und möglichst allgemein gehaltene Erklärungen austauschte, auf Grund deren dann erst nach weiteren Verhandlungen das formelle Instrument aufgesetzt werden sollte. Damit behielt er alles in der Hand, und alles blieb vorläufig noch in der Schwebe. Der augenblickliche Erfolg war aber in erster Linie auf seiner Seite. Schweden

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

übernahm keine anderen Verpflichtungen, als solche, die es bereits in der Allianz übernommen hatte. Dagegen war Hessen jetzt noch schärfer an Schweden gebunden, vor allem dadurch, daß es sich noch verpflichten sollte, Schweden als Satisfaktion ein Votum als Reichsstand wegen der abzutretenden Länder zu verschaffen[1].

Zu gleicher Zeit regelte auch der Landgraf sein Verhältnis zum Heilbronner Bunde. Wie von Anfang an zugesagt, erkannte er den Heilbronner Schluß an[2], dann aber erklärte er, daß er mit Oxenstierna sich wegen der Quartiere, die zum Unterhalte seiner Armee dienen sollten, absonderlich verglichen habe, so daß er auch seine eigene Kasse führe[3]. Hessen behielt sich damit die Verfügung über die Kontributionen aus seinen Quartieren vor, zahlte nichts in die Bundeskasse, erhielt aber auch nichts aus ihr, trotzdem die Aufwendungen, die Hessen für die gemeinsame Sache machte, bei weitem die Leistungen, die ihm der Heilbronner Abschied auferlegt haben würde, übertrafen. Doch das war Nebensache, die Hauptsache war, daß Hessen damit auch innerhalb des Bundes seine volle Selbständigkeit durchgesetzt hatte; der Landgraf war jetzt nicht mehr ein „schwedischer colonell", sondern in Wahrheit ein „ganz und gar nicht subjekter, sondern allerdings freier und franker Fürst und der Krone Schweden freier Alliierter". Er hatte sein Ziel erreicht.

Für den Landgrafen war aber für jetzt die Hauptsache, daß er durch seine Nachgiebigkeit die Unterstützung des Reichskanzlers gegen Herzog Georg gewonnen hatte. Er hatte mit ihm verabredet, daß die Hessen keinen der von ihnen in Westfalen okkupierten Orte verlassen sollten, daß sie vielmehr, wenn der Feind sie angreifen würde, sekundiert werden sollten[4]. Beide Teile schieden befriedigt voneinander, und Oxenstierna beauftragte nunmehr auch den Ambassadeur Wolff, die Donation zu vollziehen und die Gebiete dem Landgrafen unter Wahrung der schwedischen Rechte zu übergeben[5]. Am 10. Juni stellte Landgraf Wilhelm seinen Revers aus[6].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Merkwürdigerweise wurde Herzog Georg vorläufig nicht von der neuen Quartierverteilung in Kenntnis gesetzt, das ist um so beachtenswerter, als sich damals gerade Bodo von Bodenhausen als Abgesandter Herzog Georgs in Frankfurt befand[1]. Der Landgraf blieb vielmehr in Kassel und vermied es, sich wieder zur Armee zu begeben[2], aber nach wie vor ließ er seine Truppen vor Hameln, so lange sich die Belagerung dort hinziehen mochte.

Der Sieg bei Oldendorf, zu dem die Hessen ihr gutes Teil beigetragen hatten, brachte zunächst den Konflikt mit Herzog Georg von neuem zum Ausbruch, und zwar ärger als zuvor. Denn Herzog Georg beanspruchte als oberster schwedischer General der Belagerungsarmee und als General im niedersächsischen und westfälischen Kreise die Verfügung über alle eroberten Fahnen und die Gefangenen[3]. Die Hessen hatten die Ansprüche des Herzogs nie gutgeheißen, diese Forderungen trafen sie aber in ihrer Ehre und verkümmerten ihnen die mit ihrem Blute erworbenen Vorteile. Melander lehnte dieses beleidigende Ansinnen ab[4] und ging allen persönlichen Reibereien aus dem Wege, indem er die von den Hessen eroberten Fahnen und Standarten an sich nahm, mit der Kavallerie nach dem Stifte Paderborn ritt und den Landgrafen eilig ins Lager rief. Der Landgraf war jetzt weniger denn je geneigt, den Ansprüchen der Niedersachesn nachzugeben; er wies die Anmaßung des Herzogs Georg auf das Oberkommando energisch zurück und lehnte es ab, ihm die Fahnen zu übergeben[5]; ebenso energisch verlangte er die Auslieferung der Gefangenen[6]. Zugleich wurde er durch Wolff, Dr. Antrecht und den Grafen Philipp Reinhard von Solms in Frankfurt vorstellig und bat um Oxenstiernas Vermittlung, damit es nicht zu Mißverständnissen komme[7].

Er selbst begab sich ins Lager vor Hameln und setzte seine Ansprüche durch: die Gefangenen wurden den Hessen ausgeliefert[8]. Die Fahnen beschloß er, Schweden zu Ehren dem Reichskanzler zuzuwenden, als er hörte, daß Herzog Georg

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihm die Seinigen schicke[1]. Jetzt erfuhr Herzog Georg auch durch den Landgrafen von dem am 27. Mai erfolgten hessischen Quartiervergleich, der ihn aber trotz des Verzichtes des Landgrafen auf den nördlichen Teil des westfälischen Kreises nicht befriedigte. Er sandte deshalb sogleich den schwedischen Generalquartiermeister Oluf Hansson und Bodo von Hodenberg zum Reichskanzler, um Vorstellungen zu erheben; auch forderte er seinen Bruder Christian in Celle auf, ebenfalls Gesandte zu Oxenstierna zu schicken[2]. Die Gegensätze standen sich nach wie vor unausgeglichen gegenüber.

Zu all diesen Fragen kam nach der Eroberung Hamelns noch die eine, wichtigste, was nunmehr weiter vorzunehmen sei. Hierüber gingen die Ansichten weit auseinander. Knyphausen[3] und mit ihm der Herzog Georg wünschten, zunächst weiter die Weser freizumachen, d. h. Minden zu blockieren und Nienburg zu belagern. Dazu wünschten sie, die Truppen wie bisher zusammenzubehalten. Das war natürlich weder nach dem Sinne des Landgrafen noch nach dem des Herzogs von Braunschweig. Letzterer wollte durchaus seine Truppen nunmehr zur freien Verfügung haben, um sein eigenes Land zu befreien, vor allem Hildesheim und Wolfenbüttel wiederzuerobern[4]; und der Landgraf wünschte sich endlich an Münster zu machen und begehrte, nachdem er den Niedersachsen hatte Hameln erobern helfen, daß man jetzt auch ihn unterstütze; daneben wünschte er, daß man dem Prinzen von Oranien einen Reiterdienst leiste, um den er durch seinen Obersten Ferentz hatte anhalten lassen[5].

Zu einer Einigung gelangte man nicht[6], die niedersächsischen Heerführer gaben aber — es war das das Werk Knyphausens — insoweit nach, daß sie dem General von Uslar gestatteten, mit den braunschweigischen Truppen abzuziehen und sich an die dortigen feindlichen Besatzungen zu machen; doch stellte man alles dem weiteren Befehle Oxenstiernas anheim. Uslars Plan war, zunächst Hildesheim wiederzuerobern und Wolfenbüttel nur blockiert zu halten[7]. Ehe er sich aber vor

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Hildesheim legte, gelang es ihm nach kurzer Belagerung, Peine[1] zu erobern. Den weiteren Befehlen Herzog Georgs leistete er keine Folge, begann vielmehr die erwünschte Belagerung von Hildesheim, bis sich schließlich die Verhältnisse von Grund aus änderten.

Ähnlich energisch verfuhr Landgraf Wilhelm. Melander war bereits — wie erwähnt — mit der Kavallerie ins Stift Paderborn marschiert; aber selbst dem Landgrafen war es noch nicht gelungen, seine weiteren Wünsche bei der niedersächsischen Generalität durchzusetzen, als er die Nachricht erhielt, daß Oxenstierna am 22. Juli in Kassel eintreffen werde[2], um mit ihm, Herzog Georg und Knyphausen zu konferieren[3]. Auf diese Beratungen, zu denen der Landgraf auch Melander verschrieb[4], wurde alles weitere verschoben.

Offiziell folgte der Reichskanzler einer Einladung des Landgrafen zur Taufe seines am 28. Juni geborenen Sohnes Karl. Offenbar beruhte aber sein Kommen auf Verabredung mit dem Landgrafen bei dessen Anwesenheit in Frankfurt: er wollte die Gelegenheit benutzen, die Dinge in Westfalen in Ordnung zu bringen[5]. Über die Konferenzen in Kassel sind wir leider sehr schlecht unterrichtet, soweit sie sich auf die allgemeinen Verhältnisse beziehen[6]. Oxenstierna verfolgte bei ihnen zweierlei: einmal wollte er Boden gewinnen für den von ihm gewünschten Beitritt der Niedersachsen zum Heilbronner Bunde[7]; er hoffte das dadurch zu erreichen, daß er den privaten und partikularen Interessen der einzelnen möglichst entgegenkam und die verschiedenen Differenzpunkte zu mildern suchte. Und dann mußte der weitere Kriegsplan festgesetzt werden. Oxenstierna war nach dem großen Siege bei Oldendorf, der des Feindes Streitkräfte im Felde vorläufig so gut wie ganz vernichtet hatte, mehr als je der Meinung, daß man sich mit der Besetzung des flachen Landes begnügen solle, um dem Feinde die Mittel abzuschneiden, wieder aufzukommen. Er wünschte deshalb nicht weniger als fünf Regimenter von hier nach Franken zu verlegen, und

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zugleich wollte er die Gelegenheit benutzen, dem Prinzen von Oranien den von ihm erbetenen Reiterdienst[1] zu gewähren. Damit gedachte er nicht bloß den Oranier sich zu verpflichten, sondern auch die Holländer von Verhandlungen mit den Spaniern abzuhalten und — nicht zum wenigsten — ihren Unmut über die schwedischen Zölle in Preußen zu beschwichtigen[2]; es wurden damals auch Gedanken laut, daß, wenn der westfälische Kreis in den Heilbronner Bund einträte, vielleicht die Generalstaaten folgen würden[3]. Zur Förderung der Beratungen hatte er sogar den holländischen Gesandten Paw nach Kassel berufen[4]. Die Generäle stimmten dem zu, und Landgraf Wilhelm, den der Prinz von Oranien ebenfalls um Sukkurs gebeten hatte, fügte den schwedischen Truppen noch seinerseits vier Regimenter zu Pferde[5] bei; er war entschlossen, selbst an den Rhein zu ziehen[6], und erwirkte von dem Reichskanzler Order an den Oberst Stahlhansch, den Führer der schwedischen Abteilung, daß er unter dem Kommando des Landgrafen oder in dessen Abwesenheit unter dem Melanders stehen sollte. Daneben erhielt Melander von dem Reichskanzler noch vertrauliche Aufträge an den Prinzen von Oranien; vermutlich handelte es sich um Subsidien, vielleicht auch um den Anschluß der Holländer an den Heilbronner Bund[7]. Ebenso sollte er im Auftrage des Landgrafen versuchen, Geld und Volk und eine beständige Allianz für ihn zu erhalten[8].

Da auf diese Weise die niedersächsisch-hessische Armee bereits beträchtlich geschwächt war, namentlich an Kavallerie, gab Oxenstierna den Vorstellungen Knyphausens nach und verzichtete vorläufig auf die Absendung der fünf Regimenter nach Oberdeutschland.

Über den weiteren Kriegsplan einigte man sich dahin[9], daß die Niedersachsen weiter nach Westfalen vordringen und verhindern sollten, daß sich der Feind wieder sammle und stärke, auch sollten sie die Weser weiter öffnen und versuchen, Minden und Nienburg zu nehmen; als erstes Ziel war ihnen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

aber Stift und Stadt Osnabrück angewiesen, das als Donation für des gefallenen Königs natürlichen Sohn, Gustav Gustavson, ausersehen war. Das war freilich nicht nach dem Sinne der niedersächsischen Führer, die in erster Linie an die Weser, an Minden oder Nienburg dachten[1]. Sie mußten aber nachgeben, ebenso wie der Landgraf seine Wünsche auf Münster zurückstellen mußte. Ihm wurde aufgetragen, in den Stiftern Paderborn, Münster und Köln dem Feinde Abbruch zu tun und womöglich im Kölnischen festen Fuß zu fassen.

Letzteres war ja des Landgrafen Ziel, und nicht ohne Absicht fügte der Reichskanzler die Versicherung hinzu, daß, wenn Frankreich Köln in seine Protektion nehmen sollte — also die hessischen Pläne vereiteln wollte —, Schweden dies nicht dulden würde[2]. Wieweit man diese Drohung ernst nehmen muß, steht dahin; sie bezog sich jedenfalls nur auf Frankreich. Im übrigen wünschte er gegen Köln alle Feindseligkeiten zu vermeiden, und war sogar entschlossen, selbst Neutralitätsverhandlungen mit Köln in die Hände zu nehmen[3]; er wußte, daß augenblicklich der Landgraf zu schwach war, um etwas Ernstliches gegen Köln vorzunehmen, man darf also in seinem damaligen Verhalten gegen den Landgrafen nicht seine wahre Meinung erblicken. Für ihn kam es darauf an, dem Landgrafen scheinbar seinen Wunsch zu erfüllen, in Wahrheit dachte er nicht daran, ihm dazu behilflich zu sein. Außerdem bereitete er dadurch einer Verbindung des Landgrafen mit Frankreich Schwierigkeiten.

Neben diesen allgemeinen Verhältnissen gab es noch vielerlei private Wünsche zu berücksichtigen. In der Quartierfrage hielt er die Hand über Hessen und gab dem Verlangen der Niedersachsen nach Neuregelung zu ihren Gunsten nicht nach: es blieb bei den Abmachungen vom 27. Mai[4]. Ebenso lehnte er das Verlangen Herzog Georgs ab, Korvey an Braunschweig zu geben und Hessen mit anderen Gebieten zu entschädigen[5]: er entschuldigt sich damit, daß dies Anordnungen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

seien, die sein königlicher Herr noch selbst bei seinen Lebzeiten getroffen hätte, an denen er nichts ändern könne.

Dagegen war er nicht karg mit Länderversprechungen an den Herzog Georg: er wiederholte jetzt nicht nur seine Zusage, Herzog Wilhelm von Weimar durch andere Entschädigung zur Aufgabe der alten mainzischen Ansprüche auf Duderstadt zu bewegen, sondern fügte freiwillig zu dem bereits vom Könige versprochenen Stifte Minden noch das Stift Verden hinzu, wie er ihm denn überhaupt in der verbindlichsten Weise der Affektion Schwedens versicherte: er würde gewiß dahin sehen, den Herzog und sein Haus nicht zu verringern, sondern groß zu machen. Auch in seinen Geldforderungen kam er ihm nach Möglichkeit entgegen. Er sicherte ihm nicht nur die Fortzahlung der 5000 Rt. für sein schwedisches Generalat zu, die ihm aus den preußischen Gefällen erlegt werden sollten, sondern versprach ihm auch die Rückerstattung eines Teiles der von ihm für Werbungen usw. verauslagten 40 000 Rt.[1].

Ebenso erfüllte er ihm seinen dringenden Wunsch und übergab ihm das eroberte Hameln, wenn er auch zunächst die schwedischen Truppen darin ließ. Damit wies er die braunschweigischen Ansprüche auf Mitbesetzung ab. Andererseits gelang es ihm aber, die Differenzen Herzog Georgs mit seinem Vetter in Braunschweig zu mildern[2] und vorläufig ein leidliches Verhältnis zwischen beiden zustande zu bringen[3]. Und das war ein Erfolg von nicht geringer Bedeutung, da er den Herzog von Braunschweig wieder auf die schwedische Seite zu ziehen und zum Anschluß an den Bund zu bewegen wünschte. Er konnte um so mehr auf Erfolg rechnen, als Herzog Friedrich Ulrich jetzt ebenfalls bei ihm Beistand in seinen Differenzen mit Herzog Georg suchte. Davon nachher. Außerdem übernahm es Landgraf Wilhelm, der sowieso wegen Korvey mit Herzog Friedrich Ulrich verhandeln wollte, eine Gesandtschaft nach Braunschweig zu senden und dessen Anschluß an den Heilbronner Bund zu betreiben[4].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Neben Herzog Georg war auch Knyphausen zufriedenzustellen, der die schweren Zerwürfnisse mit dem schwedischen Generalkommissar von Falkenberg[1] zum Anlaß nahm, dem Reichskanzler um seine Entlassung zu bitten. Doch dieser wußte, wo der Schuh drückte, und beruhigte den Feldmarschall, indem er ihm seinen Wunsch erfüllte und ihm das Amt Meppen als schwedisches Mannlehen — unter Vorbehalt des jus superioritatis für die Krone Schweden — verlieh[2]. Die Stelle des Generalkommissars erhielt Erich Anderson Trana, an dem freilich Knyphausen auch keinen Freund erworben hatte[3].

Schließlich waren noch die hessischen Wünsche zu erledigen. Vor allem wurde hier die Stellung zu Herzog Georg endgültig geregelt, und zwar muß es im Sinne des Landgrafen geschehen sein, da von Ansprüchen des Herzogs auf das Oberkommando auch über die Hessen fernerhin nicht mehr die Rede ist[4]. Daß auch die Quartierfrage nach den Wünschen des Landgrafen erledigt wurde, ist schon erwähnt worden. So blieb schließlich noch das Secretissimum, über das damals weitere Verhandlungen gepflogen worden sind, welche, weiß man leider nicht; nur das ist bekannt, daß sie in größter Heimlichkeit, besonders vor den Niedersachsen, geführt wurden[5]. Zu einem endgültigen Abschlusse kam es aber auch damals nicht; denn kurz darauf sandte der Landgraf seinen Vizestatthalter Bernhard v. Dalwig und Dr. Antrecht nach Frankfurt, diese Angelegenheit zur Vollendung zu bringen. Ihre secretissima instructio war von Wolff aufgesetzt und entsprach den Verabredungen, die der Reichskanzler mit ihm und dem Landgrafen vereinbart hatte[6].

Als Dank für das Entgegenkommen des Reichskanzlers übernahm es, wie schon erwähnt, der Landgraf, bei dem Herzog von Wolfenbüttel für den Heilbronner Bund zu wirken, und fügte sich in die ihm vom Reichskanzler im Rahmen des großen Ganzen zugewiesene Rolle auf dem Kriegsschauplatze, auch von Frankreich hielt er sich jetzt zurück.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Übersieht man die Resultate dieser Kasseler Konferenzen, so hatte den größten Erfolg der Reichskanzler zu verzeichnen. Es war ihm gelungen, die Mißverständnisse zwischen den Hessen und Niedersachsen beizulegen und diejenigen zwischen den beiden welfischen Vettern wenigstens zu mildern; er hatte dann die Führer beider Armeen zur Aufgabe ihrer Sonderwünsche und zur Annahme seiner eigenen Pläne vermocht: Münster und die Weser waren vorläufig in den Hintergrund getreten, und die Operationen gegen Westfalen sollten bald zur Einigung der beiden Armeen führen. Und sehen wir die Mittel an, die es dem Reichskanzler gekostet hatte, seinen Erfolg zu erreichen, so ist man erstaunt, wie einfach sie waren, und wird sein diplomatisches Geschick sehr hoch bewerten müssen. In der Hauptsache hat er nach dem alten Rezepte des Königs gehandelt: viel zu versprechen, aber sich nicht zu binden. Sieht man genauer zu, so hat er dem Herzog Georg eigentlich nur die Besetzung Hamelns — mit lüneburgischem Volke — zugestanden (aber selbst hier machte er die Abführung der bisherigen schwedischen Besatzung von seiner demnächstigen persönlichen Inspektion abhängig) und ihm in seinen Geldforderungen in etwas Genüge getan, alles andere waren Versprechungen: Minden, Verden und Duderstadt, die Erlegung seiner Gage in Hamburg[1]. Auch den Landgrafen leitete er im letzten Grunde doch durch die in Aussicht gestellten großartigen Vorteile, die das Secretissimum ihm bringen sollte: daß Oxenstierna an eine Ausführung solcher weitaussehenden Pläne gar nicht dachte und daß er den Landgrafen mit seinen Verhandlungen nur in guten Glauben wiegte, ist schon vorher ausgeführt worden.

Eins ist freilich zu beachten, daß Oxenstierna dieses Resultat mit der Preisgabe einer straffen Zusammenfassung aller Kräfte zu kraftvoller Kriegführung in Nordwestdeutschland erkaufen mußte, die bald noch dadurch vermehrt wurde, daß er auch die selbständige Kriegführung Friedrich Ulrichs von Braunschweig billigte. Das allgemeine Interesse hätte

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nach der Eroberung Hamelns die Eroberung Münsters und Kölns gefordert, da ohne die Eroberung von Münster der Besitz des platten Landes nicht dauernd sein konnte und da namentlich Köln die Seele des Widerstandes am Niederrhein und in Westfalen war[1], davon war vorläufig bei der Verzettelung der Kräfte keine Rede. Sieht man aber näher zu, so paßte auch dieser Kriegsplan in das Defensivprogramm Oxenstiernas, der den westfälischen Kriegsschauplatz nach dem Siege bei Oldendorf als Nebenschauplatz behandelte. Ihm lag nach wie vor daran, lediglich die Hilfsquellen des platten Landes auszunutzen, ein Wiederaufkommen des Feindes auf diese Weise zu hindern und die Truppen nicht wieder durch eine langwierige Belagerung festzulegen.

So konnte Oxenstierna zufrieden von Kassel scheiden; es war ihm gelungen, die Kriegsoperationen nach seinem Willen anzuordnen und die Fürsten und Generäle wieder enger an sein Oberkommando zu fesseln. Ferner waren seine Versuche, für den Bund auch in Niedersachsen Stimmung zu machen, auf fruchtbaren Boden gefallen.

Die Kriegsoperationen nahmen nunmehr ihren vorgeschriebenen Verlauf. Knyphausen marschierte vor Osnabrück, ihm folgte Herzog Georg, sobald er Pyrmont nach hartnäckiger Belagerung eingenommen hatte. Der Landgraf versammelte zunächst bei Hamm den nach Holland bestimmten Sukkurs der Schweden und Hessen, der am 13. August nach Wesel unter dem Kommando Melanders abmarschierte[2]. Er selbst begab sich dann auch nach Wesel, um mit den holländischen Kommissaren die nötigen Verabredungen zu treffen. Da er mit seinen zurückgebliebenen Truppen nicht müßig liegen wollte, beschloß der Landgraf, zunächst die noch nicht besetzten Orte im Stift Münster einzunehmen, um es gegen Westen ganz abzuschließen. Lüdinghausen und Schönfliet[3] waren bald in seinen Händen, dann rückte er vor Rheine,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

das am 3. September akkordieren mußte[1], und am 14. September ergab sich Ahaus[2].

Die wertvollste Errungenschaft dieses Zuges, der ihn in unmittelbare Nähe der vor Osnabrück operierenden niedersächsischen Armee führte, war aber die Übereinstimmung, ja freundliche Bereitwilligkeit zur gegenseitigen Unterstützung, die jetzt unter den Führern Platz griff. Sowohl Herzog Georg wie vor allem Knyphausen[3] befleißigten sich der besten und höflichsten Korrespondenz mit dem Landgrafen und waren zu gemeinsamen Operationen gegen den wieder auftauchenden Bönninghausen bereit.

Die katholische Reiterei war nach der Niederlage bei Oldendorf an den Rhein zurückgegangen, und es hieß, daß sie den Spaniern gegen die Holländer beistehen würde. Auf die Drohung der Generalstaaten, daß sie in diesem Falle Kurköln die Neutralität aufkündigen würden, wurde die Reiterei — an 2000 Pferde stark — unter Bönninghausen wieder nach Osten geschickt[4]. Der Landgraf bat, da er seine eigene Kavallerie nach Holland geschickt hatte, dringend um Unterstützung.

Zu gleicher Zeit erhielten aber die Führer der niedersächsischen Armee den erneuten und gemessenen Befehl des Reichskanzlers, die fünf schon vorher begehrten Regimenter nach Franken abzugeben[5]. Sie mußten ihm wohl oder übel nachkommen, so störend es für sie war, da zwar die Stadt Osnabrück sich ergeben hatte, die Zitadelle dagegen einen unerwarteten Widerstand leistete[6]. Kagge marschierte mit den Regimentern ab[7], und Knyphausen konnte dem Landgrafen keinen Sukkurs senden. Dieser war an die Lippe marschiert, auf Bönninghausen acht zu geben, da man dessen Vereinigung mit Gronsfeld zum Entsatze Osnabrücks fürchtete. Statt dessen wandte sich Bönninghausen aber südlich, hob in Korbach zwei hessische Kompanien auf, durchzog Waldeck und erstieg, unterstützt von der katholischen Bevölkerung, die Amöneburg. Als der Landgraf ihm folgte, ging er zurück nach der Grafschaft Arnsberg.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Inzwischen hatte endlich auch die Feste Petersberg vor Osnabrück kapituliert, und nunmehr vereinigten sich die Hessen und Knyphausen Mitte Oktober im Stift Paderborn, um gemeinsam auf Bönninghausen zu gehen[1]. Vor ihrer gesamten Macht konnte der katholische Heerführer nicht standhalten, und mit knapper Not entkam er an den Rhein. Der Reichskanzler war sehr erfreut über diesen gemeinsamen Zug[2], der ganz seinen Intentionen entsprach, und schlug vor, Bönninghausen ganz über den Rhein zu jagen und in das Herzogtum Berg einzufallen, sich besonders einiger Orte am Rhein „auf Rechnung" zu bemächtigen und die Völker des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm überall aufzuschlagen, um ihn von der erwarteten Verbindung mit den Spaniern und der Liga abzuhalten. Statt dessen mußte aber auch Knyphausen haltmachen — der Landgraf war nach Frankfurt zum Reichskanzler gereist —, teils aus Mangel an Proviant, teils wegen der Verhandlungen mit den Ständen der Grafschaft Mark über ihre Kontribution, teils wegen der begonnenen Belagerung von Werl, dessen Schloß auf das hartnäckigste verteidigt wurde.

So kam der Vorstoß nach dem Rheine doch nicht zur Ausführung, und der Feind zeigte sich bald wieder im Münsterschen. Im Paderbornschen trieben die Bauernobersten Osterholt, Eremit, Taube und Grasteufel ziemlich ungescheut ihr Wesen. Dazu erhob die feindliche Besatzung in Minden und Nienburg wieder ihr Haupt; sie brandschatzte nicht nur die Umgebung, auch in kühnen Streifzügen tat sie den Evangelischen allen Abbruch. Im November gelang es ihr sogar, die Bückeburg zu nehmen und ihnen damit ein wichtiges Quartier zu entreißen. Von einem ungestörten Besitze der westfälischen Quartiere konnte somit nicht die Rede sein. Die eigentümliche Gestaltung des Terrains und die katholische Bevölkerung leisteten dem Feinde allen Vorschub, während sie den Hessen und Schweden alle Art von Hindernissen bereiteten. Ende des Jahres verließ dann auch die Knyphausensche Armee West-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

falen und marschierte vor Hildesheim; die zurückbleibenden hessischen Truppen waren für sich allein erst recht nicht imstande, die unbestrittene Unterwerfung des Landes durchzuführen. Es zeigte sich deutlich, daß ohne die Hauptstadt Münster ein fester und dauernder Besitz des platten Landes nicht zu erreichen war.

Aber nicht nur auf militärischem Gebiete blieb der Erfolg hinter den Wünschen des Landgrafen zurück, auch auf dem politischen wollten die Verhandlungen über das Secretissimum keinen gedeihlichen Fortgang nehmen. Leider wissen wir über diese Verhandlungen so gut wie nichts; nur das ist gewiß, daß sie auch diesmal zu keinem Abschlusse kamen, trotz der Bemühungen Hessens[1].

Das Jahr ging zu Ende, ohne daß es dem Landgrafen gelungen war, wirkliche Erfolge zu erringen, die einen dauernden Nutzen versprachen. Er war höchst mißgestimmt.

Schließlich ist es notwendig, noch einen Blick auf Braunschweig und sein Verhältnis zu Schweden zu werfen. Der Streit Herzog Friedrich Ulrichs mit seinem Vetter, besonders um die Besetzung Hamelns, hatte ihm nachdrücklicher als alles andere vor Augen geführt, daß er der Generalität der niedersächsischen Armee doch schutzlos gegenüberstehe und daß selbst Knyphausen hier nicht zu helfen imstande war, da Herzog Georg des Reichskanzlers Beistand gewonnen hatte. Knyphausen hatte zwar geraten, sich nunmehr auch an Oxenstierna zu wenden, aber dazu konnte man sich in Braunschweig doch nicht entschließen[2]. Ja, die Nachricht, daß Oxenstierna beabsichtige, einen Konvent des niedersächsischen Kreises auszuschreiben, verursachte arge Beklemmungen[3] — man stand noch ganz unter kursächsischem Einfluß —, so daß die Aufforderung Dänemarks, den Breslauer Friedenskonvent zu beschicken, gerade zur rechten Zeit eintraf[4]. Friedrich Ulrich war entschlossen, dem Folge zu

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

leisten. Sehr bald aber erfuhr er, daß der Kongreß nicht stattfinden könne und daß der sächsisch-dänische Versuch einer Friedensinterposition gescheitert war[1]. Der Herzog mußte sich überzeugen, daß von dieser Seite keine Hilfe zu erwarten war, auf der anderen Seite drohte sein Vetter Georg, von dem er gewärtig sein mußte, daß er ihm auch Hildesheim und Wolfenbüttel — wenn sie einmal erobert sein würden — vorenthalten würde, gerade wie er es mit Hameln zu machen beabsichtigte.

Als ihn daher Knyphausen vertraulich wissen ließ, daß Oxenstierna nach Kassel kommen werde, und ihn aufforderte, ja die Gelegenheit zu benutzen und ebenfalls Gesandte nach Kassel zu schicken, „gravamina abzulegen und die königliche Alliance zu Grunde zu legen"[2], da erfolgte mit raschem Entschlusse der Umschwung in Braunschweig[3]. Nur durch einen Zufall kamen die abgesandten Räte Jobst Schenck und Dr. Kipe nicht zur Versammlung in Kassel[4], sie folgten aber dem Reichskanzler nach Frankfurt, der die günstige Gelegenheit zu nutzen wußte, diesen wichtigsten unter den Ständen des niedersächsischen Kreises jetzt von Sachsen ab und auf die schwedische Seite zu ziehen. Für seinen Plan, auch diesen Kreis an den Heilbronner Bund anzugliedern, konnte ihm nichts gelegener kommen, als daß Friedrich Ulrich sich jetzt selbst als Hilfesuchender an ihn wendete. Um den Herzog dauernd an Schweden zu fesseln, war er entschlossen, seinen Wünschen so viel wie möglich entgegenzukommen und die früheren Bedenken gegen seine Selbständigkeit zurückzustellen[5].

Er billigte jetzt nicht nur die eigenen Werbungen des Herzogs, die er früher auf das nachdrücklichste verurteilt hatte, er war auch damit einverstanden, daß der Herzog mit seinen Truppen zunächst sein eigenes Land wiedererobern und daß ihm die ganze Kontribution aus seinem Lande für seine Truppen verbleiben solle; ja, er wollte ihm hierin sogar Vorschub leisten. Und schließlich erklärte er sich bereit, die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Allianz, die noch immer nicht vollzogen war, zu ratifizieren, die Allianz, die die bedenkliche Bestimmung enthielt, daß der Herzog erst nach der völligen Befreiung seiner Länder verpflichtet sei, monatlich 15 000 Rt. zu erlegen oder eine bestimmte Zahl von Truppen zu halten: Oxenstierna hielt sich an die andere Bestimmung der Allianz, daß die Kontribution und das Kriegsdirektorium dem König oder seinen Generälen vorbehalten war.

Es lag auf der Hand, daß diese Schwenkung Oxenstiernas ihn in Konflikt mit den Generälen der niedersächsischen Armee bringen mußte, vor allem mit Herzog Georg. Er glaubte aber, sich seiner in Kassel genügend versichert zu haben, und sah im Interesse der Allgemeinheit darüber hinweg. Vielleicht dürfen wir hierin auch den Einfluß Knyphausens sehen, der sich des Herzogs Friedrich Ulrich annahm. Und dem Landgrafen Wilhelm wußte er Dank, daß er bei dem Herzog in der gleichen Richtung tätig war. Ende August war dessen Hofmarschall v. Günterode in Braunschweig und nahm hier die Versicherung mit, daß dem Herzog nichts lieber sei als die einmütige Zusammensetzung des evangelischen Wesens[1].

In Braunschweig war man obenauf, als die Nachricht eintraf, daß Oxenstierna in so unerwarteter Weise fast alle Wünsche erfüllt habe. Uslar erhielt strikten Befehl, keine andere Order zu respektieren als die seines Herzogs, kein Mann solle mehr aus dem Fürstentum geführt werden, ehe es nicht vollständig vom Feinde befreit sei, es erfordere denn die gemeine Notdurft[2]. An den Reichskanzler wurde umgehend ein Exemplar der Allianz zur Unterschrift gesandt[3] — sie sollte fortan dem Herzog Schutz gegen die Übergriffe der Generäle, besonders des Herzogs Georg, gewähren — und zugleich um Anordnung an die Generalität gebeten, den Herzog in Ruhe zu lassen[4]. Ihr gegenüber konnte Herzog Friedrich Ulrich jetzt ganz anders auftreten, er verbat sich energisch jede Einmischung, forderte vielmehr seinerseits Unterstützung für die Belagerung von Hildesheim. Und Herzog Georg so-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wohl wie Baner von der Elbe her leisteten sie auch, solange größere militärische Operationen nicht notwendig waren. Trotzdem rissen aber die Reibereien mit der Generalität nicht ab, da Herzog Georg nach wie vor versuchte, die Kontributionen auch aus den Herzogtümern Friedrich Ulrichs für seine Armee heranzuziehen, und namentlich der Generalkommissar Anderson Trana — ein Intrigant niedrigster Sorte — mit großer Brutalität gegen den Herzog vorging. Das alles zeitigte in Braunschweig den Wunsch, die Fragen des Direktoriums, der Verproviantierung der Armee, der Kontributionen u. dgl. auf einem Kreistag geregelt zu sehen[1], derselbe Gedanke, der vor kurzem noch starke Beklemmungen in Braunschweig hervorgerufen hatte, erschien jetzt geeignet, dem Herzogtum die beste Sicherheit zu gewähren, so sehr hatten sich die Verhältnisse hier umgestaltet, seitdem die Freundschaft mit Schweden wiederhergestellt war. Außerdem bot aber ein Kreiskonvent die Möglichkeit, die Lasten auf alle Stände gleichmäßig zu verteilen und damit auch diejenigen Stände heranzuziehen, welche sich bisher ihnen mehr oder weniger entzogen hatten. Und schließlich konnte Braunschweig Sachsen gegenüber seinen Anschluß an die schwedische Partei besser rechtfertigen, wenn der ganze Kreis dem Heilbronner Bunde beitrat. Mit Ungeduld wartete man auf die Ankunft Oxenstiernas in Niederdeutschland, die er schon im Juli zu Kassel in Aussicht gestellt hatte. Der Herzog war sogar entschlossen, selbst nach Erfurt zu reisen, wenn der Reichskanzler dorthin kommen würde, ja, schließlich wollte er auch nach Frankfurt reisen, als sich der Aufbruch des Reichskanzlers immer wieder verzögerte[2].

Inzwischen hatte sich aber der Herzog entschlossen, seinen geheimen Sekretär und Inspektor der Grafschaft Honstein, Ludwig Ziegenmeyer, zu Oxenstierna zu schicken[3]: der Erfolg war vollständig. Oxenstierna war anfänglich zwar ärgerlich über die fortgesetzten Beschwerden des Herzogs über seinen Vetter und meinte, die Hauptarmee müsse unter allen Um-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ständen erhalten werden; wenn alle Stände erst kontribuieren wollten, nachdem ihr Land vom Feinde befreit sei, würde nicht viel auszurichten sein. Er mußte aber zugeben, daß Herzog Georg und vor allem Anderson es gar zu grob gemacht hätten. So entschloß er sich, für Herzog Friedrich Ulrich nochmals bei Herzog Georg zu intervenieren, und Anderson erhielt einen starken Verweis[1]; mit Herzog Georg wollte er außerdem noch persönlich sprechen.

Die Frage eines niedersächsischen Konventes stieß bei Oxenstierna und dem Bundesrate zunächst auf Schwierigkeiten, da man fürchtete, daß der Widerspruch einzelner Stände, die abseits stünden — besonders Holsteins —, alles vereiteln würde. Sie neigten mehr dazu, einen Korrespondenztag einzuberufen, zu dem nur die befreundeten oder nicht direkt feindlichen Stände beider sächsischen Kreise eingeladen werden sollten; dazu hatte auch Brandenburg geraten, als letzthin sein Kanzler Götzen in Frankfurt war. Der Umschwung erfolgte infolge einer unerwarteten Anregung, die von außen kam. Am 17. Dezember traf in Frankfurt ein Schreiben König Christians von Dänemark ein, worin dieser nach dem Mißerfolg von Breslau einen neuen Friedenskongreß vorschlug, der in Mühlhausen, Marburg oder Lübeck abgehalten werden sollte[2]. Oxenstierna kannte die Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht der meisten evangelischen Stände zu gut, als daß er sich über den Eindruck dieser neuen Anregung hätte täuschen können. Eile war nötig, wenn man der Gefahr begegnen wollte. Am 19. Dezember beschloß der Bundesrat zur Beratung dieser Friedensverhandlungen einen allgemeinen Konvent aller evangelischen Stände nach Frankfurt zu berufen, und Oxenstierna zögerte nun auch nicht mehr, den Anschluß der beiden sächsischen Kreise an den Bund ins Werk zu setzen. Dazu wollte er selbst zu Kurbrandenburg reisen, den niedersächsischen Kreis sollte Herzog Friedrich Ulrich zusammenrufen. Hatte Friedrich Ulrich dem Reichskanzler noch ein gemeinsames Ausschreiben angeboten, so

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

verzichtete Oxenstierna jetzt darauf und überließ auch das dem Herzog allein, nicht einmal persönlich wollte er an den Verhandlungen teilnehmen, um jeden Anschein zu vermeiden, als ob Schweden an dem Ausschreiben oder an der Leitung des Kreistages beteiligt wäre und so in die Reichskonstitutionen eingriffe[1]. Ziegenmeyer erhielt in Frankfurt genaue Instruktionen von Löffler und dem Reichskanzler selbst, der mit ihm eingehend und vertraulich den statum publicum besprach und ihm alle Ehren erwies, wie der Gesandte nicht genug rühmen konnte. Selbst in der Hildesheimer Sache, die Oxenstierna ganz gewiß nicht guthieß, willigte er schließlich ein, daß dem Herzog geholfen werden solle[2].

Herzog Friedrich Ulrich konnte wahrlich mit dem Erfolge zufrieden sein, er hatte auf der ganzen Linie seinen Willen durchgesetzt. Selbst den Residenten Steinberg, dessen schroffes Auftreten im Frühjahr 1633 sicher nicht ohne Befehl erfolgt war, hatte Oxenstierna fallen lassen; er kehrte nicht wieder nach Braunschweig zurück, an seine Stelle sollte Dr. Mithoff, ein geborener Hannoveraner, treten[3]. Am 5. Januar 1634 überreichte Sekretär Penz als Abgesandter Oxenstiernas in Braunschweig die ratifizierte Allianz[4], und am 7. Januar schrieb der Herzog den niedersächsischen Kreistag nach Halberstadt aus. Sein Dankschreiben an den Reichskanzler war entsprechend warm und herzlich abgefaßt[5].

---

4. Hessen-Darmstadt.

Am 4. Mai verließ Landgraf Georg von Darmstadt mit seiner Gemahlin nach viermonatigem Aufenthalte Dresden; er konnte nicht im unklaren sein, daß seiner in der Heimat schwere Arbeit wartete. Daß Oxenstierna seine Gegenbemühungen bei Kursachsen, vor allem seine Reise nach Leitmeritz ihm ohne weiteres hingehen lassen würde, konnte er nicht erwarten, hatte der Reichskanzler doch bereits seinem

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gesandten von Plessen, der sein Ausbleiben von dem Heilbronner Konvente entschuldigen sollte, angekündigt, daß es mit der Neutralität vorbei sei. Sein Land war in den Händen der Schweden, die seine Festung Rüsselsheim vertragsmäßig besetzt hatten, und ringsum saßen seine Gegner, Kurpfalz und die Wetterauer Grafen, mit denen sein Vater bereits in Todfeindschaft geraten war[1]: für sie schien jetzt die Zeit gekommen, mit dem Landgrafen abzurechnen.

Unerwartet traf er unterwegs — zwischen Naumburg und Schulpforta — mit Feuquières zusammen[2], der nach Dresden reiste und dort den Landgrafen noch vorzufinden gehofft hatte. Feuquières sprach ihn auf der Landstraße an, versuchte aber vergeblich, aus dem Landgrafen über Kursachsens Absichten etwas herauszubekommen. Der Landgraf, dem die Begegnung sichtlich unbequem war, suchte mit Komplimenten und allgemeinen Versicherungen der Friedensliebe seines Schwiegervaters möglichst rasch davonzukommen[3]. Das veranlaßte den Franzosen, ihm von Naumburg aus ein Kreditif nach Eckartsberga, dem Nachtquartier des Landgrafen, nachzusenden und um eine Audienz zu bitten, die der Landgraf Georg nicht ausschlagen konnte. Die Unterredung fand am folgenden Tage, dem 9. Mai, frühmorgens statt. Auf die Frage des Gesandten nach den Verhandlungen in Leitmeritz und die Absichten seines Schwiegervaters stellte der Landgraf diese Konferenzen so dar, als ob die Anregung ganz und gar vom Kaiser allein ausgegangen sei und als ob er die Reise nur auf direkten Wunsch der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg ausgeführt habe; in Leitmeritz sei nur über die von Dänemark angebotene Vermittlung im allgemeinen verhandelt worden, die der Kaiser dringend empfohlen habe. Er selbst habe sich nur dazu verstanden, die Erklärungen der kaiserlichen Gesandten zum Bericht anzunehmen. Daraufhin hätten die beiden Kurfürsten die dänische Interposition angenommen, die einen Universalfrieden im Auge habe; zu diesem Zwecke würde eine allgemeine Versammlung aus-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

geschrieben werden, da es durchaus nötig sei, dem Krieg ein Ende zu machen.

Feuquières machte den Landgrafen darauf aufmerksam, daß sich doch Frankreich, Schweden und seine Verbündeten nicht so ohne weiteres dem Verlangen Sachsens unterwerfen würden, daß Schweden Dänemark allein gar nicht als Vermittler anerkenne und verlange, daß auch Frankreich hinzugezogen werde. Zunächst müßten sich die Evangelischen überhaupt mit Frankreich und Schweden fest verbünden, ehe an den Frieden zu denken sei; dazu habe man in Heilbronn den Anfang gemacht, er übergab dem Landgrafen das erneute Bündnis zwischen Frankreich und Schweden; er sei jetzt auf dem Wege nach Dresden, um Kursachsen zum Anschlusse zu bewegen, ebenso wie Oxenstierna sich bemühe, die sächsischen Kreise zu gewinnen; bei dem Einflusse, den der Landgraf auf seinen Schwiegervater ausübe, bat er ihn, seine Mission durch ein Empfehlungsschreiben zu unterstützen. Da Feuquières wußte, wie stark die Interessen waren, die Hessen an den Kaiser fesselten, glaubte er, eine Änderung nur durch Drohungen herbeiführen zu können; er fügte infolgedessen hinzu, daß er den Landgrafen für den Erfolg oder Mißerfolg seiner Mission verantwortlich mache; ebenso wie er den Kanzler Wolff — den er danach noch allein bearbeitete — darauf aufmerksam machte, daß sein Herr es allein der Interposition Frankreichs und dem Respekt vor Kursachsen verdanke, wenn die Heilbronner Beschlüsse für Hessen noch so glimpflich ausgefallen seien; statt auf den Kaiser solle Hessen auf Frankreich sehen, dessen Macht in der Nähe sei und deren er wohl gegen seine Landsleute bedürfen könne.

Sowohl der Landgraf wie sein Kanzler protestierten dagegen, daß man sie für Kursachsen verantwortlich machen wolle; doch erklärte sich der Landgraf zu dem verlangten Empfehlungsschreiben bereit[1]. Um seinen Schwiegervater aber nicht im Zweifel zu lassen, daß es sich um eine Erpressung handelte, sandte er ihm — zusammen mit dem Protokoll

Digitized by Google Origina from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dieser Unterredung — ein zweites Exemplar mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß er es so habe schreiben müssen, daß der Kurfürst aber seine rechte Meinung kenne.

Kaum hatte der Landgraf Feuquières verlassen, so folgten Schlag auf Schlag die Nachrichten von dem, was ihm drohte[1]. Am 12. Mai erhielt er in Eisenach den Heilbronner Abschied, in Marburg erwarteten ihn die übrigen Beschlüsse des Konvents: der Nebenabschied, die Abschiede mit der Ritterschaft und die drohenden Schreiben der Stände, den beleidigten Nachbarn ihre ihnen entzogenen Güter zu restituieren.

Die Bedeutung dieser Schriftstücke war ihm sofort klar[2]. Er erkannte als wesentlich vor allem, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden und damit über die deutschen Verhältnisse nicht mehr bei den deutschen Ständen, sondern bei den beiden ausländischen Kronen Schweden und Frankreich lag. Hatte Oxenstierna als Bundesdirektor dadurch, daß er sich die Entscheidung in militärischen Angelegenheiten vorbehalten, und dadurch, daß er die schwedische Satisfaktion als Aufgabe des Bundes hingestellt hatte, ohne doch ihr Objekt näher zu bezeichnen, im wesentlichen die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand behalten, so hatte er als schwedischer Kanzler sich durch das französische Bündnis verpflichtet, diese Fragen nur im Einverständnis mit der Krone Frankreich zu regeln. Beide Bündnisse waren zeitlich unbegrenzt. Das hieß, da die beiden Kronen von der dänischen Interposition nichts wissen wollten — wie ihm Feuquières noch selbst erklärt hatte —, auch den Krieg „perpetuieren", und es lag auf der Hand, daß dann Deutschland die Zeche für die beiden fremden Kronen würde bezahlen müssen: „Es obsiege gleich die katholische oder schwedische Kriegspartei," schrieb er nach Dresden, „werden die Änderungen in Deutschland besorglich so groß sein, daß diejenige, die jetzo fast all das Ihrige und Haut und Haar hergeben müssen, wohl am wenigsten des Sieges zu genießen haben[3]". Die Kon-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sequenz für Kursachsen war klar: ihm war die Direktion der evangelischen Stände entzogen.

Nicht weniger scharf war die Kritik, die er an dem Heilbronner Bundesinstrumente selbst ausübte. Vor allem geißelte er, daß mit dem oberdeutschen Bunde eine Trennung unter den evangelischen Ständen geschaffen würde und daß dem Reichskanzler Rechte eingeräumt worden wären, wie sie kein Kaiser und kein Kurfürst je gehabt habe; in Wahrheit seien sie die eines Diktators, da ihm tatsächlich die Verfügung über die Mittel der Bundesstände und die Entscheidung in allen Kriegsangelegenheiten übertragen worden seien. Er sei ein Fremder und mit keinerlei Eidespflichten dem Reiche verwandt. Mit Nachdruck wies er darauf hin, daß wohl für die Stände Leistungen und Verpflichtungen, und zwar schwerster Art, festgesetzt worden seien, über das aber, was Schweden leisten solle, sei nichts gesagt. Es macht seinem politischen Scharfblick alle Ehre, wenn er darauf aufmerksam machte, daß Schweden, wenn die Stände einmal infolge ihrer Erschöpfung diesen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könnten, erklären werde, daß es sich dann auch nicht mehr an den Bund kehren werde. Die friedlichen Tendenzen des Bundes schätzte er sehr gering ein: mit der Restitution der Pfalz und der Anerkennung seiner Kurwürde war die schwierigste Frage bereits entschieden, und zwar gegen den Kaiser, die katholischen Kurfürsten und Bayern. Auch war der Frieden an die Zustimmung so vieler Köpfe gebunden, daß wenig Hoffnung vorhanden war, ihn je herbeizuführen. Daß der Landgraf die Sachsen und ihn besonders treffenden Bestimmungen — daß dem Kurfürsten die Direktion über die Evangelischen entzogen würde und daß der Bund auch den Eintritt solcher Stände erzwingen wolle, die sich nicht dazu verstehen könnten — noch hervorhob, war selbstverständlich.

Um so mehr hielt der Landgraf daran fest, daß das einzige Mittel, aus diesem Labyrinth zu kommen, der Frieden und der bevorstehende Friedenskongreß sei[1]. Mit großer Klugheit

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

riet er deshalb dem Dresdner Kabinett[1], Feuquières und die zu erwartenden Abgesandten des Heilbronner Konventes (er befand sich noch in dem Irrtum, daß die Stände eine besondere Gesandtschaft nach Dresden schicken würden) nicht hart anzulassen, sondern sie vor allen Dingen zur Beschickung des Kongresses zu vermögen; seien sie einmal dort und beteiligten sie sich überhaupt an den Verhandlungen, würde man leicht weiterkommen, er rechnete nicht unrichtig mit der Friedenssehnsucht, die die meisten der deutschen Stände nach dem 15jährigen mörderischen Kriege beseelte.

Über die Bedeutung der Heilbronner Abmachungen für ihn selbst war er natürlich erst recht im klaren. Daß keine Neutralisten mehr gestattet werden sollten, ging auf ihn, und zu der Bestimmung, daß alle Evangelischen restituiert und die Unterdrückten aufgerichtet werden sollten, gab die Aufforderung des Bundes, die angemaßten Güter der Grafen Solms, Isenburg und Löwenstein wieder herauszugeben, die nötige Illustration. Und daß es diesmal bitterernst zu werden drohte, zeigten die zahlreich anmarschierenden Bundestruppen, die sich mit Vorliebe über darmstädtisches Gebiet bewegten. „S. fürstl. Gnaden sitzen sehr übel und gefährlich zwischen Tür und Angel", schrieb damals sein Kanzler Wolff[2], und abermals mußte Kursachsen seine schützende Hand über den Schwiegersohn in Darmstadt halten[3].

Der Landgraf verlor jedoch den Mut nicht, und er erinnerte sich, daß die beste Parade der Hieb sei; vor allem galt es, Zeit zu gewinnen, zumal er von Frankfurt keine beunruhigenden Nachrichten über Oxenstiernas Gesinnungen gegen ihn erhielt[4].

Zunächst sandte er Dietrich Barthold von Pleß abermals zum Reichskanzler, diesmal in Begleitung des Ulrich Eberhard von Buseck[5]; sie hatten am 23. Mai Audienz[6]. Ihre Sprache war hier sehr zuversichtlich, ja, mehr als das. Statt zu bitten, brachten sie Beschwerden vor, daß die Entschuldigungen des Landgrafen, warum er den Konvent nicht hätte

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

besuchen können, nichts gefruchtet hätten; der Landgraf sei ein freier Fürst des Reiches, dem der König die Neutralität bewilligt hätte; weder zu Lebzeiten des Königs noch nachher sei des Königs Versprechen, Hand und Siegel respektiert worden, er — der Landgraf dagegen — habe die Neutralität beobachtet; der Reichskanzler dürfe die Verletzung der königlichen Parole nicht dulden. Wegen der gräflichen Forderungen müsse er sich mit seinen Vettern und Erbverbrüderten ins Einvernehmen setzen, dann wolle er sich zu verantworten wissen; dazu bedürfe er aber zwei Monate Zeit.

Oxenstierna war über diese Sprache, die den Umständen und Verhältnissen so wenig angemessen zu sein schien[1], empört. In höchstem Zorn unterbrach er mehrfach den Gesandten während der Rede, und aus seiner Miene und Haltung war seine Erregung deutlich zu erkennen. Mit der größten Heftigkeit antwortete er: eine solche picquante und injuriöse Proposition, darin seines Königs memoria und seine eigene Person angegriffen würden, sei ihm in seinem Leben noch nicht vorgekommen. Die mit dem König abgeschlossene Kapitulation hätten sie entweder nicht gelesen oder verstünden sie nicht: sie allegierten sie wie der Teufel die Schrift: die Neutralität sei ihnen keineswegs für immer gewährt worden, sie sei vielmehr ein „Temporalwerk"[2]; der König hätte sie bereits abschaffen wollen, wie er denn auch den Landgrafen nach Ulm eingeladen hätte. Die Schweden hätten sie redlich gehalten, der Landgraf nicht; und wenn sein Land hätte beschwert werden müssen, so sei es aus Not geschehen. Aber der Landgraf hätte sich selbst durch seine Reise nach Leitmeritz aus der Neutralität gesetzt, er hätte gewußt, daß ihm der König weitere Friedensunterhandlungen untersagt hätte; er (der Kanzler) wisse nicht, wie er daran sei: ob wir verraten oder verkauft seien und was man über unsere Köpfe und Hälse geschlossen hätte; der Kanzler Wolff würde den Kaiserlichen dort viel entdeckt haben, man wisse es ja im ganzen Lande, daß er des Kaisers Spion sei. Er kündige deshalb nochmals

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Neutralität hiermit auf und werde Rüsselsheim morgen zurückgeben. Der Heilbronner Schluß leide keine Neutralität, der Landgraf müsse sich erklären, ob er dem Bunde beitreten oder Feind sein wolle. Was die Inhabungen beträfe, so wisse er darüber wohl Bescheid, und es sei bekannt, daß sich Landgraf Ludwig des kaiserlichen Favors bedient und den Grafen schweres Unrecht zugefügt habe; deshalb sei es billig, daß er jetzt, wo die Verhältnisse sich geändert hätten, sie wieder herausgäbe und die Grafen befriedige; so verlange es der Heilbronner Schluß, dessen Exekutor er sei.

Trotz aller Gegenreden der Darmstädter Gesandten verharrte Oxenstierna fest auf seinen Forderungen: Aufgeben der Neutralität und Eintritt in den Bund sowie Befriedigung der Grafen. Die Frist von zwei Monaten schlug er ab und bewilligte zur definitiven Erklärung über den ersten Punkt vier Tage und über den zweiten Punkt acht Tage. Die Gesandten erklärten, das nicht annehmen zu können, sie müßten es dem Landgrafen referieren. Damit war Oxenstierna zufrieden.

Das war ein harter Bescheid, aber der Landgraf war weit entfernt, das Spiel verlorenzugeben. Waren ihm nach der Abreise seiner Gesandten von Marburg doch Bedenken gekommen, ob diese kühne Sprache das Richtige bei der ohne Zweifel sehr gefährlichen Situation sei[1], so gaben ihm überraschende Nachrichten seiner Gesandten über eine Unterredung mit la Grange in Frankfurt sowie gleich überraschende Mitteilungen des englischen Gesandten Anstruther, der ihn an seinem Hoflager in Marburg aufsuchte, seine Festigkeit zurück.

Der Ritter Robert Anstruther[2] war zwar jetzt, nach der Restitution der Pfalz, besser auf Oxenstierna zu sprechen als früher; aber nichtsdestoweniger machte er aus dem Antagonismus Englands gegen Schweden, vor allem gegen Frankreich, kein Hehl. Vor Frankreich warnte er Darmstadt, wie er die Stände in Heilbronn gewarnt hatte: es sei katho-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

lisch, strebe nach dem Elsaß und der römischen Reichskrone. Aber auch gegen Schweden trat er ohne Scheu auf: er hätte es dem Oxenstierna ins Gesicht gesagt, daß man um Schwedens willen nicht ewig Krieg führen werde; es sei unerträglich, daß Schweden auf die Dauer die Ostsee auf beiden Seiten beherrschen und die Zölle nach eigenem Belieben bestimmen wolle, das könne weder England noch Dänemark oder Holland dulden. Brandenburg sei zwar gut schwedisch gesinnt spe matrimonii, aber es täusche sich, da Oxenstierna selbst seinen Sohn mit der Königin verheiraten wolle; „wenn sich aber Chur-Brandenburg so weit bereden lasse, daß I. Ch. D. in Hoffnung künftiger neuer, doch ganz ungewisser und nie einen Fortgang habender Schwägerschaft ihre preußischen und pommerschen beste Örter lang in schwedischer Hand lasse, so habe Schweden die dem Hause Brandenburg vergeblich gemachte Hoffnung wohl bezahlt bekommen". Seiner Ansicht nach sollte Schweden mit Geld abgefunden werden. Großes Interesse bezeigte der Gesandte für die Friedensbestrebungen, doch meinte er, daß Dänemark allein dazu nicht imstande sein werde; sein König gehe auf den von Kursachsen angeregten Plan eines geheimen Bundes zwischen England, Dänemark, Kursachsen und Hessen-Darmstadt ein[1] und sei bereit, ihn abzuschließen, ihm würden gewiß viele deutsche Stände zufallen, und Schweden könne dann nichts dagegen ausrichten. Als die Darmstädter ihm berichteten, daß Sachsen sich auf die dänische Interposition beschränkt habe, um die Friedensverhandlungen zu vereinfachen, und als sie ihn aufforderten, England möchte Dänemark seinen mächtigen Beistand leihen, so werde dasselbe indirekt erreicht, was es durch eigene Interposition beabsichtige, billigte das der Gesandte und versprach, den Vorschlag zu Hause zu empfehlen. Im übrigen beschwor er den Landgrafen hoch und heilig, sich in seinen Friedensbemühungen durch nichts irremachen zu lassen, er allein habe noch freie Hände. Auf die Frage des Landgrafen, warum man ihn denn aus seiner Neutralität treiben wollte (An-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

struther hatte in seiner offiziellen Proposition ihn aufgefordert, dem Heilbronner Bunde beizutreten), antwortete der Gesandte nicht, sondern erneute nur seine dringenden Bitten, das Friedenswerk zu beschleunigen. Der Differenzpunkt war auch hier die pfälzische Frage: ohne völlige Restitution der Pfälzer, erklärte Anstruther, auch in die Oberpfalz und in alle Würden, sei kein Friede denkbar, er tadelte, daß Sachsen und Darmstadt den Administrator nicht anerkennen wollten, und bat insbesondere den Landgrafen um gute Nachbarschaft mit Pfalz und Restitution von Umstadt und Ottsberg. Daß der Landgraf nicht darauf einging, war selbstverständlich, er benutzte vielmehr die Gelegenheit, den Engländer darauf aufmerksam zu machen, daß Pfalz alle Ursache hätte, dem Darmstädter Nachbar entgegenzukommen, der ihm bei den Friedensverhandlungen gute Dienste leisten könne.

Alles in allem genommen war es klar, daß die hessisch-sächsische Friedenspartei an England einen Bundesgenossen gegen Schweden haben würde; nicht einmal die pfälzischen Bestrebungen, sich an dem Kriege wieder aktiv zu beteiligen und sich mit Hilfe der Generalstaaten des Kurfürstentums Köln zu bemächtigen, billigte England.

Freilich, was besagte England, das sich bisher nur immer mit Worten, nie mit wirklichen Taten der Glaubensgenossen in Deutschland angenommen hatte. Von größerer Bedeutung war, daß der Landgraf jetzt ganz unerwartet auch in Frankreich einen Bundesgenossen gegen seine Widersacher fand.

Nach seiner Rückkehr aus Dresden hatte der Landgraf Georg ein Schreiben des Gesandten la Grange erhalten[1], das seinen hellen Zorn erregte; noch ganz befangen von den Drohungen Feuquières', sah er darin einen offenen Verweis, daß er nach Leitmeritz gereist sei, daß er sich deshalb vorher mit den französischen Gesandten hätte in Verbindung setzen sollen und daß, wenn Kursachsen und Darmstadt dem französisch-schwedischen Bündnisse beitreten würden, sie bei

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Dignität, Land und Leuten bleiben könnten[1]. Liest man das Schreiben aber unbefangen und betrachtet man es vom Standpunkte der französischen Politik, so verliert es den drohenden Charakter, den der Landgraf ihm beilegte, ja, es enthielt dann eine Aufforderung, sich näher mit Frankreich in Verbindung zu setzen, das ihn schützen (auch gegen Schweden und seine Verbündeten) und seine Bestrebungen beim Kaiser unterstützen würde. Daß dies die wahre Meinung la Granges war, davon erhielt der Landgraf sehr überraschend den Beweis, als seine Gesandten ihn am 24. Mai in Frankfurt aufsuchten[2]. La Grange erklärte sich von den Mitteilungen über die Leitmeritzer Konferenzen — die doch gewiß nicht anders geartet waren als die für Feuquières zurechtgestutzten — vollständig befriedigt und eröffnete ihnen dann ganz unerwartet und aus freien Stücken, nachdem er sie feierlich zur Verschwiegenheit verpflichtet hatte[3], im höchsten Vertrauen: 1. wenn man in den Landgrafen gar zu hart dringen sollte, dem Bunde beizutreten, so sollte er erklären, daß er es zwar mit der evangelischen Partei halten, sich aber mit Kursachsen, auch wohl gar mit Frankreich, verbünden wolle. 2. Feuquières verhandle in Dresden über einen Bund des Kurfürsten mit Frankreich, dem könne dann Hessen beitreten. 3. Sein König würde es gestatten, daß dieser Bund mit Wissen des Kaisers geschlossen und daß der Landgraf dabei die Devotion gegen den Kaiser und den Respekt gegen das Haus Österreich gemäß dem Testamente seines Vaters sich vorbehalte. 4. Frankreich hätte in Heilbronn nicht zugeben wollen, daß man den Landgrafen in seinen Inhabungen belästige[4], würden die Stände ihn weiter bedrohen, so würde er besser tun, sich etwas mit Gewalt nehmen zu lassen, als in Güte in irgendeinen Verzicht einzuwilligen. Dann kam er auf die dänische Interposition zu sprechen, die er natürlich mißbilligte, dagegen empfahl er sehr Frankreich und begehrte, daß der Landgraf seinen König als Vermittler bei dem Kaiser und Kursachsen vorschlagen solle.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

So wenig der Landgraf auf das letztere einzugehen dachte, so konnte er doch aus dem ersteren die tröstliche Sicherheit gewinnen, daß er keiner geschlossenen Phalanx seiner Gegner gegenüberstehe. Im Gegenteil, diese Intrige des ränkevollen Franzosen mußte ihm die Augen öffnen über das wahre Verhältnis der beiden Kronen, die trotz des eben erneuten Bündnisses nach wie vor Rivalen geblieben waren; sie zeigte ihm klar und deutlich, daß Frankreich in unterirdischer Arbeit sich bemühte, die deutschen Stände von Schweden ab und zu sich hinüberzuziehen. Um so weniger hatte er Ursache, vor den Forderungen der kleinen Nachbargrafen ohne weiteres die Flagge zu streichen.

Trotz der schroffen Abfertigung, die Oxenstierna seinen Gesandten in Frankfurt soeben hatte zuteil werden lassen, dachte er jetzt nicht mehr daran, nachzugeben. Nach wie vor verharrte er auf seiner Forderung, daß man ihm Zeit lasse, sich mit Kursachsen zu beraten, und daß man sein Land verschone; nur insoweit wollte er nachgeben, als er sich bereit erklärte, vom 1. Juli ab seine Quote nach dem Heilbronner Abschiede zu erlegen[1].

Damit schickte er seinen Rat Siegfried Happel nach Frankfurt, der zusammen mit dem bei Oxenstierna wohlgelittenen Oberjägermeister von Hertinghausen den Reichskanzler umzustimmen versuchen sollte[2]. Obwohl der Reichskanzler diesmal „gar gütlich" und lange mit ihnen konferierte, blieb er doch fest auf seinen Forderungen des ungesäumten Eintritts in den Bund und der Befriedigung der beleidigten Grafen. Immer wieder machte er seinem Unmute Luft über die injuriöse Proposition des von Pleß, der an den stachligen und anzüglichen phrases wohl einen halben Tag studiert haben möge, und seinem Haß gegen den Kanzler Wolff gab er ungescheut Ausdruck: alles geschähe ex malitia des Kanzlers, er verführe den Landgrafen, den er um Land und Leute bringen werde; damit den Pfaffen alles verraten werden könne, hätte man ein Triangel gemacht: hier der Kanzler, sein

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bruder in Regensburg und Dr. Liebenthal in Wien, der, wie alle Welt wisse, gleichfalls ein böser Mann sei. Als Termin für des Landgrafen endgültige Erklärungen könne er nur wenige Tage zugeben: die Gesandten erhielten schließlich deren fünf.

Die Gesandten sahen diesmal die Sache doch für sehr ernst an[1], zumal die Konferenzen in den ruhigsten und urbansten Formen von beiden Seiten geführt worden waren. Happel riet, den Eintritt in den Bund, wenn man ihn vorhabe, bald zu vollziehen, Hertinghausen dagegen empfahl dem Landgrafen eine persönliche Unterredung mit dem Reichskanzler. Auf letzteren Gedanken ging der Landgraf ein und beauftragte die Gesandten, den Reichskanzler deshalb zu sondieren[2]; da auch Oxenstierna den gleichen Wunsch äußerte[3], war man bald über Zeit und Ort im klaren, und am 13. Juni nachmittags trafen sich die beiden Gegner in Rheinfelden. Die Unterredung verlief ohne jeden Zeugen, da der hessische Hofmarschall den Grafen Solms, der daran teilnehmen wollte, zurückwies, und in fast vierstündiger Aussprache wurden alle Differenzpunkte gründlich durchgenommen[4].

Die Unterredung betraf zwei Gegenstände: einmal die Beschwerden Oxenstiernas über des Landgrafen Verhandlungen mit dem Kaiser und seine Gegenbemühungen gegen die schwedische Politik, und dann zweitens die Forderungen des Bundes.

Die Beschwerden des Reichskanzlers konnte der Landgraf zum Teil zurückweisen: so z. B. die über einen Brief des Landgrafen an den Kurfürsten von Brandenburg, durch den der Landgraf, wie Oxenstierna behauptete, den Ulmer Konvent habe vereiteln wollen[5]. Damit verhielt es sich folgendermaßen. Als Oxenstierna mit der Berufung dieses Konventes am 18. Januar die sächsischen Pläne eines allgemeinen evangelischen Konventes durchkreuzte, hatten die in Dresden anwesenden Fürsten, Markgraf Christian von Kulmbach und Landgraf Georg, den Kurfürsten von Brandenburg gebeten, den Reichskanzler zu veranlassen, nicht sogleich nach Ulm

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zu eilen, sondern zunächst entweder mit dem Kurfürsten wieder nach Dresden zu kommen oder doch so lange in der Nähe zu verweilen, bis die beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg ihre Konferenz abgehalten haben würden, auf die Kursachsen seine weiteren Entschließungen verschoben hatte. Dem Landgrafen war es ein leichtes, nachzuweisen, daß er mit diesem Schreiben nicht den Ulmer Konvent überhaupt hätte vereiteln, sondern nur verhindern wollen, daß Oxenstierna und Kursachsen zwei konkurrierende Konvente ausschrieben, wodurch der offene Bruch der beiden Rivalen unvermeidlich geworden wäre.

Seiner Gesandten, von Pleß und von Bußeck, sowie seines Kanzlers Wolff nahm sich der Landgraf ritterlich an und erklärte, ihre Proposition, durch die sich der Reichskanzler so beleidigt fühle, gehe auf ihn persönlich zurück; er habe weder ihm noch dem König zu nahe treten wollen, er habe sich nur über die unmenschlichen Bedrückungen beklagen wollen, die ohne Wissen des Königs und gegen die Kapitulation vorgegangen seien.

Am meisten hatte den Reichskanzler die Reise des Landgrafen nach Leitmeritz verdrossen, nicht weniger auch die Tatsache, daß er mit dem Kaiser und seinen Feinden korrespondierte und daß er von Leitmeritz seinen Rat Dr. Liebenthal nach Wien geschickt hatte, das alles deute auf einen Partikularfrieden und verstoße gegen die Neutralität, zum mindesten hätte sich der Landgraf mit ihm vorher ins Einvernehmen setzen müssen. Der Landgraf bestritt das alles, als freiem und neutralem Fürsten stünde es ihm wohl zu, des Kaisers Gesandte zu hören, ebenso wie er sich ja auf Erfordern auch zu dem Könige von Schweden begeben habe, was er als neutraler Fürst dann ebensowenig gedurft hätte. An den Kaiser habe er aus freien Stücken, aber auf Gutachten des Kurfürsten von Sachsen, geschrieben, nur um zu vernehmen, ob er die vorm Jahr angesponnenen Friedensverhandlungen sich noch belieben lasse; als ihn dann der

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kaiser nach Leitmeritz eingeladen habe, sei er auf den Rat beider Kurfürsten dorthin gegangen, insbesondere auch des von Brandenburg, trotzdem dieser es jetzt dem Reichskanzler gegenüber ableugne. Das Verbot des Königs, von Friedensverhandlungen nicht mehr zu reden, sei hinfällig gewesen, da der König tot und Oxenstierna noch nicht Direktor gewesen sei. Er sei nach Leitmeritz gegangen, lediglich um die kaiserlichen Gesandten zu hören, nicht zu verhandeln, und er habe dort die schwedischen Interessen ebenso wahrgenommen wie die der Deutschen; er habe erklärt: 1. ohne schwedische Satisfaktion; 2. ohne Regelung der pfälzischen Frage und 3. ohne Abhilfe der evangelischen gravamina sei ein Friede nicht möglich; auf den Einwurf der Kaiserlichen, daß Schweden zu Unrecht Satisfaktion begehre, habe er erwidert, daß der Kaiser die Schweden in Preußen angegriffen habe. Sein Rat Dr. Liebenthal sei nach Wien geschickt wegen der in Kärnten gelegenen Besitzungen seines Vetters, des Landgrafen Friedrich, die der Kaiser hätte konfiszieren wollen, er hätte Befehl, sich aller publica zu enthalten.

Daß der Landgraf in Leitmeritz über die Separatforderungen Sachsens verhandelt hatte, verschwieg er natürlich ebenso, wie daß Liebenthal in Wien die hessischen Separatwünsche betrieb.

Oxenstierna erklärte schließlich, obwohl es ihm scheine, als ob es gegen die noch bestehende Kapitulation verstieße, wolle er es doch dahingestellt sein lassen, ob ein neutraler Fürst mit dem Kaiser korrespondieren dürfe; jedenfalls hätten diese Verhandlungen ihm große Schwierigkeiten bereitet, da man gesagt hätte: es gäbe Frieden. Doch danke er dem Landgrafen, daß er der schwedischen Interessen gedacht hätte. Von der dänischen Interposition — erklärte er auf Befragen des Landgrafen — wollten die Stände nicht viel wissen, erst müsse man untereinander eins sein, auch sich über die schwedische Satisfaktion und die der Evangelischen vergleichen: dann erst könne man ex castris über die Bedingungen verhandeln.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Der Forderung des Reichskanzlers gegenüber, daß der Landgraf als Fürst des Reiches die Pflicht habe, auch gegen den Kaiser zu kämpfen, wenn dieser die Wahlkapitulation verletze, verharrte der Landgraf auf seiner Anschauung, daß der Kaiser noch sein Oberhaupt sei und daß er von ihm nicht lädiert sei; auch Sachsen habe erst dann zu den Waffen gegriffen, als der Kaiser es angegriffen habe.

Danach verhandelten die beiden über die Forderung des Heilbronner Bundes, daß der Landgraf seine Neutralität aufgeben und in den Bund eintreten müsse. Der Landgraf legte noch einmal seine Bedenken dar: es gehe gegen sein Gewissen, da er seinem Vater auf dem Totenbette gelobt habe, dem Kaiser treu zu bleiben; erkenne er den Bund an, so müsse er das ganze böhmische Unwesen von 1618 an und was Kurpfalz getan habe gutheißen, auch den Pfalzgrafen Philipp Ludwig müsse er dann als Administrator anerkennen und damit das kursächsische Direktorium beeinträchtigen; er erinnerte den lutherischen Schweden eindringlich daran, daß dadurch das Direktorium der Evangelischen einem reformierten Fürsten in die Hände gespielt würde und daß durch den Bund die Irrlehre der Kalvinisten gestärkt werde. Er könne sich endgültig erst erklären, wenn er sich mit Kursachsen, seinen Agnaten und den Landständen ins Einvernehmen gesetzt habe. Er hoffe, daß man ihn bei der Kapitulation mit Schweden lasse; inzwischen aber erbiete er sich über dieselbe zu folgendem[1]: 1. wolle er den Konföderierten mit Freundschaft begegnen und ihnen aus seinem Lande mit Vorsatz keinen Schaden zufügen; 2. werde er von den Katholiken angegriffen, so wolle er nur von der evangelischen Partei Kriegsvolk auf gewisses Maß zu Hilfe rufen; 3. die Kontribution nach der ihm zufallenden Quote, auch 4. Mannschaften und Pferde stellen sowie alle anderen onera tragen wie die Konföderierten nach dem Bundesbeschlusse. Dagegen erwarte er, daß man sein Land nicht anders behandle wie die der Bundesgenossen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oxenstierna lehnte zunächst die Bedenken des Landgrafen ab und benutzte die Gelegenheit, zu erklären, daß sein eigenes Direktorium keinem Kurfürsten oder Stande des Reiches zu nahe trete, es sei nur ein Interimistikum für die Dauer des Krieges, er müsse es nur wegen der Krone Schweden führen und wünschte, er wäre seiner ledig. Die Anerbieten des Landgrafen seien zu bedenken; da sein Begehren aber gegen den Heilbronner Abschied laufe, der keine Neutralisten dulde, könne er selbst nichts entscheiden, er müsse es sämtlichen Konföderierten unterbreiten; da er auf den 17. verschiedene Fürsten nach Heidelberg verschrieben habe, verspreche er, dort favorabiliter für Darmstadt einzutreten; etwas Definitives könne er nicht zusagen.

Schließlich kamen die Darmstädter „Inhabungen" zur Sprache. Oxenstierna bat ihn inständig, ihm hier entgegenzukommen. Die Grafen überliefen ihn täglich, und schon Gustav Adolf hätte ihnen Versprechungen gemacht: er sei daran gebunden, ebenso wie an den Heilbronner Schluß; er bäte ihn um Gottes willen, ihn aus diesem Labyrinth zu helfen und die Güter in Güte zu restituieren; wenn nicht, möchte er es ihm zugute halten, wenn er Gewalt brauchen müsse. Der Landgraf verharrte auf seinem Rechte: man hätte seinen Vater überfallen, ihn gefangengenommen und sein Land geplündert; dafür seien ihm diese Güter als Ersatz durch Recht und Urteil zugesprochen worden, und zwar nicht durch parteiisches Urteil; denn die Grafen von Isenburg hätten im Reichshofrat die Majorität auf ihre Seite gebracht, so daß die Sache an das Kurfürstenkolleg als höchsten Gerichtshof gelangt sei, und auf dessen Votum sei dann das kaiserliche Urteil ergangen. Er sei bereit, seine Rechte einer allgemeinen Reichsversammlung zu unterbreiten. Ohne Genehmigung von Kursachsen könne er sich zu nichts erklären, sein Schwiegervater hätte es ihm schon verwiesen, daß er vorm Jahre bereits so weit entgegengekommen sei. Sachsen hätte versprochen, ihn dabei zu schützen. Gegen Gewalt könne er nichts tun, schütze ihn

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oxenstierna nicht, so würde er schon Mittel finden, mit seinen Widersachern zurechtzukommen: in Güte würde er sich nicht dazu verstehen.

Eine kühne Sprache, bei der die französischen Einflüsterungen gewiß nicht ohne Einfluß waren. Auf des Reichskanzlers Einwendung, daß er durch des Königs Parole gebunden sei, erbot sich schließlich der Landgraf zu gütlichen Verhandlungen, wie er sagte lediglich Oxenstierna zu Ehren, doch verlangte er, daß dann seine sämtlichen Streitigkeiten mit den Grafen verglichen werden sollten, nicht nur die wegen der Inhabungen, auch behielt er sich die Ratifikation von Kursachsen und seiner Agnaten vor, ferner erklärte er, daß diese Verhandlungen ihm nicht zum Präjudiz gereichen dürften, falls sie ohne Ergebnis verlaufen sollten. Oxenstierna erklärte sich schließlich zur Vermittlung bereit, obwohl er es dem Landgrafen ins Gesicht sagte, es sei nur, um Zeit zu gewinnen.

Nach der Mahlzeit, an der nur der Landgraf, Oxenstierna und Graf Solms teilnahmen, versicherte Oxenstierna dem Landgrafen wiederholt, er werde für ihn sprechen und wollte Sr. f. Gnaden consiliarius sein, wegen der Anerbieten hoffe er, daß es keine Not haben werde, dagegen möchte er wegen der Inhabungen nochmals nachsinnen und des Königs Parole bedenken. Der Landgraf aber verblieb bei seinem Erbieten, sich mit den Grafen totaliter zu vergleichen; wollten die Grafen de facto gegen ihn vorgehen, und er wisse, daß Oxenstierna nicht dahinter sei, so wisse er, was er zu tun habe. Daraufhin versicherte ihm Oxenstierna, daß er die Güte versuchen werde, inzwischen solle nichts Tätliches gegen ihn vorgenommen werden. Er erbot sich ihm zu allen Diensten, soweit es ohne Schaden für das gemeine Wesen geschehen könne: er wolle des Landgrafen Freund und Diener sein.

Damit schieden die beiden Gegner voneinander: der Erfolg war aber unstreitig auf seiten des Landgrafen. Wenn er auch in der Forderung des Eintritts in den Bund keinen definitiven

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bescheid erhalten hatte, so war das ihm zugestandene Interimistikum zusammen mit der ihm von Oxenstierna zugesagten Förderung seiner Wünsche fast einer wirklichen Bewilligung gleichzuachten. Zum mindesten hatte der Landgraf sein Ziel erreicht, Zeit zu gewinnen, das bedeutete zunächst für ihn alles. Und was wollten dagegen die Zugeständnisse besagen, den Konföderierten seine Quote zu erlegen, als wenn er in den Bund eingetreten wäre! Für ihn, der in der Hand der Konföderierten war, die aus seinem Lande das Zehnfache erpressen konnten, war eine Festsetzung dieser Leistungen nur ein Gewinn, da er damit auch die Zusicherung erhielt, nicht höher belegt zu werden als die Bundesmitglieder selbst, und da er darüber hinaus noch die Zusicherung des Schutzes des Bundes erhielt. Daneben behielt er seine Neutralität, also auch die Devotion gegen den Kaiser, dem er wahrheitsgemäß berichten konnte, daß er den Konföderierten die Kontribution nur gezwungen bewilligt habe.

Ebensowenig hatte er sich in der Frage der „Inhabungen" zu etwas verstanden; es war vorauszusehen, daß die Verhandlungen, die alle Streitigkeiten beilegen sollten, bei der Unversöhnlichkeit der Gegner[1] sich ins Endlose schleppen würden. Und dann war immer noch der Vorbehalt der Ratifikation Kursachsens und der Agnaten da.

Und schließlich hatte sich ergeben, daß Oxenstierna gar nicht der unversöhnliche Feind des Landgrafen war, wie es geschienen hatte. Mit ausgesuchter Höflichkeit war er dem Landgrafen entgegengekommen, ganz besonders dankte er ihm, daß er in Leitmeritz für die schwedischen Forderungen eingetreten wäre, das werde er ihm nicht vergessen; seinen staatsmännischen Eigenschaften machte er das Kompliment, daß er in den vier Stunden mehr von den Reichssachen gelernt habe als in der ganzen Zeit, seitdem er in Deutschland sei. Bei der Tafel blieb er trotz der wiederholten Mahnungen des Grafen Solms sitzen, was den Landgrafen zu der spöttischen Bemerkung veranlaßte: der Graf sei immer um den Reichs-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

kanzler, er solle ihn ihm doch auch eine halbe Stunde gönnen. Es war dem Landgrafen gelungen, des Reichskanzlers mächtigen Schutz gegen die Grafen zu gewinnen, mit deren Triumphieren es jetzt vorbei war. Die Aufforderung des Reichskanzlers: der Landgraf möchte ihm nur seine desideria wissen lassen, er werde sich als ein redlicher Mann erweisen, war ein schöner Erfolg.

Alles in allem konnte der Landgraf, der eben noch in der höchsten Gefahr gewesen war, wohl zufrieden sein. Er versäumte nicht, als vorsichtiger Politiker tags darauf dem Reichskanzler die Abmachungen und Resultate der Unterredung in Rheinfelden schriftlich zu übersenden[1], ebenso sandte er den Fürsten, die sich in Heidelberg versammeln sollten, eine eingehende Darstellung seiner Rechte auf die Güter der Grafen von Isenburg, Solms und Löwenstein[2].

---

5. Kursachsen und die dänische Interposition.

In Dresden war man äußerst betroffen über den Verlauf der Dinge in Süddeutschland[3]. Man hatte nicht erwartet, daß die Stände so rasch und willig dem Rufe des schwedischen Reichskanzlers folgen und sich — aller Mahnungen des Kurfürsten zum Trotz — unter seiner Leitung vereinigen würden[4]; der Kurfürst, der eine ganz besonders hohe Meinung von seiner Stellung als Haupt aller Evangelischen hatte, mußte es als einen persönlichen Affront empfinden, daß die Stände den Kurpfälzern das Direktorium eingeräumt und damit ihre kurfürstlichen Rechte anerkannt hatten. Es war eine schlimme Niederlage, Süddeutschland war für Sachsen verloren, es blieb höchstens noch der Norden übrig.

An ein Nachgeben aber dachte der Kurfürst nicht, im Gegenteil, der Wille zum Widerstand verstärkte sich, und die Abneigung gegen den schwedischen Edelmann, der ihm einen, sein fürstliches Selbstgefühl so empfindlich berührenden

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schlag versetzt hatte, vergrößerte sich mehr und mehr, bis sie sich zu einem persönlichen Haß auswuchs, der nicht mehr zu beseitigen war. Daß die scharfe Kritik, die sein Schwiegersohn, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, an dem Bunde ausübte, ganz den Anschauungen des Kurfürsten entsprach, war selbstverständlich. Auch er sah in diesem „Sonderbunde" eine nicht mehr gutzumachende Spaltung unter den Evangelischen, und er beschwerte sich bitter, daß sich „etliche" Kreise mit „Hintansetzung vornehmer Interessenten und hoher Stände" zusammengetan und „solche sonderliche Hauptschlüsse" gefaßt hätten, die sie dann anderen Ständen als Norm vorschreiben wollten; Kursachsens Verdienste um das evangelische Wesen seien so groß, daß es nicht hätte übergangen werden dürfen[1]. Um so fester war er entschlossen, bei der dänischen Interposition zu bleiben, auch hierin stimmte er mit seinem Darmstädter Schwiegersohne überein.

Es waren freilich nur noch wenige Stände, auf die er sich verlassen konnte, und ihre geringe Anzahl hätte ihn mit Sorge erfüllen müssen. Seine Aufforderung, zu dem von Dänemark anzuberaumenden Friedenskongresse die Gesandten acht bis zehn Tage früher zu schicken, war von fast allen Ständen abgelehnt worden[2], wenn auch nicht mit dürren Worten, so doch der Sache nach, entweder mit dem Hinweise, daß der Termin zu kurz sei für ein so wichtiges Werk, oder mit dem Einwurfe, daß man sich erst mit Oxenstierna ins Einvernehmen setzen und daß Schweden mit hinzugezogen werden müsse. Daß die Heilbronner Bundesstände versagten[3], war schließlich nicht zu verwundern, aber selbst auf die Stände der beiden sächsischen Kreise konnte er nicht mehr rechnen. Brandenburg hielt die Zeit von acht bis zehn Tagen für viel zu kurz und machte den — für Sachsen ganz unannehmbaren — Vorschlag, daß Oxenstierna, Kursachsen, Kurbrandenburg, ein Ausschuß der Heilbronner Stände und etliche Stände der beiden sächsischen Kreise sich zusammentun und diese Vorfragen beraten sollten. Die beiden Mecklenburg erinnerten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

an ihre Allianz mit Schweden, die ihre Teilnahme von der Zustimmung Schwedens abhängig mache. Celle antwortete überhaupt nicht[1]. Selbst Anhalt und Altenburg verlangten, daß Schweden mit herangezogen werden müsse. Herzog Wilhelm von Weimar lehnte eine Beschickung ab, solange er keine Sicherheit habe, daß der Kaiser auch wirklich zu Verhandlungen bereit sei, und ehe er nicht die feindlichen Friedensbedingungen kenne, auf die er seine Gesandten instruieren könne; er machte gar den Vorschlag, daß sich sämtliche evangelischen Stände zusammentun sollten, wie die vier oberen Kreise in Heilbronn: dann könne man untereinander über die Friedensbedingungen sich einigen und jeden Schein vermeiden, als ob man den Frieden anböte.

Es blieben nur der Herzog von Holstein, der Landgraf von Hessen — beides Schwiegersöhne des Kurfürsten — und der Herzog von Braunschweig übrig, die sich ohne Vorbehalt für die kursächsischen Pläne aussprachen. Das waren schlechte Aussichten! Aber der Kurfürst blieb auf dem einmal eingeschlagenen Wege der dänischen Interposition: wir tun das Unsrige und werden hernach um so mehr entschuldigt sein, schrieb er damals an Kurbrandenburg, dessen Abschwenken ihm besonders naheging[2]. Getreu diesem Vorsatze wollte er auch von anderen Friedensvermittlern nichts wissen: das Anerbieten des Herzogs von Savoyen und des Königs von Polen, die beide Gesandtschaften nach Dresden schickten, lehnte er ab mit der Begründung, daß er bereits Dänemarks Vermittlung angenommen habe[3].

So hatten auch die Anträge Frankreichs bei dem Kurfürsten wenig Aussicht auf Erfolg. Wie erwähnt, waren sich die Stände in Heilbronn wohl bewußt, daß der Anschluß an Schweden für sie einen Bruch mit Sachsen bedeute; trotzdem wünschten sie keineswegs, alle Brücken abzubrechen, und das um so weniger, als die Mitteilungen über die beginnenden Friedensverhandlungen ihren Eindruck nicht verfehlten. Sie nahmen deshalb mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Feuquières

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

und Anstruther nach Dresden reisen würden, um den Kurfürsten zum Anschluß an den Bund zu bewegen, auf jeden Fall ihn aber von Sonderverhandlungen mit dem Kaiser abzuhalten.

Als erster traf Feuquières am 19. Mai in Dresden ein[1], am folgenden Tage fand die Audienz beim Kurfürsten statt. In seiner Proposition rechtfertigte er den Heilbronner Bund, der niemandem, auch dem Kurfürsten nicht, in seinen Rechten und Ehren zu nahe trete und nichts anderes wolle als den Schutz der Stände gegen ihre Feinde; er forderte den Kurfürsten auf, sich ihm anzuschließen, und teilte ihm mit, daß er zu Heilbronn das frühere Bündnis zwischen Frankreich und Schweden erneuert habe: dem Kurfürsten stünde es frei, ihm beizutreten oder auch einen besonderen Bund mit Frankreich abzuschließen. Er rühmte die Hilfe und Unterstützung, die sein König den Evangelischen in Deutschland zuteil werden lasse, deren alleiniges Ziel der Frieden sei; sein König biete seine Vermittlung an, ihn herbeiführen zu helfen; er sei mehr dazu geeignet als etwa der König von Dänemark, dessen Macht zu gering sei, um gegenüber so starken Feinden, wie dem Hause Österreich, Garant des Friedens sein zu können.

Die Antwort des Kurfürsten fiel, wie nicht anders zu erwarten war, völlig ablehnend aus. Er beklagte, daß der Heilbronner Konvent einen allgemeinen evangelischen Konvent, wie er ihn beabsichtigt hätte, unmöglich gemacht habe. Der Bund der vier oberen Kreise sei ein Sonderbund, und durch ihn sei eine Spaltung in die Reihen der evangelischen Stände getragen worden, zum Schaden der gemeinsamen Sache. Er selbst habe nie etwas anderes gewollt als einen allgemeinen Frieden, und deshalb habe er auch die dänische Interposition angenommen, das Anerbieten des Königs könne er jetzt nicht mehr annehmen; er bleibe bei dem Leipziger Schlusse, werde sich aber nie in Partikularverhandlungen einlassen, auch die Waffen nicht niederlegen, bis man einen sicheren Frieden haben könne[2]. Ein Bündnis mit Frankreich sei eine so wich-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

tige Sache, daß er sie reiflich überlegen und mit seinen Ständen und Freunden beraten müsse; er werde mit dem Könige weiter darüber verhandeln, je nach dem Erfolge des bevorstehenden Friedenskongresses.

Das war eine höfliche, aber bestimmte Ablehnung, an der auch eine Replik des Gesandten nichts änderte. Sehr merkwürdigerweise machten ihm die sächsischen Räte auf sein fortgesetztes Drängen schließlich den Vorschlag, Sachsen würde auf die dänische Interposition verzichten und den Krieg fortsetzen, wenn der König es mit 100000 Rt. unterstützen wolle. Feuquières versprach, das seinem Könige zu berichten, forderte aber ein schriftliches Versprechen; das lehnten die Räte ab[1]. Wieweit dieses Angebot von den Sachsen ernstlich gemeint war, steht dahin.

Den Gesandten hinderte ein Tertianfieber mehrere Wochen an der Abreise[2], dann aber blieb er noch, die Ankunft Anstruthers abzuwarten, um dessen Einfluß zugunsten Englands, wenn es nötig sein sollte, zu paralysieren. Er benutzte die Zeit zu eingehenden Verhandlungen mit dem schwedischen Residenten Nikolai, durch den er den Reichskanzler namentlich gegen die dänische Friedensvermittlung aufzustacheln sich bemühte. Er erbat sich Verhaltungsmaßregeln[3], wie man den Friedenskongreß verhindern könne, und schlug vor, falls das nicht möglich wäre, den Gesandten nur den Auftrag zu geben, die Proposition anzuhören; er frug auch an, ob der Reichskanzler persönlich den Kongreß besuchen werde und ob er es für zweckmäßig erachte, daß Frankreich den Kongreß beschicke. Der Reichskanzler stand dieser Frage sehr viel kühler gegenüber[4]; er sah vorläufig noch keine Gefahr von dieser Seite, da die Versammlung so rasch nicht zustande kommen werde; erst wenn Sachsen einen Separatfrieden schließen wolle, hielt er es für nötig, „impedimenta einzuwerfen". Er selbst beabsichtige, den Kongreß nicht zu besuchen, er habe auch keine Einladung bisher bekommen; dagegen werde er ein Mitglied des Bundesrates dorthin schicken;

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gut würde es sein, wenn Frankreich die Versammlung besuchte, um zu verhüten, daß etwas Nachteiliges für die Konföderierten beschlossen werde.

Als dann das Ausschreiben Dänemarks nach Breslau eintraf und in Schlesien der Waffenstillstand zwischen Arnim und Wallenstein abgeschlossen wurde, ergriff Feuquières von neuem Unruhe und Mißtrauen; ob nicht Sachsen trotz aller Beteuerungen doch mit Sonderfriedensgedanken umginge. In einer Unterredung mit dem geheimen Rate von Miltitz[1], frug er ihn, wie man das Wort „universal" verstehe, ob darunter ein Frieden im Einverständnis mit allen Interessierten gemeint sei oder nur ein einseitiger Schluß einiger weniger, der nachher den übrigen zur Annahme vorgelegt würde. Auf die Antwort Miltitz', daß kein Grund vorhanden sei, warum nicht letzteres der Fall sein sollte, die wenigen Widerspenstigen würden das, was die Mehrzahl oder die am meisten Interessierten beschließen würden, sicher nicht umstürzen, verstieg er sich zu Drohungen, sein König werde eine solche Mißachtung nicht dulden, er würde sich zusammen mit Schweden, den Konföderierten und den Generalstaaten dem aufs schärfste widersetzen, auf Kosten derjenigen, die ihm entgegen wären; er warne den Kurfürsten, daß er sich in acht nehme. Gegen den schlesischen Stillstand protestierte er auf das heftigste[2], er verstieße durchaus gegen die Zusage des Kurfürsten, sein König werde diesen Betrug nicht ruhig einstecken; er verlangte dringend genaue Information — ohne sie zu erhalten.

Ebenso wie er sich bemühte, die Friedensverhandlungen nach Kräften zu verhindern[3], intrigierte er gegen den englischen Gesandten, den er als durchaus von Dänemark abhängig verdächtigte[4]. Anstruther vergalt ihm gleiches mit gleichem und suchte den Einfluß Frankreichs lahmzulegen, soviel er konnte[5]. Der schwedische Resident Nikolai rieb sich als tertius gaudens vergnügt die Hände, hetzte beide nach Kräften gegeneinander auf und suchte für Schweden aus dem günstigen Umstande, daß beide sich in Beteuerungen überboten, wie gut sie es mit

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schweden meinten, den besten Nutzen zu ziehen, ohne im geringsten darüber im Zweifel zu sein, daß jeder nur seinen eigenen Vorteil suche[1]. Aber auch Kursachsen konnte daraus in seiner Anschauung nur bestärkt werden, weder auf Frankreich noch auf England allzuviel Rücksicht zu nehmen.

Aufs höchste verstimmt verließ Feuquières den sächsischen Hof am 25. Juni und reiste nach Berlin, wo er besseren Bescheid zu erhalten hoffte.

Anstruther war am 8. Juni in Dresden angekommen[2]; am 10. trug er dem Kurfürsten seine Aufträge vor[3]. Ebenso wie es Feuquières getan hatte, rechtfertigte er den Heilbronner Konvent, der kein Partikularkonvent sei und niemandem zum Präjudiz gereiche; auch er forderte den Kurfürsten auf, in den Bund selbst einzutreten. Dazu fügte er den Wunsch, daß der Kurfürst den Administrator der Kurpfalz anerkennen und den Söhnen des verstorbenen Kurfürsten-Königs zu ihren Rechten und Würden wieder verhelfen möge.

Die Antwort des Kurfürsten[4] fiel ebenso ablehnend aus, wie die dem Feuquières erteilte. Auch hier tadelte er den Heilbronner Bund als einen Sonderbund, die pfälzische Sache verwies er auf den bevorstehenden Friedenskongreß, den Dänemark soeben nach Breslau auf den 23. Juli ausgeschrieben habe, und versicherte, daß er die Waffen nicht eher niederlegen werde, bis ein allgemeiner, sicherer Friede erreicht sei.

Trotzdem der englische Gesandte nochmals warm für die Anerkennung der pfälzischen Rechte eintrat, blieb der Kurfürst, der in diesem Punkte sich der ganz besonderen Unterstützung Feuquières' zu erfreuen hatte[5], bei seiner ersten Resolution[6].

In der Friedensfrage dagegen hat sich Anstruther ganz zurückgehalten. Dem schwedischen Residenten und dem französischen Gesandten gegenüber gab er sich den Anschein, als ob England die dänische Interposition mißbilligte[7]; er mußte es aber erleben, daß Nikolai ihm ein Schreiben des

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Königs von Dänemark an den Reichskanzler vorlegte, worin der König erklärte, daß er die Rolle eines Friedensvermittlers im Einvernehmen mit dem Könige von England übernommen habe. Er versicherte, daß er nicht den geringsten Auftrag habe, für diese Interposition zu wirken[1].

Auch er mußte Dresden unverrichteter Sache verlassen und folgte Feuquières nach Berlin. Der Kurfürst von Sachsen ließ sich in keiner Weise von dem einmal eingeschlagenen Weg abbringen und hielt an der Interposition Dänemarks fest, die inzwischen ihren Lauf genommen hatte.

Sie wurde wesentlich erschwert durch die weiten Entfernungen zwischen den an ihr hauptsächlich Beteiligten: des Kaisers und des Königs von Dänemark, ihre Schreiben bedurften Wochen und Monate, ehe eine Frage beantwortet werden konnte. Dagegen hatten die Besprechungen in Leitmeritz die Angelegenheit insofern wesentlich gefördert, als bei der mündlichen Aussprache auch die Wünsche über die äußeren Formalien: Ort und Zeit des Kongresses und die Geleitbriefe, zur Sprache gekommen waren, wenn darüber auch keine Einigung erzielt worden war. Der Kaiser hatte sich für Prag entschieden, als Termin war Mitte Juli oder etwas später in Aussicht genommen worden. Der Kaiser hatte den König von Dänemark davon unterrichtet[2].

In Dresden hielt man Prag für völlig unmöglich, wenn das Werk nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein sollte; Oxenstierna würde sich nie dazu verstanden haben, einer Stadt zuzustimmen, die so wenig Sicherheit bot. Man blieb bei Breslau und benutzte die Gelegenheit der Rückreise Reventlows, der von Dresden aus Wallenstein und den Kurfürsten von Bayern in der gleichen Angelegenheit besucht hatte, um dem König von Dänemark ans Herz zu legen, sich für Breslau zu entscheiden. So geschah es auch. Noch ehe er das kaiserliche Schreiben wegen Prags erhalten hatte, schrieb König Christian IV. am 25. Mai den Friedenskongreß nach Breslau aus und bestimmte den 23. Juli als Tag des Beginnes[3];

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

er bat auch um schleunige Zusendung der Geleitbriefe, und zwar in solcher Form, daß sich niemand zu entschuldigen habe. Merkwürdigerweise hat er es unterlassen, zu gleicher Zeit auch Oxenstierna und die anderen protestantischen Stände einzuladen, das geschah erst einen Monat später[1].

Der Kaiser sah sich damit vor eine vollendete Tatsache gestellt, und es lag in seiner Hand, ob er den Kongreß scheitern lassen wollte oder nicht. Auf den Rat Wallensteins entschied er sich dafür, nachzugeben, um dem Vorwurfe zu entgehen, als widerstrebe er dem Frieden überhaupt[2]. Er bestimmte sogar die Gesandten: Graf Trautmannsdorf, Questenberg und Dr. Gebhard, aber die Instruktion, die er ihnen mitgab, zeigte deutlich, wieweit entfernt man noch von einer Verständigung war[3]: jede Satisfaktion für Schweden war abgelehnt, insbesondere jede Abtretung von Reichsland; Frankreich sollte nicht eher zu den Unterhandlungen zugelassen werden, ehe es nicht den Reichsboden völlig geräumt hatte; die Amnestie war auf diejenigen Stände beschränkt, die sich erst nach dem Leipziger Konvente am Kriege beteiligt hatten; Kurpfalz sollte auf die Kurwürde verzichten, nur die Rückgabe seiner Länder war ihm in Aussicht gestellt; von der Aufhebung des Restitutionsediktes war keine Rede, nur zu einer Modifikation war der Kaiser bereit. Das alles waren Forderungen, von denen jede allein die Friedensverhandlungen von vornherein unmöglich machen mußte. Da der Kaiser sich ebenso wie bei Kursachsen den Partikularwünschen des Königs von Dänemark gegenüber nicht ablehnend verhielt — es handelte sich um die Stifter Lübeck, Schwerin und Bremen —, war es deutlich, daß es dem Kaiser in erster Linie darauf ankam, eine Einigkeit im protestantischen Lager unmöglich zu machen.

Besondere Bedeutung erhielten die Geleitbriefe, die der Kaiser dem Dänenkönige gleichzeitig zur Verteilung an die Protestanten zukommen ließ. Er wollte unter allen Umständen verhindern, daß Schweden als Vertreter der Protestanten auf dem Kongresse auftrete, und hätte am liebsten die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Geleitbriefe auf die Stände des Leipziger Schlusses beschränkt, wenn nicht damit ein Scheitern des Kongresses mit Sicherheit zu erwarten gewesen wäre. Wallenstein riet ihm, sie auf die Reichsstände des Leipziger Schlusses und ihre Alliierten und Assistenten auszustellen; die Gegengeleitbriefe sollten dann ebenso auf den Kaiser und die ihm assistierenden Stände gerichtet werden[1]. Dementsprechend verfuhr der Kaiser, nur daß er die Schweden ausdrücklich unter den Alliierten und Assistierenden der Leipziger Konventstände namhaft machte[2]. Das war höchst bedenklich; denn damit erschien Schweden nicht als selbständige Macht, sondern als Anhängsel der Leipziger Stände, und der Heilbronner Bund war vollständig ignoriert, es war schwerlich anzunehmen, daß Oxenstierna sich das bieten ließ.

Erst Mitte August erhielt König Christian die Geleitbreife, aber auch dann gab es noch Verzögerungen. Der König schickte sie nur an die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg direkt[3], die übrigen ließ er seinen Gesandten zugehen, die bereits Mitte Juli von Glückstadt aufgebrochen und bis nach Frankfurt a. O. und schließlich — nachdem sie von Wallenstein und Arnim genügende Pässe nach Breslau erhalten hatten — nach Herrnstadt (südöstlich von Guhrau) gekommen waren. Sie sollten die Geleitbriefe weiterverteilen, welche Umständlichkeit und welcher Zeitverlust! Denn ehe sie in Herrnstadt eintrafen, war es Anfang September geworden. Ihre Formulierung rief bei ihnen sofort die schwersten Bedenken hervor, und die Gesandten schwankten, ob sie es überhaupt wagen sollten, einen solchen Geleitbrief Oxenstierna zuzusenden[4]. Schließlich wollten sie doch nicht die Verantwortung auf sich nehmen: am 5. September ging das Dokument an den Reichskanzler ab, am 23. kam es zu Frankfurt in seine Hände[5], zu einer Zeit also, als der Termin des Kongresses längst verstrichen war.

Diese Verzögerung hatte selbst in den Reihen der Anhänger Dänemarks Verwirrung hervorgerufen. Hatte der König die

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Einladung zum Breslauer Kongresse an den Kaiser und Kursachsen bereits am 25. Mai abgesandt, so erging sie erst am 26. Juni an den Reichskanzler und am 30. Juni an die Stände der beiden sächsischen Kreise[1]; daß die Stände der vier verbündeten oberen Kreise eingeladen worden wären, davon ist nichts bekannt. Welches die Gründe zu dieser Verzögerung waren, ist nicht recht ersichtlich; wie es scheint, hat der König erst die Antwort des Reichskanzlers auf seine erste Ankündigung, daß er die Interposition auf sich genommen habe, abgewartet. Ob er dabei auch den Plan verfolgt hat, Schweden und seine Anhänger möglichst von dem Besuche des Konventes abzuhalten, steht dahin: er würde damit den allgemeinen Friedenskonvent von vornherein unmöglich gemacht haben; des Königs Verhalten wäre dann nur so zu erklären, daß auch er auf einen Sonderfrieden zwischen dem Kaiser und Kursachsen hingearbeitet hätte, entsprechend dem Wunsche des Kaisers. Wieweit das richtig ist, wieweit vor allem etwa ein Einverständnis mit dem Kaiser oder auch mit dem Kurfürsten von Sachsen bestanden hat, darüber fehlen bisher Nachrichten; Kursachsen hat damals beständig beteuert, daß es nur einen allgemeinen Frieden wünsche, keinen Sonderfrieden.

Die Aufnahme, die das Ausschreiben des Kongresses bei den Ständen fand, war fast überall die gleiche; sie korrespondierten miteinander und kamen alle zu der Überzeugung, daß es zu spät sei oder daß man erst die Zustimmung Schwedens abwarten müsse. Herzog Christian von Celle entschuldigte sein Ausbleiben damit[2]. Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin wollte sich erst in Wolgast mit den schwedischen Reichsräten in Verbindung setzen; er war im Begriffe, dorthin zu reisen, um an den Feierlichkeiten bei der Überführung der Leiche Gustav Adolfs teilzunehmen[3]. Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Güstrow wollte sich nach den benachbarten Ständen richten[4]. Das Schreiben an den Kurfürsten von Brandenburg hatten die dänischen Friedenskommissare auf ihrer Reise nach Stettin in Anklam

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bei einem von Lindstedt hinterlassen; dort fand es der Kurfürst, als er am 21. Juli auf seiner Reise nach Wolgast zu den schwedischen Leichenfeierlichkeiten durchkam. Daß dieses sonderbare Zeichen von Nichtachtung seine an sich nicht große Neigung zu der dänischen Interposition nicht stärkte, ist nicht verwunderlich. Er erklärte jetzt, daß er den Kongreß nicht beschicken werde, auch habe er noch keine Geleitbriefe[1], Dänemark erhielt überhaupt keine Antwort[2]. Selbst die unbedingten Anhänger der Interposition, wie Holstein und Braunschweig, waren im Zweifel, was sie tun sollten. Herzog Friedrich von Holstein reiste mit seiner Gemahlin nach Dresden, um sich mit dem Kurfürsten zu besprechen[3]. In Braunschweig war man hocherfreut über das Ausschreiben des Kongresses, aber auch hier bestanden gewichtige Bedenken: die Kürze des Termins, die Entlegenheit des Ortes, vor allem aber die Allianz mit Schweden, die alle Friedenshandlungen ohne Schweden verbot, und die Frage, ob die vier oberen Kreise auch erscheinen würden. Trotzdem war man entschlossen, den Kongreß zu beschicken, es sei gut, daß endlich ein Anfang gemacht würde. Man glaubte nicht, daß die oberen Kreise ausbleiben würden, sie seien friedensbegierig, besonders die Städte, und in der Allianz habe man sich die Souveränität vorbehalten, zu der die Entscheidung über Krieg und Frieden gehöre. Ein Bote sollte dem dänischen Gesandten Nachricht geben, daß der Herzog den Kongreß besuchen lassen wolle, auch wenn die Vertreter so rasch nicht abgeordnet werden könnten; auch sollte in Breslau Quartier bestellt werden[4]. Man frug aber doch erst vorher in Dresden an, wie die Sachen stünden und ob der Kurfürst den Kongreß beschicken werde[5]; auch erkundigte man sich bei den Herzögen von Lüneburg, Mecklenburg u. a., wie sie sich zu verhalten gedächten, die Antworten lauteten nicht ermutigend[6]. Man erfuhr, daß Kurbrandenburg noch keine Einladung erhalten hätte, und Celle erklärte unumwunden, ehe man nicht Nachricht hätte, daß Oxenstierna den Tag besuchen würde, werde man kein

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Quartier bestellen, geschweige denn jemanden hinschicken. So hielt man den Boten nach Breslau doch lieber zurück: bald darauf traf dann die Nachricht aus Dresden ein, daß der Kongreß zu dem anberaumten Tage nicht abgehalten werden könne, daß aber Dänemark einen anderen Termin ansagen werde[1]. Damit war diese Frage vorläufig erledigt.

Im Grunde genommen kam es aber wenig auf diese Stände an, die entscheidende Frage war die, ob sich Oxenstierna dem Zwange, der ihm auferlegt werden sollte, fügen würde, und daran war nicht zu denken. Was der König von Dänemark mit seiner Interposition bezweckte, war ihm natürlich völlig klar: „er will uns im Verein mit dem Kaiser und Kursachsen aus Deutschland und von der Seekante entfernen und sich selbst Bremen und andere Bistümer verschaffen", schrieb er an den schwedischen Reichsrat[2]. Mit diesen Worten charakterisiert der Reichskanzler treffend die Absichten des Königs. Obwohl er mit dem wachsamsten Argwohne alle Handlungen seines Gegners verfolgte, hielt er doch dafür, daß sie Schweden erst gefährlich werden könnten, wenn es ihm gelingen sollte, Brandenburg und auch Polen mit ins Spiel zu ziehen: das würde die Schwierigkeiten an der Seekante so vermehren, daß ihnen Schweden kaum gewachsen wäre[3]. Nachdem er sich aber Brandenburgs versichert hatte, stand er den Interpositionsversuchen des Königs mit Gelassenheit gegenüber: er hatte genug Mittel in der Hand, sie zu hintertreiben. Die unendlich vielen Vor- und Etikettefragen, die zu erledigen waren, ehe es zu den wirklichen Verhandlungen kommen konnte, gaben ihm Gelegenheit genug, den Kongreß zu verschleppen und, wenn es sein mußte, auch zu vereiteln.

Die erste Mitteilung hatte er in Berlin von den dänischen Reichsräten erhalten[4]. Er begnügte sich damals, zu antworten, daß er allein über diese Frage nicht entscheiden könnte, er würde sie mit seinen Verbündeten beraten und sich aus Schweden Bescheid erbitten; vor allem sei es nötig, sich der Intentionen des Feindes zu vergewissern, insbesondere wie er

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Schweden und seinen Alliierten gebührende Satisfaktion zu geben und welche Sicherheiten er zu gewähren beabsichtige[1].

Die entscheidenden Schritte gegen die dänischen Pläne tat er dann in Heilbronn durch den Abschluß der Allianz mit Frankreich und durch seine Annahme Frankreichs als Interponenten: Frankreich gedachte er dem Dänenkönig entgegenzustellen, und kein anderer Vermittler konnte Schweden bequemer sein als Frankreich, da, sobald sich Schweden vom Rhein zurückzog, keine Interessengegensätze zwischen beiden Mächten vorhanden waren, im Gegenteil Schweden immer ein wertvoller Bundesgenosse für Frankreich blieb, der dessen Gegner von Norden her bedrohte. Die Allianz verpflichtete außerdem beide Mächte, Friedensverhandlungen nur gemeinsam vorzunehmen: so konnte sich einer hinter den andern verstecken, falls ihm solche Verhandlungen unbequem werden sollten, ganz abgesehen davon, daß beide bei gemeinsamem Auftreten ein ganz anderes Gewicht in die Wagschale zu werfen hatten, als wenn jeder von ihnen getrennt verhandelt hätte. Damit allein war schon jede Friedensverhandlung, die sie nicht wünschten, unmöglich gemacht. So lauteten auch die Verabredungen, die er mit Feuquières noch ganz besonders traf[2].

Mit um so größerer Ruhe stand er seitdem allen sächsisch-dänischen Versuchen gegenüber, im Gegensatze zu Feuquières, der in Dresden ihnen heftig opponierte. Deshalb konnte er auch Feuquières auf seine Frage über das augenblickliche Verhältnis Schwedens zu Dänemark versichern, daß es ruhig und freundschaftlich sei[3].

In Heilbronn erreichte ihn die Mitteilung des Kurfürsten von Sachsen, daß er die dänische Interposition angenommen habe[4], von Dänemark selbst traf keine Nachricht ein. Da hier auch die Stände Kenntnis von dem kursächsischen Schreiben erhielten, worin sie aufgefordert wurden, acht bis zehn Tage vor dem von Dänemark einzuberufenden Kongresse ihre Gesandten zu schicken[5], forderte der Reichskanzler die Stände

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

auf, ihre Friedensbedingungen aufzusetzen: auch er wollte seine Friedensliebe dokumentieren. Damals war freilich der Bund bereits geschlossen und nur noch eine geringe Anzahl von Ständen gegenwärtig, so daß der ganzen Aktion keine praktische Bedeutung beiwohnte[1]. Er selbst fühlte sich nicht einmal veranlaßt, dem Kurfürsten zu antworten. Erst als er von dem Könige von Dänemark selbst Mitteilung erhalten hatte, daß er die Interposition aufgenommen und der Kaiser ihm zugestimmt habe — das Schreiben datierte vom 6. April, kam aber erst am 26. Mai in seine Hände[2] —, schickte er dem Kurfürsten seine Antwort an den König, die auch als Antwort auf des Kurfürsten Schreiben dienen mußte[3]. Sie ist außerordentlich charakteristisch. Er versicherte den König der Bereitwilligkeit Schwedens zu Friedensverhandlungen, machte aber den König darauf aufmerksam, daß des Gegners Absicht dabei nur die sei, eine Trennung zwischen Schweden und den Ständen herbeizuführen; um dem vorzubeugen, hätten die Stände der vier oberen Kreise mit Schweden zu Heilbronn einen um so engeren Bund geschlossen. Ehe sich die verbündeten Stände an dem Kongresse beteiligen könnten, müßten sie sich vergleichen, worauf sie schließen sollten, sonst würde die Versammlung ohne Erfolg sein. Bei der Vielheit der Interessenten sei das keine Kleinigkeit. Da die deutschen Stände auch nur bedingte Vollmachten auszustellen pflegten, namentlich wenn man nicht wisse, worüber man verhandeln werde, so müßten vorher die Friedensbedingungen von ihnen festgestellt oder von den Interponenten bekanntgegeben werden, besonders auch die über die Assekuration, über die sich so viele Interessenten so bald nicht einigen würden. Inzwischen werde er den Vorschlag seiner Regierung in Schweden unterbreiten, mit den verbündeten Ständen darüber beraten und ihn auch Frankreich mitteilen, das sich ebenfalls zur Interposition erboten habe.

Das war eine kleine Probe der „impedimenta", die er „einzuwerfen" gedachte, falls es Ernst werden sollte[4]: ehe

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

alle diese Steine aus dem Wege geräumt waren, konnte der Krieg noch jahrelang fortgeführt werden. Er brauchte keine Sorge zu haben, daß der vom Könige geplante Konvent zustande kam und Schaden anrichtete, auch wenn er weniger übereilt und ungeschickt in Szene gesetzt worden wäre.

Oxenstierna hielt aber Wort und proponierte den zu Heidelberg im Juni versammelten wenigen Ständen diese Angelegenheit[1]. Wie vorauszusehen, erklärten sie sich nicht für kompetent, in einer so wichtigen Sache ohne die anderen Stände Beschlüsse zu fassen; sie wurde auf den Frankfurter Bundestag verschoben. Am 22. Juli erhielt er endlich das offizielle Einladungsschreiben des Königs von Dänemark zu dem Breslauer Kongresse, mit der Aufforderung, ihn mit einem Vertreter Schwedens zu beschicken[2], von den Bundesständen war nicht die Rede. Es war der Tag vor dem vom König anberaumten Termine der Eröffnung des Konventes. Der Reichskanzler begnügte sich, auf diese Tatsache aufmerksam zu machen, im übrigen aber dem Könige zu antworten, daß er sich über eine so wichtige Angelegenheit erst mit seinen Bundesgenossen ins Einvernehmen setzen müsse; er verwies ihn auf die Beschlüsse des bevorstehenden Bundestages, zu dem er die Stände auf den 1. August nach Frankfurt a. M. verschrieben hätte[3]. Immerhin war bei der ihm wohlbekannten Friedenssehnsucht der Stände Vorsicht am Platze, zumal er nicht wußte, ob sie nicht auch vom Könige eine Einladung erhalten hatten, er durfte sie nicht ungewarnt lassen. Als daher die Bundesratsmitglieder Oberst Peblis und Tetzel Ende Juli nach Donauwörth reisten, um zusammen mit dem Grafen Brandenstein mit den Offizieren der Armee über die Befriedigung ihrer Forderungen zu verhandeln[4], sprachen sie in Stuttgart vor. Sie mußten den dortigen Räten — der Herzog befand sich vor Villingen — mitteilen, daß der Reichskanzler lebhafte Bedenken hege gegen den von Dänemark einberufenen Breslauer Kongreß[5]: die Schreiben von Dänemark und Kursachsen seien so allgemein gehalten, daß man ihre Intentionen

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht erkennen könne, es sei zu befürchten, daß damit nur eine Trennung der evangelischen Stände gesucht werde.

Der Frankfurter Konvent hat sich dann sehr eingehend mit der Friedensfrage beschäftigt[1], wobei auch die der Interponenten erörtert wurde. Ohne sie zu einem Frieden zu kommen, hielten die Stände für nicht möglich, und unter allen bevorzugte man doch Dänemark als Glaubensgenossen und Reichsstand. Sie nahmen seine Interposition ausdrücklich an, wenn sie auch den Breslauer Kongreß ablehnten; sie baten vielmehr den König, wenn er in der Interposition fortfahren werde, sich mit dem Reichskanzler und dem Bundesrate vorher über Zeit und Ort der Zusammenkunft zu vergleichen[2]. Da sich aber auch Frankreich angeboten hatte, und — wie den Ständen mitgeteilt worden war — die beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg sich dessen Vermittlung bereits hatten gefallen lassen, waren die Stände ebenfalls damit einverstanden; sie meinten sogar, daß man die Hilfe Englands und der Generalstaaten auch heranziehen solle. Oxenstierna konnte jedenfalls zufrieden sein: Frankreich war auch von den Ständen anerkannt und damit das Gegengewicht gegen Dänemark gesichert.

Da erhielt er kurz vor dem Schlusse des Bundestages, am 23. September, den kaiserlichen Geleitbrief, den ihm die dänischen Friedensgesandten am 5. September von Herrnstadt zugesandt hatten. Jetzt konnte er triumphieren, das Ungeschick seiner Gegner drückte ihm die Waffe selbst in die Hand. Er verlange nach nichts mehr als nach dem Frieden — antwortete er ihnen[3] —, wie der Abschied des Frankfurter Bundestages zeige, von seinen Feinden habe er nur stets das Gegenteil erfahren, das beweise der Geleitbrief von neuem; da in ihm weder Schweden noch er als Bundesdirektor genannt werde, möchte er fast glauben, daß die Kommissare ihm einen falschen zugeschickt hätten; er wisse von zwei Siegen bei Leipzig und vielen Allianzen, die sein König mit den evangelischen Ständen abgeschlossen hätte, auch von dem Bunde

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

der oberen Kreise mit Schweden in Heilbronn, daß aber Schweden je aufgefordert worden sei, dem Leipziger Schlusse beizutreten oder gar ihm beigetreten sei, davon sei ihm nichts bekannt. Also ginge der Geleitbrief ihn nichts an, er schicke ihn zurück, damit er dem Kaiser wieder zugestellt werden könnte. Sollte die Stunde der Friedensverhandlungen gekommen sein, werde Schweden für die Sicherheit seiner Gesandten selbst sorgen und sich mit den Gegnern über die Form des Geleites leicht vergleichen. So aber sei die Absicht deutlich zu erkennen, die Alliierten voneinander zu trennen, es sei seine Pflicht, das zu verhindern.

Auf seine Veranlassung wandten sich auch die Stände an den König[1] und protestierten gleichfalls gegen diesen ungenügenden Geleitbrief, der ausdrücklich auf den zum 23. Juli ausgeschriebenen Breslauer Kongreß beschränkt sei, Schweden gar nicht erwähne und den Heilbronner Bund gänzlich übergehe; das habe nicht geringes Nachdenken, Alteration und Offension erregt; sie wiederholten ihre Bitte, der König möchte vor weiteren Verhandlungen sich mit Oxenstierna und dem Bundesrate über diese Fragen vergleichen.

Triumphierend ließ er den evangelischen Ständen das Schreiben der dänischen Gesandten mit dem kaiserlichen Geleitbrief und seine Antwort zugehen[2]: sie möchten selbst urteilen, an wem es liege, daß die erhofften Friedensverhandlungen gescheitert seien. So versetzte er den dänisch-sächsischen Friedensprojekten den Todesstoß, und mit ingrimmiger Freude überschüttete er die verhaßten Gegner noch obendrein mit Spott und Hohn. Die Niederlage war eklatant.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

IV. Kapitel.

Der erste Bundestag in Frankfurt a. M. (1633).

So jung der Bund war, boten seine Verhältnisse im Innern wie nach außen genug Veranlassung, mit Ernst in die Zukunft zu blicken. Vor allem und in erster Linie mußten die finanziellen Schwierigkeiten den Reichskanzler mit Sorgen erfüllen; von ihrer Beseitigung hing die Befriedigung der Armee und damit das Wohl und Wehe des ganzen Bundes ab. Sie zu heben, war ihm weder in Heilbronn noch in Heidelberg geglückt. An Stelle der Opferwilligkeit der Stände, die der König mit so großem Erfolge nutzbar zu machen verstanden hatte, waren nüchternere Erwägungen getreten, die ihn fürchten ließen, daß die Friedensarbeit der Gegner nicht ohne Eindruck auf die gequälten Stände bleiben würde. Dem allen durfte er nicht untätig gegenüberstehen. Dazu kamen Schwierigkeiten, die der neue Bundesgenosse — Frankreich — im Westen bereitete, der rücksichtslos und unbekümmert um die Interessen des Bundes nur seine eigenen verfolgte; er forderte als Schutzherr des Kurfürsten von Trier dessen Festung Philippsburg und hielt die Hand über den Herzog von Lothringen, der ungescheut und in offener Feindschaft gegen die schwedischen Truppen im Elsaß vorging.

Dazu kamen Fragen, die noch ungelöst waren: wie der Beitritt der Stände zum schwedisch-französischen Bündnisse, die Forderung des Landgrafen von Hessen-Darmstadt und des Pfalzgrafen von Neuburg, ihnen die Neutralität zu bewilligen, die Einrichtung der von den Ständen mit so großer Hartnäckigkeit geforderten Kreisräte u. a. m. Das alles machte neue Beratungen mit den sämtlichen Bundesständen notwendig, um so mehr, als die zu Heidelberg versammelt gewesenen höheren

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Stände es abgelehnt hatten, in diesen Fragen Beschlüsse zu fassen, die auch für die anderen Stände bindend sein sollten.

So mußte sich Oxenstierna entschließen, nur wenige Monate nach Errichtung des Bundes die Stände von neuem zusammenzurufen. Am 16. Juli erließ er das Ausschreiben, worin er sie aufforderte, ihre Gesandten am 1. August nach Frankfurt zu senden, um über folgende Punkte zu beraten[1]: 1. über die angebotene Interposition des Königs von Dänemark und die schlesischen Verhandlungen, die ihn mit großer Sorge erfüllten; 2. über die fortgesetzten Schwierigkeiten der Armee, zu deren Befriedigung 3. die zu Heidelberg beliebten Mittel erörtert werden mußten, da dort nicht alle Bundesstände anwesend gewesen waren. 4. Außerdem fielen von etlichen Benachbarten, gleichwohl Freunden als Übelaffektionierten, solche schwere Sachen vor, daß die Stände darüber beraten müßten: gemeint waren Lothringen, Trier, Darmstadt und Pfalz-Neuburg.

Als die Stände und Abgesandten sich um den genannten Termin in Frankfurt versammelten, war Oxenstierna noch in Kassel, erst am 8. August abends traf er wieder in Frankfurt ein.

Die Fürsten hatten diesmal nur ihre Gesandten geschickt[2], in Person war niemand anwesend; vertreten waren Kurpfalz, Zweibrücken, Kulmbach, Ansbach, Württemberg, Baden und diesmal auch Hessen-Kassel. Die Grafen waren dagegen in sehr großer Anzahl und zumeist persönlich erschienen; ihre intransigente Stellung kam denn auch sehr deutlich zum Ausdruck. Von den Städten hatten dagegen nur die vier ausschreibenden, Straßburg, Nürnberg, Ulm, Frankfurt, und ferner Augsburg ihre Gesandten geschickt, die nachsitzenden Städte hatten die ausschreibenden bevollmächtigt. Sehr zahlreich waren die Ritter erschienen, sie wollten die Gelegenheit benutzen, ihre Ansprüche gegenüber den Städten um jeden Preis durchzusetzen, und da die Städte ebenso fest entschlossen waren, unter keinen Umständen nachzugeben, waren ärgerliche Konflikte nicht zu vermeiden.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Am 10. August eröffnete nach feierlichem Kirchgang im Dom Oxenstierna den Bundestag in der Kaiserwahlkammer des Römers. Der zufällig in Frankfurt anwesende Herzog Wilhelm von Weimar wohnte der Feierlichkeit bei, bei der der Reichskanzler wiederum zur Vermeidung aller Rangstreitigkeiten die Stühle hatte entfernen lassen. Wie in Heilbronn mußten die Stände und Gesandten die Proposition stehend anhören, die Oxenstierna nach einer kurzen Ansprache von dem Sekretär Varnbühler verlesen ließ; verfaßt war sie von dem Kanzler Löffler. Der kurpfälzische Abgesandte und Hofmarschall Johann Konrad Blarer v. Geiersberg dankte im Namen der Stände.

Der erste Punkt der Proposition betraf die Friedensverhandlungen, und zwar legte Oxenstierna drei Fragen vor: 1. wie er und der Bundesrat sich „ohne fernere Einholung mehrerer Vollmacht"[1] zu verhalten habe, falls die dänische Interposition oder auch die Universalfriedensverhandlungen ihren Fortgang gewinnen sollten, und auf welche Bedingungen hin der Frieden zu schließen sei; 2. wie diese Verhandlungen nach Möglichkeit, nach vorhergehender Beratung mit anderen evangelischen Ständen und mit deren Belieben zu befördern seien und 3. wie sich ein Bundesmitglied zu verhalten habe, an das Friedensanerbietungen gebracht würden.

Der zweite Punkt betraf die Bereitstellung von Mitteln zum Unterhalte der Armee, nachdem sich herausgestellt habe, daß die zu Heilbronn und Heidelberg gutgeheißenen Mittel nicht ausreichten.

Die letzten drei Punkte betrafen das Verhältnis des Bundes zu dem Herzoge von Lothringen, zu dem Kurfürsten von Trier und zu dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt.

Dazu kamen zwei weitere Punkte, die die Tätigkeit der Gesandten noch in Anspruch nehmen sollten: die Verhandlungen mit Frankreich und die Forderung des Pfalzgrafen von Neuburg, ihm Neutralität zuzugestehen. Beide Forderungen wurden durch eigene Gesandte vertreten. Davon später.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Verhandlungen der Stände über diese Punkte wurden sogleich aufgehalten durch den mit aller Schärfe wieder einsetzenden Präzedenzstreit zwischen Städten und Ritterschaft[1]. Obwohl diesmal nur die vier ausschreibenden Städte und Augsburg vertreten waren, verlangten die Ritter doch den Vortritt vor ihnen; ebenso entschieden lehnten die Städte diese ungerechtfertigte Zumutung ab, ließen sich auch auf die vorgeschlagene Alternation nicht ein. Sie erklärten nach wie vor, daß die Ritterschaft kein Reichsstand sei. Alle Versuche der höheren Stände, zu vermitteln, schlugen fehl, und so blieb nichts anderes übrig, als — abweichend von dem auf dem Heilbronner Konvente beliebten Verfahren — hier bankweise, per collegia, zu beraten und aus den Bedenken der einzelnen Kollegia (einschließlich der Ritterschaft) ein Gesamtbedenken anfertigen zu lassen, das dann dem Bundesdirektor übergeben wurde. Die Ritterschaft mußte sogar außerhalb des Römers tagen, da in ihm kein Platz für sie war. Alle waren einig, daß es viel besser sein würde, wenn man in Plenarversammlungen beraten könnte, bei den unüberbrückbaren Gegensätzen ließ es sich aber nicht durchführen. Nur die Nürnberger waren besonders zufrieden und meinten, daß die Städte auf diese Weise um so besser ihre gravamina beraten könnten — so dachten aber nur die Heißsporne. Damit waren aber die Schwierigkeiten nicht aus der Welt geschafft. Versuche, die man trotzdem machte, mit Plenarversammlungen rascher zum Ziele zu kommen, scheiterten. Am 22. August hatte das pfälzische Direktorium sämtliche Stände und die Ritterschaft zusammengebeten; die Städte weigerten sich, an den Verhandlungen teilzunehmen, als sie sahen, daß die Ritter bereits vor ihnen Platz genommen hatten, und zwar unmittelbar neben den Grafen. So mußte es bei den zeitraubenden Sonderverhandlungen der Fürsten mit jeder der anderen Bänke sein Bewenden haben; mußten alle Stände notwendig doch zusammenkommen, um etwa Gesandte zu empfangen oder Deputierte des Direktoriums zu hören, so half man sich mit Absendung

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

von Deputierten oder alle Gesandten standen regellos durcheinander.

So kleinlich der Streit auch zu sein scheint, so hatte er in diesem Augenblick sehr ernste Folgen. Oxenstierna war in einer schlimmen Lage, er mußte den Städten formell recht geben und hat denn auch die Beschwerden der Ritterschaft abgewiesen[1]. Auf der andern Seite stellte gerade die Ritterschaft ein Hauptkontingent der Offiziere, auch war sie mit den Grafen vielfach verschwägert, die zu den eifrigsten Anhängern der schwedischen Partei gehörten. So kam es, daß die Städte sich schließlich darüber beschwerten, daß Oxenstierna sich von den höheren Ständen beeinflussen lasse und gegen sie Partei nähme. Es war eins der vielen Momente, die schließlich zu einer Entfremdung der Städte von der schwedischen Partei führten.

Die übrigen Präzedenzstreitigkeiten — so der Grafen untereinander oder die zwischen Augsburg und Nürnberg[2] — haben auf den Gang der Verhandlungen keinen nennenswerten Einfluß ausgeübt.

Vor dem Eintritt in die Beratungen kam es noch zu folgendem charakteristischen Zwischenfall. Die höheren Stände wünschten zunächst die Ansichten des Reichskanzlers und des Bundesrates über die Gegenstände der Proposition zu vernehmen, um sich danach bei ihren Verhandlungen zu richten. Dem widersprachen die Städte aber sehr energisch und hielten die Sache für so wichtig, daß sie ein schriftliches Promemoria einreichten: Rationes und Motiven, warum die Stände allein sich über das Hauptwerk schlüssig machen sollen; so eifersüchtig wachten sie über die Selbständigkeit der Stände und ihre Unabhängigkeit vom Direktorium: sobald die Stände selbst versammelt waren, waren sie die Herren, das Direktorium nur ihre Diener[3].

Auf Wunsch Oxenstiernas nahmen die Stände zunächst den zweiten Punkt der Proposition als den dringlichsten vor: die Beschaffung der nötigen Mittel für die Armee[4].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Beratungen hierüber begannen im Fürstenkolleg am 15. August, bei den anderen am 16. Am 17. traten die Deputierten der Kollegien bei den Fürsten zusammen, um ihre Gedanken auszutauschen und daraus das dem Direktorium zu übergebende Promemoria zu verfassen. Einig war man darin, daß eine Erhöhung der Beiträge über das zu Heilbronn und zu Heidelberg bewilligte Maß hinaus nicht nötig sei; wenn das alles voll entrichtet und richtig eingebracht werde, würde es ausreichen. Die Antizipation der sechs Römermonate hatten schließlich alle bewilligt, nur Nürnberg erklärte sich außerstande; auch verlangte man, daß gemäß dem Heilbronner Schlusse, das, was den stilliegenden Armeen geliefert worden war, von den Beiträgen abgezogen werden müsse. Daran waren besonders die großen Städte interessiert, die, wie Augsburg, neben ihrer gewöhnlichen Garnison eine Extraordinarigarnison zu unterhalten hatten, oder wie Nürnberg, das dem Feldmarschall Horn und dem Herzog Bernhard mit Geld und allerhand Kriegsmaterial beigesprungen war.

Für die Proviantlieferung hatten die drei Kollegien der Fürsten, Grafen und Städte sich mit dem zu Heidelberg vorgeschlagenen Zehnten von allen Hauptfrüchten und dem Wein für dies eine Jahr einverstanden erklärt[1], wenn die Kreisräte die Verwaltung erhalten würden. Die Ritterschaft dagegen[2] schlug vor, auch der Zwanzigste werde genügen, und machte außerdem darauf aufmerksam, daß mit dieser Besteuerung die großen Handelsstädte, die wenig Landbesitz hätten, in denen aber die reichen Kaufleute wohnten, vor den anderen Ständen bevorzugt würden; sie müßten statt dessen mit einer besonderen Geldsteuer belegt werden, wenn man nicht überhaupt vorzöge, auch die Proviantkontribution nach der Matrikel umzulegen. Die drei anderen Kollegia machten sich den ersten Vorschlag zu eigen, gegen den zweiten dagegen protestierten die Städte mit aller Entschiedenheit. Als die höheren Stände dem Vorschlage der Ritterschaft beitraten und sich weigerten, den Widerspruch der Städte in das Gesamtvotum aufzuneh-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

men, ließen sie ihm eine besondere Verwahrung folgen[1], die sie dem Reichskanzler überreichten.

Oxenstierna nahm aber die ihm entgegengebrachte Anregung mit Freuden auf und dachte nicht daran, die günstige Gelegenheit, die Einnahme des Bundes zu vermehren, vorübergehen zu lassen. Er fand es durchaus billig, daß diejenigen vermögenden Städte, die wenig Feldbau trieben, so viel an Geld zahlten, als andere an Früchten erlegten. Er verlangte aber auch, daß nicht nur von den Hauptfrüchten, sondern von allem, was wächst, der Zehnte gegeben werden solle. Den Zwanzigsten lehnte er ab[2].

Die Stände wiederholten ihre Bedenken und versuchten, statt des Zwanzigsten wenigstens den Fünfzehnten oder Zwölften zu retten. In dieser Frage blieb aber der Reichskanzler fest, und die Stände mußten schließlich nachgeben, ebenso wie sie die sechsmonatliche Antizipation bewilligten, die freilich mit dem 1. Oktober sowieso ihre Bedeutung verlor.

Die Städte dagegen blieben in ihrer Ablehnung einer besonderen Geldbesteuerung hartnäckig. Sie waren erbittert auf die höheren Stände, die ihnen, wie sie sich beschwerten, die ganze Last zuschieben wollten, und sie waren noch mehr erbittert auf den Reichskanzler, der sich nach ihrer Meinung von den höheren Ständen auch in dieser Frage gegen sie hatte einnehmen lassen.

Diese Mißstimmung vergrößerte sich, als die Nachricht in Frankfurt eintraf, daß Herzog Bernhard eine neue Konvoiordnung eingeführt habe, die den Handel ganz außerordentlich belastete. Nicht weniger trug dann das Verhalten Oxenstiernas gegenüber ihren Wünschen und Beschwerden dazu bei, sie unwillig zu machen und in ihnen die Ansicht zu verstärken, daß man sie vor allen andern Ständen zu den Lasten heranziehe, ihre Wünsche dagegen nicht beachte. Darüber später im Zusammenhange mehr.

So hatte sich schließlich bei den Städten eine Mißstimmung gegen die höheren Stände und gegen Oxenstierna heraus-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

gebildet, die, durch die Isolierung der Städte bei ihren Beratungen nur genährt, von den allerbedenklichsten Folgen für den Bund wurde. Daß sie in der augenblicklich vorliegenden Steuerfrage nachgaben, war ausgeschlossen, und als Oxenstierna in das Konzept des Bundesabschiedes einen Passus aufnahm[1], wonach diejenigen Stände, die keine Landgüter besäßen, einen dem Zehnten entsprechenden Geldbeitrag zu entrichten hätten, forderten die Städte das Weglassen dieser Stelle, andernfalls würden sie den Abschied nicht unterschreiben. An ihrer Haltung änderte auch eine eingehende Besprechung nichts, zu der Oxenstierna die Städteboten zu sich bat[2]. Trotz aller Ermahnungen und obwohl er mit Anerkennung dessen, was die Städte bisher geleistet hätten, nicht kargte, richtete er doch nichts aus. Weder sein Hinweis darauf, daß, wenn auch die städtischen Ärare erschöpft seien, doch bei den vermögenden Bürgern noch Mittel zu finden wären[3], noch seine Erinnerungen, daß, wenn die Städte sich versagten, er nicht wisse, wie er das Defensionswerk weiterführen sollte, machten irgendwelchen Eindruck; ebensowenig, daß er ihnen vorhielt, sie möchten bedenken, was die Städte vom Feinde zu erdulden haben würden, wenn sich das Kriegsglück wenden sollte: des Feindes Absicht würde sich in erster Linie gegen die Städte richten. Die Städteboten hörten aus alledem nur heraus, daß den Städten in erster Linie die Lasten des Krieges aufgebürdet werden sollten. Sie entschuldigten sich, daß sie darauf nicht instruiert seien, und der Reichskanzler mußte sich mit ihrer Zusage begnügen, daß sie seinen Wunsch zu Hause getreulich referieren wollten.

Die Erbitterung der Städte war aber so groß geworden, daß, trotzdem die verhängnisvolle Klausel ihrem Verlangen zufolge aus dem Abschied entfernt worden war, die Gesandten beschlossen, daß jede Stadt anstatt der Bewilligung ihre gravamina einreichen solle[4], und daß sie nach Schluß des Konvents von Frankfurt abreisten, ohne sich von Oxenstierna besonders verabschiedet zu haben, wie es die höheren Stände

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

taten; sie ließen es bei dem allgemeinen Abschiede in pleno bewenden und zeigten dem Reichskanzler an, „daß sie nicht wie andere mit gar guter Kontentierung von diesem Konvente abreisten“[1].

Das war ein verhängnisvoller Abschluß der Beratungen. Denn bei den Städten, in denen an sich schon die Sehnsucht nach dem Frieden stärker als bei allen anderen Ständen lebendig war, machte in diesen Tagen die innere Loslösung von dem Bunde und von Schweden einen starken Schritt vorwärts. Der Vertreter Straßburgs, Dr. Schmidt, der sich im Städtekolleg ganz besonderer Achtung erfreute, äußerte damals, daß sich die Städte um ihrer selbst eigenen Konservation nicht gar entblößen und von allen Kräften bringen lassen dürften[2]. Und ohne die großen Städte war die Defensivpolitik Oxenstiernas schlechterdings nicht durchführbar.

So war der Erfolg Oxenstiernas bei dem zweiten und wichtigsten Punkte der Proposition ein Pyrrhussieg. Die sechsmonatige Antizipation war bewilligt, am 23. September, als man den Abschied unterschrieb, hatte sie aber bereits ihre Bedeutung verloren, und die Städte, die in erster Linie für weitere Bewilligungen in Frage kamen, versagten sich definitiv. Der Zehnte war bewilligt[3], aber nur von dem Gewächs, von dem man den großen Zehnten zu geben pflegte, und vom Wein, und auch das nur für das Jahr 1633. Die Frage des Einsammelns, die lange Erörterungen verursacht hatte, war dahin entschieden worden, daß diesmal jedes Ortes Obrigkeit oder Herrschaft sie vornehmen sollte, doch ohne Präjudiz für andere Berechtigte. Mit der Verwaltung wurden die Kreisräte beauftragt, die der Armee aus den Magazinen den Unterhalt sowohl im Lager wie bei Durchzügen und Einquartierungen reichen sollten, so daß man sich hiervon ein Aufhören der Räubereien und Plünderungen versprach.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Soviel von diesem wichtigsten Punkte der Proposition. Sehr eingehende Beratungen erfuhr dann vor allem der erste Punkt, über die Friedensverhandlungen; auch wenn sie nur theoretische Betrachtungen bleiben sollten, sind sie doch charakteristisch für die Anschauungen und die Ziele, die die einzelnen Stände verfolgten.

Sie hatten diesen Punkt der Proposition zur gründlicheren Beratung in elf Fragen zerlegt[1], von denen die erste, ob der Friede wünschenswert sei, von allen Ständen bejaht wurde. Eine weitere Gruppe betraf die Frage, ob und in welcher Weise man sich der Interponenten, die sich angeboten hatten, bedienen sollte, oder ob man besser tue, ohne sie ex castris die Verhandlungen an die Hand zu nehmen; ferner ob man diese Verhandlungen dem Direktor und Bundesrat anheimstellen solle und welche Instruktion ihnen daraufhin zu erteilen sei. Die letzte und schwierigste Frage war die der Friedensbedingungen und der künftigen Sicherheit für den abgeschlossenen Frieden.

Die Beratungen über diesen Punkt waren bis zuletzt zurückgestellt worden und begannen bei den Fürsten am 18. August, bei den Grafen am 19. Beide Stände waren bald fertig, am 24. verglichen sie ihre Aufsätze und fanden, daß sie in substantialibus gleich seien[2]. Die Ritterschaft schloß sich diesem Gutachten der höheren Stände an, nachdem ihre Forderung gebilligt worden war, daß auch sie das jus reformandi auf ihren Schlössern und Dörfern ausüben dürfe[3]. Die Städte dagegen konnten mit den höheren Ständen nicht einig werden[4]; sie hielten dafür, daß besonders die Aufstellung der Friedensbedingungen so schwierig sei, daß sie nicht auf einem allgemeinen Konvente, sondern durch eine besondere, enge Deputation von allen Bänken erörtert werden müßten. Damit war aber Oxenstierna nicht einverstanden, er forderte sie durch Deputierte am 1. September auf, ihre endgültige Meinung bekanntzugeben, so daß die Städte sich dazu bequemen mußten[5]; am 3. September übergaben sie ihm auch ihre

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

formulierten Friedensbedingungen, nachdem sie die Zusicherung erhalten hatten, daß der Direktor und der Bundesrat über diese Friedenspunkte mit dem Feinde nur verhandeln werde und daß er sich vor dem endgültigen Abschlusse mit den Ständen vergleichen würde[1].

In der Frage, ob man durch Vermittlung der Interponenten oder ohne sie ex castris mit dem Feinde verhandeln solle, waren alle Stände einig, daß letzteres nicht durchzuführen sei; immerhin sollten die Verhandlungen durch Interponenten doch so geführt werden, daß die Stände jederzeit freie Hand behielten. Die Nachteile der Interponenten waren ihnen wohl gegenwärtig, da sie meist selbst ihre Interessen zu verfolgen pflegten. Nachdem aber Dänemark und auch Frankreich sich dazu anerboten hatten, meinte man, daß es nicht angängig sei, ihre guten Dienste zurückzuweisen. Von Dänemark versprachen sich die Stände noch das meiste, doch müßten auch England und die Generalstaaten herangezogen werden; auch sollte man beständig mit Kursachsen und Kurbrandenburg in Verbindung bleiben. Eins sei aber notwendig, darüber waren sich alle klar, daß man die Waffen in der Hand behalten müsse.

Mit dem Vorschlage des Reichskanzlers, ihn und den Bundesrat mit den Friedensverhandlungen zu beauftragen, war man insofern einverstanden, als dem Reichskanzler das Direktorium bei diesen Verhandlungen verbleiben solle; doch sollten ihm der Bundesrat und etliche qualifizierte Personen aus den verbündeten Kreisen beigeordnet werden, die ihm weitere Information erteilen und so den Frieden mit schließen helfen würden. Direktor und Bundesrat sollten hierzu ihre Gedanken äußern, damit die Stände ihnen danach Vollmacht und Instruktion erteilen könnten. Dann sollten auch alle Stände, denen vom Feinde Friedensanerbieten gemacht würden, verpflichtet sein, sie erst nach vorheriger Kommunikation mit den anderen Ständen zu beantworten.

Was nun die Friedensbedingungen im besonderen anbetraf, so war als selbstverständliche Forderung vorausgeschickt,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

daß die Gegner Schweden und den Konföderierten Satisfaktion zu gewähren hätten. Soweit Schweden in Frage kam, überließen die Stände dem Reichskanzler die Benennung seiner Forderung; ihre eigenen Friedensbedingungen teilten sie in drei Kapitel: I. de statu ecclesiastico; II. de statu politico; III. de assecuratione.

Bei dem I. Kapitel wurde zunächst ein sicherer und klarer Religionsfriede gefordert, worin alle Konföderierten eingeschlossen sein sollten ohne Unterschied, also auch die Reformierten. Wer evangelisch und des Religionsfriedens teilhaftig sei, das sollten allein die evangelischen Stände insgesamt entscheiden. Alle katholische geistliche Jurisdiktion in evangelischen Territorien sollte künftig aufhören. Ebenso sollte der geistliche Vorbehalt wegfallen, den Evangelischen der Zutritt zu allen Stiftern freistehen und die Kapitel das Recht haben, einen evangelischen Prälaten zu wählen.

Mit aller Schärfe betonten sämtliche Stände, daß das jus reformandi bei jedes Ortes hoher Obrigkeit stehe, auch der Ritterschaft sollte dieses Recht eingeräumt werden. Besonders die Städte forderten es als Ausfluß ihres jus superioritatis auch für ihr Landgebiet. Dagegen waren alle Stände auch der Meinung[1], daß den Andersgläubigen das jus emigrandi freigestellt werden müsse, ohne Zwang, und daß ihnen bei der Auswanderung jede Erleichterung zuteil werden müsse. Außerdem verlangten sie für die Evangelischen volle Gewissensfreiheit in katholischen Ländern und dieselben Freiheiten wie die Andersgläubigen. Bei der seit Beginn der Reformation umstrittenen Frage nach den in den evangelischen Territorien gelegenen geistlichen Gütern, verlangten die höheren Stände, daß sie freies Eigentum der Obrigkeit werden sollten, während die Städte sich mit der Forderung begnügten, daß der Grundsatz uti possidetis ita possideatis durchgeführt werden müsse und daß alle Irrungen, die darüber entstanden waren, abgetan sein sollten; sie verlangten ferner ausdrücklich, daß auch diese Güter ihrer Landesobrigkeit, insbesondere

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ihrem jus reformandi et religionis unterworfen sein sollten. Sie wollten mit diesen Bestimmungen, im Gegensatz zu den höheren Ständen, diese Stiftungen gemäß dem Willen ihrer Gründer frommen Zwecken erhalten[1].

Beim II. Kapitel, de statu politico, hatten die Stände auf Oxenstiernas Anregung davon abgesehen, über die Reichsfundamentalsachen sich zu äußern, um die Friedensverhandlungen nicht von vornherein aussichtslos zu machen. Auch hielten sich in diesem Punkte die Städte zurück und ließen den höheren Ständen den Vortritt. Man forderte allgemeine Amnestie, Restitution der Exulanten und Beseitigung der gravamina in der Justiz: paritätische Besetzung des Reichskammergerichts und des Reichshofrates, Aufhören der Avokationen von Prozessen an den Reichshofrat und ähnliches. Die Städte forderten für sich besondere Anerkennung ihrer Reichsstandschaft und die Restitution derjenigen evangelischen Reichsstädte, die in katholische Hände geraten waren. Wichtig war folgende Forderung, die von allen Ständen, auch von den Städten erhoben wurde: was Schweden und die evangelischen Stände von geistlichen oder weltlichen Herrschaften und Gütern jetzt besitzen, sei es, daß es durch Kriegsgewalt erobert oder durch Donation, als Rekompens oder sonst erworben ist, verbleibt den jetzigen Besitzern. Die höheren Stände wollten den früheren Besitzern wenigstens ein Rückkaufsrecht einräumen.

Über die Frage, welche Sicherheiten die Durchführung dieses neuen Religionsfriedens gewährleisten sollten, hatten sich nur die höheren Stände geäußert. Nicht nur, daß die Interponenten später auch Garanten des Friedens werden sollten — das hieß freilich unser deutsches Vaterland dauernd unter die Kontrolle des Auslandes stellen —, glaubte man, sich auch dadurch zu schützen, daß man die Friedensbestimmungen der kaiserlichen Wahlkapitulation einverleibte und die kaiserliche Macht nach Kräften schwächte; den Böhmen sollte freies Wahlrecht zurückgegeben werden. Daneben sollten die Katho-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

liken gewisse Sicherheitsplätze einräumen, deren Garnisonen zwar von allen Reichsständen besoldet werden, aber allein in Eid und Pflicht der Evangelischen stehen sollten. Schließlich forderte man die Ausschaffung aller Kapuziner und vor allem der Jesuiten, die nur gegen die Evangelischen hetzten.

Ein Teil dieser Friedensbedingungen war nichts anderes als der alte Bestand der evangelischen Forderungen, Beachtung verdienen aber vor allem die weitgehenden Bedingungen des gänzlichen Fortfalls des geistlichen Vorbehaltes, des Verbleibens aller eroberten Gebiete bei den Protestanten und Schweden, dagegen die Restitution aller vertriebenen Protestanten, die Rückgabe der Wahlfreiheit an die Böhmen und Einräumung von Sicherheitsplätzen. Hier hatten die intransigenten Elemente unter den höheren Ständen, die namentlich unter den Grafen vertreten waren, völlig die Oberhand gewonnen. Es zeugt nicht von besonderer staatsmännischer Einsicht, wenn die Stände wirklich geglaubt haben sollten, diese Forderungen auch durchsetzen zu können, in dieser Hinsicht trugen die von Hessen-Darmstadt und Kursachsen im März 1633 aufgesetzten Friedensbedingungen[1] jedenfalls viel mehr den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung.

Oxenstierna war viel zu sehr Staatsmann, als daß er diese schwache Seite der ihm übergebenen Memorialien der Stände nicht erkannt hätte. Vor allem nahm er daran Anstoß, daß die Evangelischen verlangten, alle ihre Eroberungen zu behalten; er sah ein, daß daran alle Friedensverhandlungen von vornherein scheitern würden. Er gab diese Bedenken den Ständen am 4. September durch seine Kommissare zu erkennen[2] und machte sie darauf aufmerksam, daß dadurch auch Frankreich und alle noch nicht verbündeten Evangelischen zurückgeschreckt werden würden. Er machte den Vorschlag, die Verbündeten sollten verlangen, alles so lange zu behalten, bis sie für ihre Unkosten und Schäden genügende Satisfaktion erhalten hätten; sie könnten sie dann in solcher Höhe liquidieren, daß alle die okkupierten Länder und Güter

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nicht ausreichen würden; auf diese Weise erreiche man den Zweck per indirectum. Ein Vorschlag, der äußerst lehrreich ist in Hinblick auf die schwedischen Forderungen an Pommern.

Dann erklärte er weiter, daß er in die Forderung, daß den Verbündeten alle und jede in ihren Territorien gelegenen geistlichen Güter und Gefälle verbleiben sollten, nicht einwilligen könne, soweit die von Schweden jure belli okkupierten Gebiete in Frage kämen.

Beides waren schwierige Punkte, über die sich die Stände trotz mehrfacher Beratungen nicht einigen konnten[1]. Die Fürsten gingen in ihrer Antwort[2] auf den ersten Punkt gar nicht ein und erklärten zum zweiten, daß sie hofften, Oxenstierna werde sie bei der Durchführung dieser Bedingung, die seit Beginn der Reformation eine der am hartnäckigsten verfochtenen Forderungen der Evangelischen sei, schützen; für Mainz seien sie bereit, eine Ausnahme zu machen, doch ohne Konsequenz für andere.

Die Städte[3] begehrten, daß die Frage wegen der geistlichen Güter und Gefälle diesmal überhaupt noch nicht entschieden werden solle, zumal es ihnen in dieser schwierigen Frage an der nötigen Instruktion fehle; sie monierten aber, daß die höheren Stände diese Güter „eigentümlich" zu besitzen begehrten; die Territorialherren sollten sich vielmehr mit der Verwaltung und Disposition begnügen; das entspräche auch der Meinung der Vorfahren, die sie gestiftet hätten. Bei Mainz erklärten sie sich bereit, nach dem Vorgange der Fürsten eine Ausnahme zu machen.

Gegen Oxenstiernas Vorschlag, das Ziel indirekt durch übermäßig hohe Forderungen bei der Kriegskostenliquidation zu erreichen, hatten sie Bedenken[4]; das jus retentionis gebe ihnen nur Anrecht bis zur wirklichen Satisfaktion, während sie jetzt auf die okkupierten Gebiete jura belli et dominii geltend machen könnten. Da sie aber einsahen, daß die schroffe Forderung einen Frieden unmöglich machen würde, milderten sie die Formulierung der Bedingung dahin, daß die Ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bündeten behalten sollten, was sie zur Zeit der Traktaten in den Händen hätten, es sei denn, daß mit ihnen, wenn sie sonst Kosten und Schäden ersetzt erhalten würden, ein anderes verglichen würde; auf diese Weise wurde weder das jus dominii noch das retentionis erwähnt.

Aus allen diesen Gutachten entwarf dann der Bundesrat eine Instruktion, nach der Oxenstierna und der Bundesrat bei den künftigen Verhandlungen sich richten sollten und auf die die Stände ihnen Vollmacht erteilten[1]. Letztere erstreckte sich allerdings nur auf vorbereitende Schritte, zu den Friedensverhandlungen selbst verlangten die Stände hinzugezogen zu werden, wie sie sich denn auch die Ratifikation vorbehielten.

Diese Instruktion hatte nun fast alle Forderungen der Stände ohne Abschwächung übernommen. Nachdem vor allem Schweden eine Satisfaktion zugesichert war, durch die die Dankbarkeit der Stände für alle Zeiten erkennbar sei, verlangten die Stände, daß ihnen alle Stifter und geistlichen Güter, die vor oder nach dem Passauer Vertrage eingezogen worden seien und die sie jetzt okkupiert hätten, „allerdings" verbleiben sollten, ebenso alle geistlichen Güter, die in den evangelischen Territorien lägen. Das ganze Kirchen- und Schulwesen sollte durchaus auf dem jus territorii et superioritatis beruhen und allen Ständen in ihren Gebieten, auch den Reichsstädten und der Ritterschaft, zustehen; dagegen hört alle geistliche Jurisdiktion der Katholiken in ihren Gebieten auf. Die Erzbischöfe, Bischöfe, Prälaten und Orden dürfen die evangelische Religion annehmen, ohne Verlust ihrer Stifter; der Eintritt in die Kapitel usw. steht auch den Evangelischen frei. Den Evangelischen wird freie Religionsübung in katholischen Ländern zugesichert; ob sie auswandern wollen, steht völlig in ihrem Belieben.

Nicht weniger schroff waren die Bedingungen auf politischem Gebiete: Ächtung und Degradierung von Reichsständen ist nur mit Zustimmung aller Stände zulässig; kein Krieg darf ohne Gutbefinden der Stände angefangen werden,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

dagegen soll es den Evangelischen im Notfalle gestattet sein, sich der Defensionswaffen zu bedienen. Außer allgemeiner Amnestie soll völlige Restitution der Exulanten eintreten. Die Gravamina im Justizwesen sollen abgeschafft werden.

Zur Sicherung soll der jetzige Bund und eine dauernde Vereinigung aller evangelischen Stände dienen; der Friede soll durch einen Reichstag zur pragmatischen Sanktion erhoben und der kaiserlichen Wahlkapitulation einverleibt werden, das Reichskammergericht soll danach Recht sprechen.

Das waren Forderungen, die die Instruktion selbst als „starke und fast unerhörte extrema" bezeichnete, sie entsprachen der Tendenz, den Gegner zu schwächen und auf Stärkung, Sicherung und Stabilierung der Evangelischen zu sehen. Aber auch der Bundesrat wußte wohl, daß mit diesen übermäßigen Forderungen nicht durchzudringen sei, es sei denn, daß der Kaiser und die katholische Partei gänzlich zu Boden geschlagen wurde; er fügte deshalb die Klausel hinzu, daß es dem Bundesdirektor und Bundesrate freistehen solle, sie je nach Gelegenheit zu mäßigen oder zu verstärken, und brach damit der ganzen Sache die Spitze ab. Damit verloren aber auch diese Friedensbedingungen ihre Bedeutung, sie waren nicht viel mehr als theoretische Erörterungen und schriftliche Fixierung platonischer Wünsche, die praktisch schwerlich zu verwirklichen waren.

Da der Abschied dem Reichskanzler und dem Bundesrate überhaupt nur die Einleitung der Friedensverhandlungen übertrug, den Ständen selbst aber die eigentlichen Verhandlungen vorbehielt, diente diese Instruktion höchstens als Grundlage, auf der die Besprechungen mit der Gegenpartei eröffnet werden konnten. Für diesen Fall erfüllte sie ihren Zweck, da jede Partei natürlich zunächst möglichst hohe Forderungen stellte, um Material zum Abhandeln zu haben.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Da der 3. und 4. Punkt der Proposition — Lothringen und Trier — auf das engste mit den französischen Verhandlungen auf dem Konvente verknüpft sind, wird die Darstellung dieser Beratung besser im Zusammenhang mit diesen gegeben werden.

Der 5. Punkt der Proposition betraf die Forderung Hessen-Darmstadts, ihm die Neutralität zu gewähren, trotz der Bestimmungen des Heilbronner Schlusses, der keine Neutralisten duldete.

Die Unterredung des Landgrafen mit dem Reichskanzler in Rheinfelden hatte das Ergebnis gehabt, daß sich der Landgraf bereit erklärt hatte[1], 1. die zu Heilbronn beschlossenen Leistungen der Bundesmitglieder abzustatten, wenn man ihm den Eintritt in den Bund schenken wolle, und 2. wegen der sogenannten Inhabungen mit den Grafen von Solms, Isenburg und Löwenstein[2] in gütliche Verhandlungen einzutreten, wenn dabei seine sämtlichen Irrungen mit diesen Grafen beigelegt würden; Oxenstierna hatte dazu seine Vermittlung angeboten. Bei allen diesen Zugeständnissen hatte sich der Landgraf die Ratifikation Kursachsens vorbehalten und diesen Vorbehalt in seinem Schreiben an den Reichskanzler vom 14. Juni nochmals ganz besonders stark betont. Auf Oxenstiernas Anraten hatte er seine Anerbieten auch den Fürsten, die sich zu Heidelberg versammeln sollten, selbst noch mitgeteilt[3], da der Reichskanzler beabsichtigte, ihnen die Darmstädter Frage vorzulegen. Und in diesem Schreiben machte er seine Zustimmung gar von der Einwilligung Sachsens, der Erbverbrüderten und seiner Stände abhängig.

Die Fürsten, die in Heidelberg zusammenkamen, waren ihrem Standesgenossen an sich nicht abhold, Württemberg, das mit ihm in Glaubensgemeinschaft verbunden war, und Baden konnte Darmstadt zu seinen Freunden zählen. So war es kein Wunder, daß sie bereit waren, dem Landgrafen seine Wünsche zu erfüllen; doch verlangten sie Zurücknahme seiner Vorbehalte, sonst nähme er mit der einen Hand, was

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

er mit der anderen gäbe[1]. Immerhin erklärten sie, daß dies nur ein Votum für sie selbst sei, sie würden sich aber bemühen, auch die übrigen Stände zu vermögen, ihm den Eintritt in den Bund unter gewissen Bedingungen zu erlassen.

Obwohl Oxenstierna es übel empfand, daß der Landgraf so scharf seine Vorbehalte betonte[2], forderte er ihn doch jetzt auf, ihm seine Räte zuzusenden, mit denen er über die Streitigkeiten mit den Grafen verhandeln könne[3]. Daraufhin sandte Landgraf Georg seinen Bruder Johann und drei seiner Räte nach Frankfurt, unter denen sein Amtmann zu Hohenstein, Dominicus Porß, die Interessen seines Herrn am energischsten und geschicktesten vertrat[4]. Am 17. Juli hatten die Gesandten Audienz bei Oxenstierna, am 20. begannen die Verhandlungen.

Auch diesmal gingen die Hessen von dem Grundsatze aus, zunächst ihre Ansprüche möglichst hoch zu schrauben. Sie forderten vor allem, daß vor den Verhandlungen mit den Grafen die mit dem Bunde erledigt sein müßten[5], und machten gegen die dem Landgrafen gestellten Bedingungen vornehmlich das eine Bedenken geltend, daß sich der Landgraf nicht ohne Einschränkung zu jeder Leistung verpflichten könne, die den Bundesgenossen auch künftig auferlegt werden würde; ebensowenig könne er sich verpflichten, seine Festung Rüsselsheim den Evangelischen ohne weiteres offenzuhalten[6]. Statt dessen überreichten sie ihre Vorschläge[7], worin der Landgraf die zu Heilbronn bewilligte Kontribution — aber nur diese — an Geld, Mannschaften und Artilleriepferden zu erlegen versprach und sich verpflichtete, Freund der Bundesgenossen zu sein und sich nur ihrer Hilfe zu bedienen, falls er von den Katholiken angegriffen werden sollte; den Katholiken würde er seine Festungen nicht öffnen. Als Gegenleistung verlangte er eine Reihe von Zusicherungen, von denen — außer dem Erlasse seines Eintritts in den Bund — folgende besonders zu nennen sind: bis zum 30. April 1634 wird keine weitere

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Kontribution von ihm gefordert, außerdem wird davon abgezogen, was seit dem 1. Mai bereits durch Durchzüge u. dgl. an Kriegskosten aufgewendet worden ist; soll Kriegsvolk in sein Land gelegt werden, so muß dessen Oberst der augsburgischen Konfession angehören; in das restituierte Rüsselsheim soll nur mit besonderer Bewilligung des Landgrafen Garnison von Bundestruppen eingenommen werden, sie soll nicht nur dem Landgrafen schwören, der den Kommandanten stellt, sie soll auch nur von Truppen eines der augsburgischen Konfession zugetanen Herrn gestellt werden; dem Landgrafen wird voller Schutz seiner Hoheiten und Rechte sowie seiner jetzigen „Besitz- und Inhabungen" zugesagt; dem Landgrafen verbleiben alle in seinem Territorium gelegenen Güter und Renten der katholischen Stände nach dem Stande des 1. Novembers 1631; der Landgraf wird in den Frieden eingeschlossen; dieser Vergleich dauert nur bis zum 30. April 1634, danach soll es dem Landgrafen freistehen, entweder ganz in den Bund einzutreten oder den Vergleich unter denselben Bedingungen zu erneuern oder einen neuen abzuschließen.

Das waren unerhörte Forderungen, die dem Landgrafen nicht nur alle Vorteile, die der Bund gewährte, zusicherten, sondern ihm darüber hinaus vor allen Bundesgenossen eine nach jeder Richtung hin begünstigte Stellung einräumten. Oxenstierna wies sie schroff zurück, sie seien injuriös und unbillig zu des Landgrafen Vorteil; besonders empfindlich berührte ihn die Forderung, daß Darmstadt alle geistlichen Güter in seinem Territorium behalten wollte, daran sei Mainz' und mit ihm seines Vaterlandes Schweden Interesse berührt. Daß die Verhandlungen über die publica denen über die privata vorausgehen sollten, schlug er rundweg ab[1].

Da Oxenstierna inzwischen nach Kassel verreiste, um mit dem Landgrafen Wilhelm und den Führern der niedersächsischen Armee zu beraten, erlitten die Verhandlungen eine Unterbrechung[2]; sie wurden erst nach seiner Rückkehr

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wieder aufgenommen. Inzwischen hatten sich die Gesandten der Bundesstände zu dem Bundestage in Frankfurt versammelt, so daß die Verhandlungen von nun an in ein neues Stadium traten.

Der Landgraf trug diesen veränderten Umständen Rechnung, indem er neue Gesandte nach Frankfurt sandte, diesmal wieder den bei Oxenstierna wohlgelittenen Oberjägermeister von Hertinghausen, neben ihm Porß und Sinold gen. Schütz. Charakteristisch ist in ihrer Instruktion[1], daß er sie zu der Erklärung ermächtigte, er würde, wenn alle seine Forderungen abgelehnt würden, zugunsten seines Sohnes abdanken und die Verwaltung Kursachsen übertragen, das war eine Drohung, die nicht mißzuverstehen war! Den Reichskanzler ließ er nochmals eindringlich daran erinnern, daß die Grafen Kalvinisten seien, die die Orte sogleich dem Luthertum entfremden würden, sobald sie sie wieder in Besitz hätten.

Noch ehe Oxenstierna nach Frankfurt zurückkehrte, hatten sich die Darmstädter Gesandten mit denen von Württemberg und Kulmbach in Verbindung gesetzt und von beiden die tröstliche Versicherung erhalten, daß sie instruiert seien, für Darmstadt einzutreten[2]. Auch bei den anderen Ständen bemühten sie sich, die Forderungen ihres Herrn zu rechtfertigen[3].

Oxenstierna stellte die Darmstädter Frage als 5. Punkt seiner Proposition zur Beratung, sie wurde im Fürstenrat zuerst am 17. und 18. August verhandelt. Die Fürsten waren bereit, dem Landgrafen die Neutralität persönlich zuzugestehen, da man sein Gewissen nicht beschweren wolle, teils auch um Kursachsens willen; sein Land aber müsse alle Lasten tragen wie die Konföderierten, wogegen es auch den Schutz des Bundes zu genießen habe. Zur Sicherheit solle der Landgraf Rüsselsheim oder eine andere Festung einräumen. Die Unterzeichnung des Bundes solle ihm erlassen bleiben. In der zweiten Frage, der seiner Streitigkeiten mit den Grafen, waren die Meinungen geteilt, die Pfälzer und Baden waren

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

an sich für Durchführung der Heilbronner Beschlüsse, Württemberg, Kulmbach und Ansbach waren für Darmstadt, Kassel hielt sich ausdrücklich zurück; alle aber waren schließlich der Meinung, daß es besser sei, Oxenstierna zu bitten, die Streitigkeiten durch Deputierte aus dem Bundesrate und den Ständen in Güte beizulegen.

Diesem Votum der Fürsten traten am 22. August die Grafen und Städte bei, nur die Isenburger protestierten dagegen und verlangten die Restitution der ihnen entzogenen Dörfer gemäß dem Heilbronner Schlusse, Solms und Löwenstein schlossen sich an[1]. Oxenstierna war mit der Resolution der Stände einverstanden, so daß sie den Darmstädtern am 25. übergeben werden konnte[2]. Die Hessen erklärten sich zu Verhandlungen über die Forderungen der Grafen bereit, doch auf Ratifikation ihres Herrn und Kursachsens; die Stände möchten Deputierte hierzu ernennen. In der Konföderationssache dagegen lehnten sie die vorgeschlagenen Bedingungen ab, vor allem, daß Hessen alle bisher und auch künftig beschlossenen Leistungen wie alle anderen Bundesgenossen leisten solle, eine so unbegrenzte Verpflichtung könne der Landgraf nicht auf sich nehmen, es solle bei dem zu Heilbronn Bewilligten verbleiben. Ebenso lehnten sie die Einräumung Rüsselsheims als Pfand ab, verlangten vielmehr die Rückgabe dieser Festung und erklärten, noch habe die dem Landgrafen vom Könige zugebilligte Neutralität volle Kraft[3].

Das war eine dreiste Sprache, die aber diesmal ihre Wirkung verfehlte. Die Stände waren der Meinung, daß die Forderungen Darmstadts nur zu seinem Vorteile und zum Nachteile der Konföderierten seien und daß kein Grund vorhanden sei, den Landgrafen besser zu stellen als die Mitglieder des Bundes. Sie schlugen deshalb dem Reichskanzler vor, es bei den übergebenen Bedingungen zu lassen[4].

Die Gesandten waren aber inzwischen nicht müßig gewesen. Sie hatten die Gefahr erkannt, die in allzu großer Hartnäckigkeit bestand. Sie sandten den Amtmann Porß

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zum Landgrafen mit dem Bericht, daß die Gegner darauf hinarbeiteten, diese Frage überhaupt unentschieden zu lassen, und daß selbst Oxenstierna sich zurückhalte und nichts mehr versprechen wolle[1], es sei Zeit, nachzugeben.

Inzwischen waren auch die gütlichen Verhandlungen mit den Grafen vorgenommen worden, und zwar waren die von den Ständen erwählten Kommissare selbst nach Ansicht der Darmstädter ihnen in der Mehrzahl günstig gesinnt[2]: die Lutheraner hatten die Majorität. Die Unterhändler schlugen vor, daß Isenburg in alle ihm von Darmstadt entzogenen Besitzungen restituiert werden solle, nur zwei Dörfer sollten Darmstadt verbleiben. Die Isenburger blieben aber unzugänglich und forderten völlige Restitution und reichten eine Schadenersatzrechnung von nicht weniger als 12 754 201 fl. ein[3]. Da auch Solms erklärte, nichts von seinem Besitz aufgeben zu wollen, trugen die Darmstädter Bedenken, sich auf Verhandlungen einzulassen, so daß diese gütlichen Verhandlungen zunächst ohne Erfolg blieben[4]. Die Grafen forderten nach wie vor Ausführung des Heilbronner Schlusses.

Landgraf Georg hatte sich unterdessen bereit finden lassen, jetzt etwas nachzugeben; er selbst reiste nach Kelsterbach, um ganz in der Nähe zu sein, und sandte Porß mit der Erklärung zurück, daß er nicht nur die Heilbronner Kontribution zu erlegen, sondern auch künftige Bewilligungen nach Möglichkeit aufzubringen bereit sei, wenn ihm Rüsselsheim restituiert werde. Die solmsischen Güter — es handelte sich um vier Dörfer und das Städtchen Butzbach — wolle er restituieren und nur den vierten Teil von Butzbach behalten; von den Isenburger Inhabungen beanspruche er nur zwei Dörfer bei Kelsterbach, zwei weitere wolle er austauschen, alles andere solle zurückgegeben werden, und auf alle Anforderungen wolle er verzichten[5].

Damit gewann Hessen Oberwasser, um so mehr, als die Grafen mit ihrer hartnäckigen Unzugänglichkeit den Ständen unbequem waren, mochten ihre Forderungen auch noch so

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

berechtigt sein. Nicht nur Oxenstierna, auch Löffler trat für Darmstadt energisch ein[1]. Der Bescheid der Stände vom 7. September brachte das wichtige Zugeständnis, daß Rüsselsheim dem Landgrafen eingeräumt werden solle[2]. Die Hessen nahmen diese Anerbieten an[3], und damit war dieser Punkt erledigt. Der Abschied[4] formulierte die Leistungen und Gegenleistungen dahin, daß Darmstadt alle bewilligten und später zu bewilligenden Kontributionen und Lasten des Bundes nach seiner Quote tragen werde, den Feinden der Konföderierten keinen Vorschub tun, sondern Freund der Bundesmitglieder sein wolle; dafür soll dem Landgrafen der formelle Eintritt in den Bund erlassen, ihm Rüsselsheim wieder eingeräumt werden[5] und er mit Land und Leuten wie die Konföderierten den Schutz des Bundes genießen.

In der Angelegenheit mit den Grafen verfingen aber auch die neuen Anerbietungen des Landgrafen nicht. Die Grafen waren zwar so klug, das Angebotene anzunehmen, sie forderten aber auch noch den Rest[6]. Auf nochmalige Interzession des Direktoriums und sämtlicher Bundesstände[7] entschloß sich der Landgraf, noch weiter nachzugeben. Seine Gesandten überreichten am 20. September seine „allerendlichsten Erbietungen und Vorschläge"[8], worin er Solms gegenüber noch weiter auf die Wiedererstattung abbezahlter Schulden verzichtete und sich zur Zahlung von 10 000 fl. bereit erklärte, wenn ihm ein Viertel des Städtchens Butzbach verbliebe; von den isenburgischen Inhabungen wünschte er nur noch zwei Dörfer zu behalten, wenn Isenburg auf alle seine Ansprüche gegen Darmstadt verzichten würde.

Als auch das bei den Grafen nichts verfing, gaben die Stände ihre Vermittlung auf und formulierten den Abschied des Bundestages dahin, daß es bei den von beiden Teilen übergebenen Denkschriften und der von den Grafen geschehenen Akzeptation verbleiben solle, so daß sich beide Parteien ihr Recht vorbehielten. Das war gefährlich für Darmstadt, weil die „Acceptation" der Grafen den Sinn hatte,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

daß sie diese Ortschaften wieder in Besitz nehmen wollten. Das war aber nicht die Absicht des Landgrafen gewesen, der sich ausdrücklich ausbedungen hatte, daß diese gütlichen Verhandlungen seinen bisherigen Rechten und Ansprüchen unabbrüchlich sein sollten, falls sie erfolglos sein und nicht alle seine Streitigkeiten mit den Grafen beilegen würden. Es gelang den Darmstädtern, den Sekretär Varnbühler zu bewegen, diesen Passus zu streichen, so daß beiden Parteien nur ihr Recht vorbehalten blieb[1].

Das war ein großer Erfolg des Landgrafen: wir können zufrieden mit dem Abschied sein, berichten seine Gesandten[2], die Wetterauer sehen sauer zu dem Abschied und haben fast Bedenken, zu unterschreiben, da ihnen der Weg verrannt ist; Isenburg ist nachdenklich, weil er auf den Weg des Rechtens verwiesen ist und vom Bunde keinen Schutz zu erwarten hat.

Alles in allem hatte der Landgraf einen großen Erfolg zu verzeichnen: er hatte seinen Willen durchgesetzt; er war dem Bunde nicht beigetreten, seine Leistungen an den Bund waren festgelegt, und er genoß dafür den Schutz des Bundes, und zwar für alle seine Länder und Leute, also auch für seine „Inhabungen". Die Darmstädter konnten wirklich mit dem Abschiede zufrieden sein, und Oxenstierna hatte sich den Landgrafen zu Danke verpflichtet[3].

Trotzdem beauftragte der Landgraf seine Gesandten, die Verhandlungen mit den Grafen fortzusetzen, da er der Streitigkeiten müde war, und er annehmen konnte, daß sie jetzt nachgiebiger sein würden[4]. Ihren Drohungen, sich der Pfanddörfer mit Gewalt zu bemächtigen, stellte er die Erklärung entgegen: die Dörfer stünden offen, er würde sich aber alle Rechte vorbehalten. Alle Verhandlungen führten aber schließlich doch zu keinem Resultate, da Darmstadt nicht völlig auf alles verzichten wollte, und die Grafen auch ihrerseits nicht nachgaben.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In ähnlicher Lage wie der Landgraf von Hessen-Darmstadt befand sich der Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg[1], er war der Neutralist der katholischen Partei, der unter seinen Glaubensgenossen ebensoviel Ärgernis erregte wie Darmstadt unter den seinigen. Landgraf Georg sagte einmal zu dem Pfalzgrafen bei einem Besuche: Wir sind in demselben Spitale krank[2]. Wolfgang Wilhelm hatte von Gustav Adolf die Zusicherung der Verschonung seiner Länder erhalten, wenn er die Feinde Schwedens aus seinen Ländern entferne, ihnen weder Durchmärsche und Musterplätze gestatte, noch sie sonst unterstütze. Diese Bedingung zu erfüllen hatten ihm seine Glaubensgenossen unmöglich gemacht, Tilly hatte das Fürstentum Neuburg an der Donau zu Requisitionen benutzt, und Pappenheim und Merode hatten die Neutralität der niederrheinischen Besitzungen des Pfalzgrafen: Jülich, Berg und Ravensburg ebensowenig respektiert, infolgedessen waren die Schweden jeder Verpflichtung ledig. Daß sie Neuburgs, das mitten im oberdeutschen Kriegsschauplatze lag, nicht entbehren konnten, wenn sie dem Gegner nicht einen wichtigen Donaupaß in den Händen lassen wollten, war selbstverständlich. Außerdem erhob die Witwe des verstorbenen Pfalzgrafen August von Sulzbach für ihre Kinder Anspruch auf das Fürstentum Neuburg; sie konnte um so mehr auf Erfüllung ihrer Wünsche rechnen, als ihr Gatte ein eifriger Parteigänger Gustav Adolfs gewesen war und sich große Verdienste um seine Sache erworben hatte, während Wolfgang Wilhelm, der selbst zum Katholizismus übergetreten war, um sich der Unterstützung des Kaisers und der katholischen Partei im Kampfe um die pfälzische Kur und um die jülich-clevesche Erbschaft zu sichern, in seinen Ländern rücksichtslos die Gegenreformation durchzuführen sich bemühte.

Aber nicht nur das verursachte Abneigung der Protestanten gegen ihren abtrünnigen Glaubensgenossen; ihr Mißtrauen erhielt neue Nahrung, als er im November 1632 zu werben

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

begann, um nicht wehrlos seinen Gegnern gegenüberzustehen. Seine Absicht war zunächst nur, eine bewaffnete Neutralität durchzuführen, aber überall begegnete er Zweifel an der Lauterkeit seiner Absichten, bei Katholiken wie Protestanten, und letztere wurden erst recht mißtrauisch, als seine häufigen Besuche in Brüssel und Köln, dem katholischen Hauptquartier am Rhein, den Gerüchten einer Vereinigung mit den Spaniern und Ligisten neue Nahrung zuführten. Und an Versuchen dazu hat es nicht gefehlt.

Der Pfalzgraf blieb aber fest bei seinem Neutralitätsgedanken. Er wußte sogar niemanden geringeren für seine Pläne zu interessieren als die Holländer und ihren Generalstatthalter, den Prinzen Friedrich Heinrich, als Baudissin Ende Oktober 1632 rheinabwärts marschierte und die rheinischen Territorien zu besetzen begann. Nach dem Tode Gustav Adolfs mußte Baudissin zwar auf Befehl Oxenstiernas, in dessen Defensivpolitik es nicht paßte, sich weitere Feinde auf den Hals zu ziehen, die besetzten Teile Jülichs und Kurkölns wieder räumen, die südlichsten Punkte dagegen, Siegburg, Blankenberg und Windeck, blieben in der Hand der Schweden. Damals gewann der Pfalzgraf die Holländer für seinen Plan einer Neutralität aller Länder zwischen der Weser von Münden ab und der Maas, der ihren militärischen und Handelsinteressen förderlich zu sein schien. Wie es scheint auf Betreiben des Landgrafen Wilhelm von Hessen sind sie aber sehr bald davon zurückgekommen, und der Pfalzgraf beschloß nunmehr, bei dem inzwischen konstituierten Bunde der vier oberen Kreise sein Heil zu versuchen; und abermals gelang es ihm, die Fürsprache der Generalstaaten zu erwerben.

Oxenstierna empfing den Abgesandten des Pfalzgrafen, Johann Bertram von Scheidt genannt Weschpfennig, Marschall des Herzogtums Berg, äußerst mißtrauisch[1]. Der Pfalzgraf rede bald spanisch, bald italienisch, bald kaiserisch und bald ligisch, meinte er, seine Anträge müsse er den gesamten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Bundesständen unterbreiten, denen er sie empfehlen werde. Mit diesem Bescheide mußte sich der Gesandte begnügen, und der Pfalzgraf war gezwungen, als sich die Stände auf dem Bundestage in Frankfurt versammelten, von neuem Gesandte abzusenden: denselben Rat und Marschall Weschpfennig und den Kammerdirektor Dr. Franz Gyse aus Neuburg[1].

Am 13. August hatten sie Audienz bei Oxenstierna, der sie in der schroffsten Weise abwies. Die Kontributionen zu erheben erfordere ratio status et belli, und Neuburg neutral zu machen, damit würde man Bayern den größten Gefallen tun. Der Pfalzgraf sei der größte Verfolger der evangelischen Religion, wider die niemand so tyrannisiert habe wie er. Er sei auch nicht da, mit ihnen zu disputieren, er sei vielmehr entschlossen, die Sache mit dem Degen auszufechten.

Die Fürsten waren geteilter Meinung[2]. Zweibrücken trat für den Pfalzgrafen ein; Kulmbach und Ansbach dagegen betonten die Rechte der Kinder des Pfalzgrafen August auf Neuburg: ehe der Pfalzgraf sich gegen sie nicht besser gezeigt hätte, dürfe man die Neutralität von Jülich nicht bewilligen. Württemberg — und ihm trat Baden bei — schlug ein gleiches Verhältnis zum Bunde vor, wie das Darmstadt bewilligte; für Jülich solle man die Neutralität zugestehen. Kurpfalz, das besonders durch die Verweigerung des kurfürstlichen Titels gereizt war, schloß sich dem an, meinte aber, man solle die Neutralität von Jülich noch in suspenso lassen.

So fiel die Resolution der Stände[3] — die anderen Kollegia traten dem Votum der Fürsten bei — dahin aus, daß man die Räumung von Neuburg ablehnte, aber die Leistungen nach der Bundesmatrikel zu regeln vorschlug, wie es mit Darmstadt geschehen war; Bedingung war, daß der Pfalzgraf den Evangelischen dort freie Religionsübung zusicherte. Wegen Jülichs schlug man ihm Eintritt in den Bund vor, das würde für den Pfalzgrafen den sichersten Schutz bedeuten.

Das letztere war ein ungeheuerliches Ansinnen, das die neuburgischen Gesandten in ihrer Replik zurückwiesen[4];

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

inzwischen hatte sich aber die Stellung des Pfalzgrafen noch dadurch verschlechtert, daß Aldringen Neuburg erobert hatte, so daß die Stände mit vollem Recht jetzt alle Neutralität, für Neuburg und für Jülich, abschlugen[1], zur nicht geringen Freude der Hessen, denen jede Einschränkung des Kriegsschauplatzes am Rhein nur unbequem war[2].

Unter den zahlreichen Nebenpunkten[3], meist Petitionen, die dem Bundestage vorlagen, ist nur einer zu erwähnen: der der Kreisräte. Wie berichtet, hatte die Einsetzung der Kreisräte Schwierigkeiten bereitet, vor allem, weil Oxenstierna sich mit den Ständen über ihre Instruktion nicht hatte einigen können. Oxenstierna wollte sie nur als Beamte des Bundes gelten lassen, die auf die Durchführung der Bundespflichten zu sehen hätten; die Stände dagegen hatten ihre Einsetzung durchgesetzt, um einen Schutz gegen die bisherigen Willkürlichkeiten der Statthalter und Kommissare, also auch eine Verteidigung ihrer Rechte gegenüber der Bundesleitung zu haben[4].

Die Stände regten jetzt in einem Memorial vom 13. September die Frage von neuem an und ersuchten den Reichskanzler, die schwedischen Mitglieder der Kreisräte, soweit sie noch nicht ernannt waren, zu delegieren und die in Heilbronn aufgesetzte Instruktion zu belieben[5]. Oxenstierna antwortete mit einem neuen Entwurfe der Instruktion, der nach einigen nicht unwesentlichen Änderungen von den Ständen angenommen wurde[6].

In der neuen Instruktion wurde der Zweck der Kreisräte dahin definiert, daß sie „um der Konservation und Verpflegung der Militien, Erhaltung der Disciplin und um Verschonung der Stände und ihrer Untertanen willen" angeordnet worden seien; von den zwölf Paragraphen handeln aber zehn lediglich von der Armee, ihrer Verpflegung und Konservation, die klipp und klar als ihre Hauptaufgabe bezeichnet wurde. § 11

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

schreibt ihnen Aufsicht über die Disziplin der Soldateska vor, besonders auf den Straßen, um die Untertanen im Handel und Feldbau zu schützen, und nur der § 12 spricht ganz allgemein davon, daß sie außer der Fürsorge für die Armee sich auch die Erhaltung der Stände und Untertanen bei ihren Hoheiten, Rechten und Gerechtigkeiten „dem Heilbronner Schlusse gemäß" angelegen sein lassen sollten. Damit hatte Oxenstierna seinen Willen durchgesetzt, die Kreisräte waren in erster Linie Organe des Bundes, nicht der Stände.

Den Kreisräten lag vor allem die Sorge für den richtigen Eingang der Kontribution und des Zehnten, infolgedessen auch die Aufsicht über die Kassen und Magazine, ob. Sie hatten ferner für die Verpflegung der Armee, für die Einquartierungen, Durchzüge, Sammel- und Musterplätze zu sorgen, und hier hatten die Stände eine Vorschrift eingefügt, der sie großen Wert beilegten: daß sie die Lasten unter den Ständen gleichmäßig zu verteilen hätten.

Nunmehr stand der endgültigen Durchführung dieser Maßregel nichts mehr im Wege, und die Statthalter waren überflüssig geworden. Der Widerstand, den Oxenstierna so zähe geleistet hatte, begründete sich nicht allein auf der Furcht vor einer Schwächung der bisherigen Stellung Schwedens, sondern vor einer Schwächung des Bundes überhaupt. Da den Kreisräten keine Exekutivgewalt zur Seite stand, fehlte ihnen die Macht, säumige und widerspenstige Mitglieder zum Gehorsam zu zwingen; die Kreisräte durften nur mahnen und, wenn das ohne Erfolg geblieben war, an das Direktorium berichten. Einsichtige Mitglieder der Kreisräte, wie z. B. der Nürnberger Kreß von Kressenstein, fanden es deshalb für die Sache sehr förderlich, daß Herzog Bernhard als neuer General im fränkischen Kreise Ordonnanzen erließ, die Ordnung und Sicherheit im Kreise schaffen sollten, Ordonnanzen, die den Unwillen der Stände hervorriefen, da sie ja gerade das Unwesen der Statthalterei eben mit Mühe beseitigt hatten. Die Stände wollten den Zwang nicht, die unbändige Sucht

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

nach der Libertät war stärker als die Einsicht, sich im Interesse des Ganzen zu fügen.

Damit waren die Punkte der Proposition in der Hauptsache erledigt, die nunmehr in dem Abschiede formuliert werden mußten[1]. Schwierigkeiten entstanden nur bei dem zweiten Artikel, in dem, wie schon erwähnt[2], von den Städten eine besondere Geldsteuer gefordert wurde neben der allgemeinen Dezimation. Nachdem diese den Wünschen der Städte entsprechend beseitigt waren, stand der Unterzeichnung des Abschiedes nichts mehr im Wege. Aber auch hier gab es noch einige Anstände: die Grafen verlangten, sie solle kreisweise erfolgen, die Fürsten dagegen bestanden darauf, daß es bankweise geschehen müsse[3]. Die Grafen witterten darin einen Versuch der Fürsten, dauernd an erster Stelle vor allen Grafen unterzeichnen zu wollen. Sie gaben schließlich nach, als man ihnen zugestand, daß der Abschied nicht von allen Ständen, sondern nur von Deputierten unterzeichnet werden solle. Um den Präzedenzstreitigkeiten untereinander aus dem Wege zu gehen, stellten die Grafen durch das Los die Reihenfolge fest, wie sie diesen und künftige Bundesabschiede unterzeichnen wollten; die Würfel entschieden zugunsten der oberheinischen Grafen, denen die schwäbischen und dann die fränkischen nachfolgen sollten. Bei dem folgenden Bundestage sollte der Erste jedesmal der Letzte sein. In gleicher Weise sollte es auch mit dem Direktorium im gräflichen Kolleg gehalten werden; dagegen sollte bei Reichs- und Kreistagen die alte Observanz beobachtet werden[4]. Den Präzedenzstreitigkeiten zwischen den Städten und der Ritterschaft ging man wie schon in Heilbronn dadurch aus dem Wege, daß man zwei Gruppen des Abschiedes ausfertigen ließ. Die eine wurde von den höheren Ständen und den Städten, die andere von den höheren Ständen und der Ritterschaft unterzeichnet.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Nachdem somit alle formellen Schwierigkeiten beseitigt waren, konnte am 23. September der offizielle Schluß erfolgen. Um acht Uhr morgens erschien Oxenstierna auf dem Römer, verlas den Abschied[1], der unterschrieben und gesiegelt wurde. Danach verabschiedete sich der Reichskanzler von den Ständen. Ein Gottesdienst in der Bartholomäuskirche bildete den feierlichen Abschluß.

Neben den Verhandlungen über die Ausgestaltung des Bundes gingen wie in Heilbronn noch die Verhandlungen mit Frankreich einher[2], über die jetzt zu berichten ist.

Frankreich hatte, wie vorher dargelegt, die für sich günstige Situation richtig erkannt, und seine Staatslenker waren entschlossen, sie rücksichtslos auszunutzen. Sie hatten erkannt, auf wie schwachen Füßen das ganze Gebäude des Bundes ruhte, wie wenig die Stände für sich bedeuteten und wie groß das Mißtrauen war, mit dem sie sich untereinander und Schweden gegenüberstanden. Sie hatten weiter erkannt, daß die Stände von der straffen Leitung Schwedens, die ihnen so schwere Lasten aufbürdete, loszukommen sich bemühten, ohne daß sie durch eigenes Hinzutun den Ausfall zu ersetzen bereit waren. Hier hieß es für Frankreich, den Hebel einsetzen, um schließlich Schweden ganz aus dem Sattel zu heben und für Süddeutschland an seine Stelle zu treten.

Frankreich betrieb seine Wühlarbeit gegen Schweden teils offen, teils versteckt. Von Kurbrandenburg und Anhalt war es ihm gelungen, günstige Erklärungen zu erhalten, die zwar der gesamten evangelischen Partei zugute kamen, die aber von den Franzosen als Verdienst für sich in Anspruch genommen wurden und damit ihre Ansprüche und ihren Einfluß erhöhten. Bei anderen Ständen trieben sie ihre Intrigen versteckter, wie es bei Darmstadt offenbar geworden war.

Dann setzte Frankreich seine Bemühungen fort, durch Zahlungen oder Versprechen jährlicher Pensionen Fürsten,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

einflußreiche Generäle und Staatsmänner an sich zu ketten; von ihnen sind die Verhandlungen mit den Weimarer Herzögen und dem Landgrafen Wilhelm von Hessen besonders zu erwähnen. Da es nicht gelingen wollte, den Herzog Bernhard von Weimar zur Annahme einer Pension zu bewegen[1], trat Frankreich an seinen Bruder Wilhelm heran. Im März 1633 kam la Grange auf seiner Reise von Dresden nach Heilbronn auch nach Weimar und bot ihm die Charge eines französischen Generalleutnants an. Der Herzog ging aber zunächst nicht auf das Anerbieten ein. Als er dann im August nach Frankfurt kam, wandelte la Grange das Anerbieten in eine jährliche Pension von 12 000 Kronen um; da der Herzog Bedenken hatte, stellte er ihm frei, sie für seine Frau oder seine Kinder anzunehmen. Das geschah denn auch, der Herzog erbat sich eine solche von 6000 Liv. für seine Frau und von 4000 Liv. für seinen Sohn. Feuquières, der inzwischen von seiner Reise von Dresden und Berlin nach Frankfurt zurückgekommen war, hielt es indessen für richtiger, ihm zunächst eine einmalige Summe von 18 000 Liv. auszahlen zu lassen, und verschob die weiteren Verhandlungen auf gelegenere Zeiten[2].

Den Landgrafen Wilhelm von Hessen betrachtete Feuquières als bereits ganz und gar für die französische Partei gewonnen[3]. Seine Wünsche, die er durch la Grange dem Könige hatte mitteilen lassen, waren sofort erfüllt worden[4]; es fehlte nur noch an der formellen Übergabe der Patente als General und der Pension. Feuquières, der damit beauftragt war, nahm aber, wie berichtet, seinen Weg zunächst nach Heilbronn und von dort nach Dresden und Berlin[5], so daß sich die Ausführung verzögerte. Der König hatte den Landgrafen zu seinem General über deutsche Truppen ernannt, die Frankreich vielleicht künftig werben würde; er sollte sie nach dem Befehle des Königs führen mit derselben Machtvollkommenheit, die sein Vater, Landgraf Moritz, als französischer General innegehabt hatte. Als Entgelt — und das war die Hauptsache — war ihm ein Jahresgehalt von 36 000 Livres zugebilligt, beginnend

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

vom 1. Januar 1633[1]. Mitte Mai sandte ihm la Grange wenigstens Abschriften der Patente aus Frankfurt zu[2].

Am Kasseler Hofe fand man es nicht für undienlich, sich in ein näheres Verhältnis mit Frankreich nach dem Vorbilde des Landgrafen Moritz einzulassen, wenn nur die Pflichten gegen das Reich, die Erbverbrüderten und die Religionsverwandten gewahrt wurden. Die Hauptsache war jedenfalls die stattliche Pension, in der man lediglich eine Subsidienzahlung und eine höchst willkommene Beihilfe zu den schier erdrückenden Kosten für die Truppen erblickte. Auch war man nicht blind für die politischen Vorteile, die die Freundschaft des mächtigen Königs von Frankreich bot[3]. Doch kamen die Verhandlungen zunächst nicht vorwärts, da Feuquières in Dresden und Berlin länger, als vorauszusehen war, festgehalten wurde[4].

Wie wertvoll es für den Landgrafen war, gerade damals diese wichtigen Offerten von Frankreich zu erhalten, ist früher dargelegt worden. Doch gelang es dem Reichskanzler in den Verhandlungen Ende Mai in Frankfurt und Ende Juli in Kassel, ihn wieder an Schweden zu fesseln[5]: die verlockenden Aussichten, am Rhein Eroberungen zu machen und schließlich den Kurhut von Köln zu erwerben, ließen sich nur mit Hilfe Schwedens verwirklichen, während Frankreich ein Gegner solcher Pläne sein mußte. La Grange verfolgte diese Verhandlungen mit großer Unruhe und unterließ es nicht, während Oxenstierna in Kassel anwesend war, den Landgrafen auf das eindringlichste zu mahnen, freie Hand zu behalten und vor allem seine militärische Selbständigkeit unter allen Umständen zu wahren. Als Lockspeise hielt er ihm die Expedition des Bundes gegen den Herzog von Lothringen vor, die Frankreich damals gerade vom Bunde forderte und zu der es selbst eine stattliche Truppenmacht stellen wollte; der Landgraf solle sie kommandieren[6].

Landgraf Wilhelm hatte vor den Verhandlungen in Kassel Feuquières vergeblich in seiner Residenz erwartet. Nach den

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verhandlungen hatten die französischen Offerten zunächst wesentlich an Wert verloren. Als er dann durch la Grange von der bevorstehenden Ankunft des Gesandten unterrichtet wurde[1], befand er sich im Begriffe, mit seinen Truppen in das nördliche Stift Münster zu marschieren[2]; er ließ sich auch durch die Nachricht nicht irremachen, und so fand Feuquières, als er Ende August in Kassel eintraf[3], den Landgrafen nicht vor. Feuquières, der keinerlei Schwierigkeiten bei dem Landgrafen vermutet hatte[4], mußte unverrichteter Sache nach Frankfurt weiterreisen, und zur Übergabe der Dokumente und zur Bestallung des Landgrafen ist es damals nicht gekommen.

Landgraf Wilhelm hat sich auch in der Frage des Anschlusses an die französisch-schwedische Allianz geflissentlich zurückgehalten[5]. Er lehnte es ab, für sich allein beizutreten, wollte vielmehr als Mitglied des Bundes im Verein mit den übrigen Ständen seinen Zutritt erklären[6]. Und so sehr trat das Interesse für Frankreich damals in den Hintergrund, daß der hessische Gesandte den Bundesständen in Frankfurt den geforderten Abschluß der Allianz nicht empfehlen konnte[7].

In der neuen Allianz hatte Oxenstierna die Stände bereits, ohne sie zu fragen, an Frankreich gefesselt, und die Franzosen fühlten sich als Herren. Vertreten war Frankreich durch la Grange, der ständig in Frankfurt anwesend war; zu ihm gesellte sich nach seiner Rückkehr von Dresden und Berlin wieder der Marquis de Feuquières als außerordentlicher Gesandter.

Andrerseits war aber auch bei den Ständen ein Umschwung in ihren Anschauungen über Frankreich eingetreten. Man war stutzig geworden, ob eine Verbindung mit Frankreich ihnen die Hilfe bieten würde, die sie erwarteten. Die Ziele der französischen Politik waren doch gar zu eigennützig und gar zu sehr denen der Konföderierten entgegengesetzt, als daß sich ein gedeihliches Zusammenarbeiten hätte erwarten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

lassen. Besonders auf religiösem Gebiete durchkreuzte Frankreich ihre Absichten vollständig. Die hartnäckigen Versuche, die katholischen Kurfürsten zur Neutralität zu veranlassen, die Anstrengungen, die katholischen Stände unter seinen Schutz zu bekommen, und alle die anderen Bemühungen zugunsten der Katholiken in Deutschland waren nicht zu vereinigen mit den Wünschen der Protestanten, die nach wie vor auf eine Beseitigung der Fesseln zielten, die ihnen der Passauer Vertrag und seine Folgen auferlegten. Dazu kam die Forderung, Philippsburg auf dem rechten Rheinufer einzuräumen, die Frankreichs Aspirationen auf das linke Rheinufer und darüber hinaus deutlich zu erkennen gaben. Selbst die Fürsten, die sich zu Heilbronn noch am meisten für den Anschluß an Frankreich ausgesprochen hatten, waren mißtrauisch geworden, und die Abneigung der Städte hatte sich nur verstärkt.

Die jetzigen Verhandlungen mit Frankreich betrafen vor allem die von Frankreich angebotene Interposition bei den künftigen Friedensverhandlungen und den definitiven Zutritt der Bundesstände zu dem neuen schwedisch-französischen Bündnisse, der im Prinzip zu Heilbronn schon gutgeheißen, nunmehr endgültig erledigt werden sollte. Dazu kam drittens die Einräumung von Philippsburg, die Frankreich als Protektor des Erzbischofs von Trier und Bischofs von Speyer forderte. Als Viertes trat die lothringische Frage hinzu.

Über die erste dieser Fragen ist bereits berichtet worden: die Stände hatten die Interposition des Königs ohne große Bedenken angenommen. Dagegen bereiteten die anderen Punkte außerordentliche Schwierigkeiten, die zu den lebhaftesten Verhandlungen und heftigen Zusammenstößen Anlaß gaben.

Der Herzog von Lothringen[1] war gezwungen worden, im Vertrage von Liverdun (1632), sich unter den Schutz Frankreichs zu stellen. Das hatte ihn nicht gehindert, nach wie vor weiterzurüsten und mit den Kaiserlichen im Elsaß

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

enge Beziehungen zu unterhalten. Den Schweden legte er bei ihrer Eroberung des Elsaß Hindernisse in den Weg, wo er nur konnte; insbesondere unterstützte er den Grafen Salm, Statthalter des Bistums Straßburg, den er vermochte, ihm Zabern und Dachstein zu überlassen. Von Zabern aus überrumpelte er die schwedische Besatzung von Hagenau und bekam so diese wichtige Reichsstadt in seine Gewalt. Oxenstierna war erbittert über Frankreich, unter dessen Schutze sich der Herzog diese Feindseligkeiten gegen Schweden erlauben durfte. Für Frankreich dagegen war der Herzog ein bequemes Werkzeug, der Ausbreitung der Schweden auf dem linken Rheinufer entgegenzutreten, ohne daß es gezwungen worden wäre, selbst Opfer zu bringen.

Die Stellung Lothringens erhielt eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß seit dem Jahre 1631 Spanien beabsichtigte, den zum Statthalter der Niederlande bestimmten Bruder Philipps IV., den Kardinalinfanten Ferdinand, von Italien aus auf dem Landwege nach den Niederlanden zu schicken. Sein Weg führte am Rhein entlang, so daß Lothringen ein wichtiger Stützpunkt für den Marsch der Spanier und für die am Rhein geplante neue kaiserlich-spanische Machtstellung bildete. Sie zu verhindern, hatten Frankreich und Schweden ein gemeinsames Interesse. Aber auch hier dachte der Kardinal die Kräfte Frankreichs möglichst zu schonen, dagegen die Schwedens und seiner Verbündeten den Interessen Frankreichs dienstbar zu machen: er wünschte den offenen Bruch mit Spanien und dem Kaiser zu vermeiden.

In Heidelberg[1] legte Oxenstierna den versammelten Fürsten die Frage vor, wie man sich dem Herzog gegenüber zu verhalten habe. Damals waren die Stände der Meinung, um Frankreichs willen, das ihn in Schutz genommen hatte, mit offenen Feindseligkeiten noch innezuhalten; und Oxenstierna forderte dann auch Frankreich auf, den Herzog in Zaun zu halten[2]. Obwohl Richelieu damals in der Tat beschlossen hatte, den Herzog unschädlich zu machen, versuchte er doch immer

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

wieder, die schwedischen Kräfte für Frankreich nutzbar zu machen[1], und die Ereignisse waren Richelieu so günstig, daß er schließlich ohne sein Zutun sein Ziel erreichte.

Die Schweden belagerten Hagenau; der Herzog wußte wohl, welche Bedeutung dieser Platz für ihn und die Spanier hatte, sperrte er doch den Weg nach Osten und Norden. So beschloß er, die Belagerungsarmee zu überfallen, erlitt aber bei Pfaffenhofen am 11. August durch den Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld eine so totale Niederlage, daß sein Widerstand im Felde vollständig gebrochen war. So hatten die Schweden schließlich doch die Hauptarbeit für Frankreich, wenn auch wider Willen, getan. Richelieu sagte dem Herzog die Protektion auf und zog nunmehr selbst vor Nancy. Aber auch hierfür suchte er die schwedische Hilfe nach; war doch Nancy eine der stärksten Festungen, die vielleicht nicht vor der Ankunft Ferias erobert werden konnte.

Am 18. August mußte la Grange den Ständen, die sich inzwischen auf dem Konvente in Frankfurt versammelt hatten, folgende Vorschläge zur Auswahl unterbreiten: 1. Wenn die Konföderierten sich bereit erklären, Nancy zu belagern und die Stadt nach der Eroberung an Frankreich gegen eine Entschädigung von 200 000 fl. auszuliefern, erbietet sich Frankreich, mit 7000 Mann die Alpenpässe zu besetzen und so den Anzug des Herzogs von Feria zu vereiteln; oder 2. Frankreich wird 4000 Mann zu 8—10 000 Mann Bundestruppen stoßen lassen, die gegen Feria — doch nicht gegen die mit ihm verbündeten Bayern — verwendet werden sollen; danach sollen die Truppen Nancy erobern; Frankreich verpflichtet sich nur zu einer Soldzahlung auf vier Monate, später soll den Truppen nur der Lebensunterhalt und ein honorarium gereicht werden.

Die Stände[2] waren einig, daß ein solches Angebot zu den geforderten Leistungen in keinem Verhältnisse stehe, Nancy sei nicht so rasch zu erobern, und den Vorteil habe allein Frankreich, das auf seinem Wege nach dem Rheine eine neue Etappe durch die Verbündeten erhalte. Die Truppen brauchten

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Verbündeten an anderen Orten notwendiger. Man solle Frankreich gegenüber auf der Hut sein, es verfolge allein seine Interessen. Das hieße doch mithelfen, Lothringen ganz dem Reiche zu entfremden. Die Fürsten fügten aber hinzu, man solle das Anerbieten nicht ganz zurückweisen; man wolle die französische Hilfe annehmen, sich selbst aber auch nur auf ein gleiches verpflichten.

In ihrer endgültigen Erklärung[1] an Oxenstierna lehnten die Stände la Granges Anerbieten ab und stellten die ganze lothringische Angelegenheit dem Direktorium anheim, gaben aber doch als ihre Meinung zu erkennen, daß man Frankreichs Affektion erhalten und sich bemühen solle, durch einen Vertrag zu erreichen, daß Lothringen nichts mehr gegen die Verbündeten unternehmen dürfe; auch solle man die von Frankreich angebotene Hilfe nicht außer acht lassen.

Als dann Richelieu nochmals durch Heppe um Truppen nachsuchen ließ[2], die zusammen mit denen des Marschalls la Force zunächst gegen den Herzog, dann gegen Feria verwendet werden sollten, blieb Oxenstierna bei seiner Meinung und stellte die Gegenforderung, daß Frankreich zunächst 4, 6 oder 8000 Mann schicken solle, die eine Vereinigung Ferias mit Aldringen hindern und dann erst gegen den Herzog von Lothringen kämpfen sollten.

Zu einer Einigung konnte man nicht gelangen. Da der Konvent zu Ende ging, beauftragte man die Gesandtschaft, die die Stände nach Frankreich sandten, auch diese Frage zu regeln. Davon später.

Die beiden anderen Punkte: die triersche[3] Frage oder besser die Einräumung von Philippsburg — denn um diese allein handelte es sich — und der Abschluß der Allianz mit Frankreich hängen auf das engste miteinander zusammen.

Trier hatte am 9. April 1632 einen Schutzvertrag mit Frankreich abgeschlossen[4], demzufolge es in seine beiden

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Festungen Ehrenbreitenstein und Philippsburg französische Besatzung einzunehmen sich verpflichtete. Wenige Tage darauf, am 22. April, schloß Trier mit Schweden einen Neutralitätsvertrag, den König Gustav Adolf in München am 20. Mai 1632 ratifizierte. Frankreich gab seine Zustimmung dazu[1]. Danach verpflichtete sich der Kurfürst, alle Besitzungen der evangelischen Stände, die in seinem Gebiete lagen, zu restituieren und die Garnisonen aus Ehrenbreitenstein und Philippsburg binnen sechs Wochen abzuführen, dafür französische Truppen einzunehmen und beide Festungen niemand anderem einzuräumen. Nachdem die Schweden weiter siegreich vorgedrungen waren, hatten die Konföderierten um so weniger Neigung, auf die mit Trier abgeschlossenen Verträge Rücksicht zu nehmen, als der Kurfürst seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen war. Insbesondere hatte der Kommandant von Philippsburg, Oberst Bamberger, sich trotz der Befehle des Kurfürsten geweigert, die Festung den Franzosen zu übergeben; er erklärte, daß er nur den Kaiser als seinen Herrn anerkenne, und verteidigte den Ort, von dem aus er das umliegende Gebiet brandschatzte und den Rhein sperrte, mit aller Energie. Je mehr Frankreichs Streben, am Rhein festen Fuß zu fassen, offenbar wurde, um so geringer wurde die Neigung der Stände, ihm einen so wichtigen Paß am rechten Rheinufer zu überlassen. Die Festung — Bischof Philipp Christoph von Sötern in Speyer hatte den ehemaligen Flecken Udenheim erst 1618 und 1623 befestigt — war den umliegenden Ständen ein Dorn im Auge, vor allem fühlte sich Kurpfalz von ihm aus bedroht; sie verlangten die Schleifung der widerrechtlich angelegten Werke.

Auch Oxenstierna hatte keine Lust, seinem Rivalen einen so wichtigen Platz zu überlassen, dessen Blockade bereits in die Wege geleitet war. Anfang Juni erschien bei ihm ein französischer Gesandter, de Bussy, der die Einräumung der Festung forderte, nachdem Trier sich soeben von neuem mit Frankreich verbündet hatte. Oxenstierna lehnte das ab,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ohne Zustimmung der Verbündeten könne er die Belagerung nicht aufheben. Als er dann nach Heidelberg zur Fürstenkonferenz reiste, wich er dem Kurfürsten von Trier, der ihn in Worms sprechen wollte, aus, und den Abgesandten des Marschalls St. Chaumont verwies er auf die bevorstehende Konferenz[1].

Der Kurfürst wie der Marschall sandten daraufhin ihre Boten nach Heidelberg[2]. Aber die hier versammelten Fürsten waren entschlossen, auf Frankreichs Forderung nicht einzugehen[3]; im Gegenteil, die Blockade sollte ohne Unterbrechung fortgesetzt und verstärkt werden; auch war man der Meinung, daß, falls Frankreich auf der Einräumung bestünde, es ihm nur in dem Zustande, wie es vor der Befestigung gewesen war, übergeben werden solle: die Festungswerke müßten rasiert werden. Um aber die Sache hinauszuschieben, verwies man die Abgesandten auf den demnächst stattfindenden Bundestag, da man in einer so wichtigen Frage nicht ohne Zustimmung aller Stände verfahren könne. Die Franzosen waren mit diesem Beschlusse natürlich nicht zufrieden, und la Grange machte seinem Unwillen in den heftigsten Worten Luft. Er beschuldigte Oxenstierna des Vertragsbruches und drohte selbst mit dem Bruche Frankreichs[4].

Der andere Punkt der französischen Verhandlungen — der des Beitrittes zur französisch-schwedischen Allianz vom 16. April 1633 — beruhte, wie dargelegt, darauf, daß die Stände zu Heilbronn bereits ihre Bereitwilligkeit erklärt hatten, daß sie aber vorher beruhigende Erklärungen für die §§ 6 und 7 forderten. § 6 bestimmte, daß die katholische Religion in okkupierten Orten bleiben sollte, wie sie war, und daß die Geistlichkeit, die den neuen Herren einen Treueid schwören und ihn halten würde, geschützt sein sollte, soweit es der gegenwärtige Zustand leiden würde. Der § 7 behielt Bayern und der Liga die Möglichkeit vor, einen Neutralitäts- oder Freundschaftsvertrag zu beantragen, dessen Bestimmungen aber den von Schweden und seinen Ver-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

bündeten zu stellenden Bedingungen entsprechen müßten. Die von Feuquières in Heilbronn gegebenen Erläuterungen hatten den Ständen nicht genügt, sie hatten sich direkt an den König gewendet. Die weiteren Verhandlungen sollten jetzt in Frankfurt stattfinden.

Am 14. August übergab der Gesandte la Grange aux Ormes sein Kreditif und legte seine Proposition ab[1]. Er schilderte die Bemühungen Frankreichs für den Bund bei Kurbrandenburg und Anhalt, in Holland und Italien; bot Frankreich von neuem zum Interponenten bei den Friedensverhandlungen an und forderte die Stände nochmals auf, dem französisch-schwedischen Bunde beizutreten, wie es Kurbrandenburg und Anhalt getan hätten. Wenn Frankreich so viel für den Bund tue, müsse man sich hüten, es zu verletzen; Frankreich fordere die Ausführung des Neutralitätsvertrages mit Trier, d. h. die Einräumung von Philippsburg, vor allem aber müßten die Bedrückungen aufhören, mit denen die Konföderierten die Katholiken in Deutschland verfolgten.

Den letzten Punkt erläuterte näher ein Schreiben, das er zu gleicher Zeit an den Rat von Frankfurt a. M. richtete[2]. Hierin machte er ihm in nachdrücklicher Weise Vorwürfe über die Veränderungen, die er seit dem Abschlusse des Bundes mit seinen katholischen Untertanen vorgenommen hätte; das verstieße gegen den Augsburger Religionsfrieden, vor allem aber gegen den letzten schwedisch-französischen Vertrag, in dessen sechstem Paragraphen sich Oxenstierna nicht nur für Schweden, sondern auch (ce qui est grandement à noter) für seine Verbündeten verpflichtet hätte, die katholische Religion dort unverändert zu erhalten, wo sie eingeführt sei.

La Grange war selbst Protestant, was ihn aber nicht hinderte, hier gegen seine Glaubensgenossen vorzugehen, um sich bei seinem Herrn und Meister, dem Kapuzinerpater Joseph, einzuschmeicheln. Seine herrische und unruhige Art, sein höchst gefährlicher Charakter machten ihn trotz seiner großen Fähigkeiten zu einem Unterhändler ungeeignet;

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Oxenstierna und selbst seine eigenen Landsleute wollten nichts von ihm wissen[1]. Sein Vorgehen machte auf die Stände den allerschlechtesten Eindruck, um so mehr als der Rat von Frankfurt ihm schon am 8. August in einer ausführlichen Denkschrift über die Verhältnisse der Katholiken in Frankfurt die nötigen Aufklärungen gegeben hatte[2]. Danach hatte der Rat die Verwaltung der Güter der Katholiken an sich genommen, weil sie mit den Spaniern und Ligisten in Korrespondenz gestanden und sich geweigert hatten, sich in des Königs von Schweden Devotion zu begeben; zudem hatten sie der Stadt nie kontribuiert. Die Mittel hatte die Stadt für Kirchen- und Schulzwecke verwendet, von den einzelnen Katholiken einen Treueid verlangt und ihnen Unterhalt verschafft. Der Dom und die Liebfrauenkirche waren den Protestanten eingeräumt worden, da es ihnen an Kirchen gebrach, den Katholiken war die St.-Leonhards-Kirche und das vornehmste Kloster gelassen worden. Die Karmeliter waren, mit Geldmitteln versehen, nach Köln geschafft worden wegen ihres ärgerlichen Lebens; ebenso die Kapuziner, die dem Rate gegen seinen Willen und Protest aufgedrungen worden waren. Das alles war das gute Recht des Rates gewesen, und die Ahndung des französischen Gesandten traf sämtliche Stände auf das empfindlichste.

Der schlimme Eindruck steigerte sich, als am 26. August ein weiterer Gesandter Richelieus eintraf, Varennes, der allein deshalb geschickt worden war, um Beschwerde über die Vertreibung von Ordensleuten und Geistlichen aus Frankfurt, Mainz, Speyer, Augsburg und Hameln zu führen und ihre Restitution zu fordern[3]. Wie man die Stellung Schwedens zum Bunde in Paris einschätzte, lehrt die Tatsache, daß man sich nicht scheute, auch Mainz zu nennen, also selbst gegen Schweden vorzugehen.

Die Stände zogen in aller Eile Erkundigungen bei den beschuldigten Ständen ein[4], übergaben diese Berichte dem Gesandten und schickten ihn an den König zurück, damit

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

er sich von der Grundlosigkeit der Beschuldigungen überzeugen könne: die Konföderierten hätten nie die Absicht gehabt, die Katholiken wider Recht zu beschweren[1]. Dem la Grange gegenüber bezog man sich auf die dem Varennes erteilte Resolution[2]. Zunächst bemühte sich la Grange, die Frankfurter wenigstens zur Wiederaufnahme der Kapuziner zu bewegen, aus Respekt gegen seinen König und gegen Pater Joseph; die Stadt blieb aber fest und fand hier volle Unterstützung bei ihren Mitständen: Frankfurt dürfe hier nicht zurückweichen, auch auf die Gefahr hin, Frankreich zu verletzen[3].

La Grange war über die Hartnäckigkeit der Städte so erbost, daß er sich zu einer überaus scharfen und ungebührlichen Replik hinreißen ließ[4], in der er den Bund beschuldigte, daß er vom Tage seiner Gründung an in eine Vereinigung zur Verfolgung der Katholiken ausgeartet sei; der König, der durch den Vertrag zu Bärwalde mit Schweden die Protestanten zuerst aus dem Elend errettet habe, sei dadurch auf das empfindlichste verletzt; sie sollten sich hüten, dem Kriege den Stempel eines Religionskrieges aufzudrücken; er verlange die Wiederaufnahme der vertriebenen Katholiken.

Tags darauf zog la Grange diese Replik selbst zurück, ob auf Verlangen Oxenstiernas oder auch Feuquières', dem die Ungeschicklichkeit seines Kollegen doch gar zu grob vorkommen mußte, steht dahin. Ja, sie veranlaßten sogar la Grange, den Ständen zu erklären, daß er von der Gesetzmäßigkeit ihrer Maßregeln überzeugt sei, er hielte nur ihr Vorgehen zurzeit für inopportun und habe sie warnen wollen[5].

Damit war diese Frage erledigt[6]; der Zwischenfall zeigt aber deutlich, wieweit die französische Diplomatie gegenüber dem Bunde damals bereits gehen zu können glaubte. Es lag auf der Hand, daß dieses brüske Vorgehen, das zudem die wahren Absichten Frankreichs in der unvorsichtigsten Weise verriet, die Stände stutzig machen und die wichtigsten Verhandlungen, die über den Abschluß der Allianz und über Philippsburg, erschweren mußte.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Beide Punkte waren, wie erwähnt, von la Grange in seiner Proposition am 14. August vorgetragen worden. Beiden gegenüber verhielten sich die Stände sehr zurückhaltend.

Die Neutralität wollten die Stände dem Kurfürsten von Trier wohl zugestehen, dagegen von einer Einräumung Philippsburgs nichts wissen[1]. Man war in Verlegenheit Frankreich gegenüber, da man doch auch die großen Vorteile nicht verkannte, die Frankreichs Unterstützung und Hilfe boten, und da namentlich die Fürsten mit ihm nicht brechen wollten. Sie nahmen deshalb als Ausweg jetzt einen Gedanken auf, der bereits in Heidelberg aufgetaucht war, und schlugen vor, durch eine besondere Gesandtschaft den König, der den Bund schon mehrfach durch Gesandte beschickt hatte, zu begrüßen und ihm die Gründe auseinandersetzen zu lassen, warum man auf einen so wichtigen Platz nicht verzichten könne. Immerhin erörterten die Fürsten die Möglichkeit, die Festung unter gewissen Bedingungen abzutreten[2], während die Städte sich völlig ablehnend verhielten.

Ebenso großen Bedenken begegnete die Allianz. Im Fürstenrate sprach sich nur Württemberg dahin aus, die Allianz nicht außer acht zu lassen, Kassel und Pfalz warnten davor. Die Städte waren zunächst nicht gegen die Allianz, sie verlangten nur bei dem § 6 eine Erläuterung, die jeden Zweifel ausschließe, und daß, wenn eine solche Erläuterung nicht gegeben werden könne, die Allianz nicht abgeschlossen werde. Als dann aber die französischen Gesandten immer dringlicher den Abschluß forderten, und la Granges rigoroses Auftreten die Stände vor den Kopf stieß, wuchs die Abneigung der Stände gegen eine Verbindung mit Frankreich beständig, so daß schließlich die Städte rieten, den Abschluß der Allianz durch Verhandlungen noch hinauszuschieben.

Bei den Beratungen über die dem la Grange auf seine Proposition vom 14. August zu erteilende Resolution kamen alle diese Bedenken zum Ausdruck. Einig war man darin, daß alle Hauptpunkte (die angebotene Friedensinterposition,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

die Allianz und die triersche Neutralität) der Gesandtschaft zugeschoben werden sollten, die man nach Frankreich zu schicken gedachte. Da man sich über die zwiespältigen Fragen[1] nicht einigen konnte, überreichte man den Entwurf der Resolution dem Reichskanzler und dem Bundesrate mit einem Begleitberichte und bat um ihren Rat[2]. Oxenstierna ließ ihnen durch den Oberst Peblis und Kanzler Löffler am 4. September wissen[3], daß das Anerbieten der Interposition unter allen Umständen angenommen werden müsse; daß die Frage der Allianz zwar reiflich zu erwägen sei, ihre Erklärung aber doch mit der in Heilbronn bereits abgegebenen übereinstimmen müsse, wenn man den König nicht verletzen wolle. Zu Heilbronn hätte man eine Erklärung zu dem § 6 verlangt, der jetzt wieder eingetroffene außerordentliche Gesandte Feuquières hätte sich bereit erklärt, diese Erklärung zu geben; so müsse man zunächst erst dessen Anerbieten vernehmen.

Die Stände änderten ihre Resolution dementsprechend und überreichten sie am 7. September dem französischen Gesandten[4]: Die Interposition des Königs von Frankreich nähmen sie mit Dank an; über die beiden anderen Punkte, Allianz und Trier, über die man mit Feuquières weitere Verhandlungen pflegen wolle, werde den König eine besondere Gesandtschaft informieren.

Inzwischen war Feuquières am 29. August wieder in Frankfurt eingetroffen[5] und hatte am 6. September, feierlich eingeholt, Audienz bei den Ständen. Seine Proposition bestand nur in der erneuten Aufforderung, der schwedisch-französischen Allianz beizutreten, und in der Mitteilung, daß er Vollmacht habe, die von den Ständen gewünschten Erläuterungen zu einigen Artikeln dieser Allianz zu geben[6].

Am folgenden Tage eröffnete la Grange in seinem und Feuquières' Namen den Ständen als Antwort auf die ihm überreichte Resolution folgendes[7]: eine Ambassade nach Frankreich sei überflüssig, da die Angelegenheit doch an ihn oder Feuquières zurückverwiesen werde; er beschwerte

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

sich in heftigen Worten über das Verschleppen der Verhandlungen und verlangte nunmehr kategorische Resolution; er und Feuquières seien bereit, entsprechende Erläuterungen zu den §§ 6 und 7 zu geben.

Da auch Oxenstierna die Stände mahnte, die Verhandlungen zu beschleunigen, zumal man dem Bündnisse nicht mehr ausweichen könne, wenn Frankreich die begehrten Deklarationen gebe, traten Deputierte der Stände am Nachmittag des 7. Septembers mit den französischen Gesandten zu einer Beratung zusammen.

In den Verhandlungen erklärten sich die Franzosen bereit[1], den § 6 dahin zu erläutern, daß Frankreich den Konföderierten in den bereits eingenommenen Gebieten keine Vorschriften machen wolle; in denjenigen Orten aber, die sie noch erobern möchten und in denen die katholische Religion allzeit geherrscht habe, solle sie bleiben und den Geistlichen Hab und Gut gelassen werden, doch so, daß daneben die evangelische Religion eingeführt werden dürfe.

Bei dem § 7 erklärte Frankreich, daß es dafür sorgen werde, daß von Lothringen und Bayern den Konföderierten weder direkt noch indirekt Nachteil zugefügt werde; greife Bayern sie außerhalb seines Landes an, werde Frankreich ihnen beistehen, innerhalb seines Landes wolle es aber mit Bayern Freundschaft halten[2].

Schließlich wurde nochmals die Frage von Subsidien besprochen; die Franzosen lehnten aber die Fixierung einer bestimmten Summe ab mit dem Hinweis auf die hohen Kosten, die Frankreich für die Generalstaaten, gegen Lothringen und sonst verwende, die den Konföderierten indirekt zugut kämen.

Bei den darauffolgenden Beratungen der einzelnen Kollegien gaben die Stände nochmals ihrem Mißtrauen gegen Frankreich unverhohlen Ausdruck: seit dem Heilbronner Schlusse hätten sich die Verhältnisse so geändert, daß die größte Vorsicht am Platze sei[3]; trotzdem werde man sich nach diesen Erläuterungen der Allianz kaum mehr entziehen können,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zumal auch Oxenstierna den Abschluß empfohlen habe. Nur die Städte, die durch la Granges Auftreten ganz besonders aufgebracht waren, hielten dafür[1], sich nicht mit dem Abschlusse zu übereilen; entweder solle man ihn durch weitere Verhandlungen hinhalten oder schließlich sich mit dem Mangel an Instruktion entschuldigen.

Die höheren Stände gaben sich mit den Erläuterungen zu dem 7. Paragraphen zufrieden. Bei dem sechsten aber verlangten sie eine Klausel, daß durch die Duldung der katholischen Religion den Superioritäts- und Magistratsrechten der Stände kein Eintrag geschehen dürfe[2]; auch wünschten sie, daß diese Duldung nur für die Dauer des jetzigen Krieges gelten sollte (damit hatten sich die Franzosen schon einverstanden erklärt). Die Grafen insbesondere verlangten durchaus die Abschaffung der Jesuiten. Die Städte[3] waren nicht zufrieden mit der Erläuterung, weil sie ihnen die Möglichkeit raubte, in denjenigen Städten, die früher rein evangelisch gewesen, jetzt aber in den Händen der Katholiken waren, wie z. B. Memmingen, Kempten, Regensburg, Lindau u. a., oder die noch in ihre Hände kommen könnten, nach ihrer Wiedereroberung die katholische Lehre wieder abzuschaffen.

Die höheren Stände waren auch der Meinung, daß man wegen der Subsidien nochmals einen Versuch machen müsse und die Franzosen vor allem daran erinnern solle, daß sie, wie Feuquières ihnen selbst mitgeteilt habe, Kursachsen jährlich 500 000 Liv. Subsidien angeboten hätten.

Schließlich einigte man sich auf eine Formulierung der Erläuterungen[4] zu den beiden Paragraphen, die allen diesen Wünschen Rechnung trug und den Franzosen übersandt wurde. Am 12. September fanden dann abermals Konferenzen zwischen Deputierten der Stände und den beiden Gesandten statt. Die Gesandten akzeptierten diese Erläuterungen, baten aber, in dem Satze: cupit Regia Majestas, ut in illis locis, quae in posterum a statibus confoederatis occupari contigerit et ubi catholica religio semper viguit,

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

ejusdem exercitium relinquatur neque omnino tollatur, — statt des „et" ein „vel" zu setzen und das „omnino" zu streichen. Über die Form des Vertrages einigte man sich dahin, daß zwischen Frankreich und den Ständen ein besonderer Rezeß aufgesetzt werden solle, in den die schwedisch-französische Allianz aufzunehmen sei; an ihn sollten die Erklärungen der §§ 6 und 7 angehängt werden. Der Rezeß sollte von den Anwesenden unterschrieben werden, auf Ratifikation der Abwesenden. Die Bestimmungen darüber, was ein Teil dem andern an Volk und Geld zu leisten hätte, waren der Gesandtschaft, die die Stände nach Frankreich schicken würden, vorbehalten[1].

Gegen die beiden verlangten Änderungen im Text wendeten sich die Städte mit aller Lebhaftigkeit; das „vel" statt des „et" würden sie nie bewilligen, damit würde in denjenigen evangelischen Orten, die jetzt in den Händen der Katholiken seien, „die Reformation abgestrickt"; und auf das „omnino" könnten sie nur dann verzichten, wenn eine Klausel hinzugefügt werde, derzufolge es den Konföderierten freistehe, in solchen Orten die evangelische Religion einzuführen. Die höheren Stände wollten von dem letzten Einwurfe nichts wissen, dagegen mußten sie die Berechtigung des ersten anerkennen. Sie übergaben dem Reichskanzler ein Promemoria[2], in dem sie ihm dieses Resultat der Verhandlungen mitteilten und zugleich ihre Meinung dahin äußerten, daß man zwar dem Vertrage beitreten, die Vollziehung aber der nach Frankreich zu schickenden Ambassade auftragen sollte. Oxenstierna billigte das Verhalten der Städte; da aber die Franzosen erklärten, sie wollten zwar auf das „vel" verzichten und es bei dem „et" bewenden lassen, dagegen auf die weitere Klausel nicht eingehen, gaben die höheren Stände und auch die Deputierten der Städte nach[3]; auch erklärte man sich schließlich bereit, die Allianz schon hier zu vollziehen.

So war denn das schwierige Werk unter Dach und Fach. Die Allianz wurde ausgefertigt[4] und von Feuquières und den

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ständen unterschrieben; wegen der Streitigkeiten zwischen den Städten und der Ritterschaft wurden diejenigen Exemplare, die mit ihr ausgewechselt wurden, nur von der Ritterschaft unterzeichnet, nicht auch von den Städten.

Die Ratifikation erfolgte von den anwesenden Ständen bindend, die abwesenden Stände sollten ihre Zustimmung innerhalb kurzer Zeit einsenden, nach einer Formel, deren Wortlaut festgesetzt war[1]. Die Unterschrift des Königs zu erwirken, wurden die Gesandten beauftragt, und so enthielt die Ratifikationsformel zugleich die Vollmacht, die Allianz vom Könige vollziehen zu lassen, sowie die Anerkennung alles dessen, was die Gesandten in Frankreich in den ihnen übertragenen Geschäften abschließen würden.

Sogleich nach Abschluß des Vertrages ging man daran, die Personenfrage für diese Gesandtschaft zu lösen und ihre Instruktion festzustellen.

Oxenstierna teilte den Ständen mit, daß er ein Mitglied des Bundesrates nach Frankreich zu schicken gedächte, die Stände sollten ihm einen zweiten Gesandten aus ihrer Mitte beigesellen[2]. Das lehnten die Stände ab, denen es verkleinerlich schien, daß sie jemanden aus ihrer Mitte einem Mitgliede des Bundesrates beiordnen sollten, umgekehrt sei es richtig[3]: an der Spitze der Gesandtschaft solle eine Standesperson stehen; hierzu schlugen sie den Grafen Johann von Nassau vor[4]; neben ihm wurden der Kanzler Löffler und der zweibrückische Geheime Rat Philipp Streiff von Lauenstein genannt; das Mitglied des Bundesrats als dritten Gesandten zu ernennen, überließ man Oxenstierna[5]. Oxenstierna machte aber gegen die Absendung einer Standesperson vor allem geltend, daß dadurch die Kosten sehr erheblich vergrößert werden würden[6]. Er blieb auch sonst fest und nominierte Löffler wegen des Direktoriums. Die Stände gaben nach und ordneten ihm Streiff bei[7], zugleich beschlossen sie, daß die Kosten der Gesandtschaft durch einen halben Römermonat Umlage gedeckt werden sollten, der innerhalb eines Monats bei den Kreiskassen einzuzahlen sei[8].

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ihre Instruktion und die Vollmacht wurden geheimgehalten; sie wurden den Ständen nur vorgelesen und nicht zur Diktatur gegeben; unterschrieben wurden sie von denjenigen Deputierten, die den Abschied unterschrieben hatten[1]. Die Instruktion enthielt zunächst den Auftrag, die Allianz vom Könige vollziehen zu lassen; 2. die Frage mit Lothringen zu regeln, d. h. über den von Frankreich angebotenen Sukkurs und die geforderte Gegenhilfe zu verhandeln, sowie vor allem zu verhindern, daß Frankreich Lothringen in seinen Schutz nehme; und schließlich 3. die Stände zu entschuldigen, daß sie dem Könige Philippsburg nicht einräumen könnten.

Das waren schwere Punkte, und es setzte großes Vertrauen Oxenstiernas in die Fähigkeiten Löfflers voraus, daß er ihn mit dieser schwierigen Mission betraute.

Der Frankfurter Konvent war die erste Tagung des jungen Bundes, deren Ergebnisse nach den verschiedensten Richtungen hin symptomatisch sind. Zieht man die Summe der Beschlüsse und Stimmungen der Stände, so kann man nicht sagen, daß der Bundesgedanke bei den Mitgliedern Fortschritte gemacht hätte oder daß das Direktorium gekräftigt aus den Verhandlungen hervorgegangen wäre.

Bei dem ersten Punkte der Vorlage hatte Oxenstierna eine glatte Abweisung in der entscheidenden Forderung erhalten: er hatte Vollmacht für sich und den Bundesrat begehrt, im Namen des Bundes die Friedensverhandlungen zu führen. Die Stände räumten ihm nur das Recht ein, sie einzuleiten, behielten sich aber die eigentlichen und entscheidenden Verhandlungen selbst vor. Bei dem zweiten Punkte — den Mitteln für die Truppen — hatten die Stände ihre von Oxenstierna verlangte Erhöhung über das zu Heilbronn und Heidelberg Bewilligte hinaus abgelehnt; auch der allgemeine Zehnte war nur in beschränktem Umfange und nur für das eine Jahr 1633 zugestanden worden. Dafür hatte Oxenstierna den Stän-

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den schließlich doch die heißumstrittenen Kreisräte zugestehen und damit in eine Lockerung der Bundesdisziplin einwilligen müssen. Die von den Ständen nach langem Sträuben schließlich gutgeheißene Antizipation war damals bereits sachlich ohne Bedeutung. Besonders bedenklich aber war, daß die großen Städte in offen ausgesprochenem Verdrusse von Frankfurt wegzogen, und daß damit bei denjenigen Bundesmitgliedern, bei denen an sich schon wegen ihrer Handelsinteressen die Friedenssehnsucht besonders groß war, die Neigung zu weiterem Kampfe nicht gefördert wurde. Dazu kam schließlich, daß Frankreich sein Recht, sich in die Bundesangelegenheiten einzumischen, lebhaft betätigt hatte und jetzt als Faktor auftrat, der Berücksichtigung seiner Wünsche heischte, es war von nun an nicht mehr Schweden allein, dessen Wille ausschlaggebend war.

Für Oxenstierna ergab sich daraus eine schwierige Stellung. Das Heer und seine Führer waren zwar zunächst befriedigt und willig zum Schlagen, aber die Mittel, es weiter zu unterhalten, waren nicht ausreichend. Es zeigte sich immer deutlicher, daß der Bund allein nicht imstande war, die Armee zu unterhalten: und das verlangte Oxenstiernas Defensivsystem.

Hier konnte zunächst die Armee selbst Hilfe bringen, wenn sie den Feind im Bundesgebiete so zu überwältigen imstande war, daß ein Hineintragen des Krieges in Feindesland möglich war. Weiter konnte Frankreich helfen, wenn es dem Bunde mit Volk und Geldsubsidien beisprang. Und schließlich gab Oxenstierna seine Bemühungen keineswegs auf, bei den Ständen selbst weitere Mittel flüssigzumachen. Die Hauptsache war und blieb aber die Erweiterung des Bundes auf die anderen evangelischen Stände: der Anschluß der beiden sächsischen Kreise war auf die Dauer nicht zu umgehen.

Digitized by Google Original from UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Google

Berkeley
LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Google

Berkeley
LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google
Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Original from
UNIVERSITY OF CALIFORNIA